Manfred Bobke-von Camen, Hansgeorg Conert, Dieter Fricke, Georg Fülberth, Jörg Goldberg, Peter Hess, Heinz-Gerd Hofschen, Heinz Jung, Robert Katzenstein, Otto König, Dieter Kramer, Jürgen Kuczynski, André Leisewitz, Kaspar Maase, Gert Meyer, Klaus Pickshaus, Rainer Rilling, Karl Heinz Roth, Josef Schleifstein, Horst Schmitthenner, Johannes Steffen, Jörg Wollenberg

Der Trümmerhaufen als Aussichtsturm

Historische, aktuelle und perspektivische Vermessungen einer gründlich veränderten Situation

va&g

Verlag
Arbeit & Gesellschaft GmbH

va&g
Verlag
Arbeit & Gesellschaft GmbH

Frank Deppe zum 23. September 1991

Der Trümmerhaufen als Aussichtsturm

Historische, aktuelle und perspektivische Vermessungen einer gründlich veränderten Situation

Mit Beiträgen von:

Manfred Bobke-von Camen, Hansgeorg Conert, Dieter Fricke, Georg Fülberth, Jörg Goldberg, Peter Hess, Heinz-Gerd Hofschen, Heinz Jung, Robert Katzenstein, Otto König, Dieter Kramer, Jürgen Kuczynski, André Leisewitz, Kaspar Maase, Gert Meyer, Klaus Pickshaus, Rainer Rilling, Karl Heinz Roth, Josef Schleifstein, Horst Schmitthenner, Johannes Steffen, Jörg Wollenberg

va&g

Verlag
Arbeit & Gesellschaft GmbH

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Der Trümmerhaufen als Aussichtsturm:
historische, aktuelle und perspektivische
Vermessungen einer gründlich veränderten
Situation /
Mit Beitr. von Manfred Bobke-von Camen...
- Marburg:
Verl. Arbeit und Ges., 1991
ISBN 3-89419-021-3
NE: Bobke- von Camen, Manfred

© 1991 Verlag Arbeit & Gesellschaft GmbH
Rosenstr. 12/13
D – 3550 Marburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Bindung: Difo-Druck, Bamberg
ISBN 3-89419-021-3
Printed in the Federal Republic of Germany

Inhalt

Gebrauchsanweisung 7

I.
NACH DEM REALEN SOZIALISMUS

Horst Schmitthenner/Manfred Bobke-von Camen
Bertolt Brecht und der Stalinismus 11

Gert Meyer
Rückblick auf die Neue Ökonomische Politik 33

Hansgeorg Conert
Überlegungen zur Analyse der Ursachen des Scheiterns
der sowjetischen Perestrojka 43

Josef Schleifstein
Der DDR-Zusammenbruch – Skizzenhafte Umrisse
einer historischen Bilanz 83

Jürgen Kuczynski
Die Katastrophe in der Ex-DDR und ihre Ursachen 101

II.
INVENTUREN

Peter Hess
In der Ebene gestrauchelt, die Mühen der Berge vor uns 105

Robert Katzenstein
Gedanken zur Entwicklung 123

Jörg Goldberg
Die Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus
und seine säkularen Krisentendenzen 131

Heinz Jung
Zum Niedergang des Sozialismus mit einem
Blick zurück auf Niccolò Machiavelli 147

Karl Heinz Roth
Wilde Zeiten
Klassenherrschaft, Klassenzusammensetzung und
Organisationsfrage in den neunziger Jahren 163

Kaspar Maase
»Der Feind, den wir am meisten hassen...«
Über gutes Leben, Intellektuelle und den Unverstand der Massen . . . 183

Dieter Fricke
Erste Versuche einer nicht nur auf die Forschung bezogenen Bilanz . . 201

Heinz-Gerd Hofschen
»Ein sehr notwendiges Stück Arbeit«.
Die gegenwärtige Niederlage des Sozialismus und
die Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung 215

Georg Fülberth
Nicht von hier 233

Rainer Rilling
Nein, kein Endspiel 243

III.
AUSGEWÄHLTE PRAXISFELDER

Jörg Wollenberg
Industrielle Demokratie als Lernprozeß
Ein Plädoyer für die Wiederentdeckung verschütteter
Traditionen in der Arbeiterbildung 257

André Leisewitz/Klaus Pickshaus
Globale Ökokrise – ein »hartes Thema« für Gewerkschaften? 285

Otto König
Auf Kapitalismuskritik nicht verzichten 297

Johannes Steffen
Steht die Verteilungsfrage auf dem Kopf?
– Anmerkungen zur sozialen Frage und Sozialpolitik
im gespaltenen Deutschland – 301

Dieter Kramer
Zukunftsfähige Metropole?
Notizen aus der Frankfurter Kultur-Perspektive 321

Die Autoren 337

Gebrauchsanweisung

Es gibt Achtundsechziger, doch wer seine politische Biographie auf den Einfluß eines einzigen Datums zurückführen könnte, hätte wenig erlebt.

Die Beiträge dieses Bandes stehen unter der Signatur eines anderen Jahres: 1989. Gemeint ist der Zusammenbruch des realen Sozialismus und die Niederlage der linken Sache, die mit diesem Ereignis selbst für diejenigen, welche sie bereits vorher besiegelt sahen, zumindest drastisch symbolisiert wurde.

Wer genauer hinblickt, wird eineinhalb Jahrzehnte zurückgehen müssen: bis in die Mitte der siebziger Jahre, als die kapitalistische Ordnung im Westen sich auf eine seither oft beschriebene, jedoch noch längst nicht genügend analysierte Weise modernisierte und festigte und alle Versuche, sie durch Reformen nach links hin zu verändern, ins Leere laufen ließ oder systemkonform integrierte.

Die in diesem Band versammelten Aufsätze sind Reaktionen auf diese Entwicklung. Ihre Verfasser wurden in ihrer politischen und wissenschaftlichen Arbeit durch sie getroffen, und sie versuchen – teils unmittelbar, teils in historischer Spiegelung – sich Rechenschaft abzulegen über die Veränderung der Voraussetzungen ihrer bisherigen Tätigkeit. Strategische Anweisungen wird man vergebens suchen, Werkstattberichte dagegen umso häufiger finden. Wir zeigen vor, an welcher Stelle unserer eigenen je individuellen Arbeit der Umbruch seine Wirkungen haben mußte.

Den äußeren Anlaß dafür, mit diesen Beiträgen jetzt hervorzutreten, bildet ein fünfzigster Geburtstag am 23. September 1991:

Frank Deppe hat in seinen zahlreichen Schriften immer wieder in sehr sensibler Weise auf zeitgeschichtliche Verschiebungen und Umbrüche reagiert. Dabei war die historische und politisch-soziologische Reflexion stets das Medium, in welchem sich der unmittelbare Anlaß so brach, daß er dadurch über den tagespolitischen Reflex hinaus aufbewahrt wurde. Dieses Verfahren haben die meisten von uns nun ebenfalls gewählt.

Die hier versammelten Aufsätze decken nicht die gesamte Breite der politischen und wissenschaftlichen Interessen von Frank Deppe ab. Er hat in den vergangenen Jahren verstärkt die Arbeit über Probleme der europäischen Integration, die er in der ersten Hälfte der siebziger Jahre begann, wieder aufgenommen. Sein 1991 erschienenes Buch »Jenseits der Systemkonkurrenz« wurde von ihm ausdrücklich in diesen Kontext gestellt, der in unseren Beiträgen ebensowenig behandelt ist wie seine frühen Arbeiten über Probleme der Entwicklungsländer und über Auguste Blanqui.

Um eine Festschrift kann es sich aus vielen Gründen nicht handeln – dagegen um den Versuch, auf Anregungen, die Frank Deppe auf einem Teilgebiet seiner politischen und wissenschaftlichen Arbeit gegeben hat, zu antworten und den Dialog, in dem wir mit ihm seit vielen Jahren – manche näher, manche ferner – stehen, auch unter neuen Bedingungen fortzusetzen.

Die Autoren

I.

NACH DEM REALEN SOZIALISMUS

Horst Schmitthenner/Manfred Bobke-von Camen

Bertolt Brecht und der Stalinismus

Auch der Haß gegen die Niedrigkeit
Verzerrt die Züge.
Auch der Zorn über das Unrecht
Machte die Stimme heiser. Ach wir
Die wir den Boden bereiten wollten für Freundlichkeit
Konnten selber nicht freundlich sein.

Ihr aber, wenn es soweit sein wird
Daß der Mensch dem Menschen ein Helfer ist
Gedenkt unsrer
Mit Nachsicht.

Bertolt Brecht, »An die Nachgeborenen«[1]

Brecht hat sich zu den Kerkermeistern der Menschen gesellt, indem er vorgab, ihr Lehrer und Befreier zu sein.

Gerhard Szczesny, »Das Leben des Galilei und der Fall Bertolt Brecht«[2]

---

1 Brecht, Bertolt: Ge 2, S. 722, 725.
Alle Brecht-Zitate sind entnommen aus:
Brecht, Bertolt: Gesammelte Werke in 20 Bänden, werkausgabe edition suhrkamp, Frankfurt/M. 1967.
Dabei wurden folgende Abkürzungen verwandt:
1.-7. Band: Stücke 1-7 (St)
8.-10. Band: Gedichte 1-3 (Ge)
11.-14. Band: Prosa 1-4 (P)
15.-17. Band: Schriften zum Theater
18.-19. Band: Schriften zur Literatur und Kunst
20. Band: Schriften zu Politik und Gesellschaft (PuG)
Supplementbände, Frankfurt/M. 1974:
Arbeitsjournal 1938-1942 (Arbeitsjournal I)
Arbeitsjournal 1942-1955 (Arbeitsjournal II)

2 Szczesny, Gerhard: Das Leben des Galilei und der Fall Bertolt Brecht, in: Dichtung und Wirklichkeit 5: Brecht – Leben des Galilei, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1966.

I. Von der »Nützlichkeit« des Ochsen oder: Brecht und die Ehrung großer Personen

Der junge Bertolt Brecht war wohl für kurze Zeit während der Novemberrevolution in Deutschland 1918 Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gewesen und hatte im Augsburger Soldatenrat mitgearbeitet. Später sagte er von sich, daß er damals »das ABC der Politik noch nicht verstand«[3], und er berichtet, wie er durch die Vorarbeit für ein Theaterstück, welches vor dem Hintergrund der Weizenbörse Chikagos spielen sollte, zu der Einsicht kam, daß »die Art, wie das Getreide der Welt verteilt wurde ... schlechthin unbegreiflich« war[4], und er begann damals, Marx zu lesen.

Er hielt es nicht für vernünftig, auf das menschliche Elend mit Mitleid zu reagieren – so berichtete er später –, wenn ihm dieses Elend unvermeidlich schien. Als ihm Argumente für die Vermeidlichkeit dieses Elends beigebracht wurden und als er von dem »großen russischen Beispiel« erfuhr, konnte er »dem Mitleid sein Herz öffnen«[5].

Brecht begann 1926 mit dem Studium des »Kapital« und verfaßte dann seine Lehrstücke. Obwohl diese von der KPD nicht akzeptiert wurden, unterstützte er dennoch diese Partei weiter mit Liedern, Gedichten, der Bearbeitung von Gorkis »Mutter« und mit dem Film »Kuhle Wampe«. In den Jahren 1928 und 1929 besuchte er Kurse an der Marxistischen Arbeiterschule (MASCH) in Berlin-Neukölln.

Brecht betrachtete sich als Marxist[6] und nahm regen Anteil an den politischen Auseinandersetzungen seiner Zeit – allerdings ohne sich selbst unmittelbar politisch zu engagieren; ob er jemals Mitglied der KPD war, ist ungeklärt.[7] Nie hat er bestritten, ein eindeutig politisch gebundener, ein *parteili-*

---

3 Mittenzwei, Werner: Das Leben Bertolt Brechts oder Der Umgang mit den Welträtseln, Frankfurt/M. 1987, Bd. 1, S. 84. Auf S. 94 heißt es, daß Brecht »nach Angaben von Elisabeth Hauptmann Mitglied der USPD gewesen sein soll«. Brecht (PuG, S. 46.) gibt dies aber selbst an. Vgl. auch Schumacher, Ernst: Leben Brechts in Wort und Bild, Berlin 1978, S. 19.

4 Brecht: PuG, S. 46

5 Brecht: (Aus einem) Traktat über die Mängel unserer Sprache im Kampf gegen den Faschismus, PuG, S. 96.

6 Brecht hörte Vorträge an der MASCH als dort z.B. auch Karl Korsch lehrte. Er stellte auch seine Wohnung für Kurse zur Verfügung und beteiligte sich an Spendenaktionen, als die MASCH Raumverbot erhielt, vgl. Mittenzwei, Werner: Das Leben..., a.a.O., Bd. 1, S. 406.

7 Ruth Fischer erklärt, daß Brecht der KPD 1930 beigetreten sei (Fischer, Ruth: Stalin and German Communism, Harvard University Press, Cambridge, Mass., 1948, S. 615), er selbst verneint dies vor dem »Investigating Committee on Un-American Affairs« – vielleicht mit Schwejkscher List? Vgl. dazu Esslin, Martin: Brecht – Das Paradox des politischen Dichters,

cher Dichter zu sein. Wie stellte er sich zu dem Staat, in dem die von ihm unterstützte Bewegung ihre proklamierten Ziele in die Praxis umsetzte – fiel doch sein literarisches Schaffen im »Dienst der kommunistischen Propaganda«[8] in eine Periode, in der – Ernst Thälmann folgend – die positive Haltung zur Sowjetunion Kriterium jedes wirklichen Kommunisten war?

Nun, Brecht sprach sogar einmal davon, daß es »jedem Kommunisten, dem es mit dem Internationalismus Ernst ist ... einleuchten muß, daß heute jede Arbeiterpartei außerhalb der Sowjetunion ihre Politik der Politik der Partei KPdSU einordnen und in der Mehrzahl der Fälle unterordnen muß.«[9]

Die Politik der KPdSU wurde in dieser Zeit im wesentlichen allein von ihrem Generalsekretär Josef W. Stalin bestimmt. Es entwickelte sich der »Stalinismus«, eine auf die jeweilige Staatsräson zugeschnittene Theorie oder besser eine die Praxis und auch die brutalen Praktiken der Partei und des Staatsapparates rechtfertigende Ersatztheorie.

Wie stellte sich Bertolt Brecht zum Stalinismus?

Er teilte nicht die in der Sowjetunion gültige stalinistische Kunstauffassung – die Divergenz zwischen dem »epischen Theater« Brechts und dem in der Sowjetunion propagierten Stanislawkischen Theater war offensichtlich – und er wußte auch um die schwierige Situation der sowjetischen Dichter: »Es wird schon als Vorsatz ausgelegt, wenn in einem Gedicht der Name Stalin

---

Frankfurt/M. 1966. Vollständiges Protokoll der Anhörung in: Hearings regarding the Communist Infiltration of the Motion Picture Industry, Washington 1947.
Ruth Fischer, durch ihre eigene politische Entwicklung verbittert, bezeichnete Brecht als »Sänger der GPU« und widmete ihm ein ganzes Kapitel in ihrem Stalin-Buch. Es wurde dann in der Nachkriegszeit zur Vorlage für viele verleumderische Darstellungen des Werkes Brechts; vgl. Mittenzwei, Werner: Das Leben..., a.a.O., Bd. 1, S. 176.
Einen nachhaltigen politischen Einfluß auf Brecht hatte Helene Weigel, die er 1929 heiratete. Sie hatte in der Weimarer Republik enge Verbindungen mit der praktischen Arbeit der KPD; vgl. Mittenzwei, Werner: a.a.O., S. 307. Zum politischen Einfluß, aber auch allgemein zu Brechts Verhältnis zu Mitarbeiterinnen, Gefährtinnen (und zugleich) Geliebten, vgl. Kebir, Sabine: Ein akzeptabler Mann?, Brecht und die Frauen, Köln 1989. Sie berichtet, daß Elisabeth Hauptmann Mitglied der KPD war (S. 71) und auch Margarete Steffin (S. 106, 116). Ruth Berlau war nach einer Fahrradreise in die Sowjetunion Mitglied der KP Dänemarks geworden (S. 121). Sie wurde 1936 Brechts ständige Gefährtin, vgl. Völker, Klaus: Nachwort, in: Berlau, Ruth: Jedes Tier kann es. Erzählungen, Mannheim 1989, S. 153 f.; vgl. auch Berlau, Ruth: Brechts Lai-tu, Neuwied und Darmstadt 1985. Carola Neher war Kommunistin und ging aus politischer Überzeugung in die Sowjetunion. Sie wurde dort während der Moskauer Prozesse verfolgt. Brecht setzte sich mehrfach für sie ein; vgl. Schumacher, Ernst: Leben Brechts..., a.a.O., S. 135.

8 So noch in den Schulbüchern der 60er Jahre, vgl. z.B. Stolte/Künzel: Deutsche Literaturgeschichte für Realschulen, 3. Auflage, Hamburg 1968, S. 158.

9 Brecht: Über die Beziehung der internationalen Arbeiterpartei zur KPdSU, PuG, S. 100.

nicht vorkommt«, bemerkte er in einem Gespräch mit Walter Benjamin[10].

Brecht hat Stalin nie mit einem Gedicht in der üblichen Form der Verehrung bedacht. In der »Erziehung der Hirse«[11] taucht Stalin – namentlich genannt – lediglich als Randfigur auf. Die Ansprache des Bauern an seinen Ochsen[12] bezeichnete Brecht einmal als eine »Ehrung Stalins«, obwohl sein Name darin nicht auftaucht – »eine enthusiastischere Form der Ehrung stehe ihm nicht zu«[13]. In diesem Gedicht ist der Bauer bereit, gebückt stehend für den »göttlichen Pflugzieher« das Futter zu schneiden, ächzend Balken für seinen Stall zu schleppen, im Nassen zu liegen, damit er im Trockenen liegt – weil er der »Ernährer« des Bauern ist, weil er ihm nützt. Am Ende seiner »Ansprache« fragt der Bauer: »Hast du gehustet..., willst du etwa vor der Aussaat verrecken?« Die Aussage ist, auf Stalin bezogen, recht deutlich.

Mao Tse-Tung ist der einzige lebende Parteiführer, dem Brecht ein Gedicht widmete. Mao wird darin als listiger Beherrscher der dialektischen Denkweise dargestellt. Er läßt von feindlichen Flugzeugen abgeworfene Flugblätter, in denen ein Preis auf seinen Kopf ausgesetzt wird, »auf der sauberen Seite bedruckt mit Nützlichem« erneut verteilen[14].

Wladimir I. Lenin wird allerdings in mehreren Gedichten Brechts gewürdigt. In den »Svendborger Gedichten«[15] finden wir verschiedene, die die Bedeutung Lenins und des Leninismus unterstreichen, allerdings nie in Form einer Denkmalsbeschreibung, sondern reflektiert in der Handlungsweise der Menschen. In der »unbesieglichen Inschrift«[16] läßt Brecht einen inhaftierten Soldaten die Parole »Hoch Lenin« an die Zellenwand schreiben. Drei Versuche, die Inschrift auszulöschen, scheitern. »Jetzt entfernt die Mauer! sagt der Soldat«. Diese Darstellung befindet sich allerdings durchaus in Einklang mit dem damals häufig propagierten Stalinschen Satz: »Die Größe

10 Benjamin, Walter: Versuche über Brecht, Frankfurt/M. 1966, S. 128 f. Als Carola Neher verhaftet wurde, bat Brecht Feuchtwanger, sich an die Sowjetregierung zu wenden, vgl. Mittenzwei, Werner: Das Leben..., a.a.O., Bd. 1, S. 618 f. Brecht war entsetzt, als er erfuhr, daß H. Borchardt in der Sowjetunion verhaftet und dann ausgeliefert wurde. In Deutschland angekommen, sperrten ihn die nationalsozialistischen Machthaber sogleich ins KZ (ebenda, S. 618 f.). Zweifel meldeten sich, als er von der Erschießung Sergej Tretjakows erfuhr (ebenda, S. 619); vgl. die (noch behutsame) Frage in einem Gedicht »Gesetzt er ist unschuldig?«, In: Brecht: Ist das Volk unfehlbar?, Ge 2, S. 741 f.

11 Brecht: Die Erziehung der Hirse, Ge3, S. 979 ff.

12 Brecht: Ansprache des Bauern an seinen Ochsen, Ge 2, S. 683 f.

13 Benjamin, Walter: a.a.O., S. 131.

14 Brecht: Die andere Seite, Ge 3, S. 958.

15 Brecht: Svendborger Gedichte, Ge 2, S. 633 ff.

16 Brecht: Die unbesiegliche Inschrift, Ge 2, S. 668.

Lenins besteht vor allem gerade darin, daß er die Sowjetrepublik schuf und damit den Massen der Unterdrückten der ganzen Welt durch die Tat zeigte, daß die Hoffnung auf Erlösung nicht verloren ... ist ... Eben daraus erklärt sich, daß der Name Lenin für die Massen der Werktätigen und Ausgebeuteten zum geliebten Namen wurde.«[17]

In »Die Teppichweber von Kujan-Bulak ehren Lenin«[18] wird die Wirkung Lenins und des Leninismus im Sozialismus gezeigt. Den üblichen Ehrungen, die Brecht im ersten Teil des Gedichtes beschreibt: »Büsten gibt es und Standbilder. Städte wurden nach ihm benannt und Kinder. Reden wurden gehalten in vielerlei Sprachen. Versammlungen gibt es und Demonstrationen von Shanghai bis Chikago, Lenin zur Ehre«, wird die vorbildliche Handlungsweise der fieberkranken Teppichweber antithetisch gegenübergestellt: Sie sammelten Geld, um eine Lenin-Büste kaufen zu können, beschließen aber dann, für das Geld Petroleum zur Ausrottung der Stechmücken, die das Fieber verursachten zu kaufen. »So nützten sie sich, indem sie Lenin ehrten, und ehrten ihn, indem sie sich nützten und hatten ihn also verstanden.«

Zwar wird auch der »Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion« von Brecht in mehreren Gedichten gefeiert – am weitesten verbreitet sind »Die Inbesitznahme der großen Metro durch die Moskauer Arbeiterschaft am 27. April 1935«[19] und »Der große Oktober«[20], jedoch handelt keines seiner Stücke in der Sowjetunion. »Die Mutter«[21] spielt im vorrevolutionären Rußland und endet 1917, an der Schwelle der »neuen Ordnung«. Die im Prolog zum »Kaukasischen Kreidekreis«[22] gezeigte Kollektivwirtschaft hat nichts mit der sowjetischen Wirklichkeit gemeinsam, so betont der ehemalige Kulturoffizier in Berlin, I. Fradkin.[23] »Ein Streit zwischen zwei Kolchosen wird nicht durch einen Volkssänger entschieden, der den Bauern eine alte Legende erzählt«.

---

17 Stalin, Josef, W.: Zum Tode Lenins, Rede auf dem II. Sowjetkongreß der UdSSR, zitiert nach Lerg-Kill, Ulla-Clara: Dichterwort und Parteiparole, Gedichte und Lieder Bertolt Brechts, Bad Homburg v.d.H.-Berlin-Zürich 1968.

18 Brecht: Die Teppichweber von Kujan-Bulak ehren Lenin, Ge 2, S. 666 ff.

19 Brecht: Inbesitznahme der großen Metro..., Ge 2, S. 673; Brecht fand viel Gefallen am Baustil der Metro wie übrigens auch an der neuen Universität, ein »lustiger Bau in großen Linien« und mit »schönen Einzelheiten« ... »unprofessoral, wie für Künstler gebaut«. Brecht: Arbeitsjournal II, S. 603.

20 Brecht: Der große Oktober, Ge 2, S. 675.

21 Brecht: Die Mutter, St 2, S. 823 ff.

22 Brecht: Der kaukasische Kreidekreis, St 5, S. 2000 ff.

23 Fradkin: Bertolt Brecht – Chudoschnik Misla, in Teatr, Moskau, Januar 1956, zitiert nach Esslin, Martin: a.a.O., S. 273.

Wilhelm Pieck ist der einzige Repräsentant der DDR, den Brecht literarisch würdigte. Als zu seinem 80. Geburtstag »alle Dichter der DDR seitenlange Lobeshymnen, mehr oder weniger peinlich, verfaßten«[24], schrieb er die lakonische Adresse: »Wenn Wilhelm Pieck nicht Präsident des fortgeschrittensten Teiles Deutschlands wäre, müßte er es sogleich werden.«[25] Die Festschrift, in der sie erschien, wurde im Rahmen der auch in der DDR eingeleiteten Überwindung des Personenkultes eingestampft.

Zum Tode Stalins erschien in der Zeitschrift »Sinn und Form« ein Beitrag Brechts: »Den Unterdrückten von fünf Erdteilen, denen, die sich schon befreit haben, und allen, die für den Weltfrieden kämpfen, muß der Herzschlag gestoppt haben, als sie hörten, Stalin ist tot. Er war die Verkörperung ihrer Hoffnung, aber die geistigen und materiellen Waffen, die er herstellte, sind da, und da ist die Lehre, neue herzustellen«[26].

Auch dieser Beitrag – heute sicher mit anderen Augen gelesen als damals – steht im schroffen Gegensatz zu zeitgenössischen Beiträgen anderer Dichter. Johannes R. Becher, der damalige Kultusminister der DDR, veröffentlichte »ein rührseliges Gedicht, in dem Stalin in bester Butzenscheibenromantik im Jenseits neben Lenin und Thälmann dargestellt wurde und sein Geist durch die Dresdener Gemäldegalerie schritt, an den großen Gemälden vorbei, die sich vor ihm ehrfurchtsvoll im Gruße neigten.«[27]

Dichter wie Becher sahen nach der Verdammung des Personenkultes »recht albern aus«, während Brecht allein »den Ton angeschlagen hatte, der absolut richtig war.«[28]

Brechts Kommentar zu Stalins Tod stellt die »geistigen Waffen« heraus und die »materiellen Waffen«, und er fordert sogar die Weiterentwicklung der Waffen. Persönlich spricht Brecht später – nach der Kritik an Stalin auf dem XX. Parteitag der KPdSU – von ihm nur noch als einem »verdienten Mörder des Volkes«[29]. Auf dem XX. Parteitag sah er den »ersten Schritt zu einer Regeneration des Marxismus ... von seiner totalen Verweltanschaulichung zu totaler Verweltlichung«[30].

24 Kesting, Marianne: Bertolt Brecht in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Hamburg 1959, S. 143.

25 Brecht: PuG, S. 346 – zuerst erschienen in: Wilhelm Pieck, Schriftsteller und Künstler zu seinem 80. Geburtstag, Berlin 1956.

26 Einführung Sinn und Form, Heft 2/1953 – wieder abgedruckt in: Brecht: PuG, S. 352.

27 Esslin, Martin: a.a.O., S. 237.

28 Ebenda, S. 238.

29 Kantorowicz, Alfred: »Deutsches Tagebuch«, München 1959, zitiert nach Esslin, Martin: a.a.O., S. 250.

30 Kleischmidt, Wir sind der Mensch von Sezuan, Neue Zeit, 19. 08. 1956, Berlin. Zitiert nach

Ruth Fischer, die Schwester des Komponisten und Brecht-Freundes Hanns Eisler, die 1927 nach Auseinandersetzungen mit Stalin und der KPdSU aus der KPD ausgeschlossen wurde, sagte einmal, Brecht sei »ein ›gläubiger‹ Mensch gewesen, der nach den Enthüllungen des XX. Parteitages sehr gelitten habe«[31].

Der US-amerikanische Philosoph Sidney Hook berichtet über ein Gespräch mit Brecht, in dem diese »Gläubigkeit« recht gut zum Ausdruck kommt. Als Brecht anläßlich einer Aufführung der »Mutter« zum ersten Male die USA besuchte, beschwerte er sich Hook gegenüber über den Kulturkommissar der amerikanischen Kommunisten. Gefragt, warum er denn, besonders in Anbetracht der bedingungslosen Unterstützung der Verhaftungswelle, die der Ermordung Kirows folgte (und den Moskauer Prozessen vorausging), mit den amerikanischen Kommunisten zusammenarbeite, äußerte sich Brecht recht abfällig über die amerikanischen Kommunisten, »nur die russischen Kommunisten wären etwas wert«.[32] Als Hook zu bedenken gab, daß die einen für die anderen verantwortlich seien und daß der Kreml und Stalin selbst die Verantwortung trügen, antwortete Brecht: »Was die (Verhafteten) betrifft, je unschuldiger sie sind, desto mehr verdienen sie es zu sterben«, wiederholte dies noch einmal und gab keine weiteren Erklärungen.

Das war im Jahre 1935. Im Jahre 1937 beschäftigte er sich eingehend mit den Moskauer Prozessen, so berichtet Ernst Schumacher und kommt aufgrund der darüber im Berliner Brecht-Archiv vorliegenden Zeugnisse zu dem Schluß, »daß Brecht sich in zunehmendem Maße der Diskrepanz zwischen der Notwendigkeit, die proletarische Revolution zu verteidigen, und der dabei erfolgten willkürlichen Handhabung der Gesetzlichkeit bewußt wurde, aber niemals den geringsten Zweifel hatte, daß die Sowjetunion und die KPdSU die Hauptkraft im Kampf gegen den Faschismus darstelle und in letzter Instanz ausschlaggebend sein würde«[33].

Esslin, Martin: a.a.O., S. 256; vgl. auch Mittenzwei, Werner, Das Leben..., a.a.O., Bd. 2, S. 650.

31 Lerg-Kill, Ulla–Clara: a.a.O., S. 230.

32 Hook, Sidney: A Recollection of Berthold (sic!) Brecht, The New Leader, New York, 10. 10. 1960.

33 Schumacher, Ernst: Drama und Geschichte, Bertolt Brechts »Leben des Galilei« und andere Stücke, Berlin 1968, S. 411.

II. Brechts Me-Ti über die Selbstherrschaft Ni-ens

Seine Haltung zur Person und Politik Stalins erläutert Brecht selbst in verschiedenen Schriften und Notizen, die in die von Werner Hecht herausgegebenen »Schriftsätze zu Politik und Gesellschaft«[34] aufgenommen wurden, und in verschiedenen Passagen seines unvollendeten Werkes »Me-Ti, Buch der Wendungen«[35]. In den Me-Ti-Texten versucht Brecht, die wichtigsten politischen Vorgänge seiner Zeit marxistisch sozusagen in »chinesischem Gewande« zu analysieren.

Die chinesische Philosophie hat Brecht in den Jahren 1929/30, während seiner ersten Marxismus-Studien, stark beeinflußt. Zur Ausstattung seines Zimmers gehörte das Bild eines chinesischen Weisen und sein Lieblingssatz: »Die Wahrheit ist konkret«. Dieser Satz kann als Quintessenz der marxistischen Erkenntnistheorie betrachtet werden, für die das Kriterium der Wahrheit nicht die Evidenz, sondern die Praxis ist, und gleicht einem Satz des chinesischen Philosophen Me-Ti: »Wie kann etwas gut sein, wenn es sich nicht anwenden läßt?«[36]. Der Sozialethiker Me-Ti oder Mo Di (470-400 v. Chr.), der erste Dialektiker der chinesischen Geistesgeschichte, begründete den Mehismus, die dritte Hauptrichtung der chinesischen Philosophie – neben dem Konfuzianismus und dem Taoismus. Für Me-Ti ist »die Sittenlehre ein Teil der Staatslehre, gegründet auf Sittlichkeits- und Zweckmäßigkeitsrücksichten. Die abstrakte, individuelle Ethik, wird nicht besonders behandelt.[37] Die Modernität des Mehismus muß für Brecht frappierend gewesen sein. Er wurde in seiner eigenen Weltanschauung bestärkt.

Me-Tis Gespräche (Buch XI-XIII), Monolog und Dialogszenen in parabolischer, pointiert antithetischer Sprechweise, regten Brecht an, seine Gedanken in ähnlicher Form, als voneinander relativ unabhängige Prosastücke, niederzuschreiben. Seit 1934 sammelte er Texte für »Me-Ti, Buch der Wen-

34 Brecht: PuG, a.a.O.

35 Brecht: Me-Ti, Buch der Wendungen, P 2, S. 417 ff.; vgl. dazu Mittenzwei, Werner: Der Dialektiker Brecht oder: Die Kunst, »Me-Ti« zu lesen, Argument-Sonderband 11, Brechts Tui-Kritik, Karlsruhe 1976 (=Nachwort zur DDR-Ausgabe von Brecht, Me-Ti, Buch der Wendungen, Berlin und Weimar 1975).

36 Forke, Alfred (Übersetzer): Me-Ti des Sozialethikers und seiner Schüler philosophische Werke, Berlin 1922, zitiert nach: Grimm, Reinhold: Bertolt Brecht und die Weltliteratur, Nürnberg 1961, S. 22. Die von Forke besorgte Übersetzung war die (damals) einzige Ausgabe, die Brecht zur Verfügung stand. Vgl. heute: Mo Ti: Solidarität und allgemeine Menschlichkeit (Bd. 1); Ders.: Gegen den Krieg (Bd. 2); aus dem Chinesischen übersetzt und hrsg. von Helwig Schmidt-Glintzer, Düsseldorf/Köln 1975.

37 Grimm, Reinhold: a.a.O., S. 22 f.

dungen« und den »Tui-Roman«[38]. Brecht greift in allen diesen Parabeln Probleme der marxistischen Diskussion auf.

Die KPdSU erscheint im »Buch der Wendungen« als der »Verein«, der dialektische Materialismus als die »große Methode«, Kapitalisten und Lohnarbeiter sind »Schmiedeherrn« und »Pflugschmiede«. Eigennamen werden in verstümmelter und chinoisierter Form verwandt. So wird Lenin »Mi-en-leh«, Stalin »Ni-en«, Trotzki »To-tsi« genannt. Brechts marxistischer Lehrer Karl Korsch taucht als »Ko« auf, Brecht selbst als »Kin-jeh«.

Brecht läßt Me-Ti sagen, daß »einige wissen, daß Ni-en in manchem ein nützlicher Mensch ist. Das bedeutet viel bei ihnen. Einige wissen, daß er ein genialer Mensch ist, der größte der Menschen, eine Art Gott. Das bedeutet bei ihnen vielleicht nicht soviel wie das andere bei den anderen.«[39] Daher schlägt Me-Ti vor, »den Ni-en nicht immer den Großen, sondern den Nützlichen zu nennen«[40].

Brecht kennt die »angemessenen Verdienste«[41] aber auch die Schwächen Stalins und bezeichnet sie auch. Letztere bestehen vor allem darin, daß »Ni-en nur mit ganz wenigen arbeiten« kann und nicht »ihre Schwächen« kennt.[42]

Dieser noch sehr vorsichtig gehaltene Hinweis auf die geringe »Kooperationsfähigkeit« Stalins wurde von Lenin in seinem »politischen Testament« schärfer formuliert: »Genosse Stalin hat dadurch, daß er Generalsekretär geworden ist, eine unermeßliche Macht in seinen Händen konzentriert, und ich bin nicht überzeugt, daß er es immer verstehen wird, von dieser Macht vorsichtig Gebrauch zu machen.« In einem Zusatz schrieb er: »Stalin ist zu grob, und dieser Fehler, der in unserer Mitte und im Verkehr zwischen uns Kommunisten erträglich ist, kann in der Funktion des Generalsekretärs nicht geduldet werden.«[43]

Brecht bedauert, daß es noch zu früh sei, vom »nützlichen Stalin« zu sprechen. Denn zu lange waren wirklich nützliche Personen nicht zu Ruhm und Ansehen gekommen, während die größten Unterdrücker so genannt wurden. Brecht läßt Me-Ti einsehen: »Was ich eigentlich wollte, war, daß die

---

38 Brecht: Der Tui-Roman, P 2, S. 587 ff.
39 Brecht: Verehrung des Ni-en (2), P 2, S. 536.
40 Brecht: Vorschlag Me-Tis, Ni-ens Beinamen betreffend, P 2, S. 467.
41 Brecht an Benjamin, vgl. Benjamin, Walter: Versuche über Brecht, Frankfurt/M. 1966, S. 131.
42 Brecht: Die Schwächen der Mitarbeiter, P 2, S. 536.
43 Lenin, Wladimir, I.: Werke, Bd. 36, S. 579 f.; zitiert nach Judick, Günter/Steinhaus, Kurt (Hrsg.): Stalin bewältigen, Dokumente und Aufsätze, Düsseldorf 1989, S. 12 und S. 107.

Nützlichkeit als groß anerkannt werde.«[44] Die von oben forcierte Industrialisierung und zwangsweise Kollektivierung erklärt er so: »Hungrigen Leuten, welche noch nie eine Saat hatten aufgehen sehen, wurde geheißen, zu säen. Sie mußten glauben, man wollte sie zwingen, das Korn mit vollen Händen wegzuwerfen und Kartoffeln unter der Erde zu verstecken.«[45] Sogar das »schlechte Lob« Stalins, die nach Bestechung schmeckende, unehrliche Verherrlichung, hält Brecht für gerechtfertigt, denn »damit sie eine gute Sache loben, müssen schlechte Leute bestochen werden«[46].

Marx und Engels hatten »die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse« gefordert, um »der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktivkräfte möglichst rasch zu vermehren.«[47] Stalin sieht die Hauptaufgabe der Diktatur des Proletariats darin, »den Widerstand der durch die Revolution gestürzten und expropriierten Gutsbesitzer und Kapitalisten zu brechen, alle ihre Versuche zur Wiederherstellung der Macht des Kapitals zunichte zu machen«[48]. Doch Brecht rechtfertigt damals noch die Pervertierung der Diktatur des Proletariats zur Diktatur Stalins – auch in der bolschewistischen Partei – mit den Worten: »eine eiserne Zucht ihrer Mitglieder (sei) nötig, so daß auch im Verein große Unfreiheit zu herrschen schien«[49]. Denen, die darin einen Angriff auf den marxistischen Freiheitsbegriff sahen, entgegnete er, »daß die Befreiung eine wirtschaftliche Arbeit ist und eine, die organisiert sein muß«[50], denn die Arbeiter und Bauern könnten nicht, wie die vormals Herrschenden, als einzelne wirtschaftlich frei sein, sondern nur insgesamt. Daraus entstehe die Notwendigkeit, gegen alle »Strömungen, welche die große Produktion der Güter für alle bedrohen«[51], Zwang anzuwenden.

Diese Sichtweise des »Zwanges« war bei Tätern und Opfern verbreitet. Nikolaj Bucharin – selbst ein Opfer der stalinistischen Prozesse – stellt den Zwang »in allen seinen Formen, angefangen mit Erschießungen bis zur

44 Brecht: Vorschlag Me-Tis, Ni-ens Beinamen betreffend, P 2, S. 467.
45 Brecht: Ni-ens Ruf, P 2, S. 467.
46 Ebenda.
47 Marx/Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Berlin 1968, S. 66.
48 Stalin, Josef. W.: Über die Grundlagen des Leninismus (deutsche Ausgabe), Moskau 1947, S. 40.
49 Brecht: »Über die Unfreiheit unter Mi-en-leh und Ni-en«, P 2, S. 438.
50 Ebenda.
51 Ebenda.

Arbeitspflicht (als) eine, so paradox dies auch klingen mag, Methode der Bildung einer neuen, kommunistischen Menschheit aus dem Menschenmaterial der kapitalistischen Epoche« dar.[52] Auch Brecht tut den bürgerlichen Freiheitsbegriff vorschnell ab, und zwar mit folgender Argumentation: Einst hatte man die Erkenntnis noch nicht, daß die Menschheit »durch gewisse Freiheiten, Erlaubnisse, dies oder das nach eigenem Gutdünken zu tun«, frei werden könnte – »aber sie wurde nicht frei auf solche Weise«[53], weil die »politische und jede andere Freiheit« abhängt »von der Ökonomie.«[54] Weil die Freiheit nicht vor oder zugleich mit der Befreiung eintreten kann, müssen – so Brecht – »jene Diktaturen unterstützt werden, welche gegen diese Zustände der ökonomischen Art vorgehen. Dies sind nämlich Diktaturen, die ihre eigene Wurzel ausreißen«.[55]

Jenen, die jegliche Diktatur verabscheuen und denen es schwerfällt, einen Unterschied zwischen der faschistischen Diktatur in Deutschland und Italien und der proklamierten Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion zu sehen, hält er entgegen: »Man kann nicht sagen: in dem Arbeiterstaat Rußland herrscht die Freiheit. Aber man kann sagen: dort herrscht die Befreiung«.[56]

Die Selbstherrschaft Stalins rechtfertigt auch Brecht mit der Rückständigkeit Rußlands: »Mi-en-leh, als dessen Schüler man Ni-en betrachten muß, dachte vor der großen Umwälzung, daß die Arbeiter den Bürgern helfen müssen, sich vom Kaisertum zu befreien ... später verschafften sich die Arbeiter unter seiner Führung die Herrschaft, aber schon sein Nachfolger Ni-en trat wie ein Kaiser auf«.[57] Hier ist die vom III. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands ausgearbeitete und von Lenin in der Schrift »Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution«[58] theoretisch fundierte Taktik der SDAPR in der bürgerlichen Revolution der Jahre 1905 bis 1907 angesprochen, allerdings mißverständlich dargestellt. Lenin ging es darum nachzuweisen, daß das russische Bürgertum an einem Kompromiß mit dem Zarismus interessiert war, und sah daher in der mit dem Proletariat verbündeten werktätigen Bauernschaft die Hauptkraft der Revolution, die später auch in der Lage wäre, sie konsequent zu Ende zu führen, also ein Hinüberwachsen der bürgerlich-demokratischen Revolution

52 Bucharin, Nikolai: Ökonomik der Transformationsperiode, Reinbek 1970, S. 157.
53 Brecht: Die Unfreiheit in Su, P 2, S. 536.
54 Brecht: Über Freiheit, PuG, S. 56 f.
55 Brecht: Über die Diktaturen einzelner Menschen, PuG, S. 102 f.
56 Ebenda.
57 Brecht: Selbstherrschaft des Ni-en, P 2, S. 538.
58 Lenin, Wladimir, I.: Ausgewählte Werke in 3 Bänden, Berlin 1970, S. 527 ff.

in die sozialistische zu ermöglichen.

Nach dem Sturz der zaristischen Despotie wurde der Sozialismus »von den Arbeitern unter einem Kaiser aufgebaut«[59]. So erklärt Brecht die Alleinherrschaft Stalins und greift dabei auf die Stalinsche These von einer angeblichen Verschärfung des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats zurück. Nach dieser These Stalins, die er im Jahre 1937 aufgestellt hatte, verschärft sich der Klassenkampf in dem Maße, in dem der Sozialismus erstarkt. Bei Brecht erfahren wir, daß die Arbeiter und Bauern anfangs noch unter sich Demokratie hatten, »aber bei Verschärfung der Kämpfe sonderte sich der Staatsapparat ab von der Arbeiterschaft« und nahm eine rückständige Form, d.h. die Form der Selbstherrschaft Stalins, an. Er wurde »für die Bauern ein Kaiser, als er noch für die Arbeiter ein Sekretär war.« Dann wurde er »auch für die Arbeiter ein Kaiser, als sich unter ihnen Klassenkämpfe entspannen«[60]. Die These stand im übrigen bereits damals im Widerspruch zu den Beschlüssen des ZK-Plenums vom Februar/März 1937, das seinerzeit betont hatte, daß die in der Verfassung der UdSSR vorgesehene weitere Entwicklung der sozialistischen Demokratie mit der Entwicklung der innerparteilichen Demokratie beginnen müsse.[61] Brecht machte sich an anderer Stelle[62] eher diese Sichtweise zu eigen und widerlegt damit die These von der angeblichen »Verschärfung des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats«: »Zur Zeit der großen Umwälzung, sagte Me-ti, eroberten Mi-en-leh und seine Freunde so viel Macht, als sie Menschen überzeugten. Die Befehle Mi-en-lehs waren kurz gefaßte Überzeugungen. Mi-en-leh konnte nicht sagen, die Übermacht seiner Gegner zwinge ihn, zu befehlen. Sie zwang ihn, zu überzeugen. Ni-en hatte weniger Gegner und befahl.« Dieser Vorwurf wurde übrigens auch im Referat von Nikita Chruschtschow auf dem XX. Parteitag erhoben, der kritisierte, daß sich Stalin nicht damit aufhielt, die Menschen zu überzeugen, aufzuklären und geduldig mit ihnen zusammenzuarbeiten, sondern ihnen seine Ansichten aufzwang und absolute Unterwerfung unter seine Meinung verlangte.[63] Chruschtschow stellte darüber hinaus

59 Brecht: Selbstherrschaft..., P 2, S. 538.

60 Ebenda.

61 Ebenda, vgl. dazu Sowjetskaja Enziklopedija, Kommunistische Partei der Sowjetunion, entnommen Band 7 der Sowjetischen Historischen Enzyklopädie, Moskau 1965, deutsche Übersetzung, Berlin 1967, S. 96 f.

62 Brecht: Über die Volksherrschaft, P 2, S. 530.

63 Chruschtschow, Nikita: Geheim-Rede vor dem XX. Parteikongreß der KPdSU in Moskau, 1956, («Abrechnung mit Stalin«) in: Judick, Günter/Steinhaus, Kurt (Hrsg.): a.a.O., S. 110 f.; vgl. auch Pirker, Theo: Die Moskauer Schauprozesse 1936-1938, München 1963, S. 43 ff.

fest, daß die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Gegner Stalins zu einem Zeitpunkt einsetzten, als die soziale Basis für parteifeindliche Gruppen und Bewegungen entscheidend eingeengt war, als die ideologischen Gegner der Partei politisch längst geschlagen waren. Brecht wirft Stalin darüber hinaus vor, »die Organisation der Planarbeit zu einer ökonomischen statt zu einer politischen Sache zu machen«.[64] Brecht teilt jedoch nicht die Ansicht seines marxistischen Lehrers, des »enttäuschten Mannes«[65] Karl Korsch, über den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion.

Korsch, kommunistischer Landtagsabgeordneter und Justizminister der sozialdemokratisch-kommunistischen Koalitionsregierung in Weimar, bis 1928 Mitglied des Reichtages, wurde 1926 aus der KPD ausgeschlossen. Er hatte in seinem Buch »Marxismus und Philosophie« den Leninschen Parteinormen und seiner Revolutionstheorie widersprochen. Im Vorwort zur 2. Auflage seines Buches (1930) polemisierte er offen gegen die Sowjetunion. Er sprach von einem »geistigen Unterdrückungssystem«[66], in dem der Marxismus aus taktischen Gründen verändert wird.

1933 war auch Korsch – wie Brecht – nach Dänemark emigriert und traf in den Jahren 1935 und 1936 oft mit ihm zusammen. Brecht erkannte ihn als überlegenen Theoretiker an und schrieb in dieser Zeit verschiedene kurze Notizen über Schriften Korschs, die darauf deuteten, daß er sich eingehend mit dessen Gedanken beschäftigte.[67] Korsch befürchtete, daß der in der Sowjetunion für den Aufbau des neuen Gesellschaftssystems geschaffene Staatsapparat diesem System im Wege stehen könnte: »Der Ordner als Hindernis der Ordnung, das war Kos Sorge.«[68]

Auch Brecht stellt die Frage nach dem Sinn der neu etablierten Ordnung in der UdSSR:»Warum soll ich einen Staat wollen? Damit Ordnung herrscht? Aber wir haben einen Staat und haben Unordnung. Und ich will keinen Staat

64 Brecht: Selbstherrschaft..., P 2, S. 538.

65 Brecht: Über meinen Lehrer, PuG, S. 65. Mehr über Brechts Verhältnis zu Korsch bei Mittenzwei, Werner: Der Dialektiker..., a.a.O., S. 129; ders.: Das Leben..., a.a.O., Bd. 1, S. 407 ff.; vgl. auch Langkau, Goetz: Einleitung zu Korsch, Karl Marx, Frankfurt/M. 1967, S. X ff. (dt. Übersetzung; Erstausgabe London 1938). Diese Monographie entstand übrigens in Skovbostrand, in Zusammenarbeit mit Brecht, vgl. Mittenzwei, Werner: Das Leben..., a.a.O., Bd. 1, S. 569.

66 Korsch, Karl: Marxismus und Philosophie, S. 47 – zitiert nach: Müller, Klaus-Dieter: Die Funktion der Geschichte im Werk Bertolt Brechts, Studien zum Verhältnis von Marxismus und Ästhetik, Tübingen 1967, S. 27.

67 Z.B. Brecht: Ableitung der 3 Sätze in Korschs Einführung »Why I am a Marxist«, aus der Dialektik, PuG, S. 71. Why I am a Marxist erschien 1935 in Modern Monthly, Heft IX, S. 2.

68 Brecht: Ansichten des Philosophen Ko über den Aufbau der Ordnung in Su, P 2, S. 537.

und keine Unordnung. Ich will keine Vorschriften und Rangstufen. Das ist alles selber Unordnung, Folge und Ursache von Unordnung.«[69]

Die Sowjetunion braucht – so Brecht – einen Staat mit Vorschriften und Rangordnungen, um die Ursachen des Staates zu beseitigen, damit »das Land und Fabriken an alle kommen«. Er sieht durchaus die Gefahr, daß der Staat nicht abstirbt, daß »das Haus gebaut ist, aber die Bauleute nicht weggehen wollen«, verteidigt aber den sozialistischen Staat dennoch, weil es »sein könnte, daß ohne Staat das Land und die Fabriken nicht an alle kämen«.

»Die völlige Liquidierung des Staates kommt nur, wenn die Ökonomie sie fordert. Der proletarische Staat kann aber einzelne staatliche Züge liquidieren, wenn seine Ökonomie es fordert.«[70] Auch den Vorwurf, die UdSSR betreibe eine nationalistische Politik, hält er für ungerechtfertigt, denn in einer Welt von Nationen sei sie gezwungen, als Nation aufzutreten.

Korsch wirft er vor, ungeduldig zu sein: »Er will alles oder nichts. Oft denke ich: Auf diese Forderung antwortet die Welt gerne mit: Nichts.« Vorsichtig formuliert er: »Manchmal scheint es mir..., daß er, bestünde er weniger auf seiner eigenen Freiheit, mehr für die Sache der Freiheit tun könnte.«[71] Die Freiheit in der Sowjetunion nennt er eine »Freiheit der Kollektive«: »Me-ti lachte über diejenigen, die auch für dieses Stadium behaupteten, der einzelne sei frei oder freier denn je.«[72] Der qualitative Unterschied zur kapitalistischen Ordnung besteht darin, daß man dort »frei war, zu tun was den meisten schadete«, während man in der UdSSR frei ist »zu tun was den meisten nützt«, aber »was man auch sagt, man kann nicht sagen, man ist frei«.

In der Auseinandersetzung zwischen Stalin und Trotzki sah Korsch bestätigt, daß die Leninschen Prinzipien »aufgebraucht«[73] seien. Weder die von Stalin praktizierten noch die von Trotzki proklamierten Prinzipien schienen ihm erfolgversprechend zu sein.

Brecht stellte sich in dieser Auseinandersetzung auf die Seite Stalins: »Me-ti hielt sich an der Seite Ni-ens. In der Frage, ob der Aufbau der Ordnung in einem Lande geschehen könne, nahm er den Standpunkt ein, daß der Aufbau in einem Lande begonnen und durch den Aufbau in anderen Ländern vollendet werden müsse.«[74] »To-tsi erklärte den Aufbau der Ord-

69 Brecht: Über den Staat, PuG, S. 66 f.
70 Brecht: Über die Beziehungen der internationalen Arbeiterparteien zur KPdSU, PuG, S. 99 f.
71 Brecht: Über meinen Lehrer, PuG, S. 65 f.
72 Brecht: Über den Staat, P 2, S. 540.
73 Brecht: Ansichten des Philosophen Ko..., P 2, S. 537.
74 Brecht: Me-ti für Ni-en, P 2, S. 495.

nung in einem Land für unmöglich, Ni-en machte sich an den Aufbau. To-tsi fehlte dies und jenes, Ni-en schaffte es.«[75]

In seinem »Buch der Wendungen« stellte er die »Theorie des To-tsi«[76] unkommentiert dar: Nach »To-tsi« war die »Macht des Vereins« im Kampf gegen die »wohlhabenden Bauern und bürgerlichen Kopfarbeiter« und die Verschiedenheit der Einkommen mit dem Wettkampf der Arbeiter gewachsen. »Es gibt noch viel Unfreiheit und die Künste und die Philosophie lagen darnieder.« »To-tsi« kritisierte die »Rolle des Staatsoberhauptes« und bezweifelt die Möglichkeit des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse in einem Staat. »20 Jahre nach der Machtübernahme durch den Verein waren die Gefängnisse noch immer überfüllt, und es gab allerhand Todesurteile und Prozesse, in die selbst alte Mitglieder des Vereins verwickelt waren. Große Kriege mit bürgerlichen Ländern standen bevor.«

Diese Darstellung unterscheidet sich von der Trotzkismus-Definition Stalins. Nach der sind »die drei Eigentümlichkeiten, ... die ihn in den unversöhnlichen Gegensatz zum Leninismus stellen«[77], die Theorie von »permanenter Revolution, das Mißtrauen zum bolschewistischen Parteiwesen und das Mißtrauen gegen die Führer des Bolschewismus«. Ein großer Teil der Aufzeichnungen Brechts aus dem Jahre 1936[78] behandelt die ungleichen Einkommen in der UdSSR. Angeregt wurden sie durch André Gides Buch »Retour de l'U. R. S. S.«.

Brecht sieht in erster Linie ein neues System der Produktion, nicht ein neues System der Distribution in der Sowjetunion verwirklicht, dort erhalten die Techniker ein höheres Einkommen, weil nur so ihr Wissen zum Wohle der Gesellschaft eingesetzt werden könne – so Brecht.

Die Expropriation des Wissens ist eine andere als die eines Betriebes: Sie ist die Beschäftigung ihrer Träger. Diese Individuen erhalten eine höhere Entlohnung – jedoch keinen Profit, sie können kein Kapital akkumulieren. »Die sozialistische Revolution hebt den Profit auf zugunsten der Produktion, sie kann nur gesteigert werden durch Aufhebung des Profits. Es wäre ganz sinnlos, die Produktion zu gefährden oder zu ruinieren durch eine mechanische Reduktion des Lebensstandards solcher Kräfte, die für den Aufbau und Umbau der Produktion nötig sind.«[79] Die technischen Kenntnisse würden

75 Brecht: Der Aufbau der Ordnung in einem Lande, P 2, S. 523.
76 Brecht: Die Theorie des To-tsi, P 2, S. 523.
77 Stalin, Josef, W.: Der alte und der neue Trotzkismus. Rede vom 19. November 1924, in: Der Sowjetkommunismus, Dokumente, Köln-Berlin 1963, S. 206 f.
78 Brecht: Die ungleichen Einkommen, PuG, S. 105.
79 Ebenda.

nun einmal »nicht körperlos, sondern in Form von Technikern herumlaufen«[80]. Brecht bleibt dabei ein Verfechter gleicher Einkommen, obwohl die staatliche Politik der UdSSR aus ökonomischer Vernunft längst den »Kampf gegen Gleichmacherei« aufgenommen hatte.

Stalin forderte die Schaffung eines Tarifsystems, das die Unterschiede zwischen qualifizierter Arbeit und unqualifizierter sowie schwerer und leichter Arbeit berücksichtigt[81]. Auf dem XVII. Parteitag der KPdSU begründete er den Kampf gegen die »Gleichmacherei« ideologisch: »Unter Gleichheit versteht der Marxismus nicht die Gleichmacherei auf dem Gebiet der persönlichen Bedürfnisse und der Lebensweisen, sondern die Auflösung der Klassen ... Dabei geht der Marxismus davon aus, daß der Geschmack und die Bedürfnisse der Menschen der Qualität und der Quantität nach weder in der Periode des Sozialismus noch in der Periode des Kommunismus gleich sind oder gleich sein können.«[82] Stalin klärt dagegen nicht, ob die von Lenin geforderte »Reduzierung der Gehälter aller Amtspersonen im Staat auf das Niveau des Arbeiterlohnes«[83] unter die »Gleichmacherei« fällt. Gerade diese – die besondere Stellung der Staats- und Parteifunktionäre – war es aber, die die Literaten außerhalb der UdSSR entzweite. Brecht wendet sich gegen jene idealistischen Apologeten, die dem sowjetischen Arbeiter »solche Dinge wie das ›beseeligende Bewußtsein, sich einer großen Sache zu widmen‹, andienen und seinen vielen Entbehrungen keinen irdischen Lohn winken« lassen wollen[84]. So vermutet er, daß André Gide aufgrund der Schwäche solcher Apologeten »die Sache selbst« für schlecht hält.

III. Die Moskauer Prozesse

Brecht sah im Moskauer Prozeß gegen Sinowjew und Kamenew einen möglichen Grund für Gides kritische Haltung[85] zur Sowjetunion. Während der Moskauer Prozesse 1936 bis 1937 schrieb Brecht in Svendborg Versuche

80 Ebenda.
81 Stalin, Josef, W.: Werke (russ.), Bd. 13, Moskau 1952, S. 55 f., zitiert nach: Mehnert, Klaus: Der Sowjetmensch, Stuttgart, 7. Aufl. 1960, S. 113.
82 Stalin, Josef, W.: Werke (russ.), Bd. 13, S. 315, zitiert nach: Marek, Franz: Was Stalin wirklich sagte, Wien-München-Zürich 1970, S. 55 f.
83 Lenin, Wladimir, I.: a.a.O., S. 335.
84 Brecht: Die ungleichen Einkommen, a. a. O, S. 109.
85 Er richtete eine diesbezügliche Anfrage an Walter Benjamin, vgl. dazu Schumacher, Ernst: Drama und Geschichte, a.a.O., S. 408 f.

einer möglichen Argumentation zu den Ereignissen nieder[86], die ihm für sein eigenes Selbstverständnis und als Polemik gegen die skandinavischen sozialdemokratischen Intellektuellen diente. Er war sich nicht sicher, ob diese Form der Argumentation politisch richtig war und bat in einem – wahrscheinlich an Walter Benjamin gerichteten – Brief um Rat.

In dieser Notiz sieht es Brecht als erwiesen an, daß seinerzeit aktive Verschwörergruppen in der Sowjetunion existierten. Die weit über ein denkbares Vergehen hinausgehenden »Geständnisse« der Angeklagten bewiesen ihm noch nicht, daß sie erzwungen worden waren, obwohl viele westliche Intellektuelle dies annahmen.

Bucharin, der in seiner Selbstanklage angesichts der »Ungeheuerlichkeit« seines Verbrechens sich selbst für schuldig befindet, erklärt, daß diese »Schwankungen« der »westeuropäischen und amerikanischen Intelligenz« aus der Unkenntnis des »gespaltenen, doppelten Bewußtseins« des »Gegners« in der Sowjetunion resultierten.[87] Bucharin bezieht das Bild vom »gespaltenen Bewußtsein« auch auf sich selbst: »Manchmal riß es mich selbst mit, daß ich zum Ruhme des sozialistischen Aufbaus schreibe, obwohl ich morgen schon dies durch meine praktischen Taten verbrecherischen Charakters ableugne«. Brecht – zum Zeitpunkt des Entstehens seiner Notizen – kommentiert völlig frei von solchen »Schwankungen«: »Der Aasgeier ist kein Pazifist. Der Aufkäufer bankerotter Geschäfte ist für den Bankerott. Der Politiker, dem nur eine Niederlage zur Macht verhilft, ist für die Niederlage.«[88]

Brecht weiß natürlich, daß es außerhalb der Sowjetunion völlig unwahrscheinlich klingen muß, daß die Führer der Revolution und des jungen Sowjetstaates zu den ihnen vorgeworfenen gemeinen Verbrechen hingerissen wurden, und sieht es als seine Aufgabe an, die hinter diesen Verbrechen stehende mögliche Konzeption aufzudecken. Es scheint für ihn der Defätis-

86 Brecht: Über die Moskauer Prozesse, PuG, S. 111 ff.

87 »›Letztes Wort‹ des Angeklagten N. I. Bucharin am 12. März 1938«, in: Der Sowjetkommunismus, a.a.O., S. 381 ff. Mittenzwei, Werner: Das Leben..., a.a.O., Bd. 2, S. 652, sieht Ähnlichkeiten zwischen Bucharins Verteidigungsrede und Schlußszenen des »Galilei«; Schumacher, Ernst: Bertolt Brechts »Leben des Galilei«..., a.a.O., setzt sich dagegen kritisch mit der These Isaac Deutschers (Trotzki, Bd. III, Der verstoßene Prophet, 1929-1940, Stuttgart 1963, Anmerkung 26, S. 346) auseinander, Galileo reflektiere die Moskauer Prozesse. Mittenzwei sah darin früher sogar eine »Abrechnung mit dem Renegatentum« und bezog den Verrat der Wissenschaftler im Stück auf wankelmütige Haltungen von Intellektuellen (im Jahre 1938), die sich »von der revolutionären Arbeiterbewegung abwandten«; vgl. Mittenzwei: Bertolt Brecht, Von der »Maßnahme« zum »Leben des Galilei«, 3. Aufl., Berlin und Weimar 1965, S. 316.

88 Brecht: Über die Moskauer Prozesse, PuG, S. 115.

mus zu sein, der »Selbstmord aus Furcht vor dem Tod«[89], der sich aus den Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus und der Isolation infolge des Mißerfolges der Kommunisten in anderen Staaten ergibt.

Um diese Politiker sammelt sich – so Brecht – »alles Parasitentum, Berufsverbrechertum, Spitzeltum«, und schließlich hatten sie die gleichen Ziele wie diese. Brecht bekräftigt diese Meinung auch einmal: »Ich bin überzeugt, daß dies die Wahrheit ist...« und meint, daß sie auch andere überzeugen muß: »... und ich bin überzeugt, daß diese Wahrheit durchaus wahrscheinlich klingen muß, auch in Westeuropa, vor feindlichen Lesern.«[90]

Brecht geht soweit, den Terror Stalins zu rechtfertigen, indem er Lenin heranzieht: »Lenin hat im Verlauf der großen Revolution, als er den Terror verlangte, wieder gegen die rein formalistische Forderung nach einem, dem tatsächlichen Zustand nicht entsprechenden in factum konterrevolutionären Humanismus schärfstens protestiert.«[91]

Während Brecht hier nur abstrakt von »edler Terror« spricht, unterschied Lenin jedoch deutlich zwischen »den Feinden der Revolution und der Arbeiterklasse«, gegen die er ein kompromißloses Vorgehen fordert und gegen die er im Zweifel unbedenklich zu entsprechenden Methoden griff, und jenen, die von der Parteilinie abwichen, wie Chruschtschow später auf dem XX. Parteitag herausstellte[92].

Tatsächlich waren während und nach der Oktoberrevolution Sinowjew und Kamenew – bekanntlich unter Stalin zum Tode verurteilt – mit führenden Stellungen betraut worden, obwohl sie zuvor den Leninschen Plan des bewaffneten Aufstandes abgelehnt und ihre Ansicht in einem Organ der Menschewiki (»Nowaja shisn«) publiziert hatten.[93]

Brecht kann die stalinistischen Praktiken wohl kaum mit einem Leninwort rechtfertigen. Auch Stalin selbst wandte sich im Jahre 1924 noch ausdrücklich gegen das »Hinausjagen aller andersdenkender Genossen«[94] aus der Partei und sprach sich auf dem XIV. Parteitag gegen den Vorschlag Sinowjews und Kamenews aus, Trotzki aus dem Politbüro auszuschließen, mit den Worten: »Wir wußten, daß die Politik des Absägens große Gefahren

89 Brecht: Über die Moskauer Prozesse, PuG, S. 114; vgl. auch Mittenzwei, Werner: Das Leben..., Bd. 1, a.a.O., S. 627.
90 Brecht: Über die Moskauer Prozesse, PuG, S. 114 f.
91 Ebenda, S. 113.
92 Chruschtschow, Nikita: a.a.O., S. 118 f.
93 Lenin, Wladimir, I.: Notiz an das Politbüro über die Aufgaben der Kontrollkommission, Oktober 1920, zitiert: ebenda, S. 116 f.
94 Stalin, Josef, W.: Werke, Bd. 7, S. 38, zitiert nach Marek, Franz: a.a.O.

für die Partei in sich birgt, daß die Methode des Absägens, des Aderlasses, gefährlich und ansteckend ist: Heute hat man den einen abgesägt, morgen kommt der andere und übermorgen ein Dritter dran, und was bleibt dann in der Partei?«[95]

Später »sägte« er dann allerdings den »einen nach dem anderen« ab: Sinowjew, Kamenew, Bucharin, Rykow, Pjatakow, Krestinsky, Sokolnykow, Tuchatschewsky, Tausende von Parteifunktionären und Offizieren, Arbeitern und Intellektuellen.

Das »Absägen« bedeutete nun bereits eine physische Liquidierung. Ein geheimer Zusatz zur Resolution des X. Parteitages zum Thema Parteidisziplin sah dagegen als »äußerste Maßnahme« den Ausschluß aus der Partei vor![96]

Stalins Politik stand im Gegensatz zu den vorher von ihm vertretenen und sogar verkündeten Prinzipien. Brecht verlangte allerdings auch Aufklärung. Eine Me-ti-Notiz zeigt dies deutlich: »Me-ti tadelte den Ni-en, weil er in seinen Prozessen gegen seine Feinde im Verein vom Volk zu viel Vertrauen verlangte. Er sagte: Wenn man von mir verlangt, daß ich etwas Beweisbares glaube (ohne den Beweis), so ist das, wie wenn man von mir verlangt, daß ich etwas Unbeweisbares glaube. Ich tue es nicht. Ni-en mag dem Volk genutzt haben durch die Entfernung seiner Feinde im Verein, er hat es jedoch nicht bewiesen. Durch den beweislosen Prozeß hat er dem Volk geschadet. Er hätte es lehren müssen, Beweise zu verlangen und das besonders von ihm, dem im allgemeinen so Nützlichen.«[97]

Ab Anfang August 1938 sprach Brecht von einer »Diktatur über das Proletariat«, die aber noch »praktische Arbeit für das Proletariat leistet«.[98] Die antistalinistischen Intellektuellen, die gegen den damaligen Zustand in der UdSSR unter Josef Stalin kämpften, beschuldigte Brecht dennoch, durch ihre angeblich nur gegen die Person Stalins gerichteten Vorwürfe die Kriegsvorbereitung gegen die UdSSR zu erleichtern.[99]

»Wenn heute ein Krieg ausbricht, müssen die Ausgebeuteten Su beistehen ... werden die Staaten, die Su bekämpfen, geschlagen, dann werden dort die Ausgebeuteten befreit.«[100]

---

95 Ebenda, S. 330.
96 Vgl. Nachsatz der Resolution zum X. Parteitag, in Scharndorff, Werner: Geschichte der KPdSU, München 1961, S. 53.
97 Brecht: Die Prozesse des Ni-en (2), PuG, S. 536.
98 Benjamin, Walter: a.a.O., S. 131.
99 Vgl. Brecht: Über die Freiheit in der Sowjetunion, PuG, S. 104 f.
100 Brecht: Über mögliche Kriege, P 2, S. 428.

Den »Aufbau und Verfall unter Ni-en«[101] abwägend, stellt Brecht fest, daß mit dem Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion »die Vereine außerhalb Sus verfielen. Nicht die Mitglieder wählten die Sekretäre, sondern die Sekretäre wählten die Mitglieder. Diese Losungen wurden von Su verfügt und die Sekretäre von Su bezahlt.«

Dies trifft sich mit einer Feststellung Wolfgang Abendroths: »Die Abhängigkeit der westeuropäischen Parteien von den jeweiligen Wünschen und außenpolitischen Bedürfnissen der KPdSU-Führung wuchs in dem Maße, in dem ihr innerparteiliches Leben und ihr Selbstbewußtsein schwanden«.[102]

IV. Der Verfall der »Großen Methode« – oder: von der Notwendigkeit »eingreifenden Denkens«

Im Jahre 1953 starb Stalin – drei Jahre später wurde der Persönlichkeitskult um ihn zum ersten Male öffentlich kritisiert. Auf dem XX. Parteitag der KPdSU wurde das Zentralkomitee beauftragt, Maßnahmen zur »Überwindung des Personenkultes« zu ergreifen. Einige von Stalins unschuldigen Opfern wurden rehabilitiert, einige Fälschungen auf dem Gebiete der Geschichtsschreibung, der Ökonomie und der Philosophie wurden korrigiert, die kollektive Führung wieder hergestellt und aus Literatur und Kunst die größten Auswüchse des Personenkultes beseitigt.

Im Sommer 1956, kurz vor seinem eigenen Tode, schrieb Brecht eine Notiz über die Kritik an Stalin.[103] Dort stellt er fest, daß »der Ausbruch aus der Barbarei des Kapitalismus ... selber noch barbarische Züge aufweisen« kann. Die Revolution habe »wunderbare Tugenden und anachronistische Laster zugleich« entfesselt, und die »Befreiung von den Lastern erfordere mehr Zeit als die Revolution selbst. Bei der zweiten, der chinesischen Revolution, und in den weniger rückständigen Ländern werde sie – so Brecht zuversichtlich – schon etwas leichter sein.

Brechts Me-ti beklagt den »Verfall der großen Methode«[104]. Brecht nennt als eine der schlimmsten Folgen des Stalinismus die Verkümmerung der

101 Brecht: Aufbau und Verfall unter Ni-en, P 2, S. 539.

102 Abendroth, Wolfgang: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1969, S. 101.

103 Brecht: (Über die Kritik an Stalin), PuG, S. 325 f. Brecht soll übrigens *gegen* eine Veröffentlichung der Geheimrede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU gewesen sein – so Peter Hacks später, vgl. Mittenzwei, Werner: Das Leben..., a.a.O., S. 651 f.

104 Brecht: Aufbau und Verfall unter Ni-en, P 2, S. 539.

Dialektik: »Ohne Kenntnis der Dialektik sind solche Übergänge wie die von Stalin als Motor zu Stalin als Bremse nicht verstehbar. Auch nicht die Negierung der Partei durch den Apparat. Auch nicht die Verwandlung von Meinungskämpfen in Machtkämpfe. Noch das Mittel der Idealisierung und Legendisierung aller führenden Personen zur Gewinnung der großen rückständigen Massen in eine Ursache der Distanzierung und Lahmlegung dieser Massen.«[105]

Bertolt Brecht schließt seinen politischen Kommentar zur Kritik an Stalin in der Art seines weisen Me-ti ab: »Die Anbetung Stalins (schmerzlich) übergehen in einen Verzicht auf das Beten«.[106]

Neben der Aufgabe allen Verlangens nach »Glauben« und der Bekämpfung des Führergedankens in der Arbeiterbewegung forderte Brecht die »Aufgabe der scharfen Trennung zwischen Zentralismus und Einzelinitiative und die Betonung der ersteren« sowie die »Aufgabe der typischen Form des Arbeiterprotektionismus«[107] im Sinne der Aufgabe »aller unehrlichen Behandlung der verbündeten Schichten, dagegen Aufspürung und Verteidigung ihrer wirklichen Interessen«.

Die Beherrschung der materialistischen Dialektik war für Brecht die Voraussetzung für ein »eingreifendes Denken«[108] auf allen wissenschaftlichen, politischen und künstlerischen Gebieten. Die Verurteilung der beispiellosen Vulgarisierung der Dialektik durch Stalin verbindet Brecht mit Lukács, mit dem er bekanntlich in Fragen der Ästhetik zeitlebens schwere Meinungsverschiedenheiten hatte.[109] Georg Lukács kritisiert den innern Zu-

105 Brecht: (Über die Kritik an Stalin), PuG 2, S. 325 f.

106 Ebenda, S. 326.

107 Brecht: Voraussetzung für die erfolgreiche Führung einer auf soziale Umgestaltung gerichteten Bewegung, PuG, S. 116 f.

108 Brecht: Grundlinien für eine Gesellschaft für Dialektik, PuG, S. 149; vgl. auch Schumacher, Ernst: Leben Brechts..., a.a.O., S. 359. Brechts Idee orientiert sich an Lenins Vorschlag, eine Art »Gesellschaft materialistischer Freunde der Hegelschen Dialektik« zu gründen, vgl. Mittenzwei, Werner: Der Dialektiker..., a.a.O., S. 148.

109 Zur Brecht-Lukács-Debatte vgl. István, Hermann: Georg Lukács, Sein Leben und Wirken, Budapest 1985, S. 125 ff. Lukács kritisierte den frühen Brecht, der in der »Maßnahme« praktisch die Problematik der Stalin-Ära vorwegnahm (ebenda, S. 126), war selbst aber *der* stalinistische Literaturpapst, dessen Bannstrahl des »Formalismus«-Vorwurfs der Verdammung gleichkam. Er bleibt maßgeblich dafür verantwortlich, daß die marxistische Literaturtheorie das Experiment ablehnte, Joyce, Proust, Kafka etc. ausgrenzte, dafür aber einen kanonisierten »sozialistischen Realismus« entwickelte, der im bürgerlichen Realismus seinen Vorläufer sah und die Linie Blazac-Tolstoi-Thomas Mann ex cathedra verordnete, während Brecht sich an Shakespeare, Swift, chinesischen und lateinischen Dichtern (Horaz) orientierte sowie am Volkstheater und an Hašeks Schwejk. Für Brecht, Arbeitsjournal I, S. 29 f. (Februar 1939) blieb

sammenhang der Stalinschen Methode dahingehend, daß »auf irgendeinen Tatsachenzusammenhang ... rein taktisch so oder so reagiert« werde, wobei der Theorie bloß die Funktion zukomme, »die jeweilige taktische Entscheidung nachträglich als notwendiges Ergebnis der Marx-Leninschen Methode darzulegen«.[110]. Eine weitere Übereinstimmung zwischen Brecht und Lukács findet sich in der Ablehnung des Ökonomismus. Bei Brecht heißt es treffend: »Die Schüler Ka-mehs verstimmen viele Philosophen dadurch, daß sie alle Fragen gelöst zu haben scheinen ... Sie führen alles und jedes auf die Ökonomie zurück und erwarten alles von einer Veränderung der Art und Weise, wie fabriziert wird.«[111] Auch Lukács beklagt »die Abkehr von der Marxschen Konzeption der Rolle der Ökonomie im Gesamtprozeß der Entwicklung der Gesellschaft«.[112]

Bei Brecht bleibt allerdings stets die Mißachtung der dialektischen Denkweise der Schlüssel für seine Kritik. Brecht forderte nicht – wie etwa Lukács –, daß mit der Geringschätzung der Demokratie Schluß gemacht werden müsse.[113] So ging er beispielsweise nie auf die Kontroversen Rosa Luxemburgs mit Lenin[114] ein, obwohl er sich zeitlebens mit Lenin und dem Leninismus beschäftigte.

Den Zustand der sowjetischen Geschichte in der Ära Stalin beschreibt Brecht prägnant, treffend und bissig so: »literatur und kunst scheinen beschissen, die politische theorie auf dem hund, es gibt so etwas wie einen beamtenmäßig propagierten dünnen blutlosen proletarischen humanismus ... über die politische ›demokratie‹ erfährt man nichts als phrasen, und nichts erfährt man über die soziale organisationsform der produktion. für die marxisten außerhalb ergibt sich ungefähr die stellung marxens zur deutschen sozialdemokratie positiv kritisch.«[115]

Lukács ein »murxist«, weil er das Studium der bürgerlichen Realisten empfahl, ohne Kritik an ihnen zu üben.

110 Lukács, Georg: Sozialismus und Demokratisierung, Frankfurt/M. 1987, S. 79 ff.

111 Vgl. Brecht: Die Schüler Ka-mehs..., P 2, S. 558.

112 Lukács, Georg: Sozialismus..., a.a.O., S. 66.

113 Vgl. Mittenzwei, Werner: Das Leben..., a.a.O., Bd. 1, S. 636.

114 Luxemburg, Rosa: Zur russischen Revolution, in: Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke, Berlin 1983, S. 332 ff. Diese Schrift wurde 1918 im Gefängnis verfaßt, jedoch zu ihren Lebzeiten nicht mehr veröffentlicht. Die erste Veröffentlichung erfolgte 1922 durch Paul Levi. Die erste vollständige Veröffentlichung besorgte Felix Weil 1928; vgl. Anm. 26 in: Hillmann, Günter, (Hrsg.): Rosa Luxemburg, Schriften zur Theorie der Spontaneität, Reinbek 1970, S. 229.

115 Brecht: Arbeitsjournal I, S. 27 f.

Gert Meyer

Rückblick auf die Neue Ökonomische Politik

»Das sozialistische Wirtschaftssystem hat nicht funktioniert und konnte auch gar nicht funktionieren – deshalb mußte es zusammenbrechen.« Dies ist das Resümee zahlreicher Untersuchungen über den historischen Abgang des realen Sozialismus. Die Wirklichkeit scheint diesen Satz zu bestätigen. Gegenüber der Dynamik, Produktivität und Innovationskraft der entwickelten kapitalistischen Systeme (die freilich die fortschreitende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Verelendung großer Teile der Drittweltbevölkerung einschließen und zur Voraussetzung haben) waren die sozialistischen Wirtschaften spätestens seit den 70er Jahren in der Defensive. Aber ein historischer Rückblick zeigt, daß es auch Phasen eines eindrucksvollen Aufschwungs in den Ökonomien mit nichtkapitalistischer Grundlage gegeben hat. So konnten in der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg die furchtbaren Verwüstungen in relativ kurzen Zeiträumen überwunden werden – trotz einer ungünstigen internationalen und inneren politischen Konstellation (Kalter Krieg und Spätstalinismus).

Von der wirtschaftspolitischen Konzeption her interessanter ist jedoch der Aufschwung der 20er Jahre. Nach dem Ende des Bürgerkrieges befand sich Sowjetrußland in einem Zustand völligen Ruins. Die industrielle Produktion war in manchen Bereichen auf den Stand der 80er und 90er Jahre des 19. Jahrhunderts zurückgefallen. Die Erzeugung von Erz und Roheisen bezifferte sich auf weniger als 3 Prozent des Standes von 1913. Die Getreideernte reichte nicht mehr für die Ernährung der Bevölkerung aus. Zwischen Stadt und Land gab es einen verzweifelten Kampf um das Brot. Noch stärker hatten die landwirtschaftlichen Intensivkulturen gelitten. Ohne ein völliges Umdenken in der Wirtschaftspolitik wäre Sowjetrußland 1921 zusammengebrochen.

Die ersten Schritte der in diesem Jahr eingeleiteten Neuen Ökonomischen Politik (NEP) bestanden in der Abschaffung des staatlichen Getreidemonopols. Die rigide Ablieferungspflicht für Agrarprodukte wurde durch eine mäßigere Naturalsteuer ersetzt, die den Bauern (die vier Fünftel der Gesamtbevölkerung stellten) die Möglichkeit gab, ihre Saatflächen auszuweiten, Teile des Mehrprodukts auf dem Markt zu veräußern und ihre Wirtschaftspraxis auf eine stabilere kalkulatorische Basis zu stellen. Nach dem schlimmen Hunger Ende 1921/Anfang 1922, der besonders im Wolgagebiet immense Opfer forderte (damals entstand die Internationale Arbeiterhilfe), gab es 1922/23 gute Erntejahre, welche die Gesamtwirtschaft konsolidierten

und sogar wieder den Export von Getreide ermöglichten. Die während des »Kriegskommunismus« 1920 unternommenen Versuche, auch noch das Kleingewerbe und die Kustarindustrie zu nationalisieren, die in Rußland über eine lange Tradition verfügten und einen erheblichen Teil des lokalen Bedarfs an gewerblichen Produkten deckten, wurden rückgängig gemacht: Handwerker und Kleinindustrielle verkauften ihre Produkte wieder direkt oder mittels Privat- oder Genossenschaftshändlern auf dem Markt. Das nach 1921 aufblühende Kleingewerbe, in dem zeitweilig erheblich mehr Arbeitskräfte beschäftigt waren als in der staatlichen Großindustrie, spielte auch eine wichtige Rolle für die teilweise Absorption der agrarischen Überbevölkerung und die Beschäftigung der bäuerlichen Arbeitskräfte in den Wintermonaten. Handel, Ware-Geld-Beziehungen, Kauf und Verkauf zwischen Kleineigentümern, Genossenschaftsbetrieben, Staatsfabriken und Konsumenten waren konstitutive Bestandteile der NEP. Der private, kooperative und staatliche Handel erhielt nach der Überwindung der Inflation und der Schaffung einer stabilen, goldgedeckten Währung (1922-1924) einen weiteren Aufschwung. Die »wirtschaftlichen Kommandohöhen« blieben in staatlicher Hand: Großindustrie, Eisenbahnen, Außenhandel, nationalisierter Grund und Boden, Finanz- und Bankensystem. Die Großindustrie empfing erst mit einer gewissen Verzögerung über die gewachsene kaufkräftige Endnachfrage Wachstumsimpulse, konnte aber bereits 1926 in fast allen wesentlichen Branchen den Vorkriegsstand der Produktion wieder einholen. Auch nach Abschluß der ökonomischen Wiederherstellungsperiode verzeichnete die Industrie hohe Wachstumsraten.

Die Folge waren eine Wiederbevölkerung der in Bürgerkrieg und Hungerszeit entvölkerten Städte und eine Rekonsolidierung der industriellen Arbeiterklasse: in der Großindustrie vergrößerte sich die Zahl der Arbeiter von knapp 1,5 Millionen am 1. September 1923 auf über 2,5 Millionen am 1. September 1927. Daß der Lebensstandard sowohl bei der Dorf- wie bei der Stadtbevölkerung große Fortschritte machte, wurde durch genaue von den Gewerkschaften und lokalen und zentralen statistischen Ämtern durchgeführte Untersuchungen der Familienbudgets, der Ernährungslage und der Realeinkommen belegt. Unterstützt wurde der Aufschwung durch eine umfassende Abrüstung: Der Personalbestand der Roten Armee wurde von 4,1 Millionen (1. Januar 1921) auf 562 000 (1924) reduziert und verblieb in den nächsten Jahren auf diesem niedrigen Niveau. Die Abrüstung wurde durch die außenpolitische Konsolidierung begünstigt (Rapallo-Vertrag 1922, diplomatische Anerkennung durch England, Italien, Frankreich 1924).

Die NEP wurde von ihren Initiatoren nicht nur als ein zeitweiliger »Rückzug« von den Positionen des »Kriegskommunismus« betrachtet, sondern vor allem auch als eine langfristige Konzeption für die Festigung des Bündnisses

zwischen Stadt und Land und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft. Aufgrund der eigenen Rückständigkeit und des Ausbleibens der Weltrevolution bedurfte es hierfür jedoch, so meinte Lenin 1921, »langer, langer Jahre«, »Jahrzehnte« oder gar »Generationen«.

Im Rahmen der NEP sollten die Genossenschaften als zentrale Mittler zwischen Stadt und Land, zwischen Staats- und Privatsektoren einen völlig neuen Stellenwert erhalten. Es wurden große Anstrengungen unternommen, um die Konsum- und Gewerbegenossenschaften in der Stadt und die Einkaufs-, Absatz-, Kredit- und Meliorationsgenossenschaften auf dem Dorf zu fördern. Bis Ende 1927 war etwa ein Drittel der über 20 Millionen bäuerlichen Höfe in solchen Genossenschaften zusammengeschlossen (Produktionsgenossenschaften spielten vorerst nur eine marginale Rolle). Im Rahmen der Kooperationsbeziehungen sollten die Bauern nicht nur Lesen, Schreiben und Rechnen, sondern auch Bilanzieren, Kalkulieren und Planen lernen. Lenin verknüpfte die »kulturelle Revolution« mit der Idee und Praxis der Genossenschaften.

Auch gegenüber den nichtproletarischen Schichten der Stadt bedeutete die NEP ein Angebot zur Kooperation. Die zahlreichen Wirtschafts-, Planungs-, Kommunal-, Genossenschafts-, Gewerkschafts-, Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen standen parteilosen Angestellten in der Regel offen. Sowjetrußland hatte durch die Auswanderungswellen nach 1917 annähernd die Hälfte der Intelligenzschicht verloren, so daß es um so notwendiger war, neue und langfristige Kooperationsmöglichkeiten zwischen Sowjetmacht und Spezialisten zu sichern. Bis Ende der 20er Jahre entwickelte sich diese Zusammenarbeit in den meisten Bereichen von Wirtschaft und Kultur produktiv und bot beiden Seiten gesellschaftliche Lernmöglichkeiten. Die großen Fortschritte in der Methodik der volkswirtschaftlichen Bilanzierung und Planung bis hin zur Arbeit am ersten gesamtwirtschaftlichen Fünfjahresplan von 1929 basierten auf einer solchen Zusammenarbeit.

Sehr viel enger gesteckt war jedoch der Rahmen einer Kooperation im Bereich der Politik. Der Pluralismus in den Eigentumsformen und Marktverhältnissen sollte auf der Ebene der Politik gerade keine Entsprechung finden, da die Bolschewiki eine Aushöhlung der »Diktatur des Proletariats« durch die spontanen Kräfte (»stichija«) des Marktes befürchteten. Die Wiederbelebung oder Neugründung anderer Parteien war strikt untersagt – hier hatte der Prozeß gegen Führer der Sozialrevolutionäre von 1922 eindeutige Zeichen gesetzt. Dies engte auch innerhalb der kommunistischen Partei den Spielraum innerparteilicher Demokratie und Diskussionen schrittweise ein, zumal die Resolution des X. Parteitags 1921 über das Fraktionsverbot (die damals noch durch eine umfangreiche Resolution über die Notwendigkeit der Parteidemokratie in Balance gehalten werden sollte) von der Parteiführ-

rung immer enger ausgelegt und als Instrument zur innenpolitischen Disziplinierung verwendet wurde. Auch andere, 1922/23 insbesondere von Lenin skizzierte Wege zur Demokratisierung von Partei und Sowjets konnten sich nicht durchsetzen (Aufwertung der Arbeiter- und Bauerninspektion; größeres Gleichgewicht zwischen Demokratie und Zentralismus in Staatsverwaltung und Partei; größere Eigenständigkeit der Gewerkschaften; Kampagne gegen den Bürokratismus nicht nur vor Ort, sondern auch an der Spitze; Veröffentlichung von divergierenden politischen Auffassungen). Ende der 20er Jahre war klar, daß auch die starke zahlenmäßige Vergrößerung der Kommunistischen Partei (die Anfang 1923 500 000 Mitglieder und Kandidaten, Anfang 1930 aber schon 1,7 Millionen umfaßte) zwar zu manchen erweiterten Einfluß- und Partizipationsmöglichkeiten an der Basis, nicht jedoch zu einer durchgreifenden Demokratisierung der Gesamtpartei geführt hatte. Gerade auch der Kampf gegen die Linke Opposition und der Ausbau eines durchhierarchisierten Parteiapparats wirkten politisch blockierend.

1927/28 zeigte sich, daß der Weg der NEP nicht immer glatt und gerade verlief. Die Getreidelieferungen konnten den Bedarf der rasch wachsenden Städte nicht mehr decken. In der Landwirtschaft deuteten sich Stagnationstendenzen an. In den Städten vergrößerte sich die Zahl der meist vom Dorf zugewanderten Arbeitslosen, die in manchen Regionen höher lag als die Zahl der Arbeiter in der Großindustrie. Lebensstandard und Wohnraumausstattung der Arbeiterklasse machten nicht die erhofften Fortschritte und blieben zuweilen deutlich hinter dem Niveau anderer städtischer Schichten zurück. Die soziale Differenzierung des Dorfes zwischen Reich und Arm (»kulaki« und »bednjaki«) weitete sich aus. Die private Akkumulation in Handel und Gewerbe schien die Akkumulationsmöglichkeiten im sozialistischen Sektor zu erodieren. Die Fortschritte bei der Hebung des kulturellen Niveaus und der Qualifizierung der Arbeitskräfte blieben hinter den Industrialisierungsanforderungen zurück. Noch immer gab es eine immense Zahl von Analphabeten.

Rußland war nach wie vor ein armes Land, das in Produktion und Konsumtion gerade erst das – niedrige – Vorkriegsniveau erreicht hatte. Demgegenüber hatte der konjunkturelle Aufschwung 1924-1928 in den entwickelten kapitalistischen Ländern zu einem eindrucksvollen Wachstum der industriellen und landwirtschaftlichen Produktivkräfte geführt. Besonders die ungeheure wirtschaftliche Dynamik in den USA beeindruckte und bedrückte. »Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten, die etwa 6 Prozent der Weltbevölkerung ausmacht, produziert 21 Prozent des Brotgetreides, 32 Prozent der anderen Getreidearten, 52 Prozent der Baumwolle, 53 Prozent der Holzprodukte, 62 Prozent des Gußeisens, 60 Prozent des Stahls, 57 Prozent des Papiers, 60 Prozent des Kupfers, 46 Prozent des Bleis und 72 Prozent des

Erdöls. Auf die Vereinigten Staaten entfällt ein Drittel des Reichtums der Welt. Ihnen gehören 38 Prozent der hydraulischen Kraft der ganzen Welt, 59 Prozent der Telegraphen- und Telephonlinien, 40 Prozent aller Eisenbahnen und 90 Prozent der Automobile«. Die gesellschaftliche Arbeitsproduktivität in den USA ist »zehn- oder zumindest sechsmal größer als bei uns«[1]. Die UdSSR, in der eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus aufgebaut werden sollte, drohte wirtschaftlich gegenüber den entwickelten kapitalistischen Ländern völlig ins Hintertreffen zu geraten.

Einige außenpolitische Krisensymptome – speziell der Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Großbritannien (Mai 1927) und die Niederlagen der chinesischen Revolution (Massaker von Shanghai April 1927) – zeigten eine Verschlechterung der internationalen Lage der UdSSR an.

Diese inneren und äußeren Symptome wurden von der Parteiführung aufgrund von reduzierten und mechanistischen Wahrnehmungskategorien als extrem bedrohlich angesehen und entsprechend in der Öffentlichkeit dargestellt, obwohl vieles darauf hindeutete, daß es sich keineswegs um scharfe und ernsthafte Krisen handelte, die nur mit einer Abkehr von der Konzeption der NEP beantwortet werden konnten. Beispielsweise mußten die Kulaken, die Mitte der zwanziger Jahre vier bis fünf Prozent der bäuerlichen Betriebe ausmachten gegenüber etwa zehn Prozent vor der Revolution, nicht als prinzipielle Feinde der Sowjetmacht angesehen werden, obwohl sie fremde Arbeitskraft ausbeuteten: Sie stellten keine politisch organisierte Kraft dar, waren fast durchweg selbst in der Landwirtschaft tätig (insofern ihrerseits »werktätige Bauern«), waren in der Regel kenntnisreich, fleißig und wirtschaftlich innovativ und ansonsten durch ihre überdurchschnittlich großen Familien, das hiermit verbundene Risiko von Hofteilungen, die progressive Besteuerung, die Umverteilungsmechanismen der Dorfgemeinde (»obschtschina«) und Mißernten in ihrer Wirtschaftsgrundlage und ihrem eher bescheidenen Wohlstand stets auch gefährdet. Die Marktlieferungen der dörflichen Oberschichten hätten auch durch eine flexiblere Preis- und Ankaufpolitik sowie durch verstärkte Belieferung der dörflichen Märkte mit Industriewaren stimuliert werden können.

Auch die gängige Interpretation der kleinen städtischen und ländlichen Warenproduktion als durchweg rückständig und innovationsunfähig und für die Sowjetmacht letztlich gefährlich, weil sie »unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar und in Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie erzeugt« (diesen Hinweis Lenins zitierte Stalin auf der Konferenz marxisti-

1 Trotzki, Leo: Zum Sozialismus oder zum Kapitalismus?, Moskau 1926, S. 33-34.

scher Agrarwissenschaftler am 27. Dezember 1929 und führte ihn als Rechtfertigung für den neuen, gegen die privaten Kleinproduzenten und -händler gerichteten Kurs ins Feld), verkannte, daß durch eine flexible Steuerpolitik, durch Kooperierung, Qualifizierung und Modernisierung durchaus Chancen bestanden, die Produktivkräfte der privaten Sektoren zu entwickeln und mit den staatlichen Bereichen zu verknüpfen. Das private kleine und mittlere Eigentum war durchaus nicht am Ende seiner historischen Möglichkeiten. Produktivität und Wohlstand des traditionellen russischen Dorfes hätten durch Flurbereinigung, verbesserte Fruchtfolge, Saatgutreinigung, Bodenverbesserung, Maschineneinsatz und Erhöhung des kulturellen Niveaus wesentlich gehoben werden können. Für Handwerk und Kustarindustrie bot die Elektrifizierung neue Chancen. Eine schrittweise modernisierte und kooperierte Kleinproduktion hätte die Märkte besser versorgen und den Lebensstandard der Industriearbeiter weiter steigern können, was wiederum eine unabdingbare Voraussetzung für Produktivitätsfortschritte in der staatlichen Großindustrie und eine Dynamisierung des Wirtschaftskreislaufes zwischen Stadt und Land war.

Ebenso hätte eine nüchterne Betrachtung des außenpolitischen Umfelds und der realen Interessenlage der kapitalistischen Staaten zu dem Ergebnis gelangen können, daß diese Ende der 20er Jahre nicht ernsthaft an erneute Interventionskriege dachten und denken konnten: Die Erfahrungen der mißglückten Versuche 1918-1920 waren noch in frischer Erinnerung; die Generale der westlichen Staaten wußten, daß Sowjetrußland militärisch nicht leicht zu besiegen war; zwischen den kapitalistischen Ländern gab es Rivalitäten und in ihnen starke Stimmungen gegen Kriegsabenteuer; deutlich zeigte sich das Interesse an einer Verbesserung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, teilweise auch an direkter ökonomischer Kooperation in Form von Joint Ventures (»Konzessionen«). Die Führung der KPdSU und der Komintern zeigte jedoch aus verschiedenen Gründen die Tendenz, die – objektiv sicherlich vorhandenen – außenpolitischen Instabilitäten und Gefahren zu überzeichnen und von einer offensiven, abgestimmten, einheitlichen Gesamtstrategie des Imperialismus auszugehen.

Mithilfe solcher verkürzter und inflexibler Wahrnehmungskategorien entwickelte die sowjetische Führung ein entsprechendes Sozialismusbild:

- Sozialismus beruht auf einheitlichen staatlichen Eigentumsformen, in die andere Kategorien von Eigentum möglichst rasch zu überführen sind.
- Markt, Tausch, Geld, Kredit, Warenform und andere Fetische der bürgerlichen Ökonomie spielen keine Rolle mehr. Die Produkte werden nicht mehr gekauft und verkauft, sondern verteilt. Die Gesellschaft des Sozialismus basiert im wesentlichen auf einer naturalen Ökonomie (entsprechend wurden die Hinweise in Engels' Anti-Dühring gedeutet).

- Das staatliche Eigentum wird zentral geleitet und geplant, wobei Planung weniger wirtschaftliche Prognose als politische Direktive zu sein hat und sich nicht länger an ökonomischen Gleichgewichtskonzeptionen orientieren kann.
- Der Sozialismus benötigt einen starken Staat, der auch vor Ort in den Wirtschaftsprozeß eingreifen kann.
- Die führende Rolle im gesamten Entscheidungs- und Durchsetzungsprozeß kommt der kommunistischen Partei und ihrer Leitung zu, die auch gegenüber staatlichen, kommunalen, gewerkschaftlichen und wissenschaftlichen Organen weisungsgebend ist.
- Der Sozialismus ist modern und hat traditionelle und rückständige Arbeits- und Lebensformen möglichst rasch zu überwinden. Das Dorf muß von der Stadt umerzogen werden und soll sich dieser perspektivisch angleichen.
- Der Sozialismus basiert auf Groß- und Riesenprojekten in Industrie, Bau- und Siedlungswesen, Verkehr und Landwirtschaft, in welche die Investitionsmittel vorrangig zu lenken sind. Gegenüber den Investitionen in Schwerindustrie und Maschinenbau ist die aktuelle Steigerung des Lebensstandards eine sekundäre Größe.
- Der Sozialismus muß zentral, von den großen Städten aus geplant, gelenkt und geleitet werden; die Regionen, Siedlungen und Dörfer können keine eigenen Impulse entwickeln.
- Der Sozialismus kann mit nichtproletarischen Klassen und Schichten, besonders auch mit der bürgerlichen Intelligenz, nur sehr begrenzt kooperieren. Diese ist durch beschleunigt ausgebildete proletarische Kader zu ersetzen. Auch andere Kulturbereiche sind zu »proletarisieren«.
- Der Sozialismus ist atheistisch und hat sich gegen die alten ideologischen Mächte der Religion zur Wehr zu setzen.
- Einen anderen Zugang zum Sozialismus als den marxistisch-leninistischen kann es nicht geben.
- Der Sozialismus muß und kann schnell vorankommen. Er wird in ein, zwei Fünfjahresplänen und nicht erst nach »langen, langen Jahren« ans Ziel gelangen.
- Kampagnen, Arbeitsmobilisierungen, kommunistische Subbotniki, sozialistischer Wettbewerb, Komsomol-Initiativen, Kämpfe an der »Getreidefront«, der »Industrialisierungsfront«, im »Kulturfeldzug« beschleunigen das Aufbautempo und verbreitern zugleich die Basis des Sozialismus. Die Erinnerung an die erfolgreiche Mobilisierung des »subjektiven Faktors« im Bürgerkrieg und »Kriegskommunismus« speiste die Hoffnung, daß auch die neuen Probleme in ähnlicher Weise gelöst werden könnten.

- Gegen das Fortschreiten des Sozialismus organisieren sich seine verschiedenen Gegner, die mit administrativen und repressiven Mitteln rasch und schon im Ansatz auszuschalten sind.
- Ausufernde Diskussionen und Kontroversen innerhalb der Kommunistischen Partei können nicht länger toleriert werden, weil die Probleme nur mit Einheitlichkeit, Geschlossenheit und Zusammenfassung der Kräfte zu lösen sind. Sozialismus braucht eher Zentralismus als Demokratie.
- Die politische Stabilität und Handlungsfähigkeit der Partei wird durch den Ausbau eines nach oben weisungsgebundenen Sekretärsapparats gesteigert.
- Sozialismus ist Herrschaft über die Kräfte der Natur mithilfe moderner Technik. Die natürliche Umwelt bedarf keiner besonderen Pflege und Schonung.
- Die imperialistischen Länder stellen sowohl im Innern wie untereinander einen tendenziell geschlossenen Block dar, welcher wenig Chancen für Kooperationsbeziehungen eröffnet und den außenpolitischen Druck auf die UdSSR vergrößert. Im übrigen hat das kapitalistische System keine längerfristige Entwicklungsperspektive.

Dieses Sozialismusbild konnte sich 1928/29 gegen die »rechte« Alternative Bucharins auch deshalb durchsetzen, weil es die Hoffnungen größerer Gruppen der Arbeiterklasse, der Dorfarmut und der jüngeren Generation auf eine unverzügliche und durchgreifende Besserung der Lebensverhältnisse und Aufstiegsmöglichkeiten bündelte und auf sich zog. Diesen Schichten schien es eher möglich, den Gordischen Knoten akkumulierter und sich wechselseitig bedingender Probleme mit kräftigen Schlägen zu zerhauen als in mühsamer und zeitraubender Detailarbeit zu entflechten. Das Programm des »Großen Sprungs« und der Abkehr von der NEP, formuliert und durchgesetzt von der Stalinschen Führungsgruppe, hatte in den Diskussionen um gesellschaftliche Entwicklungsvarianten Ende der 20er Jahre in wesentlichen gesellschaftlichen Schichten und Milieus offensichtlich eine Massenbasis.

Jedoch zeigten sich, trotz der Erfolge beim Aufbau zahlreicher industrieller Großprojekte, schon nach wenigen Jahren die destruktiven Folgen dieser Wende nicht nur für die Agrarproduktion, den Lebensstandard und die industriellen Wachstumsraten, sondern vor allem auch für das politische Leben. Gleichwohl wurde an wesentlichen Momenten dieser Ende der 20er Jahre durchgesetzten Sozialismusvorstellung in der Sowjetunion und anderen Ländern mehr als ein halbes Jahrhundert festgehalten – eine überlange Zeit. Ohne ihre genaue historische Untersuchung ist ein neues Nachdenken über die sozialistische Idee nicht möglich.

Literatur

Benjamin, Walter: Moskau, in: ders., *Angelus Novus. Ausgewählte Schriften 2*, Frankfurt/M. 1966, S. 103-136.

Bergmann, Theodor/Schäfer, Gert (Hrsg.): *»Liebling der Partei«. Bucharin – Theoretiker des Sozialismus*, Hamburg 1989.

Borodkin, L. I. u.a.: ›Die soziale Mobilität in der Periode der NEP‹, in: *Istorija SSSR*, Jg. 1990, Nr. 5, S. 105-121.

Bucharin, Nikolai: *1929 – Das Jahr des großen Umschwungs*, Berlin 1991.

Danilow, W. P.: ›Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der UdSSR‹, in: *Istorija SSSR*, Jg. 1990, Nr. 5, S. 7-30.

Dobb, Maurice: *Soviet Economic Development Since 1917*, London 1972.

Ergebnisse des Jahrzehnts der Sowjetmacht in Zahlen 1917-1927. Hrsg. von der Statistischen Zentralverwaltung der UdSSR, Moskau o. J.

Erler, G., Süß, W. (Hrsg.): *Stalinismus. Probleme der Sowjetgesellschaft zwischen Kollektivierung und Weltkrieg*, Frankfurt/M. und New York 1982.

Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus. Grundrisse, Berlin 1973.

Geschichte der sowjetischen Arbeiterklasse in sechs Bänden, Band 2 (1921-1937), Moskau 1984.

Haumann, Heiko: *Beginn der Planwirtschaft. Elektrifizierung, Wirtschaftsplanung und gesellschaftliche Entwicklung Sowjetrußlands 1917-1921*, Düsseldorf 1974.

Hodann, Max: *Sowjetunion: Gestern, heute, morgen*, Berlin 1931.

Hofmann, Werner: *Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion*, Berlin 1956.

Krischanowski, M.: *Die Planwirtschaftsarbeit in der Sowjetunion*, Wien/Berlin 1927.

Lenin, W. I.: Über das Genossenschaftswesen, in: ders., *Werke*, Band 33.

Lewin, M.: *La paysannerie et le pouvoir soviétique 1928-1930*, Paris 1966.

Löhmann, R.: *Der Stalinmythos. Studien zur Sozialgeschichte des Personenkults in der Sowjetunion (1929-1935)*, Münster 1990.

Meyer, Gert: *Sozialstruktur sowjetischer Industriearbeiter Ende der zwanziger Jahre*, Marburg/L. 1981.

Pollock, Friedrich: *Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917-1927*, Frankfurt/M. 1971.

Raschin, A.: *Struktur des Fabrikproletariats der UdSSR*, Moskau 1930.

Ruge, Wolfgang: *Stalinismus — eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte*, Berlin 1991.

Schröder, H.-H.: *Industrialisierung und Parteibürokratie in der Sowjetunion. Ein sozialgeschichtlicher Versuch über die Anfangsphase des Stalinismus (1928-1934)*, Wiesbaden 1988.

Schuler-Jung, Helga: *Ökonomie und Politik in Sowjetrußland 1920-1924*, Marburg/L. 1978.

Silberkweit, R.: *Analyse und Kritik der Frage der russischen Agrarüberbevölkerung*, Leipzig 1934.

Spulber, N.: *Soviet Strategy for Economic Growth*, Bloomington 1964.

Stalin, Josef: *Fragen des Leninismus*, Berlin 1947.

Trotzki, Leo: *Zum Sozialismus oder zum Kapitalismus? Eine Analyse der sowjetischen Wirtschaft und ihrer Entwicklungstendenzen*, Zweite Aufl., Moskau 1926.

Hansgeorg Conert

Überlegungen zur Analyse der Ursachen des Scheiterns der sowjetischen Perestrojka

Ist es nicht voreilig und geradezu provokativ, das Scheitern der sowjetischen Perestrojka nicht als mögliche oder auch wahrscheinliche Entwicklung zu diskutieren, sondern als Faktum zu konstatieren? »Perestrojka« heißt schlicht »Umgestaltung« und die sowjetische Herrschafts- und Gesellschaftsordnung wurde in der Tat umgestaltet. Aber natürlich ist zu fragen: umgestaltet wozu oder zumindest: in welche Richtung? Es war nicht zuletzt diese Unbestimmtheit, mithin Offenheit des Leitbegriffs des unter Gorbatschow eingeleiteten Reformprozesses in der UdSSR, die es Protagonisten unterschiedlicher, ja gegensätzlicher gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Ordnungsvorstellungen ermöglichte, in gleicher Weise als Vorkämpfer und Garanten der Perestrojka aufzutreten.

In den von Gorbatschow in seinen zahlreichen Reden gegebenen Bestimmungen der beabsichtigten Umgestaltung »aller Bereiche der sowjetischen Gesellschaft« wechselten im Zeitverlauf zwar Prioritäten und Akzente und zugleich blieben solche programmatischen und konzeptionellen Aussagen klärungsbedürftig. Bis in die jüngste Vergangenheit ließ Gorbatschow jedoch nie einen Zweifel daran, daß der initiierte und als umfassend und tiefgreifend postulierte Prozeß der Umgestaltung der sowjetischen Gesellschaft diese »auf sozialistischer Grundlage« erneuern sollte.[1]

Nun ist natürlich auch diese Kennzeichnung klärungsbedürftig. Hier geht es jedoch nicht um die Exegese der zahllosen Äußerungen Gorbatschows zu seinem Perestrojka-Verständnis[2]; im Zusammenhang dieses Beitrags genügt die nicht willkürliche Interpretation, daß Gorbatschow ungeachtet der Anerkennung tiefgreifender Erneuerungsbedürftigkeit die Bewahrung bestimmter gesellschaftlicher Basisinstitutionen meinte, die, um es negativ, aber hinlänglich trennscharf auszudrücken, eine Gesellschaft auch als »moderne«,

1 Daß sich dieser Umgestaltungsprozeß in der Dimension und unter Bewahrung der staatlichen Einheit der Republiken und Völker der UdSSR vollziehen sollte, war für Gorbatschow offenbar so selbstverständlich, daß er das bis in das vierte Jahr seiner Amtszeit hinein gar nicht für betonenswert hielt.

2 Siehe dazu: Haug, W. F.: Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken, Berlin 1989.

hocharbeitsteilig organisierte und industriell produzierende von einer kapitalistischen unterscheiden. Grundlegend und strukturell zählt dazu vor allem die Integration der Ökonomie in die anderen Sphären der Gesellschaft (in die politische, soziale, kulturelle) statt ihrer (die übrigen Bereiche) dominierenden und determinierenden Stellung und Funktion innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Das verlangt eine andere Produktionsweise als die kapitalistische, und zwar eine solche, die *gesellschaftliche* Verfügung über Quellen, Prozesse und Resultate der Erzeugung des materiellen Reichtums ermöglicht und die Bestimmung wirtschaftlicher Ziele und Abläufe nicht ausschließlich Sonderinteressen verfolgenden Privateigentümern bzw. den immanenten Tendenzen der Selbstregulierung überantwortet.

Seit 1989 erhielt der sowjetische Reformprozeß unter dem Einfluß der Folgen einer nicht mehr zu kaschierenden Wirtschafts- und Finanzkrise eine Richtung und Dynamik, zu deren Konsequenzen eine breite Neuformierung der gesellschaftlich-politischen Orientierungen und Haltungen der BürgerInnen unterschiedlicher sozialer Schichten gehört. Sie findet konzentrierten Ausdruck im Umschlag von überwiegender (wie immer auch problematisch verankerter) Anerkennung der als »sozialistisch« deklarierten und auch rezipierten gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung in breite, sich bereichs- und zeitweise militant artikulierende Ablehnung. Diese bezieht sich nicht allein auf die überkommene staatssozialistische Ausformung, auf deren Begründungsargumente und Rechtfertigungslehren, Symbole und personale Repräsentanten, sondern zugleich auf solche Reformalternativen, die Momente sozialistischer Anschauungen, Ziele und gesellschaftlicher Gestaltungsformen bewahren wollen. Der Verlust der gesellschaftlichen Legitimationsbasis der ursprünglichen (und bis heute nicht explizit revidierten) Reformkonzeption Gorbatschows ist nunmehr evident und in diesem Sinne wird hier ihr Scheitern behauptet.

Damit drängt sich die Frage nach der Vermeidbarkeit dieser Entwicklung auf. Wird sie – die Vermeidbarkeit – verneint, heißt das u.a., daß westliche Linke unterschiedlicher Richtung, die die Perestrojkapostulate begrüßten und die Realisierungsansätze erwartungsvoll begleiteten, einer Illusion mehr folgten und aufsaßen. Versuche, die Frage zu beantworten, unterliegen zwei Gefahren, denen ich zu entgehen hoffe: belegen zu wollen, daß alles so verlaufen mußte, wie es empirisch verlief, oder aber in besserwisserisch-anmaßender Manier als real möglich unterstellte Alternativen ohne zureichende Rücksicht auf die Vielzahl restriktiver Bedingungen, kontingenter Fakten etc. zu konstruieren.

Die folgenden Überlegungen sind nicht mehr als ein vorläufiger Ansatz zur Analyse des sowjetischen Reformprozesses unter Gorbatschow, die eine wesentlich breiter angelegte und gründlicher ausgeführte Untersuchung ver-

langt. Im Zentrum der Argumentation steht die These des Legitimitätsverlusts der staatssozialistischen Ordnung der Vergangenheit und zugleich der Konzeption und Politik ihrer »grundlegenden Umgestaltung« unter Gorbatschow. Im ersten Teil werden in großen Zügen die Legitimationsbedingungen der »realsozialistischen« Ordnung von Lenin bis Breschnew verfolgt. Defizite, Probleme und Folgen des ökonomischen Reformansatzes werden im zweiten Teil in notwendig verkürzter Weise als wesentliche Ursache des Umschlags vager Reformhoffnungen in Widerstand gegen die durch Gorbatschow symbolisierte Politik und Realität der Perestrojka diskutiert. Der dritte Teil hat die Dynamik des politischen Reformprozesses mit ihren Konsequenzen zum Gegenstand. Im Interesse der ohnehin überschrittenen Umfangsbegrenzung und bei dem thesenhaften Charakter der Argumentation wird auf Zitate, Quellenangaben und Referenznachweise weitgehend verzichtet.[3] Der Beitrag schließt mit einigen Gedanken zur Bedeutung des Scheiterns der Perestrojka für die westliche Linke.

1. Brüchigkeit und Verlust der Legitimationsfähigkeit der realsozialistischen Ordnung

Versucht man, sich die Ursachen der Erosion und des schließlich raschen Endes der Gesellschaften des »realen Sozialismus«, der staatssozialistischen Ordnungen sowjetischer Prägung, zu vergegenwärtigen, so drängt sich eine ganze Reihe unterschiedlicher, vielfach sich wechselseitig bedingender und jedenfalls in der Wirkung konvergierender Faktoren auf. Wollte man diese auf eine entscheidende Ursache reduzieren, in der sich mehrere Einzelmomente resümieren, so müßte man m.E. auf die unzureichende – und schließlich ganz verlustig gehende – Fähigkeit dieser Gesellschaften abheben, den sozialen Individuen, Gruppen und Klassen die Legitimität ihrer Normen, Institutionen, ihrer Funktions- und Wirkungsweise zu vergewissern. Allerdings dürfte man dabei nicht wesentliche Differenzen der Bedingungen des Legitimationsvermögens der früheren staatssozialistischen Gesellschaften Ost-Mitteleuropas und der UdSSR übersehen. Es geht dabei vor allem um

3 Entsprechende Nachweise finden sich in meinen anderweitigen Veröffentlichungen zum Thema, vor allem zur ökonomischen Problematik. Für deren Entwicklung bis Anfang 1990 vgl.: Die Ökonomie des unmöglichen Sozialismus. Krise und Reform der sowjetischen Wirtschaft unter Gorbatschow, Münster, 1990. Zu den nachfolgenden Tendenzen siehe meine beiden Beiträge in den »Blättern für deutsche und internationale Politik« Nr. 12-1990 und 2-1991.

Konsequenzen von autochthoner Genese der staatssozialistischen Herrschafts- und Gesellschaftsordnung in der UdSSR (oder jedenfalls in ihren überwiegenden Teilen) zum einen und deren Oktroyierung durch eine auswärtige Macht im Falle Polens, Ungarns etc. zum anderen.

Im gegebenen Zusammenhang ist diese Differenz mit ihren unterschiedlichen Wirkungen im einzelnen jedoch nicht weiter zu verfolgen, hier geht es ausschließlich um die UdSSR. Dabei wird die komplexe Problematik in eher vorläufiger und stichwortartig angedeuteter als in schon zureichend begründeter und ausgeführter Form reduziert auf einen theoretisch-analytischen Aspekt, auf eine Skizze der historisch-empirischen Legitimationsbedingungen der »Sowjetherrschaft« sowie auf einen Blick auf die Tendenzen dieses Problems in der Periode der Perestrojka.

1. 1 Legitimierung von Herrschaft und Macht in der bürgerlichen und in der staatssozialistischen Gesellschaft

Der Marxismus und die sozialistische Arbeiterbewegung waren vor allem (der erstere theoretische, die letztere praktische) Kritik der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Es waren letztlich die Erfahrungen wirtschaftlicher Notlagen, gesellschaftlicher Diskriminierung und politischer Unterdrükkung sowie die Erkenntnis der proletarischen Klassenlage, des historischen, mithin vergänglichen Charakters der kapitalistischen Ordnung und der gesellschaftsverändernden Potenz der Lohnarbeiterschaft, die im letzten Drittel des 19. und im ersten des 20. Jahrhunderts den sozialistischen Bewegungen in Europa eine breite, in ihrer normativen sozialen und politischen Orientierung geeinte Anhänger- und Mitgliedschaft zuführte. Die Rechtfertigung dieser sozialen und politischen Organisationen, ihrer Anforderungen an die Mitglieder, deren Folgebereitschaft, die Popularität der Führungspersönlichkeiten etc. resultierten aus den angedeuteten Quellen.

Generell kann gefragt werden, ob eine zunächst und vor allem *kritisch* inspirierte Gesellschaftsauffassung zur dauerhaften Legitimierung der erstrebten und durchgesetzten *neuen* sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ordnung taugt? Die in der Frage enthaltene Skepsis wird hier nicht vorrangig begründet mit der allgemeinen oder mit der spezifisch auf die Sowjetmacht der 20er Jahre bezogenen Erfahrung des (wie immer konkret verursachten) Verfehlens der ursprünglichen Ziele und Verheißungen in den nachrevolutionären Entwicklungen. Hier geht es vor allem um strukturelle Differenzen zwischen bürgerlicher und staatssozialistischer Gesellschaft in bezug auf Bedarf und Bedingungen der Legitimierung der jeweiligen sozialen und politischen Ordnung.

Stichwortartig verkürzt, handelt es sich um Konsequenzen der Formdifferenz von »naturwüchsiger« Markt- und bewußter »politischer« Vergesellschaftung. Ist die Exekution (wesentlicher Momente von) sozialer Herrschaft inkorporiert in die anonyme Wirkungsweise der Prozesse der Produktion und Aneignung des gesellschaftlich erzeugten Mehrwerts sowie der Akkumulation des Kapitals, so sind keine verantwortlich handelnden Personen identifizierbar, die sich für die Folgen ihrer Entscheidungen (z.B. Reallohneinbußen, Entwertung erworbener Qualifikationen, Verlust von Arbeitsplätzen) zu rechtfertigen hätten. Nicht zufällig werden für solche Konsequenzen die staatlich-politischen Amtsträger verantwortlich gemacht, allerdings – wohl in zutreffender Vermutung ihrer eigentlichen Unzuständigkeit – zumeist in wenig nachdrücklicher Weise. Es sind letztlich die kombinierten Wirkungen der Grundsätze politischer und rechtlicher Gleichheit der BürgerInnen, ihres durch Menschen- und Bürgerrechte gegen Machteingriffe gesicherten Freiraumes und der zivilgesellschaftlich institutionalisierten Möglichkeiten staatsbürgerlichen Räsonierens und Agierens vor dem erwähnten Hintergrund der Anonymität der Durchsetzung sozioökonomischer Herrschaft, was den Legitimationsbedarf der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung beschränkt. Diese Reduktion läßt sich kennzeichnen als passives Legitimationserfordernis: die bürgerliche Gesellschaft muß sich gleichsam nicht permanent der Bereitschaft ihrer Mitglieder versichern, ihre Normen und Institutionen zu lobpreisen und deren Integrität zu verteidigen. Diese sind wirksam und funktionieren, solange sie nicht bewußt in Frage gestellt und aktiv bekämpft werden.

Die nicht erst seit ihrem Niedergang in kritischer Absicht benutzte Kurzformel von der »Verstaatlichung« der Gesellschaften sowjetischen Typus' ist insofern zutreffend (und begründet so die Berechtigung der Bezeichnung »Staatssozialismus«), als hier die Sphäre der staatlich-politischen, d.h. die mit dem Monopol des Gebrauchs physischer Gewaltsamkeit ausgestattete Organisationebene der Gesellschaft zugleich jene ist, die infolge der gleichzeitigen Entscheidungs- und Verfügungsmacht ihrer Agenten über die Ressourcen und Prozesse der (nicht nur materiellen) gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion alle anderen Bereiche dominiert. Bei der gleichzeitigen Konzentration jener Entscheidungs- und Verfügungskompetenzen innerhalb der staatlich-politischen Sphäre bei den Organen an der Spitze ihrer hierarchischen Struktur (»Zentrale«) irren die BürgerInnen mithin nicht, wenn sie die Mitglieder des Politbüros und des Zentralkomitees der Staatspartei sowie der Zentralregierung als die Verantwortlichen für sämtliche Defizite z.B. der Versorgungslage, des Gesundheits- und Bildungswesens, des Nahverkehrs, der Wohnungssituation, des Zustands der natürlichen Umwelt usw. identifizieren. Potentiell stellt sich hier mithin schon infolge der *Form*

der Vergesellschaftung die Frage der Legitimation von Macht und Herrschaft schärfer als unter bürgerlich-kapitalistischen Verhältnissen. Der Gefahr bestandsbedrohender Delegitimierung der gesellschaftlichen und politischen Ordnung kann hier »systemimmanent« nur begegnet werden durch gewaltförmige Unterdrückung von Räsonnement, Selbstorganisation und oppositionellen Aktivitäten der BürgerInnen, durch manipulierte Wahrung eines geringen ökonomischen, sozialen, rechtlichen Anspruchsniveaus (z.B. mittels Selektion und Restriktion von Informationen), durch die Strategie gesellschaftlicher Segmentierung u.a. auf der Grundlage einer sorgfältig abgestuften Privilegienordnung bzw. durch Kombination dieser und ähnlicher Methoden.

Diese aus der staatsförmigen Vergesellschaftungsweise deduzierten Konsequenzen für die Legitimationsbedingungen von Herrschaft und Macht im »realen Sozialismus« sind nicht realitätsenthoben, sie kennzeichnen die jeweiligen empirisch-konkreten Lagen jedoch nicht zureichend. Deshalb sei ergänzend ein kurzer Blick auf die tatsächliche Ausformung des Problems der Herrschaftslegitimation im Verlauf der Geschichte der »Sowjetmacht« geworfen.

1. 2. Aspekte der Herrschaftslegitimation von Lenin bis Breschnew

Obgleich heute auch in der UdSSR das Problem in diesem Sinne gestellt und entsprechende Urteile abgegeben werden, halte ich es für fragwürdig, das neuere politologische Paradigma der Legitimation staatlich politischer Herrschaft[4] auf das Jahr 1917 und die frühe nachrevolutionäre Phase Sowjetrußlands anzuwenden. Seine Maßstäbe und Kriterien setzen einen bestimmten Grad sozialer Homogenität und darauf basierend einen politischen und ideologischen Grundkonsens voraus, der weder im vor- noch im nachrevolutionären Rußland gegeben war. Wenn jedoch, wie eingangs behauptet, die staatssozialistischen Gesellschaften letztlich am zunehmenden Verlust von Anerkennung der Bürgerinnen und Bürger als rechtmäßige und zu rechtfertigende gescheitert sind, so ist bei impliziter Zurückweisung der Annahme jederzeit vorrangig gewaltförmiger Macht- und Bestandssicherung angezeigt,

4 Ich denke dabei an die Legitimitätskonzeption von Jürgen Habermas, die material ausgeführter und damit anspruchsvoller als die stärker formalisierte Fassung Max Webers ist. Vgl. Habermas, Jürgen: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt 1973, Abschnitt III; Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, herausg. von Johannes Winckelmann, Studienausgabe Tübingen 1956, Erster Halbband S. 22-27 und 157 ff.

einige in der Vergangenheit wirksame Momente von Herrschaftslegitimation anzudeuten.

Es ist bekannt, daß der Einfluß der Leninschen Richtung der russischen Sozialdemokratie, der Bolschewiki, auf die russische Politik und Gesellschaft vor 1917 sich auf wenige industrielle Gebiete beschränkte und im ganzen geringfügig war. Im Sommer und Frühherbst 1917 erhielten die Bolschewiki jedoch Massenzulauf[5]. Er wurde in erster Linie ausgelöst durch die strikte Opposition der Bolschewiki gegen die Fortführung des Krieges seitens der Provisorischen Regierung, wohl in geringerem Maße durch die Parolen der Landverteilung und der Übertragung »aller Macht« auf die Sowjets (die Räte der Arbeiter, Soldaten und – faktisch wenig verbreitet – der Bauern). Bereits Ende des Jahres, nach dem Oktoberumsturz, waren diese Forderungen erfüllt, während es jedoch nicht im Vermögen der revolutionären Macht lag, der Erwartung der Menschen auf Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse zu entsprechen. Hier lag eine bedeutsame Quelle sozialen Unruhepotentials. Zu verkennen ist auch nicht, daß an den Sowjetwahlen breite Teile der (vor allem bäuerlichen) Bevölkerung faktisch nicht beteiligt waren.[6] So fielen zweifellos infolge der anderen sozialen Zusammensetzung der Stimmbürgerschaft die im November 1917 abgehaltenen Wahlen zur Konstituierenden Versammlung anders aus: etwa einem Viertel bolschewistischer Abgeordneter standen hier 62% Vertreter der verschiedenen Richtungen gemäßigter Sozialisten und etwa 13% konservative und liberale Abgeordnete gegenüber.[7] In »Thesen über die Konstituierende Versammlung« kündigte Lenin bereits im Dezember an, daß die Bolschewiki in derselben (sie war für Januar 1918 einberufen) die Übertragung der höchsten staatlichen Macht auf die zentralen Sowjetorgane fordern würden.[8] So geschah es, und als die

5 Der dramatische Stimmungsumschwung wird durch die Differenz der Zusammensetzung des 1. (Juni) und des 2. (Oktober) Allrussischen Sowjetkongresses dokumentiert. Im Juni stellten die Sozialrevolutionäre 285, die Menschewiki 248 und die Bolschewiki 105 Delegierte; im Oktober waren die entsprechenden Delegiertenzahlen 190, 71 und 338 (der Vergleich negiert jeweils vertretene Splittergruppen); Illustrierte Geschichte der russsischen Revolution, herausg. von W. Astrow, A. Slepkow und I. Thomas, Berlin 1928, S. 208 und 446.

6 In den Dörfern gab es kaum Sowjets, so daß Bauern im wesentlichen nur als Soldaten wählen konnten. Es ist wenig glaubhaft, daß, wie Lenin versicherte, sieben bis acht Zehntel der ländlichen Bevölkerung an den Sowjetwahlen teilnahmen; vgl. Lenin, W. I.: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, in: derselbe: Ausgewählte Werke in 6 Bänden, Band IV, Frankfurt/M. 1971, S. 595.

7 Chamberlin, W. H.: Geschichte der russischen Revolution 1917-1921, Frankfurt/M. 1958, Band 1, S. 337.

8 Lenin, a.a.O., S. 73-78, hier: These 18, S. 77/78.

Mehrheit der Konstituante den Antrag der Bolschewiki (und der mit ihnen koalierenden Linken Sozialrevolutionäre) ablehnte, wurde sie, wie es Lenin formulierte, »auseinandergejagt«.

Bürgerliche Historiker, Politologen, Publizisten sahen überwiegend schon immer – so wie zahlreiche sowjetische Autoren heute – in der gewaltsamen Auflösung der Konstituante den »Sündenfall« der Bolschewiki in diktatorische Herrschaft. Dagegen vermögen rechtfertigende Verweise z.B. auf den Mangel an historischen, sozialen u.a. Bedingungen funktionsfähiger Demokratie und auf das absehbare Scheitern und die drohenden Folgen nachbolschewistischer Machtkonstellationen nicht zu überzeugen, weil sie als pragmatische den wertrationalen Kern des Problems verfehlen.[9] Zugleich ist es jedoch methodisch fragwürdig, das Handeln historisch-politischer Protagonisten an Kriterien zu messen, die ihre *subjektiven*, durch je eigene theoretische, politische, normative u.a. Grundüberzeugungen begrenzten Entscheidungs*möglichkeiten* transzendieren. Unter diesem Aspekt wäre es z.B. zwar berechtigt zu erwarten, daß sich Lenin der (durch gesellschaftliche, ökonomische, ideologische u.a. Faktoren begründeten) Unmöglichkeit der baldigen Entwicklung einer seinem Verständnis gemäßen sozialistischen Gesellschaft in Rußland bewußt war.[10] Das war er auch, wie zahlreiche Passagen seiner Schriften, vor allem der Jahre 1918/19, bezeugen. Dagegen war jedoch die schließliche Hinfälligkeit seines zentralen Rechtfertigungsarguments, die Koppelung der russischen an die in Westeuropa zu erwartenden sozialistischen Revolutionen, nicht ohne weiteres antizipierbar. Daß es anders kam, erlebte er noch und zog daraus die Konsequenz der Initiierung der bald unter dem Begriff »Neue ökonomische Politik« zusammengefaßten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Weichenstellungen. Die Frage, ob diese grundsätzlicher oder nur taktischer Natur waren, halte ich für ungeklärt.

---

9 Gemeint ist damit, daß ungeachtet der empirischen Plausibilität dieser Argumente das Wahlergebnis kein Herrschaftsmandat für die Bolschewiki anzeigt und sie sich damit sowohl faktisch wie legitimatorisch den Problemen einer Minderheitenherrschaft zu stellen hatten. Schon Max Weber verwies zwar auf »überaus häufige Fälle«, in denen »gewaltsame ... und zielbewußtere Minderheiten (eine) Ordnung oktroyieren«, die im weiteren Verlauf Legitimation erlangt (a.a.O., S. 27). – Die getroffene Feststellung gilt übrigens auch für eine Reihe von Argumenten Lenins in den beiden genannten Texten sowie für solche Trotzkis in seinem »Anti-Kautsky«; vergl.: Trotzki, Leo: Die Grundfragen der Revolution, Hamburg 1923, Teil I: Terrorismus und Kommunismus, Feltrinelli-Reprint o. J.

10 Als – kontrafaktisch – unterstellter einziger Faktor im Entscheidungs- und Handlungskalkül hätte dieser Sachverhalt dazu veranlassen sollen, sich um einen mehrheitsfähigen Konsens in der Konstituante zu bemühen.

Die »Neue ökonomische Politik« (NEP) läßt sich im gegebenen Zusammenhang in knappster Weise kennzeichnen als Abkehr von den Tendenzen des »Kriegskommunismus« (1918-21) zu revolutionärem Terror und zur Totalverstaatlichung der Wirtschaftsbeziehungen zugunsten von – wenn auch begrenzter – Rechtssicherheit und bereichsweiser Privat- und Marktwirtschaft. In anderen gesellschaftlichen Bereichen, wie z.B. im Bildungswesen, in Kultur und Wissenschaft war ohnehin noch keine allseitige Unterdrükkung nichtkommunistischer Positionen – und Ausschaltung ihrer Vertreter – erfolgt und die pluralistischen Tendenzen blieben während der NEP erhalten.

Durch gewaltsame Unterdrückung (die im Bürgerkrieg auch Massenerschießungen einschloß) und Emigration erheblicher Teile des Adels, des Großbürgertums und der politischen Gegner war die aktuell und potentiell entschiedene Opposition im wesentlichen ausgeschaltet. Entgegen Interpretationen sowjetischer Autoren heute kann man in der – allerdings kurzen – Periode der NEP nicht von schon ausgeprägten *totalitären* Herrschaftselementen sprechen. Die Träger der – wenngleich schon oligarchisch-elitär ausgeprägten – Machtstruktur begnügten sich gleichsam mit dem reduzierten Legitimationsanspruch passiver Akzeptanz der neuen Ordnung.

In dieser allgemeinen Weise läßt sich jedenfalls die vorherrschende Situation während der NEP kennzeichnen, an deren Polen es Minderheiten kommunistischer Enthusiasten und dezidierter Gegner der Bolschewiki gab. Die Masse der Bauern war durch die Beseitigung des Großgrundbesitzes und die gewonne – relative – Wirtschaftsfreiheit befriedet, obgleich die Landverteilung ihre ökonomische Lage kaum verbessert hatte.[11]

Innerhalb der Intelligencija war der Anteil der Anhänger oder zumindest der Sympathisanten der Bolschewiki beträchtlich und sie erfreuten sich – für diese Schicht wesentlich – breiter Artikulations- und Schaffensmöglichkeiten. Einen erheblichen Teil ihrer aktiven Anhänger aus der Arbeiterschaft hatten die Bolschewiki im Bürgerkrieg verloren. Während der NEP-Phase blieb die Arbeitslosigkeit mit ca. 30% hoch, und die Lebensbedingungen verbesserten sich gegenüber der Vorkriegszeit kaum. Dennoch blieben die Arbeiter (neben einer Minorität bewußter Anhänger) zumindest passiv loyal. Die eigentliche Opposition entwickelte sich innerhalb der Kommunistischen

---

11 Die Zahl der Betriebe mit bis zu 4 Desjatinen Saatfläche (darunter solche ohne Saatfläche) erhöhte sich zwischen 1917 und 1919 von ca. 70 auf 80% aller Betriebe. Schon der Anteil der Betriebe mit 4-8 Desjt. Land ging von 21,6 auf 16,4% zurück. Alle diese Wirtschaften waren praktisch bloße Selbstversorger. Für den Markt konnten nur die größeren Betriebe, deren Anteil 1919 nur noch 3,1% ausmachte, erzeugen; siehe Raupach, Hans: Geschichte der Sowjetwirtschaft, Reinbek 1964, Tabelle 2a, S. 39.

Partei; aber die sich verschärfenden fraktionellen Kämpfe waren dem Alltagsleben der gesellschaftlichen Mehrheit weitgehend enthoben und wurden in ihrer politischen Brisanz und Tragweite kaum wahrgenommen.

Vergegenwärtigt man sich die Strukturen, die Funktionsweise und die Konsequenzen der in der UdSSR ab 1929/30 errichteten totalitären Herrschaftsorganisation mit der Stalinschen Despotie als sichtbarer Spitze, so drängt sich die Annahme völliger Delegitimierung der so mißstalteten bolschewistischen Ordnung auf. Es sei jedoch daran erinnert, daß das weiter gefaßte Konzept von Herrschaftslegitimation, wie es hier in Anlehnung an Max Weber verwandt wird, »Legitimität« *nicht* an normativen oder objektivierbaren Kriterien mißt, sondern lediglich an einer subjektiven Rezeptionsweise von Herrschaft durch die gesellschaftlichen Individuen, die »... Fügsamkeit ... (und ein) bestimmtes Minimum an Gehorchenwollen...« auslöst.[12] Unter diesem Aspekt sind legitimationsrelevante Faktoren wie die nachfolgend knapp und keineswegs erschöpfend bezeichneten zu bedenken:

- Opfer des staatlich-politischen Massenterrors der 30er Jahre wurden Angehörige aller sozialen Klassen, Schichten und Gruppen, jedoch nicht in gleichem bzw. proportionalem Maße. Die Schichten der Intelligencija und der wohlhabenderen Bauern waren in besonderem Maße betroffen, ebenso zahlreiche soziale, politische und funktionsspezifische Gruppen wie frühere Geistliche, einstige Mitglieder konservativer, liberaler und sozialistischer Parteien, das Offizierskorps der Roten Armee, Betriebsleiter und Wirtschaftsfunktionäre, nicht zuletzt die bis 1934 antistalinschen Gruppierungen innerhalb der KPdSU Angehörenden u.a.m. Die Zahl der Arbeiter unter den Opfern ist nicht gering; dennoch war die Arbeiterschaft als *Klasse* (sieht man von Maßnahmen wie Verschärfung der Arbeitsdisziplin u.ä. ab) nicht Objekt des Massenterrors. Das Maß unmittelbarer Betroffenheit der sozialen (wie auch der nationalen) Kollektive ist *ein*, wenn auch keineswegs ausschließlicher legitimationsrelevanter Aspekt.
- Der Hochstalinismus der 30er Jahre fällt zusammen mit forcierten (und erzwungenen) sozialen Umschichtungen gewaltigen Ausmaßes. Unter den Betroffenen gab es auch – zumindest subjektiv – »Gewinner«. Waren die Arbeits- und Lebensbedingungen in den erweiterten und neu errichteten Industriezentren auch mehr als dürftig, so empfanden sie z.B. der »Landarmut« entronnene junge Menschen in materieller, sozialer und

12 Weber, Max, a.a.O., S. 157. Vgl. die daran anschließenden Präzisierungen Webers zu seinem Legitimationsbegriff.

kultureller Hinsicht oft doch als Fortschritt. Auf einer anderen sozialen Ebene erhielten jüngere Fachleute nach den gegebenen Maßstäben steile Aufstiegschancen (obgleich in hochriskante Positionen). Zwischen 1934 und 1940 verbesserten sich die materiellen Lebensverhältnisse auch für bestimmte andere Teile der Bevölkerung, z.B. für Großstadtbewohner, Facharbeiter, in den Herrschafts-, Verwaltungs- und Repressionsorganen Tätige.

- Wenn als authentische Erscheinung auch sicher minoritär, so gab es doch den Enthusiasmus des industriellen Aufbaus. Seine Träger waren oft jene dem Lande entronnenen Jugendlichen. Bei ihnen verfehlten die unablässige Propagierung, die rituellen Mobilisierungen, die öffentliche Glorifizierung der Arbeiter und ihrer Leistungen, die symbolischen und materiellen Auszeichnungen nicht ihre Wirkung.
- Im Westen werden diese Sachverhalte oft verkannt, weil sie durch die Brille zumindest der seinerzeit (wenn nicht gar heute) in der eigenen Gesellschaft vorherrschenden Lebensweise, zivilisatorischen Standards, soziokulturellen Normen etc. gesehen werden. Gerade die Kluft zwischen den in Verbindung mit materieller Armut ansozialisierten Werten des kleinbäuerlichen Lebens und Denkens und den nunmehr indoktrinierten Anschauungen, propagierten Normen und Verheißungen erwies sich jedoch als geeignet zur Erzeugung naiver Fortschrittsgläubigkeit und kollektiver Begeisterung für das Neue.
- Gleichzeitig wirkten aber auch tradierte gesellschaftliche und politische Grundhaltungen und stereotype Fixierungen fort, die zumindest mit Elementen der stalinschen Herrschaftsdoktrin und -realität konvergierten. Dazu zählen z.B. Einstellungen wie »Wenn schon arm und gedrückt, dann sollen alle arm und gedrückt sein«, mehr oder weniger heimliche Schadenfreude, wenn »denen da oben« von »dem da oben« (Gott, der Zar, Stalin) übel mitgespielt wird, Bedürfnis nach dem und Vertrauen in den »starken Herrscher«, Identifizierung mit dem armen, barbarischen, aber mächtigen Vaterland (dem Stalin seit Anfang der 30er Jahre wieder den angestammten Platz einräumte).

Der Sieg der UdSSR im »Großen Vaterländischen Krieg«[13] wurde zu einer Legitimationsressource der despotisch-totalitär stalinistischen und der sich

13 So bis in die Anfangsjahre der Perestrojka die in der UdSSR offiziell und allgemein gebrauchte Bezeichnung des durch den deutschen Überfall vom Juni 1941 ausgelösten Krieges aus der Position der Sowjetunion. In den letzten Jahren wird diese Kennzeichnung im Zusammenhang

seit den 60er Jahren in kennzeichnend staatssozialistischer Ausprägung konsolidierenden sowjetischen Herrschaftsordnung. Deutliche Indizien sprechen dafür, daß die Wirksamkeit dieser Rechtfertigungsquelle der staatlich-politischen und sozialen Herrschaftsverhältnisse nicht allein – und womöglich auch nicht vorrangig – ihrer gezielten Instrumentalisierung, symbolischen Ausgestaltung und Pflege durch die Machtträger geschuldet war, sondern dem Bedürfnis der Menschen nach Sinngebung der erbrachten Opfer, des Leids und der ertragenen Entbehrungen entgegenkam.

War die Führung bemüht, die Entschlossenheit und die trotz Niederlagen und enormen Verlusten letztliche Fähigkeit zum Siege der sozialistischen Ordnung zuzuschreiben, so dürften tradierte historische, nationale, auch religiöse und vor allem allgemein-menschliche Momente authentischer Identifikation stärker zur legitimatorischen Kraft des Sieges über die deutschen Eindringlinge beigetragen haben als die – vor allem retrospektiven – obrigkeitlichen Deutungsmuster. Stalin hatte im übrigen bald nach Kriegsausbruch die Einheit der sowjetischen Völker beschworen, die innergesellschaftliche Feinderklärung zurückgenommen und selbst tradierte Werte rehabilitiert. Wer, wie bis vor wenigen Jahren möglich, die an Sonn- und Feiertagen Wallfahrten gleichenden Menschenströme hin zu den monumentalen Gedenkstätten der Opfer und des Sieges des Großen Vaterländischen Krieges erlebt hat, gewann als hinlänglich aufmerksamer Beobachter den festen Eindruck, daß hier nicht einer auferlegten Pflicht, sondern genuinem Bedürfnis gefolgt wurde.

Die Wirkkraft dieser Legitimationsquelle litt offenbar kaum durch die mit der Verschärfung des »Kalten Krieges« 1949 einsetzende zweite Welle (nach 1935-39) der Massenrepression. Die Identifizierung der Westmächte als treibende Kräfte des Endes der Anti-Hitler-Koalition und potentielle »heiße« Aggressoren entlastete den alternden Despoten von Verantwortungszuschreibung.

Da die in diesem Abschnitt erörterte Problematik nicht in mein engeres Arbeitsgebiet fällt, fehlt mir die Kompetenz für gesicherte Angaben über die Entwicklung der Herrschaftslegitimation, des Verhältnisses von Bürgerloyalität und Dissidenz im von der Persönlichkeit N. S. Chruschtschows geprägten ersten nachstalinschen Jahrzehnt. Ich beschränke mich auf Plausibilitätserwägungen.

---

der generellen Tendenz zu totaler Distanzierung von Inhalten und Symbolen stalinistischer und nachstalinscher Identifizierungsweise der sowjetischen Gesellschaft und ihrer Geschichte immer seltener verwandt.

Chruschtschows stalinismuskritische Geheimrede[14] am Ende des XX. Kongresses der KPdSU (Februar 1956) löste mit den nachfolgenden (und z.T. schon vorausgegangenen) Anzeichen eines »Tauwetters«[15] vor allem in der Intelligencija freudige Erwartungen an die Gewährung von Freiräumen weltanschaulicher und wissenschaftlicher Diskurse und des künstlerischen Schaffens aus. Sie wurden nur in engen und unsicheren Grenzen erfüllt. Schon die offizielle Bezeichnung der stalinschen Gewaltherrschaft als »Periode des Persönlichkeitskults« zeigte an, daß eine gründliche und öffentliche Aufdeckung der Voraussetzungen, Durchsetzungsbedingungen, Herrschaftsmethoden und -folgen des Stalinschen Totalitarismus seitens der Parteiführung nicht beabsichtigt war. Der XXII. Parteikongress im Oktober 1961 machte allerdings deutlich, daß Chruschtschow (und natürlich nicht er allein) nicht auf der Position der Geheimrede verharren wollte. Die offenkundig verfolgte Politik dosierter Entstalinisierung ist im übrigen aktuell nicht ohne Interesse als hypothetische Alternative zum Verlauf der Perestrojka.

Merkmale der zweiten Hälfte der 50er Jahre waren die Brechung der eigenständigen Machtposition der Geheimpolizei (NKWD) und ihre Unterordnung unter die Führung der KPdSU, die Freilassung eines großen Teils der politischen Gefangenen, gefolgt von nichtöffentlichen Rehabilitierungen, die Durchsetzung Chruschtschows gegenüber einer reformfeindlichen Fraktion im Politbüro, eine implizite Einigung zwischen der UdSSR und den Westmächten auf den status quo der Einflußsphären in Europa, die ersten sowjetischen Weltraumerfolge, ein beträchtliches, allerdings auf den kennzeichnenden extensiven Faktoren und Methoden beruhendes industrielles Wachstum, das von begrenzten, aber fühlbaren Verbesserugen der materiellen Lebensbedingungen begleitet war. Alles in allem waren das günstige Bedingungen für die Konsolidierung der oben bezeichneten Legitimationsressourcen für die nachstalinsche staatssozialistische Ordnung. Von ihrer Verbreiterung und Vertiefung kann man allerdings wohl kaum sprechen; z.B. wurden Pathos und Euphorie des auf dem XXII. Kongress der KPdSU angenommenen neuen Parteiprogramms, das mit dem Satz endete »Die Partei verkündet feierlich: die heutige Generation der Sowjetmenschen wird im

14 Die Rede wurde in der UdSSR zwar nicht publiziert, aber in Grundorganisationen der Partei und auch in anderen Versammlungen jeweils besonderer Personenkreise verlesen.

15 Die Metapher des »Tauwetters«, die die zweite Hälfte der 50er Jahre mit ihren Hoffnungen und den bescheidenen realen Ansätzen zur Entstalinisierung kennzeichnete, wurde seinerzeit dem Titel einer Erzählung Ilja Ehrenburgs entlehnt. Dem XX. Kongreß vorausgegagen waren u.a. Amnestien politischer Gefangener.

Kommunismus leben!«, in der Gesellschaft eher zurückhaltend aufgenommen.

Die sozialen Wertmuster, gesellschaftlichen Anschauungen und latenten politischen Orientierungen, die die Reformpolitik Gorbatschows vorfand, bildeten sich aus als Bestätigungen, Modifikationen oder auch als Korrektive von Elementen tradierter Denkweisen und Einstellungen im Verlauf der 18 Jahre (1964-1982) währenden Amtsperiode L. I. Breschnews als Generalsekretär der KPdSU. Seit Gorbatschow werden diese knappen zwei Jahrzehnte als »Stagnationsperiode« bezeichnet, eine Charakterisierung, die westliche UdSSR-Experten bereits in den 70er Jahren benutzten.

Es war in der Tat eine Phase der Konsolidierung, nicht aber der fortschreitenden Reformierung der staatssozialistischen Gesellschaft in den unter Chruschtschow ausgebildeten Umrissen. Zunächst entstand der Anschein einer dynamischen Fortentwicklung. Die Anfang der 60er Jahre begonnene ökonomische Reformdebatte wurde durch entsprechende Partei- und Regierungsbeschlüsse im Herbst 1965 in die Wirtschaftspraxis übergeleitet. Damit schien die notwendige Konsequenz aus der Erkenntnis gezogen zu sein, daß die an das direktive, zentralistische und administrative Planungs- und Leitungssystem der Wirtschaft gebundenen extensiven Methoden der Wirtschaftsführung und-entwicklung erschöpft waren und rasch und konsequent ersetzt werden mußten. Manche westliche Sowjetologen äußerten von Beginn an Zweifel an der tatsächlichen Realisierung des ökonomischen Reformkonzepts mit der Begründung, das Gelingen verlange die gleichzeitige Liberalisierung der politischen Herrschaftsweise, wozu die Parteielite kaum bereit sei.

Tatsächlich wurde die Wirtschaftsreform 1968/69 auf einem Stand eingefroren, der deutlich hinter der Reichweite der Leitkonzeption zurückblieb (wobei die entscheidenden Motive und konkreten Umstände dafür meines Wissens noch nicht umfassend und präzis erhellt sind). Nunmehr setzte die eigentliche Stagnationsphase ein. An ihrem Beginn stand zugleich die Einstellung und partielle Rücknahme der Stalinismuskritik.

Das in aller Kürze Angedeutete bildet den Hintergrund der Entstehung und Entfaltung der sowjetischen Dissidentenbewegung. Ungeachtet zahlreicher Einzeluntersuchungen harrt diese m.E. noch der umfassenden zeitgeschichtlichen, politologischen, soziologischen und ideenkritischen Aufarbeitung. Meine Kenntnisse auf diesem Gebiet sind begrenzt; ich beschränke mich im gegebenen Zusammenhang auf wenige Feststellungen:

- Das gegen Ende der 60er Jahre in der UdSSR auftretende Dissidententum ist Ausdruck enttäuschter Liberalisierungserwartungen und begrenzter tatsächlicher Liberalisierung zugleich. Wurden die nonkonformistischen Artikulationen von Beginn an unterdrückt, so doch nicht mittels

jener Stalinschen Terrormethoden, die sie gar nicht erst hätten aufkommen lassen.

- Als weltanschaulich, gesellschaftlich und politisch Andersdenkende und als Kritiker der staatssozialistischen Ordnung (und Mißstände!) traten vor allem Intellektuelle und Künstler hervor, und zwar mit den ihnen eigenen Mitteln, d.h. vor allem mit dem geschriebenen Wort (Pamphlete, Aufsätze, Analysen, Erzählungen, Aufrufe u.ä.m. im Selbstverlag – Samizdat). Ansätze zur Organisationsbildung waren eher selten und nach der Anzahl der Beteiligten bescheiden.[16]
- Die politischen, gesellschaftlichen und weltanschaulichen Quellen und Orientierungen der schreibenden Dissidenten waren vielfältig, z.B. religiöser, russisch-philosophischer, nationaler, westlich-liberaler, allgemeinhumanistischer, seltener sozialdemokratischer oder gar »westlich-marxistischer« Art.
- Die im gegebenen thematischen Zusammenhang wesentliche Frage ist die nach der Reichweite der Dissidentenbewegung. Der Anteil der Aktiven an der gesamten Intelligencija ist zweifelsfrei gering. Größer, doch exakt schwer ermittelbar ist ihr Einfluß, die Breite des rezipierenden Umfelds. Ihre technischen Möglichkeiten z.B. der Vervielfältigung der Samizdatschriften waren bescheiden, aber mündliche Kommunikation dürfte eine beträchliche Rolle gespielt haben. Wollte man – ein allerdings methodisch fragwürdiges Verfahren – von der politischen und ideologischen Orientierung der Intelligencija unter den Bedingungen der Perestrojka zurückschließen auf den Einfluß der DissidentInnen der 60er und 70er Jahre, müßte man diesen jedenfalls hoch veranschlagen.

Ende der 70er Jahre war es der Parteiführung mit Hilfe der Repressionsorgane gelungen, die Dissidentenbewegung durch eine Doppelstrategie von erzwungener oder freiwilliger Emigration zum einen und Verurteilungen und Isolierung in Gefängnissen oder Arbeitslagern zum anderen weitgehend auszuschalten. Allgemein ist jedenfalls begründet zu vermuten, daß das Auftreten, der Einfluß und die Nachwirkungen der sowjetischen DissidentInnenbewegung der 60er und 70er Jahre bereits seinerzeit ein Indiz erodierender Legitimation der staatssozialistischen Ordnung innerhalb der Intelligencija war.

Nicht zuletzt in Anbetracht von Entwicklungen in der UdSSR wie der im März 1991 einsetzenden und sich rasch ausdehnenden Streikbewegung mit

16 Siehe z.B.: Lewytzkyj, Boris: Politische Opposition in der Sowjetunion 1960-1972, München 1972.

ihren *politischen* Forderungen ist die Frage nach den Legitimationsbedingungen der staatssozialistischen Ordnung in der Arbeiterschaft (einschließlich der subalternen Angestellten) im Verlauf der Breschnew-Ära bedeutsam. Von der angelsächsischen Sowjetologie ausgehend, war es schon während der 70er Jahre im Westen überhaupt verbreitet, in Beiträgen zur Legitimationsproblematik, zur Struktur und zum Bewußtsein der sowjetischen Arbeiterschaft u.ä.m. als untersuchungsleitende Hypothese einen stillschweigenden Sozialvertrag zwischen Arbeitern und Herrschaftsträgern zu unterstellen. Als sein Inhalt wurde der Austausch von Systemloyalität gegen die Gewährleistung von Arbeitsplatzsicherheit, eines Mindestbedingungen der materiellen Subsistenz sichernden Reallohnes und bestimmter sozialpolitischer Garantien angenommen.

Natürlich handelt es sich dabei um nicht mehr als um eine externe Interpretation des empirisch evidenten Faktums der »Fügsamkeit« (M. Weber) der sowjetischen Arbeiterschaft gegenüber der staatssozialistischen Sozial- und Herrschaftsordnung jener Zeit.[17] Für die metaphorische Deutung des stillschweigenden oder impliziten Sozialvertrags lassen sich auf der Ebene der Betriebe konkretere und realere Begründungen und Nachweise anführen, als in gesamtgesellschaftlicher Dimension. So erfolgt z.B. die Gratifizierung der betrieblichen Wirtschaftsresultate durch die vorgeordneten Instanzen für die Funktions- und Statusgruppen nach den gleichen Kriterien (wenn auch nicht in gleichen Relationen). An der Realisierung (genauer: am mehr oder weniger manipulierten Nachweis) dieser Kriterien sind mithin alle Betriebsangehörigen, von den Leitenden bis zu den Arbeitern, in gleicher Weise interessiert. Sie sind zudem zur Erreichung des (Schein-)Ergebnisses auf wechselseitige Kooperationsbereitschaft angewiesen.[18] Diese komplexe Struktur sozioökonomischer Beziehungen wurde hier nur angedeutet; sicher ist m.E. jedenfalls trotz zugleich andersgerichteter Tendenzen, daß in diesem Bereich – bislang – die interessenkongruenten Wirkungen überwiegen.

---

17 Die Fälle von Arbeiterprotesten, -widerstand und Forderungsaktionen, die nach den Kriterien von Dauer und Beteiligung nur selten größere Ausmaße annahmen (vgl. hierzu die gründlich recherchierte und gewissenhaft kommentierte Untersuchung von Karl Schlögel: Der renitente Held, Hamburg 1984) sprechen für sich genommen ebenso wenig für Legitimationsverlust der etablierten Herrschaftsordnung wie Streikbewegungen und andere Lohnarbeitskonflikte in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften.

18 Vgl. z.B. Sabel, Ch. F./Stark, David: Planning, Politics and Shop Floor Power: Hidden Forms of Bargaining in Soviet-Imposed State-Socialist Societies, in: Poltics and Society, Vol. 11 (1982), S. 439-475.

Prekärer war (und ist) die Situation im gesamtgesellschaftlichen Maßstab. Bei der hochzentralisierten Verfügung über Verteilung und Verwendung des erwirtschafteten Gesamtprodukts kann das angesprochene legitimationssichernde Reallohnniveau nicht auf der Ebene der Betriebe garantiert werden, es bedarf dazu entsprechender Verfügungen der höchsten Entscheidungsorgane. Mag die heute in der UdSSR gängige Erklärung überzogen sein, wonach in der »Stagnationsperiode« Verbrauchsgütererzeugung (und damit indirekt Reallöhne), Wohnungsbau, soziale Dienste und andere das Subsistenzniveau bestimmende Faktoren des individuellen und kollektiven Verbrauchs stets als Residualgrößen behandelt wurden, sie rangierten ohne Zweifel an nachgeordneter Stelle. Bei dem seit Ende der 70er Jahre beschleunigten Rückgang der realen Leistungsfähigkeit der sowjetischen Ökonomie und Beibehaltung der überkommenen Verwendungsprioritäten wurde mithin im Lichte der Sozialvertragshypothese die Sicherung der Legitimation der staatssozialistischen Ordnung prekär, was im übrigen die Entwicklung der späten 80er Jahre bestätigt.

Zu verweisen ist auf einen weiteren Aspekt. Oben wurden in jeweiligen Phasen wirksame Legitimationsressourcen der sowjetischen Herrschafts- und Gesellschaftsordnung bezeichnet wie: bewußte kommunistische Parteinahme, Aufbauenthusiasmus und Technikeuphorie, Kongruenzen zwischen tradierten und aktuell postulierten (oder auch partiell realisierten) sozialen Normen, Bejahung der »strengen« Herrschaft, des starken Führers und Staates, Identifikation mit den Opfern und Triumphen des »Großen Vaterländischen Krieges« u.a. Wie problematisierbar immer der Gehalt jener Legitimationsmuster ist, sie können als intrinsische Formen der Herrschaftsanerkennung gekennzeichnet werden.

Die Hypothese eines Sozialvertrags dagegen meint einen Legitimationsmodus, der in Anlehnung an die Interpretation der gewandelten Einstellung einer Schicht britischer Arbeiter zu den Bedingungen, Inhalten und Zusammenhängen der eigenen Tätigkeit als »instrumentell« zu charakterisieren wäre[19], d.h. als ein zweckrationales Verhältnis. Zugespitzt bedeutet das: Loyalität wird gewährt, solange der Kontrahent seine Leistung erbringt.

Allgemein muß unterstellt werden, daß der instrumentelle Legitimationsmodus weniger gefestigt als der intrinsische wirksam ist (auch wenn die

19 Goldthorpe, Lockwood u.a.: The Affluent Worker, Bd. 1: Industrial Attitudes and Behaviour, Cambridge 1968. Zur Kritik dieses Ansatzes siehe: Deppe, Frank: Empirische Untersuchungen zum Arbeiter- und Klassenbewußtsein im Spätkapitalismus, in: derselbe: Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins, Köln 1971, S. 72-117.

Differenz empirisch eher als nur graduelle erscheint). Neben einer Reihe von Indizien, zu denen z.B. Klagen sowjetischer Politiker und Soziologen schon in den 70er Jahren über Schwierigkeiten der Rekrutierung politischen Funktions- und fachlichen Kadernachwuchses zählen, ist die Erosion intrinsischer, wert-, glaubens- und überzeugungsgebundener Legitimationsmodi im Ablauf der Generationswechsel in der UdSSR jedenfalls plausibel. Auch und gerade im Hinblick auf Faktoren, die – zunächst – äußerlich viel weniger wahrnehmbar waren als rückläufiges Wirtschaftswachstum, Verbreiterung der »technologischen Lücke«, verschlissene Produktionsanlagen und Verkehrseinrichtungen etc., trat Gorbatschow mithin ein schweres Erbe an.

2. Zum Scheitern der Perestrojka auf dem Gebiet der Wirtschaft.

Wie schon angedeutet, war es in erster Linie die weitere Verschlechtertung der immer schon angespannten materiellen Lebensbedingungen im Gefolge der etwa Ende 1988 einsetzenden Wirtschafts- und Finanzkrise, die einen breiten und tiefen Vertrauensverlust in der Bevölkerung in bezug auf die KPdSU, die staatlichen Institutionen und die Repräsentanten der offiziellen Reformpolitik auslöste. Dabei gingen Gorbatschows Reformintentionen von der Ökonomie aus, in ihr sah er das zentrale Feld der Perestrojka und er betonte von Beginn an, daß Erfolge auf diesem Gebiet, die eine spürbare Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen ermöglichen, unerläßlich für das Gelingen des gesamten Reformprojekts seien. Wo liegen also die Hauptgründe des Scheiterns?

Auf die wirtschafts- und reformpolitischen Schritte in den ersten drei Jahren der Amtszeit Gorbatschows zurückblickend, wird deutlicher, als es seinerzeit der durch die allgemeine Perestrojkaeuphorie getrübte Blick offenbarte, daß die Reformpolitiker und -ökonomen über keine zureichend fundierte und ausgearbeitete Konzeption zur Umgestaltung der überkommenen staatssozialistischen Produktionsweise[20] verfügten. Das ist einerseits erstaunlich; gab es doch schon in den 60er und 70er Jahren sowjetische Ökonomen, die die strukturellen Funktionsschwächen des direktiv-zentralistischen und administrativen Planungs- und Leitungssystems genau kannten und mitunter offen kritisierten und die auch mit den Debatten um die

20 Zur Begründung der Unerläßlichkeit ihrer radikalen Umgestaltung und zu ihren kennzeichnenden Institutionen und Funktionsmerkmalen sowie -schwächen siehe Teil I meines in Fn. 3 genannten Buches.

Funktionsbedingungen einer sozialistischen Ökonomie, die in den 20er Jahren sowohl in der UdSSR wie im Westen (hier auch noch später) geführt wurden, gut vertraut waren. Stellt man jedoch in Rechnung, daß diese Diskurse kontrovers blieben, sich oft nur auf Einzelprobleme bezogen und nicht in eine fundierte Modellskizze einer auf eigenen gesellschaftlichen Grundlagen ökonomisch und sozial rationalen und funktionsfähigen sozialistischen Produktionsweise einmündeten, so wird der konstatierte Mangel verständlicher.

Einige vorangestellte allgemeine Thesen zu den Grundbedingungen und -problemen einer als »sozialistisch« charakterisierbaren Produktionsweise sollen zum Verständnis von Mängeln des ökonomischen Reformverlaufs sowie meiner Interpretation derselben beitragen:

- Einige Wirtschaftshistoriker und -ethnologen[21] (deren Arbeiten m.E. nicht die gebührende Beachtung gerade jener, die es angeht, fanden) haben daran erinnert, daß die als »wirtschaftliche« bezeichneten Institutionen und Betätigungsweisen in erster Linie einmal gesellschaftliche sind. Das verweist auf die Vielfalt ihrer historischen Ausprägungen, auf die generelle Möglichkeit ihrer verschiedenartigen Ausgestaltung sowie darauf, daß die Bestands- und Funktionsfähigkeit von »Wirtschaftsordnungen« viel eher von ihrer gesellschaftlichen Anerkennung (Akzeptanz) abhängt als von als universell ausgegebenen »reinen« ökonomischen Gesetzen.
- Der die kapitalistische Produktionsweise prägende Impetus (und Imperativ) der Verwertung (Vermehrung) des Werts der eingesetzten Aufwandsfaktoren der Produktion wird realisiert im Zusammenhang der Durchsetzung des formalrationalen ökonomischen Prinzips der Aufwandsminimierung zur Erzielung eines fixen Resultats bzw. der Resultatsmaximierung in bezug auf vorgegebenen Aufwand. Infolge der konkurrenzvermittelten Befolgung dieses Prinzips durch die Kapitalverwerter wird der Wirksamkeitsgrad (die Produktivität) der gesellschaftlichen Arbeit ständig gesteigert. Die Funktionsweise einer sozialistischen Ökonomie wird geleitet von Impulsen materialer Rationalität[22] (z.B. Gerechtigkeitsaspekte, Ega-

21 Z.B.: Polanyi, Karl: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, in Deutsch, Wien 1977; derselbe: Ökonomie und Gesellschaft, Frankfurt/M 1979; Godelier, Maurice: Rationalität und Irrationalität in der Ökonomie, Frankfurt/M. 1966; derselbe: Natur, Arbeit, Geschichte. Zu einer universalgeschichtlichen Theorie der Wirtschaftsformen, Hamburg 1990.

22 Zur Differenz formaler und materialer Rationalität in der Wirtschaft siehe: Weber, a.a.O. (Fn. 4), erster Halbband, S. 60/61.

litätspostulate, Gebrauchswertanforderungen, menschenwürdige Gestaltung der Arbeitsprozesse u.ä.m.). Das formalrationale ökonomische Grundgebot wird in der sozialistischen Ökonomie eine andere Bedeutung als im Kapitalismus erhalten, es kann jedoch nicht negiert werden.

- Die durch das in der UdSSR nach 1930 ausgebildete direktiv-zentralistische und administrative Planungs- und Leitungssystem gekennzeichnete staatssozialistische Produktionsweise ist, besonders im Zusammenhang fortschreitender Arbeitsteilung und Produktivkraftentwicklung, *strukturell* (und d.h.: notwendig) in einem Maße funktionsschwach, daß die Dürftigkeit der Resultate der gesellschaftlichen Arbeit auch material rationale Interessen (wie z.B. Gewährleistung menschenwürdiger Lebensbedingungen für alle) blockiert. Diese Produktionsweise kann nicht »vervollkommnet«, sie muß radikal verändert werden. Dabei muß der Einsicht Rechnung getragen werden, daß bei fortgeschrittener gesellschaftlicher Arbeitsteilung »Wirtschaften« nicht als unmittelbar gesamtgesellschaftliche Veranstaltung organisiert werden kann. Das hat zur Folge, daß den arbeitsteilig (vor allem in Form von »Betrieben«) parzellierten Wirtschaftskollektiven ein hohes Maß ökonomischer Entscheidungs- und Handlungsfreiheit zuerkannt werden muß und daß die ökonomischen Allokations- und Zirkulationsprozesse zunächst einmal überwiegend horizontal, also im allgemeinen Sinne marktförmig verlaufen.
- Wenn sich eine Gesellschaft jedoch für eine »sozialistische« Ökonomie entscheidet, müssen die einzelwirtschaftlichen Kollektive eingebunden werden in die von allen gesellschaftlichen Individuen mitbestimmten und anerkannten ökonomischen und außerökonomischen Zielbestimmungen, Entwicklungsrichtungen, Funktionsregeln, Machtbegrenzungen und anderen ordnungsspezifischen Restriktionen, öffentlichen Beteiligungs- und Kontrollregelungen etc. Als zentrales Problem einer solchen Produktionsweise läßt sich die Notwendigkeit kennzeichnen, permanent einen gesellschaftlich anerkannten und sachlich (nicht zuletzt ökonomisch) funktionalen Ausgleich zwischen partialgesellschaftlicher Interessenverfolgung und demokratisch legitimierten gesamtgesellschaftlichen Ansprüchen und Erfordernissen zu finden.

Die sowjetischen Reformpolitiker und -ökonomen standen nach dem Amtsantritt Gorbatschows im Frühjahr 1985 vor dem schweren Erbe einer auch in materieller, stofflicher Hinsicht in beträchtlichem Maße ruinierten Ökonomie. Mindestens die 10 vorausgegangenen Jahre war auf Kosten der Substanz gewirtschaftet worden. Die Folgen waren nicht nur im Produktionssektor, sondern zugleich auf sozialem, schulischem, kulturellem, ökologischem Gebiet äußerst prekär: Vorherrschen überalterter Produktionsanlagen, ungenügend entwickelte und zudem verschlissene Infrastruktureinrich-

tungen, gravierende strukturelle Disproportionen im Produktionsbereich, besonders ausgeprägte Leistungsdefizite in der Landwirtschaft, im Bauwesen, in der Nahrungsmittel- und Leichtindustrie, technologische Rückständigkeit, entwicklungs- und produktionsbezogene Innovationsträgheit, Wohnungsnot, Mangel an Krankenhäusern, an Baulichkeiten im Schul- und Vorschulbereich, im Sozialsektor, fortgeschrittene ökologische Schäden u.a.m.

So tat sich ein Teufelskreis auf: um diese materiellen Defizite zu überwinden, bedurfte es einer leistungsstarken Ökonomie, aber diese konnte nur auf der Basis bereits in erheblichem Maße erfolgter Überwindung der Mängel entwickelt werden. Die – noch so radikale – Änderung der Produktionsweise *allein* konnte diese Probleme nicht lösen.

1985 und 1986 wurden noch keine ökonomischen Reformentscheidungen getroffen, dafür aber zahlreiche wirtschaftspolitische Beschlüsse gefaßt. Zuerst – im Juni 1985 – wurde dem Maschinenbausektor erste Priorität zuerkannt. Im 1986 anlaufenden 12. Fünfjahrplan sollte der Anteil dieses Bereichs an den industriellen Gesamtinvestitionen gegenüber der Vorperiode um über 50% steigen. Allenfalls das wäre durchzusetzen gewesen und es hätte bei (allerdings unwahrscheinlicher) Einhaltung weiterer Bedingungen (u.a. Überwindung der Innovationsschwäche) einen bedeutenden Schritt voranbringen können. Aber bald schon wurden Schwerpunktprogramme für andere Bereiche beschlossen: für die Landwirtschaft, die Nahrungsmittelindustrie, für den Wohnungsbau, die Bauwirtschaft selbst u.a.m. Diese überforderten die Akkumulationsfähigkeit der Gesamtwirtschaft (oder präziser: das gesellschaftliche Arbeits- und Leistungsvermögen) heillos, so daß keines dieser Programme überhaupt nur ernsthaft in Angriff genommen wurde.

Im Sommer 1987 wurde ein dreiteiliges Paket ökonomischer Reformbeschlüsse verabschiedet. Es bestand aus einem neuen Gesetz über die Stellung, die Rechte und Pflichten der Betriebe[23], aus den Grundzügen einer recht umfassenden Reformkonzeption in Form eines Beschlusses des Zentralkomitees der KPdSU[24] sowie aus 10 von der staatlichen Bürokratie erarbeiteten Beschlußtexten, die das ZK-Papier bereichs- und funktionsbezogen konkretisierten.[25] Schon an den beiden erstgenannten Dokumenten übten Ökonomen und Wirtschaftspraktiker breite Kritik. Zwar versprachen diese

23 Text in deutsch in: Huffschmid, Jörg (Hg.): Die Wirtschaftsreform in der Sowjetunion, Köln 1987, S. 80-137.

24 Titel in deutscher Übersetzung: »Hauptleitsätze der grundlegenden Umgestaltung der Wirtschaftsleitung«; russ. in: Ekonomitscheskaja gazeta Nr. 27-1987, S. 11-14.

25 Z.B. je ein Reformbeschluß für die Wirtschaftsplanung, die Preisbildung, das Bankensystem, das Finanzwesen, die Außenwirtschaft etc.

Texte (im Unterschied zu den unbrauchbaren 10 Einzelelaboraten) praktische Reformschritte in die notwendige Richtung; mehr als auf den Beschlußwortlaut kam es jedoch auf Richtung und Konsequenz der Umsetzung in die Wirtschaftspraxis an. Allerdings – und für diesen Gang der Dinge sprachen die Erfahrungen der Reformversuche von 1965, 1979 und 1983 – erfolgte ab Anfang 1988 die Implementierung in restriktiver Textauslegung und zudem selektiv (Nichtrealisierung ganzer Reformfelder) und partiell (nur teilweise Implementierung der für einen jeweiligen Bereich beschlossenen Neuerungen).

Die Reformbeschlüsse von 1987 und erst recht die 1988 eingeführten Änderungen einzelner Momente der Wirtschaftsplanung und -leitung blieben weit hinter den sachlichen Erfordernissen zurück. Aus dem dabei wirksamen Ursachenkomplex seien hier lediglich angedeutet:

- der politische Druck auf Wirtschaftsadministration und Betriebe, die Neuerungen ohne Produktionsunterbrechungen und -verluste einzuführen,
- fehlender Reformwille bei den Protagonisten der Wirtschaftsadministration wie auch bei vielen Betriebsleitern,
- unzureichender Nachdruck der politischen Führung auf unbedingte Beschlußverwirklichung (u.U. infolge internen Dissenses),
- Mangel an materiellen und finanziellen Reserven für die Umstellung und die Anwendung der neuen Funktionsregeln,
- Fehlen eines exekutiven Instanzenzugs im überkommenen staatlich-administrativen System der UdSSR überhaupt.

Etwa zeitgleich mit der verunglückten Umsetzung der Beschlüsse von 1987 in die Wirtschaftspraxis wurden neue ökonomische Reformrichtungen kreiert: die Zulassung und Propagierung kleiner privatwirtschaftlicher Initiativen unter der Firmierung von Genossenschaften und bald danach schon die Entdeckung und Sanktionierung des »Pachtsystems«. Entwicklung und Probleme dieser Ansätze können hier nicht diskutiert werden, vermerkt sei nur, daß auch ohne die schließlich staatlicherseits praktizierten Restriktionen, Zögerlichkeiten, Willkürentscheidungen u.a.m. diese Neuerungen bestenfalls ergänzende Entwicklungen eröffnen, nicht aber die Hauptrichtung der Wirtschaftsreform vorantreiben konnten.

Die zunächst als sich rasch verbreitender und verschärfender Warenmangel auftretende Wirtschaftskrise ab Ende 1988 ist in erster Linie Folge der einseitigen Anwendung der Reformmaßregeln von 1987. Diese Zusammenhänge sind vielfältig, hier sei lediglich ein bezeichnender benannt. Die Betriebe sollten ein gewisses Maß ökonomischer Eigenständigkeit erhalten und u.a. für die Eigenerwirtschaftung der Betriebsmittel verantwortlich werden, über diese aber auch selbst verfügen können. Da jedoch die administrative

Zuteilung von Produktionsmaterialien und Ausrüstungsgütern beibehalten wurde, war die produktive Verwendung der erwirtschafteten Finanzmittel blockiert, und die Betriebe gewährten stattdessen den Beschäftigten beträchtliche Lohnerhöhungen. Der ohnehin schon vorhandene Kaufkraftstau wurde somit verstärkt, und infolge der Eigendynamik der Wirkungen von Knappheit waren bald Warenlager und Ladenregale geleert.

Kennzeichnend für die (letztlich wohl tradierter voluntaristischer Grundhaltung entspringende) Unbedenklichkeit staatlicher Funktionsträger in der UdSSR ist, daß man zwar beschloß, den Betrieben mehr Finanzmittel zu belassen, die entsprechenden Mindereinnahmen aber nicht bei der Haushaltsplanung in Rechnung stellte. Die Ausgaben wurden nicht reduziert, und das folgliche Defizit wurde als gedeckt durch Anleihe aus einem mysteriösen »gesellschaftlichen Kreditfonds« deklariert, der sich aber als nichts anderes als die Notenpresse entpuppte. Geldumlauf und Gesamtnachfrage wurden mithin zusätzlich zur privaten Kaufkraftvermehrung durch erhöhte Löhne ausgeweitet, was sich infolge der reformbedingten Lockerung der staatlichen Fixpreise nunmehr in Preissteigerungen auswirkte. Diese wiederum führten zur Flucht aus Bargeldhaltung und Sparen und verstärkten einmal mehr die Güternachfrage. Das Zusammentreffen überkommener Mängel der sowjetischen Wirtschaftsweise mit den Konsequenzen unsachgemäßer Reformschritte wirkte ab 1989 krisenverallgemeinernd und -verschärfend. Schon im Laufe dieses Jahres gerieten die Reformbeschlüsse von 1987 in Vergessenheit, niemand hielt sie auch nur noch für erwähnenswert.

Das Scheitern des kümmerlichen Reformversuchs von 1988 rief nunmehr die sowjetischen Marktwirtschaftler auf den Plan oder besser: fast alle prominenten Ökonomen und viele Politiker mauserten sich jetzt rasch und gründlich zu Marktprotagonisten (und mit ihnen die sowjetischen Massenmedien). Zwar war 1990 das Jahr scharfer ordnungspolitischer Kontroversen zwischen der Unionsregierung und Repräsentanten der erstarkenden liberalen Strömungen in den Parlamenten der Union und der Einzelrepubliken sowie Wirtschaftswissenschaftlern. Dabei ging es aber nicht um die Frage des Übergangs zur Marktregulierung überhaupt, sondern um Tempo und Methoden der Freisetzung von Marktbeziehungen. Inzwischen sind die konzeptionellen Divergenzen verblaßt, was blieb, sind eher persönliche Rivalitäten, politische Streitereien und wechselseitige Verdächtigungen ideologischen Starrsinns, unlauterer Motive etc.

Im Mai 1991 billigte der Oberste Sowjet der Union »im Prinzip« ein Programm der Regierung Pawlow zur Antikrisenpolitik und zum Übergang zum Markt. Man kann getrost von der Frage nach der sachlichen Fundiertheit dieses Programms absehen, es hat ohnehin nicht die mindeste Realisierungschance. Die UdSSR besteht nicht mehr als Einheitsstaat und noch nicht

als Konföderation. Jede Republik, jeder Kreis und jede Kommune nutzt Beschlüsse der Unionsregierung, wenn sie vorteilhaft sind und, ignoriert sie, sobald sie mit Anforderungen verbunden sind.

Erhalten bleiben Gewohnheiten, politische Stile und Methoden, Propagandaformen, publizistische Vorlieben. Kurz nach dem Markt wurde das Privateigentum entdeckt und nunmehr von den einen heilig gesprochen, von den anderen immerhin akzeptiert. Die Perestrojka auf dem Gebiet der Wirtschaft brachte von Beginn an und dann in wechselnder Abfolge jeweilige Schlagworte und Leitbegriffe hervor, die plötzlich die Presse beherrschen und in aller Munde sind: Vervollkommnung und Beschleunigung, vollständige Wirtschaftsrechnung und Selbstfinanzierung, Kooperative und Pachtsystem, Sich-als-Herr-fühlen und Auf-eigenem-Boden-stehen, freie Wirtschaftszonen, zivilisiertes Unternehmertum, Waren- und Devisenbörsen, Managerschulung, Unternehmensberatung, Marketing und heute vor allem: Entstaatlichung und Privatisierung.

Marktbeziehungen innerhalb einer Wirtschaftsordnung, wie ich sie auf den Seiten 20/21 (Spiegelstriche) skizziert habe, stehen heute in der UdSSR nicht zur Debatte. Diese wird bestimmt von den »reinen«, den privatwirtschaftlich und in der Konsequenz kapitalistisch orientierten Marktprotagonisten, die zwar nicht völlig unangefochten agieren, deren gelegentliche offene Widersacher aber ebenso konzeptionslos wie die versteckteren sind (Rückkehr zu Breschnew oder gar zu Stalin ist schließlich keine Konzeption).

Nach meiner Einschätzung ist zu erwarten, daß sowohl auf der Ebene der Union wie in den meisten Republiken in absehbarer Zeit die liberalen politischen Parteien und Gruppierungen mehrheitsfähig werden[26] und mit ihnen im Gefolge die Befürworter der uneingeschränkten, privatwirtschaftlichen Marktökonomie. Dabei sind die jüngeren marktwirtschaftlichen Deklarationen, Programme, Erwartungen, Verheißungen etc. rational schwer nachvollziehbar. Zur Begründung nur eine Auswahl von Argumenten:

- in keiner mir bekannten Darlegung von Marktbefürwortern wird erklärt, wie allein durch einen neuen »Wirtschaftsmechanismus« die drängenden

26 Hierzulande wurde offenbar weithin übersehen, daß Gorbatschow mit seiner Unterschrift am 23. 4. 91 unter die Absichtserklärung mit den Repräsentanten von neun Einzelrepubliken, rasch eine Einigung über einen Unionsvertrag herbeizuführen, seine eigene Entmachtung unterschrieben hat. Bald nach der für Ende dieses Jahres vorgesehenen Verabschiedung einer neuen Unionsverfassung durch den Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR sollen nämlich die in dieser vorgesehenen Organe (Präsident, Parlament) neu gewählt werden. Dabei haben sowohl Gorbatschow persönlich wie erst recht die Kommunistische Partei keine Chance.

Probleme des sowjetischen Produktionspotentials im weitesten Sinne, auf die oben im Zusammenhang des von Gorbatschow angetretenen »Erbes« – durchaus unvollständig – verwiesen wurde (S. 62), gelöst werden sollen;

- völlig unzureichend wird reflektiert, daß das (durchaus relative) Funktionieren der entwickelten kapitalistischen Marktwirtschaften und der hier erzeugte (äußerst ungleich verteilte) materielle Reichtum auf produktionsstrukturellen und technologischen, auf professionell-qualifikatorischen, gesellschaftlichen, soziokulturellen, psychosozialen und zahlreichen anderen *Voraussetzungen* beruhen, die im Verlauf vieler Jahrzehnte (und mehr) entwickelt wurden;
- deren Fehlen in der UdSSR sei nur an *einem* Beispiel angedeutet: in Konsequenz des verfolgten Prinzips »ein Produkt – ein Betrieb« hat die sowjetische Industrie unter marktwirtschaftlichen Bedingungen weitgehend eine monopolistische Firmenstruktur. Da es sich dabei weniger um eine konzernmäßige Unternehmens- als um eine betriebliche Produktionsstruktur handelt, ist deren Auflösung nicht ganz einfach;
- ein in diesem Kontext vermiedener Blick auf das Ausmaß erforderlicher »Anschubfinanzierung« in der früheren DDR würde wohl vor der Dimension des erheischten Finanzierungsbedarfs in den Territorien der (noch existenten) UdSSR erschrecken lassen;
- der im Westen mißbrauchte, weil den wörtlichen Bedeutungsgehalt ad absurdum führende Begriff »Wirtschaftshilfe« wird in der UdSSR offenbar ernst genommen. Man legt sich jedenfalls kaum Rechenschaft darüber ab, wie die Sowjetunion bei ihrer notorischen, sich in jüngster Zeit sogar noch verstärkenden Exportschwäche den Schuldendienst für riesige Auslandsanleihen erwirtschaften kann;
- man fragt nicht nach den Möglichkeiten und Konsequenzen einer Privatisierung der Produktionsmittel ohne Existenz einer Unternehmerklasse;
- vereinzelt auftauchende Konzepte, die durch adjektivische Beifügungen als modifiziert marktwirtschaftliche gekennzeichnet werden (z.B. gelenkte Marktwirtschaft), werden von den unbedingten Marktapologeten nur von oben herab ironisiert. Zugleich verdrängen diese jedoch einerseits die Dimension drohender Arbeitslosigkeit, falls die sowjetische Ökonomie der Weltmarktkonkurrenz ausgesetzt werden sollte, und sie fordern andererseits selbst soziale Garantien für die Bevölkerung;
- die Art marktwirtschaftlicher Propagierung suggeriert bewußt oder unbewußt, eine so erneuerte sowjetische Ökonomie könne in spätestens 10-15 Jahren zum Produktivitäts- und Wohlstandsniveau der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften aufschließen. Als Vergleiche werden ausschließlich Japan, die USA, Schweden und die BRD herangezogen, nicht aber Brasilien, Mexiko oder gar Indien.

Die Liste schwer nachvollziehbarer Leichtfertigkeiten in der propagandistischen, aber auch in der »seriös« begründeten konzeptionellen Argumentation der sowjetischen Wirtschaftsliberalen, überwiegend angesehene Ökonomen und Publizisten, ist durchaus unvollständig. Diese Marktprotagonisten sind jedenfalls, so muß man schlußfolgern, für die zu erwartende Chance, ihre ökonomische Wunschordnung zu verwirklichen, schlecht gerüstet.

3. Probleme und Folgen der politischen Umgestaltung der sowjetischen Gesellschaft.

Waren die Konsequenzen der Ende 1988 hereinbrechenden Wirtschaftskrise für die ohnehin stets prekären materiellen Lebensbedingungen das auslösende Moment für den Umschlag der sich vermutlich bereits abschwächenden, zunehmend von Gleichgültigkeit und auch Zweifeln durchsetzten Systemloyalität breiter Teile der sowjetischen Bevölkerung in oppositionelle Orientierung, so boten vielfältige im Zusammenhang der politischen Umgestaltung entstandene Neuerungen die Möglichkeit, den veränderten Denkweisen und Haltungen Ausdruck zu verleihen (Stimmabgabe, Beteiligung an Demonstrationen, andere Protestformen, Streiks u.a.m.).

Dieser offenkundig breite Wandel in der Wahrnehmung der überkommenen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung, der Sichtweise dessen, was sie den Menschen bringt und was sie ihnen zumutet, ihrer Repräsentanten usw. äußert sich heute oft in intransigenten und militanten Formen. Das ist keineswegs unverständlich. Zu abrupt und zu krass ist der Umschlag von uniformer, permanenter und allseitiger Glorifizierung, zumindest jedoch Rechtfertigung der sozialistischen Ordnung durch die Agenturen schulischer, medialer und politischer Sozialisation in radikale Infragestellung der sowjetischen Vergangenheit, allseitige Kritik der aktuellen Verhältnisse wie der überkommenen Rechtfertigungslehre vor allem durch Presse und Fernsehen. Eigenständiges Denken und Urteilen war seit Stalin nicht mehr gefragt und wurde unterdrückt statt gelehrt. Flankiert durch das Informationsmonopol der Herrschaftsorgane bildete sich so unvermeidlich Bereitschaft zur Übernahme der offiziellen historischen Deutungen und der aktuellen gesellschaftlich-politischen Erklärungsmuster aus, eine Neigung, die nach der Demontage der bisherigen Begründungsmuster sozialer und personaler Identität nunmehr der Wirksamkeit der alternativen Erklärungsangebote, Ordnungskonzeptionen und Leitbilder zugute kommt und sie (mit-)erklärt.

Seither, d.h. etwa seit Ende 1988, setzt sich in der UdSSR die Tendenz zur Polarisierung der gesellschaftlichen und politischen Kräfte durch.[27] »Polarisierung« trifft die aktuelle Situation allerdings nur partiell, deshalb eine – sachlich verkürzte – Präzisierung: sieht man von den besonderen Verhältnissen in den einzelnen Republiken ab und konzentriert sich auf die Moskauer Konstellation, die ungefähr die anderer russischer Großstädte und industrieller Zentren widerspiegelt, so werden die Pole von den westlich-liberal (und sozialdemokratisch) orientierten Parteien und Gruppierungen[28] sowie von jenen Organisationen gebildet, in denen sich in spezifischer Weise russisch-nationalistische mit orthodox-kommunistischen (breschnewistischen bis stalinistischen) Tendenzen vereinen. Der politisch-gesellschaftlichen Konzeption nach stehen zwischen diesen Polen Gorbatschow, die Unionsregierung und die offizielle Linie der KPdSU (wobei diese tatsächlich in jede der drei genannten Richtungen zerfällt).

Die eigentliche Konfrontation spielt sich jedoch nicht zwischen den die Pole markierenden Kräften ab, sondern zwischen den Liberalen (die sich in der Sowjetunion als »Linke« bezeichnen) und den Repräsentanten des Zentrums. Das ist unmittelbar einsichtig insofern, als es um die klassische Beziehung zwischen Opposition (Liberale) und Regierung (Präsident und Unionsregierung) geht. Protagonisten des rechten Pols greifen zwar immer wieder wortradikal und bislang vor allem gegen den Präsidenten gerichtet in die Auseinandersetzungen ein; entgegen vielen sowjetischen, von der westlichen Presse aufgegriffenen Darstellungen ist deren Position jedoch eher schwach. Das zeigt sich vor allem in der geringen Resonanz, die sie derzeitig in der Bevölkerung finden (was in Anbetracht der russischen politischen Tradition erstaunlich ist). Die Republik- und Kommunalwahlen im Frühjahr 1990 waren im Ergebnis für diese Gruppierungen ein Desaster, und während in Moskau die Liberalen bei manchen Demonstrationen eine halbe Million Menschen auf die Beine bringen, reicht es bei den Rechten gerade für einige Tausend.

---

27 In jüngster Zeit (etwa ab April ds. Js.) mehren sich die Stimmen namhafter Politiker, Publizisten und Wissenschaftler, die für einen umfassenden politischen Kompromiß, institutionalisiert in der heute allseits gepriesenen Form eines Runden Tisches, plädieren. Ich halte die Erfolgschancen entsprechender Realisierungsversuche für gering allein schon deshalb, weil die Befürworter, die überwiegend selbst Partei sind, außer allgemeinen Postulaten nichts zu ihren Vorstellungen darüber aussagen, wie ein solcher Kompromiß in Anbetracht der scharfen politisch-konzeptionellen Divergenzen sachlich beschaffen sein soll.

28 Es gibt deren eine ganze Reihe; diese organisatorische Zersplitterung, die größer ist als die ausmachbaren politisch-ideologischen Divergenzen, gilt auch für sozialdemokratische Gruppierungen sowie auf der anderen Seite auch für die im rechten Spektrum.

Es ist nicht zuletzt diese Massenunterstützung der Liberalen, die die Schärfe und Dynamik ihrer Opposition gegen das (nach verbreitetem Verständnis, keineswegs so pauschal tatsächlich) von Gorbatschow repräsentierte Machtzentrum erklärt: man vermutet nicht unbegründet die Mehrheit »des Volkes« hinter sich, hat aber regulär (vgl. dagegen Fn. 26) noch 4 Jahre Amtszeit Gorbatschows vor sich. Dabei sind die sachlichen Gegensätze zwischen diesen Kontrahenten gar nicht so eindeutig identifizierbar.

Die Position der Liberalen ist ungeachtet ihrer organisatorischen Zersplitterung und graduellen ideologischen Differenzen hinreichend klar: sie wollen rasch und vollständig die institutionellen staatssozialistischen Relikte beseitigen, die einer umfassenden Übernahme der privat- und marktwirtschaftlichen sowie der bürgerlich-parlamentarischen Ordnung der »zivilisierten Länder« entgegenstehen. Gorbatschow gibt dagegen in ideologischer und ordnungspolitischer Hinsicht einige Rätsel auf. Legte er bis jüngstens in fast allen seinen Reden klare Bekenntnisse zu sozialistischen Grundanschauungen und Gestaltungskriterien ab, so koalierte er zwischen Frühjahr und Herbst 1990 in der Frage eines neuen ökonomischen Reformansatzes mit den Liberalen, um sie dann im Oktober mit einer Entscheidung vor den Kopf zu stoßen, die klar einen Richtungsschwenk anzeigte.[29] Nahm er von da an für einige Monate gleichsam eine Law-and-Order-Position ein, die sich u.a. in einigen wichtigen Personalentscheidungen ausdrückte, so scheint er nunmehr (seit April ds. Js.) sich wieder in die andere Richtung zu orientieren.

Solche Positionsänderungen vollzog Gorbatschow bereits vordem. Sie sind m.E. nicht mit Pragmatismus oder gar Opportunismus zu erklären. Noch immer scheint mir, daß Gorbatschow durchaus eine eigene Konzeption hat, die Vision einer »modernen«, demokratisch-sozialistischen oder jedenfalls einer ordnungspolitisch *eigenständigen* wenn nicht mehr sowjetischen, so doch russischen Gesellschaft. Aber diese Position ist heute in der gesamten UdSSR politisch marginalisiert. Salopp gesagt, Gorbatschow hat niemanden und nichts hinter sich: die Intellektuellen, die Arbeiter, die KPdSU, der Staatsapparat, alle stehen gegen ihn, die einen, weil er ihre Macht untergraben, die anderen, weil er ihre Erwartungen nicht erfüllt hat. Es ist wohl diese politische Isolierung, die ihn zu wechselnden Zweckkoalitionen veranlaßt.

---

29 Ich beziehe mich auf Gorbatschows im Laufe des Sommers 1990 wiederholt bekundete Unterstützung des unter Leitung seines Wirtschaftsberaters S. Schatalin ausgearbeiteten »500-Tage-Programms« zum Übergang zum Markt, dem er im Oktober dann jedoch durch Vorlage eines eigenen, sachlich zumindest partiell anders gerichteten Konzeptionspapiers eine Absage erteilte.

Stand zu Beginn seiner Amtszeit ganz die Wirtschaft im Zentrum der Reformrhetorik Gorbatschows, so definierte er doch schon bald »Perestrojka« als Umgestaltung *aller* Sphären der sowjetischen Gesellschaft, und »Demokratisierung« wurde früh zu einem seiner oft wiederholten Postulate. Einen ersten Ansatz zur Gewinnung der KPdSU für die Erneuerung der verharschten autoritären (partiell noch totalitären) staatlich-politischen Ordnung unternahm Gorbatschow auf dem Januar-Plenum der KPdSU 1987; er konnte sich hier aber mit seinen vor allem auf die innerparteiliche Struktur gerichteten Vorschlägen nur partiell durchsetzen.

Danach verstärkte er die Propagierung der Demokratisierung der Gesellschaft und des politischen Systems, die er konzeptionell eher bescheiden auf eine (nominell schon immer bestehende) Kompetenz- und Funktionsabgrenzung zwischen Partei und Staat (verkörpert durch die Sowjetorgane) bei Kompetenzerweiterung der letzteren konzentrierte, ergänzt durch die Absichtserklärung zur breiten Heranziehung aller beteiligungswilligen BürgerInnen zur Mitarbeit in den Sowjets aller Ebenen. Es gelang den Reformern innerhalb der Parteiführung, die Diskussion und Entscheidung eines entsprechenden Reformprojekts als zentralen Verhandlungsgegenstand der 19. Allunions-Parteikonferenz im Juni 1988 durchzusetzen. Diese Konferenz, die das Reformkonzept billigte, markiert nicht nur deshalb den Beginn des sowjetischen Demokratisierungsprozesses, sondern auch insofern, als zumindest ein Teil ihrer Delegierten erstmals seit den 20er Jahren wirklich *gewählt* wurden und auf dem Kongreß selbst nach ebenso langer Entwöhnungszeit wieder offene und kontroverse Debatten stattfanden.

Bereits im November 1988 sanktionierte der Oberste Sowjet die Reform des politischen Systems durch entsprechende Verfassungsänderungen und Gesetze. Es waren in der Folge vor allem die Konkurrenzen und Konflikte um die Nominierung der KandidatInnen für die Wahlen im Frühjahr 1989 zum Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR und ein Jahr darauf zu den entsprechenden Republikorganen und den regionalen und örtlichen Sowjets, in denen sich die Opposition gegen die dominante Stellung der KPdSU und gegen Versuche von Protagonisten der überkommenen Machtstrukturen, die eigenen Positionen autoritär oder manipulativ zu retten herausbildete, rasch erstarkte und Erfolge errang.

Diese Tendenzen können hier nicht eingehender nachgezeichnet werden; zu vermuten ist jedenfalls, daß in ihrem Verlauf jene Dynamik freigesetzt wurde, die zu von den Reformern der Parteiführung *so* sicher nicht intendierten Resultaten führte. Hier stellt sich die Frage nach Gorbatschows Anlaß zu seiner politischen Reforminitiative. Authentisch ist sie nicht zu beantworten, zumindest zwei Argumente liegen jedoch nahe:

1965 wurde die Realisierung einer Wirtschaftsreform der Richtung, wie sie Gorbatschow nunmehr erneut verfolgte, von Kräften der Parteiführung und der Wirtschaftsadministration obstruiert. Eine Wiederholung dessen sollte wohl durch die Kreierung legalisierter Gegenmachtpositionen blokkiert werden. – Im Unterschied zu 1965 hatten die Reformer jetzt offenbar erkannt, daß die beabsichtigten ökonomischen Reformergebnisse nicht allein von institutionellen Arrangements abhängen, sondern zugleich von grundlegend veränderten Einstellungen der Arbeiter zu ihrer Tätigkeit, zu deren Resultaten, zum Betrieb und über diesen hinaus zu allen Bereichen der Gesellschaft. Gewollt war die Überwindung der verbreiteten Lethargie und die Stimulierung zur Anteilnahme, zu Eigeninitiativen, Verantwortungsbewußtsein u.ä.m. Solche Haltungen und Eigenschaften können aber nicht bei der Arbeit gefördert und gratifiziert, im Wohnbereich und in der Öffentlichkeit überhaupt aber unterdrückt werden.

Stellt man den zu vermutenden Intentionen die tatsächlichen Konsequenzen gegenüber, drängt sich, wie auch hinsichtlich der Wirtschaftsreform, der Verdacht auf, daß die Reformprotagonisten um Gorbatschow nicht über eine empirisch und analytisch hinreichend fundierte Konzeption und Strategie der Erneuerung der staatlich-politischen Ordnung verfügten. Will man ihnen nicht Realitätsblindheit, Leichtfertigkeit oder Mangel an Verantwortungsbewußtsein unterstellen, so ist kaum zu begreifen, daß Tendenzen und Resultate wie die hier nur beispielsweise bezeichneten nicht vorausgesehen oder aber in Kauf genommen wurden:

- Freisetzung von bislang repressiv in Latenz gehaltenen nationalen Autonomieforderungen, nicht zuletzt im Zusammenhang der Auflösung des »sozialistischen Lagers«, aber auch zwischennationaler Konfliktherde;
- Unwillen und Unfähigkeit der Parteikader zu politischer Arbeit außerhalb gesicherter Machtstrukturen, in Konfrontation mit einer legalisierten Opposition, ohne Verfügung über Gratifizierungs- und Sanktionsmittel;
- die Anfälligkeit einer gesellschaftlichen und politischen Ordnung, deren Bestand auf latenter Gegenwärtigkeit von Zwangsmitteln zum einen und auf überwiegend nur passiver Anerkennung der BürgerInnen zum anderen beruht;
- die Fragilität der Unterstützung eines der Absicht nach auf sozialistische Grundpositionen verpflichteten Reformkurses durch Intellektuelle, deren Bildungs- und Informationsprivilegien die Ausbildung eigenständiger und alternativer weltanschaulicher und politischer Positionen ermöglicht hatte und deren bisherige Akzeptanz der bestehenden Verhältnisse vielfach pragmatisch-instrumentell begründet war.

Diese Feststellungen dürfen nicht als Plädoyer für einen Verzicht auf die Demokratisierung der politischen Verhältnisse in der UdSSR gelesen werden.[30] Es geht mir vielmehr darum zu begründen, wie schwer verständlich die Einleitung dieser Reform offenkundig ohne umfassende Situationsanalyse, ohne eine darauf gründende Konzeption ihrer Schwerpunkte, institutionellen Ausformung, Realisierungsetappen usw. ist. Die Situation, zu der die Dynamik der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung unter den krisenhaften wirtschaftlichen Bedingungen der vergangenen 2-3 Jahre führte, wurde oben skizziert. Politisch scheint die Chance eines tragfähigen Konsenses über den weiteren Reformverlauf zu bestehen, wenn mit der Wahl Boris Jelzins zum Präsidenten der Russischen Föderation und mit der in Aussicht gestellten Neubildung der staatlichen Organe der Union Anfang 1992 Repräsentanten der gegenwärtig die breiteste gesellschaftliche Unterstützung erfahrenden politischen Richtung in die maßgeblichen staatlichen Entscheidungsorgane einrücken.

Allerdings werden sie unter hohem Erwartungsdruck stehen, dem gerecht zu werden die oben nur unvollständig aufgelisteten enormen Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Konsolidierung und Umgestaltung (S. 66/77) kaum erlauben dürften. Die Diskrepanz zwischen der gegenwärtigen Breite der Zustimmung, die die liberalen Politiker und die von ihnen vertretenen Positionen finden, und der Mitgliederschwäche ihrer Organisationen sowie des bescheidenen Reservoirs an politisch Aktiven ist ein Hinweis darauf, daß die politischen Mehrheitsverhältnisse in der nachsozialistischen Phase von rasch veränderbaren Massenstimmungen abhängig sein werden. Sind die tatsächlichen oder vermeindlichen Protagonisten des totalitären Sozialismus in der Versenkung verschwunden, dürften die Liberalen bei Millionen von Arbeitslosen, provokanter wirtschaftlich-sozialer Ungleichheit und anhaltenden gewaltsam ausgetragenen zwischennationalen Konflikten einen schweren Stand haben. Es ist nicht auszuschließen, daß der im Westen als liberal verkannte Boris Jelzin dann ein offenes Ohr für den zu erwartenden lauten Ruf nach der »strengen Hand« haben wird.

---

30 Am Rande sei vermerkt, daß vor etwa drei Jahren bereits zwei nachhaltige Anhänger der liberalen kapitalistischen Gesellschaft, die Wissenschaftler am inzwischen umbenannten Akademieinstitut für die Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems Igor Kljamkin und Andranik Migranjan, mit einer ganzen Reihe von Artikeln auf sich aufmerksam machten, in denen sie eindringlich für eine autoritäre Staatsordnung zur Durchsetzung der Marktwirtschaft plädierten.

4. Das Ende der staatssozialistischen Gesellschaften und die westliche Linke.

Zum Verständnis der Reaktion der Gruppierungen der westlichen Linken auf den Niedergang der staatssozialistischen Gesellschaften und zur Diskussion der Probleme und Aufgaben, vor die sie heute gestellt ist, darf nicht übersehen werden, daß sich 1988/89, als sich die Erosion des »realen Sozialismus« enorm beschleunigte und verallgemeinerte, mehr oder weniger alle ihre Richtungen seit Jahren schon gleichfalls in der Krise befanden. Politisch äußerte sich diese in ihrer zunehmenden Marginalisierung, im Rückgang ihres Einflusses auf die gesellschaftlichen Prozesse und auf die politische Orientierung ihrer bisherigen Anhänger und Adressaten. Institutionell fand die Krise Ausdruck in der Auflösung der meisten der aus den sozialen Konflikten und der Studentenbewegung der späten 60er Jahre hervorgegangenen Organisationen; auf dem Gebiet der Theorie im unzureichenden Vermögen, den Protagonisten der neokonservativen und rechtsliberalen Lehren entgegenzutreten, die diesen ab Mitte der 70er Jahre selbstbewußt und militant zur öffentlichen Vorherrschaft verhalfen und auch in der offenen Hinwendung nicht weniger Linker zu Theoremen jenseits der marxistischen und überhaupt der kapitalismuskritischen Tradition.

Obgleich hier nicht der Raum dafür gegeben ist, die Reaktionen der unterschiedlichen Richtungen der westlichen Linken auf das Ende des »realen Sozialismus« im einzelnen zu dokumentieren und zu diskutieren, sei an ihre unterschiedlichen Positionen erinnert, die sie gegenüber diesem Staatssozialismus nachstalinscher Ausprägung, d.h. vornehmlich zwischen den späten 50er und 80er Jahren, einnahmen. Das soll im gegebenen Zusammenhang nur durch allgemeinste Kennzeichnungen erfolgen, die die Grenzen von Parteien und Organisationen übergreifen, weshalb ich mich nicht auf solche beziehe.

Äußerlich gesehen scheint die affirmative Richtung, der positive Bezug auf Realität und Theorie des Staatssozialismus, nicht differenzierungsbedürftig. Tatsächlich aber konnten natürlich unterschiedliche Motive diese Orientierung bestimmen, die hier jedoch nicht hypothetisch ermittelt werden sollen. Die kritischen Positionen drücken in gewisser Weise die ganze Breite der übrigen traditionellen sozialistischen Strömungen aus. So läßt sich zum einen eine kategorisch abweisende Haltung aus einem in weitem Sinne reformistischen Sozialismusverständnis feststellen, das die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft in ihrer Grundverfassung akzeptiert, sie jedoch fortschreitend gerechter, den Bedürfnissen der sozialen Individuen und Gruppen verpflichteter und ökologisch bewußter gestalten will.

Von linken Positionen, deren grundlegende Zielorientierung (wie immer praxisbezogen relativiert) die kapitalistische Produktionsweise und Gesellschaft transzendiert, wurde der »reale Sozialismus« von zumindest fünf unterscheidbaren Ansätzen aus kritisiert:

- Varianten der maoistischen Interpretation kapitalistischer Restauration der UdSSR unter Chruschtschow und Breschnew sowie der These der Degradation der frühen sowjetischen Gesellschaft zum Staatskapitalismus (z.B. Ch. Bettelheim);
- auf der Grundlage der anarchistischen und anarcho-syndikalistischen Tradition;
- auf der Basis der Argumente der trotzkistischen Opposition gegen die Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft unter der Vorherrschaft Stalins;
- aus libertärer und humanitärer, stark auf individuelle Emanzipation und Persönlichkeitsentfaltung ausgerichteter Grundhaltung und unter häufigem Bezug auf das Entfremdungs- und Emanzipationsverständnis des frühen Marx;
- Kritik der hierarchisch-autoritären Strukturen und Verhältnisse aus dem Sozialismusverständnis bewußter, allseitiger und egalitärer, solidarisch-herrschaftsfreier Gestaltung der Prozesse der gesellschaftlichen Entwicklung durch die sozialen Individuen und Gruppen.

Das Verhältnis der Linken zum »real existierenden Sozialismus« wurde allerdings nicht allein von Grundpositionen wie den angedeuteten bestimmt.[31] Zugleich wurde ihre Haltung beeinflußt durch Momente wie z.B. die Einschätzung der Wandlungsfähigkeit und -richtung dieser Gesellschaften, durch die Bedeutung, die ihnen für die eigene gesellschaftlich-politische Praxis beigemessen wurde, andererseits vom Verständnis der kapitalistischen Gesellschaften, der Einschätzung ihrer Entwicklung und der Chancen, diese zu beeinflussen.

Allgemein läßt sich als Wirkung solcher Momente wohl weniger auf die grundlegende als auf die aktuelle oder auch pragmatische Haltung zu den staatssozialistischen Gesellschaften z.B. ableiten und erklären, daß in Organisationen und Gruppen *ohne* hinlänglich breite, intensive und stabile politische Aktivitäten und entsprechende konfliktorische wie solidarische Ein-

31 Neben weiteren Momenten erwähne ich im gegebenen Zusammenhang nicht individual- und sozialpsychologische Faktoren, wie z.B. Identifizierungsbedürfnisse, die sowohl an der Ausbildung affirmativer wie kritischer Positionen beteiligt sind, wobei sich das Identifikationsobjekt unterscheidet.

bindungen in die eigene Gesellschaft sowohl die Identifikation mit wie die Kritik der externen Bezugsgesellschaft besonders nachdrücklich war. Der negative Bezug auf diese wurde dagegen bei solchen Kritikern modifiziert, die den »realen Sozialismus« für reformfähig in Richtung der je eigenen normativen sozialen und politischen Orientierung hielten. Relativiert wurde individuelle oder auch kollektive Kritik der staatssozialistischen Gesellschaften partiell auch durch die Rezeption der Wirkung ihrer Existenz und Politik als Begrenzung der militanten Tendenzen und imperialen Bestrebungen der kapitalistischen Großmächte.

Die *allgemeine* Reaktion der westlichen Linken auf das Ende des »realen Sozialismus« muß nach meinem Eindruck als Betretenheit, stilles Erstaunen mit Anflügen von Unbehagen und vorzeitiger Nostalgie beschrieben werden. Auch kategorische linke Gegner des Staatssozialismus verzichteten, soweit ich sehe, auf demonstrative Häme und Triumph. Stille herrschte auch bei jenem Teil der Linken, deren praktische und theoretische Auffassungen sich im wesentlichen mit der Wirklichkeit, der Selbstinterpretation und der Kapitalismuskritik des realen Sozialismus deckten (zumindest nach außen hin). Ungläubiges Wahrnehmen, Erschrecken, Verstörtheit und bald darauf Anzeichen von Resignation und Lethargie waren unverkennbar.

Als erschreckendes Indiz des sklerotischen Zustands vor allem der intellektuellen Linken werte ich ihr Schweigen zur Politik der Pauschalvereinnahmung der DDR durch die Bundesregierung. Die gegen Bedachtsamkeit, gegen ausgewogene Schritte aufgrund sorgfältiger Analysen und darauf gründender Bestimmung von Etappen und Methoden der Zusammenführung gerichteten Argumente verschleiern das Kernaxiom: *keine* Institution und Regelung, sei es auf dem Gebiet der Sozialpolitik, in der vorschulischen, schulischen und universitären Erziehung bzw. Bildung, im Gesundheitswesen, im kulturellen Bereich etc. darf – selbst in modifizierter Weise – erhalten bleiben. Die Rückwirkungen auf die Gesellschaft der »alten BRD« wären zu bedrohlich. Anders als der Nationalsozialismus gehört der »reale Sozialismus« mit Stumpf und Stil ausgetilgt.

Das Ausbleiben so gut wie jedes Ansatzes von Protest gegen die »Abwicklung« der Gleichschaltung der Hochschulen und von Solidarisierung mit den Betroffenen seitens auch der linken westdeutschen ProfessorInnen und anderen WissenschaftlerInnen ist unverständlich. Wie viele von ihnen wissen aus langjährigen fachlichen Beziehungen zu KollegInnen im »anderen Teil Deutschlands«, daß längst nicht alle Parteibuchinhaber Stasi-Agenten und willfährige SED-Karrieristen waren. Daß mündlich und schriftlich vertretene marxistische Positionen nicht allein erzwungener Anpassung und blankem Opportunismus, sondern auch hart erarbeiteter wissenschaftlicher Überzeugung entsprangen und seriöse Forschung oft eher bedingten als

verhinderten, interessiert natürlich jene »Abwickler« nicht, für die Karl Marx so etwas wie ein linker Alfred Rosenberg ist. Wir sollten es besser wissen. Aber anders als die Gewerkschaften, die die beabsichtigte Niedriglohn- und Rationalisierungsstrategie unter Inkaufnahme von Massenarbeitslosigkeit und bloßem Subsistenzeinkommen nicht hinnehmen und wirkungsvoll konterkarieren, wendet sich die einstige akademische Linke ab oder schlechter noch: sie nutzt die gebotenen Chancen, in den »neuen Bundesländern« die eigene Karriere auf Kosten der abgewickelten KollegInnen voranzutreiben. Viele Aspekte dazu wären zu diskutieren, aber hier wie im ganzen Abschnitt können Momente der Konsequenzen des Endes des Staatssozialismus für die Linke nur höchst selektiv und verkürzt angesprochen werden.

Fragen wir nach Lehren, die aus linken Einschätzungen der und Haltungen zu den realsozialistischen Gesellschaften in der Vergangenheit zu ziehen sind, ist zwischen der analytischen und der politisch-moralischen Dimension zu unterscheiden. In beiden Hinsichten ist Unterschätzung der Legitimationsproblematik, die im ersten Abschnitt dieses Beitrags unter theoretischem und in den beiden folgenden unter empirischem Aspekt im Zentrum stand, zu konstatieren. Aus theoretischen Deduktionen wurde erhöhter Legitimations*bedarf* der *politisch* vergesellschafteten im Vergleich zu den bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften behauptet; die (unzureichend fundierten) empirischen Analysen der Linken verkannten jedoch die Brüchigkeit und den Verfall der Legitimations*fähigkeit* der staatssozialistischen Ordnungen. Die in der Funktionsweise ihrer Institutionen und im realen Ablauf der gesellschaftlichen und politischen Prozesse dokumentierte, letztlich gewaltförmig abgesicherte Weigerung der oligarchischen Herrschaftsträger, Prozeduren authentischer Legitimationsbeschaffung zuzulassen, war unverkennbar. Nicht als legitimiert erwiesene Machtausübung mußte also politisch-moralisch begründet und gerechtfertigt werden, und Argumente dafür, auch bedenkenswerte, waren bei der Hand.

Wie oben vermerkt, diskutiere ich hier nicht das stalinsche Terrorregime, sondern den realen Sozialismus der 60er bis 80er Jahre in seiner institutionalisierten Verquickung totalitärer, autoritärer, populistischer, neofeudaler und korporativistischer Elemente. Vermutlich hielten wenige ihrer aufgeklärten westlichen Verfechter die realsozialistischen politischen, ökonomischen, sozialen u.a. Verhältnisse für den eigenen Ansprüchen gemäß lebenswert und noch weniger jene Linken, die, wie auch ich, diese historisch besondere Herrschafts- und Produktionsweise grundlegend kritisierten, sie jedoch für reformfähig und demokratisierbar im sozialistischen Verständnis erachteten und sich deshalb feindseliger Polemik enthielten.

Ob diese Haltung auch in retrospektiver Sicht begründbar und zu rechtfertigen ist, müssen Linke zuerst und vor allem unter sich diskutieren. Un-

kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse und die schließlich erwiesene Unfähigkeit zu rechtzeitigen und wirksamen Reformen sind jedenfalls in politisch-moralischer Hinsicht keine Argumente. Zugleich jedoch können sich Linke, die der vernunftgerichteten, fundamentaldemokratischen und radikal-humanistischen Tradition des genuinen Marxismus verpflichtet sind, nicht die sittlich kaschierten Urteile jener Herrschaftsinstanzen, Politiker und Publizisten zueigen machen, für die Menschenrechte allzeit instrumentalisierbare Argumente einseitiger Interessendurchsetzung sind, die Gewaltanwendung pragmatisch oder rechtsformalistisch legitimieren und die staatsterroristische Regime und Praktiken nur allzu willfährig ignorieren, leugnen oder im »höheren Interesse« bemänteln.

Zu fragen ist weiter nach Konsequenzen, die die westliche Linke aus dem unrühmlichen Ende des »realen Sozialismus« für die eigene Sozialismuskonzeption diskutieren sollte. Natürlich ist das nicht nur eine Angelegenheit westlicher Sozialisten, aber um diese geht es im gegebenen Zusammenhang. Dabei dürften die Art und Weise der Interpretation des Zerfalls der staatssozialistischen Ordnungen sowie der politisch-gesellschaftlichen Neuorientierungen in diesen Ländern nicht ohne Einfluß auf die Diskurse unter westlichen Linken bleiben. Vermerkt sei dazu nur, daß die evidente Erscheinung dort vorherrschender politisch-praktischer und theoretisch-konzeptioneller Absagen an sozialistische gesellschaftliche Gestaltungsziele, auch an solche im Sinne eines »westlichen Marxismus«, vor allem als Urteil über die realsozialistische Wirklichkeit und ihre Ignorierung im autoritativen Selbstbild der Gesellschaften des »entwickelten Sozialismus« zu werten sind. Umso unerläßlicher ist jedenfalls ernsthaftes Bemühen der westlichen Linken um theoretische, konzeptionelle und praktisch-politische Selbstvergewisserung.

Das verlangt Prüfung und Klärung einer Fülle theoretischer, analytischer sozialethischer, strategischer u.a. Fragen, deren Umrisse auch nur zu skizzieren hier nicht der Platz ist. Wiederum ist jedoch daran zu erinnern, daß Debatten über die Bedingungen, Zielvorstellungen, Realisierungswege und -chancen sozialistisch orientierter gesellschaftlich-politischer Praxis lange vor dem Ende des realen Sozialismus erneut einsetzten und durch dieses nur weitere Akzente erhielten. So wurde z.B. die Zentralität der Lohnarbeitskonflikte für die Verallgemeinerung und Intensivierung kapitalismuskritischer Einsichten und sozialistischer Orientierung innerhalb der westlichen Linken diskutiert und in Frage gestellt, als die Welt des »realen Sozialismus« (scheinbar) noch heil war. Neu ist heute auch nicht die Wahrnehmung der »globalen Probleme« von Umweltzerstörung und Verelendung der »dritten Welt«, wohl aber das Maß, in dem sich die aktuellen Debatten um zeitgemäße Ansatzpunkte linker Kritik und alternativer ökonomischer und gesellschaftlicher Orientierung auf diese beiden Krisenkomplexe konzentrieren.

In der Tat werden sich (die im bezug auf die staatssozialistischen Gesellschaften jahrelang unter Sowjetologen kontrovers diskutierte) »Lernfähigkeit« und Problem*lösungs*-(nicht Kaschierungs-)kompetenz kapitalistischer Ökonomie und Politik in naher Zeit schon an diesem menschheitsbedrohenden Krisenpotential zu erweisen haben. Aber die Beschränkung auf diese Problemkomplexe drückt womöglich zugleich voreiligen Optimismus, z.B. hinsichtlich des Gelingens hinlänglich konfliktschwacher ökonomischer, sozialer und nationaler Befriedung und Konsolidierung der nachsozialistischen Gesellschaften aus.

Aus dem breiten Umkreis von Fragen und Problemen der Erarbeitung einer in gleicher Weise theoretisch fundierten, analytisch und empirisch begründeten wie ethisch reflektierten und gesellschaftlich-politisch realitätsnahen Konzeption herrschaftsfreier, somit demokratischer, strukturell egalitärer und zugleich freiheitlicher Vergesellschaftungsweise (als Umschreibung von »Sozialismus«) soll hier nur ein, allerdings wesentlicher, Aspekt bezeichnet werden. Ein – wenn nicht gar das – zentrale(s) Motiv der (keineswegs ausschließlich) frühen Marxschen Kritik der bürgerlichen Gesellschaft und der ihr eigenen kapitalistischen Produktionsweise war die »naturwüchsige« Verlaufsform aller ökonomischen und sozialen Prozesse. Daß diese gleichsam durch »Naturgesetze« reguliert werden, verstand Marx (entgegen späteren Interpretationen) weniger als eigene Entdeckung denn als Anstoß zu vernichtender Kritik in Anbetracht der menschlichen Vernunftbegabtheit.

In seinen oft metaphorischen Andeutungen der grundlegenden Form der Vergesellschaftungsweise »in der Gemeinschaft«[32], im »Verein freier Menschen«[33], im Kommunismus[34] werden als deren Subjekt zumeist »die Gesellschaft« oder »die assoziierten Produzenten« benannt. Diese oft nicht allein metaphorisch verfremdeten, sondern auch symbolhaft verkürzten Bestimmungen legen die Interpretation nahe, daß Marx nicht nur »politische« (= bewußte) anstelle von naturwüchsiger (= blinder), sondern zugleich unmittelbare Vergesellschaftung in der Dimension des sozialen Ganzen meinte. Bis heute dominierte nicht nur diese Auslegung; ihre ökonomischen, sozialen, prozeduralen Konsequenzen galten (diese allerdings nicht unbestritten) als Grundelemente sozialistischer/kommunistischer Vergesellschaftungsweise.

Dagegen hat vor geraumer Zeit Peter Ruben, in der DDR diskriminierter marxistischer Philosoph, grundsätzliche Einwände geltend gemacht.[35] Das

32 Marx, Karl/Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie, MEW Bd. 3, S. 74.
33 Marx, Karl: Das Kapital, Band I, MEW, Bd. 23, S. 92.
34 Marx Karl/Engels, Friedrich: a.a.O. (Fn. 32), S. 70/71.

Kernargument Rubens besagt, daß bei entwickelter Arbeitsteilung Vergesellschaftung primär in und durch soziale(n) Kollektive(n) stattfindet (auf der Ebene von Betrieben, Verwaltungen, Universitäten, Parteien, Verbänden, Kirchen etc.) und daß Vergesellschaftung in gesamtgesellschaftlicher Dimension, sollen nicht autoritäre und in der Tendenz totalitäre Machtstrukturen in Kauf genommen werden, durch kommunikative, kooperative, aber auch kompetitive und konfliktorische Beziehungen zwischen diesen sozialen Einheiten vonstatten gehen muß. Momente von Naturwüchsigkeit der je einzelnen und vorläufigen Resultate dieses multiplen Mit- und Gegeneinanders seien unvermeidbar und müßten zugunsten der individuellen Freiheit und sozialen Autonomie hingenommen werden.

Ich habe bis vor wenigen Jahren Argumente dieser Art (die ja von liberaler Seite her bekannt waren) abgewehrt (vgl. das auf S. 75 nach dem letzten Spiegelstrich angedeutete Sozialismusverständnis). Daß sie mir heute bedenkenswert erscheinen, hängt zumindest nicht unmittelbar mit dem Ende des realen Sozialismus zusammen, sondern ist Ergebnis meiner einige Jahre weiter zurückreichenden intensiven Beschäftigung mit den Ursachen der Funktionsdefizite der sowjetischen Ökonomie. Für diese Sphäre der Gesellschaft war ich zum gleichen Ergebnis wie Ruben für das soziale Ganze gelangt (Unerläßlichkeit weitreichender – obschon nicht absoluter – ökonomischer Eigenständigkeit der Betriebe, horizontale Regulierung der Beziehungen zwischen diesen usw.)[36] Es ist jedoch schwer begründbar, weshalb das, was für die Prozesse im Bereich der materiellen Produktion und Reproduktion gilt, nicht auch für jene der immateriellen Reproduktion (der politischen, kulturellen, geistigen etc.) gelten soll.

Eine Bedingung (die z.B. bei Ruben nicht explizit formuliert wird) ist jedoch zu stellen, wenn eine prospektive sozialistische Vergesellschaftungsweise nicht mit der kapitalistischen identisch sein soll: »die Gesellschaft«

---

35 Ruben, Peter: Ende des »rohen« Kommunismus. Perspektiven eines modernen Sozialismus, in: Sozialismus, No. 3-1990, S. 19-22. – Rubens Argumente gehören zum Grundwissen nichtmarxistischer (z.B. E. Durkheim, F. Tönnies, auf den sich Ruben bezieht), oder jedenfalls nicht orthodox-marxistischer (z.B. J. Habermas), vor allem liberaler (z.B. der frühe R. Dahrendorf) Soziologen. Ob und gegebenenfalls welche im engeren Sinne marxistischen Theoretiker vor Ruben in ähnlicher Weise argumentierten, ist mir nicht geläufig.

36 Siehe hierzu die Kapitel 5 und 6 im Teil I meines in Fn. 3 genannten Buches. Eine überzeugende theoretische Begründung der unvermeidbaren Funktionsblockaden der Wirtschaftsprozesse bei ihrer Planung und Leitung durch *ein* makroökonomisches Subjekt findet sich in einer unverdientermaßen vermutlich wenig beachteten Arbeit: Dietz, Raimund: Sowjetökonomie: Warenwirtschaft oder Selbstverwaltung. Ein Beitrag zur Begründung einer alternativen Theorie des Sozialismus, Achberg 1976.

(und hier nun tatsächlich im Marxschen Sinne als Subjekt) muß einen Konsens suchen und finden über rechtlich verankerte, institutionalisierte, durch Formen öffentlicher Kontrolle gewährleistete Rahmenbedingungen gleichsam als Spielregeln, innerhalb deren sich jene autonomen gesellschaftlichen Beziehungen als Momente der Vergesellschaftungsprozesse abspielen. Für die Diskurse ihrer Bestimmung sind Einsichten der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie und der bürgerlichen Gesellschaft ebenso unerläßlich wie vertiefte Reflexion der Gesellschaften des »realen Sozialismus« und ihres Niedergangs.

Josef Schleifstein

Der DDR-Zusammenbruch – Skizzenhafte Umrisse einer historischen Bilanz

Es ist wohl noch zu früh, eine fundierte, schlüssige Bilanz des Zusammenbruchs der DDR und seiner Ursachen ziehen zu wollen. Worum es sich im folgenden handeln kann, das sind eher Annäherungsversuche, der Selbstverständigung dienende, in einem noch unreifen Stadium befindliche Überlegungen, als ein gesicherter Diskussionsbeitrag.

Ein Aussichtsturm impliziert Höhe, und gewiß kann ein »Trümmerhaufen« respektable Höhen erreichen und uns so die physischen Voraussetzungen für eine weitere Aussicht bieten. Doch, so fürchte ich, sind die psychischen Bedingungen von ganz anderer Art. Denn die Sichtweite auch höchster Trümmerberge beschert einem ja keineswegs einen klaren und tiefen Blick, wenn es sich um die Trümmer der *eigenen* Hoffnungen und Ideale handelt, wenn mit vielen der einzelnen Trümmerbestandteile zugrunde gegangen ist, wofür Zehntausende, sozialistischen Überzeugungen ergebene Menschen aus zwei, drei Generationen aufopferungsvoll gearbeitet haben. Die Schwierigkeiten einer Bilanz, sowohl die objektiver wie die subjektiver Natur, sind groß, und letztere im Falle des Autors die größeren.

I.

Daß die »deutsche Frage« nach 1945 immer eine weltpolitische Frage war, ist eine Banalität. In keinem ihrer Stadien war sie isolierbar von den Beziehungen der beiden Weltmächte, von der Interessengrundlage, die diese Beziehungen bestimmte, von den jeweiligen Wandlungen, die die Interessen selbst oder doch ihre Reflexion in der politischen Praxis der Herrschenden und Regierenden durchliefen. Von diesen weltpolitischen Determinanten sind die Erfolge und Niederlagen, die Fortschritte und Rückschritte, die Grenzen und Spielräume, die Erscheinungsformen der Selbstständigkeit und der Abhängigkeit der deutschen Besatzungszonen wie der späteren beiden Staaten in keiner Phase ihrer Entwicklung zu trennen.

Die zeitliche und inhaltliche Konkretisierung dieses generellen Gesichtspunktes ist im Rahmen eines Aufsatzes nicht zu geben. Nur soviel sei angemerkt: die grundsätzliche Abhängigkeit der beiden deutschen Staaten von »ihren« Weltmächten vorausgesetzt, mußte die der DDR unvermeidlich stär-

ker sein, ihre Einbindung rigoroser, ihr Handlungsspielraum, die Möglichkeit, auch eigene wirtschaftliche und politische Wege zu beschreiten oder Methoden anzuwenden, begrenzter. Die historischen Ursachen dafür liegen auf der Hand: der Krieg hatte die Sowjetunion unermeßliche Opfer gekostet, ihre Wirtschaft war weithin zerstört, die eigene Not gestattete keine materielle Großmut gegenüber den besiegten Deutschen. Hinzu kam, daß das sowjetische System, mit seinen stalinistischen Deformationen, auch nicht anpassungsfähig und flexibel genug war (nicht zuletzt angesichts der mörderischen Erfahrungen mit »den Deutschen«), um sich in die sozialpsychologischen Umstände einer mit der reichsten Weltmacht konkurrierenden Besatzungsherrschaft hineinzudenken. So mußte die Abhängigkeit der politischen Kräfte in der späteren DDR, weit mehr als im Westen, Sache des Diktats, des Drucks, der sowjetischen Vorgaben sein. Die großzügigeren amerikanischen Mittel hatten ihre sozialökonomische Wurzel: die USA konnten Lebensmittel liefern und Kredite geben; die Sowjetunion, verwüstet und ausgeblutet, mußte Reparationen einfordern.

II.

Doch darf man bei Betrachtung der weltpolitischen Bedingungen für die Entwicklung der beiden deutschen Staaten und für den Niedergang und den Untergang der DDR diese Unterschiede in den Methoden des Abhängigmachens und Abhängighaltens der besetzten deutschen Zonen und späteren Staaten nicht einfach verwechseln mit den *politischen Zielen,* die dabei verfolgt wurden. Alle relevanten öffentlichen wie internen Zeugnisse der US-Außenpolitik nach Verkündung der Truman-Doktrin im März 1947 beweisen, daß die USA mehr und mehr entschlossen waren, das Abkommen von Potsdam aufzugeben, die gemeinsame Deutschland-Politik mit der UdSSR zu beenden, auf die deutsche Spaltung hinzuarbeiten, um das ökonomische und menschliche Potential der deutschen Westzonen in den damals deutlich Gestalt annehmenden Plan eines antisowjetischen Blocks einzugliedern. Das Zeugnis, das einer der Hauptakteure jener Tage, der politische Berater des Generals Clay und spätere stellvertretende Außenminister Robert D. Murphy, im Januar 1959 in dankenswerter Offenheit ablegte, ist *unbezweifelbar*: »Als unsere Delegation Moskau nach dem Fehlschlagen der Deutschlandkonferenz 1947« (es war Ende April) »verließ, vereinbarten die drei Westmächte mit den Westdeutschen die Errichtung der deutschen Bundesrepublik.«

Dagegen wollte und brauchte die Sowjetunion – aus für sie lebenswichtigen Gründen – ein *geeintes* Deutschland. Nur so konnte sie auf ein Optimum

an deutschen Reparationsleistungen und auf eine langfristige wirtschaftliche Zusammenarbeit hoffen. Und auch nur auf diesem Wege konnten die Sowjets die Völker ihres Landes davor bewahren, daß das deutsche Rüstungs- und Soldatenpotential abermals, wenn auch in anderen politischen und militärischen Konstellationen, *gegen* sie mobil gemacht oder gar eingesetzt würde. Der in der dichten Folge diplomatischer Schritte wahrscheinlich wichtigste diesem Ziel dienende Versuch war das – noch von Stalin unterbreitete – Friedensvertragsangebot vom Frühjahr 1952. Eine *offene* Frage bleibt dabei die des rückblickenden historischen Urteils: ob nämlich die sowjetische Reaktion auf die Truman-Doktrin, die »Zwei-Lager-Theorie«, durch Anwendung der falschen, die Gegensätze zuspitzenden Mittel die eigenen Ziele – gerade auch in der Deutschlandpolitik – nicht notwendig torpedieren mußte.

Die Erkenntnis allerdings, daß die deutsche Spaltung vollzogen, daß die Bundesrepublik gegründet wurde, um das bedeutende westdeutsche Militärpotential in den antisowjetischen Block einzugliedern, war seinerzeit keineswegs auf Kommunisten beschränkt. Der damalige CDU-Bundesinnenminister und spätere sozialdemokratische Bundespräsident Gustav Heinemann trat 1950 wegen der bevorstehenden Remilitarisierung zurück, weil er damit die deutsche Spaltung unwiderruflich vollstreckt sah. Und der liberale Herausgeber des »Spiegel«, Rudolf Augstein, formulierte seine Sicht der Gründung der Bundesrepublik 1962 so: Da ist nicht Militär für einen Staat, sondern ein Staat für das Militär geschaffen worden.

Sicher ist: Weder die Sowjetunion noch die SED wollten eine DDR. Die DDR ist eine Gründung derjenigen, die die Bundesrepublik schufen. Sie entstand als das notwendige Erzeugnis politischen *Re*agierens auf sowjetischer Seite, wobei in jenen Nachkriegsjahren hinter jedem ihrer reaktiven Schritte auch die traumatische Furcht vor deutscher Militärmacht stand.

III.

Schon gar nicht wollten die Sowjets – oder auch die SED – *damals* einen gesonderten deutschen Staat *sozialistischer* Prägung. Vergessen und Verdrängen mögen zwar – je nach Sichtweise – allgemeinmenschliche Tugenden oder Untugenden sein, und daß der kapitalistische Triumph in der Rückerinnerung so viele Leute schon immer begeisterte Marktwirtschaftler gewesen sein läßt, gehört gewiß zum Menschlichen, Allzumenschlichen. Doch mit der historischen Wahrheit hat es nicht viel gemein. Kaum etwas war nach 1945 verbreiteter als Antikapitalismus, Sozialismus, Planwirtschaft, und zwar in allen nur denkbaren Varianten und keineswegs beschränkt auf die Arbeiterparteien. Das Seltsame, doch durchaus Logische war, daß gerade die Sowjets

und die deutschen Kommunisten hier die *Vorsichtigsten* blieben. Die Sowjetunion, weil sie nur durch strikte Einhaltung des Potsdamer Abkommens ihre Sicherheitsinteressen wahren und ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen gerecht werden konnte. Das Potsdamer Abkommen war auch deshalb, entgegen den meisten der in der alten Bundesrepublik gängigen Deutungen, kein sowjetisches Diktat, sondern ein *Kompromiß*abkommen zwischen zwei kapitalistischen Mächten und einer sozialistischen Macht, das gerade die gesellschaftliche Gestaltung eines künftigen Deutschland *offen* ließ.

Die deutschen Kommunisten wiederum, nach der Vereinigung mit der SPD in der sowjetischen Zone auch die SED, sahen zusätzliche äußere und innere, historische und nationale Gründe, den Sozialismus nicht als Nahziel in ihre programmatischen Vorstellungen aufzunehmen. Da sie die von *außen* gesetzte machtpolitische Grundlage, fixiert im Potsdamer Abkommen, nicht nur anerkannten, sondern – solange sie eingehalten wurde – sogar bejahten, hielten sie nach zwölf Jahren faschistischer Barbarei eine *längere* geschichtliche Übergangsperiode für unabdingbar, in der sich Arbeitereinheit und antifaschistische Zusammenarbeit würden entwickeln, das »verschüttete Klassenbewußtsein« würde wiedererwachen (so hieß es damals verniedlichend), die demokratische Auseinandersetzung der sozialen Kräfte und Ideen sich würde entfalten, also die objektiven und subjektiven Bedingungen für eine nicht importierte, aus der deutschen Arbeiterbewegung selbst hervorgegangene sozialistische Zielsetzung würden heranreifen können. Diese Voraussetzungen sollten sich in einer mit den Zielen des Potsdamer Abkommens vereinbaren, ja ihm entsprechenden neuartigen antifaschistischen-demokratischen Ordnung bilden und stärken können.

Zu den erinnerungswerten, für das historische Verständnis sogar unerläßlichen Tatsachen gehört, daß die schnellen *Sofort*sozialisten damals an ganz anderer Stelle zu suchen waren. Der zur einflußreichsten Gruppe der Sozialdemokratie der Westzonen gehörende Kreis um Kurt Schumacher war es, der 1945/46 den »Sozialismus als Tagesaufgabe« proklamiert hatte, der erklärte, nicht kapitalistischer Wiederaufbau, sondern »sozialistischer Neubau« müsse in Angriff genommen werden, und der für Deutschland – »im Gegensatz zu den alten Demokratien des Westens« – konstatierte, daß »Kapitalismus und Demokratie in diesem Land nicht nebeneinander existieren« könnten. Das aber war zugleich die Gruppe, die jede Einheit mit den Kommunisten und mit der SED in der sowjetischen Zone strikt ablehnte. Es gehört zu den negativsten, für die gesamte spätere Entwicklung in der DDR *ungünstigsten Folgen*, daß im Prozeß der schärfer werdenden Spannungen zwischen den Weltmächten und der zunehmenden Verengung der sowjetischen Politik nach dem Bruch mit Jugoslawien im Sommer 1948 die ursprüngliche Konzeption eines längeren historischen Stadiums der »neuen Demokratie«, of-

fensichtlich auf Druck Stalins, 1952 auf der II. Parteikonferenz der SED zugunsten des unmittelbaren »Aufbau des Sozialismus« aufgegeben wurde.

IV.

Für die innere Entwicklung der seinerzeit als volksdemokratische Ländergruppe bezeichneten Nachbarstaaten der Sowjetunion, die – mit Ausnahme Jugoslawiens, wo die eigenen Partisanen die maßgebliche Rolle gespielt hatten – durch die sowjetischen Armeen vom deutschen Faschismus befreit worden waren, bildete Stalins Bruch mit Jugoslawien den entscheidenden *Einschnitt*. Er markiert das Ende aller Versuche, auch dort, wo sie relativ begrenzt waren, selbständige Wege zu finden, auf der Basis einer realistischen Analyse der Lage und der gesellschaftlichen Kräfte des eigenen Landes die Ziele, Methoden und Tempi des wirtschaftlichen Aufbaus, die Formen der politisch-staatlichen Institutionen, die Art der Klassen- und Parteibündnisse sowie der inneren Entwicklung in den vereinigten Arbeiterparteien zu gestalten. Erst von da an setzte sich, offenbar aus Furcht, jede Eigenständigkeit könnte die Einheit des sowjetisch-volksdemokratischen Blocks schwächen oder gefährden, jener rigorose, auf die bloße Nachahmung der sowjetischen Wege und Methoden gerichtet Kurs durch, der Stalins Politik gegenüber den volksdemokratischen Ländern bis zu seinem Tode beherrschte.

Je höher das gesamtzivilisatorische und ökonomische Entwicklungsniveau des betreffenden Landes war, desto verhängnisvoller mußte sich eine solche Politik langfristig auswirken, auch wenn dies zeitweilig durch andere Faktoren verdeckt werden konnte. Diese Wirkungen trafen vor allem für die DDR zu, wobei hier allerdings von Anfang an die spezifische, durch die deutsche Spaltung bewirkte fundamentale Geburtsschwäche hinzukam. Im Verhältnis zum anderen deutschen Staat stand die DDR seit ihrer Geburt vor dem aus *eigener* Kraft *unlösbaren* Problem: mit einem größeren, ökonomisch weit stärkeren, an Rohstoffen reicheren, die entwickeltsten deutschen Industriegebiete umfassenden Staat konkurrieren zu müssen. Diejenigen im Westen, die wie Kurt Schumacher – der den Begriff prägte – auf die ökonomische »Magnetwirkung« der westdeutschen Bundesrepublik setzten, bedurften dazu keiner besonderen Fantasie; sie bauten auf das Nächstliegende. Nur *ein äußerer* Faktor hätte die konstitutionelle Schwäche der DDR in einem solchen Grade kompensieren können, daß eine dauerhaft erfolgreiche Selbstbehauptung möglich geworden wäre – *äußere* Hilfe, die wiederum nur von der Sowjetunion kommen konnte. Nicht selten kam sie auch, doch nur in kurzfristigen Rettungsaktionen, niemals in einer gemeinsam durchdachten und koordinierten ökonomischen Strategie der effektiven Nutzung des bedeuten-

den Potentials, besonders an gut ausgebildeten Arbeitskräften, das bei besserem Einsatz sowohl für die DDR wie für die Sowjetunion wertvolle Resultate hätte bringen können. Infolge der gescheiterten sowjetischen Wirtschaftsreformen und des nie über sehr enge Schranken hinausgelangten Integrationsprozesses innerhalb des RGW konnte die sowjetische Hilfe für die DDR und der erreichte Nutzungsgrad ihrer ökonomischen Möglichkeiten – bei allen Einzelerfolgen und zeitweiligen Aufstiegsphasen – nie jene kontinuierliche, dauerhafte Gestalt annehmen, die der DDR tatsächlich aus den grundlegenden, angeborenen Schwierigkeiten hätte heraushelfen können.

V.

Der Verfasser will damit keineswegs alle Verantwortung für den Niedergang und schließlichen Zusammenbruch der DDR von der SED, die sie vierzig Jahre lang regiert hat, auf die Sowjetunion und deren jeweilige Führung abwälzen. Doch ist er fest davon überzeugt, daß bereits genügend Quellenmaterial vorliegt und noch weit mehr zutage kommen wird, um beweisen zu können, daß in nahezu allen Stadien der Entwicklung seit 1949 die *Grenzen* für das Handeln der DDR *sehr eng* gezogen waren, so daß man den Regierenden auf jeden Fall – mit Ausnahme der Jahre *nach* 1985 – ein hohes Maß an mildernden Umständen zubilligen muß. Dies gilt allerdings nur, wenn wir voraussetzen – und daran ist absolut nicht zu zweifeln – daß sie sich in ihren *eigenen* Grundüberzeugungen davon leiten ließen, ohne oder gegen die Sowjetunion sei eine antifaschistische, friedvolle, großkapitalistische Macht begrenzende Entwicklung auf deutschem Boden unmöglich. Dies aber beinhaltet von vornherein nicht nur ein weites Feld gemeinsamer Auffassungen, sondern auch ein hohes Maß an Toleranz gegenüber denen, die die Sieger waren, doch zugleich die erfahreneren Genossen und die Vertreter der Völker, denen gegenüber das deutsche Volk eine so schreckliche moralische Schuld abzutragen hatte. Das engte unvermeidlich *subjektiv* das Suchen nach und erst recht das Drängen auf eigene, unter den deutschen Bedingungen günstigere Wege und Methoden ein. Der bekannte, vieldiskutierte Artikel Anton Ackermanns in der »Einheit« über den »besonderen deutschen Weg« zum Sozialismus war zwar ein wichtiges Signal, weil er eine äußerst fruchtbare – dem wahren Geist Lenins entsprechende – Denkrichtung andeutete. Doch darf nicht vergessen werden, daß die darin geäußerte Hauptthese nur dann wegweisende praktische Bedeutung hätte erlangen können, wenn sie durch eine gründliche folgende Diskussion und die ständige Erprobung in der Realität – bei kontinuierlicher selbstkritischer Verarbeitung der Resultate und unaufhörlichem neuen Nachdenken – sich frei hätte entfalten können.

Da diese Denkrichtung aber schon in den Anfängen abgeblockt und abgewürgt wurde, mußte die Ackermann-These, die ja zweifellos von der gesamten KPD-Führung (trotz späterer Distanzierung) akzeptiert worden war, eine – dann zur Legende gewordene – Hoffnung bleiben.

Das strikte Diktat Stalinscher Politik wird, für die ersten Jahre nach der Gründung der DDR im Oktober 1949, noch keine so ausschlaggebende und den gesamten weiteren Weg bestimmende Bedeutung erlangt haben wie *nach* 1952, obwohl es gegenwärtig noch keine Möglichkeit gibt, dies durch die internen Quellen zu belegen. Man kann aber durchaus annehmen, daß die Führung der SED und der DDR die auf ein *geeintes* Deutschland, eine *gesamtdeutsche* Verfassung nach dem Muster von Weimar, auf einen deutschen *Friedensvertrag* zielenden sowjetischen Vorschläge, nicht zuletzt den vom Frühjahr 1952, aus eigener Überzeugung unterstützte. Er entsprach so sehr der gesamten Grundrichtung der Deutschlandpolitik von KPD und SED seit 1945, daß man gewiß auch bereit war, Unwägbarkeiten des eigenen politischen Schicksals in Kauf zu nehmen, denn die Sowjetunion gehörte zu den Garantiemächten jeder derartigen Entwicklung.

VI.

Wahrscheinlich muß man die alles entscheidende Weichenstellung für die gesamte spätere Entwicklung der DDR (auch im Sinne der »Grundsteinlegung« des Trümmerberges, obwohl im realen geschichtlichen Prozeß solche Entscheidungen oft revidierbar, wenn auch nicht immer voll korrigierbar sind) auf den Juli 1952, auf die II. Parteikonferenz der SED und ihren Beschluß zum »Aufbau des Sozialismus« datieren. Aus dieser Entscheidung, ganz offenbar nach dem Scheitern des sowjetischen Friedensvertragsangebots als Schlußfolgerung Stalins und auf seinen Druck hin erfolgt, ergaben sich unmittelbar viele Maßnahmen, die zur Verschärfung der Situation in der DDR, zur Radikalisierung und Beschleunigung jener Schritte führten, die als Voraussetzung sozialistischer Entwicklung, nach dem Muster der sowjetischen Erfahrungen, angesehen wurden. Das Grundsätzliche an dieser Entscheidung war das *Verlassen* der bis dahin programmatisch verkündeten strategischen Konzeption eines längeren historischen Übergangs, einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung, die zugleich reale Möglichkeiten zu einem Vereinigungsprozeß mit der kapitalistischen Bundesrepublik offenhalten sollte. Zwar konstatierte der von der II. Parteikonferenz der SED angenommene Beschluß, die politischen und ökonomischen Bedingungen »sowie das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen« seien so weit entwickelt, daß »der Aufbau des Sozialismus zur grundle-

genden Aufgabe« in der DDR geworden sei. Doch bewies die gesellschaftliche Wirklichkeit im folgenden Jahre (bis hin zum 17. Juni 1953) das gerade Gegenteil. Die verhängnisvolle Zuspitzung aller Krisenmomente in der Situation der DDR, die aus den einzelnen Maßnahmen in Verwirklichung des Grundsatzbeschlusses zum Aufbau des Sozialismus folgte, belegte in krasser Weise den ganz und gar *voluntaristischen* Charakter des Beschlusses, der jeder nüchternen Analyse widersprach. (Vielleicht muß man genauer formulieren: sie widerlegte dasjenige, was KPdSU- und SED-Führung damals unter Maßnahmen in sozialistischer Richtung verstanden.)

Die inzwischen sowohl aus der Sowjetunion wie aus der früheren DDR bekannt gewordenen Quellen zeigen, daß es auf beiden Seiten durchaus Kräfte gab, die den irrealen Charakter des Sozialismus-Beschlusses der SED erkannten und eine grundlegende Korrektur anstrebten. Da dies aber zusammenfiel mit der Entlarvung Berjias und seiner Ausschaltung in der KPdSU-Führung, die den Beginn der Entstalinisierung und das Ende des Terrors erst ermöglichte, muß sich zu dieser Zeit eine paradoxe Verstrickung der Personen und politischen Pläne ergeben haben. Sollten Malenkow, Berjia und Molotow seinerzeit tatsächlich die bedingungslose »Aufgabe« der DDR ins Auge gefaßt haben, wie dies in westlichen Quellen behauptet wird, so konnte naturgemäß niemand in der SED-Führung damit einverstanden sein. Doch war eine tiefgehende Kurskorrektur für die *innere* Entwicklung der DDR absolut geboten, die aber – offenbar infolge der Krisensituation an der Spitze der KPdSU – nicht erfolgte.

Krisenprozesse sind meist auch Reinigungsprozesse, und solange sie nicht von tödlicher Natur sind, bieten sie echte Chancen der Erneuerung; denn die Anstöße zu kritischem Überdenken vergangener Konzeptionen und Praktiken sind so stark wie sonst nie. Das gilt unbedingt auch für die Zeit nach dem 17. Juni 1953 in der DDR, der weder – wie die westdeutsche Sprachregelung behauptete – ein »Volksaufstand«, noch – wie es die offizielle DDR-Version wollte – ein vom Westen inszenierter »Putsch« war. Es war eine breite, aus Unzufriedenheit und Empörung über unsoziale, bürokratisch dekretierte Maßnahmen geborene, auch weite Teile der Arbeiterschaft erfassende Protestbewegung, die von westlicher Propaganda und westlichen Agenturen leicht für die eigenen Zwecke zu nutzen war. (In Parenthese sei bemerkt, daß auch sozialistische Gegner des DDR-Regimes über den Charakter des 17. Juni gestritten haben. Als Heinrich Brandler nach den Ereignissen an Isaac Deutscher, den Trotzki- und Stalinbiographen, schrieb, er meine, es habe sich um eine echte Revolution gehandelt, antwortete Deutscher aus London, es sei wohl eher eine Konterrevolution gewesen. Der gründliche Kenner der neueren Revolutionsgeschichte war durch äußere Ausdrucksformen einer

Bewegung nicht zu blenden, er urteilte nach ihrem objektiven sozialen *Inhalt* und gesamtgesellschaftlichen Kontext.)

Die Chance, die die Krise bot, einen radikalen neuen Anfang zu versuchen, wurde von der Führung der SED damals nicht genutzt. Daß die mit der II. Parteikonferenz eingeleitete Linie der gewaltsamen Beschleunigung und rigorosen Härte nicht fortgesetzt werden konnte, fand in dem Motto vom »Neuen Kurs« einen deutlichen Niederschlag. Doch leider versprach der »Neue Kurs« mehr, als er hielt. Ich glaube nicht, daß das an Personen lag, auch nicht an der Person Walter Ulbrichts. Die Ursachen dafür waren wohl überhaupt nicht in der DDR zu suchen. Das ist für die damalige Situation mit beinahe absoluter Gewißheit zu schließen, selbst wenn uns die internen Quellen aus der sowjetischen Führung noch unbekannt sind. Stalin war erst drei Monate zuvor gestorben. Die Lage an der Spitze der KPdSU war noch völlig ungeklärt. Niemand in der UdSSR wußte, wie die USA und andere kapitalistische Mächte die unvermeidlich entstandene Unsicherheit zu nutzen gedachten. In jedem Fall mußte man sich in Moskau auf das Schlimmste einstellen.

Die in der DDR mit dem 17. Juni eingetretene instabile Lage schnell zu beenden, jede Möglichkeit provokativer Abenteuer, woher sie auch kommen mochten, radikal zu unterbinden – das war elementares sowjetisches Sicherheitsinteresse, denn niemand konnte internationale Konflikte ausschließen. In *dieser* Lage, zu *dieser* Zeit eine realistische Analyse der in der DDR ausgebrochenen Krise, eine an die Wurzeln der Ursachen gehende Kurskorrektur von sowjetischer Seite erwarten, das hätte bedeutet, an Wunder zu glauben. Die sowjetische Führung war zu stark mit sich selbst beschäftigt. Sie mußte hinsichtlich ihrer äußeren Interessen so sehr darauf bedacht sein, jede Art von Experiment zu vermeiden und den machtpolitischen Status quo zu erhalten, daß in ihrer Politik gegenüber der DDR das Moment der Sicherheit alle anderen Überlegungen in den Hintergrund drängte. Für die Auseinandersetzung in der SED-Führung mußte das die Niederlage der Kräfte besiegeln, die von der Notwendigkeit tiefgehender Veränderungen politischer und personeller Art überzeugt waren.

VII.

Daß die DDR, als besetztes Land, an all jenen Übeln krankte, die sich in der Sowjetunion seit dem Ende der zwanziger Jahre, im Gefolge der Usurpation der Macht in Partei und Staat durch Stalin, durchgesetzt und die dann mit dem Kalten Krieg und nach dem Bruch mit Jugoslawien auch auf die volksdemokratischen Länder ausgedehnt worden waren, war unvermeidbar. Es

betraf alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens, wobei allerdings die Auswirkungen der verschiedenen Strukturen und Maßnahmen, angesichts differierender Bedingungen, durchaus im einzelnen variieren konnten. Über die fundamentalen Deformationen und Verkrustungen des bürokratisch-etatistischen Sozialismusmodells ist in jüngster Zeit so viel geschrieben worden, daß beinahe alles, was man darüber sagen könnte, eine (unnütze) Wiederholung wäre. In unserem konkreten Zusammenhang kommt es wohl eher darauf an, zu fragen, welche *Seiten* des aufgezwungenen bzw. übernommenen Weges – im realen Geschichtsprozeß handelte es sich um beides – in der DDR besonders verhängnisvolle Wirkungen hatten.

Was die Wirtschaft betrifft, so scheint mir die Antwort keinesfalls einfach. Denn vieles wäre – selbst bei den besten und elastischsten Methoden – durch die inneren Kräfte allein unlösbar geblieben. Zwar konnte niemand der DDR so sichere Absatzmärkte bieten wie die Sowjetunion und die anderen RGW-Länder. Doch waren sie zugleich am wenigsten imstande, ihr jene spezifischen Handelsbeziehungen zu erschließen, die ihr den Anschluß an wichtige technologische Entwicklungen ermöglicht hätten, von dem ihre ökonomische Zukunft und auch ihr optimaler Nutzen innerhalb des RGW abhing. Wenn dieses Problem überhaupt lösbar war, dann nur bei einem hohen Maß an ökonomischer Fantasie auf sowjetischer Seite und bei anderen entwickelteren RGW-Ländern. Daran aber mangelte es ganz und gar.

Ferner: die DDR sah sich auch einer ganzen Reihe anderer Teufelskreise auf wirtschaftlichem Gebiet gegenüber, für die Lösungen, – wenn überhaupt – nur äußerst schwer zu finden gewesen wären. Als extrem rohstoffarmes, rohstoffabhängiges Land, mußte sie besonders viel exportieren, darunter oft gerade das, was sie am dringendsten für die Entwicklung der *eigenen* Wirtschaft oder für die Befriedigung des lebenswichtigen Konsums benötigte. Daraus entstanden unaufhörlich kaum zu beseitigende Diskrepanzen: man hatte in der Modernisierung und Rationalisierung zurückzustecken, weil Maschinen und Ausrüstungen exportiert werden mußten. Qualitativ gute Konsumgüter gingen in den Export und fehlten in der Versorgung der eigenen Bevölkerung. Ähnliche Widersprüche belasteten die DDR-Wirtschaft auf sozialpolitischem Gebiet: der soziale (und sozialistische!) Anspruch verlangte auf vielen Gebieten Leistungen, die weit über die ökonomischen Potenzen der DDR hinausgingen. Echte soziale *Errungenschaften* wurden so oft genug zu realen *Hindernissen* für wirtschaftliche und technologische Fortschritte, eine wahrscheinlich für alle Arten sozialistischen Wirtschaftens unvermeidbare Dialektik, deren jeweilige konkret-historische Lösungswege aber nur bei gut durchdachten Relationen dem Volke dauerhaften Nutzen bringen. Die stolzen Apostel kapitalistischer Rationalität spotten jetzt wegen der gewaltigen Überbesetzung der Betriebsbelegschaften in der DDR,

die überall zutage tritt und die den Anspruch auf die Sicherheit des Arbeitsplatzes einlösen sollte. Eine soziale, sozialpolitische und sozialpsychologische Leistung ersten Ranges, die aber erkauft werden mußte mit der Hintanstellung von Arbeitsproduktivität und Effizienz.

Natürlich litt die DDR-Ökonomie zusätzlich an all den bekannten Gebrechen des bürokratisch-etatistischen »Modells« – einer unelastischen, übermäßig zentralisierten und bis in groteske Kleinigkeiten getriebenen Planung; an völlig ungenügender Selbständigkeit der Unternehmensleitungen und der daher rührenden Fesselung technischer und kaufmännischer Eigeninitiative; an einem viel zu großen und zu teuren administrativen Apparat; an einer – wider langjährige theoretische Erkenntnisse und wissenschaftliche Vorschläge – stur festgehaltenen Negierung der Marktmechanismen bei gesellschaftlichen Eigentumsformen und regulierender Planung.

In historisch-grundsätzlichem Sinne war das *Kern*problem ohne Zweifel – wie in der Sowjetunion –, daß das gesellschaftliche Eigentum nicht durch *Interessen*bindung und ein Höchstmaß an Mitbestimmung *real* untermauert und für das Bewußtsein der Belegschaften und Individuen greifbar gemacht werden konnte. Der DDR-Begriff des VEB, des Volkseigenen Betriebs, war – wer immer ihn empfohlen haben mag – ein den Menschen viel näherer Begriff als der des sozialistischen Staatseigentums. Doch lag die Gefahr des Umschlags, der tiefen Enttäuschung wahrscheinlich gerade darin, daß er so viel versprach und die Einlösung dieses Versprechens so stark Mitwirkung und persönliche Interessiertheit implizierte, die durch die bloße juristische Form, die staatlich ernannte Leitung und eine formelhafte Propaganda nie zu verwirklichen war.

Infolge der deutschen Spaltung, der Nachbarschaft zur reichen Bundesrepublik nahmen viele der in allen ärmeren Ländern vorhandenen ökonomischen Probleme im Bewußtsein der DDR-Bevölkerung und damit für das politisch-psychologische Klima des Landes negative Folgen an, so die – bis auf vorübergehende Perioden nicht erreichte – Sicherung eines *mittleren Versorgungsniveaus* mit wichtigen Konsumgütern, oder – angesichts hoher Ersparnisse und eines starken Kaufkraftüberhangs – die immer länger werdenden Bestellfristen für Personenautos. Alle Reformbestrebungen der DDR auf ökonomischen Gebiet standen unter dem zwingenden Gebot, die *Akkumulationsrate* zu steigern, zugleich aber, unter den psychologisch wirksamen Einflüssen aus der Bundesrepublik, den zunehmenden Konsumwünschen gerecht zu werden. Wer will mit auch nur einiger Sicherheit sagen, ob dieses Problem – ohne ausländische Investitionen und höhere Kreditaufnahmen in harten Devisen – selbst bei starken Einsparungen der übermäßigen und außer Kontrolle geratenen Ausgaben für die Militär-, Sicherheits- und Verwaltungsapparate lösbar gewesen wäre?

Der gewiß wichtigste wirtschaftliche Reformversuch der DDR fällt in die Mitte der sechziger Jahre, noch unter Walter Ulbricht, und zweifellos auch in einer gewissen Parallelität mit den Reformen in der Sowjetunion, die durch Kossygin eingeleitet wurden. Diese Reformen liefen unter dem Motto des »Neuen Ökonomischen Systems«, ihr Hauptziel war die Erhöhung der Akkumulationsrate, um dadurch entscheidende technologische Rückstände zu überwinden, aber auch eine rationellere Organisation der einzelnen Industriezweige, die Koordinierung der vielfach zersplitterten Betriebe, die Stabilisierung der Materialversorgung, ein strenges Regime der Sparsamkeit und andere Fortschritte effektiven Wirtschaftens zu erreichen. Die Erfolge dieser Jahre waren unübersehbar. Doch vermochten sie den grundlegenden Widerspruch zwischen den Akkumulations- und den Konsumtionsbedürfnissen nicht zu lösen, wahrscheinlich auch, weil bei der »deutschen« Sucht nach der perfektesten Lösung *zu ambitiöse* Ziele angestrebt wurden, die in keinem Verhältnis zu den realen Möglichkeiten standen. Sie führten Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre infolge einer erneuten Versorgungskrise und einem generellen Stillstand auf sozialem Gebiet zu verbreiteter Unzufriedenheit in der Bevölkerung, eine der entscheidenden Ursachen für den dann folgenden Sturz Walter Ulbrichts. (Historiker aus der früheren DDR haben inzwischen dokumentarisches Material über den Anteil der deutschdeutschen Problematik am Sturz Walter Ulbrichts publiziert, doch glaube ich, daß dies eher den terminlichen Anlaß als die tieferen Ursachen betraf.)

Daß unter Honecker die wirtschaftlichen Reformmaßnahmen in der Formel »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« zusammengefaßt wurden, widerspiegelt das dauernde und auch später nicht überwundene *Kern*problem der DDR-Ökonomie: die bei gegebener Konstellation, der Einbindung in die enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und in den RGW, gesetzten Grenzen für die Akkumulationsrate, wenn die sozial- und konsumpolitischen Bedürfnisse der Bevölkerung auch nur einigermaßen zufriedenstellend erfüllt werden sollten. Das politische Bewußtsein dafür und das offene Aussprechen war zweifellos einer jener vielversprechenden Fortschritte der ersten Honecker-Jahre, die auch auf politischem und kulturellen Gebiet deutlich wurden. Doch zeigte die spätere Entwicklung abermals, daß nur in völlig anderen wirtschaftlichen Zusammenhängen – bei starker Investitions- und Innovationshilfe durch die UdSSR oder wen immer – und durch die Möglichkeit größerer Exporte in Länder mit frei konvertierbarer Währung, also bei höheren selbsterwirtschafteten harten Devisen, natürlich auch bei gleichzeitigen Reformen auf vielen anderen Gebieten, größere Erfolge erreichbar gewesen wären. Ob sie ausgereicht hätten, ist kaum zu sagen.

VIII.

Daß politische Reformen nicht nur nach dem 17. Juni, sondern auch an späteren Knotenpunkten der Entwicklung – 1956, 1961, Anfang der siebziger Jahre – die Lösung der ökonomischen Probleme hätten erleichtern können, ist nicht zu bezweifeln. Doch muß dahingestellt bleiben, ob sie die DDR wirtschaftlich hätten retten können. Wie auf ökonomischem Felde blieb die DDR in allen Bereichen der Politik in den Fesseln der während der Stalin-Zeit geschaffenen und auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 nicht in ihren fundamentalen Aspekten überwundenen Strukturen und Institutionen. Zwar deuteten erste Debatten nach dem XX. Parteitag sowohl eine tiefe Erschütterung als auch ein kritisches Nachdenken über den vergangenen Weg an. Doch wurde der gerade erst einsetzende selbstkritische Prozeß durch die Ereignisse in Ungarn und Polen, also kaum ein halbes Jahr danach, bereits wieder abgeblockt.

Die Entwicklung auf dem Boden der DDR war auch hier fast völlig durch den Lauf der Dinge in der Sowjetunion bestimmt, wo Chruschtschow auf dem Parteitag mit seinem Geheimbericht über den Stalinschen Terror den dramatischen Auftakt zur Entstalinisierung gegeben hatte. Durch die polnische und ungarische Krisenentwicklung mußte die auch an der Parteispitze noch unsichere sowjetische Führung die äußere Sicherheit des Landes gefährdet sehen und zudem bedrohliche innere Auswirkungen fürchten. In der DDR gar, an der Nahtstelle der beiden militärischen Paktsysteme, konnte sich die Sowjetunion eine Destabilisierung von der Art des Juni 1953 auf keinen Fall leisten. Da die Initiatoren der Entstalinisierung jede äußere Erschütterung vermeiden mußten, half dies in der DDR abermals denen, die alles beim Alten belassen wollten. Bei Betrachtung der Ereignisse von 1956 und ihrer Auswirkungen in der DDR, auch bei der Beurteilung der scharfen Verfolgung innerparteilicher oppositioneller Kräfte in der künstlerischen und wissenschaftlichen Intelligenz – Janka, Just, Harich – ist nicht zu vergessen, daß die Signale zur Eindämmung einer selbstkritischen Aufarbeitung der Stalinzeit von der sowjetischen Führung selbst kamen. Manche Äußerungen Chruschtschows im Spätsommer und Herbst 1956, vor allem aber die spätere Rede zum 40. Jahrestag der Oktoberrevolution – in Anwesenheit Mao Zedongs – konnten damals nur als gedämpfte Rehabilitierung Stalins aufgefaßt werden.

So waren die *objektiven* Grenzen für die Entfaltung eines Demokratisierungsprozesses in der DDR abermals eng gezogen, wobei ein solcher zum damaligen Zeitpunkt innerhalb der DDR-Führung selbst nur geringe Resonanz gefunden hätte. Als die äußeren Bedingungen für eine tiefergehende

Entstalinisierung sich dann günstiger gestalteten, in den Jahren radikalerer Schritte der Chruschtschow-Führung – 1960 bis 1964 – befand sich die DDR, infolge der bei offenen Grenzen zur westdeutschen Bundesrepublik bedrohlich gewachsenen Massenflucht, die das Land auszubluten drohte und zum Bau der »Mauer« führte, in einer so schweren *inneren Lage*, daß die Erreichung eines Mindestmaßes an politischer Stabilität und wirtschaftlicher Konsolidierung zum absoluten Gebot des Überlebens geworden war.

Wirtschaftlich gesehen, gehörten dann die mittleren sechziger Jahre zu den besten der DDR. Doch dauerte diese Periode, wie schon angedeutet, nicht lange, sie war am Ende des Jahrzehnts vorüber. Der Beginn der Honecker-Ära nach dem Parteitag im Juni 1971 versprach politische Reformen, die die stärkere ökonomische Orientierung auf die *sozialen* Bedürfnisse hätten fördern und stützen können. Es schien anfangs, als ob die neue Führung offen mit dem Volke sprechen wolle; als ob sich ein realistischer Arbeitsstil durchsetzen würde; als ob kritische Analyse objektiver Gegebenheiten und selbstkritische Überprüfung der eigenen Praxis Gewicht erlangen und die fatale Lobhudelei und Schönfärberei aus den Medien verschwinden könnten. Doch sollte gerade die folgende Entwicklung und der bald wieder einsetzende, sogar noch gesteigerte Personenkult, nunmehr um Honecker, zeigen, welche unerhörte Zähelebigkeit die ererbten bürokratischen Strukturen, deren Wurzeln in die Stalinzeit zurückreichten, besaßen. Es sind mir bisher keine historischen Quellenmaterialien bekannt geworden, die belegen würden, in welchem Ausmaß das Ausbleiben ernster politischer Reformen damals auf sowjetischen Einfluß oder Druck zurückzuführen war. Doch läßt sich darauf auch aus der allgemeinen Situation, ohne ausdrückliche Hinweise schliessen.

Das gesamthistorische Fazit wird am drastischsten klar mit dem Scheitern Chruschtschows und seiner politischen Reformen am *Kern*punkt, dort, wo es um den Versuch ging, die Macht des bürokratischen Partei- und Staatsapparats durch Einführung der Rotation und der zeitlichen Begrenzung von Amts- und Wahlperioden einzuschränken. Schon da war erkennbar geworden, daß das von Stalin hinterlassene (übrigens nicht leninistische, sondern antileninistische) politische System nur durch radikale, revolutionäre Veränderungen zu überwinden war. Der tragische Aspekt der Entwicklung in der Sowjetunion (und in mit ihr besonders eng verbundenen sozialistischen Ländern wie der DDR) bestand darin, daß die *subjektiven* Voraussetzungen für eine derartige »Revolution aus den eigenen Reihen« erst in der Mitte der achtziger Jahre heranreifte, als das Land durch eine weit über seine ökonomischen und technologischen Möglichkeiten hinausgehende Rüstungslast von USA und NATO zu Tode gerüstet und von einer seit langem untragbar gewordenen Weltmachtrolle erdrückt worden war. Jetzt aber waren Reform-

versuche mit dem Ziel der Aufrechterhaltung einer Grundsubstanz an sozialistischen Eigentumsformen und Planungsinstrumentarien, befreit von bisherigen Entfremdungen und Deformationen, nahezu aussichtslos geworden.

Wer historisch zurückblickt, weiß natürlich nicht, ob selbst die entschiedensten demokratischen Reformen, auch wenn sie schon unter Chruschtschow erfolgreich gewesen wären, jene Elastizität und Fantasie, jene Energie und Massenaktivität hätten freisetzen können, die imstande gewesen wären, die gewaltigen ökonomischen und technologischen Rückstände in den zivilen Produktionsbereichen wenigstens so weit zu beseitigen, um die Stagnation zu überwinden und den Ansatz für eine Renaissance der sowjetischen Entwicklung zu ermöglichen. Doch sei es vielleicht erlaubt zu sagen, daß eine *rechtzeitige* demokratische Regeneration, die an die rätedemokratischen Wurzeln der Oktoberrevolution angeknüpft hätte, *nach* 1956 wohl der reale Weg gewesen wäre, der eine solche Chance hätte eröffnen können.

IX.

Für den Verlauf der weiteren Entwicklung in der DDR seit Mitte der achtziger Jahre erhebt sich die Frage: wäre der Gang der Dinge ein anderer gewesen, wenn die SED-Führung statt Blockierung und Feindseligkeit den *positiven* Anschluß an die von Gorbatschow in der Sowjetunion eingeleitete Entwicklung gesucht hätte? Heute, nach einer höchst ungewissen, konfliktgeladenen, für jede auch nur den Kern sozialistischer Ziele wahrende, selbst in der UdSSR fast hoffnungslosen Entwicklung, wäre es vermessen, darauf eine bejahende Antwort geben zu wollen. Fest steht nur, daß die DDR, wie die anderen RGW-Länder auch, nach 1985 erstmals die *Wahl* hatte, sich aus eigener Einsicht, eigenen Motiven und primär selbstbestimmten Interessen einem radikalen Reformkurs anzuschließen oder nicht. Wir wissen, daß die DDR-Führung, mit einem fast schon zum Alleinherrscher gewordenen Honecker, den Weg des strikten Nein und der rigorosen Ablehnung wählte.

Ob eine früh begonnene »Perestroika in den Farben der DDR« reale Aussicht gehabt hätte, wissen wir nicht; es ist – angesichts der späteren sowjetischen Entwicklung – recht unwahrscheinlich. Nur wäre es besser gewesen als das, was die Führung tat, und hätte den Versuch gelohnt. Als sicher annehmen kann man, daß ein *aktiver* Anschluß der DDR-Führung an die sowjetischen Kräfte um Gorbatschow die Chancen der Perestroika-Bewegung in der UdSSR und in den anderen RGW-Ländern zumindest hätte verbessern können. Bei der Popularität, die Gorbatschow in der DDR erlangte, hätte jede demonstrative Kooperation mit ihm und hätten alle eigenen Maßnahmen in Richtung Demokratisierung und Glasnost die selbst noch in

der ersten Phase der »sanften Revolution«, also Jahre später, starke Unterstützung vieler DDR-Bürger für einen anderen, besseren Sozialismus, für die Erhaltung einer eigenständigen DDR *stärken* können.

Das alles ist notwendig spekulativ, denn es geht um vergangene, aber um seinerzeit *vorhandene* Alternativen, die – wenn sie keine idealen Lösungen bringen konnten – die Chancen der DDR verbessert hätten. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß wir nicht einmal wissen, ob die sowjetische Führungsschicht schon damals entschieden hatte, mit der für jeden realen innersowjetischen Reformprozeß unvermeidbaren Minderung der Rüstungslast und dem ebenso unerläßlichen Verzicht auf die Weltmachtrolle nicht bereits die Folgerung zu verbinden, die RGW-Länder dem jeweiligen *selbst*gewählten Schicksal zu überlassen, weil das eigene Überleben alle Kräfte forderte. Aber auch wenn das der Fall gewesen wäre, so wären die Chancen einer mit der sowjetischen Perestroika-Bewegung solidarischen und durch eigene demokratische Reformen verbündeten DDR, im späteren Verhandlungsprozeß wenigstens diplomatische Hilfe zu erhalten, größer gewesen, als sie es am Ende waren.

X.

Kehren wir zum Ausgangspunkt zurück. Wie die Entstehung der DDR, so ist ihr Zusammenbruch von den weltpolitischen Zusammenhängen nicht zu trennen. Er ist letztlich das Ergebnis der ökonomischen Schwäche der Sowjetunion, die nicht imstande war, jene finanzielle und technologische Hilfe und Stütze zu geben, ohne die die Deutsche Demokratische Republik als deutscher Nachbar zur reichen Bundesrepublik nicht überleben konnte. Die Diskussion darüber, was da nun gescheitert ist – das rückständige Rußland und die Oktoberrevolution; das spezifische, durch die Stalinsche Praxis deformierte sozialistische Modell; der Sozialismus als Idee gesellschaftlicher Umgestaltung überhaupt – wird noch viele Jahre, wahrscheinlich Jahrzehnte weitergehen, wenigstens unter denen, die den Kapitalismus nicht für die beste der möglichen Welten halten und die ihm nicht die Lösung der dringendsten Probleme zutrauen, die heute zwar weniger die Völker der reichen kapitalistischen Metropolen, doch die überwältigende Mehrheit der Menschen in Asien, Lateinamerika und Afrika bewegen. Sozialistische Ideen und Bewegungen sind aus den realen gesellschaftlichen Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft hervorgegangen, kapitalistische Not, soziale Ungerechtigkeit, Ausbeutung, Ressourcenvergeudung, Zerstörung der natürlichen Lebensbasis, Frauenunterdrückung, moralische Entwürdigung werden sie auch in Zukunft erzeugen. Am schwierigsten wird ihre Regeneration und

ihre produktive Erneuerung in den früheren Ländern des »realen Sozialismus« und in den reichen kapitalistischen Metropolen sein. Doch da der äußere Feind in realer gesellschaftlicher Gestalt verlorengegangen ist, wird sich die Suche nach den Verursachern der Übel ins Innere richten müssen, und dieser Prozeß wird zumindest Fragen hervorbringen, die sich Sozialisten in Vergangenheit und Gegenwart schon gestellt haben.

War der Zusammenbruch des bisherigen Sozialismus ein unvermeidbares Fatum? Das hieße, jede Alternative in der sowjetischen Entwicklung zu leugnen. Es hieße, jene kläglich-pedantische Karikatur der marxistischen Geschichtsauffassung nachzubeten, über die schon Lenin in seinen Notizen zu Suchanow und Rosa Luxemburg 1918 in einem Brief an Luise Kautsky ihren bissigen Sarkasmus ausgeschüttet haben. Welthistorische Ereignisse vollziehen sich nach keinem Lehrbuch, schon gar nicht der verzweifelte Kampf eines verzweifelten Volkes im ersten furchtbaren Massenmorden der modernen imperialistischen Welt. Und daß mittel- und westeuropäische Revolutionen den Russen ökonomisch zu Hilfe kommen würden, glaubten 1917/18 Sozialisten der unterschiedlichsten Richtung.

In der späteren Entwicklung der Sowjetunion gab es zu den verschiedensten Zeiten ökonomische Alternativen – vor allem vor der Usurpation der gesamten Macht durch Stalin, also in den späten zwanziger Jahren, und nach dem Tode Stalins, besonders seit dem XX. Parteitag. Es ist naturgemäß nicht beweisbar, daß irgendeine der Alternativen die historischen Rückstände, die riesigen Kosten des Rüstungswettlaufs und des Kalten Krieges, die Versteinerungen des bürokratischen Kommandosystems hätte überwinden können. Und schon ganz und gar muß Hypothese oder subjektive Sympathiebekundung bleiben, welche dieser Alternativen es gewesen sein mag. Doch ist auch das Gegenteil unbeweisbar, auch wenn dies den triumphierenden Aposteln des Kapitalismus noch so wenig zusagt.

Der Zusammenbruch der DDR ist auch der Untergang eines gesellschaftlichen Versuchs, der viel zu sein und zu werden versprach, der große Hoffnungen weckte. Das, was er an Möglichkeiten in sich barg, ist – wenn man einen Lieblingsausdruck Ernst Blochs gebrauchen darf – noch keineswegs »abgegolten«. Auch sozialistische Intellektuelle, die persönlich schwer unter den stalinistischen Deformationen und Repressionen gelitten haben, wie Hans Mayer, der Literaturwissenschaftler, bezeugen das. Er schreibt am Schluß seiner Erinnerungen an die DDR, »Der Turm von Babel«: »Das Ende der DDR bedeutet nicht das Ende eines Denkens über gesellschaftliche Alternativen ... Die Deutsche Demokratische Republik war stets eine deutsche Wunde. Sie wird es bleiben und nicht heilen, solange man nicht erkennt, daß hier eine deutsche Möglichkeit zugrunde ging. Vielleicht gar verspielt wurde.«

Jürgen Kuczynski

Die Katastrophe in der Ex-DDR und ihre Ursachen

Vielleicht wird die folgende vom Wiener »Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche« (WIIW) errechnete Tabelle einige Verwunderung hervorrufen:

Entwicklung 1990 gegenüber 1989

(Prozent)

Land	Bruttoinlandsprodukt	Industrieproduktion
Bulgarien	-12	-13
Tschechoslowakei	-3	-3,5
Ungarn	-5	-10
Ex-DDR	-22	-29
Polen	-17	-25
Rumänien	-15	-21

Das Land, dem es 1990 am schlechtesten gegangen ist, ist die Ex-DDR, die direkt von einem im Kapitalismus wahrlich erfahrenen Land, der BRD, übernommen wurde. Um die Wende des Jahres 1990 zu 1991 lag die Industrieproduktion um rund die Hälfte unter dem Niveau am Ende der Herrschaft des »Realen Sozialismus«.

Ganz ähnlich sind die Verhältnisse in der Landwirtschaft.

Man muß damit rechnen, daß 1992 die Ex-DDR, die 1988 an vierzehnter Stelle unter den Industrieländern der Welt stand, aufgehört hat, ein Industrieland zu sein. Und ebenso wird die Landwirtschaft zu einem großen Teil verschwunden sein.

Natürlich wird es noch Produktion von lokaler Bedeutung wie die handwerkliche und gärtnerische geben. Auch der Einzelhandel, ja das gesamte Dienstleistungsgewerbe, einschließlich des Tourismus, werden gegenüber 1988 an Bedeutung gewinnen.

Im Gegensatz dazu erfolgt ein Abbau des zwar zum Teil kümmerlichen, aber sicheren und umfassenden sozialen Netzes. Keiner brauchte unter dem »Realen Sozialismus« auch nur einen Tag im Jahr zu hungern, keiner war obdachlos, keiner war arbeitslos, die Kosten der Grundbedürfnisse des Lebens blieben stabil, jede Frau konnte dank eines großartigen Aufbaus von

Krippen und Kindergärten mit gutem Gewissen ihren Kindern gegenüber berufstätig werden.

Mit alledem ist es heute zu Ende. Der Prozentsatz der Arbeitslosen in der Ex-DDR ist das Vielfache des in der alten BRD, die Lebenshaltungskosten steigen weit schneller als in der alten BRD, die sozialen Leistungen werden abgebaut, nicht zum wenigsten auch durch die Schließung von Krippen und Kindergärten.

Wenn alles »gut geht«, wird die Ex-DDR in fünf Jahren eine gepflegte, wenn es »schlecht geht«, eine ungepflegte Armenkolonie der alten BRD sein.

***

Was sind die Ursachen für diese Entwicklung? Ich glaube, es gibt zwei Hauptursachen: Die illusionäre Unvernunft des Volkes in der Ex-DDR und die Profit-Vernunft des Kapitals in der alten BRD.

Das System des »Realen Sozialismus« wurde im Oktober 1989 gestürzt von einem Volk, das einen echten, einen demokratischen Sozialismus wollte. Doch schon nach kurzer Zeit, etwa seit Mitte November, verfielen die Massen des Volkes, nicht zum wenigsten die Arbeiterklasse, den Illusionen der westdeutschen Konsumgesellschaft und der »Deutschland einigenden« D-Mark. Alle Wahlen des Jahres 1990 wurden in der DDR von der politischen Rechten gewonnen. Und es waren die ersten wirklich freien Wahlen in der DDR!

Demgegenüber steht die Profitvernunft des Kapitals in der alten BRD. Dieses denkt natürlich nicht daran, große Investitionen in der Industrie der Ex-DDR zu machen, da die Kapazitäten in der alten BRD völlig ausreichen, um das Gebiet der Ex-DDR zu beliefern. Und das gilt erst recht für die Landwirtschaft der alten BRD, in der, wie in allen EG-Ländern, sowieso schon Überproduktion herrscht.

***

Wenn neben dem Kahlschlag von Industrie und Landwirtschaft in der Ex-DDR dort auch ein solcher gegen Schöne Kultur und Wissenschaft erfolgt, so ist das zum Teil auf ideologische Gründe, die wieder ökonomisch bedingt sind, zum Teil auf primitive Konkurrenzmotive zurückzuführen.

Wahrlich, die Katastrophe war im Frühjahr 1990 vorauszusehen und wurde auch vorausgesehen, sowohl von einigen linken Funktionären der Arbeiterbewegung in der BRD wie auch von einigen wenigen Mitgliedern der Intelligenz in der DDR, die schon unter dem »Realen Sozialismus«, wie man das nennt, »quer dachten« und bis heute Sozialisten geblieben sind.

II.

INVENTUREN

Peter Hess

In der Ebene gestrauchelt, die Mühen der Berge vor uns

Als Frank Deppe mir 1979 seine »Materialien zur Gewerkschaftsanalyse« zuschickte, schrieb ich ihm (so etwa), es komme, welche Thematik man auch gerade unter der Hand habe, immer darauf an, die marxistische Theorie wieder wenigstens ein Stückchen voranzubringen, was ihm jeweils gelinge. Ich stehe dazu. Die Grundthematik, die die marxistische Linke heute zu bewältigen hat – der Zusammenbruch der staatsbürokratischen Abart des Sozialismus – verpflichtet uns umso mehr, das Instrumentarium, das wir erbten, die materialistische Dialektik, zu schärfen, das Theoriegebäude aufzustocken. Selbstkritisch, aber ohne selbstzerstörerische Wut müssen wir prüfen, ob und wie weit unsere früheren Theoreme den theoretischen Anforderungen, nämlich der ideellen Reflektion und theoretischen Rekonstruktion des Konkret-Historischen, entsprechen.

Marx wird uns dabei immer in dem Sinne unentbehrlich sein, daß wir in seinen Werken *keine* fertigen Lösungen, aber ohne sie *überhaupt* keine Lösungen für heutige Probleme finden. Er zeigte, daß die ökonomischen Verhältnisse des Kapitalismus, was immer auch für Reichtümer sie hervorbringen können, auf einem bestimmten Punkt angelangt, dem Gattungswesen Mensch, dessen schöpferischen Bestrebungen widersprechen.

Denn der Mensch zeichnet sich nun einmal nicht vor anderen Tieren dadurch aus, daß er ebenfalls frißt, sich vermehrt und einen Bau errichtet. Nur deshalb, nicht aus irgendwelchen konstruierten Gründen, ist eine alternative Gesellschaft notwendig. Die staatsbürokratische Abart des Sozialismus ist daran gescheitert, daß sie nicht danach strebte, für die Entfaltung der menschlichen Natur gerade all das zu leisten, was der Kapitalismus, seinen grundlegenden Triebkräften folgend, nicht vermag. Sie war nicht vorrangig darauf gerichtet, Bedingungen zu schaffen, sich einem Zustand zu nähern, in dem die Menschen sich auf die Entfaltung ihrer spezifischen Eigenschaften konzentrieren können. Dazu zählt heute akut die Beseitigung der sozialen Ungleichheiten, die Überwindung der Entsolidarisierung der arbeitenden Menschen untereinander, besonders zwischen denen der entwickelten und der unterentwickelten Welt, die Gleichstellung der Geschlechter, der Ausschluß des Krieges als Mittel der Lösung jeglicher Probleme. Die Menschen müssen wieder eins mit der Natur werden, sie als gleichberechtigt betrachten, sich nur als bescheidener Teil von ihr empfinden, da jetzt offenkundig geworden ist, daß ihre eigene Existenz bedroht ist, indem sie sie zusehends vernich-

ten. Dieser Problemkreis besitzt heute einen so viel höheren Stellenwert, daß er sich zur neuen Qualität ausgebildet hat. Der Widerspruch zwischen Mensch und der ihm äußeren Natur, den Marx als Produktivkraftentwicklung begriff (ohne zu vergessen, mehrfach auf die Notwendigkeit des pflegerischen Umgangs mit der Natur hinzuweisen), hat sich zum Antagonismus fortentwickelt. Der Kapitalismus hat es dahin gebracht, daß die Produktivkraftentwicklung selbst, die Entfaltung der produktiven Kraft des Menschen in der Gesellschaft, wodurch er sich verwirklicht, ihn zu vernichten droht. Er hat es auch dahin gebracht, daß sich im Maße wie sich die Äußerungen *mancher* seiner inneren Widersprüche entschärften und diese damit in der Erfahrungswelt der arbeitenden Menschen einen geringeren Stellenwert einnahmen, sich die gleichen Widersprüche auf internationaler Ebene ungeheuer zuspitzten. Andere Widersprüche entstanden und entfalteten sich, stellten sich neu dar. War es in früheren Stadien kapitalistischer Entwicklung der Mangel an Brot und Wohnung, so sind es heute – bei Beibehaltung der »alten Probleme« für einen unterschiedlich großen Teil der Bevölkerung in den entwickelten Ländern selbst – eher und zusätzlich Probleme der Bildung und Fortbildung, die dauerhafte Unsicherheit des Arbeitsplatzes, eine bezahlbare Wohnung, Schwierigkeiten des Transportes zu und von der Arbeitsstelle, unzureichender Urlaub angesichts neuer Belastungen, unzureichende bzw. zu teure Kulturangebote für die Massen, die anhaltende Friedensbedrohung. Durch die Anstrengung der arbeitenden Menschen im staatsbürokratischen Sozialismus wurde in manchen dieser Bereiche einiges zuwege gebracht. Viel zu wenig, denn für mehr waren die gesellschaftlichen Bedingungen nicht gegeben. Die politische Führung strebte vornehmlich das eine an, das allerdings der Kapitalismus viel besser vermag – Wachstum, Konsum und eben ein Übermaß an Staat. Wie kam es in der DDR dazu?

DDR – Chancen und Versäumnisse

Ich habe vor gut einem Jahr an anderer Stelle etwas ausführlicher über die Umstände der Gründung der DDR und ihre ersten Jahre geschrieben.[1] Ich muß im gegebenen Kontext das Wichtigste wiederholen und weiterführen. Und da steht zunächst fest: Der »reale Sozialismus« stand nicht an ihrer Wiege. Geplant war, auf den damaligen Trümmern stehend, etwas anderes –

1 Hess, Peter: Abschied von der DDR, in: »1999 – Zeitschrift für die Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts«, Heft 3/90, S. 117.

ein antifaschistisches, demokratisches, antimonopolistisches und friedliebendes Deutschland. Vom Standpunkt der Interessen und Wünsche der Mehrheit, die Faschismus und Krieg er- und durchlebt hatten, war das eine durchaus realistische Zielsetzung. Sie stimmte dazu mit den damaligen Interessen der Sowjetunion überein; denn gerade ein solches Deutschland wäre neutral und keine Gefahr, sondern eher ein Partner für die Sowjetunion gewesen. Für diese und die politischen Kräfte, die in der Illegalität, in Konzentrationslagern, Zuchthäusern und in der Emigration den Kampf gegen Faschismus und Krieg geführt hatten, ergab sich nur kurz nach Kriegsende und den Jahren der Anti-Hitler-Koalition ein alarmierendes Bild. Die ökonomisch Mächtigen, die Hitler an die Macht gebracht und so Verfolgung und Ausrottung von Kommunisten und Sozialdemokraten, Juden, Sinti und Roma, Angehörigen der bekennenden Kirche, Zeugen Jehovas, sogenannten »lebensunwerten Lebens«, sowie Homosexuellen und schließlich den Vernichtungskrieg zu verantworten hatten, waren in ihre früheren Positionen wieder zurückgekehrt. Die ökonomische Basis ihrer Herrschaft blieb erhalten, und es wurde »die Wirtschaft« – so auch damals genannt, wenn es um das monopolkapitalistische Eigentum ging – gefördert. Bald stellte sich heraus, daß die Westmächte auch nicht die Absicht hatten, andere entscheidende Punkte des Potsdamer Abkommens einzuhalten. Es bleibt den Historikern überlassen, zu klären, ob die Westmächte je vorhatten, zur damaligen Zeit ein einheitliches Deutschland zuzulassen. Immerhin hatten sie auf der Potsdamer Konferenz vergeblich für die Gründung eines süddeutschen, eines norddeutschen und eines westdeutschen Staates plädiert. Heute haben sie *ihr* einheitliches Deutschland, das damals nicht zu haben war. Zu klären bleibt auch, ob die Sowjetunion seinerzeit, besonders im Hinblick auf zahlreiche wirtschaftliche Maßnahmen, über die Festlegungen der Krim- und Potsdamer Konferenz hinausgegangen war und so die Westmächte in bezug auf fernere sowjetische Absichten mißtrauisch machte.

Jedenfalls wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet und die Spaltung bewußt vollzogen. Die Gründung der DDR, das kann man drehen und wenden wie man will, war eine *Antwort* auf diesen »nationalen Notstand«, wie es damals gerade im Osten, ohne deutschtümelndes Gejammer, ganz politisch genannt wurde. Die Existenz der DDR war dementsprechend als Provisorium konzipiert. Der erste Entwurf einer Verfassung der DDR war für ein einheitliches demokratisches Deutschland vorgesehen. Wer die Dokumente von damals sichtet, wird diese nüchterne Haltung gegenüber der DDR vielleicht mit einiger Überraschung zur Kenntnis nehmen müssen. Es war eine historisch glückliche zeitweilige Übereinstimmung zwischen dem zeitgeschichtlich Notwendigen und den Interessen der Herrschenden in der späteren DDR. Entsprechend wurden damals eingeleitete Reformen in der

Staatsverwaltung, Landwirtschaft, Schulwesen, Justiz, die Enteignung der Stützen des Naziregimes und des Krieges und vieles mehr weit über die Reihen der Linken hinaus begrüßt. Es wurde eine Politik verkündet und zum Teil auch durchgeführt, die die Menschen in der DDR *und* in der Bundesrepublik verstehen konnten.

Von Sozialismus war deswegen damals entgegen mancher späterer Geschichtsklitterei seitens solcher Propagandisten der SED, deren Behuf es war, den Ansichten der herrschenden Gruppierung »gelehrten« Ausdruck zu verleihen, keine Rede. Denn es wurde richtig erkannt, daß nicht nur die subjektiven Voraussetzungen fehlten – wie sollte es anders sein nach der ideologischen Massenmanipulierung im Nazireich –, sondern die Schaffung eines demokratischen Deutschland *Vorrang* hatte. Die Freunde der gewesenen DDR, die gleichzeitig »neues Denken« wegen dessen angeblicher Verantwortung für deren Niedergang beklagen, sollten notieren: Das eigentliche Programm der DDR, das im Beschluß »Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands« formuliert wurde, war ein frühes Dokument – in moderner Wortwahl ausgedrückt – der Priorität allgemeingesellschaftlicher Interessen, vom Standpunkt der DDR gegenüber einem demokratischen und friedliebenden Deutschland, vom Standpunkt Deutschlands aus der Sicht der damals Verantwortlichen im Osten gegenüber der internationalen Gemeinschaft.

Sicherlich war dies ein äußerst widerspruchsvoller Prozeß. Denn das historisch Notwendige wurde unter Leitung einer stark stalinistisch geprägten Partei und unter unmittelbarer Einflußnahme der stalinistischen Partei selbst durchgeführt. So kann man auch vielfältige Handlungen der Regierung und der SED und Vorstellungen von verantwortlichen Politikern ausmachen, die im Widerspruch zur erklärten Politik standen. Von demokratischer Mitbestimmung war keine Rede, selbst nicht innerhalb der SED. Ulbricht sprach auch bei einem Anlaß schon 1948 vom Aufbau des Sozialismus, wofür keinerlei Voraussetzungen gegeben waren, wurde aber offenbar von der sowjetischen Führung gebremst. Es ist ferner legitim zu vermuten, daß manche nationalen Forderungen, besonders in den fünfziger Jahren, nur »taktisch« gemeint waren. Das kann jedoch nicht erklären, warum die Westmächte und erst recht die Bonner Regierung nicht die Probe aufs Exempel machten. Sie hatten noch bis in die sechziger Jahre hinein die Möglichkeit dazu, hätten z.B. auf das mit großem Kraftaufwand seitens der DDR-Regierung betriebene Projekt einer deutschen Konföderation eingehen können. Wären die Verhandlungen durch die Schuld der DDR und der hinter ihr stehenden UdSSR gescheitert – ich will diese Möglichkeit überhaupt nicht ausschließen – hätte das der Position Adenauers und seiner Nachfolger zumindest nicht geschadet. Das Wehgeschrei über die »Mauer« und ähnliche spätere, zum

Teil durch den Kalten Krieg erzwungene, aber immer auch aus einem übertriebenen Sicherheitsdenken und Machterhaltungstrieb entspringende Abgrenzungsmanöver der SED-Führung klingt daher von Seiten der Politikgestalter der Bundesrepublik, die in der Tradition Adenauers leben und wirken, wie pure Heuchelei.

Vom Standpunkt des Generalthemas dieses Buches möchte ich jedenfalls die Behauptung wagen, daß die Sache in der DDR zu Beginn bei allen Widersprüchen und auferlegten internationalen Beschränkungen im Wesen richtig *angelegt* war. Ich bin mir nicht sicher, was sich danach im Hinblick auf wirkliche oder vermeintliche Interessen in der Sowjetunion bezüglich Deutschland als Ganzem geändert hatte. Daß die verschärfte Fortsetzung des Kalten Krieges seitens der USA und ihrer Verbündeten (einschließlich der Bundesrepublik) da eine maßgebliche Rolle spielten, ist unbestreitbar. Wie dem auch immer sei, die Priorität der Einheit auf demokratischer Grundlage wurde in der DDR faktisch und später ausdrücklich fallengelassen. Damit verzichtete die DDR-Führung auch auf das vorher gesetzte und verkündete *innere Maß der Politik* – das Verständnis der Bevölkerung in Ost und West für jeden unternommenen Schritt. Indem so die Herrschenden in der DDR das Streben nach einer demokratischen Erneuerung in *ganz* Deutschland aufgaben, gaben sie es auch für die DDR selbst auf. Wie man es auch dreht, es war eine Riesendummheit mit geschichtlichen Konsequenzen, der westdeutschen Bourgeoisie die Einheitslosung zu überlassen und diese undifferenziert als imperialistische Diversion abzustempeln. Das war keine *unausbleibliche* Entwicklung, entsprach aber der eigentümlichen Auflösung einer falschen Antinomie zwischen Einheitsbestrebungen auf demokratischer Grundlage einerseits und den inneren Motiven und Herrschaftsformen der stalinistischen Partei andererseits. Der eine Pol schien schlicht untergegangen zu sein, der andere konnte sich weitgehend ungehemmt durchsetzen. Ich sehe die Zäsur mit dem Beginn der fünfziger Jahre, wobei der Punkt mit der zweiten Parteikonferenz der SED gesetzt wurde. Damals wurde der »planmäßige Aufbau des Sozialismus« beschlossen, obwohl die Voraussetzungen dafür ebensowenig gegeben waren wie einige Jahre früher, als über diese Frage aber noch diskutiert wurde. Die in diesem Zusammenhang eingeleiteten Maßnahmen führten zu einer schnellen Entfremdung zwischen Führung und der Mehrheit der Bevölkerung. Die erste Quittung war der 17. Juni 1953. In der Folgezeit wurden einige kleinere Verbesserungen in der Lebenslage und den allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnissen eingeführt, aber keine grundsätzlichen neuen Gesellschaftsmechanismen ins Auge gefaßt. Der Weg in Richtung der staatsbürokratischen Abart des Sozialismus war eingeschlagen. Ganz konsequent wurde die Möglichkeit, die sich mit dem XX. Parteitag der KPDSU ergab, verschenkt. Die SED-Führung, sicher nicht übereinstim-

mend, betrachtete die Chruschtschowschen Neuerungen mit Mißtrauen, besonders nach den Ereignissen in Ungarn. Eine weitere Gelegenheit, die sich mit Gorbatschow 1985 ergab, wurde ebenfalls verpaßt. Das Sicherheitsdenken, und das hieß besonders auch die Sicherung der Macht der führenden Funktionäre, hatte stets Vorrang.

Hier werden wir auf einen wirklichen Irrtum aufmerksam gemacht: Es hing eben nicht *alles*, zumal nicht alles Innenpolitische, wie wir lange Jahre glaubten, von der Sowjetunion ab. Die SED-Führung, die zunächst keine andere Wahl hatte, als Stalin zu folgen, und es wohl auch aus Überzeugung nicht anders wollte, beschritt diesen Pfad später zunehmend freiwillig, aus eigenem Antrieb. Die objektive Grundlage für diese Haltung lag in den eingerasteten und eingerosteten Mechanismen der Machtausübung, in der Furcht vor jeglicher gesellschaftlicher Bewegung, die die eigene Stellung gefährdet hätte, im schon von Engels vor hundert Jahren kritisierten »Aberglauben an den Staat«. Die »Führung« bildete sich ein, »die der ganzen Gesellschaft gemeinsamen Bedürfnisse und Interessen können nicht anders besorgt werden, als wie sie bisher besorgt worden sind, nämlich durch den Staat und seine wohlbestallten Behörden.«[2] Hinzu kam zweifellos mangelnde Bildung, nicht zuletzt marxistische. 1985 brachte die Überraschung und für viele die bittere Enttäuschung, daß die SED-Führung sogar bereit war, ihre autoritär-bürokratische Herrschaftsweise *gegen* die Sowjetunion zu verteidigen.

Die Sozialismuskonzeption, die nach der II. Parteikonferenz 1952 durchgesetzt wurde, basierte im wesentlichen, bei Abweichungen im Detail, auf den seit den Zwanzigern einzig zugelassenen Modellvorstellungen. Die wichtigsten Vorgaben entsprangen den *Annahmen* einer Führungsgruppe, nicht den wirklichen Anforderungen gesellschaftlicher Wirklichkeit, die in einer breiten Diskussion hätten theoretisch rekonstruiert werden können. Ich weiß aus persönlichen Erfahrungen, daß in den letzten Jahrzehnten Expertenmeinungen nur insofern eingeholt wurden, wie sie vorgefaßten Meinungen entsprachen. Hierfür sorgte der zentrale Apparat, aber es muß hinzugefügt werden, daß es nur gelang, wenn die unteren Apparate mitspielten, was oft, aber durchaus nicht immer der Fall war. Demokratischer Zentralismus, ein heute verständlicherweise (und doch zu Unrecht total) diskreditierter Begriff, wurde so ausgelegt, daß die Zentrale ohne weitere Nachfrage »beschloß« und »festlegte« und die Basis »demokratisch« die getroffenen Festlegungen durchführte. So wörtlich begriff das Günter Mittag kurz vor Tores-

2 Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke, Berlin, Bd. 22, S. 199.

schluß während eines seiner »Seminare« mit Generaldirektoren und ließ das auch noch publizieren. Einige Theoretiker konstruierten einen Gegensatz zwischen Zentralismus und Demokratie und reflektierten so die Ansicht, daß der Zentralismus von Natur aus nicht demokratisch sein kann. Sozialismus ist, wie wir von Lenin wissen, die Schöpferkraft der Millionen – oder er ist nicht. Die sozialistische Gesellschaft, zumal sie auf einem hohen Vergesellschaftungsgrad der Produktion beruht, kann aber auf eine zentrale demokratische Leitung nicht verzichten.

Das Momentum des Ausgangspunkts

An dieser Stelle muß aber auf einen unter manchen Linken besonders der ehemaligen DDR geführten Streit eingegangen werden. Es gibt diejenigen, die die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR einer Totalverurteilung unterziehen, einige wenige soziale Leistungen ausgenommen, insbesondere, wenn sie das Geleistete an den hochtrabenden Ansprüchen der SED-Führung messen. Und es gibt andere, die sich angesichts des brutalen kapitalistischen Kahlschlags die alte DDR mit einigen Verbesserungen zurückwünschen. Viele von uns anderen sahen dagegen das Honeckersche Regime ohne Bedauern gehen, bedauerten aber zutiefst, daß keine erneuerte DDR gelungen war. Wir stehen in der Schuld der Bürgerbewegungen, daß sie das eine zuwegebrachten, das andere leider erfolglos anstrebten. Viele von uns betrachteten die DDR in den letzten Jahrzehnten immer als unser mißratenes Kind, und um ein solches bemüht man sich ja besonders. Wir können uns auch heute aus wissenschaftlicher Einsicht und persönlichen Erfahrungen nicht damit identifizieren, daß die Ulbricht-Mannschaft und dann die Honecker-Mannschaft die *ganze* DDR waren. Es gab tausende und abertausende Menschen in der DDR, die mit legitimen Interessen und gerechtfertigten sauberen Motiven ausgestattet ihr Bestes gaben und manches Hervorragende für und in der DDR geleistet haben.

Auch die Pole der oben erwähnten falschen Antinomie (zwischen demokratisch-nationalen Bestrebungen und der stalinistisch geprägten Partei) lebten als Momente der wirklichen Widersprüche der DDR fort. Das Momentum der Gründerjahre war nicht *insgesamt* zu unterdrücken. Es stimmt z.B. nicht, daß der Antifaschismus der DDR ausschließlich formale Routine war. Das mag für manche zutreffen, die im Rausch der Macht (oder der gehobenen Stellung oder falschverstandener Disziplin) vergessen hatten oder verdrängten, wo die Wurzeln des Ganzen lagen. Aber auch der wirkliche Geist des Antifaschismus lebte. Und die Ideen von Marx und Lenin, von der Führung und ihren Nachbetern tatsächlich oft verfälscht, waren eigenständi-

ge Triebkraft für viele. Die Menschen in der DDR wurden schließlich angehalten, deren Werke zu lesen, und nicht wenige taten es. Die Ansichten der Klassiker wurde – wenn auch dosiert und versimpelt – verbreitet. Ist es denn denkbar, daß die Botschaften über das freie Individuum, über Solidarität, Gleichberechtigung der Geschlechter, soziale Gerechtigkeit, über wirkliche und demokratische Herrschaft des Volkes, die Lehren der Pariser Kommune, die Notwendigkeit absoluter Wahrhaftigkeit im Interesse der Bestrebungen der Arbeiterklasse von niemandem verinnerlicht worden wären? Wenn ich ein persönliches Wort einschieben darf: Ich mußte mir in manchen Diskussionen der jüngsten Zeit gesellschaftswissenschaftliche Vorstellungen der Obrigkeit und deren Interpreten vorhalten lassen, werde das wohl noch geraume Zeit ertragen müssen, bestehe aber auch darauf, meine eigene, auch veröffentlichte Meinung gehabt zu haben. Ich glaube, das ist trotz der von uns allen zu tragenden, graduell differenzierten Schuld für die staatsbürokratische Abart des Sozialismus, deren Scheitern und die Folgen dieses Scheiterns, berechtigt.

Wie weiter?

In Deutschland ist der Sozialismus auf nicht absehbare Zeit verspielt. Im Weltmaßstab wird darum immer noch gerungen, weswegen mir – wie ich in letzter Zeit wiederholt zum Ausdruck brachte – unverständlich ist, wie einige unter uns so schnell dabei sind, die Sowjetunion unter Gorbatschow abzuschreiben, die Perestroika zu verurteilen, nicht bereit sind, Keime der Hoffnung in Betracht zu ziehen. Was werden sie denn sagen, wenn sie wirklich scheitern sollte und man fragt, wo sie standen, als es in UdSSR um Sein oder Nichtsein eines erneuerten Sozialismus ging, um den Bestand der Union überhaupt? Die meisten vehementen Kritiker der Perestroika unter uns haben das Konzept 1985 begeistert begrüßt. Mir scheint, sich von einer als richtig erkannten Sache abzuwenden, nur weil sie zu scheitern droht, steht nicht in linker Tradition. Der wichtigste Streitpunkt dabei ist die Auffassung der Perestroika, Marktbeziehungen voll nutzen zu wollen. Manche Linke identifizieren ganz schnell Marktbeziehungen mit Kapitalismus. Auf anderslautende Argumente wird nicht eingegangen. Da herrscht die Denkweise vor: Ich hab' mir das in den Kopf gesetzt und ein Hundsfott der, der mich aus meinen Gleisen werfen will. Ich will dem an anderer Stelle Gesagten[3] hier

3 Vgl. den Aufsatz des Verfassers, Die Eigentumsfrage und der Markt, IPW-Berichte, Berlin,

nichts hinzufügen, aber dies wiederholen: Die breite Nutzung von Marktbeziehungen macht aus dem Sozialismus keine »Marktwirtschaft«. In der Wirtschaft setzt (nicht anders als im Kapitalismus) der Staat notwendige Bedingungen. Und hier handelt es sich um einen sozialistischen Staat. In der Gesellschaft insgesamt bleiben anders als im Kapitalismus die meisten Bereiche den Marktgesetzen entzogen. Die Konzeption der Perestroika hat nichts zu tun mit der »Einführung« *des* Kapitalismus, auch wenn ein niedriger Entwicklungsstand der Produktivkräfte und ein ungenügendes Niveau der Vergesellschaftung von Produkten und Arbeit zu einer beschränkten Zulassung kleinkapitalistischen Eigentums berechtigt. Sie kämpft um ihr Überleben gegen Kräfte, die zurückwollen zum Gesellschaftstyp Breschnew-Honeckerscher Art und *gegen* Kräfte, die tatsächlich ein bürgerliches Rußland (wenn nicht Schlimmeres, denn auch Zarenfahnen flattern schon) restaurieren wollen. Werden wir angesichts dessen bald in der Lage sein, über diese Frage emotionslos und sachlich zu diskutieren?

So wichtig das Schicksal der Perestroika für die Weltgeschichte der nahen und weiteren Zukunft ist, für die linke Bewegung überhaupt, so klar ist, daß wir deutschen Linken im hochentwickelten, relativ stabilen Kapitalismus leben. Wie wir uns als Linke da verhalten sollen, ist Gegenstand lebhafter Diskussionen. Eine von den entstehenden Fragen ist, ob wir auf die bürgerliche Politik einzuwirken versuchen sollten und, wenn ja, wie? Oder besser auf »objektive Umstände« warten sollten, die die Dinge für uns erledigen? Gramsci kritisierte letztere Haltung unheimlich aktuell wie folgt: »Ich bin augenblicklich geschlagen, aber die Macht der Dinge arbeitet auf lange Sicht für mich...«. Nach seiner Meinung ist eine solche Sicht besonders verdammungswürdig, wenn sie von Intellektuellen vertreten wird, deren Berufung zur theoretischen Antizipation aktuelle Notwendigkeit in der politischen Arbeit ist.

Ich glaube nicht, daß wir eine wirkliche Wahl haben, *wenn* wir uns rationell der Wirklichkeit gegenüber verhalten, einen wissenschaftlichen Standpunkt ihr gegenüber einnehmen. Die Wirklichkeit, wie sie ist, existiert objektiv, aber dies Objektive ist Ergebnis der menschlichen Einwirkung auf die Natur und der gegenseitigen Einwirkung der in Klassen, Schichten und Gruppen organisierten Menschen selbst, also beeinflußbar unter den Bedingungen, die jede Generation jeweils vorfindet. Wir können die Wirklichkeit nicht wegwünschen, abseits und abgekapselt von ihr träumen. Wir können sie

---

Heft 7/1990, S. 11 ff.; ders., Marktbeziehungen und Gesellschaft, Sozialismus, Hamburg, Heft 1/1991, S. 23 ff.

aber ebensowenig »hinnehmen«, als gottgegeben, das mag göttlich sein, aber nicht menschlich, denn Geschichte ist immer das Ergebnis menschlichen Tuns.

Christa Wolf sagte kürzlich (so etwa), daß die Zukunft nicht mehr Teil unseres Alltags ist. Ich sehe das ganz anders. Ich denke, die Linke muß in *doppelter* Hinsicht eine aktive Stellung in der kapitalistischen Gesellschaft einnehmen. Sie muß sich einmal »konstruktiv« zu ihr verhalten, mit anderen Worten, für die Interessen der großen Mehrheit auch *innerhalb* des Kapitalismus eintreten. Diese große Mehrheit besteht vor allem, aber nicht ausschließlich, aus jenen, die in der einen oder anderen Form ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Aktive Mitarbeit in der Gewerkschaft und anderen Organisationen, die *besondere* Interessen vertreten (Ökologen, Verbände der Frauen, Behinderten, Mieter usw.), ist hierfür unerläßlich. Aber gleichzeitig müssen wir unsere Forderungen so stellen, daß die Menschen verstehen, wo absolute Grenzen dieser Gesellschaft gesetzt sind. Das sind Forderungen, die über das System hinausgehen. Sie sind legitim und real, auch wenn die Überwindung des Kapitalismus sehr weit entfernt erscheint. Es ist z.B. notwendig, daß wir uns mit und innerhalb der Gewerkschaften für eine fortschrittliche »Arbeitsmarktpolitik« einsetzen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen fordern usw. Es ist auch legitim, wissenschaftlich und moralisch gerechtfertigt, die *Abschaffung* der Arbeitslosigkeit zu verlangen. Wir wissen natürlich, daß der Kapitalismus das objektiv nicht kann. Aber wir haben die wissenschaftlich begründete Vorstellung einer Gesellschaft, die das wohl kann. Anhand solcher Forderungen können Menschen dann per Erfahrung lernen, daß der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte sein kann. Daher dürfen wir gerechtfertigte Forderungen, die über den Kapitalismus hinausweisen, nicht so darstellen, als ob sie schon in diesem System realisierbar wären. Das könnte die Menschen von uns als vermeintlich »hoffnungslose Idealisten«, »weltfremde Utopisten« oder als »schlimme Demagogen« abstoßen, statt zu begreifen: Die Linken fordern eine alternative, eine sozialistische Gesellschaft *für die arbeitenden Menschen*, um z.B. die Arbeitslosigkeit abzuschaffen. Man könnte diese Fragestellung anhand der gesamten Palette sozial-ökonomisch-gesellschaftlicher Forderungen weiterentwickeln. Hier handelt es sich nicht um zwei verschiedene Aufgabenstellungen, sondern um zwei Seiten ein- und derselben.

Sterbender Kapitalismus?

Es liegt auf der Hand, daß die hier befürwortete Haltung zur kapitalistischen Umwelt von der Sicht dieses Systems bestimmt wird. Ich will auch hier nicht

wiederholen, was ich in letzter Zeit verschiedentlich kapitalismuskritisch geäußert habe. Nur einige Bemerkungen zu einer speziellen, nichtsdestoweniger zentralen Frage sind am Platz. Man hat uns schon in der Vergangenheit bis zum Überdruß die Leninsche Formulierung vom »sterbenden Kapitalismus« vorgehalten. Es ist klar, daß sie in einer Zeit entstand, da die Marxisten in der Tat annahmen, daß die sozialistische Weltrevolution unmittelbar auf der Tagesordnung stünde. So ganz verkehrt war ja diese Annahme bekanntermaßen nicht, denn die Oktoberrevolution wurde wirklich durchgeführt. Aber die europäische Revolution, auf die Lenin so sehnsüchtig wartete, der er dann die »führende Rolle« gegenüber dem rückständigen Rußland zusprach, erfolgte nicht. Hier ist nicht der Platz, über dieses Ausbleiben nachzudenken. Aber es wäre sicher schon lange richtig gewesen, einen historisch überholten Namen aufzugeben. Das wäre ohne Aufgabe theoretischer Positionen möglich gewesen, die »sterbenden Kapitalismus« mit dem Begriff des »Übergangskapitalismus« gleichsetzten. Über diesen Begriff wäre bei Inkaufnahme höhnischer Polemiken derjenigen, die den Kapitalismus als das letzte Wort der Geschichte betrachten, weiter nachzudenken.

Es ist, wie mir scheint, eine wissenschaftliche Tatsache, daß der Kapitalismus dem Zwang unterworfen ist, auf stets höherer Stufe gesellschaftliche Produktionszusammenhänge dem Profitmotiv in Formen unterzuordnen, die bereits über den Kapitalismus hinausweisen. Das dürfte heute, angesichts der umfassenden Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, darunter an die Wissenschaftsentwicklung selbst, das Bildungssystem, die Struktur großer gesellschaftlicher Produktions-, Zirkulations- und Konsumtionsbereiche, die Bewältigung eines tiefgegliederten und weitgefächerten arbeitsteiligen Reproduktionsprozesses, die Sicherung der Reproduktion der Arbeitskraft weit über die Lohnzahlung hinaus, sofort einleuchten. Zu diesen Vergesellschaftungsprozessen kommen aber noch die wachsenden Anforderungen der Umwelt, des Hungers, der große Teile der Weltbevölkerung erfaßt, der vielfältigen gesellschaftsfeindlichen Folgen hochkapitalistischer Entwicklung hinzu. Zu beobachten ist die unentwegte Entwicklung höherer Formen des *Gesellschaftskapitals* im Gegensatz zum Privatkapital, deren Embryonalgestalten Marx nicht anders nannte als »Übergangsformen aus der kapitalistischen Produktionsweise in die assoziierte«. Oder was anderes ist eine Holding wie Kohlberg, Kravis, Roberts (KKR), die den zweitgrößten Lebensmittelkonzern der Welt für 26 Milliarden Dollar kaufen kann, Dutzende von Milliarden Dollar an Guthaben aus einem kleinen Büro heraus kontrolliert? Was anderes sind die riesigen Fonds, die die Staaten im Kapitalismus heute mobilisieren und anlegen? Kann es da Streit darüber geben, daß der einzelne Kapitalist immer weniger die Bedingungen der Profitproduktion beherrscht? Schon die Verwandlung des Profits in Kapital

hängt heute maßgeblich von den Bewegungen auf den nationalen und internationalen Leihkapitalmärkten ab, die sich weitgehend außerhalb der Kontrolle auch der großen Monopolkapitale und der Staaten befinden. Hier handelt es sich um einen riesigen Enteignungsprozeß innerhalb der Kapitalistenklasse, um die »negative Durchbrechung der Schranken des kapitalistischen Privateigentums«, solange die positive noch nicht durchgeführt wurde.

Ohne staatliche Monopolbedingungen, von der einfachen Steuer bis zur Staatsverschuldung, funktioniert bekanntlich nichts. Das Setzen dieser muß als Fortentwicklung des genannten Enteignungsprozesses verstanden werden. Dabei kann der Staat natürlich nicht als bloßer Verwertungsapparat begriffen werden. Zunächst, wie wir von Engels wissen, liegt der politischen Herrschaft immer eine Amtstätigkeit zugrunde. Staatliche Verwertungsbedingungen können nur erfolgreich gesetzt werden, wenn der Staat diese seine Amtstätigkeit vollzieht. Er muß über seine spezifische Aufgabe *hinaus*, die Interessen der Klasse wahrzunehmen, die ihn bestellt hat, auch für den Zusammenhalt der Gesellschaft insgesamt sorgen, ihr halbwegs normales Funktionieren sichern. Das heißt für ihn nicht zuletzt auch die *Folgen* kapitalistischer Produktivkraftentwicklung im weitesten Sinne und in wachsenden Dimensionen zu bewältigen. Und nicht nur das. Auch die Bewältigung der Folgen *politischer* Interessen seitens der kapitalistischen Staaten muß teuer bezahlt werden. So auch der Anschluß der DDR an die Bundesrepublik, da er unter Bedingungen erfolgte, die Ostdeutschland weitgehend die Produktionsmöglichkeiten und damit die Existenzgrundlagen seiner Bevölkerung raubte. Trotz aller Unschuldsbekenntnisse der Regierenden war dies eine vorhersehbare und vorausgesagte Entwicklung. Die Politik kapitalistischer Staaten nach innen wird dazu zunehmend vom internationalen Geschehen geprägt, das vielfach nur sehr lose Beziehungen zu unmittelbaren Kapitalinteressen hat, sie dennoch differenziert beeinflußt.

Es ist heute so, daß die vom Staat gesetzten Bedingungen die Existenz aller Klassen und Schichten der Gesellschaft berühren. In dieser Rolle steht der Staat folglich unter dem Druck der verschiedenartigsten kapitalistischen, aber auch antikapitalistischen Interessen, die er nicht unberücksichtigt lassen kann. Denn in der für das Kapital günstigsten Herrschaftsform, der bürgerlichen Demokratie, die zwar eine Demokratie der Herrschenden ist, aber auch anderen Klassen und Schichten bestimmten Bewegungsraum gewährt, benötigt der Staat eine Massenbasis. Und das wiederum erhöht u.a. die Kosten der Ideologieproduktion und -verbreitung, der Strategieausarbeitung, der gewaltmäßigen und friedlichen Herrschaftssicherung. Unter anderem: Hat man einmal gesagt, daß es keinem in der ehemaligen DDR schlechter gehen wird, vielen aber besser (Kohl), dann wird man es um der puren

Machterhaltung willen nach den Wahlen angesichts des Drucks der Bevölkerung und kommender Wahlen nicht *gänzlich* vergessen können.

Mir scheint, der von Marx festgestellte Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise hat sich in der von ihm bereits angedeuteten Weise mit neuen Momenten angereichert. Den zunehmenden Vergesellschaftungsprozessen und demgemäßen gesellschaftlichen Anforderungen an die Produktion von Profit stehen die erreichte Vergesellschaftungsstufe des Kapitals, das jeweils erreichte Niveau der Aufhebung des Privateigentums *innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst* gegenüber.

Es zeigt sich der Übergangscharakter des Kapitalismus auch darin, daß die Arbeiterklasse, wie immer man sie definiert und wie vielfältig sich die Interessen, Bedürfnisse, Lebensweisen und die ihnen entsprechenden Anschauungsweisen auch *in ihr* differenziert darstellen, nicht länger allein vom Verkauf ihrer Arbeitskraft existieren kann. Und diese Möglichkeit war ja ein konstituierendes, charakteristisches Element des Kapitalismus in seiner klassischen Gestalt. Vielmehr ist die Arbeiterklasse auf die (freilich kapitalistische) Gesellschaft angewiesen – sei es im Hinblick auf die genannten Anforderungen an die Akkumulation (Bildung etc.), die sich von dieser Seite als Elemente der Existenzbedingungen der Arbeiterklasse darstellen, sei es auf die der bürgerlichen Gesellschaft notwendigerweise abgerungenen Sozialsysteme.

Es ist bezeichnend, daß die Bourgeoisie und ihre politischen Exponenten z.B. die wachsenden staatlichen Sozialausgaben als ein die Gesellschaft belastendes Geschenk an die arbeitenden Menschen verstanden haben wollen, während sie doch nur anzeigen, daß dieses System nicht mehr auf seinen eigentlichen Grundlagen existiert. Es muß nach Formen greifen, die einer höheren Gesellschaft angehören, deren Inhalt aber in den alten Grenzen gefangen bleibt. Dies reproduziert die »alten« Widersprüche mit neuen Inhalten und in neuen Formen, nach innen und nach außen. Die Arbeiterklasse, in ihrer Differenziertheit repräsentiert durch eine Vielzahl von Gewerkschaften, muß heute für den Erhalt und die Entwicklung einer Vielfalt von Existenzbedingungen kämpfen, die für die jeweiligen Gruppen nicht minder wichtig sind, als es die vergleichsweisen »einfachen« Lebensfragen des 19. Jahrhunderts waren. Und diese existieren dazu noch fort. Nichts Alberneres daher als die immer mal wieder auftauchenden Bemerkungen, daß die bürgerliche Gesellschaft die Forderungen des kommunistischen Manifests erfüllt habe. Insofern das nicht nur lustig sein sollende Blödeleien sind, zeigen sie die Unfähigkeit zu historischem und dialektischem Denken an. Diese Fähigkeit lassen allerdings auch diejenigen vermissen, die nicht einmal den Versuch machen, den Gehalt des »Manifests« weiterzudenken (im Sinne des dialektischen Aufhebens), wie es Marx und Engels ja *taten* und unter jeweils

neuen Bedingungen immer getan hätten, denn dies entsprach ihrer ganzen Denkweise.

Die jeweilige Infragestellung der Existenzbedingungen der arbeitenden Menschen trotz großen physischen Reichtums im Kapitalismus zeigt aber an, daß die *entwickelten* Eigentumsverhältnisse und die auf ihnen beruhenden *heutigen* gesellschaftlichen Verhältnisse ebenfalls, wenn auch auf *neue Weise* revolutioniert werden müssen. Aus den wirklichen und sich abzeichnenden Protestbewegungen der arbeitenden Menschen in jedem einzelnen kapitalistischen Land und in internationalem Maßstab werden sich, jenseits des vereinfachten Enteignungs- und Verstaatlichungsmodells, neue revolutionstheoretische Ansätze ergeben.

Die konkrete Utopie des Sozialismus

In der linken Diskussion entsteht die Frage, ob wir – da doch ein falsches Gesellschaftsmodell des Sozialismus existierte – nicht vor der Aufgabe stünden, zunächst ein neues zu konstruieren. Was steht dafür, was ist dagegen einzuwenden? Frank Deppe warf seinerzeit die Frage der konkreten (positiven) Utopie auf, ich diskutierte mit ihm und meinte, daß die *Mehrheit* sich bewußt nur zu ihren heute durchaus weit zu fassenden Existenzbedingungen verhalten könne, das Denken in Alternativmodellen könne man aber von ihr *nicht* erwarten[4] Zwar meine ich nach wie vor, daß die Durchsetzung eines »alternativen Modells« vor allem ein bewußter Akt der Ausgebeuteten *im Hinblick auf ihre unerträglich gewordenen Existenzbedingungen ist.* Das Ausmaß gesellschaftlicher Bewußtheit, Einsicht in die Weltzusammenhänge kann hier einen beschleunigenden Effekt haben, aber die utopische Vorstellung der Zukunft kann innerhalb des Kapitalismus kaum zum Hauptbeweger werden. Aus der praktischen Kritik am Kapitalismus (verbunden, wie man nun erkennt, mit der Kritik am gehabten Sozialismus) muß sich das Bild der alternativen sozialistischen Gesellschaft ergeben. Das Wichtigste bleibt, schrieb ich damals, den Kampf so zu führen, daß die *Erfahrungen* der Arbeiter ihnen die Einsicht in ihre wirkliche Lage, mithin ihre *Klassenlage* erleichtert. Wir können und müssen uns mit gesellschaftlichen Zielvorstellungen begnügen und es der wirklichen Bewegung der Massen unter möglichst aktiver Mitwirkung der politischen Linken überlassen, im demokratischen Prozeß

4 Deppe, Frank: Ende oder Zukunft der Arbeiterbewegung?, Köln 1984, S. 246 ff. Peter Hess, Rezension hierzu, IPW-Berichte, Heft 4, Berlin 1985, S. 55 ff.

und ihren materiellen Interessen folgend, die richtigen ökonomischen und gesellschaftlichen Mechanismen zu schaffen, mit denen der Weg in die sozialistische Gesellschaft gebahnt und diese gestaltet wird. Die Kapitalismuskritik als wechselseitig verbundener praktischer Prozeß und prozessierende Theorie muß uns die Grundbausteine des alternativen Gesellschaftsmodells liefern.

Gleichzeitig muß gesagt werden, daß Deppe die Sache mit der produktiven Utopie insofern richtiger sah als ich, da sich von den Globalproblemen her heute abzeichnet, daß die Welt zugrunde gehen könnte, *bevor* die Tiefe der ökologischen Krise, der Hunger, der vier Fünftel der Menschheit erfaßt hat oder bedroht, sowie andere Menschheitsprobleme mit ausreichendem Gewicht in die alltägliche Erfahrungswelt der arbeitenden Massen in den entwickelten kapitalistischen Ländern eingegangen ist. Man kann heute absehen, daß das zu spät sein würde. Wenn mit dem Begriff Modell diese Grundbausteine der alternativen Gesellschaft gemeint sind, die auch die neue Globalproblematik berücksichtigen, dann brauchen wir ein solches. Das wäre eine konkrete Vision der kommenden Gesellschaft, *damit* linke Kritik die richtigen Ansatzpunkte am konkret-historischen Kapitalismus findet. Gerade hier ist die wissenschaftliche Kritik an der staatsbürokratischen Abart des Sozialismus, eine sachliche Auseinandersetzung mit der Gesellschaftskonzeption der Perestroika unentbehrlich. Denn eine solche Kritik muß, auch wenn damit zeitweilig gegen den Strom geschwommen wird, die heute noch wenig erfahrbaren Globalprobleme enthalten, muß das Äußerste versuchen, um die Menschen für diese Fragen zu sensibilisieren. Wie dies möglich ist, das haben im Hinblick auf *eine* heutige Grundproblematik der Menschheit die »Grünen« in aller Welt gezeigt, vielleicht gerade wegen ihrer ausschließlichen Konzentration hierauf. Das weist übrigens deutlich auf die notwendige Dialektik zwischen Bewegung und Partei im linken Spektrum hin.

Was uns nicht gelingen kann, weil der materialistischen Denkweise im Grunde fremd, ist die geistige Vorwegnahme der Mechanismen einer künftigen Gesellschaft selbst. Die Art und Weise, wie alles funktionieren soll, welche Bedürfnisse welche Priorität erhalten, welche Formen des gesellschaftlichen Eigentums entstehen, wie sie mit anderen Formen gemischt werden, wie die Machtausübung auf demokratischer Grundlage, wie Planung aussehen müssen usw. usf. – all das sollte nicht vorgezeichnet werden, das werden und müssen die Gesellschaftsmitglieder selbst herausbekommen. Was sind z.B. moderne Bedürfnisse? Können wir uns ein Bedürfnissystem *ausdenken*, das wir den Menschen vorschlagen, oder muß nicht vielmehr eine Gesellschaft hergestellt werden, die, ausgehend von den gegebenen materiellen Bedingungen, den Menschen vielerlei Möglichkeiten der Bedürfnisbe-

friedigungen anbietet, um sie selbst entscheiden zu lassen, welche Prioritäten sie setzen wollen (was uns nicht der Mühe enthebt, unsere Meinung ganz deutlich zu machen)? Dies umso mehr, da jetzt schon klar, aber noch nicht in das Alltagsbewußtsein der Menschen eingedrungen ist, daß eine Reproduktion der Bedürfnisstruktur der heutigen entwickelten kapitalistischen Länder im Weltmaßstab unmöglich ist.

Ist die Zeit des »neuen Denkens« abgelaufen?

Diese Frage stellte kürzlich Michael Brie[5], den ich zitiere, weil er einer der aktiven intellektuellen Arbeiter in der linken Bewegung ist, und weil schon sein *Ansatz* nach meinem Verständnis nicht richtig, aber verbreitet ist. Für M. Brie ist das Neue Denken eine *Idee*, die, kaum in die Welt gesetzt, schon gescheitert sei. Ich sehe dagegen im neuen Denken die geistige und politische Widerspiegelung eines neuen objektiven Zusammenhangs, der ein subjektives Verhalten gebieterisch verlangt. Dieser neue Zusammenhang besteht darin, daß die Lösung der bekannten Menschheitsprobleme auf die Überwindung des Kapitalismus *nicht warten kann*, aber mit dieser verbunden ist. Theoretische und praktische Anstrengungen zur Bewahrung und Mehrung zivilisatorischer Errungenschaften sind objektiv gegen den Kapitalismus gerichtet. M. Brie scheint das genau umgekehrt zu sehen. Er meint, die globalen Probleme können nicht gelöst werden ohne vorherige radikale Veränderungen, einschließlich Veränderung der Machtstrukturen in den hochentwickelten Industrieländern. Ob er das so meint oder nicht, das bedeutet, wenn Worte einen Sinn haben, eine *andere* Gesellschaft als die jetzige kapitalistische. Diese weltweit zu erreichen, scheint ihm in absehbarer Zeit nicht möglich, und da hat er natürlich recht. Was also dann? Es bleibt ein zutiefst pessimistischer Ausblick und die Hoffnung, daß er sich geirrt habe.

Ich kann diese Haltung verstehen und muß sie respektieren. Aber man kann auch offen zugeben, daß sie die Kapitulation vor dem Dilemma ist, das ich weiter oben erwähnte. Neues Denken verlangt wahrhaftig subjektive Haltungen, die über die unmittelbare Erfahrungswelt der Menschen im heutigen Kapitalismus hinausgehen. Von den Herrschenden wird es ohnehin nicht freiwillig akzeptiert. Ist es also ein untaugliches Mittel, müssen wir zusehen, wie die Welt zugrundegeht? Betrachten wir die Frage von einer anderen Seite. Nehmen wir mal an, das Neue Denken sei tatsächlich schon

5 Brie, Michael: Zur Herrschaft verdammt?, in: »Freitag«, Berlin, 1. 2. 91.

gescheitert (was heißen würde, daß objektive Notwendigkeiten keinerlei geistigen und politischen Reflex mehr besitzen). War es deswegen falsch? Bestehen dann die Probleme, die es hervorriefen – wenn man materialistisch herangeht – nicht fort? Man kann vermuten, daß neues Denken seitens der Sowjetunion nicht immer richtig angewendet wurde. Die Zustimmung zur UNO-Resolution, die den USA faktisch freie Hand im Nahen Osten gab, betrachte ich als Fehler, nicht aber die Notwendigkeit, die Aggression des Iraks unter Saddam Hussein zurückzuweisen und das Prinzip zu verteidigen, daß Aggressionen und Kriege zur Lösung beliebiger Probleme von der Menschheit nicht mehr hingenommen werden können. Die Zustimmung zum *Anschluß* der DDR betrachte ich als Fehler, nicht aber die Zustimmung zur Vereinigung. Denn Neues Denken besagt, daß man *jedem* Volk die Entscheidung über sein Schicksal überlassen muß. Und wenn auch anzunehmen ist, daß die DDR-Bevölkerung sich nicht voll bewußt war, was sie herbeirief, mit Gewalt war eine Bewußtseinsänderung nicht herbeizuführen. Das entspricht nicht nur dem empirischen Befund der letzten Jahrzehnte (wo hat Gewalt Probleme *gelöst*?), es ist ein notwendiges Prinzip in unserer Zeit der Massenvernichtungswaffen und des umfassenden Demokratieverständnisses, auch wenn die Westmächte dazu noch nicht bereit sind. Denn man kann dieses richtige Prinzip nicht verkünden und um seine Durchsetzung kämpfen, wenn man nicht selbst bereit ist, es zu praktizieren. Fehler können nur in der politischen Durchsetzung des Neuen Denkens auftreten, und sie sind aufgetreten. Aber Neues Denken ist dennoch von seiner Grundkonzeption her nicht naiv. M. Brie schreibt, Krieg sei »wieder möglich geworden«. Das kann nur einer schreiben, der sich Illusionen machte (vom »friedensfähigen Kapitalismus«?) und nun das Neue Denken für seine aufgelösten Illusionen verantwortlich macht. Das Neue Denken geht nämlich mitnichten davon aus, daß die imperialistischen Mächte sich auf Zuruf plötzlich friedlich benehmen, die Prioritäten ihrer Politik umkehren. Neues Denken sieht eine Politik vor, die auch Druck auf im alten Denken Behaftete ausübt, den neuen Gegebenheiten der Welt Rechnung zu tragen. Diese Art Druck in der tagtäglichen Politik wurde und wird sicher ungenügend von den Anhängern des Neuen Denkens, besonders der sowjetischen Führung, ausgeübt. Die Ursachen dafür sind ein Kapitel für sich. Ich würde die Voraussage wagen, daß darüber bald Analysen von den Vertretern des neuen Denkens in der Sowjetunion selbst vorliegen werden.

Schließlich muß die Dialektik zwischen der Lösung der globalen Menschheitsfragen und der radikalen, sprich revolutionären (denn radikal sein heißt bekanntlich, die Sache an der Wurzel fassen) Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft erfaßt werden. Wenn die Bestrebungen, *jetzt* die Menschheitsprobleme anzugehen, Priorität haben müssen, so werden ja die antika-

pitalistischen Kämpfe nicht aufgegeben (können es überhaupt nicht). Der Kampf für Frieden, Ökologie, Entwicklung usw. richtet sich zwar nicht vordergründig gegen den Kapitalismus, sondern erkennt die Notwendigkeit intersystemarer und klassenübergreifender Bemühungen an. Während aber die Lösung von Globalproblemen organisch in das Interessensystem der arbeitenden Menschen und des Sozialismus hineinpassen, ihren *primären* Interessen objektiv entspricht, trifft das für den Kapitalismus, wie jedermann weiß, nicht zu. Profit produzieren zu müssen ist aus der Sicht marxistischen Denkens keine moralisch zu wertende Notwendigkeit, sondern der primäre Zwang, solange kapitalistische Verhältnisse existieren. Daher meint Neues Denken nicht, einen Gesellschaftsvertrag mit der Monopolbourgeoisie abzuschließen, sondern einen gesellschaftlichen Kampf zu führen.

Auf den Trümmern stehend können die Linken ein breites und für viele Jahre ausreichendes Betätigungsfeld vor sich sehen.

Robert Katzenstein

Gedanken zur Entwicklung

Jeder Marxist hat sich sicher schon einmal die Frage gestellt, ob die sozialistische Revolution nicht zu früh gekommen ist. Die Antwort, zu der ich gelangt bin, war: nein. Die Revolution war unvermeidbar. Für die Werktätigen war die alte Herrschaft nicht mehr erträglich. Deshalb waren die Bedingungen reif für eine Revolution. Sie mußte ausbrechen, und sie konnte auch siegen, auch in einem Lande. Aber der Sozialismus war nicht aufrechtzuerhalten. Nicht in einem Lande, d.h. in Konkurrenz zum Kapitalismus in den hochindustrialisierten Ländern mit seiner natürlich gewachsenen Kräftevielfalt. Das Ziel war zu weit gesteckt. Jede Klasse ist in die Grenzen ihres Entwicklungsstandes gebannt, und die Lohnabhängigen waren noch nicht so weit, daß sie eine so hochgradig arbeitsteilige Gesellschaft allein hätten voll funktionsfähig erhalten und vor allem auch in ihrer ganzen Vielfalt weiter entwickeln können. Deshalb war das Kaderproblem im Sozialismus auch das Hauptproblem. Eine Gesellschaft muß wachsen. Unter dem Druck überlegener Konkurrenz ist das schwer, auch wenn diese Konkurrenz entwicklungsgeschichtlich, von den gesellschaftlichen Verhältnissen her, um eine Entwicklungsstufe zurück ist. Wie sollten die frühsozialistischen Gesellschaften in ihrer Entwicklung den gewaltigen Vorsprung solcher Länder wie Deutschland, die USA u.a. in so kurzer Zeit aufholen können? Ein Wettlauf zwischen dem Normalbürger und dem Leistungssportler. Ohne jahrelanges Studium und Training war er für den Normalbürger nicht zu gewinnen. Wenn man bedenkt, daß die Werktätigen gerade unter unsäglichen Opfern die unerträglich gewordene Herrschaft abgeschüttelt hatten, so war gewissermassen sogar die Stalinsche Politik vorprogrammiert, d.h. der Weg führte fast unvermeidlich in diese blutige Sackgasse der Geschichte. Es würde zu weit führen, diese Fragen hier näher zu durchdenken. Längst sind nicht alle Fragen untersucht, die im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen, namentlich auch bei konkurrierenden Ordnungen, eine Rolle spielen. Manche sind wohl noch nicht einmal aufgeworfen worden. Auch heute laufen die Prozesse noch weitgehend spontan ab. Selbst Gorbatschows Perestroika. Sein großes Verdienst ist es, alte Denkstrukturen aufgebrochen und der Gesellschaft den Weg zu neuen Ufern gewiesen zu haben. Im Ergebnis hat er aber vor allem zurückgebliebenes Denken freigesetzt und nur wenig neues. Ökonomisch, weil die Reformer nur Raum für das Wirken der Marktgesetze geschaffen, aber in den alten Machtstrukturen nicht die Bedingungen dafür

vorbereitet haben, daß ihr Wirken auch fruchtbar werden kann. Unter solchen Umständen schafft sich die Marktwirtschaft diese Bedingungen selbst – über die Krise! Das Ergebnis der Krise aber ist die Rückkehr zu alten, restaurativen Denkstrukturen, ökonomisch und politisch; ein echter Zerfallsprozeß.

Die Revolution war also unvermeidlich, aber in ihrer Zielstellung zu früh und zu weit angelegt. Sie hat deshalb auch die hegemonialen Strukturen in der Welt nicht umwälzen können. Dennoch hat sie enorme emanzipatorische Kräfte freigesetzt, von den nationalen Befreiungsbewegungen über die Frauenbewegung bis hin zur Emanzipation der Lohnabhängigen selbst. Sie hat zwar den Sozialismus nicht verwirklichen können, aber dennoch die Welt verändert. Selbst der Kapitalismus ist nicht mehr der alte; allerdings wird sich jetzt, nach dem Zerfall des Frühsozialismus, erst zeigen, wie weit und wie dauerhaft.

Was hat sich am Kapitalismus verändert?

Zentraler Punkt der Auseinandersetzungen im Kapitalismus ist das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital. Was sich an diesem Verhältnis verändert hat, untersucht man am besten anhand der Gesetzmäßigkeiten, die es bestimmen, d.h. anhand des allgemeinen Gesetzes der kapitalistischen Akkumulation, wie Marx es genannt hat.[1]

Zentraler Punkt der Auseinandersetzungen in diesem Zusammenhang war zu Marx' Zeiten die Verelendung der Arbeiterklasse. Auch Marx spitzte seine Untersuchung auf diese Frage zu. Allerdings nicht aus grundsätzlichen Erwägungen heraus, sondern weil die Verelendung damals die zentrale soziale Frage war, mit der sich die Gesellschaft auseinandersetzen mußte. Der entscheidende Punkt war bei ihm vielmehr der Mechanismus selbst, der bestimmte, wie sich das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit gestaltete. Ihm ging es darum, die Automatik sichtbar zu machen, die bewirkte, daß sich die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse immer in einem Rahmen hielten, der auch dem Akkumulationsbedarf des Kapitals genügend Bewegungsraum ließ.

Im Gegensatz zur herrschenden Meinung, die die elende Lage der arbeitenden Bevölkerung auf ihre übermäßige Vermehrung zurückführte – ihr Hauptvertreter war Malthus –, wies Marx nach, daß die Lebenslage der Arbeiter keine unabhängige Variable ist, sondern daß sie von der Bewegung des Kapitals abhängt. Heute ist das längst allgemein anerkannt. Konservative Regierungen begründen mit diesen Zusammenhängen sogar ihre Wirtschaftspolitik; beispielsweise wenn sie die Unternehmergewinne begünstigen, um Investitionen zu fördern und so Arbeitsplätze zu schaffen.

1 Vgl. Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 23, 23. Kapitel, Berlin 1962 ff.

Der entscheidende Faktor, von dem die Lebenslage der Arbeiter abhängt, ist die Beschäftigung. Sie bestimmt, ob die Lebensbedingungen der Arbeiter sich verbessern oder verschlechtern. Ist die Nachfrage nach Arbeitskräften größer als ihre Zufuhr, so steigen die Löhne, verbessern sich die Arbeitsbedingungen. Auf der anderen Seite wird die Lebenslage der Arbeiterschaft durch Arbeitslosigkeit wieder heruntergedrückt. Unselbständige Arbeitskräfte sind halt vom Lohn abhängig. Sie brauchen ihn, um leben zu können. Je höher also die Arbeitslosigkeit, umso größer die Konkurrenz um die Arbeitsplätze und je länger die Arbeitslosigkeit andauert, umso niedrigere Löhne werden akzeptiert.

Die Grundtendenz der Entwicklung ist dabei für die Lohnabhängigen durchaus positiv. Durch die Neuanlage des Profits hat das Kapital die Tendenz, ständig zu wachsen. Es saugt also Arbeitskräfte an. Wie ein solcher Prozeß wirkt, war in den letzten Jahrzehnten in der Bundesrepublik Deutschland – wie übrigens auch in anderen Ländern –, gut zu beobachten. Das Kapital hat in dieser Zeit nicht nur Millionen Bauern und Gewerbetreibende aufgenommen, die mit der Entwicklung nicht mehr Schritt halten konnten und aufgeben mußten, sondern es hat, darüber hinaus, auch noch Millionen von Gastarbeitern aus fremden Ländern angeworben.

Aber der entscheidende Faktor, der die Beschäftigung bestimmt, ist wiederum nicht das Kapitalwachstum, sondern das ist der technische Fortschritt. In dem Mechanismus, der das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit bestimmt, wirken immer die verschiedensten Faktoren aufeinander.[2] Regulator ist in jedem Falle der Profit, aber was wie und in welcher Richtung wirkt, das hängt von der jeweiligen Gesamtsituation ab. In bezug auf die Lebenslage der Arbeiterschaft aber kann man ganz allgemein sagen: sobald steigende Löhne, bzw. Arbeitskosten ganz generell, den Profit des Kapitals auf einen kritischen Punkt gedrückt haben, hört das Kapitalwachstum auf. An diesem Punkt ändert sich die Zielrichtung der Investitionen. An die Stelle der Erweiterungsinvestitionen treten solche, die der Einsparung von Arbeitsplätzen dienen. Arbeitskräfte werden freigesetzt, Arbeitslosigkeit breitet sich aus. In der Bundesrepublik war die Schmerzgrenze Anfang der siebziger Jahre erreicht, bei einem Anteil der Selbständigen-Einkommen am Nationaleinkommen von rund 25 Prozent. Der Druck auf die Profite ging von mehreren Faktoren aus. In erster Linie waren es die Arbeitskosten. Jahrelange Vollbeschäftigung hatte die Löhne erheblich steigen lassen; selbstverständlich hatte

2 Deshalb gibt es ja auch keine Garantie dafür, daß die Gewinnförderung tatsächlich Arbeitsplätze schafft oder, allgemeiner gesehen, bestimmte Faktoren entscheidend für die Konjunktursteuerung sind; deshalb greifen übrigens auch die marktwirtschaftlichen Instrumente nicht, die von den Reformern in den sozialistischen Ländern – oder vom IWF in den weniger entwickelten Ländern – zur Anwendung gebracht werden.

auch der Systemwettbewerb dabei eine Rolle gespielt. Eine einzigartige Situation war entstanden. Die Lohnabhängigen hatten einen Freiraum in der Gestaltung ihres Lebens bekommen, wie sie ihn nie vorher besessen hatten. Die Kehrseite dieses Freiraumes machte sich natürlich ebenfalls bemerkbar: Arbeitsdisziplin und -moral ließen nach, d.h. die Fehlzeiten nahmen zu, die Arbeitsintensität ging zurück, die Arbeitsqualität ließ zu wünschen übrig, Reklamationen häuften sich usw. Kurzum, der Zugriff des Kapitals auf die gesellschaftliche Arbeitskraft lockerte sich, und die Wirtschaft begann aus dem Gleise zu laufen. Die Explosion der Ölpreise war dann der unmittelbar auslösende Faktor für die Veränderung der Investitionsziele. Von diesem Zeitpunkt an begann die massive Freisetzung von Arbeitskräften. Mitte der siebziger Jahre waren bereits anderthalb Millionen Menschen arbeitslos, Anfang der achtziger schon zweieinhalb Millionen. Die Prozesse laufen also genau nach dem von Marx gezeichneten Grundmuster der kapitalistischen Akkumulation ab. Teilweise sogar stärker ausgeprägt. Beispielsweise fehlen in bezug auf die Arbeitslosigkeit die früher üblichen Entspannungsperioden während des Aufschwunges. Die Arbeitslosigkeit ist chronisch geworden. Auch gibt es einen ganz erheblichen Sockel von Langzeitarbeitslosen, und der Bodensatz an Randgruppen, die von der Wirtschaft überhaupt nicht mehr aufgesogen werden, die nur noch sporadisch Gelegenheitsarbeit finden, ist riesengroß. So hielt sich die Arbeitslosenzahl in der Bundesrepublik in den ganzen achtziger Jahren, auch im Aufschwung, oberhalb der Zwei-Millionen-Grenze, und gut weitere zwei Millionen waren der Armut zuzurechnen. Auch der Druck hin zur Verelendung zeichnet sich also weiter ab. Neu ist dagegen, daß es nicht mehr zur Verelendung kommt, jedenfalls nicht in einem mit der früheren Verelendung vergleichbaren Maße. Das gilt zumindest für die hochindustrialisierten Länder, in den weniger entwickelten setzt sich der Druck der Arbeitslosen nach wie vor in Verelendung um; dabei spielt natürlich die Ausbeutung der weniger entwickelten Länder mit eine Rolle, die sich allein schon aus dem technischen Vorsprung der hochindustrialisierten Länder ergibt, der ihnen eine Monopolstellung gibt. Es wäre aber zu kurz gegriffen, wenn man in den Veränderungen nur eine Verlagerung der Wirkungszusammenhänge des Akkumulationsgesetzes sieht. Vielmehr deutet die Tatsache, daß der weiterhin beschäftigte Teil der Lohnabhängigen, trotz andauernder Massenarbeitslosigkeit und zunehmender Armut, immer noch Lohnerhöhungen und selbst Arbeitszeitverkürzungen durchsetzen kann, darauf hin, daß hier eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit sichtbar wird, die geeignet ist, die Wirkungsweise des kapitalistischen Akkumulationsgesetzes zu verändern.[3] In diesem Zusammenhang ist na-

3 Vgl. dazu auch ebda., S. 669 u. 674

mentlich die Arbeitszeitverkürzung wichtig, weil mit dieser auch die Beschäftigung, d.h. der für die Lebenslage der Arbeiter überhaupt entscheidende Faktor, angesprochen wird.

Die Bedeutung dieser Veränderungen wird auch noch durch einen weiteren Prozeß unterstrichen. Schaut man sich die wirtschaftliche Entwicklung ab Mitte der sechziger Jahre an, so stößt man nicht nur in den sozialistischen Ländern auf Stagnationserscheinungen, sondern auch in den kapitalistischen. Und zwar handelt es sich um Stagnationserscheinungen, die nicht nur auf der üblichen zyklischen Entwicklung kapitalistischer Produktion beruhen. Vielmehr zeigt sich, daß die Erschlaffung der Kapitalakkumulation unter anderem auf den Widerstand der Werktätigen gegen den technischen Fortschritt zurückzuführen ist. Auch das ist von wesentlicher Bedeutung, denn mit dem technischen Fortschritt wird *das* zentrale Instrument lahmgelegt, mit dem das Kapital dem Rückgang der Profitrate entgegenwirken kann.

Namentlich in Großbritannien war der Widerstand der Werktätigen so kräftig, daß sich ganz absonderliche Zustände ergaben. In manchen Zweigen wurde der technische Fortschritt ganz oder doch teilweise unterbunden. Im Kohlebergbau produzierten zum Beispiel unrentable Zechen weiter; selbst dann noch, als es, wegen der Umstellung der Wirtschaft auf andere Primärenergien, gar keine Abnehmer für die geförderte Kohle mehr gab. In anderen Zweigen wurde neue Technik zwar eingeführt, aber ihre Leistungskraft konnte nicht zur Einsparung von Arbeitskräften genutzt werden. Beispielsweise führte die Eisenbahn statt der Kohle- Diesellokomotiven ein. Die Heizer konnten jedoch nicht entlassen werden, sondern sie fuhren auf den Diesellokomotiven weiter mit. In den Druckereien standen Setzer herum, für die es keine Funktionen mehr gab. Usw. Die Leistungskraft der Technik wurde durch die wissenschaftlich-technische Revolution so sehr gesteigert, daß sie sich auch trotz dieser Hemmnisse Bahn brach. Aber dadurch entstanden zugleich auch massive strukturelle Verzerrungen in Produktion und Beschäftigung, die in zunehmendem Maße den Staatshaushalt belasteten.

Hier werden Phänomene sichtbar, die näher untersucht werden müßten, weil sie möglicherweise neues Licht auf den Prozeß der Systemveränderung werfen. Das Kapital reagierte unterschiedlich auf diese Hemmnisse. In Großbritannien mit Härte. Von der Regierung Thatcher wurden als erstes die Gewerkschaftsrechte radikal beschnitten und Freiraum für ungehinderte Strukturbereinigungen und Entlassung von Arbeitskräften geschaffen. Ähnlich in den USA. In der Bundesrepublik Deutschland reagierte man flexibler. Auf der einen Seite sorgte die Regierung Kohl über ihre Einwanderungs- bzw. Flüchtlingspolitik dafür, daß ein konstanter Druck von Arbeitslosen aufrechterhalten wurde. Auf der anderen Seite aber wurden sozialverträgliche Lösungen entwickelt, die die Folgen des technischen Fortschritts für die

Lohnabhängigen abfederten und so ihren Widerstand abbauten; Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen für die weiterhin beschäftigten, Sozialverträge, Weiterbildung, Umschulungen für die freigesetzten Lohnabhängigen.[4] Ähnlich in Frankreich. Interessant ist die Unterschiedlichkeit der Kapital- bzw. Staatsreaktionen in England und den USA einer- und der Bundesrepublik und Frankreich andererseits. In England gab es zwar starke Gewerkschaften, aber die radikal-sozialistische Komponente spielte im gesellschaftlichen Kräftefeld kaum eine Rolle, und in den USA waren selbst die Gewerkschaften kapitalorientiert. In der Bundesrepublik war zwar die radikal-sozialistische Komponente fast bedeutungslos, aber die Bundesrepublik lag unmittelbar neben der DDR, nicht einmal durch eine Sprachbarriere getrennt. In Frankreich gab es wiederum eine starke sozialistische Komponente im gesellschaftlichen Kräftefeld. Die Existenz starker politisch oppositioneller Kräfte hat sich also offensichtlich auch kräftig auf die Stellung und die Lebenslage der Lohnabhängigen ausgewirkt. Der Zerfall des Frühsozialismus hat diese Situation wesentlich verändert. Es bleibt abzuwarten, wie weit sich das auswirken wird. Eine Rückkehr zu den alten Verhältnissen wird es jedoch kaum geben. Das Kapital wird seine Macht nie mehr voll ausüben können – vielleicht abgesehen von einer kurzen, durch den Zerfall des Frühsozialismus ausgelösten, Schock-Periode –, weil es stets wieder daran erinnert werden wird, daß sich die Werktätigen unter Umständen selbständig machen könnten. Es muß also hegemonial herrschen! In den gesellschaftlichen Konflikten der Zukunft werden demnach die sozialen Folgen des technischen Fortschritts eine immer größere Rolle spielen. Einerseits, weil die hegemoniale Herrschaft das Kapital zwingt, nicht nur die eigenen Akkumulationsbedürfnisse zu befriedigen, sondern auch die Bedürfnisse der Werktätigen zu berücksichtigen, beides ist nicht ohne Steigerung der Arbeitsproduktivität möglich. Zum anderen, weil der technische Fortschritt zunehmendes Gewicht für die Konkurrenz und den Ausbeutungsprozeß im internationalen Rahmen bekommen hat. Die bevorzugte Stellung der hochindustrialisierten Länder beruht vor allem auf ihrem technischen Vorsprung. Nur über die dadurch erlangte Monopolstellung können sie national selbständigen Ländern Mehrwertteile entziehen; selbst die absoluten Antipoden des Kapitalismus, die frühsozialistischen Länder, sind durch ihren Entwicklungsrückstand in den kapitalistischen Ausbeutungsprozeß einbezogen gewesen.[5] Wie immer sich das gesellschaftliche Kräftefeld also gestaltet, der Kapitalismus wird den technischen Fortschritt sozial verträglich machen, d.h. er wird den

4 In dieser Beziehung hat der Frühsozialismus versagt

5 Es würde zu weit führen, das hier ausführlicher darzustellen. Vgl. Katzenstein, Robert: Zivilisieren wir die Marktwirtschaft, Konsequent, Sonderheft 8, Berlin (West) 1989.

Interessen der Lohnabhängigen Rechnung tragen müssen. Der Emanzipationsprozeß der Werktätigen ist zu weit fortgeschritten, als daß die Gesellschaft anders regierbar wäre. Eine Erkenntnis, die mit der Theorie von der Zwei-Drittel-Gesellschaft bereits in das gesellschaftliche Bewußtsein gehoben worden ist.

So wie die Dinge liegen, wird die gesellschaftliche Entwicklung auf absehbare Zeit im Rahmen kapitalistischer Ordnungsformen verlaufen. In den mit dem technischen Fortschritt für die Werktätigen verbundenen Problemen wird folglich auch eines der hauptsächlichen Politikfelder der Linken liegen. Da der Einfluß des Sozialismus auf das gesellschaftliche Kräftefeld ausgefallen ist, wird es weitgehend von ihr abhängen, von der Art, wie sie die Kraft der Werktätigen gestaltet, wie weit es den Werktätigen gelingt, ihre Interessen zur Geltung zu bringen.

Ich sagte, die Entwicklung wird sich für absehbare Zeit im Rahmen des Kapitalismus vollziehen. Das bedeutet natürlich auch, daß sich sein Wesen nicht verändert. Dennoch vollziehen sich Veränderungen von grundsätzlicher Bedeutung. Betrachten wir die Ergebnisse der Arbeitskämpfe vom Standpunkt des Ausbeutungsprozesses, so bedeuten höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, kürzere Arbeitszeiten, Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten usw. natürlich auch, daß die Arbeitszeit der Werktätigen weniger von ihrer Lebenszeit in Anspruch nimmt als früher und daß sie, innerhalb dieser Arbeitszeit, längere Zeit für sich selbst, zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse, als zur Befriedigung der Profitbedürfnisse fremder Herren arbeiten. Das will nicht heißen, daß die Ausbeutung gesunken ist. Man müßte das erst noch genauer untersuchen, entspringt doch der höhere Lebensstandard zu einem gut Teil der gestiegenen Arbeitsproduktivität und zu einem weiteren Teil dem Mehrwertransfer aus den unterentwickelten Ländern. Auch der Anteil der Lohnabhängigen am Nationaleinkommen sagt noch nicht viel aus, denn ihre Zahl hat, im Verhältnis zu der der Erwerbstätigen insgesamt, kräftig zugenommen. Dennoch bleibt festzustellen, daß die Werktätigen heute einen größeren Teil der Arbeitszeit für sich, einen kleineren Teil für Fremde arbeiten. Die Produktion ist mehr als früher auf die Bedürfnisse der Werktätigen als auf die der herrschenden Klasse ausgerichtet. Man könnte fast sagen, das Ziel der Produktion hat begonnen sich zu wandeln, weg vom Profit, hin zur Befriedigung der Bedürfnisse der Werktätigen. Und zwar nicht nur ihrer unmittelbaren Lebens-, sondern auch ihrer Emanzipationsbedürfnisse. Wenn dem so ist, dann sammeln sich hier auf den verschiedendsten Lebensfeldern Veränderungen an, die irgendwann auch in eine Veränderung der gesamten gesellschaftlichen Ordnungsbedingungen umschlagen müssen. Zumal der Konzentrationsprozeß des Kapitals dazu geführt hat – und immer weiter führt –, daß die Zahl der Unternehmer, und

auch der Selbständigen überhaupt, relativ abnimmt, d.h. die Funktionsfelder des gesellschaftlichen Lebensprozesses werden zunehmend durch Lohnabhängige ausgefüllt; selbst der Mittelstand ist heute mehrheitlich schon lohnabhängig. Mir scheint, es lohnt sich, diesen Spuren einmal genauer nachzugehen.

Jörg Goldberg

Die Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus und seine säkularen Krisentendenzen

Nach dem Zerfall der sozialistischen Planwirtschaften ist es nur zu verständlich, daß das den Weltmarkt beherrschende Prinzip der kapitalistischen Marktwirtschaft auch politisch-theoretisch bestimmend ist. Zwischen den Ursachen für den Zerfall des Sozialismus und den Erfolg des Kapitalismus ist aber zu unterscheiden – auch wenn es natürlich Zusammenhänge gibt. Hier soll zunächst nur interessieren, welche Momente der kapitalistischen Produktionsweise diesem ihre Stabilität verleihen und in welchem Verhältnis sie zu seiner nicht nur im Marxismus behaupteten säkularen Krisenhaftigkeit stehen. Schließlich wird die Frage gestellt, ob die Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus sich auch auf ökologische und Entwicklungsfragen als scheinbar neue Widerspruchsfelder anwenden läßt.

Kapitalistische Vergesellschaftung und Krisen

Nicht nur die marxistische Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus hat diesem schon früh zunehmende Krisenhaftigkeit und eine Tendenz zur Selbstabschaffung nachgesagt. Dabei war niemals nur eine rein ökonomische Funktionsunfähigkeit (im Sinne eines ökonomischen Zusammenbruchs) gemeint: Stets war die Vermittlung über handelnde gesellschaftliche Gruppen einbezogen. Adam Smith sah in der »dritten Klasse«, also jener, die vom Profit lebt, eine große Gefahr für das System der freien Konkurrenz. Denn »das Interesse der Kaufleute irgendeines besonderen Handels- oder Manufakturzweiges unterscheidet sich ... in gewisser Hinsicht immer von dem der Allgemeinheit, ja widerspricht diesem sogar.« Diese Klasse neige zu Maßnahmen, die durch Beschränkungen der Konkurrenz den Profit über das »natürliche Niveau« hinaus erhöhen. Und dieses Niveau sei in reichen Ländern niedrig und in armen hoch, so daß mit der Entwicklung des Reichtums eine Tendenz zur politischen Stabilisierung des Profits (d.h. zur Beschränkung der Konkurrenz) verbunden sei. Smith warnt denn auch davor, den Vorschlägen dieser Klasse in wirtschaftlichen Dingen zu folgen: Diese sei »in der Regel daran interessiert, die Öffentlichkeit zu hintergehen, ja sogar zu unterdrücken...« (Smith II, S. 326 ff.). Bei Ricardo wird bekanntlich auf »die

natürliche Tendenz des Profits zu fallen« verwiesen, mit den entsprechenden negativen Rückwirkungen auf die Akkumulation (Ricardo, S. 106).

Fall der Profitrate und Beschränkungen der freien Konkurrenz sind auch jene Momente, die bei Marx die »universelle Tendenz« des Kapitals zur Selbstaufhebung (Grundrisse, S. 314) ausmachen. Im »Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate« (MEW 25, S. 221) ist diese säkulare Krisentendenz zusammenfassend formuliert. Sie äußert sich im Anwachsen des konstanten Kapitals im Verhältnis zur lebendigen produktiven Arbeit und damit zur Quelle von Mehrwert und Profit und in der damit verbundenen Konzentrations- und Zentralisationstendenz, also der Beschränkung der freien Konkurrenz. Die Vergesellschaftung der Produktion untergräbt die Triebkräfte der Produktionsweise.

Die kreativsten bürgerlichen Ökonomen des 20. Jahrhunderts, Keynes und Schumpeter, sahen im Kapitalismus ebenfalls säkulare Stagnationstendenzen angelegt. Keynes erblickte u.a. in der mit zunehmender Akkumulation absinkenden »Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals« eine Bedrohung der bestehenden Wirtschaftsform (Keynes 1966, S. 114), während Schumpeter im Kern in der von ihm als Ergebnis der Wirtschaftsentwicklung betrachteten Tendenz zum »vertrusteten Kapitalismus« und zur Herrschaft des bürokratisierten Großunternehmens die Ursachen für den bevorstehenden Tod des Kapitalismus erblickte (Schumpeter 1950, S. 105). Und Eugen Schmalenbach als Nestor der deutschen Betriebswirtschaftslehre sah im steigenden Gewicht der fixen Kosten Tendenzen zu Krisen und Preisbeschränkungen und damit zur »Zerstörung der freien Wirtschaft« begründet (Schmalenbach 1949, S. 96).

Der Kapitalismus ist also kein in sich ruhendes und gleichgewichtig reproduzierendes Wirtschaftssystem, sondern mit Widersprüchen behaftet, die seine Grundlagen bedrohen. Für Marx und die marxistische Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus hat diese säkulare Krisentendenz zwar nicht den Charakter eines zielgerichteten Prozesses, da die Produktionsweise als äußerst anpassungsfähig gilt und jede selbstgesetzte Schranke auch wieder überwunden werden kann. In diesem Sinne ist der Kapitalismus ökonomisch prinzipiell unbegrenzt lebensfähig. Was die Selbstregulierungs- und Selbsterhaltungsfähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise anbetrifft, so muß Marx in gewissem Sinne als viel weniger »deterministisch« als z.B. Keynes und Schumpeter bezeichnet werden. Die Beschränktheit der Produktionsweise, sich äußernd in Krisen, beinhaltet gleichzeitig ihre Regenerationsfähigkeit.

Dieser damit in den Widersprüchen der Produktionsweise angelegte Selbsterhaltungsmechanismus wird aber schon in der Marxschen Darstellungsweise faktisch zu einer Zusammenbruchstendenz: Es wird davon ausge-

gangen, daß sich die Setzung und Überwindung von Entwicklungsschranken (also die Selbstregulierung) im Zuge tiefer und destruktiver werdender Krisen vollzieht. Die Krise ist der Mechanismus des Kapitalismus, der seine Existenz gewährleistet. Es geht aber sowohl aus der Marxschen Analyse wie aus den konkret-historischen Erwartungen der Klassiker hervor, daß der Strukturwandel des Kapitalismus die destruktive Gewalt der Anpassungskrisen vergrößern muß. Derjenige Mechanismus, der prinzipiell die ökonomische Überlebensfähigkeit der Produktionsweise ausmacht, die krisenhafte Vernichtung von Kapital, ist mit immer größeren Zerstörungen der stofflichen Quellen des Reichtums verbunden. Für Marx stehen die Rückwirkungen auf die lebendige Arbeit im Mittelpunkt, prinzipiell ist aber auch die Destruktion der natürlichen Grundlagen der Produktion gemeint. Die Entwicklung der Produktivkräfte vollzieht sich über einen ständig steigenden Grad der Kapitalfixierung und der Kapitalvernichtung. Die Krisen, die Voraussetzung und Form, in der die jeweiligen Entwicklungsschranken überwunden und ein ökonomischer Zusammenbruch immer wieder verhindert werden kann, müssen immer zerstörerischer werden und so die Legitimation dieses Systems politisch erschüttern.

Die Krise steht im Mittelpunkt der Selbstregulierungsfähigkeit und gleichzeitig der historischen Beschränktheit der Produktionsweise:

- Sie eröffnet immer wieder neue Entwicklungswege im Kapitalismus;
- sie beschädigt mit zunehmender Gewalt die Grundlagen der Reichtumsproduktion;
- sie untergräbt damit ihre Legitimationsgrundlage und löst politische Konflikte aus, die ihre Ablösung durch den Sozialismus bedeuten.

Der für diese Analyse entscheidende Zusammenhang zwischen ökonomischer Krise und politischem Handeln des Proletariats ist allerdings ein schon bei Marx und im Marxismus nur wenig untersuchter Bereich – obwohl ja die historische Beschränktheit der kapitalistischen Produktionsweise nur über diesen Zusammenhang zur Wirklichkeit werden kann. Ökonomische Krisen wurden relativ umstandslos mit politischen Krisen verknüpft, die eine würde die andere hervorrufen und so früher oder später den politischen Bruch mit der bestehenden Produktionsweise bewirken. Das Proletariat exekutiert die Überlebtheit des Kapitalismus als Agent der Geschichte (Deppe 1991, S. 28).

In diesem Sinne erscheint es berechtigt, von einer schon in der Marxschen Krisenanalyse angelegten »Zusammenbruchstheorie« zu sprechen – wobei dieser Begriff allerdings wenig mit jenen Thesen zu tun hat, die im Streit mit Rosa Luxemburg unter dieser Überschrift diskutiert worden waren (Bucharin 1926). Obwohl Luxemburg behauptete, daß »die Akkumulation ... in einem ausschließlich kapitalistischen Milieu unmöglich« sei, geht auch sie davon aus, daß der Kapitalismus nicht erst an diesem Endpunkt zugrunde

gehen wird, sondern schon vorher an den zum Zwecke der Systemerhaltung produzierten Krisen (Luxemburg 1975, Bd. 5, S. 519). Wenn hier also behauptet wird, daß die marxistische Krisentheorie – im Gefolge von Marx – letztlich immer als Zusammenbruchstheorie aufgefaßt worden ist (Goldberg 1990, S. 887), so ist dieser vermittelte Zusammenhang zwischen der tendenziell zunehmenden destruktiven Eigenschaft kapitalistischer Krisen und den erwarteten politischen Destabilisierungstendenzen – also der Annahme bestimmter politischer Reaktionsweisen des Proletariats – gemeint.

Es blieb allerdings der politisch auf die kommunistische Weltbewegung orientierten Strömung im Marxismus vorbehalten, die Periode nach dem Ersten Weltkrieg – in Kanonisierung einer Leninschen Streitschrift gegen Kautsky – als Periode der »allgemeinen Krise« zu definieren, als Periode also, in der der Kapitalismus real bereits seinem Ende zugeht, in der die säkulare Krisentendenz bereits historisch-konkret entschieden ist. Auch eine zeitweilige Überwindung der Krise durch immanente Kräfte dieser Gesellschaftsordnung galt als unmöglich (Varga 1955; Autorenkollektiv 1976, S. 31). Daß hier der Wunsch Vater des Gedankens war, ist heute offensichtlich. Und offensichtlich ist auch, daß der Kapitalismus bislang seine Krisen ökonomisch und politisch letzten Endes relativ gut überstanden hat, daß er anscheinend über eine derzeit als nahezu grenzenlos geltende Anpassungsfähigkeit verfügt. Die Annahme (u.a. auch des Autors), daß es eine Revitalisierung der kapitalistischen Wachstumsdynamik nach der Krisenperiode der siebziger und achtziger Jahre nicht geben könne, erweist sich offensichtlich als falsch (Goldberg 1988, S. 259 f.).

Anpassungsfähigkeit und Krisen

Die These von der säkularen Krisentendenz des Kapitalismus muß aber m. E. nicht eigentlich deswegen hinterfragt werden, weil der Sozialismus in der »realen« Form des von der Sowjetunion dominierten politischen Systems zerfallen ist und auch nicht deswegen, weil die hochindustrialisierten kapitalistischen Länder derzeit – nach einer längeren Krisenperiode – wieder günstige ökonomische Ergebnisse präsentieren können. Viel eindrucksvoller ist die Tatsache, daß die kapitalistischen Länder ihre Veränderungs- und Anpassungsprozesse, in denen sie reale Entwicklungsschranken überwinden und neue Dynamik gewinnen können, seit dem Zweiten Weltkrieg mit vergleichsweise geringen ökonomischen und politischen Turbulenzen abwickeln können.

Die Marxsche Perspektive – anders als jene der »allgemeinen Krise« – hielt solche Aufschwungsperioden ja nicht für unwahrscheinlich, sondern

immer für prinzipiell möglich und – wenn es zu keinem politischen Umbruch kommt – sogar für notwendig. Die Vorstellung einer permanenten Niedergangsperiode widerspricht eigentlich dem Marxschen krisentheoretischen Ansatz; es wurde aber auch von Marx angenommen, daß neue Entwicklungsetappen nur im Zuge umfangreicher ökonomischer (und damit auch politischer) Erschütterungen eingeschlagen werden könnten. Ihre Voraussetzung ist Kapitalvernichtung, welche – wie schon oben gezeigt – eine wachsende Destruktivität aufweisen muß.

Wenn man nun davon ausgeht, daß die siebziger und achtziger Jahre eine solche Umbruch- und Anpassungsperiode des Kapitalismus gewesen sind, also eine »große Krise« (Altvater 1991, S. 29), so erscheinen die damit verbundenen ökonomischen und sozialen Erschütterungen in den kapitalistischen Ländern – im Gegensatz zu den sozialistischen – doch vergleichsweise milde. Dies gilt vor allem dann, wenn man sie mit den Ergebnissen der Weltwirtschaftskrise von 1929/30 und der folgenden Depressionsperiode vergleicht (Priewe 1985, S. 10 ff.).

Folgende Momente sollen dabei unterstrichen werden:

- Es ist zu zwei relativ (für die Nachkriegszeit) tiefen Konjunkturkrisen (1974/75 und 1980/82) gekommen. Das Wachstum in den großen kapitalistischen Ländern blieb aber im Zeitraum 1970 bis 1985 mit rund zwei Prozent im historischen Vergleich ansehnlich, die Produktionsrückgänge in den beiden zyklischen Krisen überstiegen in keinem größeren kapitalistischen Land vier Prozent und waren meist deutlich geringer.
- Die Arbeitslosenquoten stiegen überall stark an, die existierenden Sozialsysteme aber wurden dadurch und durch die Verarmung bestimmter Bevölkerungsteile in ihrer Kapazität nicht in Frage gestellt.
- Japan und der südostasiatisch-pazifische Raum blieben eine dynamische Wachstumsregion, ohne daß die USA als traditionelle Führungsmacht abgelöst wurden. Nur in einem einzigen Jahr, 1974, kam es in Japan in der betrachteten Periode zu einem leichten Produktionsrückgang (-1,2 Prozent).
- Der wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel vollzog sich ohne große politische Brüche, im Rahmen der bestehenden Politiksysteme.
- Die beiden »Ölschocks« von 1973/74 und 1979/80 konnten relativ problemlos verarbeitet werden.
- Der Welthandel expandierte weiterhin rascher als die Produktion, die Internationalisierung der Wirtschaft setzte sich in der Krisenperiode eher beschleunigt fort.
- Obwohl es mit der Schuldenkrise und dem Stocken des Entwicklungsprozesses in Afrika und Lateinamerika zu einer Akzentuierung von Nord-Süd-Problemen gekommen ist und sich die Kluft zwischen den verschie-

denen Weltteilen auf eine dramatische Weise vertieft hat (Weltbank 1990), wurde dadurch die Dominanz der kapitalistischen Industrieländer im internationalen System nicht in Frage gestellt.
- Im Systemkonflikt hat die Krise des Westens die Kräfteverhältnisse zu keinem Zeitpunkt zugunsten des sozialistischen Lagers beeinflußt.

Eine neue Dynamik des Kapitalismus?

Es ist möglicherweise verfrüht, bereits jetzt das Ende der Anpassungskrise zu signalisieren, die Anfang der siebziger Jahre begonnen hatte. Zwar erscheint die Periode der Wachstumsabschwächung – auch vor dem Hintergrund der Öffnung der ehemaligen sozialistischen Märkte – derzeit beendet. Und ab Mitte der achtziger Jahre ist es zu einer Neubelebung der Wachstums- und Akkumulationsdynamik gekommen.

Wirtschaftswachstum der »G 7«[1]

	Bruttoinlandsprodukt	Anlageinvestitionen Insgesamt	Private[2]
1960-69	5,8	8,4	8,6
1969-82	3,0	2,1	2,7
1982-88	3,7	5,5	6,5
1988-91[3]	2,3	3,4	5,0

Die Ende 1990 in einigen Ländern (Großbritannien, USA, Schweden, Finnland) begonnene erneute zyklische Abschwächung scheint – mit Ausnahme Großbritanniens – vergleichsweise milde zu verlaufen. In Japan und in Westdeutschland sind die Wachstumsraten hoch geblieben, in den meisten übrigen Ländern scheint es lediglich zu einer deutlichen Wachstumsabschwä-

1 USA, Japan, BRD, Frankreich, Italien, Großbritannien, Kanada; jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent.

2 Private Anlageinvestitionen ohne Wohnungsbau.

3 Schätzung aufgrund vorläufiger Angaben.
Quelle: Bank für internationalen Zahlungsausgleich, 60. u. 61. Jahresbericht; DIW-Wochenbericht 26-27/91; eigene Berechnungen.

chung zu kommen. Vor allem aber bleiben die Anlageinvestitionen hoch. Der Unternehmenssektor realisiert steigende Gewinnquoten, die Selbstfinanzierung ist überwiegend stark angestiegen.

Trotzdem bleiben strukturelle Probleme ungelöst:

- Die Verschuldung der Dritten Welt, die Ungleichgewichte in den internationalen Zahlungsbilanzen, hohe Realzinsen und eine anhaltende »Volatilität« von Börsenkursen und Devisenmärkten machen die internationalen Finanzmärkte zu einem permanenten Unruheherd. Dies hat allerdings bislang den Aufschwung der Investitionen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre nicht behindert.
- Die unterentwickelten Länder Afrikas und Lateinamerikas konnten, mit wenigen Ausnahmen, immer noch nicht an den Wachstumsprozeß der sechziger und siebziger Jahre anknüpfen und verzeichnen rückläufige pro-Kopf-Produktionen.
- Die internationalen Handels- und Kapitalsströme konzentrieren sich auf die entwickelten kapitalistischen Länder und den südostasiatischen Raum, während die Reformländer des Ostens und die überwiegende Mehrheit der Länder der Dritten Welt einem Auszehrungsprozeß unterliegen, der nur durch die Aktionen nationaler und supranationaler staatlicher Institutionen etwas gemildert wird.
- Die Arbeitslosigkeit bleibt weltweit hoch und produziert auch in den reichen Ländern Bevölkerungsgruppen, die nachhaltig marginalisiert werden.

Hinzu kommen die schweren Probleme, die mit der Integration der ehemaligen sozialistischen Länder in den Weltmarkt verbunden sind. Die internationalen Wachstums-, Wohlstands- und Produktivitätsunterschiede nehmen zu, ohne daß die rasche Internationalisierung unter Marktbedingungen einen Beitrag zum Ausgleich der krassen Entwicklungsdifferenzen beinhaltet. Es scheint vielmehr, daß die Liberalisierung der internationalen Waren- und Kapitalströme die Tendenz zur Konzentration in den reichen Regionen der Welt befördert.

Trotzdem sprechen die große politische Stabilität, die dynamische Investitionsentwicklung auf Basis neuer Technologien, der Wiederanstieg der Profitraten, die Ausdehnung des internationalen Handels mit Waren und Dienstleistungen und die Entwicklungsdynamik im südostasiatisch-pazifischen Raum dafür, daß der Kapitalismus die Anpassungskrise der siebziger und achtziger Jahre überwunden und eine neue Periode verstärkter Wachstumsdynamik eingeschlagen hat.

Dabei ist allerdings anzumerken, daß diese bemerkenswerten Erfolge heute überall mit großen Fragezeichen versehen werden müssen und auch versehen werden: Es ist im Grunde Konsens, daß der vorherrschende Produktions- und Konsumtionstyp, dessen Redynamisierung doch den Kern der erfolgreichen kapitalistischen Anpassungsstrategie ausmacht, nur noch für einen begrenzten Zeitraum realisierbar ist. Was einerseits als Ausdruck wiedererlangter ökonomischer Stabilität begriffen wird – nämlich hohe Wachstumsraten – wird andererseits bereits als Weg in die Katastrophe gesehen. Die weltweiten Bemühungen um neue Methoden der Sozialproduktberechnung belegen diesen Zielkonflikt. Und schon gibt es reichlich Stimmen, die »dauerhafte Entwicklung« (Brundtland 1987) nicht mehr im Wirtschaftswachstum aufgehoben sehen (Hauchler 1991).

Es sind vor allem zwei Aspekte, die diesen Zivilisationstyp als nur noch für eine begrenzte Zeit fortsetzbar erscheinen lassen:

- Die Ressourcen des Planeten erlauben nur noch beschränkte Verbrauchszuwächse – wenn überhaupt. Vor allem die Konsequenzen für die Atmosphäre scheinen in Form der »Klimakatastrophe« eine lineare Fortsetzung der bisherigen Entwicklungsrichtung zu verbieten. Es muß zu einer »vorsorgenden« Umweltpolitik kommen, da die Folgen falscher Entscheidungen irreversibel sind (Memorandum '90, S. 273). Selbst wenn in den entwickelten Industrieländern im Rahmen ressourcensparender Produktionsverfahren Wachstum und Ressourcenverbrauch entkoppelt werden können, ist dies für eine größere Zahl von Entwicklungsländern nicht möglich. Es ist schon heute eine Binsenweisheit, daß der in der westlichen Welt erreichte Wohlstandstyp – der weltweit das Vorbild der Entwicklung abgibt – nur für eine begrenzte Zahl von Menschen realisiert werden kann. Wie die teilweise dramatisch zunehmenden Umweltschädigungen in den ärmsten Ländern der Welt zeigen, ist aber auch Unterentwicklung kein Garant für eine heile Umwelt. Die wirtschaftlichen Armutszonen der Welt werden auch zu ökologischen Krisengebieten (Weizsäcker 1989). Eine noch im Brundtlandbericht empfohlene Verknüpfung von Wachstum und Ökologie wird heute vielfach für unzureichend angesehen (Harborth 1989, S. 79 ff.).
- Der Gegensatz arm-reich hat sich national und international eher vertieft und verfestigt, ohne daß dies mit dem klassischen Gegensatz Kapital-Arbeit verknüpft ist. Während es aber in den entwickelten kapitalistischen Ländern gelungen ist, ihm im Zuge sozialstaatlicher Maßnahmen einigermaßen die politische Sprengkraft zu nehmen, gilt dies weder für die

weniger entwickelten Regionen der Welt noch für den Gegensatz Erste Welt-Dritte Welt (UNCTAD 1990). Im Zuge der Verbreitung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und der Internationalisierungsprozesse gewinnt dieser Gegensatz neue Sprengkräfte und bedroht die Welt vor allem durch unkontrollierbare Bevölkerungsbewegungen, derzeit vor allem noch innerhalb der Dritten Welt. In Form des Flüchtlingsproblems und der Arbeitsmigration drohen sie weltweit zu einem Instabilitätsfaktor ersten Ranges zu werden.

Regulierungsmethoden und neue Widerspruchsfelder

Die Frage ist nun, ob diese Krisenfaktoren neuen Typs im Zuge der bekannten Regulierungs- und Flexibilitätspotentiale des Kapitalismus lösbar sind.

Bezogen auf die Mechanismen zur Überwindung von längeren Krisen- und Stagnationsperioden des Kapitalismus sind hier drei Aspekte zu nennen, die sowohl in den auf Marx bezogenen als auch in den bürgerlichen Konjunktur- und Krisentheorien bekannt sind: Die »Theorie der Langen Wellen«, die verschiedenen Varianten der »Regulierungstheorie« und die Theorie der »nachholenden Industrialisierung«.

Im Mittelpunkt der Theorie der Langen Wellen steht die Technologie. Bestimmte Techniktypen, deren materielle Grundlage eine bestimmte Struktur des Produktionsapparates ist, erschöpfen sich nach einer bestimmten Zeit und können nur noch abnehmende Produktivitätszuwächse realisieren. Dies ruft technologische Umwälzungen hervor, die nach einer krisenhaften Anpassungsperiode bestimmend werden und wieder eine beschleunigte Wachstumsdynamik auslösen (Goldberg 1985).

Die verschiedenen Varianten der Regulierungstheorien legen den Akzent auf die Ebene der sozialen und politischen Strukturen. Das System, in dessen Rahmen soziale und ökonomische Proportionalitätsbeziehungen gewährleistet werden, wird im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung gesprengt. Während die »Regulationstheorie« dabei vor allem die betrieblichen Arbeitsbeziehungen zum Ausgangspunkt nimmt (Stichwort »Fordismus«) (Hirsch 1990), geht die »Stadientheorie« (»Staatsmonopolistischer Kapitalismus«) vom Formwandel der Konkurrenzbeziehungen der Einzelkapitale als strukturbestimmendem Merkmal aus (Klein 1985). Gemeinsam ist den verschiedenen Ansätzen aber die Vorstellung, daß es im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse immer wieder relativ stabile soziale und politische Strukturen gibt, die nach Anpassungskrisen eine erneute Fortsetzung der kapitalistischen Entwicklungsdynamik erlauben.

Schließlich ist ein dritter Ansatz zu erwähnen, der als »kapitalistische Landnahme« zu bezeichnen ist: Die Durchkapitalisierung bislang vom Kapital wenig erschlossener Bereiche und Regionen der Welt eröffnet zusätzliche Wachstumsspielräume (Lutz 1984). Diese Position hat starke Bezüge zur traditionellen, an Lenin anknüpfenden Imperialismustheorie.

Betrachtet man die »große Krise« der siebziger und achtziger Jahre, also insbesondere die Jahre 1970 bis 1987, so sind Anpassungsprozesse auf allen drei Ebenen zu beobachten:

- Die technologischen Grundlagen der Wirtschaft haben sich mit der Ausbreitung der Informations- und Kommunikationstechnologien einschneidend verändert (Gerstenberger 1990). Die Belebung der Investitionen scheint darauf hinzudeuten, daß ein neuer Akkumulationszyklus auf veränderter technologischer Basis begonnen hat.
- Die Verteilungsverhältnisse haben sich zugunsten des Kapitals verschoben, in vielen Bereichen kommt es zu einer Aufwertung der Rolle der lebendigen Arbeit im Reproduktionsprozeß. Es zeigt sich eine Tendenz zur Auflösung der Nationalökonomien, zur internationalen Durchdringung des Kapitals; am deutlichsten demonstrieren das die globalisierten Finanzmärkte. Auf den wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel in Form einer Reduzierung der unmittelbar staatlichen Wirtschaftsaktivitäten (nicht zu verwechseln mit einer Beschränkung der politischen Regulierungskapazität) wurde bereits hingewiesen.
- Die Wachstumsschwerpunkte haben sich international in den asiatisch-pazifischen Raum verschoben, in dem es in einigen wenigen Ländern auch zu einer nachholenden Kapitalisierung gekommen ist. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß dem in anderen Teilen der Welt, insbesondere in Lateinamerika, ausgesprochene Deindustrialisierungsprozesse gegenüberstehen, verbunden mit einer einseitigen »Zwangsabkoppelung« vom Weltmarkt. Während die betroffenen Länder stärker denn je in die Weltmärkte integriert bleiben, geraten sie immer mehr an den Rand der internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

  In der Tat spricht gegen die mit der klassischen Imperialismustheorie verbundenen Regulierungsvarianten derzeit am meisten: Eine kapitalistische »Landnahme« ist nur in wenigen Weltteilen zu beobachten, die Anpassungsprozesse konzentrierten sich auf Veränderungen innerhalb der entwickelten kapitalistischen Länder, wobei allerdings eine Neufassung der internationalen ökonomischen Beziehungen, also eine enge gegenseitige Durchdringung der Ökonomien, eine große Rolle spielt.

  Es wird allerdings abzuwarten sein, welche Effekte die Rekapitalisierung Osteuropas und der Sowjetunion auf die Weltökonomie haben werden: Es spricht einiges dafür, daß nach einer Überwindung von Entwicklungs-

blockaden zumindest in Osteuropa eine rasche nachholende kapitalistische Entwicklung einsetzt, die die Wachstumsperspektiven Westeuropas begünstigt.

Die drei genannten Anpassungsebenen stehen in engem Zusammenhang mit jenen Faktoren, die die säkularen Krisentendenzen des Kapitalismus ausmachen. Dies gilt jedenfalls für den technischen Fortschritt und die Strukturveränderungen im Regulierungssystem, die in Gestalt von Kapitalintensivierung, Profitratenverfall und Beschränkung der freien Konkurrenz als Momente des Alterungsprozesses des Kapitalismus gelten. Es muß gefragt werden, in welchem Verhältnis die aktuell vorherrschenden Methoden zur Überwindung von Stagnationsperioden zu den säkularen Krisenfaktoren stehen.

Im Rahmen der klassischen Ansätze wäre zu erwarten, daß die geschilderten Anpassungsprozesse den Kapitalismus seinem Ende näher bringen. Ohne daß dieses hier näher diskutiert werden kann, spricht doch einiges dafür, daß andere Gesichtspunkte überwiegen:

- Die Anpassungsprozesse im Produktionsapparat haben Technologien und Produktionsverfahren zur Grundlage, die der Tendenz zum Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals, zur Reduzierung der lebendigen Arbeit als Produktionsfaktor und damit zum technologisch begründeten Fall der Profitrate zuwiderlaufen. Der sich durchsetzende Typ des technischen Fortschritts scheint in der Tendenz kapitalsparend zu sein (Goldberg 1988, S. 91) und somit dem »Marxschen« Typ – Ersatz der lebendigen Arbeit durch fixes konstantes Kapital – nicht zu entsprechen. Dies führt zu der Frage, ob die auf dem Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate zentral basierende säkulare Krisenerklärung so aufrechterhalten werden kann. Die technologischen Umwälzungen scheinen derzeit jedenfalls eher profitratenstabilisierend zu wirken und einen sparsameren Einsatz von konstantem Kapital zu bewirken.
- Entgegen einigen ideologisch verbrämten marktradikalen Behauptungen sind die Anpassungen auf der Regulierungsebene geprägt von kapitalistischen Vergesellschaftungstendenzen. Ohne daß die wichtige Rolle von kleinen und mittleren selbständigen Unternehmen für die kapitalistische Entwicklungsdynamik geleugnet werden soll, stehen im Mittelpunkt der Prozeß der (internationalen) Konzentration und Zentralisation des Kapitals, die Veränderung der unternehmensinternen Leitungsprozesse (Stichwort »Profitcenter«), die zunehmende Reichweite staatlicher Regulierungsmaßnahmen und der Kompetenzzuwachs supranationaler Institutionen auf regionaler (EG/Nordamerika) bzw. internationaler Ebene. Fraglich aber sind zwei Aussagen, die im Kern als Ausdruck der behaupteten säkularen Krisentendenz des Kapitalismus gelten können: Es ist derzeit nicht recht absehbar, daß die Vergesellschaftungstendenzen im

Kapitalismus qualitative Grenzen haben, d.h. daß sie auf einen Bruch mit den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen zusteuern. Die Vielfalt der zu beobachtenden »staatsmonopolistischen« Vergesellschaftungsformen und die durchaus unterschiedliche Rolle des privaten Kapitals in ihnen spricht eher dafür, daß ein Formwandel von ökonomischen Gesetzen möglich ist ohne einen – sei es revolutionären, sei es evolutionären – Bruch mit der bestehenden Gesellschaftsformation. Dies würde implizieren, daß die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungsrichtung politisch prinzipiell – nach Maßgabe von Kräfteverhältnissen – steuerbar ist.

Damit zusammenhängend ist nicht sichtbar, daß der Kapitalismus in seiner staatsmonopolistischen (oder: imperialistischen) Etappe seine Dynamik eingebüßt hat, daß er prinzipiell labiler geworden ist.

Es scheint mir daher notwendig, die Frage nach der Existenz und Begründung einer säkularen Krisenhaftigkeit des Kapitalismus neu zu stellen. Ohne derzeit in der Lage zu sein, dazu eine dezidierte und begründete Position einzunehmen, scheint doch vieles dafür zu sprechen, daß die sowohl bei Marx und den Marxisten als auch bei vielen wichtigen bürgerlichen Ökonomen zu findenden Ansätze zur Begründung einer säkularen Krisentendenz im kapitalistischen System vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen inzwischen als nicht ausreichend bezeichnet werden müssen. Die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus scheint nicht jene Grenzen zu haben (Kapitalintensivierung/Profitratenverfall/Monopolbildung), die bislang im Begründungsmittelpunkt gestanden hatten.

Kapitalistische Anpassungsfähigkeit und die Krise des Zivilisationstyps

Nun begründet die scheinbar unbegrenzte Krisenüberwindungskapazität des Kapitalismus diesen nicht als historischen Endzustand. Es ist wohl richtig, mit Altvater u.a. darauf zu verweisen, daß die derzeit diskutierten Hauptprobleme – die Ökologie und die Entwicklungsproblematik – einen völlig anderen Stellenwert haben als die ökonomischen Krisen (Altvater 1991). Es handelt sich um eine »Zivilisationskrise« globalen Ausmaßes, die mit den bekannten ökonomischen Krisen kaum etwas zu tun hat. Daß der Kapitalismus am Gegensatz Kapital-Arbeit in seiner klassischen Form nicht gescheitert ist und eine von dem größten Teil der lohnabhängigen Schichten als zufriedenstellend begriffene Beteiligung am gesellschaftlichen Reichtum und an den demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten realisiert hat, wird kaum

noch bestritten. Nun stehen neue Aufgaben vor ihm, die seine Anpassungsfähigkeit auf eine völlig neue Art auf die Probe stellen.

Vieles scheint dafür zu sprechen, daß die neuen Probleme im Rahmen kapitalistischer oder »marktförmiger« Ordnungsprinzipien nicht lösbar sind. Die klassische Kapitalismuskritik erhält damit scheinbar eine neue – von vielen Marxisten und Antikapitalisten nur mit großer Verspätung registrierte – Begründung. Allerdings erscheint fraglich, ob ein »fundamentalistischer« Antikapitalismus – der sich zentral auf die Ergebnisse der Marxschen Analyse des Kapitalismus des 19. Jahrhunderts »ableitend« bezieht – dadurch begründet werden kann. Aussagen darüber, welche Probleme »der Kapitalismus« oder »der Markt« lösen kann oder nicht, können nicht aus jenen Bestimmungen der Produktionsweise abgeleitet werden, deren Unzulänglichkeit zur Erklärung der Welt sich gerade erst drastisch erwiesen haben. Der Rückzug auf die klassische Kritik der politischen Ökonomie – auch wenn nun ökologisch, entwicklungspolitisch oder gar antipatriarchalisch gewendet – übersieht, daß die klassischen Kategorien offensichtlich eben nicht (mehr) hinreichen, um die gesellschaftlichen Tendenzen der Gegenwart zu verstehen.

Solche klassischen antikapitalistischen Positionen schöpften ihre Kraft aus dem Systemgegensatz. Weniger aus dem realen als vielmehr aus dem historischen: Der Vorstellung, daß eine prinzipiell überlebte (kapitalistische) Gesellschaftsordnung abgelöst werden müsse durch eine neue (sozialistische), die den adäquaten Rahmen für eine humane Entwicklung abgeben würde. Die Kritik des Kapitalismus fällt zusammen mit der Begründung des Sozialismus. Die Aussage, daß antikapitalistische Kritik nach dem Ende des »realen« Sozialismus eigentlich leichter und wirksamer sei, spiegelt diesen Zusammenhang durchaus treffend wider: Der gedachte Sozialismus muß sich nicht mehr ständig an den wenig zufriedenstellenden Ergebnissen des realen messen lassen.

Heute aber scheint beides fraglich: Nicht nur, ob die als kapitalistisch bezeichnete Produktionsweise in der Tat das entscheidende Hemmnis humaner Problemlösungen ist, sondern auch, ob sich überhaupt eine Gesellschaftsformation vorstellen läßt, die so etwas wie eine »Lösung« der ökologischen und Entwicklungsprobleme der Menschheit in sich birgt. Wer aber das zweite bezweifelt, der muß auch die tradierte Form der Kapitalismuskritik in Frage stellen. Der notwendige Übergang zu einem völlig neuen Zivilisationstyp kann mit den Formationsbegriffen »Kapitalismus« und »Sozialismus« nicht mehr erfaßt werden. Diese haben damit ihre Relevanz nicht verloren, sie sind aber nicht mehr hinreichend. Davon ableitend: Eine Politik, die sich im Kern als antikapitalistisch definiert zielt damit nicht mehr auf

die Hauptprobleme der Gegenwart, reicht also zur politischen Positionsbestimmung nicht mehr aus.

Schließlich kann auch nicht ausgeschlossen werden, daß die Vorstellung einer »Lösung« der genannten Probleme in historisch überschaubaren Zeiträumen überhaupt obsolet ist: Das Leben am Rande von möglichen Katastrophen erscheint derzeit wahrscheinlicher als der Übergang zu einer Produktionsweise, deren Regulierungsfähigkeit eine gewisse Garantie gegen Fehlentwicklungen beinhaltet.

Die Frage nach der Regulierungskapazität der kapitalistischen Produktionsweise hinsichtlich der genannten Probleme von Ökologie und Unter-(oder besser: Fehl-)entwicklung dürfte daher auf einer grundlegend anderen Ebene liegen als die bisherige Regulierungsdiskussion.

Am deutlichsten wird dieser Zusammenhang vielleicht am Entwicklungsproblem: Ob eine nachholende Industrialisierung von großen Teilen der bisherigen Dritten Welt – wie sie in Regionen Asiens ja tatsächlich zu beobachten ist – auch unter kapitalistischen Bedingungen möglich ist, liegt auf der bekannten Ebene und bezieht sich auf die Interpretation formationsspezifischer Gesetzmäßigkeiten. Es ist aber weitgehend Konsens, daß dies nicht mehr die zentrale Frage ist: Diese bezieht sich auf das adäquate menschliche Zivilisationsmodell, eine gegenüber der klassischen Formationsbestimmung übergeordnete Frage.

Die Tatsache, daß der Kapitalismus bislang in der Lage war, immanente Krisenerscheinungen und Entwicklungsblockaden zu überwinden hat daher sehr wenig mit der Frage zu tun, ob die Menschheit den Übergang zu einem anderen Zivilisationstyp schafft und ob dieser Zivilisationstyp Katastrophen ausschließen kann. Dies gilt aber auch für den Sozialismus: Es kann heute kaum noch glaubwürdig behauptet werden, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus (was ja schließlich auch eine Form der Regulierung von Widersprüchen darstellt) die Antwort auf die Frage nach dem erforderlichen Entwicklungsweg quasi immanent mit beinhaltet.

Als Hauptfrage erscheint heute nicht mehr, ob der »Kapitalismus« oder die »Marktwirtschaft« ökologisch umsteuern und/oder eine Grundbedürfnissicherung für die Dritte Welt gewährleisten kann oder ob dafür der Sozialismus erforderlich ist. Es geht um die Entwürfe für eine Welt, in der das Spannungsfeld zwischen den Ansprüchen der Menschen und den Ressourcen des Planeten kontrollierbar bleiben kann. Die Frage nach der Gesellschaftsformation ist dem untergeordnet und somit auch nicht mehr hinreichend zur Bestimmung von politischen Positionen.

Literatur

Altvater, Elmar: *Die Zukunft des Marktes*, Münster 1991.

Autorenkollektiv: *Allgemeine Krise des Kapitalismus*, Berlin 1976.

Brundlandt-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung: Unsere gemeinsame Zukunft, Greven 1987.

Bucharin, Nikolai: *Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals*, Wien 1926.

Deppe, Frank: ›Der Zusammenbruch des Sozialismus und Perspektiven der Marxistischen Theorie‹, in: *»Z«, Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Nr. 5, Wiesbaden 1991.

Gerstenberger, Wolfgang: *Grenzen fallen – Märkte öffnen sich*, Ifo-Institut, Strukturberichterstattung 1990, Berlin 1990.

Goldberg, Jörg: ›Das Konzept der »Langen Wellen der Konjunktur«‹, in: *IMSF (Hrsg.): Große Krisen – Lange Wellen der Konjunktur*, Frankfurt/M.. 1985.

Ders.: *Von Krise zu Krise*, Köln 1988.

Ders.: ›Krise, ökonomische‹, in: *Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften*, Band 2, Hamburg 1990.

Harborth, Hans-Jürgen: *Dauerhafte Entwicklung*, Berlin 1989.

Hauchler, Ingomar: ›Für einen grundlegenden Wandel in den Nord-Süd-Beziehungen‹, in: *EPD-Entwicklungspolitik*, 7/1991, Frankfurt/M. 1991.

Hirsch, Joachim: *Kapitalismus ohne Alternative?*, Hamburg 1990.

Keynes, John Meynard: *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, Berlin 1966.

Lutz, Burkhardt: *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt/M. 1984.

Marx, Karl: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, Berlin 1953.

Marx, Karl: *Das Kapital*, Dritter Band, in: MEW 25, Berlin 1953.

Memorandum '90: *Im deutsch-deutschen Umbruch: Vorrang für sozialen und ökologischen Umbau*, Köln 1990.

Luxemburg, Rosa: *Die Akkumulation des Kapitals, Eine Antikritik*, in: Gesammelte Werke, Band 5, Berlin 1975.

Priewe, Jan: *Die drei großen Krisen des deutschen Kapitalismus – Lange Wellen der Konjunktur*, Frankfurt/M. 1985.

Ricardo, David: *Über die Grundsätze der Politischen Ökonomie und der Besteuerung*, hrsg. von Gerhard Bondi, Berlin 1959.

Schmalenbach, Eugen: *Der freien Wirtschaft zum Gedächtnis*, Köln/Opladen 1949.

Schumpeter, Joseph A.: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern/München 1950.

Smith, Adam: *Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen*, Zweiter Band, Ökonomische Studientexte, hrsg. von Peter Thal, Berlin 1976.

UNCTAD: *Trade and Development Report 1990*, New York 1990.

Varga, Eugen: *Grundfragen der Ökonomik und Politik des Imperialismus*, Berlin 1955.

Weltbank: *Poverty. World Development Report*, Washington 1990.

von Weizsäcker, Ulrich: *Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt*, Darmstadt 1989.

Heinz Jung

Zum Niedergang des Sozialismus mit einem Blick zurück auf Niccolò Machiavelli

Noch haben die Anhänger des alten Sozialismus kaum plausible Erklärungen dafür, wie und weshalb das Verhängnis 1989/90 ff. über sie gekommen ist. Natürlich gibt es Meinungen zuhauf, weshalb es gerade so, wie es kam, kommen mußte und der Zusammenbruch bei Marx, der Oktoberrevolution, Lenin, dem Stalinismus, der Überrüstung usw. angelegt gewesen sei. Aber noch 1988 hätte, abgesehen von den immer vorhandenen Kassandren, niemand den Zusammenbruch des Sozialismus so vorherzusagen gewagt – selbst die Experten des CIA haben wahrscheinlich den dann eingetretenen Realfall nur in jenen Szenarien einkalkuliert, die immer als die extremen Möglichkeiten mitgeschrieben werden, aber dann in die Ablage wandern.

Freilich war es jedermann klar, daß es mehr oder weniger kriselte im Realsozialismus, daß es im Getriebe der Wirtschaft knirschte, daß die Westoptionen von Künstlern und Intellektuellen immer mehr zum Vorschein kamen, daß es mit der Hegemonie des Marxismus nicht mehr weit her war und sich statt dessen die Kirchen wieder füllten. Aber unangefochten standen die Institutionen dieser Gesellschaften: Partei, Militär, Sicherheitsapparate – Garantien für jenen Fall aller Fälle, den man hierzulande in den Notstandsgesetzen fixiert hat. Und sowohl die Anhänger als auch die Gegner des Sozialismus rechneten fest damit, daß in diesem Fall noch genügend Militanz zur Verteidigung der realsozialistischen Gesellschaften vorhanden sein werde und daß sich der Westen, wie auch in der Vergangenheit, aus der Sache heraushalten müßte, es sei denn, er nähme den großen Krieg in Kauf.

Im Rahmen dieser für Freund und Feind bestehenden Gewißheit der Systemsicherung war freilich unübersehbar Reform, Umbau, Perestroika angesagt – die Lösung eines Reformstaus mit wohl langfristig ungewisser Tendenz. Und hierauf, auf die Richtung dieser Tendenz, bezogen sich die unterschiedlichen Optionen im Lager der Anhänger des Sozialismus und in der Front seiner Gegner.

Was hat ihre Optionen obsolet gemacht? Das ist die Frage, auf die gegenwärtig die Antworten spärlich ausfallen. Natürlich könnte man sagen, daß die Antwort – wie sie auch immer gegeben werde – lediglich noch nebensächlichen oder statistischen Wert habe und man sich nur auf das Feld der Spekulation begebe, wo doch die Geschichte ihre Wahrheit schon gezeigt habe.

Aber die Wahrheit zeigt sich nicht in ihrer ganzen Größe nur im Ergebnis. Zur Wahrheit gehören auch die Ursachen, die objektiven und subjektiven, die in einer Gesamtkonstellation entbunden werden oder wirksam sind. Ohne ihre Entschlüsselung wären kaum Lehren zu ziehen. Sicher spielt heute in der Unsicherheit über die Ursachen und in der Gewißheit über die Tendenz auch eine Rolle, daß die Prozesse noch nicht zu ihrem Ende in dem Sinn gekommen sind, daß das Resultat fertig vorliegen würde. Die Hauptakteure von gestern stehen auch heute noch auf der Bühne. Das gilt für die UdSSR, das Zentrum des historischen Erdbebens. Mit den Akteuren werden Interessen verbunden, weshalb von den Auguren noch Zurückhaltung geübt wird. Dies darf nicht vergessen werden. Es wird also noch der Zeit bedürfen, bis die geschichtliche Wahrheit die Aktionsfloskeln der Akteure verdrängen wird.

Die Geschichte nur vom Ergebnis betrachtet, erhält immer das Fatum des Unvermeidlichen. Die Systemkrise muß in dieser Sicht schon in den Geburtsfehlern angelegt gewesen sein, und die Protagonisten sind nicht mehr als die Vollstrecker des historischen Urteils und müssen gerade dann der positiven Bewertung unterliegen, wenn sie die Rolle der Beschleuniger des Abgangs übernommen haben. Dieser Ansatz schließt von vornherein schon die Möglichkeit aus, daß es sich auch um eine unbewältigte Zwischenkrise hätte handeln können, wobei die Akteure dann das Spiel, also den Kampf um Macht und Reform, am Tisch verloren hätten. Die Kritik des subjektiven Faktors und sein Versagen rückt dabei notwendigerweise in den Mittelpunkt. Einer solchen Sicht muß dann der Vorzug gegeben werden, wenn man sich bei der Ursachensuche auch auf den Weg der Erkundung der historischen Alternativen begeben will.

Machiavelli und die Krisenkonstellation

Einem solchen Vorhaben ist immer wieder der Blick zurück hilfreich und zwar auf Zeiten, in denen ebenfalls Umbruch und Epochenwandel angesagt war. Ein solcher Umbruch war zweifellos Ende des 15., Anfang des 16. Jahrhunderts – die Zeit der frühbürgerlichen Revolution in Mitteleuropa, der Hochrenaissance in Florenz und Italien, der großen Entdeckungen (1492 Christopher Columbus' Landung in Amerika). Dies war der Umbruch zur Neuzeit, wie wir heute natürlich schon längst wissen. Aber Umbruch vollzieht sich immer in der Krise; das Kommende ist nur im Wetterleuchten des drohenden Weltuntergangs und Strafgerichts erkennbar.

Das ist der Punkt, um sich des Niccolò Machiavelli und seines Werkes zu erinnern, beides von Frank Deppe in seiner grundlegenden Studie ausgeleuchtet.[1] Dabei hat er uns eine Interpretation der Hoch- und Spätrenaissance von Florenz gegeben, die nahelegt, sie als Ausdruck einer Krisenkonstellation zu sehen. Er hat seinen Lesern die Krisenhaftigkeit und das Unheilschwangere der Umbruchperiode vorgeführt und die Faszination des Machiavelli aus der Reflektion der Krise und Dekadenz erklärt – einer Situation, in der eine moderne Konzeption der Politik bzw. der politischen Wissenschaft geboren werden konnte, weil Politik als Machthandeln erkennbar wird und alle ideologische Verklärung und Ableitung nur als Brimbamborium erscheinen muß. Den Nachkommenden erscheinen die direkten Reflexionen der naturwüchsigen politischen Sachverhalte als zynisch, und dies wurde auch eine Komponente von den »machiavellistischen« Fürstenspiegeln bis hin zu den Konservativen und Reaktionären der Gegenwart, die die Rolle des starken (Repressions-)Staates aus einem auf Machiavelli Bezug nehmenden Konzept der reinen Politik zu begründen suchen: Rettung aus der Krise durch das an keinerlei Normen gebundene Machthandeln des Staates.

Frank Deppe hat sich dadurch verleiten lassen, für die Charakterisierung der konservativen Wendepolitiken den Ausbau des politisch starken Staates als Instrument der Krisenlösung in den Mittelpunkt zu rücken. Wie viele andere marxistische Autoren, den Verfasser ebenfalls eingeschlossen, hat er die Möglichkeiten unterschätzt, auf der Basis der modernen Produktivkraftentwicklung die Kontrolle des sozialen, ökonomischen und politischen Regulierungssystems des gegenwärtigen Kapitalismus in stärkerem Maß unmittelbar dem Monopol- und Finanzkapital zu unterstellen und insofern den Etatismus zurückzudrängen. Freilich erwuchs diese Möglichkeit nur daraus, daß infolge der stattgefundenen Differenzierungsprozesse in der Arbeiterklasse und eines allgemein gehobenen Lebensniveaus Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau nicht zu einem Aufschwung antikapitalistischer Bewegungen führten, die das System herausgefordert und zur Existenzkrise getrieben hätten. Die Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft konnte sich somit auf die sozialen und ökonomischen Disziplinierungsinstrumente, die strukturelle Gewalt kapitalistischer Verhältnisse stützen. Die Verlagerung auf die offenen Gewalt- und Repressionsfunktionen konnte deshalb noch in den Schubladen bleiben. Old Nick, der Sturmverkünder – so Machiavelli in der

1 Deppe, Frank: Niccolò Machiavelli. Zur Kritik der reinen Politik, Köln 1987 (niedergeschrieben ab Herbst 1985).

Lesart der Angelsachsen – blieb deshalb noch im Wetterhäuschen der Geschichte.

Auf der anderen Seite spart die in ihrer Anlage ja fundamentale Studie Frank Deppes die Thematik Politik-Krise-Gewalt für den Sozialismus völlig aus. Oder ist es die Hinwendung zu dieser Realität über den Umweg einer historisch in vielem analogen Situation? Sicher kann dabei nicht der Vorwurf erhoben werden, daß der Realsozialismus nur im Abglanz der eigenen Wünsche wahrgenommen wurde, wie es bei vielen Parteigängern des Sozialismus, den Verfasser eingeschlossen, der Fall war. Aber die damaligen Verhältnisse versagten auch jenem den kritisch-realistischen Zugang und sein Öffentlichmachen, der sich im historischen Sinne und in der Tradition der Arbeiterbewegung auf die Seite des Realsozialismus gestellt hatte. So entsteht also die paradoxe Situation, daß die marxistische Literatur weder die Möglichkeiten von Existenzkrisen aus inneren Antagonismen noch deren Lösungs- und Überwindungsmöglichkeiten reflektiert. Dies gilt offenkundig auch für die wissenschaftliche Publizistik in den sozialistischen Ländern, die die Aufgabe gehabt hätte, diese Gesellschaften auf den Sturm vorzubereiten. Da auf die Krise noch nicht einmal die Führungsgruppen geistig eingestellt waren, mußten sie im Sog der kapitalistischen Restauration untergehen und zwar dann, als die zentralistisch-administrativen Repressionsstrategien, die ja in Jahrzehnten in den Apparaten für den Fall des Machtkampfes eingeschliffen (worden) waren, infolge des Entzugs der Deckungskarte durch die UdSSR-Führung und den Warschauer Pakt nicht mehr anwendbar waren. So kommt es zu jenem geschichtlich einmaligen Zusammenbruch, bei dem der politisch-moralische Zerfall dem Niedergang der Macht noch vorangeht.

Linker »Machiavellismus« als Rettungsstrategie?

Eine interessante Frage wäre, weshalb in dieser Situation nicht wenigstens eine Art linker Machiavellismus durch die sozialistischen Regime geboren wird, der dem Handeln des Staates für den Fall des Zerbröselns seiner sozialen und politischen Basis Orientierungen an die Hand hätte geben können. Möglicherweise hängt dies damit zusammen, daß ein sozialistisches Regime, wie deformiert es auch sein möge, seine Legitimation nicht aus sich selbst heraus gewinnen kann, sondern den Bezug zu den Interessen der Volksmehrheit herstellen muß und deshalb auch selbst noch die Fiktion einer demokratischen Legitimation zur Achillesferse wird, wenn sich Volksmassen gegen das Regime in Bewegung setzen.

Notstandsregime, die sich auf die Macht des Staates stützen, könnten allerdings für sozialistische Gesellschaften nur als kurzzeitige Möglichkeiten

angesehen und m.E. akzeptiert werden. In Polen war das Kriegsrecht unter General Jaruzelski ein solcher Akt, der allerdings die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und die kulturell-ideologische Hegemoniekonstellation nicht nachhaltig beeinflußte, weil sich die restaurative Opposition in einer durch die Kirche strukturierten Zivil- und Gegengesellschaft verbarrikadieren konnte, die nationale Existenz nicht gefährdet und die internationale Entwicklung gegenläufig war. Deshalb bedeutete die Militärdiktatur nur die gesellschaftliche Konservierung auf Zeit. Eine Konsolidierung der sozialistischen Gesellschaft konnte sie nicht in Gang setzen. Freilich müssen nicht in jedem Fall die Determinanten einer solchen Lösung entgegenstehen, so daß derartige Varianten auch die Chance, den Zeitgewinn bedeuten können.

Eine solche Betrachtung ist natürlich politizistisch, auf die Machtfrage verkürzt und ignoriert all die bekannten Grundprobleme, die uns heute als die Bedingungen einer stabilen Gesellschaft geläufig sind: Hegemonie, Konsens, Legitimation usw. Aber andererseits bleibt z.B. die Betrachtung des Untergangs des Realsozialismus abstrakt und unvollständig, wenn diese Aspekte ausgeblendet bleiben und darauf verzichtet wird, die Restauration in der ersten Phase als Machtkampf zu betrachten und zu verstehen. Natürlich hat das Ausblenden für die Unterlegenen Vorteile. Sie können den Sachverhalt ihrer Niederlage und Totalkapitulation eine gewisse Zeit verdrängen, sich als halbe Sieger wähnen und den neuen Verhältnissen kampflos unterstellen – freilich nur so lange, bis die Restauration ihrerseits sukzessive die Säuberungsprozesse vorantreibt.

Schwieriger noch als das adäquate Verständnis des Machtkampfes ist die historische Einordnung der jüngsten Veränderungen vom Standpunkt einer historisch-materialistischen Betrachtungsweise. Bleibt sie im Kern beim Marxschen Formationskonzept, dann kommt sie nicht umhin, den Abgang des Realsozialismus und den Sieg der kapitalistischen Restauration als historischen Rückschritt zu beurteilen.

Hier kann man wieder zu Frank Deppes Machiavelli-Studie zurückkommen, der bei seinen Lesern die Einsicht befördert, daß eine derartige Feststellung nur als äußerste Abstraktion statthaft sein kann, ansonsten in der Realität aber Fortschritt und Rückschritt auf miteinander verschlungenen Pfaden wandeln.

Machiavelli (1469-1527) ist als Beamter, Politiker, Schriftsteller, Intellektueller in seiner und für seine Vaterstadt Florenz tätig, als sie ihren Zenit schon überschritten hatte. Zum einen wurde sie zunehmend zum Spielball intervenierender ausländischer Territorialmächte und konnte sich dem kaum als selbständiger Faktor entgegenstellen. Das Schicksal Italiens kam von außerhalb als Franz I., die Spanier, der Kaiser, das osmanische Reich u.a. Der internationale Faktor überlagerte nahezu absolut die innere Entwicklung.

Das bürgerliche Element war zu lokalisiert und zu zersplittert, um zum Subjekt eines italienischen Einigungsprozesses werden zu können. Deshalb konnten sich die Hoffnungen italienischer Patrioten, wenn dieser Begriff damals schon einen Sinn hatte, auf einen skrupellos handelnden Condottiere wie den Papstsohn Cesare Borgia richten, dessen an keine moralische Rücksichten gebundenes Machthandeln als Weg zum nationalen Territorialstaat erscheinen konnte.

Freilich ist es schon im ganzen 15. Jahrhundert mit der politischen Stabilität in den italienischen Stadtstaaten nicht mehr weit her. Die dominierende Rolle der frühen Manufakturkapitalisten der Tuchproduktion ist längst durch das Handels- und Finanzkapital abgelöst, womit der frühkapitalistische Ansatz schon auf die schiefe Bahn geraten war. Auch das demokratische Element der städtischen Verfassung war in den Hintergrund gedrängt zugunsten eines patriziatischen Regimes, das sich in Florenz gar zur informellen Diktatur der Medici – bei Aufrechterhaltung der Institutionen der alten republikanischen Verfassung – verengte. Machiavelli erlebt, wie die Medici 1494 gestürzt und vertrieben werden, wie mit dem Bußprediger und Visionär Savonarola für kurze Zeit (1494-98) auch das plebejische Element wieder in den Vordergrund tritt, wie sich unter Soderini die alte Republik wieder zu etablieren scheint (1494-1512) – er erlebt Aufstand, Verschwörung, Vertreibung, Einkerkerung, Folter und die Restauration der Medici-Diktatur (1512-27) und schließlich 1527 gegen Ende seines Lebens nochmals die Ausrufung der Republik als Intermezzo bis zur Etablierung der formellen Diktatur der Medici 1530 bzw. 1537, dem Beginn des frühabsolutistischen Feudalstaates Florenz. Das alte Wappen des Handels- und Finanzhauses wird zum Hoheitszeichen des neuen Fürstentums.

Man muß daran erinnern, daß in diese dramatischen Jahre auch die Niederlage der frühbürgerlichen Revolution und der Bauernkriege im Norden, in Deutschland, fällt. Der Umbruch zur Neuzeit ist also bei weitem nicht die Siegesallee für das bürgerliche Element. Vielmehr endet der große Aufbruch fürs erste in den absolutistischen Regimes der Territorialfürsten. Diese erweisen sich als der Rahmen, in dem sich eine nationale Bourgeoisie erst heranbilden konnte. Aktuell wirkte dieser Frühabsolutismus freilich allerorten als das Instrument, um die Zügel der feudalen Herrschaft wieder anzuziehen. Das frühkapitalistische Experiment war damit auf jeden Fall zu Ende. Die kapitalistisch-bürgerliche Gesellschaft verkümmerte also fürs erste noch als Embryo. Erst 100, 150 Jahre später erringen ihre Kräfte den Sieg in Holland und England, und erst 300 Jahre später setzen sie das bürgerlich-kapitalistische Zeitalter in Frankreich in die Realität um – im Hintergrund die Produktionsweise der industriellen Revolution, die den bürgerlich-kapitalistischen Fortschritt trotz der Niederlage des republikanisch-revolutionären

und dann international des napoleonischen Frankreich erst irreversibel machte.

Machiavelli hatte damals dem Frühabsolutismus geistig mit den Weg bereitet, obwohl er immer ein Florentiner Republikaner blieb. Der Absolutismus domestizierte nicht nur den Feudaladel, indem er ihn in den Staatsapparat und das höfische Zeremoniell einspannte, sondern er schuf auch den Rahmen für nationale Märkte und beschritt vor allem den Weg der etatistischen Produktivkraftentwicklung und Produktion. Man kann sich bis heute darüber streiten, ob etwa die Handelsmonopole jener Zeit spätfeudale oder frühbürgerliche Erscheinungen sind. Unzweifelhaft ist demgegenüber, daß sie zu jenem Nest gehören, in dem die kapitalistischen Küken ausgebrütet werden, die später ihre Erzeuger verschlingen werden.

Politisch formierte Gesellschaft und blockierte Demokratisierung

Aus der heutigen Sicht und wohl auch in Anlehnung an das Schicksal der ersten frühkapitalistischen Versuche kann der Realsozialismus, wie er ab 1917 ins Leben getreten war, als Frühsozialismus erscheinen. Auch er repräsentierte erst eine Produktionsweise, die das neue System noch nicht irreversibel machen konnte. Das wissen wir heute. Der Anlauf war äußerst hoffnungsvoll trotz historisch schlechter Startbedingungen. Er war so erfolgreich, daß er für eine ganze Epoche Herausforderung, Systemalternative und Folie für nachholende Industrialisierung und Modernisierung zurückgebliebener Länder wurde, in denen parasitäre Ausbeuterklassen gestürzt worden waren. Aber der Anlauf blieb gesellschaftlich stecken, je mehr er als macht- und militärpolitische Herausforderung zur Geltung kam, weil sich die Ressourcenmobilisierung im Gegensatz zu den kapitalistischen Mächten nur einer zurückgebliebenen Basis bedienen konnte und damit zivile Produktion und zivilgesellschaftliche Entfaltung eingeengt wurden.

Wenn man als grundlegendes Merkmal der sozialistisch-kommunistischen Gesellschaften die politische Formierung ansieht, im Unterschied zur ökonomischen Formierung des Kapitalismus, dann bleibt die Planwirtschaft auf staatlich-gesellschaftlicher Eigentumsgrundlage im Unterschied zur kapitalistischen Warenproduktion mit markt- und konkurrenzwirtschaftlichen Verkehrsformen ihr wichtigstes Charakteristikum. Damit wird gewissermaßen eine neue Runde der Moderne eingeleitet, in der nicht nur prinzipiell einer rationalen Gestaltung der sozialen Beziehungen und des Verhältnisses zur Natur Rechnung getragen werden, sondern auch der Ganzheitlichkeit

menschlicher Existenz Geltung verschafft werden soll, was ja nur möglich ist, wenn Produktion/Wirtschaft und Administration/Staat unter die Kontrolle der Gesellschaft gebracht werden und damit die Herrschaft dieser Bereiche über die Gesellschaft gebrochen wird. Wenn heute von Moderne die Rede ist, wird meist vergessen, daß dies der Inhalt einer Moderne ist, die sich als rationale Gestaltung der Welt nach menschlichem Maß begreift. In diesem Sinne bleibt das kommunistische Programm der Rücknahme des Staates in die Gesellschaft und einer rationellen und humanen Gestaltung des Stoffwechsels mit der Natur die weit ausgreifende Vision einer Moderne, die heute noch lange nicht zu Ende gekommen ist. Hinzugefügt werden muß, daß sich dies in einem universellen und globalen Rahmen für alle Menschen und bei Stabilisierung der Biosphäre vollziehen muß. Die Viertel der Reichen, die etwa 20 OECD-Länder, die sich im Zuge der konservativen Wende zu Zwei-Drittel-Gesellschaften gemausert haben, treiben demgegenüber mit ihrer Ressourcenbeanspruchung und Umweltbelastung die Menschheit dem Kollaps zu, abgesehen davon, daß ihr Reichtum in hohem Maße aus der Ausbeutung der armen Völker dieser Welt und ihrer Naturreichtümer resultiert. Deshalb grüßt noch in seinem tiefsten Sturz das sozialistische System mit seinen leider nur ungenügend entfalteten Möglichkeiten einer höheren Stufe der Moderne die Zukunft und wird nach Lage der Dinge wohl schneller wieder auf die Tagesordnung der geschichtlichen Entwicklung zurückkehren, als es gegenwärtig weithin vermutet wird.

Sein Scheitern wirft die Frage auf, wo die entscheidenden Defizite liegen und lagen. Wie wir wissen, betreffen diese vor allem das Unvermögen, eine überlegene Form der gesellschaftlichen Arbeit und der Bedürfnisbefriedigung zu verwirklichen. Zweifellos spielte dabei das historische Startniveau von 1917 ff. in Rußland eine zentrale Rolle, das unter dem Diktum von Sein oder Nichtsein dem Land einen Weg ursprünglicher Akkumulation aufzwang, dessen Bedingungen eine Herrschaft sozialistischen Despotismus begünstigten. Die damit entstehende Variante politischer Formierung einer sozialistischen Gesellschaft verwirklichte sich in Formen des Etatismus, des Administratismus, der personalen Diktatur bei Reduzierung und Formalisierung demokratischer Ansätze zu akklamativen Elementen. Mit der Überwindung der personalen Diktatur tritt an deren Stelle ein System des autoritär-bürokratischen Etatismus, das die Tendenzen der Privilegien- und Interessenverfestigung verstärkt, die soziale Abschließung von Führungsschichten befördert, Verhältnisse politischer, sozialer und ökonomischer Entfremdung hervortreibt bzw. fortführt und der demokratischen Entfaltung nur geringen Spielraum läßt.

In der Natur einer politisch formierten Gesellschaft liegt es jedoch, daß Lenkung, Steuerung, Planung ihrer Lebensprozesse als politisch-gesell-

schaftliche Akte vollzogen werden und nicht mehr partiellen Interessen einer Klasse von Produktionsmitteleigentümern bzw. indirekten Mechanismen überlassen bleiben wie in der kapitalistischen Marktwirtschaft. Dies schließt nicht aus, daß sich auch eine solche Gesellschaft des Marktes und seiner Mechanismen sowie seiner Institutionen und Kategorien bedienen muß. Ihnen kann in einer solchen Gesellschaft m.E. jedoch kein dominierender Stellenwert im Regulierungssystem zukommen. Ihr Wirkungsrahmen ist vielmehr abgesteckt und gesellschaftlich kontrolliert. Die Ansätze hierzu entwickeln sich schon im Kapitalismus. Das Regulierungssystem besteht auch hier als komplexer Regelmechanismus der Profitproduktion unter gesellschaftlich-politisch gesetzten Bedingungen und besteht neben »dem« Markt u.a. auch aus staatlich-administrativen Vermittlungsebenen. Vergessen wird gegenwärtig häufig auch, daß in den ausschlaggebenden Konzernen und Großbanken im Vergleich zu Staatsunternehmen und Apparaten analoge bürokratische Strukturen bestehen und dies auch für die Entscheidungsprozesse gilt. Insofern sind sozialistische Gesellschaften keine erfundenen Antiwelten, sondern die gesellschaftliche Verallgemeinerung und Durchsetzung schon im Kapitalismus in Gang gekommener Prozesse.

Die bisherigen geschichtlichen Erfahrungen verweisen darauf, daß für die nachholende Modernisierung von unterentwickelten Ländern bei Bedingungen extensiver Wirtschaftsentwicklung der administrativ-etatistische Sozialismus ein erfolgreiches und fortschrittliches Modell sein kann, selbst wenn die politische Formierung dieser Gesellschaften der durchgehenden Demokratisierung entbehrt. Bisher ist es durch geschichtliche Erfahrungen unbeantwortet, ob bei derartigen Ausgangsbedingungen inklusive dem kapitalistisch-imperialistischen Außendruck demokratischer Sozialismus möglich wäre oder ob dazu in der nachholenden Modernisierung erst die objektiven und subjektiven Bedingungen geschaffen werden müssen. Heute kann jedoch begründet gesagt werden, daß ohne eine durchgehende Demokratisierung der politischen Formierung der sozialistischen Gesellschaften der Übergang zu einer komplexeren Stufe der sozialökonomischen Entwicklung und zu intensivem Wirtschaftswachstum unter Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution nicht vollzogen werden kann. Das ist bzw. war der Kern der Krise des etatistischen Sozialismus.

Dahingestellt muß es bleiben, ob man sich zur Erklärung der Krise objektiver Parameter bedienen kann oder ob dies vorwiegend aus dem gegebenen und geschichtlich entstandenen Milieu erfolgen muß. Man könnte z.B. durchaus die These aufstellen, daß die Entwicklungsmöglichkeiten des Staatssozialismus bei weitem noch nicht aufgebraucht waren. Dies könnte der Vergleich des Entwicklungsniveaus der DDR und der UdSSR sowie der jeweiligen Wirtschaftssysteme nahelegen. Danach hätte die UdSSR-Entwick-

lung noch auf Jahrzehnte bei einem Planungs- und Lenkungssystem wie in der DDR Entwicklungsspielraum besessen, ohne daß eine Perestroika als zweite Revolution von oben erforderlich gewesen wäre. Freilich handelt es sich um den Vergleich ungleicher Größen. Ging es bei der DDR von vornherein um ein in jeder Hinsicht von der UdSSR abhängiges Land, so lebte die UdSSR nach einem autochthonen Rhythmus. So oder so, die Krise und ihr Ablauf können nicht aus rein ökonomischen Parametern erklärt werden. Unter den gegebenen historischen Bedingungen war in Osteuropa und der UdSSR offenkundig die Durchsetzung einer höheren Stufe des Sozialismus an eine durchgehende Demokratisierung gebunden.

Entscheidungssituation: Demokratischer Sozialismus oder kapitalistische Restauration

Es entsteht somit jene mehr und mehr offene Entscheidungssituation, in der es darum geht, ob der Demokratisierungsansatz einen neuen Sozialismus freisetzen kann oder ob er als »demokratische Revolution« zum Türöffner bzw. zur ersten Stufe einer kapitalistischen Restaurationsbewegung wird. Dieser Entscheidungssituation hatte sich die Gorbatschow-Führung mit einer sozialistischen Option gestellt und ist nach der derzeitigen Lage der Dinge gescheitert. Eine Ursache besteht m.E. darin, daß die Alternativen der Entscheidungssituation nicht mit klassenanalytischen Kategorien verstanden und verarbeitet wurden, was die internationale Ebene der Betrachtung erforderlich gemacht hätte. Nur so wäre erkennbar geworden, daß auch ohne eine soziale und ökonomische Basis für kapitalistisch-bourgeoise Elemente unter den heutigen internationalen Bedingungen Massenbewegungen für eine kapitalistische Restauration entstehen können, die im Kampf um die Macht eine Stellvertreterrolle ausüben. Das war bzw. ist in allen ehemals sozialistischen Ländern Osteuropas der Fall.

Eine zentrale Rolle spielte m.E. für die Metamorphose dieser Bewegungen die Forderung nach Einführung der Marktwirtschaft, die mit gegensätzlichen Konzeptionen vorgetragen und verfolgt wurden. Die Volksmassen, angetrieben von außenproduzierten Konsumleitbildern, verbanden damit den schnellen Anschluß an den westlichen Lebensstandard. Gerade dies verlieh der kapitalistischen Restauration ihre Stoßkraft und innere Logik, denn mit dem Blick auf den Westen, die erfolgreichere Moderne, mußte die Forderung nach Privatisierung, Abschaffung der Planwirtschaft usw. stehenden Fußes folgen. Gegenüber dieser Logik blieb bisher der Versuch zur Etablierung einer sozialistischen Marktwirtschaft nur ein flüchtiger Durch-

gangspunkt beim Zerfall des Sozialismus. Demgegenüber wäre m.E. ein Konzept einer durchgehenden Demokratisierung des Planungssystems notwendig gewesen, dessen Verwirklichung Wirtschaftsplanung und Wirtschaftslenkung zu einem demokratischen Prozeß hätte machen müssen. Auch hierin wären tiefgreifende politische und sozialökonomische Strukturreformen notwendig gewesen. Ein solches Konzept hätte dem Charakter des Sozialismus als politisch formierter Gesellschaft entsprochen und hätte die Transformationsschienen der kapitalistischen Restauration nicht enthalten. Es hätte auf die stimulierenden Momente der Ware-Geld-Beziehungen nicht zu verzichten brauchen, sie jedoch unmißverständlich als Elemente eines sozialistischen Planungssystems auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums bestimmt.

Wenn Sozialisten heute als Alternative zum Staatssozialismus das Konzept einer sozialistischen Marktwirtschaft diskutieren, dann sagen sie m.E. zu Recht, daß der Übergang entwickelter und funktionierender kapitalistischer Wirtschaften zum Sozialismus nur bei Übernahme des vorhandenen Regulierungssystems und seiner Kooperationsbeziehungen unter schrittweiser Änderung der Eigentumsgrundlagen denkbar ist, es sei denn, man geht von Katastrophenszenarien aus. Dies wäre die Ausgangssituation, um entsprechend der neuen gesellschaftlichen Bedürfnisse und Prioritäten dann schrittweise ein System bewußter und demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung zu schaffen. Dabei hätten heute ökologische und globale Gesichtspunkte eine erstrangige Bedeutung. Mitunter gerät jedoch in Vergessenheit, daß es sich bei Marktwirtschaft nicht um eine technische Veranstaltung handelt. Vielmehr ist sie in erster Linie die Verkehrsform sozialer Beziehungen und Interessen. Die Kombination von Marktwirtschaft auf vorwiegend privater Eigentumsbasis und antikapitalistischer politischer Staatsmacht ist nur für einen mehr oder weniger langen Übergangsprozeß denkbar, jedoch nicht als relativ stabile Formation. Dies gilt nach den vorliegenden historischen Erfahrungen und entsprechenden theoretischen Überlegungen auch für eine Marktwirtschaft auf syndikalistischer Grundlage, bei der durch die Politik nur Rahmenbedingungen gesetzt werden, aber auf die planwirtschaftlichen Komponenten verzichtet wird. Soweit eine Integration in einen kapitalistisch beherrschten Weltmarkt involviert ist, wäre der »sozialistische« Spielraum des Staates und der gesellschaftlichen Kräfte ohnehin äußerst beschränkt. Relevanz könnte ein solches Modell erst dann erlangen, wenn sich solche Veränderungen in den weltmarktbestimmenden kapitalistischen Metropolen vollzögen.

Niederlage im Systemkampf – eine Hauptdeterminante der Krisenkonstellation

Wenn man nochmals auf die Krisenkonstellation des Sozialismus zurück kommt, so kann sie m.E. nicht nur aus den innergesellschaftlichen Bedingungen der staatssozialistischen Gesellschaften bzw. der UdSSR erklärt werden. Vielmehr wird die Entwicklungsrichtung in hohem Maße durch den Systemgegensatz unter Bedingungen des ökonomischen Übergewichtes der kapitalistischen Metropolen bestimmt. Der Kampf der Gesellschaftssysteme war schon immer in hohem Maße ein relationistisches System, in dem die Stärke des einen die Schwäche des anderen war. Dabei war nicht der absolute Stand, sondern die Dynamik das Entscheidende. So steht die Herausbildung einer Krisensituation im Sozialismus wohl mit der Revitalisierung des Kapitalismus seit Mitte der 70er Jahre in Zusammenhang. Erst dies legt die Defizite des alten Sozialismus erbarmungslos offen und unterwirft ihn den vom Weltmarkt ausgehenden Zwängen.

Die Revitalisierung des entwickelten Kapitalismus beruhte in erster Linie auf einer Umstrukturierung des Produktionsapparates unter Einführung der neuen Technologien und Produkte der wissenschaftlich-technischen Revolution. Der Innovationsdruck geht dabei von der monopolistischen Technologiekonkurrenz der internationalen Konzerne aus, die in hohem Maße auch die Träger der neuen Technologien sind. Dies setzte jenen neuen Stand der Internationalisierung voraus, der sich in den vorhergehenden Jahrzehnten in der kapitalistischen Hemisphäre herausgebildet hatte. – Auf der anderen Seite war die vor allem durch den Immobilismus der UdSSR bedingte Unfähigkeit der RGW-Länder, einen vergleichbaren Internationalisierungs- und Integrationsprozeß in Gang zu setzen, eine der wesentlichen Entwicklungsblockaden des alten Sozialismus.

Es gibt zweifellos eine Vielzahl von Mechanismen, über die sich der Modernisierungs- und Effektivierungsschub im Kapitalismus in Druck auf die sozialistischen Gesellschaften umsetzte, der zur Destabilisierung dieser Systeme beitrug. Was den Rüstungswettlauf betrifft, so ist dies hier am offensichtlichsten. Gleiches gilt für die Möglichkeiten der materiellen Abstützung sozialistischer Optionen von Entwicklungsländern. Unter den Bedingungen der Internationalisierung, einschließlich der neuen Kommunikationsverhältnisse, rückten Unterentwicklung und Zurückgebliebenheit immer stärker nicht nur in das Gesichtsfeld der Führungsschichten und der Intelligenz der sozialistischen Länder, die den Systemvergleich z.T. aus eigener Anschauung machen konnten, sondern auch der beweglichen Teile der werktätigen Bevölkerung dieser Länder, die ja über einen durch das soziali-

stische System geschaffenen hohen formalen Ausbildungsgrad verfügten. Es entwickelte sich die Situation, wo die außenerzeugten materiellen Bedürfnisse und die Leitbilder des kapitalistischen Konsumismus immer elementarere Gewalt annahmen, da die heimische Produktion immer weniger in der Lage war, sie zu befriedigen und demgegenüber alle sozialen Errungenschaften des sozialistischen Systems als belanglos in den Hintergrund des Massenbewußtseins traten.

In dieser Situation suchten die Führungsgruppen der UdSSR ihr Heil in einer Annäherung an den Westen, wovon sie sich vor allem einen Kapital- und Technologietransfer zur Modernisierung der UdSSR-Wirtschaft versprachen. Damit begann ein politischer Kurs, der unter den Paradigmen des »neuen Denkens« die aus dem Systemgegensatz definierten Sicherheits- und Bündnisinteressen und -strategien zugunsten eines Ausgleichs mit dem kapitalistischen Imperialismus umformulierte, was in einem traditionellen Verständnis von Politik als Kapitulation im Kalten Krieg verstanden werden muß. Dieser Kurs wurde faktisch mit der sowjetischen Deutschlandpolitik und der Politik gegenüber den früheren Verbündeten der Warschauer Vertragsorganisation besiegelt, brachte der UdSSR aber trotz der Preisgabe ihrer sozialistischen Verbündeten nicht den erhofften Gewinn.

Innere Krisen in diesen Ländern hatten schon in früheren Jahren gezeigt, daß die sozialistischen Regimes nur im Bündnisverband der WVO und der RGW erfolgreich verteidigt werden konnten. Dies war hinlänglich bekannt und darauf war – ähnlich wie die NATO – auch die WVO als gesellschaftpolitisches Rückversicherungssystem abgestellt. Man kann als Sozialist sicher mit Recht beklagen, daß ein solcher Weg überhaupt beschritten wurde. Aber da es hier um die Suche nach den Gründen für den kartenhausmäßigen Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa geht, kommt man angesichts der genannten Zusammenhänge und Tatsachen nicht umhin, eine der Hauptursachen in der strategischen Änderung der sowjetischen Politik zu sehen. Dies wird heute noch aus unterschiedlichen Interessen mit Stillschweigen übergangen, kann von einer sachlich orientierten Betrachtung aber nicht ignoriert werden.

Die internationalen Auswirkungen einer unbewältigten Zwischenkrise in der UdSSR haben also für die Existenzkrise und den Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa eine determinierende Bedeutung. Diese Umbrüche haben allerdings längst auf die Entwicklung der UdSSR zurückgeschlagen und sind zu einem Faktor des Umschlags zur Existenzkrise in der UdSSR geworden.

Postrealsozialistischer Kapitalismus und Krise der Arbeiterbewegung

Der Niedergang des alten Sozialismus im Osten hat die Krise der Arbeiterbewegung im Westen vertieft und verschärft. Sie war schon vorher infolge der Strukturveränderungen und partiellen Revitalisierung des Kapitalismus auf der einen und dem Auslaufen des alten Staatssozialismus im Osten als alternativem Anziehungspunkt für relevante Schichten der Arbeiterklasse des Westens bzw. seiner faktischen Niederlage in den Systemauseinandersetzungen auf der anderen Seite in ein akutes Stadium getreten. Nun ist es unvermeidlich, daß der Sieg der kapitalistischen Restauration, der nur mit der duldenden und aktiven Unterstützung der Arbeiterklasse möglich war, auch hier seinen Tribut fordern wird. Dies betrifft nicht nur die kommunistische Strömung und die Parteigänger des alten Sozialismus, sondern die Arbeiterbewegung und die Linke als Ganzes.

Diese Wechselwirkungen können hierzulande besonders gut beobachtet werden; sie setzen freilich auch eine gegenläufige Bewegung frei. Die jeweiligen NBL-Sektoren sind in den politischen Formationen der Linken jeweils Stützen und Verstärker der rechten Tendenzen, die auf Integration und Anpassung an das kapitalistische System gerichtet sind. Es ist wohl unvermeidlich, daß alle Kräfte, die den Niedergang und das Niedermachen des alten Sozialismus als Akt der Befreiung empfunden und betrieben haben – und das Spektum reicht hier von rechtsaußen bis zu den Reformkommunisten –, trotz aller aktuellen Desillusionierung über die Segnungen der kapitalistischen Marktwirtschaft und der pluralistischen Demokratie noch geraume Zeit benötigen werden, um einen realistischen Blick auf die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse zu gewinnen. Selbst wenn die Befürchtungen an Raum gewinnen, vom Regen in die Traufe gekommen zu sein, wird sich dies nicht so schnell zu antikapitalistischen Haltungen und sozialistischen Optionen verdichten, sondern es werden fürs erste fluktuierende Stimmungspunkte bleiben.

Hinzu kommt, daß ein Teil der kommunistischen und sozialistischen Linken solange noch zwischen Furcht und Hoffnung hin- und hergerissen sein wird, solange die Umbruchprozesse in der UdSSR noch nicht abgeschlossen sind bzw. neue gesellschaftliche Verhältnisse hervorgebracht haben. Dies muß notwendigerweise selbst die Gewinnung relativer Stabilität behindern. M.E. wird die kommunistische und sozialistische Linke auch solange den Tiefpunkt ihrer epochalen Baisse nicht erreicht haben. Freilich sollte das nicht bedeuten, solange auf geistige und politische Aktivitäten zu verzichten.

Zum einen wird es um die strategische Orientierung im nunmehr postrealsozialistischen Kapitalismus gehen. Dies ist ein Kapitalismus ohne den Druck einer realen Systemalternative, wie ungenügend sie auch immer gewesen sein mag. Bekanntlich wurde der Vergellschaftungsprozeß des modernen Kapitalismus, z.B. die Herausbildung des Sozial- und Interventionsstaates, nicht unwesentlich durch diesen Sachverhalt beeinflußt. Dieser Kapitalismus steht aber auch unter dem Druck der Risikopotentiale der modernen Produktivkräfte, der Notwendigkeit der Stabilisierung der Biosphäre und eines sich vertiefenden Grabens zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden. Der Kapitalismus mag im ersten Gang heute triumphieren. Aber nicht erst im zweiten Gang werden sich die neuen Probleme und die damit verbundenen Konflikte auf die Tagesordnung setzen. Sie stehen zweifellos im Mittelpunkt einer strategischen Orientierung der Linken als Ganzes.

Zum anderen geht es m.E. als Konsequenz des tiefen Zusammenbruchs auch um die Neuformierung der Strömungen der am Marxismus orientierten und marxistischen Linken – um diesen übergreifenden Terminus zu benutzen. Schon seit geraumer Zeit zeigen sich in der kommunistischen Strömung drei Haupttendenzen, die sich in den letzten Jahren konturiert haben und nun mit dem Zerfall des Sozialismus offen hervortreten. Diese Tendenzen sind parteiübergreifend und international. Erstens handelt es sich um eine stark am Leninismus und seinem Parteimodell orientierte kommunistische Tendenz, die die bestehende Parteistruktur im wesentlichen verteidigt. Die zweite Richtung könnte als linkssozialistische und kommunistische Tendenz bezeichnet werden, die sich auf eine pluralistische marxistische Theorieentwicklung und eine entsprechende Linkspartei einläßt. Die dritte Tendenz umfaßt faktisch sozialdemokratische oder grün-radikaldemokratische Optionen, die wohl über kurz oder lang, eventuell aus der Warteschleife heraus, den Übergang zu den schon bestehenden Formationen vollziehen können. Unter dem Druck der derzeitigen Verhältnisse ist die stille Koexistenz dieser Strömungen in einer Partei aufgebrochen und in den Zustand der Parteikämpfe übergegangen.

Schien es noch vor einigen Jahren, als könnte sich im Sog der Gorbatschow-Politik eine internationale reformkommunistische Strömung im Kampf mit dem kommunistischen Konservatismus herausbilden, so sind in der Zwischenzeit Auflösungstendenzen zur dritten Richtung offenkundig geworden. Die marxistische Linke kann deshalb im Gorbatschowismus weder politisch noch theoretisch einen Kristallisationspunkt finden. Will sie wieder Boden unter die Füße bekommen, wird sie nicht umhin kommen, den Gorbatschowismus in ihren Reihen kritisch zu überwinden. Will sie sich nicht mit dem illusionären Schein des Abbruchs des alten Sozialismus bzw. mit dem »neuen Denken« als dessen Beschönigungsideologie identifizieren, sondern

sozialistische Perspektivpositionen beibehalten, ist dieser Bruch unvermeidlich und unabdingbar.

Ein Faktor des mit dem postrealsozialistischen Kapitalismus neu beginnenden Zyklus der Linken und darunter auch der marxistischen Linken wird mutmaßlich auch die internationale Verselbständigung der skizzierten ersten und zweiten Tendenz kommunistischer Parteien sein, was nicht ausschließt, daß sie nach wie vor auch im Rahmen der gleichen Partei existieren werden. Diese Differenzierung ist als Konsequenz des Zusammenbruchs und der Zersetzung der ehemals im Osten herrschenden Parteien des marxistisch-leninistischen Typs unvermeidlich. Die unmittelbar Betroffenen werden noch die neuen Umgangsformen zu finden und zu kultivieren haben. Dies ist freilich nur eine Facette in der Entwicklung der Linken heute.

Die marxistische Linke in Deutschland brauchte heute nicht nur einen Wolfgang Abendroth, um ihren Zusammenhalt zu wahren und eine neue Zukunft zu gewinnen.

Karl Heinz Roth

Wilde Zeiten

Klassenherrschaft, Klassenzusammensetzung und Organisationsfrage in den neunziger Jahren

Referat auf dem Kongreß »APO gegen Deutschland«, Hamburg, 1. 12. 1990

Einleitung

In den vergangenen zwei Jahren haben wir den Triumph des deregulierten Kapitalismus über den »deregulierten« Realsozialismus miterlebt. Wir sind Zeitzeugen der Rückkehr zu einer kompletten und unvermittelt agierenden kapitalistischen »One World«. Der Niedergang der sogenannten Volksdemokratien und der bislang dominierenden Varianten von sozialistischer Klassenkampfstrategie ist unumkehrbar geworden, und das im Verein mit der weltweiten Rückkehr zu offenen und unumschränkten Formen der kapitalistischen Ausbeutung.

Während die deregulierte Form der Kapitalverhältnisse die Rekonstruktion des Proletariats und einer weltweit mobilen industriellen Reservearmee auf die Tagesordnung setzt, hat sich die Intelligenz von den ausgebeuteten Klassen abgewandt. Sie hat in vielen Ländern, beispielsweise in Frankreich im Zusammenhang mit den Zweihundertjahrfeiern zur Revolution von 1789, das Proletariat zum Mythos erklärt. In ihren letzten alternativen Nischen erkennt sie allenfalls noch klassenübergreifende Probleme, die sie zu Gattungsfragen überhöht, als lösungsbedürftig an. Die neue kulturelle Hegemonie des schnellen Geldes und der gestählten Ellenbogen dissoziiert inzwischen weltweit die soziale Wirklichkeit vom gesellschaftlichen Bewußtsein. Sie eint die postmoderne Intelligenz mit der Herrschaftsphilosophie der Hochfinanz, der politischen Eliten und der Heroin-Dealer. Mögen sich die Arbeitszeiten weiter verlängern, die Lohneinkommen relativ sinken und die sozialen Sicherungssysteme reißen: die Frage nach den klassenpolitischen Auswirkungen des intensivierten Kampfs um die Profitraten wird gerade jetzt zum Tabu erklärt.

Auch viele Linke fallen in diesen Chor mit ein. Die mit Händen zu greifende Radikalisierung der Ausbeutungsbeziehungen kümmert sie wenig,

weil sie davon überzeugt sind, daß die Vermittlungen zu einer authentischen Rekonstruktion revolutionären Klassenbewußtseins für ganze Jahrzehnte durch eine medienkapitalistische Barriere von chauvinistisch-volksgemeinschaftlichen Identifikationsangeboten, postmoderner Bereicherungssucht und antisozialistischem Triumphalismus blockiert seien. Sie akzeptieren nur noch solche Negationsformen den herrschenden Verhältnissen gegenüber, die ihre Beziehungen zu den ausgebeuteten Klassen nicht mehr berühren und sie von den daraus herzuleitenden analytisch-theoretischen Anstrengungen genauso freisprechen wie von den Mühsalen praktisch-organisatorischer Arbeit.

Gegen die um sich greifende Mischung aus Verzweiflung, Zynismus und Diskussionsverweigerung allen klassenanalytischen Orientierungsversuchen gegenüber möchte ich einige Kontrapunkte setzten. Für meine These habe ich ein dreiteiliges Vorgehen gewählt. In einem ersten Schwerpunkt werde ich mich mit den deutsch-deutschen Turbulenzen des vergangenen Annexionsjahrs auseinandersetzen. Danach werde ich die Wechselbeziehungen mit der europäischen und der globalen Entwicklung thematisieren. Zum Schluß werde ich die Frage nach den Bedingungen einer revolutionären Antwort aufwerfen, und zwar unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Proletariat und Intelligenz in den neunziger Jahren.

1. Das deutsche Annexionsjahr

Seit dem November/Dezember 1989 hat die herrschende Klasse der BRD eine monetaristische Form des DDR-Anschlusses geplant und durchgeführt. Ein komplexes Instrumentarium währungspolitischer, monetärer und fiskalpolitischer Maßnahmen wurde in Gang gesetzt, die Vorherrschaft von Bank- und Fiskalpolitik im ersten Annexionsvertrag zum 1. Juli 1990 festgeschrieben. Der politische Anschluß kam erst danach, fast genau drei Monate später. Es handelte sich wahrscheinlich um die Reaktivierung eines Geheimplans, der aus der Auseinandersetzung der Matadore der Nachkriegsplanungen von 1944/45 (Ludwig Erhard) mit den Konzeptionen des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Gesamtdeutschen Ministerium (fünfziger und frühe sechziger Jahre) hervorgegangen war.

Das Ziel war die sofortige Stillegung und Skelettierung des gesamten Produktionspotentials und der zentralen Arbeiterklasse der DDR. Seit dem Frühjahr 1990 verhängten die zuerst einmarschierten Banken eine Kreditsperre über die Volkseigenen Betriebe und die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Durch den schlagartigen Aufwertungseffekt der D-Mark-Umstellung wurde am 1. Juli der Binnen- und RGW-Markt der Kom-

binate zerstört. Hinzu kam die Blockade aller möglichen Finanz- und Überbrückungshilfen durch den DDR-Staatshaushalt. Das bewirkte zusammengenommen eine »schöpferische Zerstörung« gleich am Anfang. Der Neuaufbau soll erst nach der völligen Liquidierung des Produktionspotentials einsetzen. Als zentrales Liquidierungsinstrument wurde eine Treuhandstelle eingerichtet, die ähnlich wie die »Haupttreuhandstelle Ost« der Nazis im besetzten Polen nicht Produktionspotentiale sanieren, sondern im Prozeß der Zerstörung der volkswirtschaftlichen Strukturen die eigentumsrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Voraussetzungen für die Einverleibung und Privatisierung der rentabelsten »Filetstücke« der DDR-Kombinate schaffen wird. Es handelt sich um die feindliche Übernahme einer ganzen Volkswirtschaft, vorangetrieben mit den Raffinements finanzkapitalistischer Deregulierung. Sie hat die basisdemokratischen Ansätze zu einem »dritten Weg« genauso erstickt wie die Versuche der wirtschaftlichen und technischen Reformeliten der DDR, sich im Verlauf des Anschlusses als Juniorpartner der BRD-Eliten zu profilieren. Der Preis ist hoch: es hat eine breit angelegte Ressourcenvernichtung stattgefunden, deren langfristige Auswirkungen weitreichender sein werden als beispielsweise die Zerstörungen im Gefolge einer militärischen Eroberung.

Eine derart brutale Variante der Zerstörung durch nichtmilitärische Annexion wäre ohne die Kapitulationsbereitschaft der wirtschaftlichen und technischen Führungsgruppen der DDR nicht durchsetzbar gewesen. Die DDR-Eliten suchten ihrerseits nach einem erlösenden Befreiungsschlag aus der Strukturkrise der achtziger Jahre. Sie hielten den beschleunigten Anschluß an die BRD-Ökonomie zunehmend für ein adäquates Mittel. Anders kann die ohne alle währungs- und devisenpolitische Absicherungen erfolgte Öffnung der Mauer am 9. 11. 1989, der Ersatz der Konförderationspläne durch die Parole »Deutschland einig Vaterland« im Februar 1990 und schließlich die offene Anpassung der PDS an den Crashkurs der Währungsunion vom Anfang April nicht erklärt werden. Am 11. April 1990 hat die Kommission Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Sozialpolitik beim Parteivorstand der PDS »Grundpositionen zur Wirtschaftspolitik« verabschiedet, in denen sie sich die Aufgabe setzte, »ihre Vorstellungen zu einer Marktwirtschaft, die sozial und ökologisch orientiert ist, in Übereinstimmung mit dem Vereinigungsprozeß der beiden deutschen Staaten auszuarbeiten.« Dabei trat sie in offener Anpassung an die Deregulierungsstrategie des Finanzkapitals »für eine Marktwirtschaft ein, die Leistung stimuliert und belohnt sowie wirtschaftliche Initiative fördert. Eine solche Wirtschaft ist Bedingung für die freie Entwicklung des Individuums, für die Verbesserung der Lebensqualität und der Bedürfnisbefriedigung.« Noch bevor die im Gefolge der Märzwahlen entstandene de Maizière-Regierung überhaupt konstituiert war und

die ökonomischen Annexionsverhandlungen aufgenommen hatte, sah es die PDS »als notwendig an, bei allen weiteren Überlegungen und Vorschlägen die Voraussetzungen und Konsequenzen eines schnellen Übergangs zur Währungsunion zugrunde zu legen.« Dessen Grundprinzipien erkannte sie an, sagte richtig die Folgen voraus und erarbeitete dann Vorschläge zur sozialen Abfederung und zu den Umtauschrelationen der Währungsumstellung, die im wesentlichen in den ökonomischen Annexionsvertrag eingegangen sind.

Diese in ihrer Bedingungslosigkeit kaum zu überbietende Kapitulationsbereitschaft kann mit den Kopplungseffekten von außenpolitischer Ausweglosigkeit und opportunistischer Anbiederung an die Leipziger Montagsdemonstrationen allein nicht erklärt werden. Sie hat weiterreichende Gründe. Die wirtschaftlichen und technischen Reformeliten der DDR arbeiteten seit Jahren an einem Konzept, das auf die Überwindung der Strukturkrise durch offene kapitalistische Restauration, das heißt auf Kosten der Arbeiter und Bauern, hinauslief. Die Sozialpolitik sollte von der Wirtschaftspolitik abgekoppelt werden. Das seit Jahrzehnten propagierte Ziel des »Weltniveaus« schien nur noch mittels der vollen Durchsetzung der »Leistungsgesellschaft« erreichbar. Die Management-Kader wollten die Kombinatsbelegschaften »ausmisten«, alleinerziehende Frauen, Jugendliche und Behinderte sollten aus den Betrieben verschwinden. Parallel zur Einführung atomisierender Leistungslöhne sollten die egalisierenden indirekten Lohneinkommen, immerhin ein Drittel der Gesamtlohnsumme, beseitigt werden. Auf diese Weise sollten die Voraussetzungen für innovative Gemeinschaftsprojekte mit dem BRD-Kapital geschaffen und die Rückkehr zur »Weltspitze« erkämpft werden. Schließlich war der technokratisch-wirtschaftliche Reformflügel der SED bereit, überhaupt den Status quo mit den Trägern der politischen Macht preiszugeben.

Heute steht die PDS unter der Führung dieser Reformelite, auch wenn es zweifellos starke oppositionelle Grundströmungen gibt. Aber diese Opposition – Frauenverbände, Jugendinitiativen, kommunistische Plattform, teilweise auch die Historiker – hat bisher nicht die Kraft entwickelt, um die grotesken strategischen Entscheidungen der technokratischen Intelligenz öffentlich zu kritisieren. Es ist an der Zeit, die klassenpolitischen Aspekte des sozialreformerischen Innovationskurses der PDS in aller Klarheit herauszuarbeiten. Die Reformelite der Ex-DDR hat nicht einfach mit diktatorischen Machtstrukturen gebrochen. Sie hat mit der alten SED-Garde abgerechnet, weil sie den von dieser wie repressiv auch immer ausbalancierten Status quo mit den Arbeitern und Bauern nicht mehr tolerierte. Sie hat den Prozeß der schleichenden kapitalistischen Restauration beschleunigt, wohl wissend, daß bei zunehmend entfremdeten Arbeitsverhältnissen und Lei-

tungshierarchien Leistung nur noch durch brutalen sozialen Verdrängungswettbewerb zu mobilisieren ist. Ohne die Kreation einer industriellen Reservearmee lief auch für die DDR-Technokratie seit 1988/89 nichts mehr. Wer sich mit der PDS auseinandersetzt, muß bedenken, daß sie das Produkt einer im Verlauf der Strukturkrise der DDR auf die Spitze getriebenen Konfrontation zwischen Intelligenz und Arbeiterklasse darstellt, die von der Intelligenz Ende 1989/Anfang 1990 durch die deutsch-deutsche Kapitulationsentscheidung beendet worden ist. Die reformerische Intelligenzschicht hat neben der PDS natürlich auch die sogenannten Blockparteien besetzt und mit ihrer Hilfe den politisch-ökonomischen Übergabeprozeß beschleunigt.

Aber trotz all dieser Vorleistungen war und ist die herrschende Klasse der BRD keineswegs bereit, sich mit den DDR-Reformeliten als Juniorpartnern zu arrangieren. Sie hat vielmehr den Vernichtungskampf auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet fortgesetzt und verschärft. Dadurch wird der monetaristische Zerstörungsschlag vom Frühjahr und Sommer 1990 weiter vertieft, wobei auch jetzt die ökonomische Angriffsebene als Ersatz für offene politische Unterdrückungsmaßnahmen fungiert und die um ihr Überleben kämpfenden »Seilschaften« der DDR-Betriebe und DDR-Verwaltungen isoliert. Die machtpolitische Ausgrenzung der intellektuellen Führungsschichten der DDR mit Hilfe wirtschaftspolitischer und verwaltungstechnischer Deregulierungsinstrumente wird die Automatik von Annexion und Zerstörung erst noch voll in Gang setzen und 1991 vollenden. Denn die auf ihre Juniorrolle getrimmten Führungsgruppen der DDR-Technokratie müssen auch weiterhin gedemütigt und entmachtet werden, damit die zentrale DDR-Arbeiterklasse das primär gegen sie selbst gerichtete Zerstörungsprogramm widerstandslos hinnimmt.

Die Folgen sind inzwischen ziemlich genau abzuschätzen. Der Versuch, Teile der zentralen Arbeiterklasse der Ex-DDR in die High-Tech-Klitschen des sogenannten neuen Mittelstands hineinzutreiben, ist schon im ersten Ansatz gescheitert, weil dafür die Infrastruktur insbesondere im Bereich der Telekommunikation fehlt. Überhaupt ist klar geworden, daß die zeitliche Trennung zwischen ökonomischer Substanzzerstörung und dem Neuaufbau deregulierter Wirtschaftsstrukturen schon jetzt ohne Infrastrukturinvestitionen in Höhe von etwa 1000 Milliarden DM nicht mehr überbrückt werden kann. Während die Treuhandanstalt liquidiert statt zu sanieren, bildet sich immer deutlicher ein Zielkonflikt zwischen der DDR-Annexion und den übergeordneten Europastrategien heraus. Auf die Unvereinbarkeit gigantischer deutsch-deutscher Infrastrukturplanungen mit einer friktionslos fortgesetzten Politik der hohen Zinsen, stabiler Preise und folglich der »harten« Währung werde ich weiter unten eingehen. Hier genügt als Zwischenergebnis, daß sich zwischen Zerstörung und Restrukturierung eine immer größere

Lücke auftut, die nachgerade die Dimensionen einer wirtschaftspolitisch nicht mehr kontrollierbaren »black box« annimmt.

Der um buchstäblich jeden Preis betriebene ökonomische Annexionsschub hat eine ihm gemäße politische Dynamik in Gang gesetzt. Der Anschluß der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes vom 3. Oktober war ein nur mühsam verdeckter Staatsstreich, und er bleibt es auch nach seiner parlamentarischen Absegnung durch die Bevölkerungsmehrheit am 2. Dezember 1990. Die Rückwirkungen der Zerstörung der Verwaltungsstrukturen der DDR auf die BRD sind nicht weniger evident. In allen Verwaltungseinrichtungen bis hin zur Medien-, Kultur- und Wissenschaftspolitik haben Annexionskommissare die Macht ergriffen. Wenn beispielsweise der Wissenschaftsrat nach der Zerstörung der außeruniversitären DDR-Forschung zur »Evaluierung« der DDR-Hochschulen ansetzt, dann wird er demnächst auch an den westdeutschen Universitäten mit eisernem Besen kehren. Im Bündnis mit dem Finanzkapital werden die Technokraten des Kanzleramts und der Bundesministerien das gesamte politische Herrschaftssystem der BRD destabilisieren. Überall hat die Ministerialbürokratie zum Sprung angesetzt. Die letzten Reste des Föderalismus, der Gewaltenteilung und sozialpartnerschaftlichen Integrationsstrukturen werden verschwinden. Vom allgemeinen Restaurationsprozeß werden auch die Gewerkschaften nicht verschont bleiben: ihre Beteiligung an der Annexionsplanung erweist sich schon jetzt als Pyrrhussieg, denn niemand wird bereit sein, in ihrem Überlebensinteresse das Verhältnis von Flucht-nach-vorn-Mentalität und annexionistischer Komplizenschaft zu entwirren. Auch die Parlamentarierkaste der Länder und des kommenden Reichstags wird politisch so zusammengesetzt sein, wie sie es als Quittung für ihren geschlossenen Kotau vor Hochfinanz und Ministerialbürokratie verdient. Die Parteien werden sich alle nach rechts konsolidieren. Die Reform- und Alternativlinke (PDS und Grüne) wird ihren weiteren Bedeutungsverlust mit der Ausgrenzung aller systemfeindlichen Strömungen kompensieren.

Diesem politischen Formierungsprozeß stehen die sozialen Folgen der Annexion gegenüber. Die gesellschaftlichen Strukturen der DDR werden hinweggefegt. Sie münden in Massenarmut und Massenarbeitslosigkeit, der eine neureiche Gewinner- und Spekulantenschicht des Tertiärisierungsschubs gegenübersteht. Auch wenn der für 1992/93 vorausgesagte Neuaufschwung vom »Verschwinden« eines Drittels des bisherigen Arbeitskräftepotentials (ca. drei Millionen) ausgeht, zeigt sich schon jetzt, daß die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Auffanglinien entweder nicht ernst gemeint oder der Dynamik der monetär-fiskalpolitischen Zerstörung nicht gewachsen sind. Es wird zu einer ungeheuren Frustration der sozialen Aufstiegser-

wartungen kommen, die das Wechselspiel von Annexion und Kapitulation bis jetzt zementiert haben.

Die soziale Deregulierung wird aber keineswegs auf das Territorium und die Bevölkerung der Ex-DDR beschränkt bleiben. Vielmehr wird die immer breiter werdende Kluft zwischen planvoller Zerstörung und ungeplantem, allein den Investitionsentscheidungen des Kapitals überlassenem Neuaufbau die neuerliche proletarische »Unterschichtung« der bisherigen BRD durch Wanderarbeit aus der Ex-DDR zur Folge haben. Dieser Prozeß, der in den ehemaligen Grenzregionen und in Berlin schon voll wirksam ist, wird mittelfristig zur weiteren Segmentierung der Arbeitsmärkte und zur Ausbildung sozial unabgesicherter Arbeitsstrukturen ganz unten an der Pyramide der Ausbeutung führen. Der Rückexport des ökonomischen Kahlschlags wird die Auflösung der sozialstaatlichen Steuerungssysteme im Bereich der bisherigen BRD beschleunigen.

Fassen wir die ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Wechselwirkungen des vergangenen Annexionsjahrs zusammen, so lassen sich bei aller Vorsicht die folgenden Entwicklungslinien voraussagen:

a) Die von den herrschenden Eliten bislang nur halbherzig mitgemachten Deregulierungsstrategien der Reagan/Thatcher-Ära holen das neue Großdeutschland im Gefolge der DDR-Annexion voll ein;
b) dadurch verliert die deutsche herrschende Klasse tendenziell ihren bisherigen Vorsprung vor den Partnern der Europäischen Gemeinschaft, wie sie ihn seit der Depression der siebziger Jahre erobert hatte (gerade weil sie sich bislang nur begrenzt von der Strategie der Sozialstaatlichkeit und Sozialpartnerschaft entfernt hatte);
c) dem neuen Großdeutschland steht eine territorial verdoppelte Klassenkampfperspektive bevor, weil das von den Eliten durchgesetzte Annexionsmodell an die Stelle der Mauer einen langfristig wirksamen sozialen und ökonomischen Spaltungsmechanismus gesetzt hat;
d) solange die Frage ungeklärt ist, wer für die ungeheuren Kapitalvernichtungskosten der Annexion und für die Infrastrukturinvestitionen eines ökonomischen Neuaufbaus der Ex-DDR aufkommen soll, wird das Kapital der bisherigen BRD die schon jetzt zu beobachtende Linie des Investitionsstreiks in den annektierten Gebieten nicht verlassen;
e) die neuaufgelegte Regierung Kohl-Genscher wird, wenn sich die weltwirtschaftlichen Rezessionstendenzen weiter durchsetzen und den Kampf um die deutsch-deutschen Ressourcen zur Refinanzierung der Annexion unlösbar verschärfen, in der Mitte der nächsten Legislaturperiode am Ende sein;
f) die politisch-ökonomische Destabilisierung wird den Versuch nach sich ziehen, ihre Folgen durch eine Große Koalition oder aber durch den

Übergang in eine offene Formierungsdiktatur des Kanzleramts und der Ministerialbürokratie aufzufangen;

g) die sinnstiftende Kulisse des von oben gesteuerten großdeutschen Nationalismus, die bisher zur dramaturgischen Absicherung der Annexion diente, wird weiter an Bedeutung gewinnen: Chauvinismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit werden von den herrschenden Eliten zu Schlüsselinstrumenten der kulturellen Hegemonie ausgebaut, um die Folgewirkungen der klassenpolitischen Polarisierung zu neutralisieren.

2. Die Wechselbeziehungen mit der europäischen und der internationalen Entwicklung

Das ganze Ausmaß der kommenden Einkommensumverteilungen und des Sozialabbaus auf Kosten der erwerbslosen und lohnabhängigen Bevölkerung enthüllt sich jedoch erst, wenn wir die durch die DDR-Annexion ausgelösten sozial- und wirtschaftspolitischen Umwälzungen mit den supranationalen Optionen der herrschenden Klasse in Beziehung bringen. Die Jahre 1992 bis 1994 markieren eine Schlüsselperiode der europäischen Integration. Die Vollendung des Binnenmarkts und die Währungsunion schienen sich bis zur DDR-Annexion reibungslos unter den strategischen Vorgaben des bundesdeutschen Großkapitals zu vollziehen. An der Festschreibung der in den achtziger Jahren erworbenen Vormachtstellung des BRD-Imperialismus über alle Knotenpunkte der EG-Ökonomie wurde von niemand mehr gezweifelt. Agrarprotektionismus, Exportdumping und Marktzugangsbeschränkungen (Zölle und Einfuhrquoten) waren bis Ende der achtziger Jahre weitgehend auf die Dimensionen der BRD-Großunternehmen zugeschnitten: es ging – und geht – ihnen darum, bis 1992/94 die Durchdringung des sich konsolidierenden Weltmarktblocks in seinen Schlüsselsektoren abzuschließen. Diese »Harmonisierung« unter deutscher Führung war bislang gerade währungs- und finanzpolitisch optimal abgesichert. »Die Gemeinschaft wird derzeit geldpolitisch geführt von der Bundesbank«, heißt es in einer Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums vom Juni 1989. »Derzeit ist aus gutem Grund die D-Mark der Anker des EWS (Europäischen Währungssystems, d. Verf.); die geldpolitische Koordination wird über Marktkräfte hervorgebracht ... Für die Ankerfunktion der jeweils stärksten großen Währung des EWS gibt es vorläufig keinen Ersatz.« Um einen solchen Ersatz bemühte sich aber just am Vorabend der DDR-Annexion ein hochkarätiger Ausschuß der EG-Kommission: bevor D-Mark-Block und EWS-Gebiet vollkommen deckungsgleich würden, sollte der Vor-

marsch der Bundesbank zum alleinigen geldpolitischen Lenkungsinstrument der Europäischen Gemeinschaft gebremst werden. Die sogenannte Delors-Kommission will deshalb die Strukturen des D-Mark-Blocks in einer Europäischen Zentralbank überformen und zugleich den Marktsog der deutschen Leitwährung in einem Mehrstufenprogramm mit neokeynesianischen Instrumenten »bändigen«. Das BRD-Finanzkapital lehnte diesen in letzter Minute gestarteten Integrationskurs rundweg ab, schrieb seinen Vormachtanspruch in einem geldpolitischen Maximalprogramm, das die monetäre Finanzierung öffentlicher Haushaltsdefizite ausschließt, fest, und setzte weiter auf den stummen Zwang der »harten« D-Mark.

Die monetären und finanzpolitischen Folgen des DDR-Anschlusses haben jedoch diesen rigorosen Kurs ernsthaft in Frage gestellt. Die politische Korrumpierung der Bevölkerung der Ex-DDR erfordert eine wie auch immer begrenzte Fortsetzung der Sozialleistungstransfers des vergangenen Jahrs. Hinzu kommen gigantische Infrastrukturinvestitionen, wenn auf die Zerstörung des ostdeutschen Produktionspotentials tatsächlich eine wirtschaftliche Rekonstruktionsperiode folgen soll. Dieser riesige Mittelaufwand könnte noch am ehesten durch eine großangelegte staatliche Defizitfinanzierung mobilisiert werden. Eine solche Option aber würde nicht nur die Zinsen weiter in die Höhe treiben, sondern auch den geldpolitischen Stabilitätskurs aus den Angeln heben und zur Inflation führen. Mit anderen Worten würde die D-Mark innerhalb kürzester Zeit den Charakter der »härtesten« Währung des EG-Binnenmarkts verlieren. Die herrschenden deutschen Eliten müßten sich dem Programm der Delors-Kommission beugen und ihre bis 1989 erreichte Vorrangstellung innerhalb der EG ein Stück weit zurücknehmen. Dafür, daß sie dazu bereit wären, gibt es jedoch nicht die geringsten Anzeichen. Die Chefplaner des Finanzkapitals haben keine Lust, den stummen Unterwerfungszwang der D-Mark-Leitwährung den Folgen ihres annexionistischen Crash-Kurses zu opfern, der mit dem Verzicht auf das wechselkurspolitische Anpassungsventil die DDR-Wirtschaft zerstörte.

Das aber hat zur Folge, daß die Deregulierungseffekte der DDR-Annexion nur auf der Basis einer sofort einsetzenden Umverteilung der Masseneinkommen in Ost- und Westdeutschland kompensiert werden können. Unter dem Diktat des Finanzkapitals wird die erneuerte Kohl-Genscher-Regierung die staatlichen Ausgabe-Budgets zusammenstreichen, die West-Ost-Sozialtransfers einschränken, die Verbrauchssteuern erhöhen, die Privatisierung der Staatsunternehmen vorantreiben, die sozialen Subventionsfonds der »deutschen Teilung« auflösen und den bislang eher moderat betriebenen Sozialabbau beschleunigen. Damit wird eine immer raffiniertere Verschleierung des Umverteilungsmechanismus in einer Reihe von Schatten-Haushalten einhergehen und zur weiteren Stärkung der ministerialbürokratischen

Exekutive zu Lasten aller übrigen politischen Machtstrukturen, insbesondere der Parlamente, beitragen. Gemessen an der Zügellosigkeit der strategischen Optionen der herrschenden Klasse wird die lohnabhängige und erwerbslose Bevölkerung ihre Pauperisierung nur nach und nach wahrnehmen. Aber die Tatsache, daß sie als erste Adresse zur Refinanzierung des deutsch-deutschen Vabanque und des Kampfs um die europäische Vorherrschaft herangezogen wird, wird ihr dennoch nicht verborgen bleiben. Sie wird die vielschichtig organisierte Umverteilung der Masseneinkommen zuerst als fortschreitende Vertiefung des Wohlstandsgefälles zwischen West- und Ostdeutschland erleben. Da die herrschende Klasse nicht bereit ist, eine Stagflation als unausweichliche Folge einer weiter fortgesetzten sozialpartnerschaftlichen Integrationspolitik in Kauf zu nehmen, kann sie nur noch auf die konsensstiftenden Krücken eines radikalisierten Nationalismus und auf die Flankierung ihrer finanzpolitischen Europastrategie durch ein europäisches Sozialistengesetz zurückgreifen. Der Griff der Bundesbank nach der Europäischen Zentralbank wird mit der Europäisierung des Bundeskriminalamts und der Ablösung der bisherigen europäischen CIA-Geheimdienstkoordination (Gladio) durch die deutschen Geheimdienste einhergehen.

Hinzu kommt ein weiterer Faktor supranationaler »Herausforderung«: die bevorstehende Massenauswanderung aus den osteuropäischen Depressionsgebieten. Im Jahr des DDR-Anschlusses wurde keineswegs nur die Mauer durch eine neue Wohlfahrtsgrenze ersetzt. Seit der Implosion der realsozialistischen Staaten jenseits der Oder und der Donau hat sich auch der gesamte übrige »Eiserne Vorhang« in eine scharf gezogene Wohlfahrtsgrenze verwandelt. Gefälle im Bruttosozialprodukt pro Kopf von zehn zu eins und mehr stimulieren unweigerlich dazu, alles aufzugeben und die ja nicht mehr undurchlässige Armutsbarriere für immer zu überschreiten. Ernstzunehmende Prognosen rechnen mit einer Ost-West-Wanderung von zehn bis fünfzehn Millionen Menschen im nächsten Jahrzehnt. Wenn diese Zahlen zutreffen, dann wird Deutschland nicht nur endgültig zu einem Einwanderungsland par excellence; die herrschenden Eliten wären mit einer demographischen Entwicklung konfrontiert, die ihre deutsch-deutschen und europäischen Optionen buchstäblich »von unten« unterläuft.

Das ist ihnen längst bewußt. Da für sie eine Kopie der SED-Grenzpolitik – wenn auch unter umgekehrten Vorzeichen – nicht in Frage kommt, bleibt nur der Weg der ökonomischen Ressourcenmobilisierung, um die potentiellen Wanderungsbewegungen in ihren Herkunftsländern zu halten. Nur wenn Kapital nach Osteuropa exportiert wird und wenn der kapitalistische Restaurationsprozeß in Osteuropa auf die Produktion und den Export arbeitsintensiver Güter ausgerichtet wird, läßt sich der Anreiz zur Auswanderung verringern. Die großdeutschen Sozial- und Wirtschaftsplaner übertrumpfen sich

gegenwärtig mit entsprechenden Memoranden über den Zusammenhang von Kapitalexporten, Protektionismus und Armutswanderungen. Sie fordern, jenseits der Oder, von Stettin/Danzig bis Oberschlesien, einen Industriegürtel freier Produktionszonen aufzubauen, der die künftigen Wanderungsbewegungen noch vor der Grenzüberschreitung absorbieren soll. Hinter diesem »Industriewall« soll eine abhängige Entwicklung einsetzen, die das dramatische Lohn- und Einkommensgefälle schrittweise verringert und regional abstuft. Die Panik vor den kommenden Ost-West-Wanderungen reaktiviert alte Utopien eines kontinentaleuropäischen Wirtschaftsraums, der die bisherigen globalen Einkommensgefälle von Metropole, Semiperipherie und Peripherie in den sich abschottenden Weltmarktblock zurücknimmt.

So stehen wir auf territorial erweiterter Stufenleiter vor dem gleichen Phänomen wie bei der deutsch-deutschen Annexion. Da imperialistische Planungen die Investitionsentscheidungen der Großkonzerne nur zu »lenken« vermögen, wenn sie die meisten der damit verbundenen Risiken optimal »weg-finanzieren«, sind in bezug auf Osteuropa weitere Infrastrukturinvestitionen gefordert, die ihrem deutsch-deutschen Pendant in nichts nachstehen. Der grandiose imperialistische Gewinner des Kalten Kriegs wird an den Folgen des ökonomisch-politischen Roll Back nur dann nicht ersticken, wenn ihm eine gigantische Umverteilung der Masseneinkommen zur ökonomischen Regulierung der an die Stelle der »Eisernen Vorhänge« getretenen Wohlfahrts- und Armutsgrenzen gelingt.

Aus der Sicht von unten besagt dies, daß wir innerhalb der triumphierenden Metropole vor gewaltigen Lohn- und Einkommenskämpfen stehen. Nur wenn die herrschende Klasse sie gewinnt, wird sie über die akut erforderlichen Zusatzressourcen verfügen, um die sich abzeichnende neue Hierarchie von Ausbeutungs- und Profitraten innerhalb des kontinentaleuropäischen Weltmarktblocks zur Wirksamkeit zu bringen. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft spricht inzwischen offen von Groß-Europa als einem »System von Ringen«: die um die Efta-Staaten erweiterte Europäische Gemeinschaft als ökonomisch-politisch homogener Block, dazu als assoziierte Semiperipherie Ungarn, CSFR, Polen und die baltischen Staaten, und dahinter die hinter ihre Anfänge zurückgeworfene Sowjetunion. Zusammen mit der kommenden nord-südamerikanischen Freihandelszone und der neu aufgelegten japanisch-australischen »Wohlstandssphäre« der Pazifikregion würde sich das von Deutschlands Eliten geführte Kontinentaleuropa mit wachsender Intensität am Nord-Süd-Krieg zur Verteidigung der neuverteilten Weltherrschaftssphären gegen die Depressionsgebiete der drei Kontinente beteiligen. Gleichzeitig werden die in transnationale Dimensionen hineingewachsenen deutschen Konzerne zur internationalen Kartellpolitik der zwanziger/dreißiger Jahre zurückkehren und sich im Deal mit den oligopolistischen Konkur-

renten in Japan und Nordamerika die Entwicklungs- und Produktionsstandorte sowie die Absatzmärkte entsprechend territorial aufteilen. Globale Joint Ventures, die im Anschluß an den Untergang der »zweiten Welt« zur endgültigen Zerstörung der aus der internationalen Nachkriegsordnung von Bretton Woods hervorgegangenen Weltwirtschafts- und Welthandelsstrukturen ansetzen, werden gerade gezimmert. Es ist nicht ohne historischen Reiz, daß sich dabei gerade die deutschen und japanischen Kriegsverbrecherkonzerne (Beispiel: Daimler-Benz und Mitsubishi) besondern hervortun und daß andere deutsche Transnationale alte binneneuropäische Annexions- und Kollaborationsbeziehungen neu aufwärmen (Beispiel: Volkswagen und Skoda).

Die Skizzierung der innereuropäischen und globalen Wechselbeziehungen zum deutsch-deutschen Annexions- und Kapitulationsjahr ermöglicht eine Verallgemeinerung der bisherigen Entwicklungsprognose. Die monetaristisch-zerstörerische Form des DDR-Anschlusses hat eine Kettenreaktion ausgelöst, die die herrschende Klasse in Zugzwang bringt (wobei erst spätere Historikerinnen und Historiker werden beurteilen können, inwieweit gerade dieser »Zugzwang« kalkulierte Vorbedingung für die spezifische Prozedur der DDR-Annexion gewesen ist). Um den Preis der Kapitalvernichtung eines Lands mit mittlerem EG-Produktionsstandard entstand ein neuer großdeutscher Machtblock, der sich ausnahmslos in der Verfügungsgewalt der bisherigen BRD-Eliten befindet. Seine abrupte Herausbildung hat schlagartig zur Zuspitzung des Hegemonialkampfs innerhalb der Europäischen Gemeinschaft geführt, und zwar in einer Konstellation, in der der BRD-Imperialismus mit Hilfe einer seit Jahrzehnten betriebenen Politik der D-Mark-Blockbildung unmittelbar vor dem endgültigen Durchbruch stand. Langfristig hat ihm der DDR-Anschluß die Vormachtstellung über Osteuropa verschafft und ihm damit den Schlüssel in die Hand gegeben, der ihm das Entscheidungsmonopol über die weitere Ausgestaltung der Europäischen Gemeinschaft zum protektionistischen Weltmarktblock mit einem »autark« funktionierenden Gefälle der Ausbeutungs- und Profitraten zuschanzt.

Aufgrunddessen kann der BRD-Imperialismus zu einer Neuverteilung der Welt und insbesondere zur internationalen Kartellierung von ökonomischen Einflußsphären übergehen, die im großen und ganzen den deutschen Neuordnungs- und Nachkriegsplanungen von 1941/42 entspricht. Diesem beispiellosen Triumph der strategischen Optionen fast 50 Jahre nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg stehen jedoch kurz- und mittelfristige Finanzierungskosten gegenüber, die selbst das Wertschöpfungspotential der ungeheuer prosperierenden westdeutschen Wirtschaft bei weitem übersteigen. Zweifellos ist die herrschende Klasse bereit, den Preis zu zahlen und die »Gemeinkosten« von Annexion, EG-Vorherrschaft und Neuverteilung der

globalen Einflußsphären zu mobilisieren. Die dabei entstandenen Ziel-Mittelkonflikte zwischen deutsch-deutscher Infrastrukturharmonisierung, weiterer »Härtung« des europäischen D-Mark-Blocks und Migrationslenkung durch die abhängige Rekonstruktion Osteuropas können nur auf der Basis einer gigantischen und rasch greifenden Umverteilung der großdeutschen Masseneinkommen gelöst werden. Das aber ist nur möglich bei weitgehender Abkehr von bisheriger Sozialstaatlichkeit und Sozialpartnerschaft. Die bislang nur begrenzt betriebene Deregulierung der Ausbeutungsbeziehungen muß im Interesse der neuen Weltmachtpolitik beschleunigt nachgeholt werden. Aus dieser Perspektive folgt zwingend die Beseitigung fundamentaler Komponenten des Sozialtransfers zur Integration der lohnabhängigen und erwerbslosen Bevölkerung in West- und Ostdeutschland. Die Zweidrittel-Gesellschaft der achtziger Jahre wird zumindest in einer zehnjährigen Phase forcierter Ressourcenmobilisierung zur offenen und infolge der innerdeutschen Wohlfahrtsgrenze verdoppelten Klassenkonfrontation fortschreiten. Der in dieser Dimension seit Jahrzehnten nicht mehr bekannte Klassenkampf von oben wird den Polarisierungsprozessen der Zweidrittel-Gesellschaft neue Aspekte hinzufügen. Er wird die neue Wohlfahrtsgrenze zwischen West- und Ostdeutschland vertiefen, die Segmentation der Arbeitsmärkte weiter vorantreiben, die Fremd- und Migrationsarbeiter verschärft ausgrenzen, die sozialökonomische Spaltung zwischen den Geschlechtern vertiefen, die Bereiche unbezahlter Reproduktionsarbeit der Frauen erweitern und eine auf Dauer angelegte Massenarbeitslosigkeit erzeugen. Das Subproletariat der Alten, unqualifizierten Jugendlichen, Flüchtlinge, Chronischkranken und Behinderten wird mit neuen Kampagnen zur sozialen und teilweise auch physischen Vernichtung (»Euthanasie«-Kampagne) konfrontiert sein. Nur wenn dieser in allen seinen Facetten entfesselte Klassenkampf von oben Erfolg hat, kann die herrschende Klasse davon ausgehen, daß das von ihr veranstaltete große Fressen nicht an den Verdauungsproblemen scheitert.

3. Das größte Tabu: Mobilisierung revolutionärer Gegenmacht

Im vergangenen Jahr haben wir – die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Demonstrationen vom 12. Mai in Frankfurt/Main und 3. November 1990 in Berlin – gegen den sich restaurierenden großdeutschen Imperialismus politisch gekämpft. Wir waren die einzige politische Kraft, die nicht nur den annexionistischen Charakter des DDR-Anschlusses beim Namen nannte, sondern auch auf die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Folgewirkungen hinwies, die inzwischen den Charakter einer in unheimlichem Tempo

ablaufenden Kettenreaktion angenommen haben. Wir haben die west- und ostdeutsche Linke zur grundsätzlichen Negation großdeutscher Machtstaatlichkeit und zum Boykott der Reichstagswahlen aufgefordert. Alles in allem waren wir die einzigen, die die Dramaturgie des neu aufgelegten »Eliten-Nationalismus« durchschauten und entschieden dagegen Front machten. Wie begrenzt unser Erfolg auch immer gewesen sein mag: die Voraussetzungen sind geschaffen, um einen nicht unwesentlichen Rest der neuen Linken als entschieden antinationale Kraft sichtbar werden zu lassen. Nun heißt es, ausgehend von dieser antinationalen und antiinstitutionellen Negation den Blick nach vorn zu richten und im Kontext einer außerparlamentarischen Mobilisierung neue und tragfähige Beziehungen zwischen der Linken und der lohnabhängigen beziehungsweise erwerbslosen Bevölkerung aufzubauen. Das aber wird nur möglich sein, wenn wir das einigende Moment der antinationalen Negation zuerst einmal auf all die gesellschaftlichen Bezugspunkte zurückprojizieren, in denen das nichtreformistische Spektrum der Linken – von den Autonomen und Antiimperialisten über die Ausländerinitiativen und Dritte Welt-Komitees bis zu den Ökosozialistinnen und -sozialisten – verankert ist. In diesen Zusammenhängen sollte eine Debatte darüber entfacht werden, inwieweit der bisherige Partikularismus durch übergreifende Orientierungspunkte überbrückt werden kann, indem er die Analyse der klassenpolitischen Rückwirkungen des vergangenen Annexionsjahrs als gemeinsame Diskussionsgrundlage anerkennt.

Ich weiß, daß dieser Vorschlag eher auf Skepsis und Abwehr stoßen wird als auf begeisterte Zustimmung. Jedoch hoffe ich, mit meinen Thesen zumindest plausibel gemacht zu haben, daß der große Triumph der Annexionseliten nicht lange anhalten wird. Blicken wir auf die sozialen und ökonomischen Folgen ihrer strategischen Schachzüge von 1989/90, so besteht kein Anlaß zu resignativer Ohnmacht und Endzeitstimmung. Die Karten sind neu gemischt worden – auch für uns.

Es wird erkennbar werden, daß der durch die BRD-Eliten an seiner entscheidenden Schnittstelle beschleunigte und unumkehrbar gemachte weltweite Restaurationsprozeß den Imperialismus zugleich seiner Fähigkeit beraubt hat, die neue Weltordnung mit Substanz zu füllen. Von ihrer Utopie, in den neunziger Jahren Stabilität durch Produktkonversion, individualisierte Leistungszwänge und »harte« Geldpolitik vorexerzieren zu können, wird sich die deutsche herrschende Klasse verabschieden müssen, weil sie sich mit der DDR-Annexion verhoben hat. Es wird in den neunziger Jahren keine Stabilitätspolitik eines rotgrün gefärbten ökologischen Keynesianismus geben, sondern eine Deregulierungsdiktatur des Finanzkapitals.

Diese Deregulierungsdiktatur führt nun auch in Zentraleuropa zu einer Mobilisierung der ausgebeuteten Klassen, die wahrscheinlich über die Süd-

Nord-Wanderungen der sechziger Jahre weit hinausreicht. Im Gegensatz zu den sechziger Jahren wird die jetzt einsetzende Ost-West-Wanderung über die innerdeutsche und die osteuropäischen Wohlfahrtsgrenzen hinweg von frustrierten Reformerwartungen getragen: vor allem die DDR-Arbeiterklasse wird rasch erkennen, daß sie als erste zu zahlen hat. Die Massenwanderungen der Enttäuschten zeichnen sich überdies durch hohe Qualifikationsprofile aus – ein weiterer gewichtiger Unterschied zu den sechziger Jahren. Die kommende »Unterschichtung« der metropolitanen Ausbeutungshierarchie wird infolgedessen keineswegs reibungslos ablaufen: die zugewanderten Enteigneten und Einkommenslosen werden keine dauerhafte Stabilisierung der sozialen Lohn- und Sozialleistungspyramide zulassen. Da außerdem zwischen den Infrastrukturplanungen und den realen Investitionsentscheidungen für Ostdeutschland beziehungsweise den osteuropäischen »Industriewall« eine tiefe Kluft besteht, werden sich die Migrationswellen nicht auf wenige Jahre beschränken, sondern mindestens zehn bis fünfzehn Jahre anhalten. Sie werden somit die sozialstaatlichen Integrationsmechanismen der europäischen Metropole außer Kraft setzen und einen neuen Zyklus proletarischer Klassenkämpfe auslösen, der qualitativ und quantitativ weit über den Zyklus der sechziger und frühen siebziger Jahre hinausreicht.

Mit dieser Prognose verbinde ich weder optimistische Perspektiven noch erwarte ich wie auch immer geartete Automatismen einer sich selbst in Gang bringenden sozialen Revolution. Ich halte lediglich das Aufbrechen sozialer Strukturen fest, in deren Gefolge sich die objektiven Konstitutionsbedingungen des europäischen Proletariats grundlegend wandeln. Inwieweit sich daraus ein neues Klassenbewußtsein entwickelt, das die bisherigen klasseninternen Integrations- und Spaltungsmechanismen überwindet, ist eine andere Frage. Denn mehr denn je tut sich zwischen den tatsächlichen Sozialstrukturen und ihrer wirklichkeitsadäquaten Wahrnehmung eine medienkapitalistische Blockade auf, die erst einmal aktiv aufgebrochen werden muß, wenn aus den Proletarisierungs- und Pauperisierungserfahrungen kollektiv-emanzipatorische Schlußfolgerungen gezogen werden sollen. Gerade weil der Imperialismus der neunziger Jahre seine arbeits- und sozialpolitischen Integrationsprojekte weitgehend annulliert, wird er an der Front der medienpolitischen Wirklichkeitsverdopplung enorme Initiativen entfalten, um seine kulturelle Hegemonie zu behaupten und dafür zu sorgen, daß Armutserfahrung und soziale Existenzvernichtung sich nicht gegen seine Herrschaft organisieren, sondern in innerproletarische Gewalt-und Spaltungsmechanismen umschlagen. Die Motivationskraft des schnellen Geldes wird dabei genauso in neue Dimensionen getrieben werden wie die sozialrassistischen und sexistischen Ventile und, das alles überbauend, der großdeutsche Chauvinismus. Das alles unterstreicht aber trotzdem nur, daß der Imperialismus der neunziger Jahre

soziale Konflikte nicht mehr wie bisher durch geräuschlose Integrationsmechanismen zu metabolisieren vermag. Die Alternative: Sozialismus oder Barbarei bekommt folglich eine für unsere Generation nie gekannte Aktualität. Kollektiv-emanzipatorische Prozesse werden wir gerade jetzt nur noch mit vorantreiben können, wenn wir für ihre Entwicklung das Modell einer sozialrevolutionären Gegenkultur entwerfen, welche die Trägerschichten der kommenden Klassenkonflikte mit einer glaubwürdigen Alternative zu den medienkapitalistischen Deformierungs- und Ventilstrategien ausstattet. Diese Gegenkultur wird nur dann Bestand haben, wenn sie eine Dimension der sozialen Gleichheit hervorbringt, die – unter bewußter Bezugnahme auf das Trauma ihrer Zerstörung durch die dominierenden sozialistischen Strategien dieses Jahrhunderts – die proletarische Klassenkampfperspektive mit neuen Instrumenten ausstattet, in denen revolutionäre Gegenmacht und direkte Basisdemokratie die zwei untrennbaren Seiten einer Medaille bilden. Das aber setzt die Entfaltung von Strukturen der Selbstorganisation voraus, die von Anfang an jede Reproduktion der territorialen Ausbeutungshierarchie diesseits und jenseits der jeweiligen Wohlfahrtsgrenzen verhindern. Der klassenspezifische Inhalt der antinationalen Negation ist und bleibt internationalistisch.

Um abschließend auch hier möglichst konkret zu werden: Ich sehe drei Schwerpunkte, in denen sich revolutionäre Basisbewegungen entwickeln könnten, um die unverzichtbaren neuen Lernprozesse im Verhältnis von proletarischer Autonomie und demokratischer Selbstbestimmung in Gang zu bringen: Stadtteile, revolutionär-syndikalistische Arbeiterinitiativen und intellektuelle Denkfabriken. In diesen drei Bezugspunkten liegen nicht nur ausreichende Erfahrungen aus den achtziger Jahren vor, sie sind zugleich mit genuinen internationalistischen Perspektiven verknüpft.

In den Stadtteilkämpfen sind schon jetzt erste Ansatzpunkte zur sozialen Aneignung und zur basisdemokratischen Selbstorganisation vorhanden. Sie waren bis jetzt durch Kollektive von Hausbesetzern bestimmt, in denen sich proletarische und erwerbslose Jugendliche ein Stück ihres Lebensrechts erkämpften. Mit dem qualitativen Umschlag der Zwei-Drittelgesellschaft wird die Bedeutung der Slums, Gettos, Barrios, Gecekondus und Favelas weiter wachsen. Flüchtlinge, Wanderarbeiterinnen und -arbeiter, Obdachlose und Arbeitsloseninitiativen werden hinzukommen und die »unanständigen« Distrikte der großen Agglomerationen vergrößern. Diese Zuwanderungsschübe werden die schon jetzt geführten Auseinandersetzungen um die Alternative: basisdemokratische soziale Aneignung oder selbstzerstörerische Gewalttätigkeit unter der Regie der Heroinkartelle beziehungsweise der Mafia verschärfen. Als Ausgangspunkte territorialer Gegenmacht werden die Stadtteil- und Hausbesetzerbewegungen nur überleben können, wenn sie

sich rechtzeitig auf diese Herausforderung einstellen und ihrerseits niemand vom Recht auf soziale Existenz und soziale Aneignung ausschließen. Die autonomen Hausbesetzerinnen und -besetzer sollten ihre Kampfformen so ausdifferenzieren, daß sich auch die Flüchtlinge, die Migrationsarbeiterinnen und -arbeiter, aber auch die Behinderten und die Obdachlosen anschließen können. Soziale Selbstbestimmung sollte sich nicht in aktionistischer Militanz erschöpfen, sondern zusätzlich die Fähigkeit entwickeln, sich phantasievoll gegen herrschende Gewalten, Sozialtechniken und Umstrukturierungspläne »breit zu machen«. Soziale Aneignung verlangt in diesem Sinn vor allem die Bereitschaft zum kollektiven Kampf gegen eine aufgezwungene Verarmung, sie verlangt ein »Ende der Bescheidenheit« (Initiativkreis Hafenstraße).

So wichtig soziale Aneignung und Stadtteilperspektive als erste Bezugspunkte von Gegenmacht auch sein mögen, ihre systemsprengende Brisanz kann so lange nicht erreicht werden, wie sie auf die Konstitution einer subproletarischen Gegenkultur beschränkt bleiben. Es genügt keineswegs, wenn sich wie beispielsweise in Hamburg linke Gewerkschaftsgruppen für den Erhalt der Hafenstraße einsetzen. Vielmehr sollte vom »Unten« des subproletarischen Existenzrechts ausgehend die Frage nach einer internationalistischen Rekonstruktion genuiner Arbeiterorganisationen neu gestellt werden. Diese Frage ist keineswegs so illusionär, wie dies auf den ersten Blick erscheinen mag. Im Verlauf der achtziger Jahre hat es ausgedehnte Transportarbeiterkämpfe gegeben, die in vielen Bereichen der Transportkette, beispielsweise in den Häfen, die Fesseln national-sozialpartnerschaftlicher Gewerkschaftspolitik gesprengt haben. Hier wäre anzusetzen, nicht zuletzt deshalb, weil Häfen und Stadtteilbewegungen aufgrund übergreifender Umstrukturierungen oft eng miteinander verflochten sind. Hinzu kommt die strategische Bedeutung der Transportarbeit für den deregulierten Imperialismus, dessen zirkulierende Kapitalbestandteile aufgrund der Flexibilisierung und Horizontalisierung der Produktionsverfahren (Just-in-time-Produktion) weltweit zunehmen. Es verlangt also keinen besonderen Mut zur revolutionären Utopie, zwischen dem Internationalismus der subproletarischen Stadtteilbewegungen und dem internationalen Transportarbeiterproletariat tragfähige Verknüpfungspunkte auszumachen. Schaffen die Stadtteilaufstände die Grundlagen für eine subproletarische Existenzsicherung, so könnten Generalstreiks revolutionär-syndikalistischer Transportarbeiterorganisationen eine Initialzündung für eine neue Perspektive proletarischer Selbstorganisation gegen die atomisierende High-Tech-Arbeit und für eine Produktkonversion von unten abgeben.

Soziale Aneignung auf Stadtteilebene und die Demokratisierung der Produktion vom heutigen strategischen Fixpunkt kapitalistischer Ausbeutung

aus: miteinander verbunden, könnten diese beiden Perspektiven dazu ermutigen, alle ungelösten Probleme einer revolutionären Klassenkampfgeschichte neu aufzuwerfen. Mehr aber auch nicht. Denn die Potenz des kapitalistischen Systems, Klassenstrukturen weltweit zu zerstören und zugleich zu erneuern, wäre dadurch noch nicht ernsthaft in Frage gestellt. Gerade die blitzartig getroffenen und durchgesetzten strategischen Entscheidungen zur Rekonstruktion des Weltsystems haben in jüngster Zeit enthüllt, daß die Produktions- und Meinungsmacht des Kapitalismus auf der unumschränkten Verfügung über großtechnologische Entwicklungszentren und sozialwissenschaftliche Denkfabriken beruht. Die Intelligenz ist in den vergangenen Jahrzehnten zur wesentlichen Herrschaftsstütze geworden. Sie ermöglicht eine immer engere Vernetzung von Forschung, Großtechnologie und Konzernproduktion. Sie setzt strategische Entscheidungen in Planung um, sie vermittelt technologische Gewalt mit der präventiven Erfassung und Verdopplung gesellschaftlicher Umschichtungen. Dennoch ist die Intelligenz kein Monolith, der Aufstieg in die Schaltzentren der Macht, die Ausgrenzung zu »neuen Selbständigen« und der Abstieg in die Arbeitslosigkeit liegen oft nahe beieinander. Hier liegen Ansatzpunkte zur programmatischen Intervention: für die Demokratisierung der methodischen Prinzipien und der Strukturen in Wissenschaft und Forschung, und letzten Endes für eine Gegenplanung im internationalen Kontext. Wenn es uns nicht gelingt, die Desertion der Intelligenz aus den Denkfabriken zu organisieren und ihre soziale und ideologische Integration an den Knotenpunkten der Macht aufzubrechen, werden wir über eine letzten Endes nostalgische Rekonstruktion der Klassenkampfperspektive nicht hinauskommen. Soziale Gleichheit kann heute nur noch erobert werden, wenn das imperialistische System seine technologische Innovationskraft verliert, wenn die Fähigkeit zur Reproduktion eines globalen Existenzrechts mit der Gegenplanung herrschafts- und hierarchiefreier Produktionsverhältnisse einherkommt. Unter den Bedingungen von heute muß das Bündnis zwischen Proletariat und Intelligenz neu auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Schluß

Die Wiederherstellung der kapitalistischen »One World« hat einerseits die internationalen Bedingungen für die Einverleibung der DDR in die BRD geschaffen, andererseits ist sie erst im Verlauf der deutsch-deutschen Annexions- und Kapitulationsmechanismen unumkehrbar geworden. Daß es sich dabei trotzdem nur um einen Pyrrhussieg handelte, zeigt die Analyse der dadurch ausgelösten sozialen und ökonomischen Folgen.

Hinter den Fassaden einer chauvinistisch erneuerten kulturellen und politischen Hegemonie der herrschenden Klasse werden neue Formen des Klassenkampfs von oben entwickelt, um die Folgekosten der Kapitalvernichtung, der dadurch bewirkten deutsch-deutschen Strukturanpassungszwänge und einer abhängigen kapitalistischen Restrukturierung Osteuropas durch Sozialabbau und Umverteilung der Masseneinkommen aufzubringen. Andere Finanzierungsformen scheiden weitgehend aus, weil sie die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus über die Europäische Gemeinschaft in deren entscheidender Konsolidierungsphase wieder in Frage stellen würden.

Einkommensumverteilungen und massenhafte Ost-West-Wanderungen führen in den nächsten Jahren zu einer dramatischen Polarisierung der Klassenverhältnisse. Auf sie sollten wir uns von drei Schwerpunkten ausgehend beziehen, was die strategische Überwindung bisheriger nichtreformistischer Partikularismen voraussetzt: Stadtteilkämpfe (soziale Aneignung), revolutionär-syndikalistische Arbeiterinitiativen innerhalb der Transportketten des deregulierten Kapitals, Zerstörung der Großtechnologie und intellektuelle Desertion aus den Denkfabriken.

Dafür ist eine programmatisch-politische Initiative erforderlich, die sich die Vernetzung der Initiativen innerhalb der drei strategischen Bezugspunkte zur Aufgabe macht. Nach der Phase der antinationalen Negation und nach dem Boykott der Annexionswahlen sollte die Radikale Linke nach vorne schauen und das in ihr assoziierte Spektrum nichtreformistischer Ansätze zu einer strategischen Orientierungsdebatte bündeln, die eine solche Initiative zum Ziel hat.

Im Gegensatz zu den sechziger Jahren hat eine außerparlamentarische Massenbewegung heute nur dann eine Chance, wenn sie sich schon in ihren ersten Entwicklungsphasen auf eine klare Klassenorientierung verständigt. Wenn die Radikale Linke als Initiator und erster Bezugspunkt einer solchen außerparlamentarischen Bewegung den scheinbaren Triumph der vergangenen Annexionsmonate rechtzeitig demaskiert und die unausweichliche Legitimationskrise des deregulierten und destabilisierten Herrschaftssystems vorwegnimmt, dann wird sie eine aufregende Perspektive vor sich haben.

Kaspar Maase

»Der Feind, den wir am meisten hassen...«

Über gutes Leben, Intellektuelle und den Unverstand der Massen

Wir wenden uns der Frage zu, was die Menschen selbst durch ihr Verhalten als Zweck und Absicht ihres Lebens erkennen lassen, was sie vom Leben fordern, in ihm erreichen wollen. Die Antwort darauf ist kaum zu verfehlen; sie streben nach dem Glück, sie wollen glücklich werden und so bleiben.

Sigmund Freud, Das Unbehagen in der Kultur

Das Spektrum linker Haltungen gegenüber dem Ende der DDR ist breit; es reicht von denen, die hier eine Klassenschlacht gegen den Imperialismus verloren sehen, bis zu jenen, die einen demokratisch-zivilgesellschaftlichen, sozialen und ökologischen Aufbruch erwartet hatten. Gemeinsam ist die Enttäuschung, gemeinsam auch das Bild des eigentlichen Feindes, der die Hoffnungen zunichte machte: Der Konsumismus der Massen war schuld daran, daß alles so ganz anders kam.

Die Enttäuschung hat seit der Maueröffnung ihr Symbol: die Banane. Es wäre höchst aufschlußreich, ihre Rolle im Diskurs der DDR-Intellektuellen wie der progressiv-alternativen Szene der Alt-Bundesrepublik nachzuzeichnen. Ich will hier nur einen Aspekt verfolgen. In der Vorstellung, die Menschen in der DDR hätten sich ihr sozialistisches bzw. basisdemokratisches Erstgeburtsrecht für ein Bündel Bananen abkaufen lassen, kristallisiert die Unfähigkeit der deutschen Linken, mit den Auffassungen des Volkes von einem guten Leben umzugehen. Ich will das im folgenden konzentrieren auf den Kern des Problems: die im Habitus der Intellektuellen verkörperte Beziehung zum Volk als Objekt der Zivilisierung.

Es könnte scheinen, dieses Problem sei stets Gegenstand von Auseinandersetzungen in der Arbeiterbewegung und unter SozialistInnen gewesen. Zählt nicht die Berufung auf »die Basis« zu den starken Argumenten im linken Diskurs? Ist nicht die »Entfernung von den Massen« ein vernichtendes Argument gewesen, das vor allem Intellektuelle traf? In Fraktions- und Linienkämpfen wurde die große Mehrheit nur als Totschlaginstrument gegen

Abweichler beschworen; die mit wissenschaftlicher Erkenntnis legitimierte Erziehungshaltung gegenüber dem realen Volk und den empirischen Wünschen der Klassenindividuen bildete die Konsensbasis der Kombattanten. Die sozialhistorische Forschung hat zwar inzwischen einige der Mythen und großen Erzählungen der Intellektuellen in Frage gestellt, aber die Abwehrmechanismen gegen eine Auseinandersetzung funktionieren unter Marxistinnen und Marxisten wie unter engagierten AnhängerInnen einer ökologischen Weltanschauung weiterhin.

Der Krieg der Utopier gegen die Schlaraffen

Wo heute utopisches Denken verteidigt wird gegen die Unsterblichkeitsansprüche des liberalen Kapitalismus, genießt Thomas Morus' Klassiker *Utopia* weiterhin höchstes Ansehen. 1516 veröffentlichte der Humanist seine Gedanken über eine vernünftig geregelte Ordnung, und ihr Fortwirken vor allem im sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsmodell ist unverkennbar.

Die kulturelle Basis von Morus' Wirtschaftskonzept bildet eine Hierarchie vernünftiger Bedürfnisse, in deren Mittelpunkt die Nützlichkeit steht. Die Utopier führen ein nützliches, tätiges Leben. Sie können trotz Sechs-Stunden-Tag materielle Güter im Überfluß herstellen, weil bei ihnen nicht Verschwendung und Genußsucht, sondern angemessener natürlicher Bedarf regiert. So ist z.B. jede/r mit *einem* Gewand zufrieden, das vor allem gegen das Klima schützt, dem Körper freie Bewegung erlaubt, sich angenehm anschaut und zwei Jahre hält.

Die nach der Arbeit verbleibende Zeit wird für notwendige und nützliche Tätigkeit verwandt, aber auch »zum Vergnügen, soweit es echt und natürlich ist«. Damit sind selbstverständlich weder Schwelgerei noch Trägheit gemeint, sondern literarische Studien und öffentliche Vorlesungen. Musik und Gespräch dienen der Entspannung; ungehöriger und verderblicher Zeitvertreib wie das Würfeln ist nicht einmal bekannt, man pflegt zwei dem Schach ähnliche Spiele. Auch davon wird kein exzessiver Gebrauch gemacht – acht Stunden Schlaf sind die Norm. Wer seine Zeit auf rechte Weise nutzt, kann aus dem geachteten Stand der Handarbeitenden in die Klasse der Gebildeten aufsteigen, die recht eigentlich dem Ideal utopischen Lebens entsprechen; in der freien Ausbildung des Geistes liegt nämlich nach dortiger Überzeugung das Glück des Lebens (Morus 1990, 57-63).

Von Platon hat Morus nicht nur die Idee der Gütergemeinschaft, sondern auch das Modell, die Gesellschaft durch eine Elite zu führen. Distanz und Mißtrauen gegenüber den moralischen und politischen Schwächen der Men-

ge, des ungebildeten Volkes, bilden ein wiederkehrendes Thema im antiken Denken (vgl. Giner 1976, 1-27; Brantlinger 1983, 53-81); das Horazische »Odi profanum volgus et arceo«[1] und Juvenals Charakterisierung der Plebs durch die Manipulierbarkeit mittels »Brot und Spielen« zählten zum geistigen Erbe, das die Renaissance-Humanisten aneigneten, und sind bis heute tradiertes Bildungsgut. Morus' asketische Grundhaltung verdient differenzierte historische Würdigung; ihre fraglose Tradierung bei jenen, die die Interessen des Volkes auf ihre Fahnen schrieben, bildet den eigentlichen Skandal.

Schon aus dem 13. Jahrhundert ist das *Fabliau vom Land Coquaigne* überliefert, eine der ersten Gestaltungen des europäischen Schlaraffenland-Themas. Hier sieht das Glück etwas anders aus: Schlafen und Faulenzen, reichlich Essen und Trinken, Feiern und Überfluß von Geld. Die Freuden der körperlichen Liebe werden ziemlich gleichberechtigt genossen:

»Die Frauen in jener Gegend sind wunderschön;
Jeder nimmt sich die
Damen und Fräulein, wenn er Lust dazu hat,
Ohne daß sich jemand darüber aufhält;
Dann treibt er es mit ihnen, wie es ihm gefällt
Solange er will und ganz vergnügt;
Die Frauen werden deshalb nicht getadelt,
Sondern stehen in viel höherem Ansehen.
Und wenn es sich zufällig ergibt,
Daß eine Dame ihre Aufmerksamkeit
einem Mann zuwendet, den sie sieht,
Dann nimmt sie ihn sich mitten auf der Straße
Und macht mit ihm, was sie gern möchte.
So tut eines dem anderen viel Gutes.«

Das vorwiegend niedere Publikum, dem die schwankhafte Geschichte vorgetragen wurde, scheint auch in puncto Kleidung nicht die Vorstellungen Morus' geteilt zu haben. Ihm wurden für jeden Monat neue abwechslungsreiche Gewänder versprochen:

---

1 In der Übersetzung von Rudolf Alexander Schröder: »Unreinen Pöbel haß ich und halt ihn fern!«

»Wenn es einer wünscht, bekommt er ein Gewand aus brauner,
Scharlachfarbener oder violetter Wolle,
Aus gestreiftem Stoff von guter Art,
Aus grünem Wollzeug oder ganz aus Groblinnen,
Aus Seidenstoff von Alexandria,
Aus gestreiftem Tuch oder aus Kamelhaar.
Was soll ich euch sagen?
Es gibt so viele verschiedene Kleider,
Mit denen ein jeder sich ausstattet, wie es ihm beliebt,
Der eine mit buntem, der andere mit grauem Pelz,
Und wer gern möchte, bekommt einen hermelingefütterten Rock.«
(Richter 1984, 133 f.)

Die greifbaren und sinnlichen Freuden, die die in vielen populären Formen verbreiteten Bilder vom Schlaraffenland (vgl. Ackermann 1944; Richter 1984; Müller 1984) lebendig halten, stehen hier für ein wesentliches Element der im Volk verbreiteten Vorstellungen von einem guten Leben. Die schwarz auf weiß überlieferten deutschen Fassungen sind freilich größtenteils in einen distanzierenden Rahmen eingespannt, der Faulheit und Völlerei anprangert; ob das für die durchschlagende Wirkung jener schriftkundigen Schicht spricht, die sich zur Hebung der Volksmoral berufen fühlte, oder eher für das Festhalten am Traum vom Genuß im Überfluß, ist beim heutigen Forschungsstand nicht zu entscheiden.

Auf jeden Fall lassen sich seit der frühen Moderne in der Volkskultur zwei Traditionen demonstrativen und teilweise exzessiven »Konsums« und »Vergnügens« beobachten. Das sind zum einen Feste und Feiern sowie unbändige Vergnügungen (Stier- und Hahnenkämpfe, Bullenrennen oder die Vorformen des Fußballspiels, an denen ganze Dörfer beteiligt waren). Genuß und Verausgabung sind dabei rituell eingebunden und anerkennen in der Überschreitung gerade die Normalität von Armut und Beschränkung; sie befestigen zugleich den für das materielle und psychische Überleben unverzichtbaren Zusammenhalt der lokalen Gemeinschaft.

Überbordender sinnlich-materieller Genuß stabilisiert hier die kulturelle Ordnung subsistenzwirtschaftlicher Lebensweisen. Ein dynamisches Moment kommt im 17. Jahrhundert auf mit den Geldeinkünften besitzarmer und eigentumsloser plebejischer Schichten. Für ihre Verwendung gilt nicht die bürgerliche Logik des Sparens, sondern eine »entschiedene Tendenz der »Bedürfnissteigerung«« (Medick 1982, 167). Eine in Hamburg 1790 erschienene Schrift kritisiert den zum Haushalten unfähigen Kleinproduzenten: er »gibt aus, solange er hat, versagt sich und den anderen keine Freude des Lebens, keine Befriedigung einer leidenschaftlichen Grille ... wird ver-

schwenderisch im Verbrauch, überall der unvermeidlichsten Vervorteilung bloßgestellt« (zit. ebd.).

Konsum der neuen Genußmittel wie Zucker, Kaffee und Tabak, Kneipengang und Wetten, ein modisches Kleidungsstück oder gar eine Taschenuhr erscheinen in bürgerlicher Sicht seit dem 18. Jahrhundert als Verschwendung, moralische Schwäche, Unbeherrschtheit und Betrogensein durch geschäftstüchtige Unternehmer. Die Kritik, die den plebejischen Schichten in ihrem eigenen Interesse sparsames Haushalten empfiehlt, kann überhaupt nicht auf die Spur der Rationalität dieses Verhaltens für deren sozialkulturelle und individuelle Reproduktion kommen. Erwerb von Prestige- und Luxusartikeln sowie demonstrativer Aufwand bei Festen, Feiern und anderen Gelegenheiten sozialen Austauschs dienten sowohl als »Vehikel plebejischen Selbstbewußtseins« (Medick) wie als »Investition« in Verwandtschafts-, Nachbarschafts- und Freundschaftsbeziehungen, auf die man in unsicherer Lage immer wieder angewiesen war.

Die Forschung hat in der öffentlichen Artikulation von Bedürfnissen und einem die zugemessenen Grenzen überschreitenden Lebensstil »klassenbewußte Untertöne« (Medick 1982, 171) und symbolischen Protest gegen obrigkeitliche Bevormundung gesehen; sie wuchsen schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts herüber in den Kampf um das Grundrecht auf Konsum und Genuß (Kaschuba 1990, 17, 108). Die symbolische, Selbstachtung und Selbstbehauptungskraft stärkende Bedeutung des »kleinen Luxus« unter erbärmlichsten Bedingungen spiegeln noch der mehrfach aufgebrühte Bohnenkaffee und der Zichorienaufguß, die seit dem 18. Jahrhundert vom Speisezettel auch der ärmsten Plebejer und Frühproletarier nicht wegzudenken sind.

Gerade in Praktiken und Bedeutungen des »Konsums« zeigt sich die Arbeiterkultur des 19. und 20. Jahrhunderts als Weiterentwicklung und Umformung plebejischer und frühindustrieller Muster unter gewandelten Bedingungen.[2] Neue Dimensionen des persönlichen Sinns von individuellem Warenverbrauch treten hinzu: Beweis der Respektabilität und der Fähigkeit, bisher vom Bürgertum monopolisierte und als Zeichen der Überlegenheit vorgeführte Praktiken *als Arbeiter* (nicht als Möchtegern-Bürger) zu erlernen; die Bedeutung von »etwas Schönem« als Symbol menschlicher Selbstbehauptung im Elend; zunehmend auch Wettbewerb darum, mit Prestigegütern die persönliche Leistungsfähigkeit sichtbar zu machen, u.ä.

2 Zum Zusammenhang zwischen proletarischer Lebensweise und vor- und frühkapitalistischer Volkskultur umfassend Kaschuba (1990).

Arbeiterfamilien hatten weder ein materielles noch ein geistiges Erbe, keinen »Namen« und kein »Ansehen«, in deren Pflege und Weitergabe sie ihr persönliches Lebensziel hätten objektivieren können. Angewiesen auf das aktuelle Einkommen aus ihrer Hände Arbeit, nahm in ihren Vorstellungen von einem guten, sinnvollen Leben, dessen Realisierung und Verteidigung persönliche Selbstachtung und Identität bestätigte, der Erwerb von Gütern auf dem Markt einen bedeutenden Platz ein. Mühlberg u.a. (1983, 177/179) haben aus Materialien der wilhelminischen Ära ein Panorama der Wünsche zusammengestellt, die zum Bild der Arbeiter von einem guten Leben gehörten.[3] »Sie träumten davon, endlich satt zu essen zu haben, sich besser kleiden zu können, gesund zu bleiben und keine unerwünschten Kinder zu bekommen. Sie erwarteten, für harte und gefährliche Arbeit anständig bezahlt und behandelt zu werden, den Söhnen und Töchtern eine glückliche Kindheit, eine gute Ausbildung, jedem Kind ein eigenes Bett geben zu können, die Frau nicht mehr in die Fabrik oder zum Wäschewaschen in ›bessere Familien‹ schicken zu müssen, sich ein Fahrrad oder eine Taschenuhr kaufen zu können, die Wohnung zu einem wirklichen Heim zu machen, einen Garten oder ein eigenes Häuschen zu erwerben, sich eine Zeitung halten zu können, weniger arbeiten zu müssen, um ausschlafen zu können, mehr Zeit für die Familie, für Vergnügungen, Spaziergänge, Basteln, Musizieren, Lesen, für Weiterbildung, Gewerkschafts- und Parteiarbeit zu haben, im Sommer auch einmal reisen zu können und im Alter sorgenfrei zu leben.«

Das klingt aus heutiger Sicht bieder, familienvatermäßig. Es blendet persönliche Befriedigung und soziale Selbstbehauptung etwa der jungen Arbeiterinnen aus, die in der Woche von trockenem Brot lebten, um am Sonntag in Kleidung und Vergnügen nicht hinter Bürgermädchen zurückzustehen (vgl. Neef 1988, 74-76). Die Zusammenstellung macht aber die These plausibel, daß die in den 50er und 60er Jahren für die große Mehrheit der Bundesdeutschen normal und normativ gewordene »Wirtschaftswunder«-Lebensweise die Realisierung von Bedürfnissen darstellt, die im Grundmodell[4] schon unter qualifizierten Facharbeitern der Jahrhundertwende ausgebildet waren.

Das Erstaunliche ist nun, welch geringe Rolle diese Dimension proletarischer Lebensziele in Selbstverständnis und Programmatik der sozialistischen

3 Der Charakter der Quellen wie die Auswahl verdrängen, was nicht in ein respektables Bild aus männlicher Sicht paßt.

4 Unter Strukturgesichtspunkten ist es legitim, für das Fahrrad den PKW, für die Taschenuhr den Pelzmantel der Frau und für die Zeitung den Fernseher einzusetzen.

Arbeiterbewegung spielte und spielt. Selbstverständlich schuf der Einsatz von Gewerkschaft und Partei für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen die Grundlage dafür, daß Lohnarbeiterinnen und -arbeiter sich mit ihnen identifizierten, und ebenso selbstverständlich spielten dabei neben Hoffnungen auf soziale Sicherheit und Frieden auch »nichtmaterielle« Anliegen wie Freiheit von Drill und Bevormundung, politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung, also die Achtung von Ehre, Würde und Leistung der Individuen eine entscheidende Rolle. Aber letztlich zogen die hauptamtlichen Aktivisten der Sozialdemokratie Kraft und Opferbereitschaft aus der Überzeugung, im Dienste einer historischen »Kulturbewegung« zu stehen; die empirisch vorfindlichen Alltagslösungen, Befriedigungsweisen und Glücksvorstellungen der Arbeiterinnen und Arbeiter sahen sie als (vom Kapitalismus zu verantwortende) Unkultur und Vertierung der Massen. Schon Liebknechts Aufhebung des bürgerlichen Versprechens »Wissen ist Macht« in der Formel »Macht ist Wissen« ordnete alle Ziele der Arbeiterbewegung der Idee der Bildung unter: »Durch Freiheit zur Bildung! ... Nur wenn das Volk sich politische Macht erkämpft, öffnen sich ihm die Pforten des Wissens« (1872; zit. n. v. Rüden & Koszyk 1979, 34). Daß im Alltag und in den Lebensvorstellungen der Arbeiterinnen und Arbeiter Wissen, Bildung und über Generationen tradierte und habitualisierte Glücksvorstellungen enthalten waren, scheint auf den Ideologie-Etagen undenkbar gewesen zu sein – hier galt als entscheidende Legitimation die historische Mission der »Veredelung des Arbeiters« (Emig 1980).[5]

Das mit Bildung und Wissen begründete erziehungsförmige Verhältnis der Führung zur Klasse prägte die Einstellungen vieler Aktivistinnen und Aktivisten – mußten sie doch alltäglich die Erfahrung machen, wie schwer es den »einfachen, ungebildeten, ums Überleben kämpfenden« Proletarierinnen und Proletariern fiel, den weiterreichenden Einsichten ihrer Avantgarde zu folgen. Der Saal des Gothaer SPD-Parteitags 1896 war dekoriert mit Losungen, die das Selbstverständnis der sozialistischen Bewegung als »Träger aller Kultur« ausdrückten. Darunter war eine, die bis heute bekannt ist und die Haltung der kulturbringenden Elite gegenüber dem einfachen Volk gerade in ihrer emotional-habituellen Grundierung artikuliert: »Der Feind, den

5 Hedonistisch geprägte Utopien wie Schnabels Insel Felsenburg wurden nicht »geerbt«; Fouriers Lob der sinnlichen und geistigen Leidenschaften (wohl nicht nur die Forderung nach freier Liebe) trug ihm in der autoritativen Geschichte des Sozialismus von Beer (1929, 510) die Bezeichnung »ganz unausgeglichener Charakter« ein; Lafargues Lob der Faulheit blieb der Fehltritt eines Schwiegersohns.

wir am meisten hassen, das ist der Unverstand der Massen« (Mühlberg 1986, 255).

Jeder Erfolg der Arbeiterinnen und Arbeiter bei der Verbesserung und Erleichterung ihres Leben komplizierte das Verhältnis der sozialistisch-kommunistischen Avantgarden zu den im proletarischen Alltag verankerten handfesten Vorstellungen von einem guten und befriedigenden Leben. Die ideologisch Gebildeten waren zutiefst überzeugt, daß der Kampf um derartige »Tagesforderungen« den »eigentlichen« Zielen oder zumindest Schlüsselpositionen untergeordnet werden müsse: der Schaffung des »neuen Menschen« oder der »Erringung der politischen Macht«. Jeder materielle Fortschritt drohte Einsatz- und Folgebereitschaft für die »allgemeinen Klasseninteressen« zu verringern und mußte daher mit einem einschränkenden, herabsetzenden Kommentar versehen werden. Die wachsende Kluft zwischen Ideolog(i)en der Arbeiterbewegung und popularen Vorstellungen von einem lebenswerten Alltag bildete eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß mit dem »Wohlstand« der Nachkriegszeit die Verbindung der Arbeitermilieus zu den weltanschaulich perspektivierten Erfahrungsinterpretationen und Politikangeboten dünner und dünner wurde. Zugespitzt: Die Vision des gefüllten Kühlschranks in der modernen Wohnung, vor deren Tür der eigene Wagen zum Wochenendausflug bereitsteht, war von allen sozialistisch-kommunistischen Organisationen als Bedrohung durch die korrumpierenden Mächte des Kapitalismus, aber nicht als wichtiges Ziel ihres Einsatzes für ein gutes Leben der einfachen Leute betrachtet worden. Als aus den Träumen dann Realität wurde, folgten die Menschen der insinuierten Interpretation und sahen den Wohlstand als Geschenk der Marktwirtschaft gegen die verbissene, lebensfremde Ideologie.

Hier geht es nicht um die politische Reformismus-Diskussion. Meine These ist: Alle sozialistischen Gruppen und Individuen, die bis zur gegenseitigen Liquidierung um theoretische und strategische Differenzen stritten, verband dieselbe Mentalität, verstanden als fragloser, »unpersönliche(r) Inhalt ihres Denkens« (Le Goff 1987, 21). Das Ringen um die »richtige, wissenschaftlich begründete Strategie« verdeckte das eigentliche Problem: den intellektuellen Habitus, jene »Handlungs-, Wahrnehmungs- und Denkmatrix« (Bourdieu 1976, 169), die durch die Polarität zwischen Wissenden und zu Belehrenden strukturiert ist. Dazu gehört die habituelle Unfähigkeit der Intellektuellen in der Arbeiterbewegung, eine andere als ihre Lebensweise ernstzunehmen. Eine holzschnitthafte Skizze soll die historische Ausbildung

und Verinnerlichung dieses Habitus etwas greifbarer machen[6] und auf Gründe hinweisen, warum im sozialistischen Denken und Handeln die Utopier so vernichtend über die Schlaraffen gesiegt haben.

Klassenverrat und Ethnozentrismus der Intellektuellen

Sozialgeschichtlich prägend war die Herausbildung der Praxis und des Diskurses jener Gruppen, in deren Tradition die Intellektuellen des 19. und 20. Jahrhunderts stehen. Seit der frühen Neuzeit, etwa seit dem 17. Jahrhundert, läßt sich die geistige und praktische Arbeit an jener Grenzziehung verfolgen, die die moderne Beziehung zwischen Wissen, Macht und Volk konstituiert. Mit dem Auf- und Ausbau des absolutistischen Staates und seinen Versuchen, die Gesellschaft zentralistisch-rational zu beherrschen, entstand der soziale Ort für einen neuen Typ von Experten. Sie begründeten einen Diskurs und eine Praxis, die die Gesellschaft nach ihrem Verhältnis zum Wissen aufteilten in Lehrende, Lernende und Unbelehrbare.

Legitime Macht stützte sich auf das Wissen dieser neuen Schicht und wandte es in zweifacher Weise gegenüber dem Volk an. Zum einen durch die Realisierung von Modellen rationaler, effektiver Institutionen und Praktiken, in die sich alle zu fügen hatten – Institutionen und Praktiken, die stets einen Platz vorsahen für jene, die nach Maßstäben vernünftigen Wissens (also des von den neuen Experten verkörperten Wissens) zur Belehrung, Kontrolle und Reglementierung berufen waren. Zum anderen wurde dem Volk selber von jenem Wissen vermittelt, das allein vernünftiges, richtiges Verhalten produzieren konnte; es begann der »Kulturkreuzzug« (Bauman) gegen Aberglauben und Ausschweifungen, für Arbeitsamkeit und Mäßigung, die »Unterwerfung der Körper und der Seelen ... in großem Stil« (Muchembled 1982, 318).

Im Anschluß an Foucault charakterisiert Bauman den Diskurs um die Beziehung von Wissen und Macht als pastoral und proselytisch. »Pastoral« meint: Macht wird nicht im eigenen Interesse, sondern zum Besten der Erzogenen angewandt; Strafen und Belohnungen zielen auf Erweckung und Verankerung der rechten Normen im Bewußtsein des eigenverantwortlichen Individuums – nicht auf Lage und Handeln von Kollektiven. »Proselytisch« bezeichnet den Anspruch, die Objekte der Erziehung zu einer höheren Daseinsform emporzuheben. Das konnte im Normalfall nicht die Lebensweise

6 Vgl. zum folgenden v.a. Bauman (1987, 1990).

der Wissenden sein. Unabdingbar verlangt war aber, die absolute Überlegenheit dieses Modells anzuerkennen – und damit die Autorität des Wissens, auf das es sich berief. Aus sozialer Hierarchie wurde kulturelle Hegemonie.

Im 18. Jahrhundert entwickelte sich das Netzwerk der Orte und Aktivitäten der Aufklärung zu einem gesellschaftlichen Einflußfaktor ersten Ranges. Um Bücher und Wochenschriften, Salons und Kaffeehäuser, Akademien und öffentliche Auseinandersetzungen herum entstand eine reale soziale Gruppe; sie vereinte alle, die die oberste Autorität vernunftgegründeten Wissens und rationaler Argumentation anerkannten und mit Beiträgen zur öffentlichen Meinung (in Deutschland: zur Bildung) den Fortschritt von Zivilisation und Kultur betrieben. Aufklärung wurde zur Lebensform; und wenn die in ihr Agierenden nach Vorschlägen für die Verbesserung der Gesellschaft gefragt wurden, antworteten sie, »indem sie auf die gewaltige Leinwand der »vernünftigen Gesellschaft« projizierten, was sie am besten kannten und was ihnen höchste Befriedigung verschaffte: ihre eigene Lebensweise« (Bauman 1987, 37; Ü.d.A.).

Die eigene Lebenspraxis als unsichtbarer Bezugspunkt des Engagements für eine bessere Gesellschaft und für die deformierten Opfer der gegenwärtigen Verhältnisse – dieses Muster unterliegt dem Wirken Intellektueller in der Arbeiterbewegung seit Anbeginn. Wie tief der Ethnozentrismus der intellektuellen Kultur im Habitus verankert wurde und welche Angstreaktionen der Kontakt mit Lebensformen der unteren Schichten hervorrief, ist der eindrucksvollen Studie von Bogdal (1978) zu entnehmen. Bei aller willentlichen Parteinahme für die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter sind die Schriften der deutschen Naturalisten durchzogen von Ablehnung, Ekel und Schrecken angesichts nicht nur des Elends, sondern auch der Umgangsformen, Glücks- und Genußvorstellungen im Proletariat.

Wie jede praxisorientierte Gesellschaftstheorie, die sich auf Wissenschaft beruft, enthalten die Gedanken von Marx/Engels und sehr viel mehr noch der zum System ausgebaute Marxismus eine Fülle von Bestätigungen und Eingriffspunkten für den intellektuellen Habitus; sie ermöglichen, die soziale Praxis der Theorie in eine Artikulation der Polarität Wissende/Unwissende zu verwandeln – unabhängig von den Intentionen der »Klassiker« und unabhängig vom guten oder bösen Willen der Menschen, die die Intellektuellenfunktion[7] einnehmen. Es geht also nicht um die alte, von Schelsky (1975)

7 Ich folge hier eher Gramscis Konzept, der den Intellektuellen nicht durch Qualifikation und Herkunft bestimmt. Gerade für die deutsche kommunistische Bewegung wurde nach ihrer Bolschewisierung ein Funktionärstyp kennzeichnend, der proletarische Prägung und Anti-

gegen die Linke gewendete Priestertrugtheorie. Vielmehr bieten Konzepte wie Warenfetisch und Entfremdung, Ideologie und spontane Mystifikation, Trade-Unionismus und vor allem die des wissenschaftlichen Klassenbewußtseins und der objektiven Klasseninteressen Ansatzpunkte für die spontane Umwandlung des Marxismus in ein Legitimationsgebäude der qua Wissenschaft Wissenden und damit zu Aufklärung und Führung Berufenen.

Bourdieus Konzept des Habitus macht verständlich, warum Kategorien wie Anmaßung, Machtergreifung oder gar Schuld der Intellektuellen völlig unangemessen sind. Es handelt sich um vorbewußte und in den Beziehungen zu anderen Gruppen im sozialen Raum objektivierte Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsstrukturen, die nichts mit der Kalkulation auf persönlichen Vorteil zu tun haben. Im Gegenteil: Viele Intellektuelle brachten größte Opfer »im Dienst der Arbeiterbewegung«, weil sie sich verpflichtet fühlten, ihr überlegenes Wissen im Interesse der Ausgebeuteten und Unterdrückten einzusetzen. Aber man mag seine Klasse politisch verraten können – den Habitus hat man damit noch nicht abgelegt.

Die Vordenker in der CO_2-Falle

Im Mittelpunkt der Probleme, die sich hieraus ergeben, stehen gar nicht Lebensweise und Kultur; Verachtung und Ablehnung der SozialistInnen (aber gleichermaßen der AnhängerInnen der Ökologiebewegung) gegenüber Massenkultur und Massenkonsum, Massenfreizeit und Massenmedien sind nur Symptome für ihre Antwort auf die Grundfrage: Welcher Typ von Wissen und von Rationalität soll wo wie gelten? Im klassischen Marxismus war das im Sinne der Intellektuellen-Selbstermächtigung entschieden; einer der stärksten Sätze von Marx/Engels, den ich lange Jahre mit Überzeugung subjektivistischen Abweichlern entgegenschleuderte, war für mich die Feststellung aus der *Heiligen Familie*:

»Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen *vorstellt*. Es handelt sich darum, *was* es ist und was es diesem *Sein* gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird. Sein Ziel und seine geschichtliche Aktion ist in seiner eignen Lebenssituation wie in der ganzen Organisation der heutigen bürgerlichen Gesellschaft sinnfällig, unwiderruflich vorgezeichnet.« (MEW 2, 38)

Intellektualismus mit »intellektuellem« Unbedingtheitsanspruch der »wissenschaftlichen Theorie« verband.

Lesen kann die Zeichnung nur, wer über die gesellschaftstheoretische Brille verfügt, die wahres Wissen von falschem Bewußtsein zu scheiden vermag. Das im Habitus verkörperte Erfahrungswissen der popularen Klassen, die symbolische Logik ihrer Alltagspraxis und ihre bewährten persönlichen Sinngebungen haben sich der (wissenschaftlichen) Einsicht in die (objektive) Notwendigkeit unterzuordnen.

Manches spricht dafür, daß sie dies auf absehbare Zeit nicht tun werden. So sehr eine materialistisch gegründete Theorie der Erkenntnis gebraucht wird, die den konstruktiven geistigen Tätigkeiten der Menschen den zentralen Platz einräumt – aus dem Dilemma führt sie noch nicht. Wer die historisch-gesellschaftliche Praxis als Bewährungsfeld der Theorie auffaßt, wird sich von der abstrakten Vorstellung einer höheren Wahrheit oder Legitimität rationalistischer wissenschaftlicher Erkenntnis verabschieden müssen.[8]

Nicht die Abdankung der Vernunft ist damit gefordert, sondern die Anerkennung ihrer differenten Artikulationsformen auf verschiedenen Feldern menschlicher Tätigkeit; das schließt die Notwendigkeit ein, die verschiedenen, gleichrangigen Praxen menschlicher Vernunft in einen kommunikativen Zusammenhang zu bringen, der nicht dem universalistischen Anspruch intellektueller Reflexionsformen unterstellt ist.[9]

Für materialistisches Denken ist klar, daß eine solche, historisch und kulturell offene Entwicklung nicht einfach dem menschlichen Bewußtsein abzuverlangen, sondern an die Veränderung der gesamten Lebenstätigkeit, insbesondere die Aufhebung der Arbeitsteilungen von Kopf und Hand, Verantwortung und Ausführung, Männern und Frauen, gebunden ist. Doch auch in einer solchen Perspektive hielte ich es für reduktionistisch, auf die Verallgemeinerung des kognitiv-rationalen Wissenstyps für alle Praxisformen zu setzen oder nur ihn für gesellschaftlich relevant zu erklären. Vor allem aber

8 Der »Theorietypus ›Marx‹«, den Sandkühler (1991) am Ideal der Naturwissenschaften ausrichten will, scheint mir daher kein aussichtsreiches Modell für eingreifendes Denken.

9 Habermas' (1981) Konzept der kommunikativen Vernunft grenzt sich zwar ausdrücklich ab vom Alleinvertretungsanspruch kognitiv-instrumenteller Rationalität; aber moralische Normsetzung und ästhetische Expression erscheinen bei ihm nur in den arbeitsteilig rationalisierten Formen intellektueller Kultur. (Gleiches gilt übrigens für Versuche, in der marxistischen Debatte die Gleichrangigkeit ästhetischer Erkenntnis zu etablieren.) In seiner Theorie des historischen Rationalisierungsprozesses ist die symbolische Reproduktion der popularen Lebenswelt kein Thema; insoweit gerade ihre zentralen, identitätstragenden Lebensorientierungen nicht kritisch reflektierbar sind, scheint sie einfach die Ansprüche der Moderne zu verfehlen. Daß habitualisierte Distinktionsinteressen der modernen intellektuellen Kultur kommunikatives Handeln systematisch blockieren, bleibt auf dem gewählten Abstraktionsniveau irrelevant.

ist fraglich, ob der Menschheit die Zeit für eine solche Entwicklung bleiben wird; sie wird überhaupt nur möglich sein, wenn ein neuer Umgang der Denk- und Praxistypen beginnt.

Im Marxismus hat sich zweifellos Antonio Gramsci am differenziertesten mit diesen Problemen auseinandergesetzt.[10] Er kritisierte die Beschränktheit jener »Philosophie der Intellektuellen«, die sich nur in die Geschichte ihrer Professionen einschreiben will; sein Ideal war der »demokratische Philosoph«, der praktisch im und mit dem kulturellen Milieu der Massen handelt und daraus seine Aufgaben und Problemstellungen ableitet. Er orientierte auf die Kommunikation zwischen Intellektuellen und einfachem Volk, auf den Anschluß der individuellen Denkleistungen der intellektuellen Kultur an den »bon sens« und die »philosophischen« Bedürfnisse der Massen. »Historisch wahr« schien ihm erst ein Wissen, das die Mentalität des Volks verändert und sich gesellschaftlich real durchsetzt.

Grundsätzlich verstand Gramsci die Rolle der Intellektuellen beim Aufbau eines »geistig-moralischen Blocks« als pädagogische im modernen Sinn. Die Einheit von Wissenschaft und Leben müsse sich im wechselseitigen Voneinanderlernen entwickeln; die populären Milieus könnten ständige Selbstkritik der professionellen Denker verlangen. Was jedoch die kulturellen Traditionen und Bewertungen des »Alltagsverstands« in die Bestimmung guten Lebens, richtiger Praxis und einer das Volk befriedigenden Gesellschaft einzubringen hätten, ob es sich dabei um mehr als kritisch aufzuhebenden Rohstoff handele, blieb in den globalen und nicht zur Stringenz durchgearbeiteten Überlegungen der Gefängnishefte offen.

Es scheint mir illusionär, an eine Wende für die Arbeiterbewegung zu glauben, weil Gewerkschaften und sozialistische Gruppierungen ein neues Verhältnis zu den Intellektuellen verkünden. Wer wird Habermas' Ideal des »kooperativen Aushandelns von Situationsdefinitionen« (1981, Bd. I, 106) offen zurückweisen? Wir haben es jedoch auf beiden Seiten zu tun mit über Generationen ausgebildeten Habitusformen; sie sind eingebunden und reproduzieren sich in Alltagsverhältnissen, die ständig neu die polare Scheidung zwischen Wissenden und Unwissenden, Intellektuellen und populären Schichten erzeugen.

Zwar scheint es mir realistisch, die Aufforderung zur kritischen Reflexion dieser Struktur und ihrer Fraglosigkeiten primär an jene zu adressieren, die kritische Reflexion als ihre professionelle Methode, als Äther ihrer Lebenswelt betrachten. Skeptisch bin ich jedoch aus zwei Gründen. Es geht ja nicht

10 Vgl. insbesondere Gramsci (1967, 129-153).

einfach um einen »Paradigmenwechsel«, der dort den gleichen Ritualcharakter hat wie der Wechsel des Automodells bei den »einfachen Leuten«. Vielmehr ist der Monopolanspruch der elaborierten intellektuellen Reflexionsmethoden, insbesondere ihrer rationalistischen Varianten, zurückzuweisen. Aber wenn das so geschieht wie in der gängigen Postmoderne, die die Spirale elitärer Abgrenzung noch eine Umdrehung weiter schraubt, ist nichts gewonnen. Hier zeigt sich erneut, daß mit dem Anspruch auf das einzig legitime Wissen das symbolische Kapital der Intellektuellen auf dem Spiel steht und ihr Distinktionsinteresse jede Selbstkritik nach einem Muster vollzieht, das ihre strukturelle Überlegenheitsposition wiederherstellt.

Ein neues Verhältnis zum Wissen der »einfachen Leute« scheint mir noch viel massiver blockiert durch das, was ich die »CO_2-Falle der Intellektuellen« nennen möchte. Wenn es um gutes Leben und richtige Lebenweise geht, springen die selbstzerstörerischen Züge der Volkskultur und der populären Sinnstiftungsmuster grell ins Auge. Wissenschaftliches Wissen über Ozonloch und Klimakatastrophe, wachsende Nord-Süd-Kluft und Risiken des Industrialismus ist im wörtlichen Sinn lebensnotwendig – und es ist doch nur in den Grenzen des Rationalismus wahres Wissen. Es wird blockiertes und blockierendes Wissen, Teil von Distinktionspraxis, wenn es seine Begrenztheit nicht reflektiert. Der biochemische Nachweis, daß Abgase Waldsterben und Treibhauseffekt forcieren, ist unverständlich in der Sprache jener Kultur, für die die Nutzung des Autos nicht nüchterner Transportkalkulation entspringt, sondern die anfangs skizzierten populären Bedeutungen von Konsum artikuliert. Jede/r Kulturanthropologe/in (ich bin keiner) vermöchte auf Anhieb fünf Motive zu nennen, warum Fahrrad oder S-Bahn in ihrer heutigen Verfassung kein funktionelles Äquivalent zu Intimität und Befriedigungsvielfalt selbst des im Stau steckenden PKW bilden.[11]

Die Vordenker sind gefangen hinter selbsterrichteten Mauern: Sie haben ja so erschreckend recht. Jedoch ist es keine intellektuelle Glanzleistung, schlicht dem Fremden die Schuld zu geben, wenn die eigene Botschaft nicht

11 Vielleicht leistet die Fahrradindustrie mit ihren erfolgreichen Versuchen, dem mit Arme-Leute-Geruch umgebenen Transportmittel das Image von Sport, High-Tech, Risikofreude, Distinktionsgewinn zu verleihen, mehr für unsere Umwelt als alle Predigten gegen den Moloch Verkehr. Und vielleicht wäre ein von DesignerInnen und KulturwissenschaftlerInnen entwickelter Prototyp für ein S-Bahn-System, in dem ich frühstücken, einen schnellen Imbiß oder einen Drink nehmen, am Computer spielen, individuell ausgewählte Musik hören oder fernsehen (aber auch absolute Ruhe finden) kann, effektiverer Dienst an der Menschheit als noch eine Studie zum falschen Bewußtsein der Autofahrer. Die Probleme der Zivilisation des 3. Jahrtausends sind nicht zu lösen mit der Volksküchen-Mentalität des 19. Jahrhunderts, die Massenversorgung gleichsetzt mit Sparsamkeit, Reizlosigkeit, Triebverzicht.

verstanden, geschweige beherzigt wird. Der intellektuellen CO_2-Falle entzieht sich nur, wer aus den wissenschaftlichen Warnungen folgert, daß man die Lebensauffassungen verstehen muß, an denen sie abprallen. Zum Bemühen demokratisch, aufklärerisch und humanistisch gesinnter Intellektueller, sich auf die Logik populärer Lebenswerte und Sinnkonzepte einzulassen, gibt es nur zwei Alternativen: die sozialistische Erziehungsdiktatur, die weltweit auf dem Aussterbeetat steht, und die alltägliche Katastrophe des populistisch legitimierten kapitalistischen Industrialismus.[12]

Schon anfangs der 50er Jahre war Brecht (1967, 516-518) in der DDR darauf gestoßen, daß die Vorstellungen der arbeitenden Menschen von der Einrichtung ihres Alltags kollidierten mit den rationalistischen und funktionalistischen Überzeugungen jener Experten, die sich dem Proletariat zugewandt hatten, weil sie von ihm die Durchsetzung sozialer Vernunft auf ihrem Fachgebiet erhofften. In der Notiz *Wovon unsere Architekten Kenntnis nehmen müssen* stellte er unter anderem fest, daß die Arbeiterklasse »*schönes* Bauen« erwartete und daß »sie den Satz ›Zweckdienlich ist immer schön‹ nicht anerkennt.« Für sie gehörte zum guten Wohnen der »kleine Luxus« – auch wenn er in der ökonomischen und moralischen Bilanz der vom »Pathos der Sachlichkeit« (Karin Hirdina) ergriffenen Experten als Negativposten erschien.

Seither sind vier Jahrzehnte ins Land gegangen, und die intellektuelle Verarbeitung des hier wahrgenommenen Widerspruchs scheint mir keinen Schritt vorangekommen. Gerade die – unabdingbare – Verteidigung des Maßstabs gesellschaftlicher Rationalität hat die marxistische Linke daran gehindert, sich ernsthaft mit der Dialektik der Aufklärung auseinanderzusetzen. Es lief nach dem Muster der selffulfilling prophecy: Man überließ die aufgeworfenen Probleme der elitären Kultur- und Massenkritik und legte die Ergebnisse triumphierend unter »spätbürgerliche Absage an die Vernunft« ab. Ebenso ist es bisher mit den kritischen Anstößen der Postmoderne-Theoretiker gegangen; die Selbstreflexion der aufgeklärten und humanistischen Diskurse der Moderne wurde schwierigen Denkern[13] und modisch-herostratischen Schaumschlägern überlassen – die Vorwände genug für eine selbstgerechte Verdammung mit dem Pathos des 19. Jahrhunderts lieferten.

---

12 Die Formulierung ist unverantwortbar schönfärberisch; faktisch steht die Frage, ob einer Alternative zur gutgeschmierten schiefen Ebene des »Modells Deutschland« Resonanz geschaffen werden kann.

13 Das ist nicht wertend gemeint; Althusser und Foucault litten an der Isolierung, in die die rückhaltlose Schärfe ihrer Untersuchungen sie trieb, und wollten mit ihrer Kritik gerade die Selbstgerechtigkeiten der intellektuellen Mandarine dekonstruieren.

Die Hinweise auf das Ende der großen Erzählungen und auf die radikale Pluralität der Lebens- und Denkwelten materialistisch-demokratisch aufzunehmen, hätte ja eine unübersehbare und identitätsbedrohende Aufgabe eingeschlossen: Arbeit an einem neuen Verhältnis zum Erbfeind progressiver Intellektueller – dem »Unverstand der Massen«. Dazu habe ich keine Rezepte anzubieten; aber ohne Therapie der intellektuellen Kultur sehe ich keine gesellschaftliche oder gar historische Rolle der Linken und der sozialen Bewegungen.

Nachbemerkung für Voreilige

Meine Überlegungen versuchen, ein Problem anzureißen, nicht Empfehlungen zu geben – schon gar nicht die zu einem populistischen Salto mortale. Ich habe mit Bedacht auf das Gegenstück zur intellektuellen Bornierung verzichtet: das Schreckensgemälde proletarischer oder basisdemokratischer Selbstgerechtigkeit und Minderheitenfeindlichkeit. Auf die sollte sich daher niemand herausreden – er böte denn eine überzeugende Alternative an zum reflexiven, selbstkritischen Bearbeiten und Kommunikativmachen beider Seiten der Medaille.[14]

14 Um damit gleich zu beginnen: Vielleicht dient der Argumentationsaufwand des Verfassers samt den Ritualen männlich-intellektuellen Wissensgeprotzes ja nur dem eigennützigen Ziel, der von ihm vertretenen Kulturwissenschaft einen Positionsvorteil zu verschaffen. Geriert er sich nicht als Moses, der das auserwählte Volk der linken Intelligenz vom vertrauten Aussichtsturm durch die Wüste des Selbstzweifels ins gelobte Land erneuerten Masseneinflusses führen will? Oder wie?

Literatur

Ackermann, Elfriede M.: *Das Schlaraffenland in German literature and folksong*, Diss. Chicago 1944.

Bauman, Zygmont: *Legislators and interpreters*, Ithaca, N.Y. 1987.

Bauman, Zygmont: Gesetzgeber und Interpreten: Kultur als Ideologie von Intellektuellen. In: Haferkamp, Hans (Hrsg.): *Sozialstruktur und Kultur*, Frankfurt/M. 1990, S. 452-482.

Beer, M.: *Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe*. 6., durchgesehene und erweiterte Auflage, Berlin 1929.

Bogdal, Klaus Michael: *»Schaurige Bilder«. Der Arbeiter im Blick des Bürgers am Beispiel des Naturalismus*, Frankfurt/M. 1978.

Bourdieu, Pierre: *Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabylischen Gesellschaft*, Frankfurt/M. 1976.

Brantlinger, Patrick: *Bread & circuses. Theories of mass culture as social decay*, Ithaca, N.Y. 1983

Brecht, Bertolt: *Gesammelte Werke*, Bd. 19., Frankfurt/M. 1967.

Emig, Brigitte: *Die Veredelung des Arbeiters. Sozialdemokratie als Kulturbewegung*, Frankfurt/New York 1980.

Giner, Salvador: *Mass society*, London 1976.

Gramsci, Antonio: *Philosophie der Praxis. Eine Auswahl. Hg. v. Christian Riechers*, Frankfurt/M. 1967

Habermas, Jürgen: *Theorie des kommunikativen Handelns. 2 Bde*, Frankfurt/M. 1981.

Kaschuba, Wolfgang: *Lebenswelt und Kultur der unterbürgerlichen Schichten im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1990.

Le Goff, Jacques: ›Eine mehrdeutige Geschichte‹, in: U. Raulff (Hrsg.): *Mentalitäten-Geschichte. Zur historischen Rekonstruktion geistiger Prozesse*, Berlin 1987, S. 18-32.

Medick, Hans: Plebejische Kultur, plebejische Öffentlichkeit, plebejische Ökonomie. In: R. M. Berdahl et al.: *Klassen und Kultur*, Frankfurt/M. 1982, S. 157-204.

Morus, Thomas: *Utopia*, Leipzig 1990.

Muchembled, Robert: *Kultur des Volks – Kultur der Eliten*, Stuttgart 1982.

Mühlberg, Dietrich (Leiter des Autorenkollektivs): *Arbeiterleben um 1900*, Berlin/DDR 1983.

Mühlberg, Dietrich (Hrsg.): *Proletariat. Kultur und Lebensweise im 19. Jahrhundert*, Wien u.a. 1986.

Müller, Martin: *Das Schlaraffenland. Der Traum von Faulheit und Müßiggang*, Wien 1984.

Neef, Anneliese: *Mühsal ein Leben lang. Zur Situation der Arbeiterfrauen um 1900*, Berlin/DDR 1988.

Richter, Dieter: *Schlaraffenland. Geschichte einer populären Phantasie*, Köln 1984.

Rüden, Peter v., & Koszyk, Kurt (Hrsg.): *Materialien zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1848-1918*, Frankfurt/M. u.a 1979.

Sandkühler, Hans Jörg: ›Karl Marx und das alte Neue. Zum Status marxistischer Theorie heute‹, in: *»Z«, Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Nr. 5, 1991, S. 35-46.

Schelsky, Helmut: *Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen*, Opladen 1975.

Dieter Fricke

Erste Versuche einer nicht nur auf die Forschung bezogenen Bilanz

damit sich marxistische Politikwissenschaft und Historiographie treffen mögen[1]

Mitte der 80er Jahre standen wir in Jena vor der für uns damals nicht leicht zu beantwortenden Frage, ob wir uns wie in den Jahren seit 1961 auch künftig auf die Geschichte der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland konzentrieren oder uns einen neuen Forschungsgegenstand wählen sollten.

Wir machten gerade den vierten, abschließenden Band des »Lexikons für Parteiengeschichte«[2] druckfertig. Der Verlag war sehr daran interessiert, daß wir als Anschluß und Ergänzung zu unserem Vierbänder ein »Biographisches Lexikon zur Parteiengeschichte« erarbeiteten.

Dieses in mehrfacher Hinsicht verlockende Angebot lehnten wir jedoch schließlich ab. Die Gefahr war zu groß, daß eine Forschungsgemeinschaft nach langjähriger, intensiver lexikalischer Arbeit sich nun weiterhin und dann noch verstärkt Aufgaben zuwandte, die sehr viel »Erbsenzählen« erforderten. Das hatte nichts mit der Unterschätzung einer für jeden Historiker unerläßlichen, hochachtsamen wissenschaftlichen Detailarbeit zu tun; nur kann man eine Forschungsrichtung und vor allem auch noch weniger erfahrenere Mitarbeiter leicht in positivistische, a-theoretische Bahnen lenken, wenn sie sich zu lange und zu ausschließlich mit vorwiegend lexikalischen Aufgaben beschäftigt.

Perspektivisch langfristige und fruchtbare Möglichkeiten für eine weitere schwerpunktmäßige Orientierung auf die Geschichte der bürgerlichen Parteien waren durchaus gegeben und wurden von uns auch gesehen. Weitgehendes wissenschaftliches Neuland waren und sind heute noch, um nur beispielhaft drei Problemkomplexe zu nennen:

---

1 Frank Deppe in einer Buchwidmung an den Verfasser, 12. November 1986.

2 Siehe Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden. Hrsg. von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker, Leipzig-Köln 1983-1986. – Siehe auch als Vorgänger: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch zur Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. Hrsg. von einem Redaktionskollektiv unter der Leitung von Dieter Fricke, Bd. I u. II, Leipzig-Berlin (West) 1968 u. 1970.

- die Genese von Parteien und Parteiensystemen und deren sich bis in die Gegenwart verändernde Rolle und Funktion;
- komparative, zu einer Gesamtdarstellung hinführende parteiengeschichtliche Untersuchungen;
- das bereits auf einer Konferenz in Jena 1976[3] diskutierte, aber noch weitgehend ungenügend erforschte Verhältnis von bürgerlichen Parteien und Massen.

Wenn wir uns dennoch für einen neuen, wesentlich umfassenderen Forschungsgegenstand entschieden und für einen längeren Zeitraum die Frage, *wie die bürgerliche Gesellschaft seit dem 18. Jh. politisch organisiert war,* in den Mittelpunkt unserer zukünftigen Forschungsarbeiten stellten, dann hatte das vor allem die folgenden, hier nur anzudeutenden Gründe:

Zum einen wollten wir dem immer dringlicheren Erfordernis Rechnung tragen, daß sich der Historiker weitaus stärker und zielgerichteter Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung zuwendet und dementsprechend auch gesamtgesellschaftliche und epochenübergreifende Prozesse und Erscheinungen untersucht und darstellt. Damit war natürlich nicht ein Streben nach Vollständigkeit als »geiler Gang aufs ›Große Ganze‹« gemeint[4]. Und um bei Walter Benjamin zu bleiben, sollte auch nicht ignoriert werden, daß der »historische Materialist« vor der Aufgabe steht, »eine bestimmte Epoche aus dem homogenen Verlauf der Geschichte« mit dem Ergebnis »herauszusprengen..., daß *im* Werk das Lebenswerk, *im* Lebenswerk die Epoche und *in* der Epoche der gesamte Geschichtsverlauf aufbewahrt ist und aufgehoben«.[5] Worum es vielmehr ging, war eine komplexe Sicht auf gesellschaftliche Erscheinungen und Entwicklungsprozesse anstelle ihrer oft nur scheibchenweisen Untersuchung und Darstellung. Ohne daß die Bedeutung monographischer Arbeiten oder der vielgerühmte »Mut zur Lücke« in Frage gestellt werden sollte –, es ging darum, ein einseitiges, die Totalität des historischen Prozesses negierendes oder ihr positivistisch gegenüberstehendes Spezialistentum zu überwinden.

Zum andern wollten wir die durch die bisherigen Jenaer parteiengeschichtlichen Forschungen gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen[6] weiterführen und optimal nutzen.

---

3 Siehe Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte (JBP), Nr. 39 (Dezember 1976); Dieter Fricke: Bürgerliche Parteien und werktätige Massen. Methodologische Probleme, in: ZfG, 1977, H.2, S. 125-142.

4 Benjamin, Walter: Allegorien kultureller Erfahrung. Ausgewählte Schriften 1920-1940, Leipzig 1984, S. 124.

5 Ders.: Über den Begriff der Geschichte, in: Ebenda, S. 166.

6 Siehe hierzu JBP, Nr. 1-49 u. 51; Dieter Fricke: Probleme der Organisation und Leitung eines Forschungskollektivs, in: ZfG, 1965, H. 6, S. 957-972.

Und schließlich handelte es sich darum, daß die für eine Universität unerläßliche Verbindung von Forschung und Lehre so effektiv wie möglich gesichert wurde.

***

Das neue Forschungsprojekt wurde Ende Oktober 1986 auf einer wissenschaftlichen Konferenz an der Friedrich-Schiller-Universität Jena aus der Taufe gehoben. Damit begann eine Phase, deren Hauptinhalt darin bestand, den Forschungsgegenstand zu bestimmen und zu präzisieren, mit ihm verbundene theoretische und methodologische Grundfragen zu erkennen und zu diskutieren (wobei naturgemäß zunächst mehr Fragen aufgeworfen wurden als Antworten gegeben werden konnten), mittel- und langfristigen Vorlauf für die erforderliche Qualifizierung befähigter Nachwuchswissenschaftler in die Wege zu leiten und die nächsten Arbeitsschritte und Publikationsvorhaben festzulegen.

Ganz im Sinne seiner bereits als Motto zitierten Widmung gab uns Frank Deppe wertvolle Hilfe, indem er z.B. in Jena einen Vortrag über Antonio Gramsci und auf unserer zweiten Jenaer Konferenz im April 1989 eines der einführenden Referate hielt.

Antonio Gramsci war für uns vor allem unter zwei Aspekten von besonderem Interesse. Einmal wegen seiner Gedanken zum Problem der Hegemonie, auf die später noch einzugehen sein wird, und zum andern hinsichtlich seines Vergleichs zwischen dem Überbau der bürgerlichen Gesellschaft und dem »Grabensystem im modernen Krieg«[7].

Wir fanden uns in unserem Forschungsvorhaben bestätigt und bestärkt, wenn Gramsci forderte, »gründlich zu studieren, welches die Elemente der bürgerlichen Gesellschaft sind, die den Verteidigungssystemen im Stellungskrieg entsprechen. ›Gründlich‹ wird mit Absicht gesagt, denn sie wurden zwar studiert, doch nur von oberflächlichen und banalen Gesichtspunkten aus, so wie gewisse Forscher der Sittengeschichte nur die Absonderlichkeiten der weiblichen Mode studieren.«[8]

Im folgenden möchte ich zunächst ganz knapp den theoretischen und methodologischen Ansatz skizzieren, den wir im Herbst 1986 für das Herangehen an das Forschungsprojekt[9] zur Diskussion stellten und bis zum Frühjahr 1989 weiter präzisierten.

7 Gramsci, Antonio: Zur Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften, Leipzig 1980, S. 270.

8 Ebenda, S. 271.

9 Siehe zum folgenden Fricke, Dieter: Die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland von 1789 bis zur Gegenwart in der BRD. Aufgaben und Probleme ihrer

Seinen Gegenstand faßten wir als die Gesamtheit der Institutionen und Organisationen auf, in denen sich das politische Leben der bürgerlichen Gesellschaft vollzieht und die objektiv von den in ihr wirksamen Klasseninteressen bestimmt werden; und zwar als Organisationsform und Resultat von Klassenverhältnissen und Klassenauseinandersetzungen.

In der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft sahen wir hauptsächlich zwei Strukturelemente: zum einen den Mechanismus, mit dem die herrschenden Klassen und ihre Verbündeten die politische Macht ausüben, und zum andern den Mechanismus des Klassenwiderstands des Proletariats und seiner Verbündeten gegen die ökonomische und sozialpolitische Herrschaft der Bourgeoisie.

Obwohl sich beide Strukturelemente unversöhnlich gegenüberstehen, schließt das dennoch den einheitlichen, ganzheitlichen Charakter der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft nicht aus.

Herrschend und bestimmend war für uns das erste Strukturelement, das einen staatlichen und einen nichtstaatlichen Bereich umfaßt; also

- den Staat als die entscheidende, führende politische Institution und
- die im Staatsmechanismus verkörperte Gesamtheit der Institutionen und Organisationen, mit denen die Staatsmacht ausgeübt wird.

Eng verbunden und verflochten mit dem Staatsmechanismus ist der nichtstaatliche Bereich, zu dem wir vornehmlich zählten:

- Parteien und Verbände,
- parlamentarische Körperschaften,
- Massenmedien,
- religiöse und kirchliche Institutionen,
- Institutionen des Bildungs- und Erziehungswesens,
- Organisationen und Institutionen des Kultur- und des Freizeitbereiches,
- Vereine in ihren verschiedensten Formen.

Unser Hauptanliegen bestand darin, nicht einzelne Elemente der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft, sondern diese in ihrer Gesamtheit, gegenseitigen Bedingtheit und Wechselwirkung, also im Sinne Gramscis als den »großartigen Komplex von Schützengräben und Befestigungen der herrschenden Klasse«[10] zu untersuchen.

---

historischen Erforschung, in: JBP, H. 49, S. 14-50. – Ders.: Politisches Herrschaftssystem und bürgerliche Gesellschaft. Aufgaben und Probleme ihrer Erforschung und Darstellung. Hauptreferat auf der wissenschaftlichen Konferenz des IZG an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 6./7. April 1989 (Manuskript). Besonders der erste Beitrag stützte sich maßgeblich auf: M. N. Marcenko: Ocerki teorii politiceskoj sistemy sovremennogo burzuaznogo obscestva, Moskva 1985.

10 Zit. in Kramer, Annegret: Gramscis Interpretation des Marxismus, in: Holz, Hans Heinz/Sandkühler, Hans Jörg (Hrsg.): Gramscis Philosophische und revolutionäre Politik in Italien, Köln 1980, S. 177.

Aus diesem Anliegen ergab sich eine Reihe von Problemen, die wir größtenteils bereits damals sahen, ohne uns jedoch schon immer ihrer ganzen Tragweite bewußt gewesen zu sein. Andere sind erst das Ergebnis von Überlegungen über die Ursachen für den Zusammenbruch der DDR und des realen Sozialismus. Sie sind bei weitem noch nicht abgeschlossen, so daß schon allein deshalb bei den folgenden mehr thesenhaften Überlegungen keine Vollständigkeit erwartet werden darf.

***

In der Geschichtswissenschaft wie auch in den anderen Gesellschaftswissenschaften der DDR hatte es hinsichtlich systemwissenschaftlicher und -theoretischer Fragen, abgesehen von einem gewissen Boom in der zweiten Hälfte der 60er Jahre, eine unfruchtbare Abstinenz gegeben. Das begann sich zwar in den 80er Jahren zu ändern. Die Notwendigkeit systemwissenschaftlicher Untersuchungen wurde nun auch von den Historikern erkannt; aber weiterhin herrschte bei vielen – mich eingerechnet – Unsicherheit über deren Anwendung vor. Hinzu kam, daß wir strukturmechanische Methoden nicht mit einem lebendigen, in ständiger Entwicklung begriffenen Organismus wie die bürgerliche Gesellschaft in Übereinstimmung bringen konnten und wollten.

Erschwerend wirkte es sich für uns aus, daß wir es mit Kategorien des historischen Materialismus zu tun hatten, die entweder relativ jung waren oder deren Inhalt neu zu durchdenken war.

Zu den ersteren gehörten außer der politischen Organisation der Gesellschaft vor allem die Kategorien des politischen Systems und der politischen Kultur mit zum Teil noch nicht ausgereiften, oft sich widersprechenden Konzepten und Definitionen.

Was das Erfordernis anbelangt, ältere Kategorien neu zu durchdenken, traf das in besonders hohem Maße auf die des Staates zu, der in unserem Forschungsprojekt eine zentrale Rolle spielt. War der Staat von uns lange Zeit nur als Macht- und Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse aufgefaßt und dargestellt worden, so hatte seine entscheidende Rolle bei der »Besorgung der gemeinsamen Geschäfte der Gesellschaft«[11] eine immer stärkere Berücksichtigung gefunden, ohne daß aber sein janusköpfiges Wesen bereits genügend durchdacht worden war. Nicht unbeachtet durften außerdem die einzelnen, vielfach allerdings unhistorisch dargestellten Etappen seiner weiteren, dritten gesellschaftlichen Funktion bleiben, nämlich der staatlichen Regulierung und der Herausbildung entsprechender halbstaatli-

11 Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke (MEW), Bd. 20. S. 169.

cher Institutionen und Organisationen, die für Deutschland, wenn von Frankreich abgesehen wird, besonders charakteristisch waren, d.h. die des öffentlich-rechtlichen Kammerwesens und solche Dachverbände wie der Deutsche Handelstag oder der Zentralausschuß vereinigter Innungsverbände.

Die hier genannten Hauptfunktionen des Staates können nicht voneinander schematisch getrennt werden. Die entscheidende bleibt seine erste. Die erforderliche Berücksichtigung der beiden anderen und der hier nicht zuletzt bei den Historikern vorhandene Nachholbedarf würden nicht rechtfertigen, deshalb die Rolle und Funktion des Staates als Macht- und Unterdrückungsinstrument herabzumindern oder zu negieren.

Für den Historiker kann und darf es bekanntlich nicht darum gehen, Kategorien dogmatisch mit Geschichte gleichzusetzen. Kategorien haben, nach Marx und Engels, als »Abstraktionen ... für sich, getrennt von der wirklichen Geschichte, durchaus keinen Wert. Sie können nur dazu dienen, die Ordnung des geschichtlichen Materials zu erleichtern, die Reihenfolge seiner einzelnen Schichten anzudeuten. Sie geben aber keineswegs, wie die Philosophie, ein Rezept oder Schema, wonach die geschichtlichen Epochen zurechtgestutzt werden können. Die Schwierigkeit beginnt im Gegenteil erst da, wo man sich an die Betrachtung und Ordnung des Materials, sei es einer vergangenen Epoche oder der Gegenwart, an die wirkliche Darstellung [be]gibt«.[12]

Eine solche Darstellung – das war für sie das »Studium des wirklichen Lebensprozesses und der Aktion der Individuen jeder Epoche«[13], »die Probe« auf die in der Geschichte wirksamen Gesetzmäßigkeiten.[14]

Verständlicherweise mußte uns anfänglich besonders das beschäftigen, was man als *Anatomie* der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft bezeichnen könnte, war doch eine gründliche Analyse und Bestimmung ihrer Struktur elementare Voraussetzung für alle weiteren Arbeiten. Eine solche Orientierung brachte jedoch auch die Gefahr mit sich, daß der Historiker seine Seele verlieren und in eine Art Institutionalismus abgleiten konnte. Das hätte zu einer von rein institutionellen Fragen bestimmten Institutionenlehre geführt und folglich die Sicht auf gesellschaftliche Erscheinungen und Prozesse verzerrt und verengt.

Was wir infolgedessen dringend benötigten, das war die Erforschung der *Physiologie* dieser Strukturelemente. Oder anders gesagt: Das war die politi-

12 Marx, Karl/Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S. 27.
13 Ebenda.
14 Engels, Friedrich: Vorrede [zur dritten Auflage (1885) »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte« von Karl Marx], in: MEW, Bd. 8, S. 562.

sche Organisation der bürgerlichen Gesellschaft in Aktion, und zwar sowohl auf ihrer horizontalen Ebene als auch im vertikalen Bereich.

Von den *historischen Daseinsformen* der uns besonders interessierenden Kategorien besaßen wir in der Regel nur genaue Kenntnisse hinsichtlich der Funktion und Entwicklung einzelner Strukturelemente in bestimmten historischen Zeitabschnitten und nur ganz vereinzelt etwas über ihre Verflechtung und ihr Zusammenwirken.

Was die Genese der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland betrifft, wurde uns immer deutlicher, daß wir nicht schematisch mit dem Jahr der Französischen Revolution von 1789 beginnen konnten, sondern in unsere Analysen die »Kindheitsperiode der modernen bürgerlichen Gesellschaft«[15], den langwierigen, alles andere als geradlinigen Prozeß der Ablösung der feudalabsolutistischen Herrschaft und der Beteiligung der Bourgeoisie an der politischen Macht einbeziehen mußten. In diesem Zusammenhang ergab sich die noch nicht endgültig beantwortete Frage nach den durch die sozialökonomische Gesellschaftsformation des Feudalismus bestimmten Grund- und Wesenszügen der politischen Organisation der Feudalgesellschaft und ihren Veränderungen im Prozeß der bürgerlichen Umwälzung.

Diskussionen über Sinn und Berechtigung des von uns gebrauchten Begriffs *bürgerliche* Gesellschaft konnten nicht mehr mit einem zusammenfassenden Ergebnis abgeschlossen werden.[16]

Unbeantwortet blieb weiterhin, wie und wann sich die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber der feudalen durchsetzte und welche besonderen Wesenszüge für sie allgemein und regional in Deutschland kennzeichnend waren.

Nicht nur hier, sondern insgesamt gesehen erwiesen sich relevante komparative regionalgeschichtliche Studien als ein dringendes Desiderat, weil nur sie es ermöglichen, den in Deutschland infolge der territorialen Zersplitterung besonders komplizierten Prozeß der Vereinheitlichung von politischer Herrschaft und der Herausbildung der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft voll zu erfassen.[17]

15 Marx, Karl: Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 13, S. 133.

16 Siehe Kraiker, Gerhard: Bürgerliche Gesellschaft, in: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften. Hrsg. Hans Jörg Sandkühler, Bd. 2, Hamburg 1990, S. 331-339.

17 So konnte schon allein der Vereinheitlichungsprozeß der Verwaltung in den größten deutschen Territorialstaaten nicht dargestellt werden, ohne eine intime Kenntnis ihrer Geschichte und entsprechende Berücksichtigung der Auswirkungen der industriellen Revolution und deren Folgen für die soziale Frage, die Bevölkerungsvermehrung und -mobilität, die neuen Verkehrsmöglichkeiten oder der Prozesse in der Bürokratie und der Herausbildung der Verwaltungsrechtswissenschaft. Siehe Ellwein, Thomas: Entwicklungstendenzen der deutschen Verwaltung im 19. Jh, in: Ders. u.a. (Hrsg): Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft, Bd. 1/1987,

Angesichts der ungemein großen Vielfalt und Breite des Forschungsvorhabens orientierten wir uns zunächst auf die Erarbeitung einer, dann allerdings der »Wende« zum Opfer gefallenen zweibändigen Darstellung der Geschichte des politischen Herrschaftssystems in Deutschland von 1871 bis 1945.

Im Unterschied zum politischen Regime bleibt das politische Herrschaftssystem für einen bestimmten historischen Zeitraum beständig und weist es das bereits einleitend skizzierte Grundmuster auf. *Konkret-historisch* interessierte uns besonders,

- wo die realen Macht- und Entscheidungszentren lagen;
- welchen Platz die einzelnen Institutionen und Organisationen in diesem System einnahmen und wie sich dieser veränderte;
- welche Funktionszusammenhänge zwischen ihnen bestanden, bzw. wie sie auf vielfältige Art und Weise miteinander verbunden waren, sich wechselseitig bedingten und aufeinander einwirkten oder auch miteinander in Konflikt gerieten;
- welches spezifische Verhältnis sich zwischen einzelnen Institutionen und Organisationen des nichtstaatlichen Bereiches und dem Staatsmechanismus entwickelte;
- welche inneren und äußeren Ursachen zu Veränderungen des politischen Herrschaftssystems führten bzw. seine Stabilität oder Labilität und Krisenanfälligkeit bewirkten, und wie sich diese konkret-historisch äußerten.

Als besonders problematisch erwies sich hinsichtlich der Bestimmung seines Gegenstandes und seiner historischen Daseinsformen das neben dem politischen Herrschaftssystem existierende zweite Strukturelement: der Mechanismus des Klassenwiderstandes des Proletariats. Die Stellung beider Strukturelemente zueinander entspricht dem widersprüchlichen, klassenantagonistischen und zugleich einheitlichen Charakter der kapitalistischen Gesellschaft.

Die Erkenntnis, daß die Geschichte der Arbeiterbewegung nicht wie eine Art Monade erforscht und dargestellt werden darf, hatte bei uns in Jena von Anbeginn an eine entscheidende Rolle gespielt. Sie veranlaßte uns dazu, die Klassenauseinandersetzungen zwischen Bourgeoisie und Proletariat in ihrer ganzen Vielfalt und Breite zu beachten. Ein Prinzip, das nun auf das neue Forschungsvorhaben in einem noch wesentlich höheren Maße zutraf und bei dem wir eigentlich bereits über genügend methodologische Erfahrungen und Faktenkenntnisse verfügten.

Unser im Grundsatz richtiges Bemühen, die ganze Breite des Klassenwiderstands zu berücksichtigen und ihn konkret-historisch zu bestimmen, löste

Baden-Baden 1987, S. 27 ff.

allerdings noch nicht das eigentliche Problem, das erst jetzt voll erkennbar geworden ist.

Abgesehen von dem von uns mit einem Tabu belegten Stalinismus und seinen verhängnisvollen Auswirkungen auf Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung war es in erster Linie die Leninsche Parteikonzeption, die uns den Mechanismus des Klassenwiderstandes nicht tiefgründig und umfassend genug erkennen ließ. Wir waren zwar seit vielen Jahren darum bemüht, diese unter den Bedingungen der Illegalität im zaristischen Rußland bewährte Parteikonzeption nicht schematisch auf Deutschland und die Arbeiterbewegung anzuwenden; aber letztlich war sie doch für uns ein Prokrustesbett geblieben.[18]

***

Bereits vom Beginn unserer Forschungen über die Geschichte der bürgerlichen Parteien an hatten wir uns im Sinne der Altersbriefe von Friedrich Engels von einer vulgärmaterialistischen Geschichtsauffassung distanziert und zum Beispiel das komplizierte Wechselverhältnis zwischen Parteien und den hinter ihnen stehenden Klassen bzw. Klassenkräften in seiner ganzen Dialektik und auch Gebrochenheit aufzufassen versucht.[19] In zunehmendem Maße war es uns dabei auch um die Berücksichtigung einmal in die Welt gesetzter und damit verselbständigter ökonomischer und sozialer, ideologischer und kultureller, sozialpsychischer und bewußtseinsmäßiger Faktoren gegangen.[20]

Eigengesetzlichkeit und Eigendynamik unseres Forschungsgegenstandes durften uns nicht dazu veranlassen, den – in dialektischem Sinne gemeinten – determinierenden Einfluß der materiellen Verhältnisse zu mißachten.

Dieses nicht unzutreffend als eine der »schwierigsten Aufgaben« einer marxistischen Gesellschaftsanalyse bezeichnete Anliegen erforderte die Beantwortung der Frage, »inwiefern trotz relativ eigenständiger Entwicklung der politisch-ideologischen Bereiche und der in ihnen Tätigen es dennoch letztlich Zwänge und Impulse der materiellen Verhältnisse, insbesondere der

18 Die für mich persönlich und wissenschaftlich gleichermaßen wichtige Frage nach der für die deutsche Arbeiterbewegung maßgeblichen Parteikonzeption, vorausgesetzt, daß es eine solche überhaupt gibt, vermag ich (noch) nicht zu beantworten.

19 Siehe hierzu u.a. Fricke, Dieter: Grundfragen einer marxistischen Analyse des Charakters bürgerlicher Parteien, in: Annales. Universitates Scientiarum Budapestinensis de Rolando Eötvös nominatae. Sectio Historica, Tomus XIII, Budapest 1972, S. 183-206.

20 Diese Aussage trifft allerdings nicht für die Faschismusanalyse zu. Die hier vorhandenen engen Grenzen die, in Jena durchaus als schwerwiegendes Desiderat empfunden wurden, waren auf allgemeine, systembedingte Mängel der DDR-Geschichtswissenschaft zurückzuführen.

Eigentumsverhältnisse sind, die jene Bewegung und Entwicklung bedingen.«[21]

In einem seiner Altersbriefe bezeichnete Friedrich Engels es als »Hauptprinzip..., die übrigen an der Wechselwirkung« zwischen materiellen Verhältnissen und gesellschaftlichem Bewußtsein »beteiligten Momente zu ihrem Recht kommen zu lassen«[22]. Das entspricht dem Anliegen nach der Erforschung der »Vermittlungsformen«, die »materielle Interessen einer Klasse zu geistigen Impulsen des praktischen und theoretischen Verhaltens der Individuen im Bereich des gesellschaftlichen Überbaus werden lassen.«[23]

Eine materialistisch begründete Antwort auf die Frage, wie die bürgerliche Gesellschaft politisch organisiert war, kann deshalb nur schlüssig und überzeugend sein, wenn sie »den Gedanken der relativen Selbständigkeit und Unabhängigkeit der politisch-ideologischen Bereiche von der Ökonomik mit der Erforschung der Vermittlungsformen« verbindet, »die die materiellen Verhältnisse mit dem jeweiligen Überbaubereich verknüpfen«, und »diese vermittelnden Formen als praktisches Verhalten von Gruppen und Individuen zu erfassen« sucht.[24]

Verhaltensorientierungen gehen beispielsweise durch die von den entsprechenden Institutionen bewirkte Erziehung oder gesetzten Normen aus. Faktisch gibt es keinen Bereich der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft, der nicht in einer bestimmten Art und Weise an entsprechenden »Vermittlungsformen« beteiligt ist.

Solche Überlegungen waren für uns besonders wichtig, weil wir seit Anfang der 80er Jahre immer klarer erkannt hatten, daß es nicht mehr anging, das Wechselverhältnis von Gesellschaft und Individuum unbeachtet zu lassen. Bisher hatten wir uns in der Regel darauf beschränkt, die Geschichte als einen gesetzmäßigen naturgeschichtlichen Prozeß und als Resultat menschlicher Tätigkeit zu analysieren. Wir faßten sie jedoch nicht auch als Entwicklung der menschlichen Individualität auf[25] und ließen ebenfalls den Gedanken Jacob Burckhardts: »Zeit und Mensch treten in eine große, geheimnisvolle Verrechnung«[26] unberücksichtigt.

Die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft gehört zu den maßgeblichen Bedingungen, »die das menschliche Individuum formen und seine Wechselwirkung mit der Gesellschaft bestimmen«.[27] Von den daraus

21 Stiehler, Gottfried: Aspekte des Materialismus als Prinzip der Gesellschaftsanalyse, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie (DZfPh), 5/1987. S. 389.
22 Friedrich Engels an Joseph Bloch, 21./22. September 1890, in: MEW, Bd. 37, S. 465.
23 Stiehler, a.a.O., S. 389.
24 Ebenda, S. 387.
25 Siehe Kelle, Wladislaw/Kowalson, Matwej: Theorie und Geschichte, Berlin 1984, S. 188.
26 Burckhardt, Jacob: Weltgeschichtliche Betrachtungen, Leipzig 1985, S. 201.
27 Kelle/Kowalson, a.a.O., S. 192.

resultierenden methodologischen und theoretischen Problemkomplexen soll hier nur auf die drei folgenden hingewiesen werden. Sie beziehen sich alle auf das praktische Verhalten gesellschaftlicher Subjekte und so auch auf die konkret-historisch umzusetzende Frage nach den »Vermittlungsformen« materieller Interessen.

Zum einen handelte es sich um Gramscis Erkenntnis, daß sich die »Vorherrschaft einer sozialen Gruppe« auf zweierlei Weise offenbart: »als ›Herrschaft‹ und als ›geistige und moralische Führung‹«[28] Hieraus leitete er die für unser Forschungsvorhaben zentrale Frage ab, in »welchen Formen und mit welchen Mitteln« es den Herrschenden gelang, »den Apparat (den Mechanismus) ihrer geistigen, moralischen und politischen Hegemonie aufzubauen?«[29]

Zum andern geht es um die Kategorie der politischen Kultur. Diese »außerhalb der marxistischen Tradition«[30] entstandene Kategorie weist eine »Vielfalt kontrastierender, eher noch konkurrierender Positionen«[31] auf, wobei ihre bisherigen historiographischen Ansätze methodologisch noch äußerst unzureichend sind. Dennoch wäre eine methodologisch und theoretisch fundierte Kategorie der politischen Kultur für eine Analyse der »Erscheinungen des gesellschaftlichen Bewußtseins..., die auf die Formierung, Entwicklung und Tätigkeit der politischen Institutionen sowie auf das politische Massenverhalten der Bürger einwirken«[32], auch für unser Forschungsvorhaben von großer Bedeutung gewesen.

Schließlich möchte ich auf ein sowohl sozialökonomisches als auch politisches, nationales und sozialpsychisches Problem hinweisen, für das Eric J. Hobsbawm den Begriff der »multidimensionality of human beings in society« gewählt hat und das auch die Frage nach den sekundären Klassenmerkmalen tangiert. In einem Vortrag über »Working-Class Internationalism« führte Hobsbawm aus:

»It was and it is perfectly possible for a man or woman to see themselves simultaneously as – I deliberately choose an extreme case – a proud Irishman, a member of the working class, a Catholic, a Kerryman, a member of the great clan of the O'Connells and a veteran of the Irish Guards of Her Majesty, stressing one identification or another according to the situation. Thus Irish citizens, who enjoy voting rights in both Ireland and the UK, may be strong

28 Gramsci, Antonio: a.a.O., S. 277.
29 Ebenda, S. 278.
30 Galkin, Alexander A.: Herrschaftselite. Politisches Verhalten. Politische Kultur. Zur politischen Soziologie des heutigen Kapitalismus, Frankfurt a. M. 1986, S. 138.
31 Iwand, Wolf Michael: Paradigma Politische Kultur. Konzepte, Methoden, Ergebnisse der Political Culture-Forschung in der Bundesrepublik, Opladen 1985, S. 517.
32 Galkin, a.a.O., S. 134.

supporters of the British Labour Party in Birmingham but vote for the Fianna Fail and not the Irish Labour of Workers' parties when they return to the Irish Republic. There are times when such a man may himself feel the obligation to choose one such identity and reject another, but it will almost certainly not be when British or Irish politician thinks he must. We must never forget the multidimensionality of human beings in society.«[33]

***

Bei der theoretischen und methodologischen Bestimmung unseres Forschungsvorhabens hatten wir wie in den Jahren zuvor das Hauptaugenmerk auf die *politische* Geschichte gelegt. Das entsprach dem allgemeinen Verständnis in der Geschichtswissenschaft der DDR von ihrer besonderen Bedeutung hinsichtlich der grundlegenden Frage nach der politischen Macht, den Formen ihrer Ausübung und Legitimierung ebenso wie des Kampfes um sie.

Politische Geschichte wurde von uns nicht deskriptiv, oberflächlich und konservativ verstanden. In jeder Beziehung lag uns eine schon von Karl Marx und Friedrich Engels in der »Deutschen Ideologie« als »widersinnig« kritisierte, »die wirklichen Verhältnisse vernachlässigende Geschichtsauffassung mit ihrer Beschränkung auf hochtönende Haupt- und Staatsaktionen«[34] fern.

Im Rückblick kann festgestellt werden, daß mit dem neuen Forschungsvorhaben auch neue durchaus erfolgversprechende Wege gegangen wurden. Manche unserer bisherigen Mitstreiter waren skeptisch und hielten das Projekt für nicht realisierbar. Bei einem Herangehen mit langem Atem und präzisierten, aufeinander abgestimmten kurz-, mittel- und langfristigen Aufgaben und Etappenzielen bestanden jedoch gute Aussichten, es in seinem Hauptanliegen nach dem Prinzip learning by doing und mit durchaus möglichen konzeptionellen Korrekturen zu verwirklichen.

Was wir allerdings unterschätzten bzw. mißachteten, das war die tiefe gesellschaftliche Krise, in der sich die DDR zu dieser Zeit bereits befand und die auch ihre Geschichtswissenschaft ergriffen hatte.

Inhaltlich gesehen äußerte sie sich für uns darin, daß wir bei den historischen Lehren, die wir aus unserem Forschungsvorhaben zogen, die Augen vor dem verschlossen, was im gesellschaftlichen Leben der DDR im Widerspruch zu ihnen stand und 1989 mit zum Zusammenbruch der DDR führte. Wenn wir uns dieser Krise gegenüber passiv verhielten oder uns auch weiter-

33 Internationalism in the Labour-Movement 1830-1940. Edited by Frits van Holthoon/Marcel van der Linden, Bd. I, Leiden 1988, S. 14.

34 MEW, Bd. 3, S. 36.

hin politisch instrumentalisieren ließen, dann war das hauptsächlich einer falsch verstandenen inneren Verbundenheit mit der DDR und der irreal gewordenen Auffassung von einem letztlich immer noch stabilen Staat geschuldet, der für die Sicherung des Friedens in Mitteleuropa unerläßlich sei.

Das war ein verhängnisvoller Fehler, mit dem wir nicht nur dazu beitrugen, es denjenigen leichter zu machen, die nicht nur Ergebnisse unserer gesamten Arbeit, sondern auch lebenswichtige Lehren und Schlußfolgerungen aus der deutschen Geschichte der letzten Jahrhunderte in Frage stellten bzw. diskreditierten sowie Marx und seine wissenschaftliche Lehre überhaupt für tot erklärten.

Wenn mit dem Untergang der DDR auch die Jenaer Forschungsgemeinschaft zerbrach und damit oft jahrzehntelange wissenschaftliche und menschliche Beziehungen zerfielen, dann liegen hier Trümmer, die nicht mehr zu einem Ganzen zusammengefügt werden können. Diese Erkenntnis hat zugleich den Wert erhalten gebliebener und oft sogar fester gewordener freundschaftlicher und kollegialer Beziehungen nur noch stärker bewußt gemacht.

Ein nicht unwichtiges Moment. Es kann dazu beitragen, daß der Wunsch nach einem auf den Trümmern zu errichtenden Aussichtsturm keine Utopie bleibt und sich die folgenden nur zweitweilig als bedrückend empfundenen Gedanken Alexander Herzens endgültig verflüchtigen werden:

»... absonderliche Einfälle kommen dem Menschen, wenn er keinen Ausweg weiß und sein Wunsch etwas zu tun, in ihm so mächtig geworden ist, daß Kopf und Herz davon schmerzen. Er aber muß zu Hause sitzen, die Hände im Schoß.«

Heinz-Gerd Hofschen

»Ein sehr notwendiges Stück Arbeit«

Die gegenwärtige Niederlage des Sozialismus und die Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung

> »Eine schwerere Niederlage als die, welche die Revolutionspartei – oder besser die Revolutionsparteien – auf dem Kontinent an allen Punkten der Kampflinie erlitten, ist kaum vorstellbar. Doch was will das besagen? Umfaßte nicht das politische Ringen des britischen Bürgertums um die soziale und politische Vorherrschaft achtundvierzig, das des französischen Bürgertums vierzig Jahre beispielloser Kämpfe? Und waren sie ihrem Triumph nicht gerade dann am nächsten, als die wiederhergestellte Monarchie sich fester im Sattel wähnte denn je? Die Zeiten jenes Aberglaubens, der Revolutionen auf die Bösartigkeit einer Handvoll Agitatoren zurückführt, sind längst vorüber. Alle Welt weiß heutzutage, daß jeder revolutionären Erschütterung ein gesellschaftliches Bedürfnis zugrunde liegen muß, dessen Befriedigung durch überlebte Einrichtungen verhindert wird. Das Bedürfnis mag noch nicht so dringend, so allgemein empfunden werden, um einen unmittelbaren Erfolg zu sichern; aber jeder Versuch einer gewaltsamen Unterdrückung wird es nur immer stärker hervortreten lassen, bis es seine Fesseln zerbricht. Sind wir also einmal geschlagen, so haben wir nichts anderes zu tun, als wieder von vorn anzufangen. Und die wahrscheinlich nur sehr kurze Ruhepause, die uns zwischen dem Schluß des ersten und dem Anfang des zweiten Aktes der Bewegung vergönnt ist, gibt uns zum Glück die Zeit für ein sehr notwendiges Stück Arbeit: für die Untersuchung der Ursachen, die unweigerlich sowohl zu den letzten Erhebungen wie zu ihrem Mißlingen führten; Ursachen, die nicht in den zufälligen Bestrebungen, Talenten, Fehlern, Irrtümern oder Verrätereien einiger Führer zu suchen sind, sondern in dem allgemeinen gesellschaftlichen Zustand und in den Lebensbedingungen einer jeden, von Erschütterungen betroffenen Nation.«[1]

Diese Worte aus dem September 1851 leiten Friedrich Engels' Untersuchung über »Revolution und Konterrevolution in Deutschland« ein. Auch wenn natürlich die Niederlage im europäischen Revolutionsjahr 1848/49 gemeint ist, so sind sie doch in mancherlei Hinsicht aktuell und bedenkens-

1 Engels, Friedrich: Revolution und Konterrevolution in Deutschland, in: Marx-Engels-Werke, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (im folgenden zitiert: MEW), Bd. 8, Berlin 1969, S. 5-108, hier: S. 5 f.

wert. Der Hinweis, eine Niederlage zu nutzen, um über deren Ursachen nachzudenken, gilt heute in besonderem Maße für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, nicht nur im Sinne der Ursachenerkennung, sondern auch aus strategischem Interesse, weil man »aus der Geschichte, sozusagen aus Parallelverläufen, eventuell etwas darüber lernen kann, wie man es heute, selbst in Einzelfragen, nicht machen darf. Aus früheren Erfahrungen kann man schließen: wenn du in dieser oder jener Weise reagierst, so endet das mit einer Niederlage.«[2]

I. Die Niederlage

Wer wollte bestreiten, daß die »Revolutionsparteien« – oder nennen wir sie moderner: die auf die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zielenden Kräfte – eine Niederlage in den letzten Jahren erlebt haben, die schwerer kaum vorstellbar ist?

Der Zusammenbruch des »realsozialistischen« Lagers bedeutet eben nicht nur die Befreiung von einem diktatorisch und teilweise sogar terroristisch geführten System, das dogmatisch erstarrt, ökonomisch ineffektiv und ökologisch verheerend war und das dadurch seine selbstgesetzten humanen und sozialistischen Ziele in der Realität nicht einlöste. Wäre es nur diese Befreiung von Diktatur und Kommandowirtschaft, so gäbe es keinen Grund von Niederlage zu reden. Wenn wir es dennoch tun, so aus drei Gründen:

Erstens: An die Stelle dieser Systeme trat ja nicht ein demokratischer, ein besserer Sozialismus, wie ihn sich wohl zumindest in der DDR die meisten Oppositionsgruppen wünschten, sondern die Wiederherstellung der alten kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse. Der welthistorische Versuch, eine nichtkapitalistische Gesellschaftsordnung aufzubauen, den Sozialismus in einer Reihe von Staaten real werden zu lassen, ist in Europa nach 70 Jahren gescheitert. Gescheitert ist er nicht nur an seinen eigenen Deformationen und Unzulänglichkeiten, sondern auch an der Stärke, der Wandlungsfähigkeit, der größeren Innovationskraft der entwickelten kapitalistischen Staaten und an deren Aggressivität – woran zu erinnern wieder nötig scheint, denn heute wird nur allzuoft der Zusammenhang zwischen der seit 1917 anhaltenden heißen und kalten Bedrohung der nichtkapitalistischen

2 Abendroth, Wolfgang: Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung. Vorlesungen, Band 1: Von den Anfängen bis 1933, bearbeitet von Heinz-Gerd Hofschen, Heilbronn 1985, S. 13.

Länder und deren innerer Deformation vergessen. Inwieweit es überhaupt eine historische Chance gab, den Sozialismus in einem rückständigen Land isoliert aufzubauen oder gar in Ländern, die keine eigene Revolution hatten, sondern die als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges und des Kalten Krieges durch die Präsenz der Sowjetunion diesen Weg gingen, bedarf wohl von diesem Ende her betrachtet der neuen Untersuchung.

Zweitens: Der Zusammenbruch des östlichen Lagers und damit das Ende der bipolaren Welt wird den Frieden nicht sicherer machen. Warum auch sollte heute eine Weltordnung, in der die kapitalistischen Mächte wieder unter sich sind, wesentlich besser sein, als es eine solche Ordnung vor 1917 war, in der es ja bekanntlich nicht besonders friedlich zuging? – Wer solches vor einem Jahr äußerte, wurde leicht der Schwarzmalerei geziehen. Heute, nach dem Golfkrieg, vor den drohenden Bürgerkriegen in der Sowjetunion und auf dem Balkan, ist es offensichtlich, daß die Weltlage instabiler geworden ist denn je in den letzten 40 Jahren. Ein Gegengewicht gegen die Macht der ökonomisch und militärisch stärksten kapitalistischen Mächte – und dazu gehört Deutschland ja nun an vorderer Stelle – ist nirgendwo mehr vorhanden. Die Dritte Welt wird es zu spüren bekommen.

Drittens: Das Ende der »realsozialistischen« Systeme hat für die Arbeiterbewegung und die gesamte Linke der alten kapitalistischen Länder nicht nur insofern Bedeutung, als fast überall die kommunistischen Parteien zusammengebrochen sind – was in einigen Ländern Konsequenzen auch für die Kampfkraft der Gewerkschaften haben kann –, sondern es bringt auch für diejenigen Linken, die die »realsozialistischen« Staaten stets kritisiert, ja sogar für jene, die – wie die Mehrheit der Sozialdemokraten – diese entschieden bekämpft haben, mehr Probleme als Erleichterungen. Peter v. Oertzen, selbst immer ein scharfer Kritiker der östlichen Entwicklung, hat das treffend beschrieben: »Die Linke im ›Westen‹ versucht einem Kapitalismus, der nur teilweise demokratisch und sozialstaatlich in Schranken gehalten wird, ökologische Vernunft, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Demokratie abzuringen; aber voller Hohn wird ihr – sogar aus den eigenen Reihen – entgegengehalten: ›Was wollt ihr Narren denn? Gorbatschow schafft im Osten den Sozialismus ab, und ihr wollt ihn im Westen neu einführen?!‹«[3]

Der antisozialistische Zeitgeist trifft selbst diejenigen in SPD und Gewerkschaften, die nicht die Überwindung, sondern nur die humanere Ausgestaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung anstreben, erscheinen

3 Oertzen, Peter von: Was bleibt von der sozialistischen Vision? hektogr. Vortragsmanuskript, September 1990.

doch auch ihre Konzepte – Sozialstaat, kollektive soziale Sicherungen, planerische Eingriffe in das Marktgeschehen – als kollektivistische Administrierrerei, die durch den Zusammenbruch der Kommandowirtschaft im Osten endgültig desavouiert sei. Dieser Zeitgeist wird noch gestärkt durch das Auftreten der »Ex-Marxisten, Ex-Leninisten, Ex-Stalinisten, Ex-Maoisten, die mit einem Male das Ende des Sozialismus verkünden«[4] und die jetzt die ungeheueren demokratischen und zivilisatorischen Qualitäten der Marktwirtschaftsordnung entdeckt haben, die sie nun genauso dogmatisch in Wort und Schrift verkünden, wie sie es vorher mit ihrem Zerrbild von Marxismus getan haben.

Die Erleichterungen, die es bringen mag, daß nun nicht mehr jede Kritik am Kapitalismus mit dem Hinweis auf die Realität des sowjetischen Modells mundtot gemacht werden kann und daß nun für die Linke die vermeintliche Notwendigkeit wegfällt, aus Gründen der Systemkonkurrenz und des ideologischen Klassenkampfes eine prinzipielle Solidarität mit den »realsozialistischen« Systemen auch noch bei deren schädlichsten Aktionen zu zeigen – beides hat sozialistischen Ideen im Westen gleichermaßen geschadet –, diese Erleichterungen machen allerdings den Schaden kaum wett, den der Zusammenbruch im Osten angerichtet hat.

Verschärft werden unsere Probleme noch dadurch, daß die Arbeiterbewegung schon lange vor dem Ende des »real existierenden Sozialismus« durch die tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbruchsprozesse im Westen in den 1980er Jahren in die Krise geriet.

So muß mit Recht von einer Niederlage gesprochen werden, von einer recht ungünstigen Lage, in der sich diejenigen befinden, die immer noch am Ziel der Überwindung einer auf Ausbeutung und sozialer Ungleichheit gegründeten Ordnung festhalten und an der Idee einer »Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.«[5]

II. Konsequenzen für die Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung

Es ist selbstverständlich, daß die Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung und des Sozialismus von diesen Umbrüchen nicht unberührt bleiben

4 A.a.O., S. 1.

5 Marx, Karl/Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 482.

kann. Wenn sowieso schon jede Generation die Geschichte mit den jeweils aktuellen, aus der eigenen gesellschaftlichen Situation folgenden Fragestellungen neu schreiben muß, wie sehr müssen wir nun – nach solch säkularen Veränderungen, wie sie der Zusammenbruch der östlichen Systeme und die Umbrüche im Westen darstellen – die Geschichte unserer Bewegung neu durchdenken und wohl auch in mancherlei Hinsicht neu schreiben. Diese »sehr notwendige Arbeit«, die der eingangs zitierte Friedrich Engels nach einer Niederlage fordert, nämlich die »Untersuchung der Ursachen«, die zum Mißlingen führten, steht noch vor uns. Der von ihm dabei verlangte Ansatz, die Ursachen zu untersuchen, »die nicht in den zufälligen Bestrebungen, Talenten, Fehlern, Irrtümern oder Verrätereien einiger Führer zu suchen sind, sondern in dem allgemeinen gesellschaftlichen Zustand und in den Lebensbedingungen einer jeden, von Erschütterungen betroffenen Nation« formuliert unser Forschungsprogramm für die nächsten Jahre. Dessen Ergebnisse können wir heute noch kaum absehen. Es sei nur darauf hingewiesen, daß es zwar Untersuchungen über die Durchsetzung des Stalinismus in der Sowjetunion der 1920er und 1930er Jahre gibt, kaum aber quellenmäßig hinreichend belegte Arbeiten über die Entwicklung Osteuropas und der DDR nach dem Zweiten Weltkrieg, die die Gründe für das Scheitern in den letzten 40 Jahren ausreichend erhellen können. Benötigt werden ökonomische und politikgeschichtliche, vor allem aber auch sozial- und kulturhistorische Untersuchungen über die gesellschaftlichen Prozesse in den »realsozialistischen Ländern«, wenn wir nicht bei der Diskussion um »Fehler, Irrtümer oder Verrätereien« einiger Politbüros stehen bleiben wollen. Aber auch die Ursachen für die Krise der Arbeiterbewegung im Westen bedürfen der historischen Aufarbeitung, bei der nicht nur manche bisherigen Wertungen historischer Prozesse, sondern auch die Fragestellungen neu diskutiert werden müssen. Das betrifft übrigens nicht nur die marxistische Historiographie. Auch für die Historiker, die der Modernisierungstheorie anhängen und die im sozialdemokratischen, pluralistisch und parlamentarisch-demokratisch verfaßten Sozialstaat die Erfüllung des Emanzipationsstrebens der Arbeiterbewegung erblicken, gilt diese Notwendigkeit, denn offenkundig ist seit einigen Jahren ja auch die traditionelle Sozialstaatspolitik und mit ihr das sozialdemokratische Projekt an eine Grenze gekommen.

Allerdings werden wir im Lichte der Erfahrungen der letzten Jahre wohl von vielen Geschichtsmythen und von methodologischer Metaphysik Abschied nehmen müssen. Das gilt sicher nicht nur für die zur Legitimationswissenschaft für die Parteiherrschaft funktionalisierte marxistisch-leninistische Historiographie der Arbeiterbewegung, deren tragende Elemente der DDR-Historiker Günter Benser unlängst so beschrieben hat:

- »ein Fortschrittsbegriff, dem die Vorstellung von der gesetzmäßigen Abfolge von Gesellschaftsformationen und das Einmünden der Geschichte in die von Ausbeutung und Kriegen befreite kommunistische Gesellschaft zugrunde liegt;
- ein Epochenverständnis, in dem der Übergang der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus den Hauptinhalt darstellt, die Länder des ›real existierenden Sozialismus‹ die höchste Stufe der Gesellschaftsentwicklung verkörpern und gemeinsam mit der internationalen Arbeiterbewegung, der nationalen und anti-kolonialen Befreiungsbewegung und der Friedensbewegung die Haupttriebkräfte sind;
- die ›historische Mission der Arbeiterklasse‹ als des eigentlichen Schöpfers des neuen, endgültigen Gesellschaftszustandes;
- der Klassenkampf als der Motor der geschichtlichen Entwicklung, wobei die nationale Frage der Klassenfrage untergeordnet ist;
- die Machtfrage als das Schlüsselproblem für die Aufhebung der alten und die Errichtung der neuen Gesellschaft;
- die leninsche Revolutionstheorie als eine in ihren Grundzügen allgemeingültige Orientierung;
- die Reduktion der Grunderfordernisse für die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft auf einige zuerst in der Sowjetunion erprobte allgemeingültige Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus, bei denen das durch den Sozialismus zu befreiende Individuum an den Rand geriet;
- die marxistisch-leninistische Partei als Vorhut der Arbeiterklasse und höchste Form der Klassenorganisation, mit einem daraus abgeleiteten absoluten Führungsanspruch;
- der proletarische Internationalismus, als dessen Kriterium die Anerkennung der Führungsrolle der Sowjetunion und der KPdSU und damit des Stalinschen Modells galt, bei dem die Interessenidentität der internationalen Arbeiterbewegung mit der Großmacht UdSSR unterstellt wurde.« [6]

Benser ist zweifellos zuzustimmen, daß es sich hierbei »um Abstraktionen« handelt, »die zu beträchtlichen Teilen dem Kriterium der geschichtlichen Praxis nicht standgehalten haben. In ihnen spiegeln sich politische Bedürfnisse des ›real existierenden Sozialismus‹ bzw. der hier an der Spitze der Herrschaftsstrukturen wirkenden Parteien.« Es sei der DDR-Historio-

6 Benser, Günter: Zum Umgang mit Geschichte der Arbeiterbewegung im deutschen Einigungsprozeß, in: Evangelische Akademie Loccum, Historische Orientierung und Geschichtskultur im Einigungsprozeß, Tagung vom 5. bis 7. April 1991. Arbeitspapiere, Loccum 1991, S. 6.

graphie anzulasten,«daß sie diese Abstraktionen als absolute Wahrheiten vermittelt hat, daß diese den Charakter weltanschaulicher Bekenntnisse annahmen. Sie wurden nicht permanent am historischen Material überprüft, sondern häufig wurde das Material in die skizzierten Abstraktionen eingepaßt. Kritik an dem beschriebenen Raster wurde negiert, andere Interpretationsansätze blieben unbeachtet oder wurden abqualifiziert.«[7]

Selbstkritisch sei angemerkt, daß diese Vorwürfe zumindest teilweise auch auf die marxistische Geschichtsschreibung im Westen zutreffen, wobei diese jedoch meist schon deshalb nicht so dogmatisch verfahren konnte, weil sie stets der Konkurrenz der nicht-marxistischen Historiographie ausgesetzt war und selbst an der breiten Methodendiskussion im Westen teilnahm. Allerdings ist ein falsches Verhältnis von historischer Empirie und Theorie in der Weise, daß eine vorgegebene Theorie lediglich mit empirischen Befunden »bestätigt« und illustriert wird, durchaus kein Monopol der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung, worauf jüngst Lutz Niethammer noch einmal hinwies: »Die Masse der Historiker in der DDR hat sich aber wohl mit der Ausstaffierung dieser parteilichen Vorgaben begnügt, ähnlich wie sich ein erheblicher Teil der westdeutschen Kollegen mit der positivistischen Ausfüllung konventioneller Annahmen über Herrschaft, Nation und Modernisierung begnügt.«[8]

Die Konsequenzen für die Historiographie der Arbeiterbewegung, die als Resultat der realhistorischen Erfahrungen der letzten Jahre und der neueren Forschungen besonders auf dem Gebiet der Sozial- und Kulturgeschichte der Arbeiterschaft gezogen werden müssen, beziehen sich auf theoretische und methodologische Grundannahmen wie auf Forschungsgebiete. Einige seien hier genannt:

Erstens: Der Fortschrittsbegriff, dem in der marxistischen Geschichtsschreibung die Vorstellung von einer gesetzmäßigen Abfolge der Gesellschaftsformationen mit dem notwendigen Ziel einer klassenlosen Gesellschaft zugrunde liegt und der auch für die modernisierungstheoretischen Konzepte insofern konstitutiv ist, als die Moderne ausschließlich als eine Periode gesellschaftlicher Höherentwicklung mit dem Ziel des pluralistischen Sozialstaats begriffen wird, kann angesichts der ungeheueren Verluste, die der auf dem Industriesystem basierende Fortschritt hinsichtlich der Um-

7 A.a.O., S. 6 f.

8 Niethammer, Lutz: Nun muß zusammenwachsen, was sich auseinanderentwickelt hat. Zur Lage von historischer Orientierung und Geschichtskultur in Deutschland am Ende seiner 40jährigen Teilung. Referat in der Evangelischen Akademie Loccum am 5. April 1991, hektogr. Manuskript, S. 8 f.

welt, der Dritten Welt, der militärischen Zerstörungspotentiale etc. *auch* mit sich gebracht hat, nicht weiterhin als unhinterfragtes Leitinterpretament für die Geschichte der Moderne stehen. Bei allen gewaltigen zivilisatorischen und emanzipativen Gewinnen, die die Neuzeit gebracht hat – die Alternative der Barbarei, von der Rosa Luxemburg sprach, ist in unserem Jahrhundert mehr als einmal Wirklichkeit geworden, und sie droht immer noch, vielleicht stärker denn je. Sicherlich war ein zukunftsgewisser Fortschrittsglauben für die Emanzipationsbewegung unterdrückter und rechtloser Proletarier sozialpsychologisch wichtig, denen das Wissen, letztendlich und quasi naturgesetzlich auf der Siegerseite der Geschichte zu stehen, die Kraft für ihren jahrhundertlangen Kampf gegeben hat. Aber weder ist dieser ungebrochene Fortschrittsoptimismus haltbar noch das mechanische Verständnis von historischen Gesetzmäßigkeiten, Formationsabfolgen und Epochenbestimmungen, das durch die aktuellen osteuropäischen Entwicklungen in der Praxis falsifiziert worden ist. Karl Marx hat sich übrigens mehrfach dagegen verwahrt, seine »historische Skizze von der Entstehung des Kapitalismus in Westeuropa in eine geschichtsphilosophische Theorie des allgemeinen Entwicklungsganges [zu] verwandeln, der allen Völkern schicksalsmäßig vorgeschrieben ist, was immer die geschichtlichen Umstände sein mögen, in denen sie sich befinden«, und er kritisierte das Streben nach einem »Universalschlüssel einer allgemeinen geschichtsphilosophischen Theorie, deren größter Vorzug darin besteht, übergeschichtlich zu sein.«[9]

Diese Einwände bedeuten keine Leugnung historischer Gesetzmäßigkeiten konkreter Art, wie sie etwa grundlegend zwischen ökonomischen Verhältnissen und gesellschaftlicher Entwicklung feststellbar sind, daß also »Rechtsverhältnisse wie Staatsformen weder aus sich selbst zu begreifen sind, noch aus der sogenannten allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes, sondern vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln.«[10] Aber es bedeutet die Aufgabe eines metaphysischen und eschatologischen Begriffs von historischer Gesetzmäßigkeit zugunsten einer konkreten Erforschung dieser »materiellen Lebensbedingungen« mit einem komplexen Set ökonomischer, sozial- und kulturgeschichtlicher Fragestellungen.

Zweitens: Ähnliches gilt auch für den Umgang mit der Arbeiterklasse und ihrer »historischen Mission«. Diese Mission scheint die Arbeiterklasse in ihrer Mehrheit nun seit hundert Jahren partout nicht erfüllen zu wollen. Im Westen waren Versuche sozialistischer Minderheiten bislang zum Scheitern

9 Marx, Karl: Brief an die Redaktion der »Otetschestwennyje Sapiski«, in: MEW, Bd. 19, S. 111 f.
10 Marx, Karl: Zur Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 13, S. 8.

verurteilt, im Osten hat die Mehrheit der Arbeiterklasse gerade gegen den von einer Minorität durchgesetzten Weg zum Sozialismus votiert. Man kann es sich natürlich leicht machen und darauf verweisen, daß sie ihre objektiven Interessen und Aufgaben eben subjektiv noch nicht erkannt habe – wofür sich dann eine Reihe von Ursachen nennen ließen, die meist in den Manipulationstechniken des kapitalistischen Gegners und im Verrat der rechten Sozialdemokraten gesehen werden. Aber gibt es nicht tatsächlich materielle Gründe, warum die Arbeiterklasse, die zweifellos aus ihrer Stellung im Produktionsprozeß ein objektives Interesse an der Überwindung des Kapitalismus hat, bislang nicht fähig war, ihn dauerhaft zu transformieren?

Eine Erklärung dafür dürfte darin liegen, daß entgegen unserem idealisierten Bild einer einheitlichen – oder sich wenigstens ständig homogenisierenden – Arbeiterklasse diese Klasse zu jedem Zeitpunkt ihrer Geschichte ökonomisch, sozial und politisch viel differenzierter und gespaltener war, als daß sie zu einheitlicher Kraftentfaltung fähig gewesen wäre. Das gilt natürlich für die Phase des Klassenbildungsprozesses selbst, der mit allen Ungleichzeitigkeiten in Deutschland erst um die Jahrhundertwende zum vorläufigen Abschluß kommt – vorläufig, weil der Klassenbildungsprozeß bald von Klassenumbildungsprozessen ergänzt und modifiziert wird, man denke nur an die sozialen Differenzierungen in der Arbeiterklasse als Folge der neuen Industrien zu Beginn des Jahrhunderts (Chemie- und Elektroindustrie). [11]

In dieser Phase bildet sich aus höchst heterogenen Elementen ein proletarisches Milieu heraus und materialisiert sich in spezifischen Wohn- und Lebensbedingungen, in eigenen Kulturformen und eigenen politischen Organisationen. Aber auch die zweite Phase, die wir meistens untersuchen und der wir am ehesten eine große Homogenität zuschreiben, ist durch die Dialektik von Spaltung und Einheit geprägt. Es ist die Phase des Ausbaus und der Stabilisierung des proletarischen Milieus am Ende des Kaiserreichs und in der Weimarer Republik.[12]

Die Kulturwelt der Arbeiterklasse mit ihren vielfältigen Organisationen entsteht, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen werden zur bedeutendsten Herausforderung für die Herrschenden, in großen Teilen der Arbeiterklasse herrscht ein eigener Zukunftsentwurf, herrschen »alternative Ideen über die Natur der gesellschaftlichen Beziehungen«[13]. In Arbeiter-

11 Vgl. Kocka, Jürgen: Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800-1875, Berlin und Bonn 1983.

12 Vgl. Deppe, Frank: Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse. Überlegungen zu einer politischen Geschichte der Arbeiterbewegung, Marburg 1981.

13 Williams, Raymond: Gesellschaftstheorie als Begriffsgeschichte. Studien zur historischen

wohnvierteln, in der proletarischen Sozialisation in Familie, Arbeiterorganisationen und Betrieb festigt sich die Klassenidentität. Und dennoch ist es auch in dieser Hochphase der Arbeiterbewegung nur eine Minderheit der Arbeiterschaft, die in dieser Organisationswelt der Arbeiterbewegung lebt. Neben der durch die technische Entwicklung und die Durchsetzung des Taylorismus fortschreitenden Differenzierung im Betrieb erfährt die Klasse auch durch die steigende weibliche Berufstätigkeit und durch die Proletarisierung von Teilen der Mittelschichten weitere Segmentierungen. Und schließlich ist die politische Spaltung der Arbeiterbewegung seit dem Ersten Weltkrieg ein fundamentales Hindernis für einheitliches Handeln, das selbst in der unmittelbaren Bedrohung durch den Faschismus nicht überwunden werden konnte.

Trotz des weiteren zahlenmäßigen Anwachsens der Arbeiterklasse – und damit der Verallgemeinerung des Widerspruches zwischen den Hauptklassen im Kapitalismus – geht ihre Geschlossenheit zurück in der nun folgenden Phase des sukzessiven Verlustes der Klassenidentität, des Schwindens herkömmlicher proletarischer Milieus und der Arbeiterkultur, der weitgehenden Integration der Arbeiterbewegung in die bürgerliche Gesellschaft. Dieser Prozeß vollzieht sich keineswegs schon in der Zeit des Faschismus, obgleich er dort beginnt, sondern die 1950er Jahre sind der entscheidende Zeitraum für die Transformation der Arbeiterbewegung. Zwar wurde die praktische Integration von Sozialdemokratie und Gewerkschaften zum Teil schon in der Weimarer Zeit vollzogen, doch existierten bei ihnen noch systemverändernde Programmatiken und in nennenswertem Umfang Strömungen, die sich diesen Zielen verpflichtet fühlten. Daneben besteht eine starke revolutionäre Richtung, und es gibt in Form der Arbeiterkultur und der proletarischen Lebenswelt ein mehr oder weniger geschlossenes Gegenlager zur bürgerlichen Gesellschaft. Der Faschismus unterdrückt die Organisationswelt der Arbeiterbewegung, unterbricht ihre Tradition durch die Prägung einer ganzen Generation und greift durch seine Volksgemeinschafts- und Betriebspolitik teilweise tief in das proletarische Milieu ein. Er kann allerdings die politische und sozial-kulturelle Konsistenz der Arbeiterbewegung nicht völlig auflösen, wie die Entwicklung der Jahre 1945-1947 zeigt, wo die Arbeiterbewegung überall in Europa ihre größte Stärke entfaltet. Erst in der Zeit nach 1950 vollzieht sich die massive Integration der Arbeiterbewegung: der revolutionäre Flügel erlebt einen rapiden Niedergang, proletarische Lebenswelten – von den Arbeiterkulturorganisationen bis zu den Arbei-

---

Semantik von »Kultur«, München 1972, S. 390.

terwohnvierteln – verschwinden, in der reformistischen Arbeiterbewegung setzen sich – zunächst praktisch, dann am Ende der 1950er Jahre auch programmatisch – integrationistische Konzepte durch, die bis Ende der 1960er Jahre nahezu unwidersprochen bleiben und bis heute ihre Dominanz behalten haben. Diese Phase ist nun durch die rapide Modernisierung der letzten Jahre, durch die vom technischen Wandel bewirkte Umbruchskrise mit ihrem Wandel der sozialen Zusammensetzung, der Kultur und der Lebensweise der Arbeiterklasse in eine Entwicklung übergegangen, in der die Arbeiterklasse zwar nicht verschwindet, wie manche modische Theorien glauben, aber einen Um- und Neubildungsprozeß erfährt, der wahrscheinlich massiver ist, als das frühere Klassenumbildungen waren.

Das Bild einer einheitlichen Klasse mit dem Kern der in den industriellen Großbetrieben beschäftigten meist männlichen Arbeiter ist nicht nur für die Gegenwart falsch, sondern bedarf auch in der Geschichte einer starken Differenzierung. Daraus folgt, daß in dieser segmentierten und differenzierten Klasse neben einigen Grundinteressen, die aus dem allgemeinen Widerspruch von Kapital und Arbeit herrühren, auch sehr differenzierte Einzelinteressen herrschen. Eine Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung, die das berücksichtigt und der eine Sozialgeschichte der Arbeiterklasse zu Grunde liegt, kann natürlich nicht mehr für die Bewertung der Programmatik und des Handelns der verschiedenen Arbeiterorganisationen als hauptsächlichen Maßstab die Frage anlegen, inwieweit diese Organisationen das einheitliche Klasseninteresse – wie es von einer Vorhut erkannt und definiert wurde – vertreten haben. Vielmehr wird zu untersuchen sein, welche Einzel- und Gruppeninteressen in der Klasse durch die Programme und Aktivitäten der verschiedenen Strömungen artikuliert wurden. Aber wenn auch die Beurteilung der Geschichte vom Standpunkt einer Avantgarde aus, die die objektiven Interessen der Arbeiterklasse erkannt und vertreten hat, obsolet ist, so bedeutet das nicht, daß nun ein hermeneutischer Relativismus Platz greifen sollte. Die Bewertungsmaßstäbe liegen allerdings nicht in der Erfüllung einer »historischen Mission« und in der Übereinstimmung mit den angeblich objektiven Gesetzmäßigkeiten der Geschichte, sondern darin, inwieweit die Politik der verschiedenen Organisationen und Parteien unter den jeweiligen konkreten historischen Bedingungen zu einer Verbesserung der Lage der abhängig Arbeitenden und zu ihrer Emanzipation beigetragen hat, ob sie zu Frieden, Demokratie und sozialem Fortschritt geführt oder historische Chancen zu deren Durchsetzung verspielt hat. Legt man diesen Maßstab an, so wird man auch weiterhin keinen Anlaß haben, etwa die revolutionsverhindernde Politik der MSPD 1918/19 oder die Anpassungspolitik der Gewerkschaften 1933 weniger zu kritisieren.

Drittens: Die unterstellte Allgemeingültigkeit eines Revolutionsmodells – des der Oktoberrevolution – und eines Weges zum Aufbau des Sozialismus – des sowjetischen – war nicht nur eine unhistorische Annahme, sondern sie führte auch zu einem weitgehend untauglichen Beurteilungsmaßstab für die Geschichte der Arbeiterbewegung. Während die KP-orientierte Geschichtsschreibung das Bewußtsein der Arbeiter und die Politik der Arbeiterorganisationen noch in den banalsten Details daran maß, ob sie den Leninismus und das Vorbild der UdSSR akzeptierten, perhorreszierte die SP-nahe Historiographie den sowjetischen Weg so, daß sie in ihren Bewertungen umgekehrt nahezu jedes Handeln, das sich gegen dieses Revolutionskonzept wandte, legitimierte. Die Geschichtsschreibung über die Novemberrevolution 1918/19 ist dafür ein treffendes Beispiel: Die kommunistische Historiographie sieht einen Hauptgrund für das Scheitern der deutschen Linken in USPD und Spartakusbund im Fehlen einer marxistisch-leninistischen Avantgardepartei, die das bolschewistische Revolutionsmodell zur Geltung gebracht hätte, ohne auch nur darüber zu reflektieren, ob die nationalen Bedingungen und die konkrete historische Situation einen solchen Weg überhaupt erlaubten. Die sozialdemokratische Geschichtsschreibung verteidigt aus ihrer prinzipiellen – und damit ebenfalls unhistorischen – Ablehnung der Oktoberrevolution auch noch den Terror der von Noske geführten Freikorps und die Verhinderung sozialer Umwälzungen mit der Begründung, daß dadurch Deutschland »russische Zustände« (Philipp Scheidemann) erspart geblieben seien.

Wieviel differenzierter und historisch gerechter war da bereits 1918 die Haltung Rosa Luxemburgs zur Oktoberrevolution. Sie anerkennt das »unsterbliche historische Verdienst« der Bolschewiki, die mit ihrer »entschlossene[n] revolutionäre[n] Haltung« unter »so verteufelt schwierigen Bedingungen« zum ersten Mal in der Geschichte das Ausbeutersystem gestürzt haben, aber sie warnt auch vor der Verallgemeinerung dieses Weges: »Das Gefährliche beginnt dort, wo sie aus der Not eine Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken fixieren und ... als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen.« Dem internationalen Sozialismus leisteten sie »einen schlechten Dienst, wenn sie in seine Rüstkammer als neue Erkenntnisse alle die von Not und Zwang in Rußland eingegebenen Schiefheiten eintragen wollen...«[14] Rosa Luxemburgs Bewertung der russischen Revolu-

14 Luxemburg, Rosa: Zur russischen Revolution, in: Dies., Gesammelte Werke, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 4, Berlin 1974, S. 332 ff., hier: S. 364.

tion geht von deren historischen Bedingungen aus und gibt damit ein Beispiel nichtdogmatischer, konkret-historischer Untersuchung: »Es ist klar, daß nicht kritikloses Apologetentum, sondern nur eingehende, nachdenkliche Kritik imstande ist, die Schätze an Erfahrungen und Lehren zu heben. Es wäre in der Tat eine wahnwitzige Vorstellung, daß bei dem ersten welthistorischen Experiment mit der Diktatur der Arbeiterklasse, und zwar unter den denkbar schwersten Bedingungen; mitten im Weltbrand und Chaos eines imperialistischen Völkermordens, in der eisernen Schlinge der reaktionärsten Militärmacht Europas, unter völligem Versagen des internationalen Proletariats, daß bei einem Experiment der Arbeiterdiktatur unter so abnormen Bedingungen just alles, was in Rußland getan und gelassen wurde, der Gipfel der Vollkommenheit gewesen sei. Umgekehrt zwingen die elementaren Begriffe der sozialistischen Politik und die Einsicht in die notwendigen historischen Voraussetzungen zu der Annahme, daß unter so fatalen Bedingungen auch der riesenhafteste Idealismus und die sturmfesteste revolutionäre Energie nicht Demokratie und nicht Sozialismus, sondern nur ohnmächtige, verzerrte Anläufe zu beiden zu verwirklichen imstande seien.«[15]

Statt der dogmatischen Glorifizierung und der ebenso dogmatischen Ablehnung der Oktoberrevolution ist deren Historisierung vonnöten, um einen viel mißbrauchten, hier aber durchaus sinnvoll zu verwendenden Begriff zu wählen.

Viertens: Das Scheitern des sowjetischen Sozialismusmodells und der an ihm orientierten Partei- und Politikkonzeptionen einerseits und die wachsenden Schwierigkeiten für eine sozialdemokratische Strategie, die den Kapitalismus mit einer Politik des Klassenkompromisses sozialstaatlich zähmen und mittels keynesianischer Globalsteuerung krisenfest machen will, andererseits machen den Blick auf diejenigen Personen und Gruppen und deren Konzepte in der Geschichte der Arbeiterbewegung sinnvoll, die in den beiden dominanten Richtungen nicht zum Tragen gekommen sind. Die Programmatik und Praxis linkssozialistischer und rechtskommunistischer Zwischengruppen, – die, wie beispielsweise die SAP und die KPO, über durchaus rationalere Strategien und treffendere Faschismusanalysen verfügten als die beiden Großorganisationen –, die demokratischen Traditionen rätesozialistischen Denkens, die demokratisch-kommunistische Konzeption Rosa Luxemburgs, die radikalreformistischen Konzepte einer Wirtschaftsdemokratie, die Plan- und Marktelemente enthielten, wie sie nach 1945 in den Gewerkschaften und der SPD von Viktor Agartz und Harald Koch entwickelt

15 A.a.O., S. 334.

wurden – all diese verschollenen Ansätze gewinnen im Lichte des Scheiterns der kommunistischen und der Krise des sozialdemokratischen Strategien erneut an Interesse und vielleicht auch an Aktualität. Die Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung hat sie – mit Ausnahme der von Wolfgang Abendroth veranlaßten Erforschung der Zwischengruppen der Endphase der Weimarer Republik – meist nur am Rande behandelt, weil nur die beiden mainstreams der Arbeiterbewegung geschichtsmächtig zu sein schienen.

Der kritische, nichtapologetische Umgang mit der kommunistischen *und* der sozialdemokratischen Geschichte und die Erforschung und Würdigung der verschütteten Alternativen in der Geschichte der Arbeiterbewegung sind Voraussetzungen, um Lehren aus der gegenwärtigen Niederlage des Sozialismus zu ziehen. Es sind notwendige Voraussetzungen, aber nicht hinreichende, denn zusätzlich müssen natürlich auch die Gegenwart und die heutigen Entwicklungsprozesse analysiert werden. Kommt man dabei wie Klaus Tenfelde zu der Position, daß gegenwärtig »ein umfassender soziopolitischer Prozeß [abläuft], der in der Auflösung der historisch gewachsenen Identitäten in der bundesrepublikanischen Gesellschaft zum Ausdruck kommt«, in dem »eine spezifische Utopie einzelner Lager, Milieus oder Klassen ... allenfalls in intellektuellen Randgruppen gepflegt [wird]; solche Utopien sind im übrigen verpönt. Es mangelt ihnen insbesondere an sozialer Resonanz im Wohlfahrtsstaat«, weil die »Schrumpfung der quantitativen Rolle der Arbeiter in der Gesellschaft auf eine relative Minderheitenposition« der Arbeiterschaft einen ähnlichen Bedeutungsverlust wie den Bauern nach dem Zweiten Weltkrieg bringen wird,[16] so hat die Beschäftigung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung allerdings einen ähnlichen Stellenwert wie die mit anderen abgeschlossenen Aspekten der Geschichte, also etwa mit der Geschichte der römischen Sklaven. Eric Hobsbawm hat demgegenüber unlängst noch einmal die Wichtigkeit der Geschichte der Arbeiterbewegung auch unter aktuellen Gesichtspunkten betont: »Erstens, weil die klassischen Arbeiterparteien Europas ja immer noch da sind. Die Frage ›Hat die SPD oder die KP Italiens oder die Labour Party eine Zukunft?‹ ist absurd. Die realistische Frage lautet ›Wie sieht ihre Zukunft aus?‹ Und die Arbeiterhistoriker können helfen sie zu beantworten. Zweitens gibt es und wird es Arbeiterbewegungen geben, solange es eine Schicht von Lohnempfängern gibt, die zur kollektiven Verteidigung und Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedin-

16 Tenfelde, Klaus: Historische Orientierung und Geschichtskultur im Einigungsprozeß, in: Evangelische Akademie Loccum, Historische Orientierung und Geschichtskultur im Einigungsprozeß, Tagung vom 5. bis 7. April 1991. Arbeitspapiere, Loccum 1991, S. 10 f.

gungen fähig ist. ... Die Arbeiterhistoriker haben aber auch eine dritte, sowohl theoretische wie praktisch-politische Funktion. Wohin wollen eigentlich unsere Parteien? Was bedeutet es, daß sie sich weiter sozialistisch nennen? ... Was es heute an Realsozialismus oder an Realsozialdemokratie, Keynesscher Politik usw. gibt, beruht fast durchweg auf den Erfahrungen der Zwischenkriegszeit und ist auf diese oder ähnliche Zustände zugeschnitten. Unsere Politik, unser Endziel – ja sogar, ob wir ein Endziel haben, und wenn ja, wie sich die Ankunft zur Reise dahin verhält – sind neu zu durchdenken; übrigens im Lichte der Auseinandersetzungen innerhalb der Bewegung, die bis zur Revisionismusdebatte am Ende des vorigen Jahrhunderts zurückreichen.«[17]

III. Perspektiven

Damit sind wir auch bei den Perspektiven der Arbeiterbewegung in der Gegenwart und Zukunft. Wie hieß es bei Engels?: »Sind wir also einmal geschlagen, so haben wir nichts anderes zu tun, als wieder von vorne anzufangen.« Gestützt auf die Überzeugung, daß die Revolution ein objektives gesellschaftliches Bedürfnis sei, das die Fesseln einer überlebten Ordnung zerbrechen wird, dachte er dabei in kurzen, allzu kurzen Zeiträumen, bis es zu einem neuen Versuch der Gesellschaftsveränderung kommen würde. Diese Perspektive des »Von-Vorne-Anfangens« geht heute so einfach nicht mehr. Nicht nur der fehlgeschlagene Sozialismusversuch im Osten und das »Ende des Weges der Oktoberrevolution« (Frank Deppe) lasten als schwere Hypothek auf uns, sondern auch die Realitäten im Westen verbieten einen allzu forschen Optimismus des Weitermachens, mit dem mancherorts schon wieder Programme geschrieben werden.

Die Umbrüche in den entwickelten westlichen Ländern, basierend auf dem durch die Mikroelektronik ermöglichten Schub in der Produktivkraftentwicklung, haben die Arbeiterbewegung mit neuen Bedingungen konfrontiert und vor Aufgaben gestellt, von deren Lösung sie noch weit entfernt ist. Einige dieser zentralen Veränderungen seien hier nur kurz erwähnt:

- Die Herausbildung eines neuen Akkumulationstyps, bei dem Wachstum und Beschäftigung dauerhaft entkoppelt werden, mit seinen Konsequenzen für den Arbeitsmarkt.

---

17 Hobsbawm, Eric J.: Sinn und Zweck der Geschichte der Arbeiterbewegung, in: Sozialismus, H. 5/1990, S. 29 ff., hier: S. 37.

- Eine neue Zusammensetzung und eine neue Gestalt des Gesamtarbeiters. Die Höherqualifizierung der Arbeitskraft, die weitere Feminisierung der Lohnarbeit, aber auch die fortschreitende Segmentierung und Differenzierung der Arbeiterschaft sind hier die Stichworte.
- Die Entwicklung neuer Ansprüche, Werte und Lebensformen und die Individualisierung der Lebensstile, die an die Stelle der erodierenden alten sozialen Milieus der Arbeiterkultur treten.
- Die zentrale Bedeutung von neuen oder neu und schärfer ins Bewußtsein getretenen, von der Arbeiterbewegung lange weitgehend vernachlässigten oder gar mißachteten Problemfeldern: Die Ökologiefrage und das Geschlechterverhältnis. Beide Probleme verlaufen nicht nur parallel zu den alten Klassenfronten, sondern auch quer zu ihnen.
- Die Entstehung neuer sozialer Bewegungen zu diesen Problemfeldern, mit denen ein kooperatives und gleichberechtigtes Verhältnis zu gewinnen die Arbeiterbewegung erst mühsam lernen muß.
- Schließlich die sich rapide beschleunigende Internationalisierung des Kapitals, wie sie mit dem europäischen Binnenmarkt einen weiteren Schub gewinnen wird, und die sich durch die kapitalistischen Weltmarktbedingungen beschleunigende Verelendung der dritten Welt.

Angesichts dieser Veränderungen wird es keine Arbeiterbewegung alten Zuschnitts mehr geben können. Man mag das im Hinblick auf die scheinbar intakte proletarische Gegenwelt der Zwischenkriegszeit mit ihren sozialistischen Inhalten, im Blick auf aktive, klassenbewußte und klassenkämpferische Teile der Arbeiterbewegung vor 1933 mit Wehmut konstatieren. Wir sollten aber dabei nicht vergessen, daß dieses Bild häufig genug ein idealisiertes war, daß die Arbeiterkultur auch oft eine Armutskultur war, daß die klassenkämpferische Politik nur ein Teil der Geschichte darstellt und daß die Spaltung der Arbeiterbewegung und die Unfähigkeit, 1933 zu verhindern, ebenfalls in dieses Bild gehören. Schließlich sollte auch nicht übersehen werden, daß autoritäre und patriarchale Züge die inneren Strukturen dieser Arbeiterbewegung mitgeprägt haben. Es gibt daher weder Grund, den Versuchen der 1970er Jahre nachzutrauern, in der Folge der Studentenbewegung Kopien dieser Weimarer Arbeiterbewegung zu ziehen, noch sollte eine Wagenburgmentalität Platz greifen, mit der die an traditionellen sozialistischen Überzeugungen Festhaltenden versuchen, die Veränderungen der Gegenwart und ihre Unübersichtlichkeiten zu überdauern.

Denn diese gesellschaftlichen Umbrüche und die von ihnen bewirkten Veränderungen in der Arbeiterklasse bieten doch auch Chancen für eine neue demokratische, antikapitalistische Politik. Die höhere Qualifikation der abhängig Arbeitenden, die gestiegenen Ansprüche an demokratische Mitbestimmung, an ein sinnerfülltes Leben und Arbeiten, das veränderte

Verhältnis der Geschlechter, die Tatsache, daß die »verdammte Bedürfnislosigkeit der Massen« (wie Walter Fabian das schon 1928 nannte) schwindet, beinhalten Möglichkeiten für eine moderne sozialistische Politik, die diese qualitativen Veränderungen ernst nimmt und das Bewußtsein dafür entwikkelt, daß diese neuen Bedürfnisse ebenso wie die Lösung der globalen Probleme eine Überwindung der kapitalistischen Ordnung erheischen. Die objektiven Grundlagen für eine gesellschaftsverändernde Politik sind nicht nur geblieben, sondern sie verbreitern sich. Tatsächlich entstehen immer mehr gesellschaftliche Bedürfnisse, deren »Befriedigung durch überlebte Einrichtungen verhindert wird«, um nochmals Engels zu zitieren. Die Arbeiterbewegung wird die neuen Bedürfnisse und die neuen globalen Probleme aufgreifen und zusammen mit der Vertretung der »alten« Interessen (vom Lohn bis zu einer demokratischen Strukturpolitik) zum Inhalt ihrer Politik machen müssen. Denkbar ist dies nur im Bündnis, vielleicht gar in der Verschmelzung mit den neuen sozialen Bewegungen.

Gestalt und Programm einer solchen modernen sozialistischen Bewegung, die die neuzusammengesetzte Arbeiterklasse und die intellektuellen Mittelschichten umfaßt, werden sich aus den realen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen entwickeln, aber die kritische Aufarbeitung der eigenen Geschichte kann dabei helfen, die Wiederholung alter Fehler zu vermeiden. Ein solches Geschichtsbewußtsein wird auch die nach wie vor richtigen »alten« Erkenntnisse über die Klassengesellschaft und die Geschichte der Klassenkämpfe aufheben und so verhindern, daß man sich der aktuellen Übermacht des Kapitalismus resignierend ausliefert, wie das gegenwärtig nicht wenige tun. »Denn eben weil wir Historiker sind, wissen wir auch, daß die Frage nach der Zukunft des Sozialismus nicht einfach beantwortet wird, indem man sich dem wirtschaftlichen Neoliberalismus in die Arme wirft, ob aus Enttäuschung oder religiöser Überzeugung. ... Historiker, diese Spezialisten der Erinnerung, sehen die Moden der Vergangenheit – und der Gegenwart – kommen und gehen. Diese auch. Und Historiker der Arbeiterbewegung wissen noch dazu, warum diese Bewegung sich mit den Sozialisten verheiratete. Weil nämlich die Frage, wie die Menschen gemeinschaftlich zusammenleben sollen, nicht durch den Kapitalismus beantwortet, sondern im Gegenteil, gestellt wird. Weil die Probleme des Überlebens der Menschheit, ja die unseres Globus, durch die Dynamik der Akkumulation nicht gelöst, sondern aufgeworfen werden. Weil die Alternative zum Sozialismus noch immer nicht eine schöne, wonnige, liberale Gesellschaft ist, sondern – wie wir im späten 20. Jahrhundert immer wieder feststellen müssen – die

Barbarei. ... Vielleicht ist die Hoffnung der Sozialisten heute weniger ausgeprägt. Nicht aber ihre Mahnung.«[18]

18 A.a.O.

Georg Fülberth

Nicht von hier

I.

Der Satiriker Tomayer beobachtete bereits vor drei Jahren, wie ehemalige Achtundsechziger die Vollendung ihres fünften Lebensjahrzehnts mit einer gewissen Gravität begingen:

»Immer mehr die Fünfzig vollendende Narren am Hofe Königs Tod I. vermeinen, aus dem Datum eine sogenannte Feierlichkeit schlagen zu sollen, mit allem drum nix dran: Barolopreisvergleich beim Toscanapartyausstatter, dann EG-Bier auf dem Balkon, Schnittchen in der Küch, vermischte music vom Recorder und kein Schwein weiß mehr, denn das ganze Gesindel ist ja arriviert, wie das früher einmal war, in den einstigen Sechzigern, wo man die Mäntel plünderte und es zu Stehficks kam auf dem Gästeabort.«

Hierher gehört die akademisch eher ungehörige Angewohnheit, bereits für Fünfzigjährige Festschriften zu veranstalten. Vor einigen Jahren erschien je ein Buch zum fünfzigsten Geburtstag von Klaus Vack und Frigga Haug und 1990 eines für Hermann L. Gremliza. Die solcherart geehrt werden Sollenden wissen in der Regel vorher nichts davon, können also auch nichts dafür, doch damit wird der Vorgang umso charakteristischer: offensichtlich halten ihre Freunde und Jünger dies für nötig. Warum?

Früh-Festschriften werden in der Regel nur Linken gewidmet. Auf welchem Feld sie sich auch betätigen werden: Wissenschaft oder Politik, sie sind da allemal nur zweite Sieger. Indem man ihnen einen Orden anheftet, der sonst ausschließlich deutlich älteren Großkopfeten verliehen zu werden pflegt, will man darauf aufmerksam machen, daß ihr tatsächlicher intellektueller Ort eine Stufe höher liegt, als die offizielle Skala dies anzeigt, und man will sie ermutigen.

Letzteres scheinen sie nötig zu haben, und dies hat nicht nur mit den Frustrationen zu tun, welche das Los von Linken in der kapitalistischen Gesellschaft zu allen Zeiten gewesen ist und bleiben wird.

Wer jetzt fünfzig wird und links blieb, wird sich in einer politischen Welt zurechtfinden müssen, in der die ihm vertrauten politischen Koordinaten fehlen. Es mag bislang eine Angelegenheit der politischen Konfession gewesen sein, ob man sich an der Arbeiterklasse, den Randgruppen, der kritischen Intelligenz oder der Abfolge der Gesellschaftsformationen orientierte, eine

Tatsache war überhaupt nicht zu negieren: der Ost-West-Konflikt und die Existenz einer Ordnung, welche für die einen real und für die anderen lediglich nominal sozialistisch war. Bis Mitte der siebziger Jahre – bis zum Erstarken der neuen sozialen Bewegungen – gab es kein politisches Thema, das nicht durch diese Fakten sortiert worden wäre. Die Rüstungsvorhaben, gegen welche sich außerparlamentarische Oppositionen zusammenfanden, galten der Eindämmung und Zurückrollung der Staat gewordenen Roten Gefahr, und auch die Notstandsgesetze gehörten in diesen Kontext: sie waren zunächst als Ergänzung der Wehrverfassung von 1956 konzipiert. Solidarität mit Vietnam war Parteinahme in einem Konflikt innerhalb der Ost-West-Konfrontation.

Dieser Rekrutierung im Kalten Krieg konnten sich auch diejenigen nicht entziehen, die einerseits Linke, andererseits Gegner des Realen Sozialismus waren. Als Sozialisten verstanden sie sich allemal, und ihre Ablehnung der DDR und der UdSSR begründeten sie oft damit, daß dort eine Idee blamiert werde, welcher sie anhingen.

Die Reformforderungen der Studentenbewegung allerdings schienen ganz hiesig zu sein, jenseits der Block- Konfrontation. Doch da ihre Akteure sich zugleich im Protest gegen Notstandsverfassung und Vietnamkrieg engagierten, war auch das bildungspolitische Thema durch die Zentralachse sortiert.

Mit der Frauenbewegung und den Aktionen gegen Atomkraftwerke wurde das allerdings anders. Sie waren noch nicht einmal neutral im Verhältnis zum realen Sozialismus, sondern stellten Zustände in Frage, die hier schlimm, dort aber häufig entweder schlimmer oder noch gar nicht zur Wahrnehmung gelangt waren. Die Stationierung der US-amerikanischen Mittelstrecken-Raketen erschien zunächst noch einmal wie das Revival eines Kalter-Kriegs-Klassikers: ihre Verhinderung hätte eine Bedrohung von der UdSSR abgewendet.

Im genaueren Hinblick allerdings (und – vor allem – im nachhinein) zeigte sich, daß das alte Schema auch hier schon nicht mehr stimmte. Die außerparlamentarischen Bewegungen der fünfziger und sechziger Jahre hatten zwar immer wieder Niederlagen erlitten, unbeschädigt aber blieb, was man damals das »Kräfteverhältnis« nannte: trotz Aufrüstung der Bundesrepublik ab 1955, trotz ihrer Ausstattung mit atomarem Trägergerät 1958 ff. und trotz der Notstandsgesetze blieben die Sowjetunion und die DDR erstarkende Faktoren der internationalen Politik. Die Koordinaten der Ost-West-Konfrontation waren allemal unverändert. Nach der Stationierung der US-amerikanischen Raketen galt das nicht mehr. Bald danach brach die internationale Stellung der UdSSR zusammen, der reale Sozialismus hörte auf zu bestehen.

Damit aber ändert sich das Vorzeichen vor manchen Urteilen, an denen Linke einst einander erkannten. Ein Beleg dafür ist – unter anderen – die Stellung zur NATO. Von 1949 bis Ende der achtziger Jahre war sie für Linke der Inbegriff imperialistischer Militärpolitik, und zwar zu Recht: ihr Drohpotential diente nicht der Verteidigung (und falls ja, dann sollte sie eben eine unerfreuliche Ordnung schützen), sondern es sollte den realen Sozialismus unter Druck setzen – und dieses Mittel lehnten sogar diejenigen Radikalen ab, welche eine revolutionäre oder demokratisch-sozialistische Umwälzung in der DDR für notwendig hielten. Jetzt, nachdem der Warschauer Pakt sich selbst aufgegeben hat und der Osten kapitalistisch wird, hat der Nordatlantik-Pakt zwar seinen Zweck erreicht, aber konterrevolutionär ist er schon deshalb nicht mehr, weil die Revolution, deren Bekämpfung er dienen sollte, erledigt ist. An der Frage, ob die BRD, dann: Deutschland, die NATO verlassen oder ihr weiter angehören solle, identifizierten sich bis in die jüngste Vergangenheit hinein u.a. die Linken in den »Grünen«. Als aber Hans Modrow für das vereinigte Deutschland militärische Neutralität vorschlug, wurde plötzlich klar, daß dies vielleicht noch gefährlicher wäre als die Einbindung dieses Staates in ein kapitalistisches Militärbündnis, in welchem das Verhältnis von Schwanz und Hund geklärt werden kann und, falls das gut ausgeht, die Mit-Imperialisten einen deutschen Sonderweg verhindern. Damit ist die alte Forderung: »Raus aus der Nato!«, soweit sie nicht aktuell von Rechtsradikalen erhoben wird, nur noch ein Zitat aus der Jugendzeit.

Wer als Linker durch den Kalten Krieg politisch sozialisiert wurde – so oder so –, bleibt ein Fremdling in der neuen Situation. Gewiß wird er oder sie (im folgenden: er) sich auch hier zurechtzufinden suchen. Schon Mitte der siebziger Jahre begannen Linke des traditionellen Schlages, sich nach den »neuen Fragen« zu erkundigen, und sie gerieten in unversöhnlichen Zwist mit denjenigen ihrer Genossen, welche das ablehnten oder gar bekämpften.

Solche Neuorientierung mag notwendig sein, um die Gegenwart zu verstehen. Es wird sich aber herausstellen, daß diejenigen, welche durch den Kalten Krieg geprägt wurden, vielleicht gerade noch imstande sein werden, die auf ihn folgende Epoche zu begreifen, daß aber ihre eigenen Beiträge dazu nicht besonders originell sein werden. Andere, die auch von ihrer Lebenssituation her eher auf gleicher Höhe mit den neuen Umständen sind, werden mehr gestalterische Kraft aufbringen, die Älteren werden auf diesem Feld ihre Epigonen bleiben.

Halten sie sich dagegen an ihre eigene Prägung, ohne sich darauf zu beschränken, vom Morgen bis zum Abend senil von den alten Zeiten zu plappern, als sie noch jung und hübsch waren, dann leisten sie mehr.

Der Philosoph Bloch erzählt irgendwo von einem Hund, welchem man die Nase mit Quarkkäse zuschmierte. Seitdem war das arme Tier der falschen

Ansicht, die ganze Welt röche ausschließlich nach Quarkkäse, ja, sie bestehe aus diesem. Die politische Wahrnehmung künftiger Generationen wird vielleicht ähnlich beschaffen sein. Eine äußere oder innere Grenze des Kapitalismus wird man nicht mehr kennen. Auch der Nord-Süd-Konflikt wird der Vergangenheit angehören, denn er setzte Konfliktfähigkeit des »Südens«, die jetzt beseitigt ist, voraus. Vielleicht wird man in Seminaren von Zeit zu Zeit die Behauptung hören, daß es doch Klassen gebe, und Ideologiekritiker werden von einem Verblendungszusammenhang reden, der in konkreter Negation aufzubrechen sei. Die dramatische und gefährliche Zeit der Systemauseinandersetzung 1917-1987 (also nicht nur des Kalten Krieges 1945-1987) wird dann atavistisch erscheinen, aber sie kann zugleich als eine Periode zwar letztlich unmöglicher, jedoch einstmals aktueller Alternativen gedacht werden. Damals hatte der Kapitalismus eine äußere Grenze, im Osten. Der Aufbau des Sozialismus wurde versucht. Zugleich schienen Völker der in Unterentwicklung gehaltenen Regionen die Chance der Emanzipation von den imperialistischen Zentren zu haben. Und in einigen hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften gab es zeitweilig eine revolutionäre Arbeiterbewegung.

All das ist nun vorbei, und wer es positiv parteinehmend erlebt hat, investiert den Rest seiner Lebenszeit nicht schlecht, wenn er nun untersucht, weshalb es scheiterte, ob es mißlingen mußte oder ob Auswege möglich waren. Diese Studien sollten streng historisch angelegt sein. Lehren für die Zukunft sind zwar nicht ausgeschlossen, aber nicht der Zweck der Übung, die sonst nämlich schon verfälscht wird.

Wer sich diese Aufgaben stellt, ist zweifellos von gestern, oder, auf Hessisch: Der ist nicht von hier.

II.

Wolfgang Abendroth hätte eine solche Position keineswegs gefallen. Er hat sich immer sehr angestrengt, von hier zu sein. Was er tat und dachte, war auf aktuelle politische Wirkung angelegt. Diese erreichte er aber – anders, als er selbst es beabsichtigte – stets nur mittelbar: als Hochschullehrer und politischer Publizist. Seinen starken, wenngleich indirekten Einfluß konnte er ausüben, weil er mehr wollte, als momentan erreichbar war, und das Maß dafür bezog er aus einer Vergangenheit, die nicht wiederholt werden konnte. Wolfgang Abendroth war ein Mann der Weimarer Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Widerstandes und ist niemals völlig in der Bundesrepublik angekommen. Er hat Schüler gehabt, die sich auf ihn beriefen und Berufspo-

litiker wurden. Dabei mußten sie das abstreifen, was an ihm so unpraktisch war und ihm doch zur Wirkung verhalf: die Geschichte.

Das produktiv verkehrte Verhältnis zwischen historischem Bezug und Aktualität läßt sich dort zeigen, wo Abendroth seinen wahrscheinlich stärksten langfristigen Einfluß ausübte: in seiner Interpretation des Sozialstaats-Artikels des Grundgesetzes. Er hat erreicht, daß selbst Konservative heute grundsätzlich anerkennen, die Verfassung lege sich nicht auf eine einzige Gesellschaftsordnung fest. (In der Praxis sieht das schon insofern anders aus, als in konkreten Auseinandersetzungen – z. B. über Fragen der Aussperrung – eine Polarisierung der Meinungen stattfindet.) Er selbst wollte mehr: Die Kombination von Artikel 3 und 20 GG mache eine Überwindung der sozialen und ökonomischen Ungleichheit zur zwingenden Pflicht. Dahinter stand Abendroths Erfahrung mit der Rolle des Großkapitals bei der Zerstörung der Weimarer Republik. Er lebte in der Alternative von Sozialismus und Faschismus, das juste milieu einer bürgerlichen Republik konnte für ihn zumindest in Deutschland nicht von Dauer sein. Gerade dies aber: eine kapitalistische Demokratie, wurde zur Staatsideologie und auch zur aktuellen Realität der BRD. Das Verhältnis von Sozialismus und Privateigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln erscheint da nicht als Alternative, sondern als Kombination in einer »Mischgesellschaft«.

Soweit Abendroth einen Anteil an der theoretischen Begründung von demokratischer Sozialstaatlichkeit in der BRD hatte, geschah dies, weil er mehr und in Wirklichkeit qualitativ Anderes beabsichtigte. Dieses war für die Jüngeren nur noch historisches Zitat, für ihn selbst aber die Essenz. Habermas spricht vom »reformistischen Abendroth« späterer Phasen. Er meint damit zu Recht die Wirkung, trifft aber nicht die Intention.

III.

Im ca. fünfjährigen Studienzyklus produzierte Abendroth die Generationen seiner Schülerinnen und Schüler. Die meisten von ihnen entließ er in die Sozialdemokratie. Mit den letzten Jahrgängen kam es anders. Seit Mitte der sechziger Jahre fand sich in Marburg ein Nachwuchs ein, der wieder Wert darauf legte, nicht von hier zu sein. Typisch waren die Versuche, eine sozialistische Zeitschrift zur Vorbereitung einer künftigen neuen Organisation zu gründen, die Bemühungen um ein SDS- Schulungsprogramm und die Orientierung an den Befreiungsbewegungen der in Unterentwicklung gehaltenen Länder.

Auch hier ging es um Tageswirkung. Als Faktor der Realität, der eine bewegende Kraft enthalte, galten die Arbeiterklasse und ihre Organisatio-

nen. Damit war die Differenz zur antiautoritären Mehrheit der Studentenbewegung gesetzt. Im nachhinein dürfte sich allerdings gezeigt haben, daß hier zwar sinnvolle Realitätsbindung des eigenen Denkens und Handelns erreichbar war, daß aber, wer sich ausschließlich darauf einließ, letzten Endes aus der Logik sozialdemokratischer Umfeld-Politik nicht herauskam.

Seit ca. 1970 geriet die DDR stärker in den Blick. Hier schien die Negation kapitalistischer Aktualität zu sein, welche für andere politische Generationen in ihren Hoffnungen der zwanziger Jahre und im zeitgenössischen Bezug zur Oktoberrevolution gelegen hatte. Die Selbstbehauptung der Deutschen Demokratischen Republik im Kalten Krieg galt uns als ihre Bewährungsprobe, die sie bestanden hatte, und als Beweis ihrer historischen Überlegenheit. Damit schien sie das Schlimmste hinter sich zu haben. Es war absehbar, daß sie nun, unter den Bedingungen der Entspannung, Einschränkungen der Demokratie und des sinnvollen Konsums bald überwinden werde. Diese Gesellschaft, so schien es uns, hatte ihre Zukunft noch vor sich. Deshalb versuchten wir, die inneren Ursachen ihrer Überlegenheit darzustellen, durchaus auch in propagandistischer Absicht: in dem Band »BRD-DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme«, 1971.

Dort wurde der zweite deutsche Staat auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung gezeigt. Von da aus ging es schon wieder abwärts. Dieser zweite Aspekt aber fehlte in dem Buch.

Mitte der siebziger Jahre zeigte sich, daß die Länder des realen Sozialismus nicht nur der ständigen Überforderung durch ein Wettrüsten, welches durch die mitteleuropäische Entspannung nicht außer Kraft gesetzt wurde, auf die Dauer nicht gewachsen waren, sondern daß sie auch kein Konzept hatten, mit der Dynamik des Weltmarkts fertig zu werden. Kapitalistische Prozeß- und Produktinnovation durch neue Technologien versetzte sie in der internationalen Konkurrenz in einen offensichtlich nicht mehr aufholbaren Rückstand. Eine Chance hätte vielleicht im Übergang zu veränderten, flexiblen und demokratischeren Organisationsformen in Politik und Produktion gelegen. Daß es nicht ernsthaft versucht wurde, lag wahrscheinlich an der Verfestigung der seit Stalin in der kommunistischen Arbeiterbewegung und im Staatsaufbau der sozialistischen Länder durchgesetzten über-zentralistischen Strukturen. Die Ursache dafür, daß sie nicht aufgegeben wurden, bestand mit darin, daß sie bis dahin ja erfolgreich funktioniert hatten: während der Zeit ihrer Anwendung war die UdSSR zu einem Industrieland aufgestiegen, hatte den Angriff des deutschen Faschismus abgewehrt, die territoriale Erstreckung des realen Sozialismus ausgedehnt, und die DDR hatte die Versuche der BRD, sie zu liquidieren, zunächst abwehren können. Erfolgreiche politische Formationen haben häufig die Tendenz, ihre bisherigen Methoden beizubehalten, und dies kann zur Niederlage in der nächsten,

völlig anderen Herausforderung führen. Ein Übergang zu neuen, dezentralen Strukturen wäre in der DDR allein jedoch selbst dann nicht aussichtsreich gewesen, wenn er dort tatsächlich rechtzeitig und ernsthaft in Angriff genommen worden wäre. Auch dann noch wäre auf längere Sicht die BRD das dynamischere System gewesen, und ohne den machtpolitischen Rückhalt durch die UdSSR war sie nicht zu sichern. Eine Interessen-Identität mit der Sowjetunion ergab sich immerhin daraus, daß diese die ab 1945 entstandenen Volksdemokratien, darunter auch die DDR, als Teil ihres militärstrategischen Sicherheitssystems auffaßte.

Seit Mitte der siebziger Jahre wurde die kapitalistische Dominanz auf dem Weltmarkt zunehmend zum destabilisierenden Faktor im Inneren der sozialistischen Länder. Diese gingen nun zu einer Politik des kreditfinanzierten Wachstums über, waren also zu einer Weiterentwicklung auf ihrer eigenen Systemgrundlage nicht mehr fähig. Als erster Staat hatte Polen bereits Anfang der siebziger Jahre diesen Weg beschritten.

Die Hoffnung, mit ausländischen Krediten die eigene Industrie auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig zu machen, erfüllte sich nicht. Als Zins und Tilgung zu zahlen waren, verwandelten sich die sozialistischen Länder seit Anfang der achtziger Jahre bereits entscheidend.

Zentraler Staatszweck wurde jetzt die Beschaffung von Valuten. Drosselung der Importe, Forcierung des Exports um jeden Preis, also eine selbstformulierte IWF-Politik mußte zu Lasten der in diesen Ländern lebenden Menschen gehen. Dem Protestpotential, welches sich so anstaute, sollte durch präventiven und aktuellen Ausbau des Sicherheitsstaats begegnet werden. Das Stasi-Phänomen nahm erst in den achtziger Jahren jenen grotesken Umfang an, der 1989 offengelegt wurde. Insofern war in den Schluß-Jahren Erich Mielke tatsächlich komplementär zu Alexander Schalck-Golodkowski.

Diejenigen Autorinnen und Autoren des Buches »BRD-DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme«, welche auch nach 1971 noch an der Hoffnung festhalten wollten, daß im zweiten deutschen Staat der Sozialismus erfolgreich sein werde, verfolgten seinen Niedergang sehenden Auges, aber stumm. Die Feinde Honeckers hatten immer wieder großen Wert darauf gelegt, in konkreten Tagesauseinandersetzungen – so in der Debatte um den Band »Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung«, 1977 – auch als die unsrigen zu gelten, und eine öffentliche Revision unserer Hoffnungen war unter diesem Druck ohne Gesichtsverlust nicht möglich. Sie unterblieb auch intern, denn in solchen Dingen gibt es keine glaubwürdige Trennung zwischen innen und außen. Die Isolierung innerhalb der westdeutschen Linken hatte somit eine zusätzliche Wirkung. Nennen wir sie partielle Realitäts-Verleugnung.

Der Untergang der DDR ist auch eine Katastrophe derer, die zeitweilig auf sie setzten und diese Entscheidung, als eine Fortsetzung der bisherigen Hoffnung nicht mehr plausibel sein konnte, nicht revidiert haben. Das hat Konsequenzen für sie in den ihnen verbleibenden Jahren. Wer sich in der Vergangenheit in solcher Weise engagierte, bleibt gezeichnet, und dies sollte nicht mit Masochismus und Larmoyanz, sondern mit klarer Einsicht in Voraussetzungen und Folgen, schließlich mit Heiterkeit getragen werden. Kein Wort der Kritik am Kapitalismus, die schließlich zur Orientierung an der DDR führte, war falsch. Aber die Alternative ist aktuell zerstört. Arrangement mit der solcherart hergestellten Realität wird nur um den Preis der Selbstaufgabe möglich sein. Was bleibt dem, der dies nicht will?

IV.

Als Adorno am 6. August 1969 starb, sendete der Hessische Rundfunk einige Stunden später den Nachruf Wolfgang Abendroths. Der Text hat seinen spröden Reiz durch die Verbindung von Fremdheit und Respekt. Einige Zeit lag im Institut für Politikwissenschaft die Handakte Abendroths als Mitglied einer Berufungskommission, die schließlich, 1960, Heinz Maus auswählte. Darin steckte ein Brief des Gutachters Adorno – freundliche Kollegenworte von Haus zu Haus, gewechselt zwischen zwei Ordinarien, die einander wenig zu sagen hatten, denen aber doch der Status des Außenseiters gemeinsam war.

Ihre politischen Auffassungen waren nicht miteinander vereinbar. Abendroth zappelte sich ab im Kampf um ein Quentchen Einfluß in der Arbeiterbewegung, er beschwor Otto Brenner am Telefon, etwas dagegen zu unternehmen, daß die Gewerkschaften ihre Veranstaltung gegen die Notstandsverfassung in Dortmund, weit weg von der Demo der Außerparlamentarischen Opposition in Bonn, abhielten, und er hielt es für einen großen Sieg seines Einflusses, als ihm Philipp Pleß versprach, daß wenigstens ein Bus zwischen Dortmund und Bonn verkehren werde. Adorno dagegen faszinierte durch die Negation.

Sie war für seine Schüler und Nachfolger offensichtlich nicht durchzuhalten. Habermas hält dafür, daß die Bundesrepublik Fortschritte in ihrer Zivilisierung gemacht habe, das kommunikative Handeln sei ständig gefährdet, aber noch möglich. Die nichtkommunistische Linke habe, so schrieb er 1990, keinen Anlaß, in Sack und Asche zu gehen, sie ist für ihn Teil der siegreichen Republik. Längst haben die konsumfreudigen Citoyens und Citoyennes daraus eine Praxis der Affirmation gemacht.

Die Alternative hierzu kann nicht mehr in der Spekulation auf eine umwälzende Wirkung der – inzwischen eindeutig beendeten – Systemauseinandersetzung liegen, sondern allenfalls in der Negation kapitalistischer Zustände auch da, wo die Perspektive ihrer Überwindung nicht aktuell ist. Erinnerungen an Weichenstellungen der Vergangenheit, auch wenn sie nicht ins Ziel führten, sondern an Mauer und Wand, gehört dazu. Wer nicht von hier ist, dem sollte das leichter fallen.

Rainer Rilling

Nein, kein Endspiel

I.

Umbrüche sind Zeiten der Selbstanalyse: das gilt auch und vor allem für die linke Intelligenz. Die Debatten der Blätter – die hohen Diskurse der *Zeit*, der verlässliche Engholmismus der *Frankfurter Rundschau*, die mühevollen Spagate des *Freitag*, die gestresste Weitläufigkeit des *Neuen Deutschland* – Rede und Gegenrede sind endlos. In den drei großen Debatten des Jahre 1989/1991 – der Sozialismusdebatte (die schon Mitte der 80er Jahre begonnen und sich mit dem Zusammenbruch der DDR und des Warschauer Paktes dann intensiviert hatte), der Vereinigungsdebatte, der Golfkriegsdebatte – sprachen die Beteiligten auch immer heftiger über sich selbst. Nicht, wie in den Intelligenzdebatten der letzten Jahrzehnte in den Sprachen der Gesellschaftstheorie, Ökonomie oder Kultur, sondern in der Sprache der *Politik*. Hatte die erste Debatte mit ihrer *Identität* und *Geschichte* zu tun, so die letzten mit ihrem *Politikverständnis*.

II.

Der Anschluß der DDR thematisierte mit der nationalen Frage ein Politik*feld*, das für das Selbstverständnis dieser Intelligenz knapp zwei Jahrzehnte – vom Ende der 50er Jahre bis zu den späten 70ern – als verlässlicher Ort oppositionellen Diskurses wohldefiniert war. Die Ablehnung der Adenauerschen Nation der Hallstein-Doktrin, des Alleinvertretungsanspruchs und der Infragestellung der DDR bzw. der Grenzziehungen mit Polen kehrte sich mit der sozialliberalen Ostpolitik um. Als der nationspolitische »Willy«-Aktivismus der Intellektuellen 1972 auslief, hatte die nationale Frage ihre Rolle als politisch konkretes, handhabbares Vehikel zur Thematisierung all' jener Probleme verloren, die Intellektuelle im CDU-Staat so hatten. In der Hochzeit und ersten Abschwungphase des Sozialliberalismus gab es »die Nation« im öffentlichen Reden der Intellektuellen nicht. Auch in der Folgezeit schien sie keine wesentliche Rolle zu spielen – die Bemühungen der Martin Walser, Peter Brandt oder der linken Kleinverleger (das singuläre Schwerpunktheft des »Argument«!) blieben angestrengt und sporadisch. Das Thema als Real-

event 1989 traf die linke Intelligenz ohne jeglichen Vorrat an Begriff, Theorie und Emotion. In der Zwischenzeit hatten sich die Positionen allerdings ausdifferenziert. Dort, wo die erste im Zeichen des Sozialliberalismus großgewordene *sozialwissenschaftliche* Intelligenz *theoretisch* über die Nation redete, war ihr Problem der *Sozialismus* als Alternative – nicht die Nation. Die *naturwissenschaftlich-technische Intelligenz* politisierte sich seit Mitte der 70er Jahre über die *ökologische* Problematik, die kaum an nationalpolitische Diskurse anzukoppeln war, vielmehr dem einst kosmopolitisch, nunmehr globalistisch geheißenen Habitus dieser Gruppe entgegenkam. Anders allerdings die literarische Intelligenz: der deutsche Herbst war Ausgangspunkt eines unmerklichen, langandauernden Rückzugs aus der Politik, der Raum gab für den *leeren, unrealistischen und unvermittelten Mythos der Nation*, wie er wenige Jahre später dann in der Begriffslosigkeit Walsers einherkam und seit 1987/88 dann auch anschlußfähig wurde für die anwachsende Kategorie jener *Geistes*wissenschaftlerInnen, denen die Adressaten – Bewegungen und Utopien – ausgegangen waren. Allerdings nun demonstrierte der von intellektueller Intervention geradezu völlig freie *Modus* des DDR-Anschlusses (»Stunde der Exekutive«) die politische Irrelevanz der Gesamtkategorie Intelligenz – ob es sich um den Intellektuellen Stefan Heym, um die professoralen Expertisen des Sachverständigenrats zur Währungsunion oder um die Evaluateure des Wissenschaftsrates handelte, deren Legitimationsarbeit auf dem ureigenen Felde der Strukturierung der scientific community seit Dezember 1990 durch das politische fait accompli der administrativen Abwicklung der Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen entwertet und desavouiert wurde. Als Akteurin abseits vom politischen Entscheidungsprozeß wurde nicht einmal ihre Fertigkeit zum legitimierenden Räsonnement sonderlich gefragt – der Mantel der Geschichte wehte »nur wenige Wochen« (Helmut Kohl). Gefragt war die politische Tat, nicht das Wort. Jubelperser wurden nicht gebraucht. So blieb ihr nur die nachgängige, lukrative Umsetzungsarbeit, der sie sich heftig widmet: die alte Politik braucht neue Leute – Juristen säubern den Staat, Ökologen die Pleiße, Hochschullehrer die Humboldt-Universität et. al.

III.

In den letzten Monaten des Jahres 1990 und Anfang 1991 haben sich dann die Schlagabtausche Intellektueller anlässlich des Golfkrieges stark ins öffentliche Bewußtsein geschoben. Äußerungen allerlei Prominenter (Enzensberger, Biermann, Schütte, Geisel, Broder, Gremliza, Schneider, Friedrich, Hartung, Knapp, Leggewie, Diner, Brumlik, Klose) ließen viele eine »geistig-mo-

ralische«, bellizistische »Wende der linken Intelligenz« vermuten, die zugleich für einen noch umfassenderen ideologischen Traditionsbruch nach »französischem Muster« stünde. Diese Stimmen sagen jedoch (was übersehen wurde) über die Orientierungen derjenigen Intellektuellen *nichts* aus, die im vergangenen Jahrzehnt in der Friedensbewegung der Bundesrepublik engagiert waren – denn *kein einziger* von den genannten »Bellizisten« war jemals *in* dieser immerhin größten politischen Bewegung der 80er Jahre tätig, die ja wie keine andere Intelligenz, Sach- und Fachverstand mobilisiert und politisch instrumentalisiert hat; sie waren traditionell und zum Teil massiv kritisch sogar gegenüber der auf »Äquidistanz« haltenden Friedensbewegung (insoweit ihr Elitismus wenig überraschen konnte) bzw. bilden ein von Broder in der »Tageszeitung« Anfang 1991 selbstironisch karikiertes, hochwirksames Mediennetzwerk israelengagierter Intellektueller. Nicht wenige würden die ihnen zugedachte Etikettierung als »linke« Intellektuelle zu Recht ablehnen und sich jedes schmückende Beiwort verbieten. *Liberalismus* ist wohl eher der Begriff für den einschlägigen Background der Mehrheit der Genannten, und ihr vorwegnehmendes Einschmiegen in den nationalpolitischen Anschlußdiskurs der Monate vor dem Golfkrieg erklärt leicht ihre vielleicht zunächst verblüffende, schrankenlose Adaption der völkerrechtlich und staatspolitisch ausgelegten Legitimationsmuster der USA. *Liberalismus* ist auch das innere Band des 1991er Abgesangs des »Kursbuch« auf den Intellektuellen, dessen Tugenden und Mission es vor zwei Jahrzehnten elaborierte – der abgeklärten Feier der »leeren Form« (Thomas Schmid) der *formalen* Demokratie, die mit Beiworten zu schmücken untersagt wird; der flotten Absage an »den Fluchtpunkt Utopie« (Cora Stephan); der trauernden Diagnose des Zusammenbruchs der Legitimation der Intellektuellenrolle (Karl Markus Michel); endlich der lässigen Prognose vom anstehenden »Endspiel« der Intellektuellen (Henning Ritter).

Verfolgt man statt der Mediengespräche der Genannten die Diskussion der in den 80er Jahren konstituierten, aufgrund ihrer bemerkenswerten Selbstorganisationsfähigkeit auch relativ scharf konturierten *Intelligenz der Friedensbewegung*, dann allerdings zeigt sich zunächst vor allem eine der Anschlußkonstellation ganz ähnliche *politische Ohnmachtserfahrung*, die sicherlich auch einen Schlußpunkt eines jahrelangen, mit dem Nachrüstungsbeschluß einsetzenden Auszehrungsprozesses setzt: der Ausbruch des Golfkriegs und die starke Beteiligung der BRD signalisierten eine dramatische – genauer: ihre nach dem Nachrüstungsbeschluß 1983 größte – politische Niederlage (enthusiastischer Bellizismus blieb die Sache weniger Rechtsintellektueller), die zudem den theoretischen Unterbau der Liaison der Intelligenz mit der Friedensbewegung angriff. Wo diese Bewegung gerademal als

vorpolitisches Substitut flüchtig gewordener Transformationssubjekte fungierte, war die intellektuelle Zuordnung zu dieser Bezugsgröße – der *Pazifismus als politisch-ideologische Zusammenfassung des Engagements in der Gattungsfrage »Friedenssicherung«* – ebenso flüchtig. Der Golfkrieg (plus kurdischem Nachkrieg) zeigte: nur ein Teil der Friedensbewegung nahm radikalpazifistische, auf Gewaltfreiheit orientierte Positionen ein. Der von den intellektuellen SprecherInnen dieser Bewegung vielfach angerufene Pazifismus war offenbar kein Orientierungstext, sondern nur Schlüsselbegriff identitätsstiftender Wortpolitik gewesen.

»Stell Dir vor, es ist Krieg« – das war Formel, nicht Forderung, bestenfalls Vergegenwärtigung möglicher Atomkriegsanlässe und -folgen. Daß es eine weitergehende Differenzierungsarbeit am Kriegsbild praktisch nicht gab, zeigten spätestens die wirre Flut der Etikettierungen des Golfkrieges und das völlige Fehlen einer wissenschaftlichen, politischen und kulturellen Auseinandersetzung mit der *Proliferationsfrage* – sie ist das Schlüsselproblem der Internationalisierung hochvergesellschafteter militärischer und ziviler Risikotechnik in den 90er Jahren und darüber hinaus. Den Widerspruch zwischen Nuklearpazifismus einerseits, Akzeptanz oder Befürwortung militärisch »konventionell« agierender Befreiungskriege andererseits hatte die Friedensbewegung fast ein Jahrzehnt lang *praktisch* ausgehalten, aber *theoretisch* kaum gefasst. Eine ihn aufhebende politische und theoretische Bearbeitung wäre die Voraussetzung dafür gewesen, sich dem Proliferationsproblem stellen zu können. Da eine Theoretisierung des für das Politikfeld konstituierenden Spannungsverhältnisses von gewaltzentrierter Politik und einer Zielsetzung der Gewaltfreiheit (immerhin etwa eines der vier »Axiome« der Grünen) kaum stattfand und die Rezeption des »Neuen Denkens« auf die nuklearkriegstheoretische Komponente und einen diffus-globalistischen Humanismus beschränkt blieb, konnte in den 80er Jahren auch keine konsens- und identitätsbildende Funktion einer mit *universalistischem* Anspruch antretenden, friedens*theoretisch* reflektierten und die praktische Probe durch den kriegerischen »Ernstfall« bestehenden Konzeption ausgebildet werden, wozu die politische Fragmentierung und expertokratische Dominanz des intellektuellen Diskurses vor allem durch politisch dauerhaft aktivierte Gruppen von Naturwissenschaftlern und Naturwissenschaftlerinnen beitrugen. Auch im Fehlen einflußreicher Versuche, von einem archimedischen Punkt »Gattungsproblem Frieden« aus universalistische Welt- und Gesellschaftsbilder, Wertsysteme und Handlungskonzepte zu entwickeln, unterscheidet sich das Verhältnis von Friedensbewegung und Intelligenz qualitativ von einer historisch älteren, vergleichsweise ausgeprägt selbstreflexiven Beziehung: nämlich der zwischen Intelligenz bzw. Intellektuellen und Arbeiterbewegung, in der von Beginn an diese Beziehung als politisch relevantes,

problematisches Widerspruchsverhältnis begriffen wurde. Bekanntlich hat es in der Geschichte der Arbeiterbewegung eine Reihe prominenter Intelligenzdebatten gegeben – in der Geschichte der Friedensbewegung jedoch war diese Frage nie *theoretisches* Thema und schon gar nicht Gegenstand von theoretischen Debatten. Hier unterscheidet sich die Friedensbewegung übrigens auch qualitativ von der *Frauen-* und *Ökologiebewegung*.

Der Golfkrieg, der praktische Krieg, wurde so in doppelter Hinsicht zum Einschnitt: er demonstrierte die Schranken des universalistischen Potentials des Pazifismus, und er erneuerte politische Ohnmachtserfahrungen auf einem Politikfeld, das wie kein anderes im letzten Jahrzehnt Residuum intellektueller Intervention war. Der politische Optimismus auf Wirksamkeit solcher Intervention, Mitte der 80er Jahre nochmals stark revitalisiert durch die Aufwertung auch dissentierender wissenschaftlicher Expertise in der Frühphase Gorbatschowscher Sicherheitspolitik und der Imagination einer Installierung globaler politischer Präsenz der Intellektuellen, die ihren Höhepunkt beim Treffen Gorbatschows mit zahlreichen europäischen Intellektuellen hatte, seitdem jedoch erneut abebbte – dieser Optimismus ist zerbrochen.

IV.

Mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten und der kommunistischen Richtung der Arbeiterbewegung geht zugleich eine Epoche zu Ende, in der diese Bewegung gegenüber der Intelligenz *wirksam sinnstiftende Angebote* ideologischer Selbstverständigung (»Sozialismus«), sozialstruktureller Verortung (»Intelligenz als soziale Schicht«) und funktionaler Zuordnung im politisch-ideologischen Reproduktionskontext (»Hegemoniefunktion«) formuliert hatte. Relativ unabhängig von der Krise des staatlich organisierten Sozialismus haben sich diese Angebote in den letzten zwei Jahrzehnten immer rascher verbraucht. Der Umstieg der Intellektuellen*individuen* 1968 – der letzten großen Affaire des allgemeinen Intellektuellen (Brunkhorst), als die Zeit zu Ende ging, in der ein Heinrich Böll moralische Instanz symbolisierte oder als das Projekt widerständiger Demokratisierung des Sozialismus tschechischer Intellektueller gewaltsam beendet wurde – zum *politischen* (sich in dieser oder jener Form in den Klassenkämpfen bewegenden) *Kollektivsubjekt*, dem via gesellschaftstheoretischer Reflexion eine »starke«, zudem historisch aussichtsreiche *soziale* Subjektidentität mit hohem Autonomieversprechen angekoppelt wurde (als konsensorganisierender und hegemoniesichernder *organischer Intellektueller*, als eine »Intelligenz auf dem Weg zur *Klassenmacht*«, als heterogene Bündnisschicht- oder Gruppe, die vorandach-

te), dieser Umstieg ist in den 80er Jahren in einem Prozeß sozial weit diffuserer, nunmehr bloß noch berufs- oder professionsbezogener »professioneller Politisierung« – berufsbezogene Initiativen jeglicher Couleur boomten bekanntlich – zurückgeholt worden, dessen Konzeptualisierung freilich nicht nur die soziale Fragmentierung und berufliche Differenzierung der neuen Expertenschaft vor allem in einer Situation langanhaltender sozialer *Aufstiegs*mobilität (die – ähnlich wie in der DDR – auch in den kritischen Stücken linker Sozialstrukturforschung der 70er und 80er Jahre *nie* analysiert wurde) unterschätzte und daher mit voreiligen Annahmen über die Homogenität der politischen Positionsbildung dieser Expertenschaft operierte (einer Homogenität übrigens, die sich wohl auch in der Gemeinde der ziemlich *abwärts*mobil abgewickelten DDR-Intelligenz nicht so recht herstellen will). Mit ihrer Hoffnung auf Politisierungen, die ihre Anlage in den Widersprüchen des Arbeitsprozesses finden (ein altes Motiv), setzte sie auf eine politische Dialektik der Produktivkraftentwicklung, die eine sonderlich unvermittelte Darstellung ein paar Jahre später im Beckschen *Phönix der Gegenpolitik* finden sollte, der aus dem radioaktiven Müll der Katastrophengesellschaften emporsteigt. Auch die Angebote der ideologiepolitisch so erfolgreichen Theorie der Risikogesellschaft zielen im übrigen auf die soziale Kategorie der ExpertInnenschaft und geben ihr die substantiell kritische Funktion der Besorgung von *Reflexivität* und *konzeptiver Modellierung der Moderne*. Die Frage nach der (auch konkreten politischen) *Vermittlung zur Sozialrolle des/der Intellektuellen*, die im vergesellschaftungstheoretisch fundierten Muster des Politikangebots der 70er Jahre überwunden geglaubt und durch die Konzentration auf die Relation von Profession und Politik in den 80ern vollends ad acta gelegt schien – diese Frage spielt auch im heimlichen Produktivismus des Beckschen Theorems von der Risikogesellschaft keine Rolle. Intellektuelle kennt bzw. braucht die Risikogesellschaft nicht – und das Hantieren mit Moral – jenes unentbehrliche Ingredienz politischen Wirksamwerdens der Intellektuellen – war schon lange zum Alltagsrauschen beliebiger Subsyteme universalisiert.

V.

Da mit der Wissenschaft Staat gemacht wurde (im Kopf und mit Wörtern, nicht materiell – wer staunte nicht über die Stasi-Lochkarten?) und der DDR-Staat dahin ist, wird in den neuen Bundesländern auch die alte Staatswissenschaft verabschiedet. Doch der Bruch ist bloß halb: die alte staatsnahe Intelligenz wird durch eine neue ersetzt, eine neue Staatswissenschaft entsteht. Die *alte* Intelligenz, aus einer Zeit »unklarer Alternativen« (Lepenies)

überkommen, wenig anschlußfähig, zerfällt. Soweit sie oppositionell war, hat sie kaum historische Identität, wenig Organisiertheit, nur schwachen Bezug zur westdeutschen Oppositionskultur. Ihr bleibt neben dem Rückgriff auf die traditionellen Reaktionsmuster degradierter Intellektueller – Privatheit, Entpolitisierung – als politische Reaktion nur der Anschluß an neue staatsferne, oppositionelle Bewegungskontexte mit geringem Machtpotential, also eine fast vollständige Neudefinition ihrer politischen Rolle. Dazu gehört das Begreifen des Flüchtigwerdens von Politik: individuelles Handeln wird *privat*, als öffentliches Tun somit *folgenloser*. Die Wege zur politischen Bedeutung werden länger. Der alte Bipolarismus der funktionalistisch-dezisionistischen Politikauffassung vergeht: er interpretierte machtvoll individuelles Handeln – wird es einmal als politisches offizialisiert – als Element einer rastlosen Kettenreaktion, die Prozesse nur als Dominoeffekte begreifen konnte. Der verbreitete *imaginäre* Bezug auf politische Macht ist ein Hauptindiz für mißlingende Anpassung an die *langen Wege*, die politische Veränderungen in der neuen Ordnung gehen müssen. Die *neue* Wissenschaft ist ein Kind des *Maßnahmestaates* der Transformationsphase, dessen Eingriffe anders als 1945 auf *Systemwechsel*, nicht auf *Modifikation* des alten Wissenschaftssystems abzielen. Folgerichtig ist der politische Eingriff ungleich massiver: er trifft Institutionen, Personal, Ideologie, Beziehungen, Ressourcen. Der auf ein (mittels Verbeamtung kodifiziertes) Bleiberecht reduzierte Anspruch der Hochschulen auf Personalhoheit, d.h. Selbsterhalt statt Selbstrekrutierung, ist durch die im Herbst 1990 einsetzende Abwicklungspraxis relativiert und mit der flächendeckenden Entlassung der HochschullehrerInnen seit Mai/Juni 1991 vollends zurückgenommen worden. Dieser Eingriff in die institutionelle Autonomie ist einmalig in der deutschen Universitätsgeschichte und läßt, weiträumig wie er ist, auch die selektiven Entlassungen von HochschullehrerInnen zu Zeiten des Faschismus weit hinter sich. Er wiegt deshalb so schwer, weil dieses Verbleibsrecht nachgerade das letzte war, das die auf zentralistische Verwaltungsförmigkeit und Verrechtlichung abzielende Hochschul- und Wissenschaftspolitik der Hochschulinstitution an Handlungsautonomie gelassen hat, da angesichts der sogar in den Buchwissenschaften unaufhaltsam wachsenden, nur noch staatlich vermittelten Mindestgröße auch des individuellen Forschungskapitals die formelle individuelle Forschungsfreiheit als das zweite Feld privater Handlungsautonomie schon lange faktisch außer Kraft gesetzt worden ist. Zum unbeschränkten Staatsinterventionismus gesellt sich eine Belegschaft, deren konservativer, aber in sich differenzierter Zuschnitt das politische Milieu der Rekrutierungseinrichtungen der deutschen Intelligenz in einer Weise verändert, wie dies zuletzt 1968-1973/4 geschah. Der *Modus* der Transformation ist *autoritär, amateurhaft, begründungsarm* und *extern dominiert:* er wird bestimmt durch

Legitimationen aus den Westländern (Wissenschaftsrat) und die Erfahrungshorizonte altbundesdeutscher Berater. Meisterpläne gibt es nicht.

Um welche Veränderung geht es da? Ob Positionen klassischen Mandarinentums bayerischen oder konzeptiver Ideologen baden-württembergisch-sächsischen Zuschnitts – konstant spürbar ist das Streben nach *Elitismus*. Die Zerstörung eines Großteils der Humboldt-Universität ist da Exempel: eine imperiale *grande école*, ein *Berliner Harvard* soll das deutsche Hochschulwesen von oben staatsförmig stratifizieren, nachdem die diversen Projekte bundesdeutscher Privatuniversitäten kläglich scheiterten. Es gelte »etwas zu schaffen« erläuterte der Planungsbeauftragte für den Neuaufbau des Faches Geschichte an der HU, Gerhard A. Ritter, Professor an der Universität München, in einem Leserbrief in der FAZ v. 10. 6. 1991, »das die besten Lehrer und Studenten aus beiden Teilen Deutschlands und auch aus dem Ausland anzieht und der Humboldt-Universität hilft, zu einem echten geistigen Zentrum nicht nur in den neuen Bundesländern zu werden. Damit würde sie den berechtigten Anspruch Berlins, die Hauptstadt der neuen Bundesrepublik zu werden, unterstützen. Als der preußische Staat nach den Niederlagen gegen Napoleon am Anfang des 19. Jahrhunderts in einer schweren Krise und in einer extremen finanziellen Notlage war, hat er durch die großzügige Unterstützung der Wissenschaften die Neubelebung und Integration des Staates zu fördern versucht. Ein Ergebnis dieser Politik war die Gründung der Friedrich-Wilhelms-Universität, die für etwa ein Jahrhundert die wohl führende Universität in der Welt war ... Die Neugründung der Geschichte an der Humboldt-Universität hat nur dann einen tieferen Sinn, wenn sie – was immer das Ergebnis unserer Bemühungen sein wird – nicht von vornherein das Ziel zu niedrig steckt, sondern sich dieser meines Erachtens verpflichtenden Tradition bewußt ist.«

Die Engherzigkeit des ideologischen Gründungszuschnitts dieser zukünftigen ersten deutschen Universität verrät eine Borniertheit, deren entschlossene Verfolgung zweifellos wenig Raum für die Entfaltung der Reflexivität lassen wird, die ausländische Vorbilder, inländische Problemlagen oder auch bloß die neuerdings so heftig angerufene *Welt*bürgerlichkeit der deutschen Bourgeoisie erforderten. Der »Traum der Universität«, den sich Kurt Reumann (seit Jahrzehnten eher mit *Traumata* vertraut) Anfang 1991 in der FAZ leistete: er meint Hochschulen entschieden staatspolitischer Zurichtung, oft buchstäblich landesregierungsunmittelbar, verlängerte Werkbänke westdeutscher Domänen, Diskurse und Diplome der instrumentellen Vernunft, also konventionell, aber eben patriarchalisch, fein und elitär, traditionsbewußte bürgerliche Vollendung der von anderen befürchteten »Entdifferenzierung der europäischen Kultur« (Lepenies), also *Wissenschaftskultur ohne Linke*, ohne kritische Zeitdiagnose oder moralisches Engagement. Ausschal-

tung von Häresiepotential durch Hierarchie – soweit Reumanns Traum. Und was, wenn er womöglich wahr wird? Die Szene frei zu machen von antagonistischen Richtungsdifferenzierungen heißt zunächst wissenschaftspolitische Durchsetzung einer Wirklichkeitskonzeption, welche die Existenz antagonistischer Interessen sowie deren Bedeutung für die Konstruktion von Problemen und Weltbildern unterschlägt, damit auch die Option der Beseitigung universalistischer Kriterien nicht ausschließt. »Wenn die universalistischen Kriterien fallen, müssen notgedrungen ästhetische Bewertungsmaßstäbe an deren Stelle treten, um die Differenzen voneinander zu unterscheiden.« (Brunkhorst). Ins Haus steht dann die zeitvertreibende Multikulturalität des streitfreudig-folgenlos vernetzten Wissenschaftspatchworks mit seinem *Lob der Differenz* (also nicht des Inhalts, sondern der Stellung in der geistigen Hierarchie) und der neuen Beliebigkeit der Diskurse (Brunkhorst), die auf kunstvolle Inszenierung *feiner Unterschiede*, also auf die *Ästhetisierung der Intellektuellenrolle* aus ist. *Zurück in die Zukunft der streitkulturell aufgemotzten Ordinarienuniversität oder: Überholen ohne einzuholen* – was im Westen nicht gelang, soll im Osten wohl geraten. Freilich: die Bewährung der wundersamen Dialektik dieser fabelhaften Losung der Walter Ulbricht-Zeit in den Niederungen des neudeutschen Mezzogiorno wird wohl eher in die Installierung eines Gürtels ebenso armer wie peripher-abhängiger Institute der neuen Staatswissenschaft einmünden, deren Distanz zu den massiven Festungen der Westwissenschaft dramatisch sein wird.

VI.

Während also für die einen die Epoche der Intellektuellen schon spätestens in den 60er Jahren zu Ende gegangen ist, fürchten oder feiern die anderen eine »französische Wende« der Intellektuellen zu einem Diskurs, in dem Wahrheitssuche Synonym für Machtwille und die Namen Pol Pot und Stalin für den Despotismus fundamentalistisch-totalitärer Vernunft stehen. Die klassische letzte große Intellektuellentheorie aus den 50er Jahren – diejenige Sartres – geht ebenso wie die aktuelle des (der kritischen Theorie verpflichteten) Intellektuellentheoretikers Brunkhorst davon aus, daß der klassische Typus des Intellektuellen von eigentümlich strukturlosen, dezentrierten Gesellschaften ohne Spitze und Zentrum hervorgebracht wird. Es sind Menschen, die sozial und politisch freigesetzt als Individuen agieren – *sie haben nichts als Argumente.* Die *»Besonderheit der Intellektuellen«*, formulierte Sartre, *»ist nichts anderes als ihr eitles Verlangen nach Universalität«.* Noch ein Zweites zeichnet sie aus: Intellektuelle sind Menschen, die sich *»in Dinge einmischen, die sie nichts angehen«*, die ihre Kompetenz überschreiten, ihre

»*Berühmtheit ... mißbrauchen*« (Sartre). Das *Recht* zu diesem Mißbrauch nehmen die »*Propheten des Universellen*« (Bourdieu) aus der normativen Kraft des Allgemeinen, mit der sie es beim alltäglichen Umgehen mit der Faktizität zu tun haben und mit der sie mit ihrem bildungsbürgerlichen, von einer universalistischen Kultur geprägtem Hintergrund vertraut sind. Tatsächlich ist durchaus fraglich, ob die Gegenwartsgesellschaft, die daran geht, sich auch formell endgültig als Weltmarkt zu konstituieren, auch so ortlos, dezentriert, ohne Zentrum, Spitze und Interpenetration ist, wie dies die Gesellschaftsvorstellungen von Sartre bis Brunkhorst unterstellen. Der Typus des vor solchem sozialen Hintergrund ohne institutionelle Befestigung solitär agierenden, aufklärerisch mobilisierten »großen« Vernunftintellektuellen ist obsolet geworden; daß arbeitsteilige Ausdifferenzierungen und Professionalisierung den Experten *an seine Stelle* gesetzt hätten, der weiß, wie Ölbrände zu bekämpfen und Sozialversicherungssysteme anzupassen sind und dem zuweilen die Bewegungen ausgehen, denen er sich angeschlossen hatte – diese gängige Rede von der *Substitution* des »*Technikers des Universalen*« durch den »*Techniker des praktischen Wissens*« (Sartre), den »*spezifischen Intellektuellen*« (Foucault) schließt freilich die Möglichkeit eines »*Gestaltwandels des Intellektuellen*« (Stadlinger) von vornherein aus. Sicherlich: mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten wird das dortzulande über die Jahrzehnte hinweg gleichsam *eingefrorene* Sortiment großer Intellektuellenrollen, besetzt mit moralisch im Namen des Allgemeinen agierenden SchriftstellerInnen und GeisteswissenschaftlerInnen, rasch freigesetzt und demontiert werden – die *großen Namen* fehlten schon, als der VS 1991 gesamtdeutsch wurde. Und der bürgerliche Universalismus ist in der Regel auf kommunale Dezernate für Multikulturelles heruntergekommen. Ob die militärische Deindustrialisierung des Irak – arrangiert über UNO-Organisationen (»Vorboten des Weltbürgertums« – Dahrendorf) als erster »Schritt zu einer effektiven weltbürgerlichen Ordnung« (Habermas) zugleich die *politische* Rekonstitution einer *bürgerlichen Einheit der zerfallenen Welt und des Wissens* eingeleitet hat, ist gleichfalls ziemlich fraglich. Doch allerdings: auch wenn sich da nur vereinsamte Professoren in den Gängen des Pentagon eine großbürgerlich-liberale Perspektive zusammenpfeifen, die mehr ist als der schäbige Wirtschaftsliberalismus des gräflichen Lambsdorff, *so ist dies doch: universalistische Ambition und Handlungskonzept*. Und es verdient schon festgehalten zu werden, das Lob auf den aufklärerisch kritischen Philosophen Habermas, der auf Machtdomestizierung durch kommunikativ geschaffene Reflexion aus ist, durch den wichtigsten deutschen Rechtsintellektuellen der Gegenwart Karl-Heinz Bohrer, dessen aktueller Kommentar zum Golfkrieg in zwei Heften des Merkur (2,3/1991) nochmalige Zitation verdient: »Nur noch bei den Angelsachsen findet sich ein selbstverständlicher Umgang mit

dem Horrorszenario (der ihnen schon 1944 erlaubte, Dresden und später Hiroshima fast ohne moralische Skrupel auszulöschen). Als Herren der Geschichte des 20. Jahrhunderts haben sie kein Schmerz- und Schuldbewußtsein entwickelt, sowenig wie der subjektiv gesund sich Fühlende zum Psychiater geht. Sie sind so selbstbewußt, weil ihre Moral praktisch, ein Teil ihrer Praxis ist: ihre Semantik ist immer noch abgedeckt vom heiligen Zweck ... daß hier nämlich nicht der kulturkritische Nihilismus regiert, sondern noch immer die Hoffnung auf Sinn unter erschwerten Bedingungen. Man läßt sich zu Recht nicht mit dem apokalyptischen Argument erpressen, weil die apokalyptische Bedingung zur Zeit gar nicht gilt. Durch die Auflösung der West-Ost-Polarität ist gerade umgekehrt der nichtapokalyptische Krieg denkbar und soweit wieder Mittel der Politik geworden.« »Die Vorwurfsformel der Heuchelei, die Engländer verbrämten ihre merkantilen kolonialistischen Motive mit dem Schein des Allerhöchsten ... verkannte, inwiefern gerade in dem Versuch, das selbstverständliche eigensüchtige politisch-ökonomische Interesse zu versöhnen mit der kulturell-politischen Idee des Empire (Pax britannica), eine Norm beansprucht wurde, die den Weltmachtansprüchen der deutschnationalen Mittelschicht nicht rechtlich, aber zivilisatorisch weit überlegen war. Insofern verkennt auch ein zur Zeit sich wieder bemerkbar machendes deutsches Ressentiment gegen den angelsächsischen »Kolonialismus«, inwiefern dieser aus einer politisch-moralisch unendlich verfeinerteren Kultur hervorging, als die Deutschen sie jemals hervorgebracht haben ... Das Stigmatisieren jedes Krieges im Namen universaler Prinzipien ist letztlich ein Produkt unserer barbarischen Tradition, die in der Tat seit dem Ersten Weltkrieg, wenn nicht schon seit den Volkskriegen gegen Napoleon, den Krieg nur atavistisch-existentiell affirmieren, ihn aber nicht zivilisatorisch zu begründen vermochte.«

VII.

Die neue bürgerliche Einheit der Welt, die mit dem Verschwinden des Warschauer Pakts auf der Tagesordnung steht (klammern wir hier China als für die Konzeptionsbildung wenig bedeutsame Realitätsstörung aus) hat bislang kaum erkennen lassen, daß es so weit her ist mit dem neuen Universalismus, dem Triumph des *antifundamentalistischen und antidespotischen bürgerlichen Liberalismus*. Das ist ja mit der These des Kojève-Schülers Fukuyama vom »Ende der Geschichte« gemeint gewesen. Solche Hoffnung ist utopisch – sie ist utopische Negation des »ungeheuren utopischen Vorkommens in der Welt« (Bloch). »Das Drama der gegenwärtigen Welt besteht eben darin«, formulierte Kossok in einer bemerkenswerten Auseinandersetzung mit Fest

im Mai 1991, »daß sich eine der beiden Alternativen aus der Geschichte verabschiedet, ohne daß die verbleibende Alternative ihrerseits die Fähigkeit zeigt, die Existenzkrise der Zivilisation zu lösen ... Wenn die abendländische Menschheit – ganz zu schweigen von den um Jahrtausende älteren Kulturen des Ostens – seit Platon und Plutarch ungeachtet aller Gegen- und Rückschläge nicht bereit ist, die Welt so zu nehmen wie sie ist, sondern sie zu verändern für nötig hält und dafür eine Fülle von Utopien und utopisch-motivierten Handlungen hervorgebracht hat, welchen Grund sollte sie haben, gerade jetzt im Moment tiefster existentieller Bedrohung für alle Zeiten davon Abschied zu nehmen?«

VIII.

Intellektuelle sind natürlich *organische* Intellektuelle, welche die Welt nicht so nehmen können, wie sie ist. Veränderungswütige Intellektuelle: das sind *Greenpeace* und *amnesty international*, *Gremlizas konkret* ebenso wie der lockere Professorenhaufen zur Rettung der MEGA-Edition, der sich ost-west-südlich Anfang 1991 gegen die Treuhand zusammenrottete. Es geht also wohl weiter um die Arbeit *am* Vorrat der Utopien, *mit* ihnen, an der *Vermittlung von* wie *zwischen* ihnen. Wo das Ganze nicht gedacht wird, ist *Perspektivenwechsel* als Form reflektierter Vermittlung der ohnehin irreversibel verflochtenen Systeme gefragt und in der Epoche der Flexibilisierung der Kopfarbeit übrigens auch habituell leichter zu machen. Neu zu bedenken sind vor allem die *Interaktionsmodi von Wissenschaft und Politik*: so hinken zum Beispiel die politischen Konzepte ihrer Gestaltung (und auch die Möglichkeiten linker Politik) dramatisch hinter dem systemtheoretischen Reflektionsstand zurück. Einmischungen im Namen *des* Allgemeinen scheinen gescheitert, das Allgemeine tatsächlich ausgewandert. Doch das *neue Patchwork der vielen Universalismen* hat unversehens eine Richtung bekommen: *Zurück zu Marx – ins Innere des Kapitalismus.*

III.

AUSGEWÄHLTE PRAXISFELDER

Jörg Wollenberg

Industrielle Demokratie als Lernprozeß

Ein Plädoyer für die Wiederentdeckung verschütteter Traditionen in der Arbeiterbildung

1. Vorbemerkung

Anfang März 1990 war ich auf dem Höhepunkt der Krise des real nicht mehr existierenden Sozialismus in der DDR und im Anschluß an eine in Nürnberg kontrovers verlaufene Diskussion über die Zukunft des Sozialismus im Rahmen der Abendroth-Gesellschaft damit konfrontiert, in Swansea/Wales über Lernprozesse in der deutschen Arbeiterbewegung zu referieren. Ich wählte dabei als Hintergrund für aktuell verpaßte Chancen einen Rückgriff auf den in seiner Jugend durch einen zweijährigen London-Aufenthalt geprägten Juristen, Bildungsarbeiter und Politiker Karl Korsch. Ich wollte damit auf Reformdiskussionen hinweisen, die in den 20er Jahren nach dem Scheitern der Sozialisierungsvorstellungen in der Novemberrevolution auf praktische soziale Phantasie und Spontanität setzten. Um an der Perspektive der »Befreiung der Arbeit« auch unter den Bedingungen des Kapitalismus festzuhalten, nutzten linke Arbeitsrechtler und Bildungsarbeiter das neue Arbeitsrecht als Kampfinstrument. Sie hofften, nach der großen Niederlage im Gefolge der Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes von 1920 die politische Ausgangslage erst einmal am Arbeitsplatz und im Betrieb zu verbessern, ohne sich dabei auf einen reformistischen Ansatz zu beschränken. Vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen gilt es damals und heute, der Frage nachzugehen, ob die Arbeitsverfassungen überhaupt kollektiv-vertragliche oder rechtliche Verbesserungen des Status quo zulassen und ob durch solche Auseinandersetzungen eine Politisierung der Arbeiterbewegung auf der Grundlage einer stärkeren Beteiligung der Betroffenen an Prozessen der Teildemokratisierung erreicht werden kann. Wenn auch bis heute ein supranationaler Tarifvertrag im europäischen Recht nicht existiert und die allgemeinen Rechtsgrundsätze der EG-Mitgliedstaaten keine ausreichende Basis für solche Diskussionen bieten, so können jedoch aus Konflikterfahrungen und aus politischen Strukturkrisen neue Elemente einer internationalen Solidarität gewonnen werden. Freilich sind dabei die unterschiedlichen Voraussetzungen in den einzelnen Ländern zu berücksichtigen, die schon einen

Vergleich zwischen den Industriestaaten mit bürgerlich-demokratischen Verfassungen erschweren. Die vornehmlich durch Gesetze fixierten Rechte der deutschen Arbeiterschaft lassen sich z.B. nicht so ohne weiteres mit den tariflichen Vereinbarungen vergleichen, welche die betriebliche Realität in Großbritannien bestimmen. Und auch die Diskussionen auf der deutsch-deutschen Ebene haben gezeigt, daß Rechtsordnungen darniederliegender sozialistischer Länder Vergleiche mit kollektiv-vertraglichen oder gesetzlichen Regelungen der westlichen Industriestaaten kaum erfolgreich bestehen. Mitwirkungsrechte, die unter den Bedingungen vergemeinschafteter Produktionsmittel und mit Rücksicht auf zahlreiche sonstige gesellschaftliche und staatliche Kontrollen eigentlich zu echter Beteiligung der Arbeiter und Angestellten führen müßten, waren ja nicht erst angesichts der ökonomischen Zwänge des Kapitalismus zu bloßer Scheinbeteiligung verkümmert. Sind deshalb Arbeiterproduktivgenossenschaften unter kapitalistischen Bedingungen möglich und sinnvoll? Haben die in ein marktwirtschaftliches System eingebetteten Formen der Arbeiterselbstverwaltung überhaupt eine Chance zu überleben? Ist das jugoslawische Modell nicht ein Beispiel für das Scheitern eines solchen Versuches?

Um diese Fragen besser einordnen zu können, will ich im folgenden auf Diskussionen zurückgreifen, die in den 20er Jahren von ähnlichen Fragestellungen und Lösungsmöglichkeiten ausgingen und die auf ein neues Verhältnis von Demokratie und Sozialismus abzielten – in kritischer Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Modell des demokratischen Zentralismus. Den Anknüpfungspunkt liefern dabei Bildungskonzepte, die auch in den Kontroversen um die Durchsetzung der industriellen Demokratie Bedeutung gewannen. Vor allem Rosa Luxemburg und Karl Korsch haben diese Diskussion geprägt. Auf ihre Bedeutung haben nach 1945 engagierte und unabhängige Sozialisten wie Wolfgang Abendroth, Jürgen Seifert oder Oskar Negt immer wieder hingewiesen, zumal auch für sie die notwendige Auseinandersetzung mit Fehlentwicklungen des Stalinismus neben der Kapitalismuskritik bestimmend blieben.

2. Bildungsarbeit als Vermittlungsinstanz selbständigen Denkens und politischen Handelns

Gebrochen durch die historischen Erfahrungen des Faschismus und des Stalinismus erscheint die Aufarbeitung der Fehlentwicklungen des Sozialismus in den Ländern Osteuropas und in der ehemaligen DDR dann fruchtbar und lehrreich, wenn man sie mit Erinnerungen an Analysen verknüpft, die

trotz aller Kritik an dem demokratischen Zentralismus in kritischer Solidarität an sozialistischen Positionen festhielten und sie weiterentwickelten. Und sie beweisen auch, daß in Deutschland eine andere Entwicklung des Sozialismus durchsetzbar war als die, die zum eigentlich nie real existierenden, strukturell deformierten Sozialismus führte. Die Aufarbeitung der Phänomene, welche diese Entwicklung scheitern ließen, eröffnet vielleicht auch den Zugang zu den Brüchen in der Geschichte des Sozialismus und zu Möglichkeitsmomenten einer konkreten Utopie, die durch das politische Denken und Handeln von Marxisten wie Rosa Luxemburg, Karl Korsch, Antonio Gramsci, August Thalheimer u.a. vorgedacht wurde. Die Aktualität dieser Perspektiven läßt sich dort eher vermitteln, wo die Bedingungen dieser Alternativen aufgegriffen und fortgesetzt werden konnten. Das geschah u.a. in der Bildungsarbeit der Gewerkschaften und Arbeiterparteien. So knüpfte man z.B. in den Kreisen des Austromarxismus und in der »Klassenkampfgruppe« der Sozialdemokratie in der Arbeiterbildung Weimars an historische und aktuelle Modelle des Sozialismus an, die dort ebenso ernsthaft diskutiert wurden wie die Errungenschaften der ersten gelungenen sozialistischen Revolution in Rußland. In der von den Revolutionären Obleuten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes geprägten und von Fritz Fricke geleiteten »Räteschule der Großberliner Arbeiterschaft« wurden die Teilnehmer z.B. mit Sozialisierungstheorien von Otto Bauer, Karl Kautsky oder Karl Korsch ebenso konfrontiert wie mit der Aufarbeitung einschlägiger Erfahrungen mit der Sozialisierungspraxis in Rußland oder einer eingehenden Beschäftigung mit dem Begriff Planwirtschaft. Ein solches Vorgehen verfolgte das Ziel, den Teilnehmern an Bildungsveranstaltungen die Möglichkeit zu eröffnen, sich relativ umfassend über die Sozialisierungsproblematik zu informieren, um auf dieser Grundlage zu eigenen Wertungen zu gelangen. Eine solche selbständige Einschätzung war um so notwendiger, als in den Kursen die Übernahme der Produktion durch die Produzenten in einem sehr praktischen Sinne angegangen wurde – eine Intention, die wegen der Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland nach 1920 nur noch einen politisch-ideologischen Stellenwert erhielt, zunächst jedoch als Teil des Rätelehrplans darauf abzielte, die angestrebte Veränderung der bestehenden politischen Rahmenbedingungen auch konkret in der betrieblichen Praxis umsetzen zu können. Nach dem Scheitern sozialistischer Erneuerungsversuche blieb eine solche Konzeption jedoch schon deshalb ein wesentlicher Bestandteil des Bildungsangebotes, weil so dem Handeln der Arbeiter, speziell dem Handeln der Betriebsräte, eine über den Augenblick hinausreichende historisch-strategische Perspektive vermittelt werden konnte. Das galt auch für die Berliner Gewerkschaftsschule des ADGB, die diese Arbeit unter Frickes Anleitung fortsetzte.

Der auf der Grundlage von politischen und methodischen Vorüberlegungen entwickelte Unterrichtsplan von Fritz Fricke gliederte sich in zehn Einzelkurse, die wiederum in Anlehnung an die Hauptziele in zwei Abteilungen untergliedert wurden: »Kapitalistische Wirtschaftskunde« und »Sozialistische Wirtschaftskunde«.

Beide Abteilungen bildeten mit ihren volks- und betriebswirtschaftlichen Unterthemen das Rückgrat eines Rätelehrplans und waren als eine pädagogisch-didaktische Einheit konzipiert. Ohne an dieser Stelle auf die theoretische Grundorientierung der Unterrichtsinhalte einzugehen, besticht der didaktische Aufbau und das hohe Maß an Verantwortungsbewußtsein. So heißt es z.B. in der Einleitung zu der Kursusreihe B »Sozialistische Wirtschaftskunde«:

»Die Kursusreihe B erfordert im Unterricht ein hohes Verantwortungsbewußtsein des Rätelehrers. Man muß bedenken, daß auf diesem Gebiet noch keinerlei fertige Formen, ja noch nicht einmal ausdiskutierte Vorschläge vorhanden sind. Wenn irgendwo im Räteunterricht überhaupt direkt instruktiv, rein übermittelnd gearbeitet wird, hier verbietet die Natur des Unterrichtsgegenstandes dies von selbst.« (S. 19)

Insgesamt zielt der »Lehrplan« von Fritz Fricke auf folgende Inhalte:

Musterlehrplan von Fritz Fricke für die revolutionäre Räteschulung

(vgl. Fritz Fricke, Die Rätebildung im Klassenkampf der Gegenwart, 1.-3. Tausend, Berlin 1920, S. 17/18.)

A) Kapitalistische Wirtschaftskunde
B) Sozialistische Wirtschaftskunde

Sie gliedern sich im einzelnen wie folgt:

Kursusreihe A:

Kursus 1. Wesen und Wirkung der kapitalistischen Wirtschaft. Mehrwertproduktion. Akkumulation des Kapitals. Unternehmungsformen. Kartelle und Trusts. Manufaktur und Maschinenproduktion. Wirtschaftskrisen. Wirkung der kapitalistischen Wirtschaft. Zirka 10 Abende.

Kursus 2. Die Organisation des modernen Fabrikbetriebes. Organisationen des Betriebes im allgemeinen, Kalkulationswesen und Selbstkostenberechnung. Grundsätzliches der Betriebsbuchhaltung in ihrem Zusammenhang in der Geschäftsbuchhaltung. 10 Abende.

Kursus 3. Die finanzielle Kontrolle der Unternehmung. Das Wesentliche der Buchhaltungskontrolle sowie insbesondere der Kalkulations- und Bilanzkontrolle. Durchleuchtung vom Standpunkte der Marxschen Mehrwerttheorie und ihrer Konsequenzen. Gewinn-Mehrwertlohn. Zirka 10 Abende.

Kursus 4. Die Praxis des Geldwesens. Das Bankwesen. Die Geld- und Warenzirkulation. G-W-G. Die Praxis des Geldverkehrs. Zirka 8 Abende.

Kursus 5. Die Pflichten und Rechte der Betriebsräte. Kommentierung des Betriebsrätegesetzes an Hand der Spruchpraxis. Der Aufgabenkreis der Betriebsräte. 10 Abende.

Kursus 6. Die sozialpolitische Gesetzgebung. 6 – 8 Abende.

Kursusreihe B.

Kursus 1. Die wissenschaftlichen Grundlagen des Marxismus. 10 Abende.

Kursus 2. Sozialistische Wirtschaftsorganisation. Das Sozialisierungsproblem vom Standpunkt des wissenschaftlichen Marxismus. Einführung in die neueren Sozialisierungstheorien – Otto Bauer, Wilbrandt, Kautsky, Korsch, Oppenheimer, Ballod, Wissell, Neurath u.a. Die praktischen Erfahrungen der russischen Sozialisierung. Wesen und Bedeutung des Rätesystems. Planwirtschaft. Wirtschaftsaufbau. Zirka 10 Abende.

Kursus 3. Sozialistische Betriebskunde. Die Grundsätze der sozialistischen Wirtschaftsverwaltung. Der Verrechnungsapparat. Der Regulierungsorganismus. Der Produktionsapparat. Zirka 10 Abende.

Diese beiden Kursusreihen bilden gewissermaßen das Rückgrat des Lehrplanes.

Mag auch der Unterrichtsplan insgesamt überhäuft erscheinen, so fällt auf, daß die politischen und ökonomischen Bildungsinhalte immer auf eine präzise Verwendungssituation zugeschnitten wurden, um die Wahrnehmung betrieblicher Kontrollfunktionen durch die Arbeiter zu verbessern. Neben Kommunisten wie Hermann Duncker oder Karl August Wittfogel knüpften Fritz Fricke, Walter Fabian, Otto Jenssen, Herbert Schaller, Georg Engelbert Graf und andere am linken Flügel der Sozialdemokratie stehende Anhänger einer sozialistischen Perspektive mit ähnlichen Überlegungen an ein Selbstverständnis an, das durch die praktische Politik der ADGB – Gewerkschaften in der Arbeiterbildung zunehmend an Realisierungsmöglichkeiten verlieren sollte. Diese Politik wurde nach 1920 von jenen Kräften bestimmt, die die bestehenden Verhältnisse zunächst einmal akzeptierten. Ohne die Besitzverhältnisse an den Produktionsmitteln ändern zu wollen, hofften sie mit Hilfe der Betriebs- und Wirtschaftsgemeinschaft zur Wirtschaftsdemokratie, zum »Ausbau der politischen Demokratie durch die Demokratisierung der wirt-

schaftlichen Beziehungen« zu gelangen, um durch »Demokratisierung der Wirtschaft zum Sozialismus« zu schreiten.

Richard Seidel und Fritz Naphtali waren die Hauptvertreter dieser sozialpartnerschaftlichen Variante, die nach dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes von 1920 zusehends an Einfluß gewann und die das Modell der Wirtschaftsdemokratie zur zentralen Forderung des ADGB in der Krise der Weimarer Republik machte. Und dennoch konnten die von Rosa Luxemburg geprägten Anhänger einer konsequenten sozialistischen Bildungsarbeit mit ihren Vorstellungen von unterschiedlichen Sozialismusmodellen in zentralen Bildungsstätten leitende Funktionen übernehmen – von den Räteschulen als Ansatz autonomer sozialistischer Massenbildung nach 1918 über die Sozialistische Heimvolkshochschule Gera/Tinz bis zur 1926 gegründeten zentralen Bildungsstätte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Bad Dürrenberg, dem Sprockhövel Weimars. Selbst in den Volkshochschulen, die mit den Einrichtungen der Arbeiterbewegung kooperierten, gewannen Sozialisten wie Hermann Heller oder Paul Hermberg Einfluß, vor allem in der Leipziger Richtung der Volksbildung. Später einflußreiche Gewerkschafter wurden durch diese Bildungsarbeit geprägt. Zahlreiche Absolventen dieser Bildungseinrichtungen nahmen z.B. 1929 an dem »Internationalen Sozialistischen Jugendtag« in Wien teil. Und wie selbstverständlich traten sie – vor dem Hintergrund dieser Aufklärungsarbeit und nach den Erfahrungen in dem »Roten Wien« – in den Ortsvereinversammlungen und Gewerkschaftssitzungen für die aus Wien mitgebrachte Losung ein:

»Republik das ist nicht viel. Sozialismus heißt das Ziel!«.

Viele dieser engagierten Sozialisten traten, sofern sie den Faschismus überlebten, nach 1945 auf der Grundlage einer realistischeren Einschätzung der Möglichkeiten der bürgerlichen Demokratie in Anknüpfung an Rosa Luxemburg dafür ein: Demokratie ist schon viel, Sozialismus bleibt das Ziel.

Dieser hier angedeutete Bezug einer konsequenten, auf selbständiges Denken, kritische Solidarität und politisches Handeln orientierten Bildungsarbeit auf Rosa Luxemburg gehört immer noch zu den vernachlässigten Kapiteln der Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung.

Rosa Luxemburg selbst übernahm ab 1907 bis zur Schließung der »Roten Akademie« im Jahre 1914 eine Lehrtätigkeit an der SPD-Parteischule in Berlin, die von Heinrich Schulz und Wilhelm Pieck geleitet wurde und die unter anderem die Funktion hatte, die zukünftigen Kader der Partei und der Gewerkschaften in Halbjahreskursen zu qualifizieren. Gerade weil sie nach der Veröffentlichung der Massenstreik-Broschüre vor dem Mannheimer Parteitag von 1906 in ständiger Auseinandersetzung mit den Gewerkschaftsführern stand, konnte sie über die Parteischule ihre Kritik intensivieren und

zahlreiche junge Gewerkschafter und Parteifunktionäre in ihrem Sinne prägen.

Einer der Lieblingsschüler von Rosa Luxemburg, der sich später von ihren Zielvorstellungen entfernte und als Vorsitzender des Holzarbeiter-Verbandes und wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Reichstagsfraktion auf dem Leipziger Parteitag von 1931 die Rolle der Arbeiterbewegung in der Krise als »Arzt am Krankenbett des Kapitalismus« definierte, erhielt als Absolvent des Lehrgangs 1908/9 von Rosa Luxemburg folgende Beurteilung: »Fritz Tarnow ist der begabteste Schüler der ganzen Klasse, er hat in der Schule vieles abgestreift, was er vom Revisionismus hatte, und ich möchte ihn nicht den Gewerkschaften gönnen, wo er uns evtl. gefährlich werden könnte, während er bei uns, ich meine in der Parteitätigkeit, sehr nützlich sein kann« (Brief an Clara Zetkin vom 21. 3. 1909 in: Gesammelte Briefe, Bd. 3, S. 12). An der von der Generalkommission gegründeten Berliner Gewerkschaftsschule kritisierte Rosa Luxemburg dagegen die Form einer Bildungsarbeit, die nach ihrer Auffassung die Eigentätigkeit der Teilnehmer vernachlässigte:

»Nur bei regem Gedankenaustausch läßt sich die Aufmerksamkeit, die Anspannung der Geister bei dem sonst an geistige Arbeit nicht gewöhnten und deshalb leicht ermüdenden Proletarier erzielen. Diese Lehrmethode empfiehlt sich aber besonders aus dem Grunde, weil ein Bildungsinstitut für proletarische Klassenkämpfer in erster Linie nicht das mechanische Eintrichtern einer Summe positiven Wissens als seine Hauptaufgabe betrachten kann, sondern die Erziehung zum systematischen und selbständigen Denken.« (Gesammelte Werke, Bd. 2, S. 550 f.). Gegen diese Lehrmethode des »lebendigen Unterrichts« protestierten die Repräsentanten der Gewerkschaften wie z.B. der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Schlicke, oder die damaligen Wortführer des revisionistischen Flügels um Kurt Eisner und Max Maurenbrecher. Letzterer schrieb in der »Fränkischen Tagespost«: »Wir treiben zuviel Theorie! ... Muß die Masse wissen, was materialistische Geschichtsauffassung ist? Ich wage die Ketzerei und sage: Nein! ... Die Theorie ist in ihrer zwar unbeabsichtigten, aber doch sehr häufig vorhandenen Wirkung oft geradezu eine Ertötung der Kraft zum Entschluß und zum Handeln.« Rosa Luxemburg kritisierte diese Auffassung des ersten fest angestellten Lehrers im Bildungsausschuß des Nürnberger Gewerkschaftskartells auf dem SPD-Parteitag von 1908 in Nürnberg und setzte den Beschluß des Parteivorstandes und der Kontrollkommission durch: »Der Parteitag hält daran fest, daß die Führung der Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ... eine wichtige Aufgabe im Empanzipationskampf der Arbeiterklasse ist. Zur Lösung dieser Aufgabe verpflichtet der Parteitag die Organisation Vorsorge zu treffen, damit die Arbeiterjugend im Sinne unserer sozialistischen Weltanschauung

für den Klassenkampf erzogen wird« (Protokoll, S. 171 ff.). In der Leipziger Volkszeitung faßte Rosa Luxemburg den Streit zwischen den zentralen Bildungseinrichtungen der Gewerkschaften und der SPD noch einmal zusammen und lehnte eine Verschmelzung der Gewerkschaftsschule mit der Parteischule ab (vgl. Gesammelte Werke, Bd. 2, S. 549-553). Dabei kritisierte sie die Stoffülle und die knappe Zeitbemessung der Lehrkurse an der Gewerkschaftsschule – mit ihren Folgen auch für die Lehrkräfte: »Jeder Lehrer, der nicht zur geistlosen Maschine werden will, muß sein Lehrfach ständig ausbauen, ständig neues Material dafür sammeln und die Anordnung revidieren. Namentlich wird das zur Notwendigkeit für die Lehrer unserer Arbeiterschulen, die ja zugleich nur auf dem Katheder sitzende Mitkämpfer, keine Pädagogen vom Fach sind, also selbst Lernende sind. Die Parteischule überläßt den Lehrern nach jedem Kursus eine pädagogische Erholungspause von einem halben Jahr, in dem sich der Lehrer wieder ganz seiner sonstigen Kampfarbeit widmen, sich daran erfrischen, mit Muße neues Material für sein Lehrfach sammeln und sichten und dem neuen Kursus mit einiger Freude wieder entgegensehen kann. In der Gewerkschaftsschule sind die Lehrer dazu verurteilt, binnen 7 Monaten ein und dasselbe, mit winzigen Pausen von zwei Wochen, viermal hintereinander herzusagen« (Bd. 2, S. 552 f.). Welche Versuchung, eine Aktualität dieser Aussagen zur heutigen Praxis in den Gewerkschaftsschulen herzustellen und die Diskussion um die immer noch nicht geheilten Wunden zwischen den unterschiedlichen Deutungsmusteransätzen erneut zu öffnen! Auf jeden Fall können Kenner der Kontroversen in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit hier weitere Argumente im Streit zwischen den Anhängern von Erfahrungsansätzen und Leitfaden-Reglementierungen finden, die die Auseinandersetzungen um eine moderne Bildungskonzeption in den 70er Jahren prägten und hinter denen sich unterschiedliche Auffassungen nicht nur über die Rolle der Gewerkschaften und die Aktivierung ihrer Mitglieder verbergen, sondern auch unterschiedliche Gesellschaftsutopien. Und es ist sicher kein Zufall, daß Oskar Negt als Theoretiker des Erfahrungsansatzes Ende der 60er Jahre die neuen Tendenzen in der Arbeiterbildung als Vermittlungsschritt von Klassenbewußtsein bewußt in die Tradition Rosa Luxemburgs stellte. Sein 1974 zum ersten Mal veröffentlichter längerer Aufsatz »Zur materialistischen Dialektik von Spontaneität und Organisation: Rosa Luxemburg« bildet auch den Kern einer Aufsatzsammlung, die Negt 1976 vorlegte und mit dem von Rosa Luxemburg übernommenen Diktum versah: »Keine Demokratie ohne Sozialismus«.

Allzu lange blieben solche Anknüpfungspunkte in beiden deutschen Staaten verschüttet oder wurden bewußt unterdrückt. Auch Wolfgang Abendroths kurze Tätigkeit in Wilhelmshaven-Rüstersiel reichte nach seiner

Flucht aus der SBZ nicht aus, um 1948 als erster Rektor der neugegründeten »Hochschule für Arbeit, Wirtschaft und Politik« eine sozialistische Bildungsarbeit in den Gewerkschaften aufzubauen. Daran hinderten ihn schon jene Hochschullehrerkollegen, die trotz schwerer Belastung durch ihre Nazitätigkeit dennoch mit Unterstützung der Gewerkschaften und berufen vom sozialdemokratischen Kultusminister und Widerstandskämpfer Adolf Grimme dort lehren durften (u.a. Ernst Rudolf Huber und Walter Bogs).

Auch der schwerbelastete Helmut Schelsky konnte seine Tätigkeit als Hochschullehrer in der »Akademie für Gemeinwirtschaft« (heute HWP) nach 1945 beginnen. So setzen sich sozialpartnerschaftliche Varianten nach 1945 in der westdeutschen Arbeiterbewegung durch – schneller und konsequenter, als das in Weimar möglich war.

In die Emigration vertriebene sozialistische Arbeitsrichter wie Ernst Fraenkel oder Franz L. Neumann wurden dagegen zunächst nicht zurückgerufen, obwohl sie doch wichtige Funktionen in den Gewerkschaften und in der SPD vor 1933 wahrgenommen hatten.

3. Betriebsverfassung und betriebliche Mitbestimmung als »Stützpunkte der Vorbereitung des Endkampfes« (Karl Korsch)

Gegen die allzu sozialpartnerschaftlich interpretierte Auffassung des Demokratisierungsprozesses opponierten sozialdemokratische Juristen wie Hermann Heller, Ernst Fraenkel, Hugo Sinzheimer, Otto Kirchheimer oder Kommunisten wie Hermann Duncker und Karl Korsch, der für kurze Zeit als Justizminister in Thüringen wirkte (1923).

Heller plädierte zunächst als Volkshochschulleiter in Leipzig und dann als Staatsrechtler in Frankfurt mit seiner Auffassung vom Sozialstaat als Strukturprinzip der Gesellschaft dafür, die repräsentative Demokratie durch eine bewußte politische Willensbildung der Bürger zu stützen und die sozial Schwächeren durch eine »wirtschaftliche Demokratie« abzusichern.

Die streitbaren Juristen und Lehrer an der zentralen Bildungsstätte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Bad Dürrenberg, Ernst Fraenkel und Karl Korsch, beschränkten sich dagegen als Arbeitsrechtler – von unterschiedlichen Ausgangsbedingungen her – stärker auf die Frage, wie die bürgerlich-liberale Staatsform über ein umfassendes Arbeitsrecht nicht nur besser in der Ökonomie zu verankern sei, sondern auch den Weg zu einer wünschenswerten Verankerung der Demokratie im Betrieb nicht verbaut. Korsch plädierte deshalb für eine »Verfassung des ›Gemeinwesens der Ar-

beit«, für einen »gewerblichen Konstitutionalismus«, für eine »industrielle Demokratie«, mit der er den »scheinkonstitutionellen« Charakter der Wirtschaftsverfassung der Betriebe aufzuknacken hoffte. Sein 1922 vorgelegtes »Arbeitsrecht für Betriebsräte« konkretisierte dieses »politische Kampfziel«, das auf den erbitterten Widerstand nicht nur des Jenaer Dekans der juristischen Fakultät Otto Koellreuther, des späteren Verfassers des »Deutschen Führerstaates« von 1934, stieß. Geprägt von der Vorstellung, erworbene Rechtspositionen nicht leichtfertig preiszugeben, zielte Korschs Arbeit darauf ab, diese Ausgangsposition auch in der Defensive durch eine Ausweitung der Kampfmöglichkeiten zu verbessern, also von der »geistigen Aktion« (Korsch) »über die juristische Aktion« (Seifert) zur politischen Aktion zu gelangen. Schon in dem 1920 von Korsch vorgelegten »Programm des praktischen Sozialismus« finden sich Formulierungen, die 70 Jahre danach immer noch aktuell klingen:

»Vielleicht verlangt die Realpolitik heute wirklich das, was gründliche und grundehrliche bürgerliche Nationalökonomen jetzt von Kathedern herab immer eindringlicher fordern und was ihnen nicht nur die Anhänger und Nutznießer des alten Zustandes, sondern auch dessen programmlos zur Macht gelangte ehemalige Bekämpfer mit täglich besserem Gewissen zu glauben anfangen? Vielleicht fordert in unserer heutigen Lage realpolitische Besinnung wirklich zuerst und vor allem die Wiederherstellung der kapitalistischen ›freien‹ Wirtschaft, um überhaupt erst wieder eine Wirtschaft zu bekommen? Gebändigt durch Sozialpolitik natürlich, durch vermögensausgleichende Steuerpolitik, durch weitgehenden Arbeiterschutz und durch verbessertes Arbeiterrecht in der konstitutionell und nicht mehr despotisch regierten Fabrik! Dies ist in Wahrheit die entscheidende Frage des Tages. Ließe sich ein Wiederaufbau kapitalistischer Wirtschaft, verbunden mit einer Sozialpolitik, die dem heutigen Bedürfnis des in ganz Europa und Amerika zu erhöhten Lebensansprüchen aufgewachten Proletariats Genüge täte, Not und Mangel als massenhaft und klassenweise auftretende Dauerzustände gänzlich ausschlösse, – ließe sich ein derartiger Aufbau eines reformierten Industriefeudalismus als eine heute realisierbare Wirklichkeit auch nur denken, so verlöre der heutige marxistische oder revolutionäre Radikalsozialismus jene ganz besondere ›Notwendigkeit‹ seiner Zielsetzungen, die er als ›wissenschaftlicher‹ Sozialismus für sich in Anspruch nimmt. Er sänke zu einer rein moralisch begründeten ›idealen Forderung‹ herab ... Wäre Kapitalismus als ein menschenwürdige Lebensbedingungen für alle schaffendes System, Kapitalismus ohne die dunkle Kehrseite von Ausbeutung, Not und Elend, die jedem historisch wirklich gewesenen Kapitalismus bisher anhaftete, überhaupt möglich – ja, könnte der Kapitalismus als ökonomisches System auch nur dasjenige Maß von Sozialpolitik dauernd ertragen, welches

ihm heute durch Kriegsverordnungen und revolutionäre Gesetzgebung schon aufgepfropft ist – wer von uns wäre, wenn er diesen Glauben nur teilen könnte, gewissenlos genug, solchem Aufbau des relativ Besseren um eines absolut guten, aber erst in ferner Zukunft erreichbaren Endziels willen hemmend und zerstörend entgegenzutreten!« (Karl Korsch, Gesamtausgabe, Bd. 2, 1980, S. 185-187)

Daß Karl Korsch eine solche Möglichkeit mit dem Hinweis auf »den gänzlich illusionären Charakter jener scheinbar so real-politischen Verknüpfung von kapitalistischer Produktions- und sozialistischer Verteilungspolitik« (S. 187) bezweifelte, hilft bei der Lösung aktueller Probleme vielleicht wenig. Und dennoch kann ein Rückgriff auf seine Analyse der ökonomischen Machterhaltungsprozesse gerade angesichts der industriellen Reorganisation dadurch Anknüpfungen eröffnen, weil das nach wie vor dominierende Selbstverständnis von Mitbestimmung – mit der Konzentration auf Unternehmen und Staat – heute mehr denn je durch einen betrieblichen Unterbau verstärkt werden muß. Neben Michael Buckmillers verdienstvollen Vorarbeiten haben Wilhelm Eberwein und Jochen Tholen in ihren umfangreichen Studien über die geschichtlich-gesellschaftliche Herausbildung der aktuellen Betriebsverfassung und betrieblichen Mitbestimmung in Deutschland diesen Zusammenhang betont und dabei Karl Korsch »reaktiviert«. Die Anpassung der Betriebsverfassung in der ehemaligen DDR an die der BRD, aber auch die zunehmenden betrieblichen Konflikte in der neuen Bundesrepublik und die gewerkschaftlichen Initiativen nach Beschäftigungsplänen und -gesellschaften fordern mit Karl Korsch dazu auf, nicht nur die Notwendigkeit zu sehen, die Belegschaftsinteressen bei der Betriebsratsarbeit zu beachten, sondern diese Betriebsarbeit zugleich in die allgemeine gewerkschaftliche Interessenpolitik einzuordnen und strategisch abzusichern. In seinem »Arbeitsrecht für Betriebsräte« finden sich dazu folgende zentralen Aussagen:

»Daß sich der Betriebsrat, die Gruppenräte, Betriebsobleute, ... stets auf die breite Masse der Belegschaft stützen, und daß sie in allen Fällen, auch wenn sie es für ihre Pflicht halten, einer bloß momentanen Stimmungsaufwallung innerhalb der Belegschaft nicht sofort nachzugeben, letzten Endes den Willen der Betriebsversammlung als für ihre gesamte Tätigkeit bestimmend betrachten müssen, haben wir schon häufig betont. Dagegen soll hier noch einmal ausführlich betont werden, daß als der allerwichtigste Grundpfeiler der Rätemacht wie jeder anderen proletarischen Macht innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft letzten Endes niemand anders, als die gewerkschaftlichen Koalitionen der Arbeiterklasse betrachtet werden können. Nicht über die Räte und ihre Zusammenfassung zu ›reinen‹ Räteorganisationen, sondern über die Gewerkschaften und ihre Zusammenfassung zu gewaltigen Industrieverbänden führt der Weg zur Eroberung der wirtschaftlichen

und politischen Macht. Ein klassenbewußter, marxistisch denkender Betriebsrat darf sich niemals grundsätzlich in Gegensatz zu den für seinen Betrieb in Frage kommenden Gewerkschaften stellen, so sehr er bisweilen tatsächlich die Tätigkeit oder Untätigkeit reformistisch und arbeitsgemeinschaftlich verseuchter Gewerkschaftsführer im Klasseninteresse wird bekämpfen müssen.« (Gesamtausgabe, Bd. 2, S. 459)

Hinter einer solchen Konzeption steht das Verständnis, daß die Intensität betrieblicher Mitbestimmung dann schwach bleibt, wenn sich die Betriebsräte auf die rechtlichen Normen des Betriebsverfassungs- bzw. Betriebsrätegesetzes beschränken:

»Die wirkliche Macht der Betriebsräte beruht nicht auf den Paragraphen des Betriebsrätegesetzes oder irgendeines anderen Gesetzes des kapitalistischen Staates. Den Schutz seiner Rechte findet er nicht bei den (nach Art. 102 der Reichsverfassung) unabhängigen, nur dem Gesetz unterworfenen Richtern und sonstigen Behörden des kapitalistischen Staates. Seine wirkliche Macht beruht vielmehr allein auf dem Druck, den die proletarische Klasse schon innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung den kapitalistischen Machthabern gegenüber auszuüben vermag.« (Bd. 2, S. 458).

Haben sich auch bei uns später jene von Eberwein und Tholen so bezeichneten Formen der »partnerschaftlich-pluralistischen Betriebsverfassung« durchgesetzt, die den Klassengegensatz ausblenden, so bleibt auch heute der Zugang von Karl Korsch insofern aktuell, als zu fragen ist, ob nicht die Ansätze einer »Teildemokratisierung« auch als »Verfahrensangebot« zur Politisierung der industriellen Beziehungen genutzt werden können und damit wieder grundlegende Strukturen zum Gegenstand betrieblicher und damit auch gesellschaftlicher Konfliktaustragung werden.

Gerade die unterschiedliche Wahrnehmung und Ausschöpfung der Normen des Betriebsverfassungsgesetzes durch die Interessenvertretung erlaubt auch in Krisenzeiten mehr als die Übernahme einer Ordnungsfunktion durch die Betriebsräte, zumal in konfliktvorbereitenden und durch Schulungsarbeit und mit Projekten unterstützten Verwaltungsstellen der Industriegewerkschaften, vor allem der IG Metall, neue Formen der Gegenmacht immer erfolgreicher eingeübt werden und der Widerstand gegen den Beschäftigungsabbau wächst. Eine stärker konfliktorientierte Interessenvertretung bleibt freilich ohne eine Anbindung an die Gewerkschaften, ohne eine »Vergewerkschaftlichung« der Betriebsräte, begrenzt, zumal die mit der industriellen Reorganisation verknüpfte Dezentralisierung der Unternehmen in eine Vielzahl kleinerer Betriebe zu einer zunehmenden Atomisierung der Unternehmensleitungen führt, die als scheinbar rechtlich selbständige »Unterfürsten« die alten »Ankerplätze« der Gewerkschaften in den Großbetrie-

ben aufzulösen drohen. (vgl. dazu Horst Kern/Charles F. Sabel, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 10/1989, S. 602 ff.).

Auf die neuen Koordinationserfordernisse muß intensiver vorbereitet werden, wenn betriebliche und überbetriebliche Kooperation auf Dauer gesichert und ausgebaut werden soll. Dabei spielt der Umgang mit dem verstärkten Einsatz neuer Technologien für die heutige Gewerkschaftspolitik eine zentrale Rolle. Industrielle Reorganisation und Betriebsverfassung dürfen eine wirksame Interessenpolitik nicht zusätzlich behindern.

Ob diese Reorganisation sich als Waffe gegen die Beschäftigten erweist oder als Werkzeug zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Interessen genutzt wird, hängt nach wie vor von der Stärke der Interessenvertretung und ihrer Kraft ab, Prozesse der demokratischen Erneuerung offensiv zu stützen. Gesetzliche und tarifvertragliche Regelungen sind dafür im Sinne von Korsch »Stützpunkte« zur Vorbereitung von Initiativen, die den dominierenden Einfluß der Kapitalfraktion auf die Produktion einschränken und erste Ansätze der Arbeiterautonomie weiterentwickeln könnten. Das setzt freilich voraus, die rechtlichen Möglichkeiten der Betriebsverfassung extensiv zu nutzen und mit außerbetrieblichen Initiativen zu verknüpfen.

Mit den folgenden Anmerkungen zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen der Betriebsverfassung – vor dem Hintergrund ihrer geschichtlich-gesellschaftlichen Herausbildung – will ich dazu einige Anregungen geben, die sich auf die konkrete Umsetzung eines Wochenseminars nach § 37, Absatz 7 des Betriebsverfassungsgesetzes beziehen, das ich für den Hauptvorstand der Gewerkschaft Holz und Kunststoff zum Thema »Geschichte der Arbeiterbewegung im Spiegel der Betriebsverfassung« 1985 vorgelegt habe und das seitdem zum Grundangebot der Aufbauseminare der GHK gehört.

4. (Arbeits-) Recht als Ansatzpunkt gewerkschaftlicher Offensivstrategien.

Wer das kollektive Arbeitsrecht nicht als »Sonderrecht« einer bestimmten Personengruppe definiert – wie z.B. der einflußreiche Mitgestalter und Kommentator aller wichtigen Betriebsverfassungsregelungen von 1920, 1934 und 1952, Hans Carl Nipperdey, sondern wer mit Wolfgang Däubler den geregelten Bereich Arbeit zum zentralen Bestandteil der menschlichen Existenz erklärt, wird zu anderen Einschätzungen der Qualität einer Rechtsordnung neigen, die über Freiheit oder Unfreiheit der abhängig Beschäftigten im Produktionsprozeß entscheidet und so das Handeln am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen und in der Gesamtwirtschaft bestimmt.

Trotz zunehmender Massenarbeitslosigkeit im neuen Deutschland verbringt – statistisch gesehen – fast jeder Berufstätige bis zur Hälfte seines aktiven Daseins am Arbeitsplatz. Dort entscheidet sich, ob eigene schöpferische Initiativen zur Entfaltung der Persönlichkeit genutzt werden können oder ob der abhängig Beschäftigte zeitlebens »ein Rädchen« in einer fremdgesteuerten, undurchsichtigen Apparatur bleibt. Und dieser Bereich bestimmt auch das Verhalten des Einzelnen in der Freizeit. Das Sozialprestige bemißt sich nach der Stellung im Betrieb, und eintönig-stumpfsinnige Arbeit läßt die Kreativität nicht nur allein am Arbeitsplatz verkümmern. Insofern sind die einschlägigen, auf die Arbeiterschaft bezogenen Gesetze, vor allem das Tarifvertragsgesetz und die Betriebsverfassung ein zentraler Bereich für die Möglichkeiten von Mitwirkung, Mitbestimmung oder gar Selbstbestimmung der Lohnabhängigen. Diese im Arbeitsrecht zusammengefaßten Gesetzestexte drücken jedoch nur die halbe Wahrheit aus. Denn das Arbeitsrecht wird zum größten Teil von den Gerichten gemacht. Seit der Durchsetzung einer gesetzlich fixierten Betriebsverfassung von 1920 bestimmen die Gesellschaftsmodelle der Spruchpraxis der höchsten Arbeitsgerichte die Handlungsmöglichkeiten der Interessenvertretung und ihrer Organisationen entscheidend mit.

Wie sehr der Handlungsspielraum der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften über die Rechtssprechung eingeengt werden kann, ist z.B. an den Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichtshofes zum Arbeitskampfrecht ablesbar. Gerade weil die Geschichte des kollektiven Arbeitsrechts die Geschichte der rechtlichen Regelungen von Kapital und Arbeit ist, läßt sich an dieser Geschichte das ganze Spektrum von Konfrontation und Vermittlung einer von ökonomischen Prozessen abhängigen politischen Entwicklung nachzeichnen.

Auch wenn sich zu Beginn der Weimarer Republik im Rahmen einer politisch instabilen, konfliktträchtigen Situation eine Betriebsverfassung herausgebildet hat, die die formalen Grundstrukturen aufweist (Tarifvertrag, Betriebsrat, Aufsichtsrat usw.), wie wir sie grundsätzlich für die aktuelle Betriebsverfassung von heute kennen, so sind die Ebenen der Durchsetzung im Gefolge von politischen Kämpfen durchaus sehr widersprüchlich und nur schwer zu vereinheitlichen. Denn die Geschichte der rechtlichen Regelung von Kapital und Arbeit umfaßt zwischen 1918 und 1920 nicht nur den Kampf um das Streikrecht und um die Kontrolle des Betriebes, sondern auch die Kanalisierung der Räteforderung durch ein umfassendes Tarifvertrags-, Schlichtungs- und Betriebsverfassungswesen.

Wer z.B. den Abschluß der Zentralarbeitsgemeinschaftsvereinbarung von 1918 als einen »gewerkschaftlichen Sieg von seltener Größe« feiert, wie z.B. der Vorstand der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands,

wird das vom Prinzip der »Gleichberechtigung« von Kapital und Arbeit ebenfalls beherrschte Betriebsverfassungsgesetz von 1920 anders einschätzen als jene Betriebsvertreter um die Revolutionären Obleute in Berlin, die mit den sozialistisch orientierten Arbeitsrechtlern wie Karl Korsch, Ernst Fraenkel, Otto Kahn-Freund, Franz L. Neumann oder Hugo Sinzheimer in der Demokratie am Arbeitsplatz und in der Produktionskontrolle die ersten Schritte auf dem Wege zur sozialen Revolution sahen. Freilich unterschieden sich deren praktische Sozialisierungsprogramme beträchtlich von der Mitarbeit im Rahmen der amtlichen, von Rathenau und Bosch geleiteten Sozialisierungskommission. Noch heute geben die Auseinandersetzungen von 1918 bis 1923 in ihrer Offenheit und Radikalität einen Einblick in den Klassencharakter des bürgerlichen Arbeitsrechts, der über die Tribüne des Parlaments von Vertretern der Arbeiterparteien offen artikuliert wurde und auch in der Arbeitsrechtswissenschaft zu harten Auseinandersetzungen führte. Die Schärfe und Intensität wurde auch in den Konflikten um das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 oder um das Arbeitskampfrecht von heute nicht wieder erreicht. Mit der rechtlichen Entmachtung der Räte wurden nicht nur Arbeiterrechte eingeschränkt, sondern mußte auf Sozialisierungsforderungen verzichtet werden. Und als gar der Reichstag mit Zustimmung der Sozialdemokraten durch ein Ermächtigungsgesetz vom Oktober 1923 Schlichtungsverordnungen ermöglichte, die die staatliche Zwangsschlichtung vorsahen, um Arbeitskämpfe zu verhindern und staatliche Richtlinien für Lohnfestsetzungen durchzusetzen, wurde der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens aus seiner Gewerkschaft ausgeschlossen. Die Zeitung der »Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller-Gewerkschaft« schrieb dazu am 20. 11. 1923: »Das Mitglied Ebert hat sich durch den Erlaß des Ermächtigungsgesetzes und die Unterzeichnung des Marschbefehls gegen das proletarische Sachsen dem Ziel der Verwirklichung des Sozialismus entgegengestellt«. Schon 1920 hatten sich die Holzarbeiter von ihrem Mitglied Gustav Noske getrennt, der – »aufgestiegen vom Holzarbeiterverband zum Knüppelgewerbe« (Peter Weiss) – für die Zerschlagung der Räterepubliken in Bremen und München ebenso verantwortlich zeichnete wie für die Massenerschießungen von Arbeitern 1919/20. Auch nach 1945 führten die Kämpfe um eine neue Betriebsverfassung zu innergewerkschaftlichen Kontroversen. Weil der DGB-Vorsitzende Christian Fette den Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 nicht entschieden genug führte, wurde er 1952 abgewählt und durch den IG-Metall-Vorsitzenden Walter Freitag ersetzt.

Trotz der gravierenden Mängel arrangierten sich dennoch die Gewerkschaften mit dem Betriebsverfassungsgesetz von 1952 und den Verbesserungen in der Novellierung von 1972. Lange Zeit schien die Bindung an das

Betriebswohl, die in den Paragraphen geforderte vertrauensvolle Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Betriebsräten, die Praxis des betrieblichen Handelns zu bestimmen. Mit der Wirtschaftskrise und mit Aufkündigung des Kompromißcharakters der partnerschaftlich-pluralistischen Betriebsverfassung durch den von den Unternehmern initiierten »Klassenkampf von oben« sind die Gewerkschaften im letzten Jahrzehnt gezwungen, das zugunsten der Kapitalseite in der Krise verschobene politische Kräfteverhältnis durch Alternativprogramme zu verändern. Denn nach den Jahren der Defensive ist die Arbeitgeberseite mit gesellschaftspolitischen Grundsatzerklärungen an die Öffentlichkeit getreten, die vor »überholtem Anspruchsdenken« warnen und den Abbau sozialstaatlicher Errungenschaften fordern. Bis in die Formulierung hinein ähneln solche »Tabu-Kataloge« und Leitlinien jenen »Reichsdenkschriften« der deutschen Industriellen aus der Endphase Weimars. Immer wieder steht »die deutsche Wirtschaft am Scheidewege«. Die im Gefolge des Einigungsprozesses entstehenden neuen Mauern der Ungleichheit und Massenarbeitslosigkeit gefährden außerdem einst selbstverständliche Postulate des Sozialstaates in der BRD. Mit dem Rückgriff auf die in politischen Lernprozessen entwickelten betrieblichen Mitbestimmungsregelungen können in solchen Umbruchsituationen Antworten auf die Handlungssituation der betrieblichen Interessenvertreter gegeben werden. Das setzt allerdings voraus, die Diskussion über ökonomisch-politische Fragen stärker mit jenem industriell-kapitalistischen Sektor zu verbinden, der nach wie vor den zentralen Erfahrungsbereich der Arbeiterschaft ausmacht und deshalb Ausgangspunkt politischer Lernprozesse sein muß. Gerade der Rückgriff auf die Geschichte der Betriebsverfassung zeigt, daß mit der »partnerschaftlich-pluralistischen Betriebsverfassung« von heute ein Entwicklungsprozeß der betrieblichen Mitbestimmung erreicht worden ist, der teilweise hinter die Errungenschaften von 1918 bis 1920 oder von 1945 bis 1952 zurückfällt. Mit einem historischen Rückblick auf weitergehende Mitbestimmungsregelungen kann das Bewußtsein dafür geschärft werden, daß auch heute Mitbestimmungsrechte auszubauen sind und daß die Durchsetzung solcher Rechte abhängig ist von der Kampfbereitschaft und -fähigkeit der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen. Auch wenn das dort besonders schwer umzusetzen ist, wo eine Stellvertreter-Politik das Handeln von Betriebskollektiven ersetzt hat, läßt sich in Geschichte und Gegenwart immer wieder feststellen:

- daß die erkämpften Rechte jeweils Ausdruck der jeweiligen Machtverhältnisse sind und diese Rechte durch die Veränderung der Kräfteverhältnisse positiv oder negativ bestimmt werden können;
- daß Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen möglich sind;

- daß die Voraussetzungen für die Durchsetzung von Forderungen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen vom solidarischen Handeln der abhängig Beschäftigten und ihrer Organisationen abhängig sind;
- daß die Aktivitäten der Interessenvertretung im Betrieb und in der Gesellschaft die Entwicklung von Rechten positiv oder negativ beeinflußt.

Wie schon erwähnt, ist dabei aber zu beachten, daß arbeitsrechtliche Probleme sich nicht nur auf Gesetzestexte beschränken können, sondern daß das Arbeitsrecht heute zum größten Teil von Gerichten bestimmt wird. Welches Gesellschaftsmodell liegt der Spruchpraxis der höchsten Arbeitsgerichte zugrunde? Von welchem »Sozialideal«, von welcher »Gesetzmäßigkeit« läßt sich die Rechtssprechung leiten? Folgt man in der Analyse dem den Gewerkschaften nahestehenden Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler, der in Anknüpfung an eine entsprechende Untersuchung Otto Kahn-Freunds zur Rechtssprechung des Reichsarbeitsgerichts in der Weimarer Zeit eine vielbeachtete Studie über »Das soziale Ideal des Bundesarbeitsgerichts« 1975 vorgelegt hat, dann wird an den weithin übereinstimmenden Ergebnissen jene gesellschaftspolitische Kontinuität deutlich, die unser Staatswesen mit dem von Weimar verbindet und die damals wie heute dazu führt, daß eine sozialkonservative Grundeinstellung der Arbeitsgerichte die in der Verfassung und den arbeitsrechtlichen Gesetzen niedergelegten Kompromisse ständig zugunsten der Arbeitgeber verschiebt und damit gewerkschaftliche Interessenpolitik erschwert.

Nur über eine »Vergewerkschaftlichung der Betriebsräte« (Brigl-Matthiaß schon 1926) – Betriebsrat als Gewerkschaftsorgan, als shop stewart und nicht als gewerkschaftsunabhängige Vertretung der Gesamtbelegschaft – läßt sich eine von der Friedenspflicht befreite Interessenpolitik realisieren. Damit plädiere ich mit Reinhard Hoffmann (1968) auch für eine stärkere Einbeziehung des Betriebsrates in die gewerkschaftliche Organisation – als verlängerter Arm des Vertrauenskörpers und Mitinitiator von Aktionen der Lohnabhängigen.

Eine solche Politik setzt eine Verbesserung des Zugangs der Gewerkschaften zur Betriebsrätearbeit voraus, um betriebliche Auseinandersetzungen zugleich überbetrieblich voranzutreiben. Dies wäre eine Politisierung der Betriebsrätearbeit und der Betriebsverfassung, welche die Nachteile des gewerkschaftlichen Legalismus reduziert und somit auch die schon traditionelle Fetischisierung der staatlichen Gesetzgebung in der deutschen Arbeiterbewegung problematisiert. Aktion und Bewußtseinsbildung im Kampf um mehr Arbeiterrechte und um die Herstellung von Gegenmacht beginnen deshalb am Arbeitsplatz und im Betrieb. Vor dem Hintergrund solcher Forderungen erinnere ich an die Diskussion der 60er Jahre um Arbeiterselbst-

verwaltung und um Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Die bundesdeutsche Diskussion war dabei neben dem jugoslawischen Modell der Arbeiterselbstverwaltung auch von Karl Korsch angeregt worden, der mit seinem »Arbeitsrecht für Betriebsräte« erneut Einfluß erlangte, den Erich Gerlach für uns reaktivierte und den wir in der betriebsnahen Bildungsarbeit als Teil einer konfliktorientierten Betriebspolitik aktualisierten. Mit seinen frühen Schriften über die Arbeiterräte hatte Korsch jenen großen Waffengang beschrieben und weiterentwickelt, den die deutsche Arbeiterschaft nach dem Ersten Weltkrieg um die Demokratisierung des Arbeitsprozesses mittels eines wirtschaftlichen Rätesystems führte. Damals wurden die bis dahin nur vagen und abstrakten Vorstellungen über die Aufhebung des Lohnarbeiterverhältnisses zu einem praktisch anzuwendenden Konzept ausgeformt, das die fortschrittlichen Kräfte innerhalb der Arbeiterbewegung prägte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dieses Konzept in reduzierter Form in der Mitbestimmungsfrage wieder aufgenommen. Es gewann in den Fragen um eine Intensivierung der Mitbestimmung am Arbeitsplatz wie auch in den Konzepten für eine betriebsnahe Bildungsarbeit einen bis heute in der Regel unterschätzten Einfluß.

5. Die negativen Folgen geschichtswidrigen Handelns

In der letzten großen Rede des langjährigen Vorsitzenden der IG Metall, Otto Brenner, die er kurz vor seinem Tode verfaßte und selbst nicht mehr auf der 4. Internationalen Arbeitertagung der IG Metall im April 1972 halten konnte, klingt die Perspektive einer Forderung nach mehr Mitbestimmung als Prüfstein für politische Demokratie noch einmal an:

»Mitbestimmung in der Wirtschaft ist als Ergänzung der politischen Demokratie und als Angriff auf die unternehmerische Autokratie zu definieren. Sie ist vom Ansatz her radikaldemokratisch und antikapitalistisch«.

Schon in den 50er Jahren hatte Otto Brenner, beraten u.a. von engagierten Juristen und Gewerkschaftern wie Richard Schmid, Wolfgang Abendroth, Fritz Bauer oder Viktor Agartz, mit einer solchen Konzeption den scheinbar nicht mehr aufzuhaltenden Restaurationsprozeß in der Bundesrepublik zu bremsen versucht. Nach der Niederlage im Kampf um ein besseres Betriebsverfassungsgesetz galt es, die ersten Versuche der Einschränkung des Streikrechts durch das Bundesarbeitsgericht abzuwehren. Mit dem Gutachten zum Zeitungsstreik für die IG Druck- und Papier prägte Wolfgang Abendroth diese Auseinandersetzung. Und als der ihn unterstützende Oberlandesgerichtspräsident in Stuttgart, Richard Schmid, in den von Walter Fabian herausgegebenen »Gewerkschaftlichen Monatsheften« die schon von

Wolfgang Abendroth 1951 eröffnete Diskussion um das politische Streikrecht (vgl. GMH 1951, S. 57 ff., 1953, S. 9 ff. und 1954 S. 1 ff.) unterstützte, begann nicht eine wissenschaftliche und politische Diskussion, sondern eine politische Treibjagd gegen die Antifaschisten, die vor allem von Juristen initiiert wurde, die sich wie E. R. Huber oder Wilhelm Grewe durch Mitarbeit am »Verfassungsrecht des großdeutschen Reiches« ausgezeichnet hatten. Der jetzige Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, hat in der Festschrift für Richard Schmid in einem differenzierten Grundsatzartikel über »Rechtswidrigkeit und Geschichtswidrigkeit« diese Debatte noch einmal aufgenommen und die historische Lehre für heute formuliert:

»Der politische Streik dürfte in seiner Geschichte die Prüfung, ob er sozial adäquat ist, bestanden haben – Richard Schmid hat diesen Satz im Blick auf den Generalstreik gegen Kapp geschrieben und ihm jene Frage folgen lassen, die ihre Antwort in sich selbst trägt: Wäre die Arbeiterbewegung durch Arbeitslosigkeit und Krise und durch die halbautoritäre Periode, die vorhergegangen war, nicht zu sehr geschwächt und demoralisiert gewesen, so hätte sie am 20. Juli 1932 gegen die Absetzung der preußischen Regierung oder am 30. Januar 1933 gegen die verfassungsmäßig ganz legale Ernennung Hitlers zum Reichskanzler oder gegen das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 einen Generalstreik zustande gebracht. Wer will es heute wagen, ein solches Unternehmen, wenn es stattgefunden hätte, hinterher für rechtswidrig zu erklären? Geschwächt und demoralisiert – so haben die Gewerkschaften den unwiederbringlichen Moment des Handelns versäumt. Sie wollten auch jetzt, in der Stunde schwerster Bedrohung, als die Gewalt aus einer Beimischung der Politik zu ihrem Hauptelement wurde, nicht rechtswidrig handeln, und eben deshalb handelten sie geschichtswidrig. Die Buße für rechtswidriges Handeln kann empfindlich sein. Die Folgen des geschichtswidrigen Handelns haben die ganze Welt in einen Abgrund gerissen.« (vgl. Recht, Justiz, Kritik, S. 140)

Solche Überlegungen knüpfen an die Theorien der Umwandlung der formalen Demokratie des Staates in die soziale und politische Demokratie der Gesellschaft an, die in der Endphase der Weimarer Republik in der Staatslehre von Hermann Heller konkretisiert wurde und auf die sich Wolfgang Abendroth nach 1945 berief: »Entweder erweitert sich die formale Demokratie der staatlichen Organisation zur sozialen der Gesellschaft, ... oder aber: die wirtschaftlichen Machtträger der Partialinteressen in der Gesellschaft streifen die demokratischen Formen der politischen Organisation – des Staates also – ab und begeben sich dabei ihrer liberalen Tradition«. (Wolfgang Abendroth, Arbeiterklasse, Staat und Verfassung, 1975, S. 34.) Diese auf die große Krise nach 1929 bezogene Alternative zur deutschen geschichtlichen Entwicklung hat zweifelsohne im Zusammenhang der kon-

servativen Wendepolitik in der Bundesrepublik und dem Ausverkauf des Sozialismus in der DDR eine zusätzliche Aktualität erhalten.

Die kapitalistische Vereinnahmung der DDR und der vollzogene Formierungsprozeß im Europa der Kartelle dokumentiert erneut eindrücklich, was Karl Korsch im Zusammenhang der Offensive des Kapitals nach 1920 schon treffend festgehalten hatte: »Die Kapitalisten haben das Wesen des Klassenkampfs besser begriffen als die beiden sozialistischen Parteien, die den Staat immer noch als große Familie auffassen«.

Auch heute fordert die Unterschätzung der Offensive des Kapitals zu einer verstärkten Aufklärungsarbeit innerhalb der Gewerkschaften heraus. Warnte Korsch in den 20er Jahren vor den »Reformsozialisten, die allzu naiv auf die USA setzten« und mit Fritz Tarnow im Fordismus ein für die Arbeiterbewegung attraktives Gesicht des Kapitalismus sahen, so haben heute die Gewerkschaften mit allen reformerischen Kräften darüber zu wachen, daß die letzten Chancen ihrer Gestaltungsaufgaben im zukünftigen europäischen Haus nicht vergeben werden und Friedmans Konzept eines wieder entfesselten Ellbogen-Kapitalismus sich nicht auch in Europa durchsetzt. Aufgaben, die mehr ausmachen als die Forderung nach der Durchsetzung einer EG-Sozialcharta. Die aktuelle Diskussion um »das neue Gesicht des Kapitalismus«, über den Wandel vom Fordismus zum Postfordismus, von der sozialstaatlichen Regulationsweise zur Deregulierungs- und Flexibilisierungsstrategie der kollektiven Tarifvereinbarungen deuten Verunsicherungen der Standortbestimmungen linker Politik an, die in der wechselvollen Geschichte des Widerstreits kapitalistischer Zielvorstellungen und sozialistischer Visionen immer wieder mit dem Rückgriff auf Schlüsseltexte des sozialistischen Internationalismus zu beantworten sind und durch ein Aktualisierung neue Wege öffnen helfen. Internationale Solidarität ist freilich in der deutschen Arbeiterbewegung immer noch ein unterentwickeltes Lernfeld. Der Lehrer von Frank Deppe, Wolfgang Abendroth, hatte schon in einem seiner ersten öffentlichen Beiträge zum großen englischen Bergarbeiter-Streik von 1926 an diese Verpflichtung eines konsequenten Kampfes im Geiste des Internationalismus erinnert (vgl. »Freie Sozialistische Jugend«, 1926). Und Rosa Luxemburg formulierte 1918 unter Berufung auf Wladimir Korolenko im Zusammenhang des Ausverkaufs der Völker der in Unterentwicklung gehaltenen Länder an die westlichen Industrienationen jenen Appell, der auch heute nichts von seiner Gültigkeit verloren hat: »Laß uns nie, solange wir leben, dem heiligen Gebote untreu werden: dem Kampfe wider Unrecht ... Laß uns nie die Worte sprechen: Retten wir uns selber und überlassen wir die Schwachen ihrem Schicksal« (Werke, Bd. 4, S. 328).

6. »Freiheit und Sozialismus«

Anfang März 1990 veröffentlichte die »Frankfurter Rundschau« ein Gespräch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der IG Medien. Detlef Hensche wiederholte dort seine Thesen, die er schon auf der Beiratssitzung des Abendroth-Forums am 17./18. Februar 1990 vorgetragen hatte und die zur verstärkten Selbstkritik im Umgang westdeutscher Gewerkschaften mit den »Perversitäten des realen Sozialismus« aufforderten. Es habe generell bei den bundesdeutschen Gewerkschaften eine Hemmschwelle gegeben, die negativen Erscheinungen des deformierten Sozialismus in der DDR und in Osteuropa offen anzugreifen. Um dem Verdacht des Antikommunismus zu entgehen und den Vorwurf zu vermeiden, »man tute ins gleiche Horn wie Springer und Strauß«, habe man aus Gründen der Disziplin und der Geschlossenheit Konflikte »hinter dick verschlossenen Türen« ausgetragen. Dabei habe man übersehen, daß dieselben bürokratischen Erscheinungen, die jetzt zum Niedergang des Sozialismus in Osteuropa wesentlich beigetragen hätten, auch hierzulande in Ansätzen von Gewerkschaftern »mit der Muttermilch eingesogen« worden seien. Bei allen qualitativen Unterschieden seien die Verirrungen des gewerkschaftlichen Baukonzerns »Neue Heimat« oder bürokratische Tendenzen in den DGB-Gewerkschaften tendenziell auf die gleichen Dinge zurückzuführen wie die Erstarrung des realen Sozialismus.

Diese Selbstkritik verknüpfte Detlef Hensche mit dem Hinweis, daß sozialistische Ideen nur dann noch eine Zukunft haben, wenn sie »den ganzen Menschen erfassen« und sich nicht auf Teilausschnitte beschränken. Die Mitglieder der Abendroth-Gesellschaft, darunter Frank Deppe und ich, waren betroffen und blieben hilflos.

Andere Teile der Linken ziehen gar aus dieser Entwicklung den voreiligen Schluß, daß die »freie Marktwirtschaft« die beste aller Welten verkörpere und deshalb die Überwindung des privatkapitalistischen Systems nicht mehr geboten sei.

Daß viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter neben Alt-68er und Grünen dieser Dynamik folgen zu müssen glauben, wird u.a. an dem widerstandslosen Ausverkauf der DDR und zunehmenden Erpressungsversuchen gegenüber Gewerkschaften sichtbar. Die »demokratische Ermächtigung« einer solchen Politik basiert auf einem (Wieder-)Vereinigungs-Patriotismus, der alle sozialen Errungenschaften plattwalzte und das eingeklagte Recht auf Arbeit »unseren Brüdern und Schwestern in der Zone« ebenso verweigerte wie die Anerkennung des von der Volkskammer der DDR verabschiedeten Gewerkschaftsgesetzes mit dem ausdrücklichen Verbot der Aussperrung in

dem Einigungsvertrag. Damit wurden zugleich alle Reformversuche zum Scheitern erklärt, die von innen her die Utopie mit einer viel zu spät eingeleiteten Demokratisierung zu einem neuen Gehalt führen wollten. So blieb den Menschen aus den Ländern des Staatssozialismus scheinbar nichts anderes übrig, als auf jene Kräfte einer kapitalistischen Modernisierung zu setzen, deren moderateste Variante noch die schrittweise Sozialdemokratisierung des Landes dargestellt hätte (Marktwirtschaft + Sozialstaatspostulat). Auch diese Sozialsanitäter am Krankenbett des Sozialismus sprachen nur noch von Modernisierungspolitik, nicht mehr vom demokratischen Sozialismus. Die Gegner im liberal-konservativen Lager machten gar die Einführung der »freien Marktwirtschaft ohne wenn und aber« zur Voraussetzung jeder Unterstützung.

Das Projekt der Moderne, der Sozialismus, hat sich für diese Gruppen erledigt. Zunehmende Ratlosigkeit und Verunsicherung erschweren zugleich alle Versuche, diese Strukturkrise zu erklären und stalinistische Fehlentwicklungen zu beschreiben.

Ich meine dagegen, daß es in der Doppeldeutigkeit der heutigen historischen Situation trotz alledem eine Aufgabe der demokratischen Kräfte bleibt, jenes Fernrohr anzulegen, das mit Ernst Bloch »notwendig ist, um den wirklichen Stern der Erde zu sehen.«

Nach Ernst Bloch heißt dieses Fernrohr: »Konkrete Utopie«. Wäre es nicht heute eine lohnenswerte Aufgabe, in der Bildungsarbeit jene Utopie für das 21. Jahrhundert zu entwerfen, die Gorbatschows ursprüngliches Projekt des »gemeinsamen Hauses Europa« realisieren hilft, wozu im Verständnis von Thomas Mann das geläuterte europäische Deutschland als Baumeister gehört, ein föderatives demokratisches Deutschland, das jenes Dach konstruieren hilft, von dessen First die Trikolore und die Rote Fahne wehen, wo mit der endlich eingeholten Parole von 1918/19, die heute immer noch von der CDU/CSU ins Gegenteil verkehrt wird, wo hinter der Forderung Rosa Luxemburgs und der USPD mit »Freiheit und Sozialismus« republikanische Freiheiten und sozialistische Errungenschaften versöhnt werden!

Die polnische Sozialistin jüdischer Abstammung, die in den ersten beiden Jahrzehnten dieses Jahrhunderts die deutsche und internationale Arbeiterbewegung prägte, hat in kritischer Auseinandersetzung mit dem leninistischen Modell ein solches Projekt für Europa vorgelegt und immer wieder hervorgehoben, daß ein Sozialismus ohne bürgerliche Freiheiten nur zu einer Entartungsform des Sozialismus führen kann. In der von Paul Levi posthum veröffentlichten Broschüre über die »Russische Revolution« hatte Rosa Luxemburg schon 1918 – trotz praktischer Solidarität mit Lenin – aus der Gefängniszelle heraus Entartungsformen eines von oben verordneten Sozia-

lismus kritisiert und für eine autonome Gestaltung des Demokratisierungsprozesses von unten plädiert:

»Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren. Unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern eine Diktatur einer handvoll Politiker, d.h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft.«

Und an den linken Rand dieser Passage schrieb Rosa Luxemburg die berühmte Bemerkung:

»Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der ›Gerechtigkeit‹, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wege hängt und seine Wirkung versagt, wenn die Freiheit zum Privilegium wird.« (Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 359 ff.)

Jörg Wollenberg

Zwei Umdichtungen

Tischgespräche in Gera und Nürnberg –
der Sozialdemokratie zugeeignet.

»Sie saßen und taten sich gütlich
Und sprachen vom Klassenkampf viel.
Der Auer bawarisch gemütlich
Der Radbruch mit zartem Gefühl.

Der Klassenkampf muß sein platonisch,
Der Ehren-Ebert spricht
Der Severing lächelt ironisch,
Doch widerspricht er ihm nicht.

Der Noske öffnet den Mund weit:
Der Klassenkampf sei nicht zu roh,
Er schadet sonst der Gesundheit.
Der Levi lispelt: Wieso?

Die Tony flüstert wehmütig:
Der Klassenkampf ist eine Passion!
Und präsentiert gütig
Die Schlüssel dem Dißmann und Cohn.

Nach Tisch ward die Sitzung geschlossen
Doch habt ihr, Proleten gefehlt.
Ihr hättet so schön den ›Genossen‹
Von eurem Kampf erzählt.«

Diese freie Nachdichtung eines frühen Gedichts von Heinrich Heine aus dem »Buch der Lieder« von 1822/23 wurde zunächst als »Tischgespräch von Gera« in dem ersten Jahrgang der »Freiheit. Amtliches Organ der Stinnes-Lubersac-Gruppe« veröffentlicht. Dabei handelt es sich um eine humoristische Wahlbeilage der »Neuen Zeitung«, Organ der KPD, 4. Jg., Nr. 222, am 21. 9.

1922 in Jena erschienen. Der Autor war kein geringerer als der streitbare Jurist und Politiker Karl Korsch. Er schrieb dort unter dem Pseudonym Rops. »Die Rote Fahne«, Zentralorgan der KPD veröffentlichte das Gedicht erneut im 5. Jg., Nr. 430, 28. 9. 1922 unter dem Titel »Tischgespräch in Nürnberg« (vgl. Korsch-Gesamtausgabe, Bd. II, 1980, S. 523 u. 671).

Korsch konfrontiert in dem Gedicht die Vertreter des rechten Flügels der Sozialdemokratie (Auer, Radbruch, Ebert, Severing, Noske) mit den Exponenten der USPD und führenden Vertretern des »Deutschen Metallarbeiter-Verbandes«, Tony Sender und Robert Dißmann, die auf dem USPD-Parteitag in Gera (20.-23. 09. 1922) beschlossen hatten, sich in Nürnberg der SPD anzuschließen (Vereinigungsparteitag der Rest-USPD mit der MSPD am 24. 09. 1922).

Der ebenfalls zitierte Paul Levi war über die USPD zur KPD gewechselt und 1921 als amtierender Vorsitzender aus der KPD ausgeschlossen worden. 1922 war er auf dem Weg, den linken Flügel der SPD zu stärken. Karl Korsch selbst war mit der Mehrheit der USPD-Mitglieder 1920 der Kommunistischen Internationale beigetreten und gehörte mit Däumig und Stöcker zu der Gruppe der »Linken«, die auf dem Hallenser USPD-Parteitag im Oktober 1920 die Mehrheit der Mitglieder für die Anfang Dezember 1920 vollzogene Einheit von USPD (Linke) und der KPD (Spartakusbund) gewonnen hatten.

Nach dem Scheitern der Sozialisierungsbemühungen betrieb Karl Korsch ab 1920 eine unermüdliche Aufklärungsarbeit in der Betriebsräte- und Gewerkschaftsbewegung und beteiligte sich an den innerparteilichen Auseinandersetzungen der KPD. Er kooperierte in der Frage der Einheitsfronttaktik zunächst mit dem (rechten) Brandler-Flügel. In der Arbeiterregierung von Thüringen wurde er unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Zeigner am 16. 10 1923 Justizminister. Nach dem gescheiterten »Oktoberaufstand« von 1923 vollzog Korsch eine »ultralinke« Wende und entwickelte sich zu einem der führenden Repräsentanten der linken Opposition in der KPD, aus der Korsch im Mai 1926 ausgeschlossen wurde. Nach 1933 von den Nazis aus Deutschland vertrieben, starb Korsch 1961 im US-amerikanischen Exil. Erst in den 60er Jahren wurde Korsch von Erich Gerlach für die sozialdemokratische Linke wiederentdeckt. Die von Gerlach, Seifert und Buckmiller herausgegebenen Schriften von Karl Korsch gewinnen heute eine neue Aktualität als kritische Folie der Auseinandersetzung mit dem staatlichen Sozialismus.

Wie aber würde das »Tischgespräch in Nürnberg« heute lauten? Hier ein erster Versuch, Arno Klönne zum 60. und Frank Deppe zum 50. Geburtstag gewidmet; dem 7. Abendroth-Forum zum politischen Mandat der Gewerkschaften vorangestellt:

»Sie saßen und taten sich gütlich
Und sprachen vom Klassenkampf viel.
Der Schöfberger bawarisch gemütlich
Der Engholm mit zartem Gefühl.

Der Klassenkampf muß sein platonisch,
Der Ehren-Willy spricht
Der Helmut Schmidt lächelt ironisch
Doch widerspricht er ihm nicht.

Der Rappe öffnet den Mund weit:
Der Klassenkampf sei nicht zu roh,
Er schadet sonst der Gesundheit.
Der von Oertzen lispelt: Wieso?

Die Karin (Benz-Overhage) flüstert wehmütig:
Der Klassenkampf ist eine Passion!
Und bedient dabei überaus gütig
Steinkühler in höflichem Ton.

Nach Tisch ward die Sitzung geschlossen
Doch habt ihr, Deppe und Klönne, gefehlt.
Ihr hättet so schön den ›Genossen‹
Von Euren Troubles erzählt.«

André Leisewitz/Klaus Pickshaus

Globale Ökokrise – ein »hartes Thema« für Gewerkschaften?

I.

Wir hatten in der Vergangenheit versucht, mit dem Begriff »Umbruchperiode« Grundtrends gegenwärtiger innergesellschaftlicher wie globaler Existenz- und Politikbedingungen zu charakterisieren.[1] In der Tat werden die achtziger und neunziger Jahre dieses Jahrhunderts als Umbruchperiode in die Weltgeschichte eingehen – aber in anderem Sinne als seinerzeit gedacht. Der Zusammenbruch des realen Sozialismus und das Ende der Systemkonkurrenz drücken heute allen gesellschaftlichen und politischen Prozessen ihren Stempel auf. Wo liegen die Krisen- und Konfliktlinien des postsozialistischen Kapitalismus, die die Auseinandersetzungen der Zukunft bestimmen werden? Frank Deppe hat dies selbst als zentrales Problem der marxistischen Diskussion heute thematisiert.[2] Dabei stehen die neuen Entfaltungsformen der Internationalisierung (reiche und arme Nationen, Nord-Süd-Konflikt) und die innergesellschaftlichen Polarisierungen (neue Armut, soziale Ungleichheit, neuer Nationalismus usw.) im Mittelpunkt.

Ein wichtiges Diskussionsfeld der letzten Jahre betraf die sogenannten globalen Probleme als potentiellen Dreh- und Angelpunkt nationaler wie internationaler Politik. Ihre Thematisierung ergab sich sowohl aus dem mit dem Stichwort »Neues Denken« verbundenen Politikkonzept wie, besonders hierzulande, aus der prägnanten Zuspitzung der neuen Erfahrungen von globalen Bedrohungen und Risiken zum Konzept der »Risikogesellschaft«. In einer Diskussion mit Ulrich Beck hat Frank Deppe die Brisanz globaler Probleme, besonders der globalen Umweltkrise, nachhaltig unterstrichen und als »hartes Thema« zukünftiger Politik, damit aber auch linker Strategiediskussion unter den Bedingungen der neuen Weltkonstellation gekenn-

---

1 Vgl. Zukunft der BRD – Linke Alternativen. Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 9, Frankfurt/M. 1985.

2 Deppe, Frank: Der Zusammenbruch des Sozialismus und Perspektiven der Marxistischen Theorie, in: »Z«. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, H. 5, 1991, S. 26 ff.

zeichnet.[3] Bloßer Tribut an die Erkenntnis, daß die globalen Probleme »auch« wichtig sind? Oder Zugang zu einem Politikkonzept, bei dem klassische Konfliktfelder (Ausbeutung, Herrschaft, imperialistische Globalbeziehungen) und neue »harte Themen« (Nord-Süd, Ökokrise) in neuer Mischung gesehen werden? Die Umwälzung der gesellschaftlichen Konfliktstruktur zwingt alle politischen und sozialen Akteure zu weitreichenden Neueinstellungsprozessen. Das betrifft auch die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.

II.

Mit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus und der bipolaren Struktur der Weltpolitik sind die sogenannten »globalen Probleme« – insbesondere Unterentwicklung und globale Ökokrise – neu zu verorten. Welchen Stellenwert werden sie unter den neuen Bedingungen einnehmen, welche Dynamik werden sie entfalten, gibt es Ansatzpunkte, um sie zu entschärfen?

Seit den siebziger Jahren ist zunehmend deutlich geworden, daß die Menschheit sich auf eine unmittelbare Überlebenskrise zubewegt.[4] Das per saldo nicht reproduktive, mit Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen und kurzsichtiger Ressourcennutzung verbundene Naturverhältnis der menschlichen Gattung – das es ihr ermöglichte, sich den gesamten Globus »untertan« zu machen und das zugleich die Grundlage ihres explosiven Bevölkerungswachstums ist – droht ihr nun zum Verhängnis zu werden. Unbeschadet unterschiedlicher Erklärungsansätze sind sich die verschiedenen Global-Studien in der Beschreibung dieses Grundtrends einig.[5] Dies schließt die Überzeugung ein, daß die für eine radikale Wende im Verhältnis der Menschheit zur Biosphäre noch zur Verfügung stehende Zeit sich nicht nach Jahrhunderten, sondern nur noch nach Jahrzehnten bemißt.

---

3 Chancen einer Zwischenpolitik. Beobachtungen zum Strukturwandel der Opposition. Ein Gespräch zwischen Ulrich Beck und Frank Deppe, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 4/1991, S. 402 ff.

4 Gärtner, Edgar: »Überlebenskrise«, in: Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Hamburg 1991, Bd. 3, S. 636 ff.

5 Eine Übersicht geben: Bömer, Hermann: »Globale Probleme«, in: ebd., Bd. 2, S. 460 ff., Unsere gemeinsame Zukunft. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Berlin 1990; Friday, Laurie/Laskey, Ronald: The fragile Environment, Cambridge 1991; OECD, The State of the Environment, Paris 1991; State of the World 1991. A Worldwatch Institute Report on Progress Toward a Sustainable Society, New York/London 1991.

Die achtziger Jahre waren für die Bewältigung der globalen Probleme ein verlorenes Jahrzehnt. Armut und Hunger, Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung haben – sich dabei wechselseitig verstärkend – zugenommen. Sie sind nur im Kontext zu betrachten.[6]

Trotz aller ihrer inneren Differenzierungen bleibt der Gegensatz der Länder der unterentwickelten Dritten Welt – des »Südens« mit drei Vierteln von rd. 5,3 Milliarden Menschen und einem Anteil an Weltproduktion und -Handel von etwa 20 Prozent – zu den großen entwickelten kapitalistischen Industrieländern – dem »Norden« mit zwei Dritteln der Weltproduktion und 0,6 Milliarden Menschen – unüberschbar. Die Schuldenlast der Drittweltländer hat sich zwischen 1980 und 1990 von 650 auf 1 340 Milliarden Dollar verdoppelt. Ihre Stellung am Weltmarkt wurde nachhaltig geschwächt – Ausdruck sind die zu ihren Ungunsten veränderten Austauschverhältnisse (Terms of Trade). In den achtziger Jahren haben sich die Lebensbedingungen im Durchschnitt für etwa die Hälfte der Menschheit absolut verschlechtert: In Afrika, in Lateinamerika, im Nahen Osten und in Asien mit Ausnahme der VR China und einiger Schwellenländer ging die Pro-Kopf-Produktion absolut zurück.

Die Zahl der sich auf Drittweltländer konzentrierenden Armen ist nach Berechnungen der UNFPA in den letzten zwanzig Jahren auf eine Milliarde gestiegen. Obwohl die Nahrungsmittelproduktion mit dem Bevölkerungswachstum Schritt gehalten hat, hat die Zahl der unterernährten Menschen nicht ab-, sondern zugenommen. Die UNFPA befürchtet, daß sie im laufenden Jahrzehnt auf über 530 Millionen steigen wird. Der Zusammenhang zwischen Verarmung, Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung ist in Afrika besonders kraß: Reduzierung der Ackerfläche pro Einwohner von einem halben Hektar 1965 auf 0,3 Hektar 1987; absoluter Rückgang der durchschnittlichen Kalorienversorgung pro Kopf in den 80er Jahren; intensivere Bodennutzung mit der Folge, daß die Brachezeit für die Regeneration der Bodenfruchtbarkeit z.T. nicht mehr ausreicht, Rodung weiterer Waldflächen, Zunahme der Bodenerosion.[7] Ein kaum noch zu stoppender Kreislauf.

Neben der Zerstörung der Böden und des Waldes in Ländern der Dritten Welt sind die klimatischen Folgen der mit Waldrodungen, steigendem Energieverbrauch (CO_2), Ausweitung von Bewässerungsfeldbau und Viehhaltung

6 Die folgenden Angaben nach IWF, Weltbank, FAO und anderen UN-Organisation (lfd. Presse), sowie: Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), Weltbevölkerungsbericht 1990. Entscheidungen für das nächste Jahrzehnt, Bonn 1990.

7 Angaben der FAO, ohne Südafrika, Frankfurter Rundschau v. 13. und 16. 4. 1991.

(Methan), FCKW-Produktion und Motorisierung verbundenen Zunahme von Treibhausgasen das drängendste globale Umweltproblem. Anfang der 90er Jahre entfielen auf die Industrieländer bei FCKW vier Fünftel, bei fossilen Brennstoffen drei Viertel des Verbrauchs. Bei Stabilisierung der Kohlenstoffemissionen der industrialisierten Länder (pro Kopf-Quote) bis 2025 und bei Beibehaltung der gegenwärtigen Zuwachsrate der Drittweltländer berechnet die UNO-Kommission eine Verdreifachung der jährlichen Emissionen. Damit dürfte die Schwelle zu einer nicht mehr kontrollierbaren und reversiblen Entwicklung längst überschritten sein.[8]

Noch Mitte der achtziger Jahre war angesichts der damaligen Bevölkerungsdynamik von einer Stabilisierung der Weltbevölkerung am Ende des nächsten Jahrhunderts bei ca. 10,2 Milliarden Menschen ausgegangen worden. Diese Prognose ist inzwischen hinfällig. Ein Stabilisierungsniveau von 11 Milliarden Menschen ist unter bestimmten Umständen denkbar, jedoch ist auch ein Anwachsen der Weltbevölkerung auf bis zu 14 Milliarden nicht auszuschließen. Angesichts dieser Trends muß neben der Reduktion des Bevölkerungswachstums die Umweltstabilisierung ins Zentrum jeder Alternativstrategie rücken. Sie ist entscheidende Grundlage für den Erhalt globaler Lebensgrundlagen.

Der UN-Bericht unterstreicht, daß bei Ressourcenverbrauch und Abfallproduktion die Industrieländer den mit Abstand größten Anteil haben. »Diese Länder sind die Hauptverantwortlichen für die Schädigung der Ozonschicht, die Versauerung von Böden und für etwa zwei Drittel der Erwärmung der Erdatmosphäre.« Zugleich sind es diese reichen Länder bzw. ihre multinationalen Konzerne und staatlichen Apparate, die über die entscheidenden Forschungs- und Technologiekapazitäten verfügen und die durch ihre Beherrschung des Weltmarktes die inneren Entwicklungspotentiale der Drittweltländer einengen und damit deren endogene Faktoren der Unterentwicklung verstärken.

Zwischen Unterentwicklung, Hunger, globaler Umweltzerstörung und kapitalistischen Weltmarktbeziehungen sowie profitorientierter Produktivkraftentwicklung besteht insofern ein ursächlicher Zusammenhang.[9] Der fundamentalistische Versuch, diesen Zusammenhang politisch auf den einen Nenner zu bringen »Was also soll ökologische Politik anderes sein als antika-

8 Vgl. Schutz der Erde. Eine Bestandsaufnahme mit Vorschlägen zu einer neuen Energiepolitik. Dritter Bericht der Enquete-Kommission des 11. Deutschen Bundestages »Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre«, Bonn 1990.

9 Vgl. Tjaden, Karl Hermann: Mensch – Gesellschaftsformation – Biosphäre. Über die gesellschaftliche Dialektik von Mensch und Natur, Marburg 1990.

pitalistisch«[10], verharrt jedoch nur auf einem Standpunkt abstrakter Kapitalismuskritik und -negation. Demgegenüber hat Frank Deppe zu Recht die Notwendigkeit betont, »die Schranken der kapitalistischen Entwicklung, die durch die sogenannten globalen Risikolagen und Gefahrenpotentiale (z.B. die staaten- und systemübergreifenden ökologischen Schädigungen) erzeugt werden«, auszumachen und »im Widerspruch zwischen der unumschränkten Verfolgung des kapitalistischen Profitinteresses auf der einen und einer – dem einzelnen und unmittelbaren Profitinteresse auch entgegenstehenden – Sicherung menschlicher Existenzbedingungen und der natürlichen stofflichen Voraussetzungen auch der kapitalistischen Produktion« Ansatzpunkte für eine Strategie der Linken zu entwickeln, die Chancen bieten kann, Kräfte gegen die Überlebenskrise der Menschheit zu mobilisieren.[11]

Worin bestehen solche Schranken privater (monopolistischer) Kapitalverwertung im Zusammenhang mit globalen Risiken? Sie machen sich weniger in stofflich-wertmäßigen Veränderungen (etwa durch Ressourcenverknappung und -verteuerung, zunehmenden Anlagenverschleiß bzw. steigende Aufarbeitungskosten durch Verschmutzung von Wasser, Luft, Boden usw.) bemerkbar, sondern in erster Linie in subjektiven Faktoren wie einer ökologischen Sensibilisierung und der antizipierenden Abwehr solcher Risiken durch ökosoziale Bewegungen, Forderungen gesellschaftlicher Organisationen und politischer Parteien und dadurch bewirkte staatliche Regulierungsmaßnahmen (die gesamte, seit den siebziger Jahren etablierte und ausdifferenzierte Umweltgesetzgebung und -politik auf nationaler und zunehmend auch internationaler Ebene). Die neuen globalen Herausforderungen stellen sich heute als unmittelbar drängende gesellschaftliche Konflikte – als Massenthema in erster Linie in den industriell entwickelteren Ländern. Die Sensibilität für Umweltthemen ergibt sich sicher in besonderem Maße aus der (kulturell, medial, politisch vermittelten) Erfahrung von Umweltbelastungen in der eigenen Lebens- und Arbeitsumwelt. Ihre Brisanz erhalten sie aber erst dort, wo sie als globale Überlebensprobleme verstanden werden.

---

10 Ditfurth, Jutta: Radikalökologische Politik und Antikapitalismus, in: Utopie konkret, H. 1/1990, S. 81.

11 Deppe, Frank: Die neue Linke, in: Sozialismus H. 8/1990, S. 22.

III.

Die Herausforderung der globalen Ökokrise für eine gewerkschaftliche Strategiebestimmung wird durch eine Addition von Umweltschutz und traditionellen gewerkschaftlichen Zielsetzungen und Politikfeldern nicht zu bewältigen sein. Das Problem ist vielmehr, ob und wie sich die Voraussetzungen und Prioritäten gewerkschaftlicher Politik und Praxis insgesamt verändern. Die Grundfrage, wie sich Fortschritts- und Klassenkonflikte im »Risikokapitalismus« auf neue Weise miteinander verschränken und welche weitreichenden Neueinstellungprozesse dies von den Gewerkschaften erfordert, bleibt auch nach den Ergebnissen der gewerkschaftlichen Zukunftsdebatten der letzten Jahre ungelöst.[12]

Angesichts der neuen weltpolitischen Konstellation ist im Vergleich zu den achtziger Jahren eine Rückkehr zu den klassischen Themen der »harten« Politik prognostiziert worden.[13] Neben dem Ticken der ökologischen Zeitbombe ist zweifellos durch den Zusammenbruch der sozialistischen Systeme in der DDR und in Osteuropa die soziale Frage – vor allem die Massenarbeitslosigkeit, die neuen Migrationsprozesse und die sozialen Spaltungen – zur aktuell beherrschenden Herausforderung für die Gewerkschaften geworden. Die klassische gewerkschaftliche Schutzfunktion hat an Gewicht gewonnen und ist dennoch nur durch eine Politisierung, d.h. durch direkte Eingriffe in die Wirtschaftspolitik überhaupt wahrzunehmen.

Michael Schneider hat vor der »Selbst-Kastration der Gewerkschaften« gewarnt, die in einer Beschränkung auf die traditionelle Interessenvertretung bestünde, und stattdessen vorgeschlagen, daß die Gewerkschaften anknüpfend an die Zukunftsdiskussion der achtziger Jahre »den öffentlichen Dialog über die großen Zukunftsfragen reorganisieren, also gegenüber den sich vordrängelnden nationalen und hegemonialen Interessen der neuen ökonomischen Supermacht Deutschland auf dem Primat der ungelösten Menschheits- und Gattungsfragen bestehen: der Frage der Abrüstung und der Rüstungskonversion, der Weltökologie und der Massenarbeitslosigkeit«[14].

Die Ausstrahlung der Lebensweise in den führenden Industrieländern mit ihrem hohen Konsumniveau und ihren individuellen Freiheiten ist bis in die

12 Vgl. hierzu Dörre, Klaus: Die Gewerkschaften im »Risikokapitalismus«, in: Frank Deppe/Klaus Dörre/Witich Roßmann, Gewerkschaften im Umbruch. Perspektiven für die 90er Jahre, Köln 1989, S. 16 ff.

13 So im Gespräch zwischen Ulrich Beck und Frank Deppe, a.a.O., S. 403.

14 »Freitag«, Nr. 21 v. 17. Mai 1991.

osteuropäischen und Entwicklungsländer zu einem eigenständigen politischen Faktor geworden. Dennoch käme die globale Durchsetzung dieser Produktions- und Lebensweise einer ökologischen Katastrophe gleich. Wollen die Gewerkschaften in diesem künftig ökonomisch und politisch mächtigeren Deutschland die globalen Herausforderungen ernst nehmen, müssen sie auch über neue Maßstäbe an Gestaltungsforderungen nachdenken: Wie kann in den ökonomisch hochentwickelten Gesellschaften eine Produktions- und Lebensweise durchgesetzt werden, die drastisch weniger Müll und Gift produziert, die drastisch weniger Energie und Ressourcen vernutzt und nicht zuletzt: die drastisch umverteilt zugunsten selbstbestimmter Entwicklung der Völker des »Südens«?

Sicherlich verlangen solche Ansprüche erst einmal den Abschied von einem Gewerkschaftsverständnis als »Lohnmaschine«. Wie allerdings qualitative Gestaltungsansprüche die jeweiligen Inhalte und Felder gewerkschaftlicher Interessenvertretung verändern, wird Gegenstand eines konfliktreichen Erneuerungsprozesses sein. Umweltstabilisierung als Ziel einer Alternativstrategie erfordert Vorstellungen und praktische Ansätze eines umfassenden ökologischen Umbaus der Produktions- und Lebensweise, die bisher allenfalls in Ansätzen in den Gewerkschaften erkennbar sind.

Gleichwohl bestätigen alle Umfragen und Untersuchungen, daß im Bewußtsein der Bevölkerung nach wie vor Umweltschutz im Spitzenbereich der Dringlichkeitsskala liegt und ökologische Ziele eine breite Resonanz besitzen. Daß die allgemeine ökologische Sensibilisierung auch vom gewerkschaftlichen Kernbereich, der traditionellen Industriearbeiterschaft, mehrheitlich nachvollzogen wird, wurde nach der SOFI-Studie (1989) nunmehr auch in einer Bremer Untersuchung (1990) konstatiert.[15] Eine deutliche Mehrheit begreift Umweltschutz und Arbeitsplätze nicht als harte Gegensätze; eine engagierte kritische Minderheit fordert darüber hinaus individuelles ökologisches Engagement ein.

Den Hinweis von Ulrich Beck[16], daß das »grüne Thema« auch in den neuen Ländern der Ex-DDR sehr hoch in Meinungsumfragen gewertet wird, bestätigt eine Berliner Untersuchung zum »Umweltkrisenbewußtsein ehemaliger DDR-Bürger« vom September 1990.[17] Ähnlich wie in der Bremer

15 Vgl. Heine, Hartwig/Mautz, Rüdiger: Umweltbewußtsein von Industriearbeitern, Frankfurt/New York 1989; Roland Bogun/Martin Osterland/Günter Warsewa, »Was ist überhaupt noch sicher auf der Welt?« Arbeit und Umwelt im Risikobewußtsein von Industriearbeitern, Berlin 1990.

16 Ulrich Beck im Gespräch mit Frank Deppe, a.a.O., S. 406.

17 Hegewald, Helmar/Schwenk, Herbert: Umweltkrisenbewußtsein ehemaliger DDR-Bürger, in:

Untersuchung hielten etwa ein Viertel der Befragten es für akzeptabel, in Fällen hoher Umweltbelastung Betriebe zu schließen. Zweifellos wird die Entwicklung der Massenarbeitslosigkeit inzwischen solche Befunde stark relativiert haben. Dennoch konstatiert die Berliner Untersuchung bei den analysierten Wertorientierungen ein hohes Maß an »Umwelt-Verantwortungsethik«, das sich aus dem Motiv der Zukunftssicherung speist, allerdings gleichzeitig mit einem starken Pessimismus insbesondere bei den jüngeren Generationen verbunden ist.[18]

Ob Handlungsimpulse zu einem ökologischen Engagement ausgelöst werden können, hängt in starkem Maße von der Rolle der Gewerkschaften ab. Diese wird aus der Sicht der Beschäftigten – so die Bremer Untersuchung – durch hohe Ansprüche und gleichzeitig strategische Ratlosigkeit beurteilt. Vermißt werden »inhaltliche Konzepte, Strategien und Perspektiven..., die den Gewerkschaften ein eigenständiges Profil in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen über Wachstums- und Umweltprobleme und den Arbeitern verläßliche Orientierungen und Optionen geben könnten«.[19] Im Falle eines solchen eigenständigen Profils »dürfte eine ökologisch orientierte Gewerkschaftspolitik von der Mehrheit der Arbeiter getragen werden«.[20]

Zwei Aspekte werden für die Entwicklung eines solchen ökologischen Strategiekonzeptes von zentraler Bedeutung sein: die soziale Verteilung ökologischer Risiken sowie die Kontrolle der Risikotechnologien, d.h. die Demokratiefrage.

Die von Ulrich Beck beschriebene »Globalisierung der Gefährdung« durch Risikotechnologien hebt die sozialen Unterschiede, Gegensätze und Antagonismen nicht auf. Entgegen seiner These einer »Egalisierung der Risikoverteilung« muß vielmehr eine deutliche Ungleichverteilung sozialer wie ökologischer Risiken konstatiert werden – und zwar im globalen Maßstab wie innerhalb der kapitalistischen Metropolen. Gerade diesen Zusammenhang wird eine gewerkschaftliche Politik zu berücksichtigen haben, die sich auf die neuen Fortschrittskonflikte bezieht.

Am Beispiel der Chemisierung von Arbeits- und Lebensumwelt sowie der Herausbildung unterschiedlicher Grenzwerte für Gefahrstoffkonzentrationen kann ein Ansatzpunkt eines gewerkschaftlichen Konzeptes der Arbeits-

---

Utopie kreativ, H. 6/1991, S. 80 ff. Die Meinungsumfrage wurde von der Stiftung Gesellschaftsanalyse e. V. und der Concret GmbH, Institut für angewandte Wirtschafts- und Sozialforschung, beide Berlin, durchgeführt.

18 Ebenda, S. 81/82.

19 Bogun u.a., a.a.O., S. 207.

20 Ebenda, S. 208.

ökologie deutlich gemacht werden[21]: Gefahrenproduktion und -definition – so Beck – »entziehen sich dem Arbeiterzugriff«[22]; damit ist die Frage der Kontrolle – und zwar über unterschiedlich verteilte Betroffenheiten hinweg – als allgemeine Forderung nach Demokratisierung aufgeworfen.

Zugleich werden die besonderen Belastungen der Arbeitssphäre aufzugreifen und in Verbindung mit gesellschaftlichen Umweltschutzinteressen zu thematisieren sein. Die Auseinandersetzung um einzelne besonders umwelt- und gesundheitsgefährdende Gefahrstoffe zeigt, daß vielfach im außerbetrieblichen Umweltbereich zuerst Druck zu einer Verschärfung von Schutzbestimmungen bis zu Produktionsverboten führte, die dann in der Arbeitssphäre nachvollzogen wurde (Bsp. Asbest, Blei, PCB usw.). Die internationale Dimension liegt auf der Hand: Nicht nur aufgrund weltweiter Produktionsverflechtungen und oftmals ubiquitärer Auswirkungen von Risikotechnologien und Gefahrstoffen; auch die politische Thematisierung der Risiken und der Vergleich von Schutzrechten sind internationalisiert und wirken auf eine nationale Ökologiepolitik zurück. Wenn die Gewerkschaften diesen Kontext bewußt aufgreifen, kann aus der allgemeinen ökologischen Sensibilisierung wesentliche Schubkraft für einen arbeitsbezogenen Gesundheits- und Umweltschutz gewonnen werden.

Eine arbeitsökologische Politik der Gewerkschaften kann – dies zeigen die Erfahrungen von Aktionen wie »Tatort Betrieb« (IG Metall) oder neuere tarifpolitische Diskussionen – den Betrieb und die Tarifpolitik als erprobte Handlungsfelder erschließen.[23] Erfolge sind dort sichtbar, wo die betrieblichen Akteure den Rückenwind einer sensibilisierten Umweltöffentlichkeit nutzen konnten. Eine arbeitsökologische Betriebs- und Tarifpolitik wird damit ebenfalls politischen Druck auf die staatliche Regulierung der Gefahrstoffproduktion ausüben können und Probleme eines ökologischen Umbaus thematisieren, um beispielsweise stoffliche und ökonomische Alternativen zur Expansion der Chlorchemie zu beschleunigen.

Eine Umkehr der globalen Krisentrends wird ohne radikale Reformen in den ökonomisch-politischen Beziehungen zwischen Metropolen und Drittweltländern[24], ökologisch orientierten Umbau des industriellen Produk-

---

21 Vgl. ausführlich Leisewitz, André/Pickshaus, Klaus: Arbeitsökologie – Ansatzpunkte für die Verbindung von gewerkschaftlicher Umwelt- und Gesundheitspolitik, in: Sozialismus H. 7/8-1991, S. 59 ff.

22 Beck, Ulrich: Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit, Frankfurt/Main 1988, S. 245.

23 Vgl. hierzu Pickshaus, Klaus: Gesundheitsschutz und Ökologie als tarifpolitische Gestaltungsfelder, in: WSI-Mitteilungen H. 3/1991, S. 188 ff.

24 Bömer, Hermann: Nord-Süd-Konflikt, globale Probleme und Reformpolitik. Überlegungen

tionssystems und tiefgehende Veränderungen einer mit Ressourcenvergeudung und Umweltzerstörung verbundenen Lebensweise in den Metropolen (Verkehr, Energie, Konsumtionsgewohnheiten usw.) nicht zu haben sein. Dies setzt, entgegen aller weitverbreiteten Marktwirtschaftseuphorie, den Ausbau und eine weitaus radikalere Handhabung gesamtgesellschaftlicher Regulierungsinstrumentarien voraus. Die Klimastabilisierung z.B., die über die Energieerzeugung und -verwendung faktisch die gesamte Wirtschafts-, Infrastruktur- und Verkehrspolitik berührt, wird »politische Maßnahmen beispielloser Eingriffsintensität« erfordern.[25] Daß solche Umbauprozesse einerseits relativ rasch möglich sind, zeigt etwa der (verzögerte) FCKW-Ausstieg der bundesdeutschen Industrie, der aber auch erkennen läßt, daß eine entscheidende Rolle dabei dem Wechselspiel von öffentlichem Druck und gesetzlicher Regulierung zukommt.[26] Die Gewerkschaften haben dabei bisher keine besonders vorantreibende Rolle gespielt.

Der gemeinsame Nenner ökologischer Alternativen kann in der Forderung nach Kontrolle und Demokratisierung zusammengefaßt werden, denn die Masse der Beschäftigten ist von Risikodefinitionen, Grenzwertfestlegungen und gefahrenträchtigen Investitionsentscheidungen ausgeschlossen. Kernelemente der neuen tarifpolitischen Konzepte bestehen im Ausbau individueller und kollektiver Mitbestimmungsrechte. Forderungen nach einer ökologischen Produktgestaltung und Ausweitung gesetzlicher Mitbestimmungsrechte auch auf den betrieblichen Umweltschutz können in den neunziger Jahren zu einem brisanten Konfliktfeld werden.

Ein ökologischer Umbau wird Kontrolle, Öffentlichkeit und Einflußnahme auf Konzern- und Branchenentscheidungen verlangen. Damit wird allerdings nicht behauptet, daß über eine Mitbestimmung der Beschäftigten naturwüchsig ökologische Umsteuerungen eingeleitet werden. Korporatistische Branchenkoalitionen wie in der Chemieindustrie belegen eher das Gegenteil. Ohne eine breite gesellschaftliche Diskussion über Risiken und mögliche Alternativen und eine Kooperation von Gewerkschaften, Umweltbewegung und allen an einem ökologischen Umbau interessierten Akteuren wird ein solcher Prozeß nicht einzuleiten sein.

---

angesichts des Scheiterns des Sozialismus, in: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung H. 3/1990, S. 28 ff.

25 Hennicke, Peter: Wie kann die Aufheizung der Erde verhindert werden? Eckpunkte eines CO_2-Reduktionskonzepts für die Bundesrepublik, in: Memo-Forum 15, 1990, S. 72 f.

26 Vgl. Schwarz, Winfried/Leisewitz, André: Der verzögerte Ausstieg. Der FCKW-Verbrauch der bundesdeutschen Industrie 1990/91. Studie der »Ökologischen Briefe« im Auftrag von Greenpeace, Hamburg 1991.

Damit Umweltthemen als globale Überlebensprobleme auch zum innergesellschaftlich brisanten Konfliktfeld werden, spielt ihre Thematisierung durch bewußtseinsbildende Minderheiten, durch Institutionen und Organisationen wie wissenschaftliche Forschung, Umweltinitiativen, international operierende Umweltorganisationen (Greenpeace z.B.), politische Organisationen usw. eine entscheidende Rolle. Handlungsbereitschaft ergibt sich dabei für große soziale Gruppen nicht aus abstrakten Krisenszenarien, sondern dann, wenn den eigenen Bedürfnissen entsprechende Alternativen greifbar werden.

Otto König

Auf Kapitalismuskritik nicht verzichten

Den neokonservativen Kräften im vereinigten Deutschland geht es in diesen Zeiten der politischen Umbrüche nicht nur um den kurzfristigen Triumph über den Zusammenbruch der stalinistischen Abart des Sozialismus in der ehemaligen DDR und um die Eroberung neuer Anlagesphären und Absatzmärkte in Osteuropa. Die von ihnen verbreitete Parole vom »Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus« zielt zugleich auf die Zementierung der Herrschaftsverhältnisse im Westen wie auf deren Einführung in Ostdeutschland: durch Ablenkung von den ökonomischen und sozialen Problemen und die politische Diskreditierung nach wie vor notwendiger gesellschaftsverändernder Alternativen. Die jetzt erst recht notwendige Diskussion über einen demokratischen Sozialismus mit so wichtigen Essentials wie Recht auf Arbeit, soziale Sicherheit, Selbstverwirklichung des Einzelnen und Demokratisierung der Wirtschaft soll tabuisiert werden.

Insofern ist es konsequent, wenn vor dem Hintergrund des Scheiterns der zentralistischen Planwirtschaft die Arbeitgeber den Gewerkschaften zum Umdenken raten. Aus der Sicht dieser marktwirtschaftlichen »Deregulierungs-Apostel« macht es durchaus einen Sinn, den ArbeitnehmerInnen-Organisationen den Abschied von ihren Zielen und Programmen zu empfehlen. Denn es steht außer Zweifel, daß sich die gewerkschaftlichen Forderungen nach Mitbestimmung und gesamtgesellschaftlicher Rahmenplanung nach wie vor im Widerspruch zur Idee der sozialen Marktwirtschaft, d.h. der Unantastbarkeit der Verfügungsgewalt der Produktionsmittelbesitzer, befinden.

Keine Revision gewerkschaftlicher Programmatik

Der Zusammenbruch des »realen Sozialismus« ändert nichts an der Tatsache, daß die Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik durch gegensätzliche Interessen geprägt wird und den ArbeitnehmerInnen und ihren Gewerkschaften sozialer Fortschritt noch nie als Ergebnis einer partnerschaftlichen Burgfriedenspolitik geschenkt wurde. Selbst die oft gepriesene Form der »sozialpartnerschaftlichen Interessenvertretung« setzt Gegenmacht voraus. Denn auch sie findet in einem System von Rechtsnormen statt, die letztlich Ergebnis von harten Auseinandersetzungen gewesen sind.

Gerade die ArbeitnehmerInnen im Ruhrgebiet und insbesondere die StahlarbeiterInnen in Hattingen, Oberhausen und Rheinhausen haben in ihren erbitterten Kämpfen um den Erhalt der Arbeitsplätze und die Durchsetzung von beschäftigungssichernden Alternativen 1987/88 die Erfahrung gemacht, daß die »kapitalistischen Selbstheilungskräfte« bei der Überwindung von Strukturkrisen nicht funktionieren. Produktive Aktivitäten, die gesamtgesellschaftlich dringlich und unter ökologischen Aspekten unaufschiebbar sind, sind aus privatkapitalistischer Sicht schlicht unrentabel. Diese Erfahrungen und die im Ruhrgebiet gewonnene Erkenntnis, daß betriebliche Abwehrkämpfe, beschäftigungspolitische Alternativen und eine regional ausgerichtete, arbeitsorientierte Strukturpolitik einander bedingen, lassen sich nahtlos auf die Krisenregionen in den fünf neuen Bundesländern übertragen. Um die Arbeits- und Lebensbedingungen zu sichern, sind zukunftsorientierte, am gesellschaftlichen Bedarf wie an ökologischen Erfordernissen ausgerichtete Produktionslinien notwendig, und schon deshalb können ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften auf gesellschaftliche Planung und Kontrolle nicht verzichten. Es besteht also keinerlei Anlaß für eine Revision gewerkschaftlicher Programmatik, deren Ziele auf eine soziale, demokratische und menschenwürdige Gesellschaft ausgerichtet ist. Das heißt: Auf eine linke Kritik des Kapitalismus kann und darf nicht verzichtet werden. Und: Diese Kritik muß sich umsetzen in eine demokratische Reformalternative.

Neubestimmung gewerkschaftlicher Handlungsfelder

Die im Zuge der Entwicklung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses veränderten Produktionsstrukturen und Formen der Arbeit, die Veränderungen in der Klassen- und Sozialstruktur und der Zusammensetzung der Belegschaften in den Betrieben, die veränderten Lebensstile und Ansprüche der ArbeitnehmerInnen sind Grund genug zum Nachdenken in den Gewerkschaften und zwingen zu einer Neubestimmung gewerkschaftlicher Handlungsfelder. Die Anstöße dazu sind allerdings unabhängig von den Ereignissen im Osten. Dies gilt insbesondere für die Neubestimmung der gewerkschaftlichen Betriebspolitik. Die klassische Schutzfunktion der Gewerkschaften ist zu verbinden mit einer offensiven Gestaltungspolitik. Die Wahrnehmung und Verteidigung der Interessen der ArbeitnehmerInnen im Betrieb im Hinblick auf Arbeitsplätze, Einkommen und Arbeitsbedingungen erfordert eigene Vorstellungen und Vorschläge der Betroffenen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Regelung von Einkommen und Arbeitsbedingungen.

Ein Beispiel für die neuen Anforderungen an die gewerkschaftliche Betriebspolitik sind die Beschäftigungspläne. Beschäftigungspläne zielen darauf ab, daß bei Betriebsänderungen nicht wie bisher die Folgen für die Belegschaften nur sozial abgefedert (Sozialpläne), sondern zugleich Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze ergriffen werden. Dazu dienen neben der Sicherung und Erhöhung der Qualifikation der Betroffenen auch die Ausweitung des bestehenden Produktionsprogramms und die Entwicklung neuer Produkte. Beschäftigungspläne schreiben damit nicht einfach bestehende Strukturen fort, sondern gestalten Veränderungen so, daß die Interessen der ArbeitnehmerInnen zu einem zentralen Unternehmensziel erhoben werden.

Gewerkschaftliche Gestaltungsinitiativen sind auch im Hinblick auf die Veränderungen der Arbeitsbedingungen erforderlich. So ist es seit langem Ziel gewerkschaftlicher Politik, im Betrieb Arbeit humaner zu gestalten durch Abbau von Belastungen, Verbesserung des betrieblichen Arbeits- und Umweltschutzes und durch Anreicherung der Arbeitsinhalte. Rationalisierungsschutz wird nicht dadurch erreicht, daß die vorhandenen Bedingungen festgeschrieben, sondern eigene Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur Gestaltung des technologischen Wandels im Betrieb erarbeitet werden.

Es ergeben sich mithin neue inhaltliche Anforderungen an die gewerkschaftliche Betriebspolitik im Sinne einer offensiven und zugleich positiven Gestaltung betrieblicher Politik, betrieblicher Abläufe und Arbeitsprozesse.

Es ist geradezu grotesk, wenn sich die Eigentümer der zentralistisch und autoritär strukturierten Unternehmen als Gralshüter der Selbstverwirklichung der arbeitenden Menschen aufspielen. Denn die Blockierung von persönlichen Initiativen der ArbeitnehmerInnen geschah doch nicht nur in der ehemaligen DDR. Sie geschieht tagtäglich in den Betrieben auch der alten Bundesländer unter den Bedingungen der vielgerühmten »sozialen Marktwirtschaft«. Anregungen der Beschäftigten zur Veränderung von Arbeitsabläufen und Gestaltungsinitiativen der Betriebsräte werden ebenso abgeblockt wie in den alten staatsbürokratischen, zentralistischen Systemen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß im Rahmen der Konzepte der »Unternehmenskultur« von der Kapitalseite in einzelnen Fällen die Arbeit und die Arbeitsbeziehungen eine neue Aufmerksamkeit erfahren. Deshalb ist die Forderung nach Demokratisierung im gesellschaftlichen wie im wirtschaftlichen Bereich künftig noch vehementer zu vertreten. Es gilt, Kommunikationsstrukturen zu schaffen, in denen sich ein demokratischer Dialog in den Betrieben entwickeln kann. Es bedarf neuer Organisationsformen gewerkschaftlicher Arbeit im Betrieb zur Interessenselbstvertretung. Die Do-

minanz des gewerkschaftlichen Repräsentations- und Stellvertretersystems muß überwunden werden.

Gewerkschaftliche Arbeit transparent und demokratisch gestalten

Das Verlangen nach erweiterten Mitbestimmungsrechten und Beteiligungsansprüchen in Betrieb und Gesellschaft muß auch in der inhaltlichen Arbeit und in den Strukturen der Gewerkschaften seinen Niederschlag finden. Detlef Hensche stellt zu Recht fest: »Wo Solidarität zum Hütehund verkommt, wo Geschlossenheit zum Fetisch, wo Disziplin zum Selbstzweck erstarren, da gedeihen Zentralismus und Bürokratie.« (Kontrapunkt 21/1990)

Es gibt auch in den Gewerkschaften Grund genug, zentralistische Strukturen zu überdenken und Begriffe wie Disziplin und Loyalität kritisch zu hinterfragen. Denn spätestens seit der Zukunftsdebatte in der IG Metall ist es offenkundig geworden, daß die Diskussion über mehr Dezentralisierung, mehr Eigenverantwortung und mehr Autonomie verstärkt fortgesetzt werden muß. Auch in den Gewerkschaften sind Korrektive gegen bürokratische Verhaltensweisen und autoritäre Führungsstile, in deren Gefolge sich sehr schnell Duckmäusertum breit macht, notwendig. Kritische Meinungen werden noch längst nicht immer als produktive Bereicherung angesehen. Es fällt nach wie vor noch schwer, demokratische Willensbildungsprozesse in den Untergliederungen zu akzeptieren. Zusätzliche personelle Kandidaturen auf Gewerkschaftstagen bekommen den Stempel der Illoyalität. Personelle Entscheidungen werden am Gewerkschaftstag vorbei in leichter zu beeinflussenden Gremien, wie z.B. im Beirat der IG Metall, getroffen. Wer demokratische Emanzipation ernst nimmt, muß bereit sein, den Stil der demokratischen Auseinandersetzung in der IG Metall zu überdenken.

Die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften drückt sich nicht in wohlformulierten Beschlüssen aus. Die ArbeitnehmerInnen registrieren sehr aufmerksam die Widersprüche zwischen der Beschlußlage und dem Handeln. Identifikation mit ihrer Organisation ist den Mitgliedern nicht mehr zu verordnen. Sie wollen sich in den Betrieben gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft Freiräume der Eigenständigkeit und Kreativität schaffen und erwarten, daß die gewerkschaftliche Arbeit transparenter und demokratischer gestaltet wird – demokratischer als das Verhalten jener Unternehmer, gegen deren willkürliche Übergriffe sie sich derzeit und in Zukunft sowohl in Ost- also auch in Westdeutschland gemeinsam wehren müssen.

Johannes Steffen

Steht die Verteilungsfrage auf dem Kopf?

– Anmerkungen zur sozialen Frage und Sozialpolitik im gespaltenen Deutschland –

1. Die 80er Jahre: Soziale Probleme waren nicht themenbestimmend

Über die vergangene Dekade stieg die Zahl der jahresdurchschnittlich registrierten *Arbeitslosen* in der Bundesrepublik um rd. 130% – auf 2 037 800 Männer und Frauen in 1989. Parallel hierzu kletterte die Zahl der *SozialhilfeempfängerInnen* von 2,14 (1980) Millionen auf 3,63 Millionen. Alleine die Zahl der Menschen, die auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) angewiesen waren, hat sich mehr als verdoppelt – von 1,32 Millionen auf 2,77 Millionen; die »*Dunkelziffer*« der zwar anspruchsberechtigten, statistisch aber nicht evidenten Armutspopulation ist mit noch einmal rd. 2,7 Millionen Menschen zu veranschlagen. Die *Wohnungsnot* hat zugenommen, der Wohnungsfehlbestand in der Alt-BRD wird mit 1,5 Millionen Wohnungen beziffert, die Zahl der *Obdachlosen* wird auf 1,2 Millionen Personen geschätzt – und dennoch: die 80er Jahre waren nicht das Jahrzehnt der sozialen Themen; einmal abgesehen von den Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche und (vorübergehend) um den § 116 AFG konnten auch die Gewerkschaften nicht den sozialpolitischen Themenkatalog bestimmen. »Zwei-Drittel-Gesellschaft«, »Neue Armut« und Kampagnen gegen den Sozialabbau hatten und haben zweifelsohne ihre Bedeutung, sie skandalisierten einen Skandal – dies war aber auch gleichzeitig zu sehr ihr Hauptanliegen und ihre Begrenzung, als daß sie zu einem Kristallisationspunkt sozialer Bewegung mittels »konkreter Utopien« hätten werden können. Vor diesem Hintergrund entsteht der Eindruck, daß die »soziale Frage« vom Zentrum gesellschaftlicher Konflikte an die Peripherie gedrängt und »regulierbar« geworden ist.

Mit der »Wende« von 1982/83 wurde Sozialpolitik zudem auch parlamentarisch endgültig von Konservativen und Marktradikalen besetzt – Begrifflichkeiten wurden oder waren bereits »eingenordet«: »Macht«, »Herrschaft«, »Ausbeutung« oder »Entfremdung«, um nur einige zu nennen, meinten nicht mehr Abhängigkeitsverhältnisse im Produktionsprozeß – sie dienten von da an gezielt zur Bezeichnung sozialstaatlicher Einrichtungen und

Leistungsgesetze. Helmut Kohl faßte dies in seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 mit den Worten zusammen: »*Wenn wir den alten Weg gedankenlos weitergehen, stürzen wir den Menschen in die neue Entfremdung eines anonymen, bürokratischen Wohlfahrtsstaates, kaum daß wir ihn durch die Soziale Marktwirtschaft aus der Entfremdung des Kapitalismus befreit haben.*«

Derartige *Sozialstaatskritik von rechts*, die ansetzt an verbreiteten Erfahrungen mit bürokratischen Strukturen, an von Laien kaum mehr durchschaubaren Anspruchsvoraussetzungen und Verteilungswirkungen von Sozialleistungen und Sozialpolitik sowie an nicht bestreitbaren Defiziten und Sicherungslücken für die »wirklich Bedürftigen«, war aus dem Munde der Kritiker nichts anderes als emanzipatorisch verbrämte Rechtfertigung für einen rigorosen Sozialabbau und eine massive Umverteilungspolitik von unten nach oben. Sie war gleichzeitig Hebel, um Sozialpolitik *selbst* zum *Instrument* eines postmodernen, marktradikalen Zukunftsmodells zu machen: Abbau von Elementen des Solidarausgleichs, Stärkung des Äquivalenzprinzips von Beitrag und Leistung sowie Privatisierung – im Sinne von Individualisierung wie auch von Vermarktung – sozialer Risiken und ihrer Kosten waren und sind wesentliche Kennzeichen des Sozialabbaus der 80er Jahre. Die Haushaltsoperationen 1982-1984 mit den einschlägigen Novellierungen der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die Deregulierung des Arbeitsrechts (Stichwort: »Beschäftigungsförderungsgesetz«) und »Gesundheitsreform« waren die noch heute geläufigen und wirksamen Pakete.

Das vorgebliche Ziel, die Reduzierung des Herrschaftscharakters von Sozialpolitik, aber wurde dadurch nicht erreicht; im Gegenteil – mehr *Marktkonformität innerhalb der Sozialleistungssysteme* und mehr *Konformität im Markt* durch verstärkte Auslieferung der Betroffenen unter die Zwänge des Marktes waren die hauptsächlichen Ziele. Der neuen Oppositions- und alten Regierungspartei wie auch den Gewerkschaften, die beide bis dato in ihrer übergroßen Mehrheit Wachstum immer als Voraussetzung für sozialpolitische Verteilungsspielräume betrachtet hatten, gingen mit rückläufigen Wachstumsraten die Argumente aus – beide kaprizierten sich letztendlich in ihrer sozialpolitischen Oppositionsrolle auf das Einklagen »*sozialer Symmetrie*« *beim Sozialabbau*. Dies aber war und ist keine dauerhafte Basis für soziale Gegenbewegungen – zumal die Vereinzelung der Betroffenen, der ausgegrenzten Arbeitslosen, Armen, Alten und Kranken wie auch der minder- oder ungeschützten betrieblichen Randbelegschaften, nicht überwunden werden konnte. Zudem reflektierten die thematisierten sozialen Probleme unterm Strich viel zu wenig die voranschreitende Innen-Differenzierung der Arbeitnehmerschaft und die damit einhergehende Interessen-Pluralisierung und -Ausdifferenzierung. Eine »Ellenbogengesellschaft« hat eben nicht nur blaue Flecken am Körper zur Folge, sie wirkt auch auf das Denken,

Empfinden und Wahrnehmen – der »Verlierer«, aber eben auch der »Gewinner«.

2. Die soziale Polarisierung im vereinten Deutschland nimmt zu

Ohne daß die Alt-BRD einer Lösung der sozialen Probleme nähergekommen ist, entwickelt sich das vereinte Deutschland nunmehr zu einer *sozial* und *regional* tief gespaltenen Gesellschaft. Trotz staatlicher Vereinigung, offener Grenzen, einer einheitlichen Währung und einer weitgehend identischen Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialverfassung sind die Menschen im Osten und die im Westen weiterhin getrennt. Auch nach den bis dato durchgesetzten kräftigen Nominallohnsteigerungen liegt das Niveau der Arbeitnehmereinkommen immer noch deutlich unter dem des Westens. Sozial- und Arbeitsmarktpolitik federn die schlimmsten sozialen Auswirkungen des fundamentalen ökonomischen Umbruchs ab – ohne aber den Graben zwischen Ost und West einzuebnen. Die Sozialleistungen im Osten ensprechen heute zwar prinzipiell denen im Westen – diese Identität bezieht sich allerdings auf Strukturen und Leistungsprinzipien und nicht auf das *Leistungsniveau*. Die aus dem Westen übertragene fast ausschließliche *Lohn- und Beitragsbezogenheit* von Sozialleistungen hat aufgrund der deutlich niedrigeren Ost-Löhne und -Gehälter zwangsläufig ein niedrigeres Sicherungsniveau etwa bei Arbeitslosigkeit oder im Alter zur Folge – bei einem im einheitlichen Wirtschafts- und Währungsgebiet weitgehend einheitlichen Preisniveau! Von einer sozialen und ökonomischen Einheit oder von einer Einheitlichkeit der Lebenslagen und Lebenschancen in Deutschland kann keine Rede sein. Das neue Deutschland ist ein vereinter Staat mit zwei Gesellschaften – *zwischen* denen und *innerhalb* derer sich die Lebensverhältnisse in einem extrem breiten Maße ausfächern.

Innerhalb der beiden Ex-Deutschländer war eine derartige Entgegensetzung von Arm und Reich bis dato unbekannt. Trotz der schweren Struktur- und Branchenkrisen etwa im Bergbau, der Eisen-, Stahl- und Textilindustrie oder auch im Werftenbereich und trotz Neuer Armut und Zwei-Drittel-Gesellschaft war und ist die Alt-BRD eine *regional* noch vergleichsweise homogene Gesellschaft. Dies hat sich mit dem Tag der Vereinigung für Gesamt-Deutschland schlagartig geändert und es wird Jahre dauern, bis diese regionalen Disparitäten merklich reduziert werden können.

Zudem profitiert – in völligem Gegensatz zu den ursprünglichen Prophezeiungen – (derzeit) nicht der Osten, sondern der Westen vom Einigungsprozeß; der ökonomisch ohnehin schon potentere Teil wird noch reicher, während sich aufgrund der gleichen Ursachen der Niedergang im Osten be-

schleunigt bzw. verfestigt. Die wirtschaftliche Lage der Westdeutschen hat sich im *Durchschnitt* deutlich verbessert. Allerdings verdeckt eine umstandslose Gleichsetzung von Arm und Reich mit Ost und West die Differenzierungen *innerhalb* der jeweiligen Gesellschaften. Im Schatten des historisch einmaligen allgemeinen Wohlstandsniveaus steht in der Alt-BRD eine wachsende Zahl von Ausgegrenzten. In der westdeutschen Wohlstandsgesellschaft sind Existenzrisiken nicht nur nicht verschwunden, sondern sie haben in den letzten Jahren eher zugenommen. Den Langzeitarbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Pflegebedürftigen oder Wohnungssuchenden geht es durch die Vereinigung Deutschlands keineswegs besser. Der Hinweis, daß in den östlichen Bundesländern viele Menschen unter teilweise noch schwierigeren Bedingungen leben müssen, löst kein einziges der sozialen Probleme im Westen. Er verstärkt vielmehr die Gefahr, daß jene Personen(-gruppen), die schon bislang nur weit unterdurchschnittlich gesellschaftliche (Mindest-) Teilhabestandards realisieren konnten, durch den Vereinigungsprozeß noch weiter an den Rand gedrängt und/oder völlig ausgegrenzt werden.

Auf insgesamt abgesenktem Niveau wird sich diese Trennung von Gewinnern und Verlierern auch in den neuen Bundesländern sehr bald und sehr deutlich zeigen. Von den dort ehedem vorherrschenden vergleichsweise *egalitären* sozialen Strukturen geht der Weg hin zu einer bislang unbekannten *Polarisierung* von Einkommen, Lebenslagen und Lebensrisiken – vielleicht noch radikaler als im Westen. Dem »neuen Reichtum« insbesondere des Mittelstandes und der Fachkräfte in den hochmodernen, produktivitätsstarken Produktions- und Dienstleistungsbetrieben (»Produktivitäts-Enklaven«) wird die »neue Armut« der Ausgegrenzten gegenüberstehen. Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, unzureichendes Einkommen, Bedrohung der Wohnung – diese Sorgen werden zum Alltag vieler, wenn nicht der Mehrheit der Neu-BundesbürgerInnen zählen. Im Gegensatz zu den Versprechungen von Wirtschaftswunder und *allgemeinem* Wohlstand wird das neue Deutschland vor allem auch ein Land mit einer sehr großen und wachsenden Armutspopulation sein. Die nunmehr zweifelsohne »innerdeutsche« Spaltung wird noch über Jahre als Spaltung zwischen Ost und West wahrgenommen werden, obwohl die *realen* gesellschaftlichen Spaltungen immer deutlicher quer hierzu verlaufen. Diese Ungleichzeitigkeit zwischen realer Entwicklung und gesellschaftlicher Wahrnehmung derselben birgt sehr widersprüchliche Interessenkonstellationen bei den anstehenden Verteilungsfragen in sich.

3. Zwei-Drittel-Gesellschaft im Westen – halbierte Gesellschaft im Osten

Die *durchschnittlichen Bruttolöhne* in Ostdeutschland nahmen im vergangenen Jahr mit rd. 20 Prozent kräftig zu, und auch für 1991 wird eine mindestens ebenso hohe Steigerung prognostiziert. Das Arbeitsentgelt-Niveau liegt damit aber immer noch lediglich zwischen 1 600 DM und 1 700 DM monatlich. Die Steigerungssätze der Löhne und Gehälter werden sich allerdings – insbesondere auch wegen der tarifpolitisch zum Teil ausgehandelten stufenweisen Angleichung der Lohnniveaus zwischen Ost und West – fortsetzen, so daß sich das *Einkommensniveau der Beschäftigten* sehr bald grundlegend verbessern und immer näher an das westdeutsche Tarifniveau heranrücken wird. Diese »Tariseinheit« impliziert allerdings auch eine Entwicklung hin zu großen Einkommensabständen je nach Branche und Qualifikation. Die von Durchschnittssätzen verdeckte extreme Spreizung der Arbeitsentgelte wird vor allem auch zu Lasten der Frauen gehen, und sie wird komplettiert werden durch für die ehemalige DDR unbekannte Niedrig(st)einkommen aus Teilzeit-, prekären und völlig ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen. Zwar sind die Lohndivergenzen zwischen Ost und West bei den *Nettogrößen* wegen der durchschnittlich niedrigeren Belastung infolge des progressiven Einkommensteuertarifs geringer als bei den Bruttogrößen, und auch das Gefälle der *Haushaltseinkommen* ist aufgrund der im Durchschnitt größeren Privathaushalte und der höheren Zahl von Einkommen erwerbenden Personen pro Haushalt nicht so stark ausgeprägt wie bei den individuellen Erwerbseinkommen. Infolge der massiven Arbeitslosigkeit, sinkender Erwerbsquoten und der Verdrängung gerade der Frauen vom Arbeitsmarkt wird sich dieser Strukturunterschied jedoch sehr bald aufheben – wenn nicht sogar umkehren.

Zur Jahresmitte 1991 deutet sich folgende Entwicklung an: bis zu zwei Millionen Arbeitslose in absehbarer Zeit, eine möglicherweise ebenso hohe Zahl von KurzarbeiterInnen, von denen bis zu drei Viertel einen Arbeitsausfall von weit über 50 Prozent haben werden, über 500 000 BezieherInnen von Vorruhestands- bzw. Altersübergangsgeld sowie laut Planzahlen des Bundesarbeitsministeriums jahresdurchschnittlich etwa 350 000 TeilnehmerInnen an beruflichen Bildungsmaßnahmen. Insgesamt ergibt dies ein Potential von rund 4 Millionen Menschen, die in der Hauptsache von den niedrigen (Lohnersatz-) Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit leben müssen, sofern sie nicht völlig aus deren Leistungsbezug ausgegrenzt werden. Die neuen Bundesländer steuern also in absehbarer Zeit auf die dramatische Situation zu, daß nur noch etwa die Hälfte der ehedem rund 9,5 Millionen Beschäftigten

ein *volles* Arbeitseinkommen bezieht. Ihnen stehen die Ausgegrenzten und Ausgegliederten gegenüber, von denen wiederum über die Hälfte davon ausgehen muß, nie wieder (voll) in den Arbeitsmarkt der neuen Länder integriert werden zu können.

Bei einem *durchschnittlichen* Nettoarbeitsentgelt von gegenwärtig etwa 1 250 DM belaufen sich die davon abgeleiteten monatlichen Geldleistungen auf folgende Größenordnungen (*ohne* bzw. *mit* unterhaltsberechtigten Kindern):

- beim Arbeitslosengeld 790 bzw. 850 DM,
- bei der Arbeitslosenhilfe 700 bzw. 725 DM,
- beim Unterhaltsgeld 810 bzw. 910 DM,
- beim Vorruhestandsgeld 875 DM und
- beim Altersübergangsgeld (Neuzugänge) 810 DM.

Viele der heute bereits Betroffenen erhalten deutlich niedrigere Unterstützungszahlungen als die hier nur beispielhaft berechneten Beträge. Insgesamt werden die quantitativen Dimensionen der alleine in den neuen Bundesländern aus dem Beschäftigungssystem ausgegrenzten und auf minimale Subsistenzmittel in Höhe von monatlich zwischen 600 und 900 DM verwiesenen Menschen ein Ausmaß annehmen, das im bundesdeutschen Sozialsystem bisher keine Vergleiche kennt. Dies wiederum läßt erkennen, daß der *Entwicklung der Arbeitseinkommen* in Ostdeutschland hinsichtlich der Beschreibung der dortigen Einkommens- und Lebensverhältnisse nur noch eine sehr begrenzte Aussagefähigkeit zukommt. Die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung muß bis auf weiteres – eben weil Arbeitslosigkeit auch im Osten alles andere als eine kurzfristige, friktionelle Übergangserscheinung ist – von *Sozialeinkommen* und/oder *privaten Unterhaltsleistungen* leben. Während sich in Westdeutschland nicht zuletzt auch wegen der anhaltend hohen Aus- und Übersiedlerzahlen die Zwei-Drittel-Gesellschaft verfestigt, steuern die neuen Bundesländer auf eine »halbierte Gesellschaft« zu.

4. Die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West erfordert über Jahre hinaus hunderte Milliarden öffentlicher Transferzahlungen

Von den bereits Mitte diesen Jahres in Gesamtdeutschland »registrierten« fast 6 Millionen Arbeitslosen, KurzarbeiterInnen, VorruheständlerInnen und BürgerInnen in Warteschleifen leben rund 4 Millionen in den neuen Bundesländern. Auch die »offizielle« Armutspopulation (Zahl der Sozial-

hilfeempfängerInnen) im Osten wird bald ein (relativ) höheres Ausmaß annehmen als im Westen.

Die Unterstützungsleistungen an die Ausgegrenzten in West und Ost müssen in ihrer überwiegenden Mehrheit über öffentliche Transfers aufgebracht werden. Leistungen der *Sozialversicherung* etwa werden aus dem Beitragsaufkommen der Beschäftigten finanziert. Das Beitragsaufkommen-Ost reicht aber bei weitem nicht aus, um die dortigen Ausgaben zu decken. Obwohl die Bruttolöhne und -gehälter in den neuen Ländern und damit auch das Beitragsaufkommen pro Beschäftigten im Durchschnitt deutlich steigen werden, so hängt doch die Summe des beitragspflichtigen Entgelts vom Beschäftigungsstand ab; der aber wird auf nicht absehbare Zeit niedrig bleiben. Andererseits aber führen deutlich steigende (Netto-) Arbeitsentgelte der Beschäftigten – mit unterschiedlicher Zeitverzögerung und über die Spezifika des jeweiligen Sozialleistungsbereichs »gebrochen« – wegen der *lohnbezogenen Dynamisierung* ceteris paribus auch zu in ihrer absoluten Höhe steigenden Sozialeinkommen. Umlagefinanzierung und Lohndynamisierung von Sozialversicherungsleistungen haben aber letztlich Vollbeschäftigung zur Voraussetzung. Bei hoher und langandauernder Arbeitslosigkeit kollabiert das System, werden Beiträge erhöht und/oder Leistungen gekürzt. Wie aber sollen zwischen vier bis sechs Millionen Beschäftigte die rund vier Millionen laufenden Renten und die etwa ebenso hohe Zahl der vom Arbeitsmarkt Ausgegrenzten finanzieren? Dies ist nur über Finanztransfers zwischen den Regionen West und Ost überhaupt zu bewerkstelligen.

Gleiches gilt für die weitgehend *steuerfinanzierten Sozialleistungen* und Sozialeinrichtungen – und es gilt erst recht für den gesamten Bereich der öffentlich zu gewährleistenden, auf- und auszubauenden Infrastruktur, die Beseitigung ökologischer Altlasten und die Verhinderung zusätzlicher ökologischer Belastungen. Solange sich Produktions-, Produktivitäts- und Beschäftigungsniveau zwischen beiden Teilen Deutschlands nicht in etwa angeglichen haben, werden über Jahre erhebliche finanzielle Transferströme von West nach Ost fließen müssen, um Massenelend zu vermeiden, die ökonomische Umstrukturierung zu flankieren und einen Investitions- und Produktionsschub zu ermöglichen. Die Deutsche Bundesbank schätzt den für 1991 fälligen Betrag auf 140 Mrd. DM, das entspricht fast zwei Dritteln des erwarteten Bruttoinlandsprodukts-Ost in Höhe von rund 221 Mrd. DM. Andere, wie etwa Kurt Biedenkopf, halten bis über das Jahr 2000 hinaus jährliche Transferzahlungen zwischen 100 und 150 Mrd. DM für erforderlich. Ein Großteil dieser Transfers wird für Sozialleistungen verausgabt werden müssen. Alleine die Bundesanstalt für Arbeit kalkuliert in ihrem Haushaltsplan für 1991 mit Nettofinanzströmen gen Osten in Höhe von rund 25 Mrd. DM,

und die »Renteneinheit« ab 1992 wird mit mindestens 8 bis 10 Mrd. DM jährlichen Zusatzkosten zu Buche schlagen.

5. Wie soll die Überwindung der Teilung durch Teilen konkret aussehen?

Die gerade auch wegen des Umbruchs im Osten gestiegenen »Gewinne« der Westdeutschen – vor allem der Unternehmen, Selbständigen und Vermögensbesitzer, aber eben auch der ArbeitnehmerInnen, deren vorjährige 5-prozentige Steigerung der Nettolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten weder in den 70er noch in den 80er Jahren einen Vergleich findet – werden wegen des dringenden Erfordernisses, nun auch die *soziale* Einheit herzustellen und zu finanzieren, wieder verloren gehen. So ungleich wie die Gewinne der Vereinigung im Westen verteilt wurden und werden, so ungleich werden die nun abverlangten Opfer verteilt. Die *Beitragssatzerhöhungen* vom April, mit denen die Finanzierung der riesigen Arbeitsmarktprobleme fast ausschließlich den Versicherten aufgebürdet wird, und das seit Juli wirksame *Steuerpaket*, das den LohnsteuerzahlerInnen in etwa das wieder nimmt, was ihnen im Zuge der Steuerreform 86/90 gegeben wurde, lassen erahnen, wie auch künftig die Verteilungsprobleme »gelöst« werden sollen. Schon heute ist absehbar, daß Sozialabbau und weitere Abgabenerhöhungen anstehen werden.

Die Teilung ist selbstverständlich nur durch Teilen zu überwinden; dafür sind zum einen finanzielle *Transferzahlungen* unverzichtbar – ebenso unverzichtbar ist die Aufrechterhaltung bzw. der Wiederaufbau des Produktionsstandortes Ex-DDR; das aber wiederum erfordert möglicherweise nicht nur einen Verzicht auf einen weiteren Ausbau von *Produktionskapazitäten* im Westen, sondern auch die regionale Verlagerung bereits vorhandener Kapazitäten gen Osten – mithin Abbau von Produktionskapazitäten und (möglichen) Arbeitsplätzen im Westen! Denn je krasser die regionale Disparität ausfällt und je länger sie Bestand hat, um so stärker wird die Wanderungsbewegung von Ost nach West wieder anschwellen. Hinzu kommt die wachsende Zahl der Berufspendler, wobei Pendelarbeit häufig nur die Vorstufe eines dauerhaften Wohnsitzwechsels ist. Dieser Exodus wird sich nicht nur auf die leistungsstarken und mobilen Fachkräfte beschränken – auch viele Arbeitslose und Deklassierte werden versuchen, ihre Chance im Westen zu finden. Wird also das erforderliche Teilen nicht gesellschaftlich und politisch organisiert, so wird es vom Markt erzwungen – für »Geber« wie für »Nehmer« zu allerdings härteren und schlechteren Bedingungen.

Wie keine andere ist die »Soziale Frage« mit der deutschen Vereinigung ins Zentrum der innenpolitischen Themen zurück katapultiert worden. Soll der Beitritt zur Bundesrepublik in den neuen Ländern nicht in einer sozialen Katastrophe enden – deren politisch katastrophale Folgen schnell an die Wand projiziert sind –, so müssen sich die Kräfte »links der Mitte« und insbesondere auch die Gewerkschaften umgehend mit der Frage befassen: Wie soll konkret die Überwindung der Teilung durch Teilen aussehen? – Eine dauerhafte ökonomische und soziale Kluft hat unweigerlich (sozial-) politische Rückwirkungen auf den Westen, denn der ist jetzt auch nichts anderes mehr als ein Teil von Gesamtdeutschland. Die Konkurrenzkämpfe auf Arbeits- und Wohnungsmarkt werden sich infolge der Wanderungsbewegungen dramatisch verschärfen, die erreichten *arbeits- und sozialrechtlichen Schutzstandards* werden massiv unter Druck geraten; welche negativen Auswirkungen anhaltende Massenarbeitslosigkeit in den angedeuteten Dimensionen auf die hauptsächlich von den Gewerkschaften zu führenden Verteilungsauseinandersetzungen (Tarifpolitik) hat, kann sich jeder ausmalen. Die theoretisch immer wieder herausgestellte Funktion einer industriellen Reservearmee solchen Ausmaßes und der damit verbundenen Zunahme der Zahl von Arbeits-Nomaden könnte dann sehr schnell in der Praxis verifiziert werden.

Den *vertikalen* Verteilungskämpfen im Westen treten nun die *vertikalen* Verteilungskämpfe im Osten zur Seite – keineswegs immer kompatibel und deckungsgleich, sondern in ihren Themen und Zielen durchaus verschieden; welche Rolle kann und wird z.B. die Frage der Arbeitszeitverkürzung (35-Stunden-Woche) angesichts des enormen materiellen Nachholbedarfs im Osten als Beitrag der dort Beschäftigten zur Reduzierung der Massenarbeitslosigkeit spielen? Die vertikalen Verteilungskämpfe *in* Ost und West werden zudem überlagert (vielleicht sogar dominiert) und verquicken sich auf sehr unterschiedliche Art mit dem *horizontalen* Verteilungskonflikt *zwischen* Ost und West. Die ganze Palette dessen, was die Alt-BRD hauptsächlich in der ersten Hälfte der 80er Jahre an »Mißbrauchs«-, »Konsolidierungs«- und sonstigen Diskussionen erlebt hat, kann wieder aufleben – sehr viel heftiger und zudem verzerrt durch die neuen »regionalen Komponenten«. Die Notwendigkeit zur Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse als Rechtfertigung für eine neue, viel gigantischere Runde von Sozialabbau und Umverteilungspolitik von unten nach oben?

Das Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands stellt eine enorme gesellschaftliche und politische Herausforderung dar, die ihresgleichen in der deutschen Nachkriegsgeschichte nicht findet. Sollten sich maßgebliche oppositionelle Kräfte im Westen – vor allem weil sie die DDR *überhaupt nicht* oder doch nicht *so* (schnell) haben wollten – dieser Aufgabe »bockig« oder mit dem Hinweis scheinbar Unbeteiligter – »Seht doch zu, ihr Vereini-

gungseuphoriker, wie ihr mit dem Kladderadatsch jetzt fertig werdet« – nicht stellen, so läuft »Opposition« Gefahr, endgültig jeden politischen Gestaltungs-Anspruch aufzugeben.

6. Bemerkungen zur Rolle von Sozial- und Verteilungspolitik

Der ins Zentrum der innenpolitischen Themen zurückgekehrten *»Sozialen Frage«* muß sich die Linke stellen. Und zwar nicht – wie bislang häufig – als »notwendiger« Dekoration und illustrativem Beiwerk einer Verelendungs-Lehre, um höhere und weiterreichende Ziele zu begründen und zu rechtfertigen. Schließlich haben wir die soziale Frage auch deshalb wieder im Zentrum, weil diese weiterreichenden Ziele in der Praxis so offensichtlich gescheitert sind. Soziale Frage und Sozialpolitik müssen vielmehr als *zentraler Handlungsbereich* gesellschaftlicher Auseinandersetzungen *im* und *für* das *Hier* und *Jetzt* begriffen werden. Selbstverständlich heißt das auch: Abbau der mit den überhöhten Zielen einhergehenden faktischen Arroganz gegenüber der – immer zwiespältigen – Reformpolitik unter kapitalistischen Verhältnissen. Kapitalismuskritik enthebt die Kritiker nicht der Notwendigkeit – sondern sie erzwingt diese geradezu, will sie politisch nicht folgenlos bleiben –, die bestehenden (kapitalistischen) Lebens-Verhältnisse zu verbessern und damit möglicherweise über die Verbesserung der sozialen Verhältnisse auch den Kapitalismus »überlebensfähiger« zu machen.

Kurzum: Linke Politik, die den Anspruch auf Veränderung der bestehenden Verhältnisse nicht aufgeben will, kann sich längst nicht mehr auf die Entlarvung des konservierenden, systemerhaltenden Charakters von Sozialpolitik beschränken. Sie muß vielmehr *Sozialpolitik* begreifen und besetzen als *zentralen Politikbereich*, dessen Widersprüchlichkeit es ja gerade ist, die die Chancen für praktisch einforderbare »Solidarität« mit den viel zu häufig nur als Objekt begriffenen »Opfern des Systems« eröffnet. Also: Für eine Reaktivierung von mehr »Reformismus« anstelle des Sozialtechnokratismus in der Sozialpolitik, oder anders herum: *»Mehr (linke!) Ärzte ans Krankenbett des Kapitalismus«.*

Dies ist keineswegs ein Votum für eine neue politische Bescheidenheit, im Gegenteil: das große Feld, das zwischen einer administrativ, sozialtechnokratisch sowie ausschließlich in und für die jeweiligen Sozialversicherungssysteme gehandhabten Sozialpolitik auf der einen und den die »systemerhaltende« Sozialpolitik belächelnden »großen Würfen« auf der anderen Seite liegt, muß links offenbar wieder neu entdeckt werden. So verstandene »reformistische Sozialpolitik« hat stets die *Lockerung des Lohnarbeitszwangs* (Warencharakter der Arbeitskraft) zum Ziel und ist insofern immer Gegenpol zu

Profitlogik und Marktgesetzlichkeit. Nichts macht dies im übrigen so deutlich wie die in der sozialdemokratischen Regierungspolitik der 70er Jahre wurzelnde sozialpolitische Wende der 80er Jahre, die gerade umgekehrt den marktkonformen Umbau der sozialen Sicherungssysteme zu weiten Teilen realisieren konnte.

Sozialpolitik beschränkt sich vom Gegenstand her auch keineswegs auf die *Sekundärverteilung*, also die Umverteilung der Primäreinkommen über steuer- oder beitragsfinanzierte gesellschaftliche Fonds in Gestalt der Sozialversicherungsträger oder die aus staatlichen Haushalten finanzierten sozialen Leistungsgesetze. So zentral dieses Charakteristikum ist, so sehr hat Sozialpolitik in ihrer Anlage immer auch die Veränderung der *Primärverteilung* selbst – mithin die Verteilungskonflikte, die auf der Basis von Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie ausgetragen werden – als Ziel und Ansatzpunkt im Auge zu haben. Drittens schließlich und mit Blick auf ihren historischen Ausgangspunkt in Deutschland (»Preußisches Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken« von 1839) war und ist Sozialpolitik in Form von Arbeits- und Arbeitszeitschutz sowie in Gestalt des individuellen und kollektiven Arbeitsrechtssystems immer eine Politik, die den Anspruch hatte und haben muß, die jeweils historisch konkret ausgeprägten Kapitalverwertungsbedingungen und »-gelüste« zugunsten und zum Schutze der Abhängigen, weil »Nichteigentümer«, und ihrer Familien zu beeinflussen. Neben der Verteilungspolitik ist es diese »*Arbeits-« oder »Produktionspolitik*«, die ein wesentliches Charakteristikum von Sozialpolitik ausmacht. Als Gegenprinzip zur Verwertungslogik des Kapitals kommt der Sozialpolitik in allen drei genannten Bereichen eine nicht zu unterschätzende zivilisierende Wirkung auf die gesellschaftlichen Verhältnisse zu.

Als wesentliches Feld politischer Auseinandersetzungen in einer antagonistischen Gesellschaft kann Sozialpolitik *marktkonform* gestaltet und *herrschaftssichernd* instrumentalisiert werden; ebenso aber birgt sie in sich die Option des *Solidargedankens* und *Solidarausgleichs* sowie der *Lebenslagesicherung* – und damit der Lockerung des Lohnarbeitszwangs im Wege einer ausreichenden materiellen Sicherung etwa bei Arbeitslosigkeit oder im Alter. Je mehr dies der Sozialpolitik auf der Ebene der Sekundärverteilung gelingt, um so mehr wird auch ihre Position im Konflikt um die Primärverteilung und die sonstigen Arbeitsbedingungen gestärkt. Je mehr andererseits die Pufferfunktion etwa der Arbeitslosenversicherung hinsichtlich einer Verschlechterung von Arbeitsbedingungen bei einer anwachsenden industriellen Reservearmee an Wirksamkeit verliert, um so mehr kann Schmutzkonkurrenz – erzwungen über die materiellen Verhältnisse – auf den Arbeitsmärkten Platz greifen und um so mehr werden Positionen im Primärverteilungskonflikt negativ beeinflußt.

Sozialpolitik ist stets Verteilungspolitik und damit eingebettet in und *Teil des Verteilungskonflikts zwischen Kapital und Arbeit*. Da soziale Sicherungspolitik auf der Finanzierungsseite angewiesen ist auf die Abzweigung von Wertschöpfungsanteilen aus der jeweils laufenden Periode (Umlagefinanzierung), beeinflußt sie durch diese Entzugseffekte nicht nur die Nettoeinkommensverteilung, sondern sie ist und bleibt damit auch abhängig von der »originären« Dynamik kapitalistischer Akkumulation und Distribution. Diese Abhängigkeit ist nicht auszuhebeln. So wenig erfolgreich die Suche des Physikers nach einem »perpetuum mobile« bleiben wird, so wenig kann es der Sozialpolitik jemals gelingen, sich aus der Abhängigkeit von ihren ökonomischen Grundlagen zu befreien. Diese Abhängigkeit aber kann *politisch* gelockert werden. Das setzt natürlich voraus, Sozialpolitik nicht als isoliertes Handlungsfeld (etwa je gegeneinander abgeschottete Politik in und für Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung) zu begreifen, sondern sie einzubetten in ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Gesamtkonzept, das gegen die Kapitaldynamik und Profitlogik opponiert. Da auch eine Sicherung der Finanzen der Sozialpolitik nur im Wege der Austragung konkurrierender Verteilungsansprüche zu erreichen ist, muß sich Sozialpolitik gegen die Kapitalinteressen stellen. Tut sie dies nicht, so bleibt ihr in der Tat nur der sozialtechnokratische »Ausweg«, die beiden Teile des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsfonds der abhängig Beschäftigten und ihrer Familien – nämlich *Nettolöhne* und *Sozialtransfers* – je gegeneinander auszuspielen. Eine solche Sozialpolitik verzichtet zwar darauf, die Verteilungsfrage zu stellen, sie beantwortet sie aber gerade deswegen um so eindeutiger. Seit jeher versucht sozialpartnerschaftliche Politik diesen einfacheren Weg zu gehen.

So oder so: Sozialpolitik steht mitten im Verteilungskonflikt, ist sein Spiegelbild wie auch sein Aktionsfeld. Die Auseinandersetzungen um Absorption und Verteilung von Mitteln für soziale Sicherungspolitik lösen den Verteilungskampf um Primäreinkommensanteile keineswegs ab, sondern sie führen ihn fort und ergänzen ihn. So hat bekanntlich die seit Jahren anhaltende Massenarbeitslosigkeit im Westen nicht nur die Primäreinkommensverteilung zugunsten des Kapitals verändert (sinkende Lohnquote) – die Kapitalverwertungsposition wurde auch staatlicherseits noch zusätzlich verbessert (u.a. Steuersenkungen, Deregulierung). Ebenso wurde die über den Markt vermittelte zunehmende Primäreinkommens- und Lebenslagedifferenzierung durch staatliche Verteilungspolitik nicht etwa nivelliert, sondern noch zusätzlich forciert (Sozialabbau, Umverteilung von unten nach oben).

So wie Sozialpolitik bei der *Finanzierung* mit den Verteilungsansprüchen privater Kapitalverwertung konfrontiert wird, ebenso muß sie sich dieser Verteilungsansprüche bei der *Mittelverwendung* (marktkonforme versus »so-

lidarische« Ausgestaltung der sozialen Sicherung) erwehren. Will sie ihrer (entstehungsgeschichtlichen) Aufgabe gerecht werden und über Schutznormen sowie Versorgung der abhängig Beschäftigten und ihrer Familien im Risikofalle den Lohnarbeitszwang lockern, so muß sie sich sowohl im Arbeits- und Produktionsprozeß als auch auf der Finanzierungs- und Verwendungsseite gegen das ökonomische und Herrschaftsinteresse des Kapitals stellen. Das jeweilige Maß sozialer Sicherheit ist noch in keinem Falle von alleine entstanden, sondern mußte und muß den Verwertungsinteressen immer wieder neu aufgezwungen werden.

7. Schritte zur sozialen Einheit mittels Mindestsicherung und Tarifpolitik?

Hoffnungen auf ein »zweites Wirtschaftswunder«, das den Anpassungsprozeß in den neuen Bundesländern in wenigen Jahren finanzieren und bewerkstelligen könnte und das vor allem auch die Finanzierungsquellen für sozialpolitische Kompensationspolitik sprudeln ließe, sind *doppelt* illusorisch: *erstens* wird es ein solches, durch den »Urknall« Währungsunion ausgelöstes Wunder nicht geben, eben weil die Verhältnisse in den neuen Bundesländern – gerade auch wegen der Währungsunion – unvergleichbar andere sind als im westlichen Nachkriegsdeutschland; man stelle sich alleine die ökonomischen Folgen vor, wenn statt der DM im Jahre 1948 der US-amerikanische Dollar als allgemeines Zahlungsmittel in den Westzonen eingeführt worden wäre. *Zweitens* ist Wirtschaftswachstum *an sich* keineswegs Garant für eine »gerechte Verteilung«. Zwar erleichtert es die Finanzierung sozialpolitischer Reformen aus den Bruttolohnzuwächsen – trotzdem ist es immer noch die (relative) Macht der konfligierenden Parteien (Kapital und Arbeit), die über die Verteilung der Wertschöpfung entscheidet, und diese Macht wird maßgeblich durch die Lage auf dem Arbeitsmarkt entschieden und nicht durch die Höhe des Wachstums. Wird also versucht, die Angleichung der Lebensverhältnisse im neuen Deutschland – oder: den Verteilungskonflikt zwischen Ost und West – zu lösen, ohne politisch und ökonomisch die traditionelle Verteilungsfrage zu stellen, so wird die »Lösung« nur über einen Sozial- und Reallohnabbau bislang unbekannten Ausmaßes möglich sein. Die Konflikte auf der politischen Bühne werden sich auf die Frage reduzieren, welche der großen Volksparteien am ehesten Garant für »soziale Symmetrie« bei diesem Unternehmen ist.

Opposition ganz allgemein und die Gewerkschaften im besonderen könnten sehr schnell in ökonomische und politische Abwehrkämpfe geraten, die

ihnen jede Gestaltungsmöglichkeit nehmen. Dies mit einiger Aussicht auf Erfolg zu verhindern erfordert auch von den Arbeitnehmer-Organisationen eine deutlichere Lockerung der Lohnarbeitszentrierung gewerkschaftlicher sozialer Sicherungspolitik sowie neue, zusätzliche Ziele in der Auseinandersetzung um Primäreinkommensanteile.

Um den Prozeß der materiellen Ausgrenzung in Ost und West zu stoppen und umzukehren, sind sozialpolitische Alternativen dringend geboten. Bestehende und/oder absehbare Sicherungslücken ließen sich durch einen Ausbau und eine Verallgemeinerung des Sozialversicherungsschutzes zu einem Großteil schließen. Elemente in einem solchen Konzept wären vor allem die Erweiterung des versicherten Personenkreises im Wege einer (all)umfassenden Versicherungspflicht für alle BürgerInnen, die Verkürzung von Warte- und Vorversicherungszeiten etwa beim Arbeitslosengeld und die Verlängerung der Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung. Hierzu gehört auch die (Wieder-)Anhebung der Unterstützungssätze und die stärkere Berücksichtigung von Zeiten der Kindererziehung und Pflege in Renten- *und* Arbeitslosenversicherung als leistungsbegründende und leistungssteigernde Lebenssachverhalte. *Alleine* mit diesen hier nur unvollständig aufgezählten Maßnahmen zur Schließung von Sicherungslücken, die durch die Nichterfüllung der Vorgaben von Vollbeschäftigung, Normalarbeitsverhältnis und Ehegattensubsidiarität entstehen, lassen sich aber die Probleme nicht lösen. Viele der bezweckten positiven Auswirkungen treten erst langfristig ein und beheben daher nicht die aktuellen Notlagen; dies gilt vor allem für die Sicherung im Alter. Und schließlich läßt sich durch den Ausbau des Versicherungsschutzes solange wenig erreichen, solange das Lohnniveau der Betroffenen sehr niedrig liegt. Wenn auf akute soziale Probleme reagiert werden soll, dann muß das Sozialversicherungssystem sehr deutlich um Mindestsicherungselemente ergänzt werden.

Grundgedanke einer aus allgemeinen Steuermitteln zu finanzierenden *bedarfsorientierten Mindestsicherung* ist es, die Bewältigung des Problems von Ausgrenzung und Verarmung wieder in jene Versicherungs-Institutionen zurückzuholen, die dafür zuständig sind; die völlig überforderte Sozialhilfe soll zudem der Rolle als Lückenbüßer für Mängel im vorgelagerten Versicherungssystem soweit als möglich entledigt werden. Erreicht werden kann dies dadurch, daß zunächst Renten und Arbeitslosenunterstützung, die unterhalb des Mindestsicherungsniveaus liegen, auf dieses aufgestockt werden. Im unteren Einkommenssegment ergänzt also das *Bedarfsdeckungs-* das *Äquivalenzprinzip* von Beitrag und Leistung. Allen Betroffenen würde ein nicht diskriminierender Standard der gesellschaftlichen Teilhabe garantiert, und auch die Dunkelziffer der »verschämten Armut« könnte gegen Null reduziert werden. Im Unterschied zu den vor allem im grün-alternativen Umfeld for-

mulierten Grundeinkommen bedeutet die *Bedarfsorientierung* der Mindestsicherung allerdings auch, daß Leistungen nur dann gewährt werden, wenn der Bedarf nicht durch anderweitiges Einkommen und Vermögen – bei Überschreitung bestimmter Freibeträge – gedeckt werden kann. Im Vergleich zur bisherigen Sozialhilfepraxis ist allerdings eine Einschränkung des Kreises gegenseitig unterhaltsverpflichteter Personen auf Ehepartner einerseits sowie Eltern und ihre minderjährigen Kinder andererseits erforderlich.

Das zunächst auf die Bereiche Arbeitslosen- und Rentenversicherung beschränkte Konzept einer bedarfsorientierten Mindestsicherung kann mittelfristig zu einem umfassenden Sicherungsmodell weiterentwickelt werden, indem mit der Mindestsicherung ein *genereller und harmonisierter Mindeststandard gesellschaftlicher Teilhabe* gewährleistet wird. Dessen Spannweite müßte von den Tatbeständen Arbeitslosigkeit, Alter, Invalidität, Ausbildung, Erziehung, Pflege, Kinder »lasten« bis hin zum Pfändungs- und Steuerrecht reichen und auch die »restliche« Sozialhilfe miteinbeziehen. Das bedeutet vor allem, das Leistungsniveau einheitlich zu gestalten, anzuheben und zu dynamisieren.

Sicher beinhaltet diese nur skizzenhafte Darstellung des Konzepts »bedarfsorientierte Mindestsicherung« eine Vielzahl von Fragen und Problemen, die ernst zu nehmen sind. Sie dürfen allerdings nicht als Vorwand für die Festschreibung eines zum Dogma (v)erklärten, lohnarbeitszentrierten Äquivalenzprinzips dienen, das sich für Armut und Ausgrenzung schlicht als »nicht zuständig« erklärt. Wenn das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes ernst genommen wird, dann heißt das, die in Gesamtdeutschland aufklaffenden Gesellschaftsspaltungen durch eine reformorientierte und problemadäquate Sozialpolitik möglichst umgehend zu bekämpfen. Der schwierige soziale und ökonomische Umstrukturierungsprozeß in Ostdeutschland und das Zusammenwachsen der beiden Teile werden nur auf der Basis einer garantierten sozialen Sicherheit möglich sein. Resignation und Verarmung sowie Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit sind die denkbar schlechtesten Voraussetzungen für die Entwicklung einer zivilen und demokratischen Gesellschaft.

Auch als integraler Teil eines umfassenden sozialen Sicherungskonzepts ist die Mindestsicherung natürlich kein Königsweg zur Lösung der sozialen Frage. Die Überwindung von Unterversorgung, Ausgrenzung und Armut sowie die Herstellung vergleichbarer Lebensverhältnisse können nicht alleine durch kompensierende Sozialtransfers erreicht werden. Sozialpolitische Perspektiven sind nur dann tragfähig, wenn sie in ein breit angelegtes und integriertes Konzept von Wirtschafts-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik eingebunden sind. Nicht zu unterschätzen ist aber die *Pufferfunktion einer ausreichenden sozialen Sicherung* hinsichtlich der Arbeitsentgelte und sonsti-

gen Arbeitsbedingungen, die heute nur einen begrenzten Personenkreis auf zudem unterschiedlichem Sicherungsniveau erfaßt. Die Ausgrenzungsprozesse des Arbeitsmarktes selbst werden durch die Etablierung bedarfsorientierter Mindestsicherung nicht beseitigt, der von diesen Ausgrenzungsprozessen ausgehende Druck auf die Arbeitsbedingungen würde aber unzweifelhaft deutlich abgeschwächt.

Die *Finanzierung* der mit der deutschen Einheit verbundenen sozialen, ökonomischen und ökologischen Probleme ist zur Zeit die wohl mit umstrittenste Frage der innenpolitischen Auseinandersetzungen; hierbei mangelt es keineswegs an überlegten Vorschlägen. Alleine für die Sozial(versicherungs)politik gibt es seit Jahren eine Fülle von Ansatzpunkten: so etwa die *generelle Versicherungspflicht*, den *Arbeitsmarktbeitrag*, der endlich auch Selbständige, Freiberufler und Beamte an der Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik beteiligen will, den Ausbau des Instruments der bislang nur unterentwickelten *Arbeitgeber-Umlage* oder auch die Erhöhung der *Bundeszuschüsse* etwa zur Renten- und Arbeitslosenversicherung; beide Versicherungszweige führen eine ganze Reihe von Aufgaben durch, die von gesamtgesellschaftlichem Interesse sind und deren Finanzierung von daher nicht begründbar auf den Kreis der Versicherten begrenzt wird. Natürlich hängt mit der Forderung nach verstärkter Steuerfinanzierung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik die Frage nach der Ausgestaltung des Steuersystems selbst eng zusammen. In explizitem Zusammenhang mit den »Kosten der Einheit« stehen *Haushalts-Umschichtungen* und *-Einsparungen*, insbesondere bei den Subventionshaushalten; alleine 1989 erhielt der Unternehmenssektor Finanzhilfen und Steuervergünstigungen von über 85 Mrd. DM. Zu nennen sind aber auch eine *Ergänzungsabgabe*, die *Versteuerung von Zinseinkünften* (»Quellensteuer«) – auch und gerade zur Abschöpfung der enormen Geldvermögens(Zins)gewinne in Höhe von rd. 45 Mrd. DM alleine 1990 auch aufgrund der Einheitsfinanzierung über zusätzliche Kredite –, eine *Zwangsanleihe* mit Zeichnungspflicht vor allem des Banken- und Versicherungssektors sowie eine *Investitionshilfeabgabe* der gewerblichen Wirtschaft zum Aufbau industrieller Produktionsstätten in den neuen Ländern.

Eine solche Politik einzufordern ist gerechtfertigt und begründet – damit alleine aber noch nicht durchgesetzt. Auch die Arbeitnehmer-Organisationen sehen sich vor völlig neue Herausforderungen gestellt. – Können sie über die Tarifpolitik-Ost hinaus einen eigenen Beitrag für die Herstellung der sozialen Einheit leisten? Müssen sie dies überhaupt? Ich denke ja. Vom eigenen Anspruch her ist es Aufgabe der Gewerkschaften, auf der Grundlage der ihnen verfügbaren Instrumente in der Auseinandersetzung um die Primäreinkommensverteilung Bedingungen und Verhältnisse zu erkämpfen, die nicht nur die Reproduktion der Mitglieder und ihrer Familien, sondern aller

»Nichteigentümer« schützen und verbessern. Betrieblicher Arbeitsschutz, Arbeitszeitbegrenzung oder auch Unterstützungskassen sind nur einige Wegmarken. Seit ihren Ursprüngen ist es eines der gewerkschaftlichen Hauptanliegen, den Warencharakter der Arbeitskraft und den Lohnarbeitszwang einzuschränken – also: Reduzierung der Konkurrenz unter den abhängig Beschäftigten über materielle Sicherung der »Ausgegrenzten« sowie über eine gleichmäßigere Verteilung der vorhandenen Arbeit im Wege der Arbeitszeitverkürzung.

Der Kampf um die 35-Stunden-Woche »bei vollem Lohnausgleich« ist ein aktuelles Beispiel: die Forderung wurde zuförderst mit altruistischen – »Statt Dauerarbeitslosigkeit für viele mehr Freizeit für alle« – und erst an zweiter Stelle mit egoistischen Zielen – Humanisierung der Arbeit, Zeit zum Leben – begründet. Und auch die Aufforderung an die West-Unternehmen, im Osten zu investieren, bedeutet bei gegebenem gesamtwirtschaftlichem Wachstum unterm Strich nichts anderes als Verzicht auf (zusätzliche) Arbeitsplätze im Westen. Nun wird von interessierter Seite wieder einmal Lohnverzicht der ArbeitnehmerInnen gefordert, um »die große Aufgabe« der Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse bewältigen zu können. Eine zu durchsichtige Geschichte, die zu Recht von den Angesprochenen – nämlich den Gewerkschaften und nicht den Arbeitgebern – abgelehnt wird. Auch »tarifpolitische Caritas« kann nicht ernsthaft Aufgabe der Gewerkschaften sein. Wie aber steht es mit einem in den letzten Monaten in die Diskussion gebrachten *Solidaritätsfonds »Soziale Einheit«?* Zielrichtung, Ausgestaltung und auch Gefahren sind sicherlich eingehend zu erörtern; wichtiger aber ist die Eröffnung – und nicht Tabuisierung – der Diskussion überhaupt. Gefordert ist nicht mehr und nicht weniger als eine Antwort auf die Frage: ist die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West im politischen Sinne »tariffähig«? Ist es vorstellbar, daß die Gewerkschaften (vor allem im Westen) tarifpolitische Forderungen entwickeln und durchsetzen, um einen solchen Fonds zu finanzieren? Natürlich sind bei einer derartigen Forderung die Opportunitätskosten für die Beschäftigten zu berücksichtigen – die aber sind in Form des Verzichts auf ansonsten mögliche Lohnerhöhungen auch bei der Verkürzung der Arbeitszeit angefallen und seinerzeit zu Recht und bewußt inkauf genommen worden. Und sie fallen an, wenn Produktionskapazitäten von West nach Ost verlagert werden sollten. »Gegenzurechnen« wäre den Opportunitätskosten eines gewerkschaftlichen »Solidaritätsfonds« allerdings das Erringen gewerkschaftlicher Handlungskompetenz in einer zentralen innenpolitischen Frage – bevor Markt und Politik ihnen womöglich zum wiederholten Male eine bloße Verteidigungsrolle aufoktroyieren.

Sicher, einige werden mit dem Vorwurf des »Lafontaineismus« schnell bei der Hand sein. Wo anders aber als auf der Ebene der Primäreinkommensverteilung können gerade auch die Gewerkschaften die absehbaren horizontalen Verteilungskonflikte in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung »vom Kopf auf die Füße stellen« und einer um sich greifenden bloßen Verzichts-Ideologie Orientierungspunkte für soziale Bewegung entgegensetzen?

Literatur

Viele der auf den vorhergehenden Seiten entwickelten Gedanken sind von anderen an anderer Stelle schon ausführlicher und akribischer gedacht worden. Auf einige von ihnen sei zum Schluß ausdrücklich verwiesen:

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, jährliche Memoranden, insbesondere: *Qualitatives Wachstum statt Gewinnförderung – Alternativen der Wirtschaftspolitik* (mit dem Sonderteil: Sicherung und Ausbau des Sozialstaats statt sozialer Demontage – Alternativen zur Finanzierung der Sozialpolitik), Köln 1982, S. 191 ff., sowie: *Gegen Massenarbeitslosigkeit und Chaos – Aufbaupolitik in Ostdeutschland*, Köln 1991.

Bäcker, Gerhard/Bispinck, Reinhard, Hofemann, Klaus, Naegele, Gerhard: *Sozialpolitik und soziale Lage in der Bundesrepublik Deutschland*, 2 Bände, Köln 1989.

Bäcker, Gerhard/Kühn, Hagen: ›Grundfragen zur Diskussion um die Sozialpolitik‹, in: Abendroth, W. u.a. (Hrsg.), *SPD – Jenseits von Godesberg*, Heilbronn 1985, S. 96 ff.

Bäcker, Gerhard/Kühn, Hagen: ›Perspektiven der Sozialpolitik‹, in: Altvater, E. u.a. (Hrsg.), *Arbeit 2000*, Hamburg 1985, S. 110 ff.

Bäcker, Gerhard/Steffen, Johannes: ›Reichtum im Westen – Armut im Osten? Neue Gesellschaftsspaltungen machen soziale Mindestsicherung erforderlich‹, in: *WSI-Mitteilungen* 5/1991, S. 292 ff.

Bispinck, Reinhard: ›Können die Gewerkschaften so tun, als sei nichts passiert? Ein Plädoyer für eine tarifpolitische Initiative: Solidaritätsfonds »Soziale Einheit«‹, in: *Frankfurter Rundschau* v. 25. 2. 1991 sowie ausführlicher ders., WSI-Tarifarchiv, ›Auf dem Weg zur Tarifunion. Tarifpolitik in den neuen Bundesländern im Jahre 1990‹, in: *WSI Mitteilungen* 3/1991, S. 145 ff.

Dieter Kramer

Zukunftsfähige Metropole?

Notizen aus der Frankfurter Kultur-Perspektive

1. Boom und Krise der kommunalen Kulturpolitik

Wieder einmal scheinen Trendwechsel in der Frankfurter Kulturpolitik kongruent mit umfassenden Veränderungen. In den 80er Jahren setzten sich die Trends zu einer repräsentativen, Standortqualitäten produzierenden Kulturpolitik, zugeschnitten vor allem auf die Ansprüche neuer prosperierender »Lebensstil«-Gruppen, relativ unabhängig von Parteien und Personen durch. In ihren Sog gerieten sowohl konservative Kulturkonzeptionen, die am liebsten am bildungsbürgerlichen Kulturbegriff orientiert und bei Bedarf dirigistisch-bevormundend vorgegangen wären (wie in der CDU-Programmatik *vor* der Wahl 1977), aber auch expansive Programmatiken formaler und inhaltlicher Demokratisierung. Traditionelle »etablierte« Kultur und »Kultur für alle« (von der die »alternativen« Farbtupfer für die neuen »Lebensstilgruppen« eingebracht wurden) trafen sich in der Ausstattung der metropolitanen »Stadtkrone«.[1]

Von mehreren Seiten her ist diese Politik in eine Krise geraten. Was *erstens* die *Inhalte* anbetrifft, so hat »Alternative Kultur« ihren Charakter als »Gegenöffentlichkeit« und damit bedeutende Elemente ihrer Dynamik eingebüßt. Kennzeichnend dafür ist z.B. die Selbstbedienung neuer politisch einflußreicher Gruppen (etwa in der Idee, die in Frankfurt geplante »Akademie der Künste und Wissenschaften« zum »Dienstleistungsbetrieb« für bestehende Diskussionsforen zu machen), ferner der Verlust von politischer Brisanz und gesellschaftlicher Relevanz in dem Maße, in dem die Meinungsführer in den Zielgruppen mit zunehmender Integration und Erfolgsorientierung ihre Bedürfnisse verändern. Dafür ausschlaggebend ist nicht die Tatsache, daß die letzte Fundamental-Opposition der GRÜNEN potentiell

1 Vgl. zur Analyse dieser Trends: Gewerkschaftliche Perspektiven kommunaler Kulturpolitik am Beispiel Frankfurt am Main, Frankfurt/M. 1986 (Schriftenreihe der ÖTV, Kreisverwaltung Frankfurt/M.). Ein Überblick über die kulturpolitische Diskussion vgl. Kramer, Dieter: Nachdenken über Kulturpolitik, in: Das Argument 182 (32. Jg. 1990, H. 4), S. 587-596.

und real in die Regierungsverantwortung gezogen wurde – der Übergang zur »Realpolitik« auch im Bereich der Kultur ist ein *notwendiger* und unter günstigen Bedingungen auch *produktiver* Prozeß. Viel wichtiger ist, daß die vorherrschenden Interpretations-Paradigmen sich verändert haben (nicht voluntaristisch und zufällig, sondern aufgrund veränderter Rahmenbedingungen und Widersprüche): Unsere Gesellschaft gilt nicht mehr als fundamental umzugestaltende, sondern als eine tendenziell »zivile« Gesellschaft, reformfähig und mit Reformbedarf, aber prinzipiell ohne Alternative. Sie basiert auf einer weltweit einzigartigen Prosperität, die zwar Produkt der Ausbeutung Dritter ist und auf Kosten der Zukunft lebt (»Bankrotteurswirtschaft« hat Max Weber ähnliches genannt), scheint aber gleichzeitig am ehesten in der Lage, ohne Einschränkung von Wohlfahrt und Lebensqualität neue Wege (sowohl technologisch als auch auf die Lebensweise bezogen) beschreiten zu können.

Inhaltlich entsteht für die Kulturpolitik in dem Maße eine Krise daraus, wie statt einer produktiven Verarbeitung neuer Situationen sich eine Tendenz der affirmativen Bedienung relativ saturierter Interessenlagen ergibt und wichtige Problemfelder und Widersprüche ausgeblendet oder verharmlost werden (wenn z.B. globale Migrationsbewegungen auf das Thema Multikulturalität reduziert werden, Nord-Süd-Widersprüche überlagert werden von der Diskussion über die Politik des Staates Israel, die ökologische Krise mit dem Katalysator am Porsche oder BMW und Hinweisen auf »Sachzwänge« erledigt wird).

Ein *zweites* Konflikt- und Krisensymptom ist der Verlust an sozialer Akzeptanz, unter dem die Kulturpolitik leidet. Die »Kultur für alle« der siebziger Jahre legte intensiv Wert darauf, ihre soziale Reichweite zu vergrößern und konnte (z.B. mit Vereinsförderung, Straßenfesten, Open-Air-Programmen) auch von vielen als Steigerung der Lebensqualität begriffen werden, und selbst mit Repräsentativbauten wie der »Alten Oper« identifizierten sich noch weit mehr Personen als die wirklichen Nutzer (und in dieser Zeit hatte die Kritik die Schwierigkeit, etwas kritisieren zu wollen, was sich großer Beliebtheit erfreute). In der Zwischenzeit besitzt eine auf »Ereignis-Kultur« reduzierte Öffnung des Kulturbetriebs keine soziale Dynamik mehr. Sie bedient immer deutlicher doch wieder nur die Bedürfnisse privilegierter Gruppen (Selbstinszenierungs- und Kommunikationsbedürfnisse z.B.). Protagonisten der Szene reden von den widerspruchsvollen »Modernisierungserfahrungen«, die sie in der »Alternativkultur« als unbewußte Akteure der »Gentrifikation« machen mußten. Dies produktiv zu verarbeiten, mag wichtig sein, denkt man z.B. an die Debatte um die »zivile Gesellschaft« und die Chancen der Prosperität. Aber politisch wichtiger ist die Tatsache, daß die »Modernisierungsverlierer« auch von der Kulturpolitik abgestoßen sind

(»Soziale Kulturarbeit« spielt keine Rolle mehr). Jede Politik, die *diese* Gruppen aus wahlstrategischen Überlegungen wieder einbinden und gewinnen will, kommt angesichts des Zustandes des heutigen Kulturbetriebes zuallerletzt auf die Idee, dies mit Hilfe kultureller Praxen zu versuchen. Und der Kunstbetrieb (eigentlich nur ein bescheidener Teil des Kulturbetriebes) legitimiert diese Abstinenz mit dem Schein-Argument, bedeutende Kunst entstehe nur ohne soziale bzw. gesellschaftliche Rückbindungen – obwohl alle lebendigen kulturellen Szenen ihre Dynamik der Vermischung und Begegnung der unterschiedlichsten sozialen und sonstigen Dimensionen verdanken. Im Konzept »Kultur für alle« gab es immer noch die Ambivalenz von lediglich zu konsumierender »Angebotskultur« auf der einen Seite und auf der anderen der Ermutigung von Kulturprozessen, bei denen die Rezipienten als Subjekte aktiv einbezogen waren und die Chance der Veränderung und des Lernens bei Produzenten *und* Konsumenten enthalten war. Von dieser Ambivalenz ist, sofern überhaupt noch auf die soziale Komponente Wert gelegt wird, nichts mehr erkennbar: Es geht nur noch um konsumierbare Ereignis-Kultur, und diese erreicht die »Modernisierungsverlierer« weder direkt noch emotional.

Dritter Krisenbereich sind die Finanzen. Kulturfinanzierung ist in Frankfurt am Main nicht nur schwieriger geworden, weil Hilmar Hoffmann als »rosa Alibi einer schwarzen Stadtregierung« im Gegensatz zu einer »schwächeren« Nachfolgerin alles durchsetzen konnte, auch nicht, weil Golfkriegsbeitrag und Wiedervereinigung sich auf die Finanzen der prosperierenden Städte negativ auswirken (wegen der neuen Konkurrenz zu Berlin, Leipzig usw. könnte letztere sogar ein retardierendes Element sein). Was nachgelassen hat und die Finanzierungsbereitschaft für Kultur einschränkt, ist der Glaube an den Wirtschafts- und Standortfaktor Kultur: Andere Themen sind in den Vordergrund getreten.

2. Neue Leitbilder für die dynamische Metropole

Daß die Kulturpolitik nicht mehr mit der gleichen Selbstverständlichkeit wie einst Hätschelkind der Politik ist, zeigte sich in der Frankfurter SPD-Strategiedebatte des März 1991. Sie spielte dort nur eine marginale Rolle: Martin Wentz[2] erwähnt am Rande die »offene Kulturpolitik ohne jede Bevormun-

2 Die parteipolitischen Bindungen lösen sich auf. Eine Analyse von Martin Wentz, in: Frankfurter Rundschau v. 5. März 1991, S. 18.

dung der Betroffenen« als eine der drei Säulen des Wahlkampfs von 1989 (neben Wirtschafts- und Sozialpolitik) – aber sonst kommt sie bei ihm nicht vor. Bei den kritischen Fragen an Volker Hauff[3] in einem Interview wenige Tage vor seinem Rücktritt erschien Kultur eher (oder nur) negativ: Erwähnt wurde das »Drama an den städtischen Bühnen« (bei dem er leicht die Schuld an den Verträgen auf die Vorgänger schieben kann), das Musical Theater, das vorerst im Wartestand bleibt – ansonsten nannte er nur die »Kontinuität der Kulturpolitik«. Rainer Prewo listete affirmativ die Leistungen der Koalition auf und sah in den Versuchen, den Verkehr »stadtverträglich [zu] bändigen«, in der Wohnungs- und Kinderpolitik, im Grüngürtel, in der Lösung des Deponieproblems einen »erstaunlichen Befund«, nannte »die Leistungsbilanz ... beeindruckend« und sah sogar ein »stimmiges Konzept« dahinter. Auch Hauff bezeichnete Stadtgestaltung, Wohnungs- und Mietpolitik, Maßnahmen für Kinder (damit z.B. auch alleinstehende Mütter in der Stadt leben und arbeiten können) als wichtige Ansätze – Kultur schien nicht mehr erwähnenswert.

Bei Rainer Prewo erscheint Kultur immerhin noch als Politik-Design, wenn auch nicht als Ressort. Er sieht die Koalitionspolitik ohne »Aura«, ohne »Resonanzboden«, ohne »raumfüllende Ästhetik« und hält sie für »schlecht verkauft«; es fehle das »Design« als Botschafter der Qualitäten.[4]

Auch wenn Politik mehr ist als eine Frage des Designs und der Corporate Identity, lohnt sich das Nachdenken über das damit angeschnittene Thema: Gibt es knappe, griffige und leicht nachvollziehbare Formeln für das, was die Rot-Grüne Kommunalpolitik verspricht und was von ihr erhofft wird?

Im Prinzip sind die Chancen dafür gar nicht so schlecht. Hauff nannte als Ziele: »die Wirtschaftskraft Frankfurts stärken, zugleich darauf achten, daß der enorme Reichtum, der in dieser Stadt steckt, wirklich dazu genutzt wird, ein Stück soziale Gerechtigkeit und Reichtum für alle zu schaffen und in einer modernen, von wirtschaftlicher Dynamik geprägten Metropole aufzuzeigen, daß Stadt und Natur keine Gegensätze sind. Wir müssen gerade in einem solchen Raum vorbildliche ökologische Lösungen anstreben.«[5] Man könnte die konsequenzenlose Beliebigkeit kritisieren, mit der unterschiedliche Ziele addiert werden, ohne ihre spannungsreichen Widersprüche zu thematisieren – aber einiges wird wenigstens genannt. Es lohnt sich durch-

3 Die Menschen sehen, daß sich die Stadt in Ruhe und Frieden weiterentwickelt ... Ein Interview (Volker Hauff) mit Claus Gellersen, in: Frankfurter Rundschau v. 6. März 1991, S. 20.

4 Prewo, Rainer: Wie Kunstblumen, ohne Duft und raumfüllende Ästhetik, in: Frankfurter Rundschau v. 4. März 1991, S. 10.

5 Frankfurt muß schnell hellwach werden, in: Frankfurter Rundschau v. 21. Dezember 1990, S. 10.

aus, auch für die Einordnung der Kulturpolitik solche Kurzformeln der »Unternehmensphilosophie« einer Kommune ernst zu nehmen. Zum Vergleich eine andere: »Frankfurt als die blühende Stadt der Liberalität und Experimentierfreude, des intellektuellen Disputes und der europäischen Aura, des produktiven Spannungsverhältnisses von Geld und (avantgardistischer) Kultur«: redundante Leerformeln ohne ernsthafte Konsequenzen oder Verpflichtungen, könnte man dazu sagen; gravierender aber noch ist die Abwesenheit von wichtigen Themen.

Einst waren Wiederaufbau und Fortschritt die »Vision«, die bündelnden Formeln für gemeinsame kommunale Aktivität. Immerhin könnte man sich heute auch noch andere Akzente, andere Ideen für die zukunftsfähige Metropole vorstellen, etwa nach dem Motto: Wenn Wohlstand und Prosperität in diesem Teil Europas einen überzeugenden Sinn haben sollen, dann den, Akzente zu setzen, Wege zu bahnen für eine Zukunft der Überlebensfähigkeit, für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft und ihrer Lebensweisen als Voraussetzung des Wohlbefindens und des »anständigen Lebens« hier und anderswo. Wer, wenn nicht wir in einem der reichsten Länder der Erde, können dafür Ressourcen freisetzen? Wer kann ohne Verlust an Lebensqualität, ja mit einem Gewinn an solcher, eine ökologische Wende leben? Und wenn wir *das* tun, dann wird die übrige Welt mit Interesse darauf schauen – und uns vielleicht auch unseren Wohlstand weniger neiden.

3. Visionen oder nachvollziehbare Perspektiven

Für Frankfurt werden nach dem Rücktritt Volker Hauffs die Ziel-Perspektiven unter der (falschen) Opposition »Vision« contra Realpolitik diskutiert. Gewiß: Die Politik kann leicht in Probleme kommen, wenn die programmatische Vision als »Ankündigungspolitik ohne Ergebnisse und ohne Verbindlichkeit« abgestraft wird. Aber diesem Argument wird sie sich stellen müssen, wenn sie Wert darauf legt, in größeren Zeiträumen als denen von Legislaturperioden zu denken. Der Versuch, die Steigerung der Wirtschaftskraft der Metropole (durch neue Wohn-, Verkehrs- und Umweltprojekte) zu verbinden mit der Suche nach sozialer Gerechtigkeit[6], an sich schon prekär genug und für viele Weiterdenkende zu kurz gegriffen, ist für manche schon ein

6 Kein Blick zurück im Zorn. Hauffs Pressekonferenz, in: Frankfurter Rundschau (D-Ausg.) v. 21. März 1991, S. 13.

»überspanntes Reformverständnis«[7]. Aber die Konflikte und Widersprüche sind in Frankfurt nicht deutlich genug zuzuordnen, um klare Alternativen und Fronten zu bedeuten: Volker Hauff gibt wegen der »konservativen«, pragmatischen Sozialdemokraten auf (wegen des Fehlens einer diskursiven »politischen Kultur«, wie er sagte), aber mit Andreas von Schoeler setzt sich (nach Meinung der »Konservativen«) wieder einer der »Modernisierer« (zu denen auch Martin Wentz, Jan von Trott gehören) durch. Damit wird auch das (von den Grünen nie problematisierte) Bündnis rot-grün bestätigt. Manche sehen in dem Rücktritt Volker Hauffs eine Krise bzw. ein ständiges Dilemma Rot-Grüner Reformpolitik: Die soziale Breite und der politische Konsens schwinden mit der Konsequenz der Reformen. Aber wo sonst könnte eine perspektivische Politik dieser Art eine Chance haben, wenn nicht in Frankfurt, wo der relative Reichtum der Kommune und ihrer Bürger Verteilungsmasse und Klima für eine Reformpolitik schafft?[8]

In Frankfurt tendiert die Diskussion dazu, die Probleme auf die Zielgruppen der Politik zu reduzieren. Martin Wentz baut eine falsche Polarität auf: Die Alternative bestehe zwischen der Öffnung für die »neuen Wählerschichten« der prosperierenden Dienstleistungsberufe oder »Rückbesinnung in den Gestus und Habitus der alten Arbeiterpartei«. Letzteres kann aber doch nicht einmal ein politischer Selbstmörder wollen. Die Problematik so zu verkürzen, bedeutet eine Ablenkung von den eigentlichen Problemen. Martin Wentz beruhigt sich z.B. damit, daß in den Ortsteilen Frankfurts, in denen die SPD traditionell ihre Hochburgen besaß (den »Arbeiter«-Stadtteilen, gleichzeitig denen mit hohem Bevölkerungsanteil mit niedriger Schulbildung), sie zwischen 1985 und 1991 keine Stimmverluste hatte, während zur gleichen Zeit aber erkennbar ist, daß mindestens 1989 die »aufgebrochenen sozialdemokratischen Milieus als Potentiale für neue CDU-, aber insbesondere auch rechtsradikale Wähler« gelten müssen: *Da* liegt, selbst wenn man nur in Kategorien der Wahlstrategien denkt statt in denen der Zukunftsaufgaben, die Herausforderung, nicht im Gewinnen bzw. Behalten der neuen Dienstleister, denn das scheint mit einer überzeugenden Metropolenpolitik (für die es genügend, allerdings auch noch erweiterbare Ansätze gibt) eher leicht: Wem es heute mit einer dynamischen Reformpolitik unter Einschluß ökologischer Komponenten noch nicht einmal möglich ist, die Privilegierten der Wohlstandsgesellschaft zu interessieren, der sollte es ganz aufgeben.

---

7 Kostede, Norbert: Hoffnung ohne Träger. Rücktritt in Frankfurt, in: Die Zeit v. 15. März 1991, S. 10.

8 Vgl. ebenda.

Warum soll nicht auch etwas anderes als die von Wentz genannten wahlstrategischen Alternativen denkbar sein? Eine Politik, die den Nachdenklichen und Beunruhigten sagt: Wir schließen nicht die Augen vor den Herausforderungen der Zukunft; wir haben eine Perspektive, die sich den globalen Problemen stellt – sie reicht über eine Legislaturperiode hinaus. Und diese Politik müßte denjenigen, die unter der Last der Alltagsprobleme von teuren Wohnungen, Verkehrsmisere, Teuerung, Kindergarten- und Schulproblemen schier zusammenbrechen, deutlich signalisieren: Wir bemühen uns ernsthaft um Lösungen und Perspektiven im Alltag. Ist das denn so unmöglich?

Glaubwürdige Perspektiven für mittlere und längere Fristen sind gefragt – auch für eine kinderlose Single-Population wie in der Frankfurter City. Nur die borniertesten Marktwirtschaftler freuen sich noch über Wachstum als scheinbare Lösung aller Probleme und denken nicht daran, daß zwar Kinder sich übers Wachsen freuen, daß sie aber als Erwachsene den Tod als notwendige Folge des Wachstums verdrängen und fürchten, als Greise ihn herbeisehnen werden.

4. Praxis- und Reformbedarf der »zukunftsfähigen Kommune«

Mir geht es, anders als den zitierten Protagonisten der Strategie-Debatte, nicht um die Analyse von sozialer Basis und Wählerchancen der Politik, sondern auch um die materiale Seite der Frankfurter Politik. Schöne Leitbilder genügen nicht. Es muß ansatzweise – gedanklich und praktisch – sichtbar werden, wie's denn weitergehen könnte. Man kann nicht die Daten der »Zivilisationskrise« (Elmar Altvater), der »Begrenzungskrise« (Kurt H. Biedenkopf), des Brundtland-Berichtes der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung kennen und eine Politik des »Weiter wie bisher« befolgen. Man kann aber auch nicht der Lebensstilgesellschaft, den Angehörigen der prosperierenden Schichten der Wohlstandsgesellschaft (und noch viel weniger den »Modernisierungsverlierern«) mit dem Pathos der Askese kommen. Was tun?

Es macht keinen Sinn, das Wachstum der »dynamischen Metropole« zu beschwören und dabei zu verdrängen, daß Wachstum nur auf der Basis fortgesetzter weltweiter Ausbeutung, mit Risikotechnologien wie Atomkraft, um den Preis extremer Verletzbarkeit und mit zunehmendem Druck durch die wachsende Bevölkerung der armen Regionen der Erde denkbar ist. Wenn sich die Probleme auf der Ebene der Kommune schon nicht lösen lassen, so kann man doch wenigstens ehrlich und offen darüber reden.

Politik muß glaubhafte Perspektiven für Zukunftsprobleme entwickeln können. Geht es z.B. um Wachstums*kontrolle* oder Wachstums*begrenzung*?

Durch Nichtausweisung von Gewerbeflächen usw. ließe sich theoretisch Wachstumsbegrenzung betreiben. Aber mit dem Argument des *Gemeinnutzens* – d.h. der gleichmäßigen arbeitsplatzfördernden, durchmischungsfördernden Planung – wird der Forderung nach einer wachstumshemmenden künstlichen Verknappung begegnet: Sie würde, sagt man, bedeuten, daß kapitalschwächere von kapitalstärkeren Nutzungen verdrängt würden (der Tokio- und Singapur-Effekt). Es gäbe einen Verdrängungseffekt, der, weil von externen Strukturen oder Faktoren abhängig, nicht mehr kontrollierbar wäre und der für den Arbeitsmarkt eher negativ wäre, und es würde der Druck auf die unkontrollierte Wohnraum-Umwandlung zunehmen – so wird argumentiert.

Aber dieser Druck existiert ja ohnehin schon, und die Verdrängung findet seit Jahren statt. Sich mit solchen Argumenten *nicht* dem Problem zu stellen, daß Wachstum irgendwann einmal auch begrenzt werden muß, bedeutet Verdrängung. Zu sagen: Es gibt eine durch äußere Faktoren (z.B. die Situation von Frankfurt in der Sichel der europäischen Wachstumsregionen) bestimmte Wachstumsdynamik, die politisch nicht zu bremsen ist, das bedeutet eine Kapitulationserklärung vor dem Selbstmordprogramm der Wachstumsgesellschaft.

Tom Koenigs' Vorstellung von einem Gleichgewicht zwischen äußerer, fremdbestimmter Dynamik (des Wachstumszwangs, konkret gesehen) und innerer kommunaler (kommunalpolitisch beeinflußbarer) Entwicklung hat hier ihre Grenzen (wie schon einst bei der Sanierung von Bologna): Wenn die innere (kommunalpolitische) Entwicklung nicht in der Lage ist, Einfluß auf die äußere zu nehmen oder sich ihr zu widersetzen, gibt es (fast) keine Freiräume. Daß sie sich diesen Zwängen nie wird total widersetzen können, darf aber kein Argument dafür sein, sich ihnen total auszuliefern. Und wenigstens zu prüfen wäre, ob die spezifischen Werte von Frankfurt, wie sie in der von den konkurrierenden Städten nicht zu kopierenden geographischen Lage und in dem »Eigensinn« einer einzigartigen Struktur von Institutionen und Menschen liegen, nicht einen souveränen Umgang mit den fremdbestimmenden äußeren Faktoren ermöglichen statt einer prostitutiven Unterwerfung.

Es gibt weitere Probleme. Neu nachzudenken wäre vielleicht auch über den Standard »Sicherheit«. Wie wichtig das ist, zeigt ein Blick auf die Entwicklung der organisierten Kriminalität auch in Frankfurt. Bislang galten Zuverlässigkeit, Rechtsstaatlichkeit, soziale Stabilität als Standortvorteile z.B. für die Bundesrepublik. Später waren kulturelle Vorteile, ja auch ökologische Qualität des Lebensraumes weitere Faktoren. Heute *könnten* ohne weiteres die Abwesenheit von organisierter Kriminalität und strukturelle Sicherheit ein wichtiges Kennzeichen sein. Dazu gehörte z.B: auch die Ver-

läßlichkeit der Normen des Umgangs innerhalb von Berufsgruppen wie Anwälten, Bankern, Managern.

Auch wenn das alles von der Kommunalpolitik nicht ohne weiteres beeinflußbare Faktoren sind, so wäre es dennoch sträflich, nicht darüber nachzudenken. Walter Siebel geht in einem Aufsatz über Stadtkultur der scheinbaren Paradoxie von dem durch Soziologen konstatierten *Verfall* der Stadtkultur und ihrer politischen *Lebendigkeit* nach und fragt nach Ansätzen zu einem kritischen Konzept von Stadtkultur, das wieder zurückfindet zu »emanzipatorischen« Ansätzen urbaner Kultur, und findet sie in neuen Ansprüchen an Lebensqualität wie Zeitsouveränität, Einheit des Alltags und neuen Formen des Luxus: »Zeit und Raum zu haben, ohne Hunger leiden zu müssen, sind Inbegriff von Luxus«. Kultur spielt dabei eine besondere Rolle: »Wo anders als in der kulturellen Dimension sind jene Interessen noch zu formulieren, an die eine Politik der Umverteilung von Arbeit und Einkommen positiv auch bei jenen anknüpfen könnte, die im materiellen Bereich negativ von solcher Umverteilung betroffen wären? Anders gesagt: Es hat den Anschein, als ließen sich nur in der kulturellen Dimension eines anderen Bilds vom richtigen Leben verallgemeinerbare Interessen formulieren«[9].

Damit geraten unterschiedliche »Visionen« zukunftsfähiger Metropolen ins Blickfeld: Manche denken an biokybernetische Hochhäuser, die als geschlossene Einheiten ihr Innenklima selbsttätig regeln, an ganze Städte unter Glaskuppeln, abgeschottet von der feindlichen Umwelt – sei es die schlechte Luft, seien es die Hungernden der Welt. Die mit Maschinengewehren und Personenschleusen geschützten Zentren der Macht und des Wohlstandes? Modelle, in denen die Enge der spätmittelalterlichen Stadt gekoppelt wird mit dem Ausbeutungscharakter der heutigen Metropole, aber die Devise »Stadtluft macht frei« keinen Platz mehr hat?

Wir können das Entstehen solcher Modelle in der »Stadtkronenpolitik« (Walter Siebel) beobachten: Die Zentren und einige repräsentative Stadtteile werden für die »konsumaufwendigen Lebensstile der prosperierenden oberen Mittelschichten« ausgestattet – auf eine Art und Weise, daß andere schon durch die Architektur ausgesperrt werden. Urbanität wird reduziert auf Vielfalt. So wie Marketingstrategien etwa von Automobilproduzenten »die Ware zusammen mit einem Bild vom richtigen Leben verkaufen«, so agiert auch die Stadt mit ihren Inszenierungen, die »offensichtlich eine identitätsstiftende Wirkung über den Kreis ihrer unmittelbaren Nutznießer

9 Siebel, Walter, in: Cornel, Hajo/Knigge Volkhard (Hg.): Das neue Interesse an der Kultur, Hagen 1990 (Kulturpolitische Gesellschaft, Dokumentationen 34), S. 143.

hinaus« entwickeln. Das Prägen von Lebensweisen betreiben Konzerne wie Städte.[10]

Das Bild vom »richtigen Leben« in der Stadt von heute und morgen ließe sich aber auch finden im kulturell abgestützten und vermittelten Bilde einer dynamischen Metropole, deren Dynamik nicht geprägt wird vom Fetisch Wachstum, sondern von den glaubhaften, energisch vorangetragenen Versuchen, sozialökologischen Umbau der Industriegesellschaft in Richtung auf »dauerhafte Entwicklung« oder »Nachhaltigkeit« zu betreiben. Neue, neuartige Ansprüche an Lebensqualität, die »Verbrauchsstandards innerhalb der Grenzen des ökologisch Möglichen setzen«[11] gehören dazu. Pfade in diese Richtung erschließen sich von selbst.

5. Freiräume für kulturelle Öffentlichkeiten

Perspektiven müssen als Denk- und Argumentationsstrukturen entwickelt werden, ehe sie in die Handlungsebene gelangen können. Dafür gibt es das »Umweltforum Frankfurt« (als Teil des Umweltamtes). Es betont, daß die »völlig neuartigen Herausforderungen« zum Ende dieses Jahrhunderts auch im politischen Bereich neue Instrumente fordern. Gegenstand der aktuellen Auseinandersetzungen sind nicht einzelne Technologien oder Anwendungen, sondern »das gesellschaftliche Zusammenleben in seiner ganzen Komplexität und Vielfalt«[12]. Das hat eine kommunale Ebene: Planungskultur, »neue Formen demokratischer Konfliktaustragung« (3), »ökologische Demokratie« sind die Stichworte dafür. Da gibt es Ansätze.

Und es gibt eine andere Ebene: Für eine »demokratische Technikgestaltung« bedarf es der frühzeitigen Erarbeitung »einer Mehrzahl möglicher technisch-sozialer Entwicklungsstrategien«. Die »Meinungserarbeitungsfreiheit« (R. Ueberhorst) bedarf der »Diskussionsfreiräume« (und der Experimentierräume, in denen auch die sozialkulturelle Realisierbarkeit entsprechender Entwürfe erprobt wird).

Das entspricht dem, was in der Kulturpolitik schon seit längerer Zeit als »Freiräume«, »Experimentierfeld für neue Lebensentwürfe« usw. diskutiert wird. Es erscheint in Hermann Glasers »Werkstätten«-Konzept und dem

10 A. a. O., S. 139.

11 Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven 1987, S. 47.

12 Roland Schaeffer in einem Papier des Umweltforums Frankfurt/M. von 1990.

Wiesbadener Programm eines »arbeitenden Museums«. In der komplexeren Form sind es die »kulturellen Öffentlichkeiten«, die als freie, unabhängige (nicht in eine »Elitenkonvergenz« eingebundene) Kräfte mitwirken sollen an der Diskussion darüber, wie wir in Zukunft leben wollen[13]. Wie wichtig eine lebendige Öffentlichkeit als Selbstkorrekturpotential einer Gesellschaft ist, hat auch Elmar Altvater[14] herausgearbeitet.

In *beiden* Aspekten trägt die Kommune besondere Verantwortung: In ihr entstehen viele Umweltbelastungen, und dort bündeln sich die Umweltprobleme, daher gewinnen Probleme der Stadtökologie an Bedeutung. Eine zukunftsfähige Stadtpolitik muß sich daher auf allen Ebenen schwerpunktmäßig diesen Themen zuwenden: Verkehr, Luft-Be- und Entlastung, Bau- und Beschaffungspolitik. Nicht *nur* um Zeichensetzung geht es dabei, sondern auch um wirkliche Lösungen und glaubwürdige Perspektiven für die Stadt der »dauerhaften Entwicklung«. Die »Verantwortung der europäischen Städte für die Zukunftsgestaltung wächst«, heißt es im Grundsatzpapier des Umweltforums.[15]

Gleichzeitig aber sind die Städte bezüglich der globalen Umweltprobleme »zentraler Ort gesellschaftlicher Selbstverständigung über deren Bewältigung«. In ihnen befindet sich das bedeutendste Potential an »intellektueller Produktivität«, daher sind sie in der Lage, »Verständigungsprozesse über Umweltprobleme zu initiieren und zu unterstützen«. Bei dieser Bereitstellung von »Diskussionsfreiräumen« ist eine Stadt wie Frankfurt besonders gefordert. In ihr leben und arbeiten eine Vielzahl von Mitarbeitern jener großen Institutionen, die international, ja global Entscheidungen über Zukunftsfragen fällen oder diskutieren: Banken, Industrie- und Forschungsmanagement, Entwicklungszusammenarbeit, Marketing und Werbung, Medien usw. Die Protagonisten dieser Bereiche (bzw. möglichst viele oder wichtige von ihnen) einzubeziehen in einschlägige Diskussionsprozesse oder sie durch die Präsenz entsprechender Diskurse in der kommunalen »kulturellen Öffentlichkeit« (deren Institutionen in der Vergangenheit ja gerade für diese Klientel entwickelt wurden) dafür zu sensibilisieren, wäre eine interessante Aufgabe zukunftssichernder Kommunalpolitik. Gerade weil auch im Zeitalter moderner Kommunikationstechnologien der personale Kontakt *nicht* an Bedeutung verloren hat, sind solche Sensibilisierungen und Diskussionspro-

13 Vgl. Hoffmann, Hilmar: Kultur als Lebensform, Frankfurt/M. 1990.

14 Altvater, Elmar: Die Zukunft des Marktes, Münster 1991, S. 63.

15 Überlegungen dieser Art schlagen sich nieder in: Klimabündnis der Europäischen Städte mit den Indianervölkern Amazoniens zum Erhalt der Erdatmosphäre. Dokumentation des Ersten Arbeitstreffens, Frankfurt/M. 1991.

zesse besonders wichtig. Die Attraktivität der Stadt würde mit ihnen zunehmen. Der kulturelle Bereich gewinnt dabei an Bedeutung.

6. Neue Symbole, neue Kultur

Zustimmung bei den Menschen, meint Rainer Prewo, »erwächst zum größten Teil erst dann, wenn sie über den engen Horizont ihrer konkreten Betroffenheit hinausblicken«.[16] Es lohnt sich vermutlich auf jeden Fall, die Interessengebundenheit der politischen Entscheidungen nicht allzu eng zu sehen. Die rot-grüne Koalition in Frankfurt soll, das ist klar, kein Konfliktbündnis, sondern ein »Erfolgsbündnis« mit »Strahlkraft« (Hauff), aber auch das »Musterbeispiel einer Arbeitskoalition« (Prewo) sein bzw. werden. Dazu gehört es (und insoweit hat Martin Wentz sicher recht), daß sie den Zukunftsansprüchen der modernen Mittelschichten gerecht wird. Diese aber sind weit komplexer einzuschätzen als üblich. Sie reduzieren sich nicht auf den dekorativen Rahmen für die Inszenierung von Lebensstilen, sie sind auch nicht einfach als abfragbare Bedürfnisse vorhanden. Es ist denkbar, diese Schichten auch für perspektivisch mehr und anderes als »lifestyle« zu gewinnen. Der perspektivische Diskurs über die »zukunftsfähige Metropole«, die Thematisierung des Anspruchs auf »Leben in seiner Fülle« (Dorothee Sölle), das Recht auf anständige und als sinnvoll empfundene Arbeit eingeschlossen, ist eigentlich ein Motiv, das für jemanden wie mich (schließlich zähle ich ja auch zu dieser Lebensstilgruppe) und die meisten derjenigen, die ich kenne, wichtig ist. Ich könnte mir sogar vorstellen, daß viele der in Werbung und Marketing arbeitenden Personen durchaus interessiert wären, ihre Fähigkeiten nicht nur in der Auseinandersetzung um Marktanteile bei verschiedenen Zigarettenmarken anzuwenden, sondern auch beim »Social Marketing« im Umgang mit ökologischen oder globalen Problemen zu erproben. Neuartige Ansprüche an Lebensqualität beinhalten auch solche Aspekte – auch das gute Gewissen in Arbeit und Alltag. Offene Zukunftsdiskurse ohne Denkverbote (wie sie im Golfkrieg schon wieder tendenziell nahegelegt wurden) gehören dazu, und ich denke nicht, daß dies nur meine eigenen Luxusbedürfnisse in einer Situation sind, in der mich keine unmittelbaren materiellen Sorgen plagen. Die »Wohlstandsgesellschaft« produziert auch bei ihren prosperierenden Gruppen Widersprüche und Brüche des »Wünschens und Begehrens«, die sich nicht einfach affirmativ auffangen lassen. Gewiß, das ist

16 Vgl. Anm. 4.

nicht alles und mag manchem unbedeutend erscheinen. Aber wie, wenn nicht aus ihren eigenen Widersprüchen heraus, soll eine Gesellschaft sich dynamisieren?

Hier wird der Kulturbereich wieder wichtig. Der eingangs konstatierte politische Bedeutungsverlust des Kulturellen, wie er in der jüngsten Frankfurter SPD-Debatte erkennbar ist, wäre ja, bezogen auf die gesamte Gesellschaft, nichts Schlimmes, wenn nicht gleichzeitig die Bedeutung kultureller Öffentlichkeiten im Kampf um die Definition des »anständigen Lebens«, damit auch um das Bild der zukunftsfähigen Kommunen zunehmen würde. Ihren partiellen Bedeutungsverlust hat sich die Kulturpolitik in bedeutenden Teilen selbst zuzuschreiben, weil sie sich instrumentalisieren ließ zur Dekoration von Wachstums-, Lebensstil- und Konsumpolitik. Je mehr sie sich von der Komplexität des Lebenszusammenhanges entfernt hat, je mehr Kultur und Künste zum elitären Vergnügen ohne »Sitz im Leben« wurden, desto austauschbarer und desto weniger wichtig sind sie geworden (das gleiche Schicksal widerfährt dem Kulturellen natürlich auch, wenn es politisch oder sozialpolitisch funktionalisiert wird, und ebenso wird es den gesponsorten Künsten gehen: Es kommt auf den »Eigensinn« der freien kulturellen Kräfte an, auf ihren selbständigen Beitrag zur Diskussion der Frage, wie wir leben wollen).

Mit guten Gründen können Kulturpolitiker und Kulturproduzenten auf der bleibenden, ja steigenden Rolle des kulturellen Sektors beharren – nicht nur als Standortfaktor im traditionellen Sinne des kommunalen Attraktivitätswertes, sondern weit darüber hinaus. Zu den heute gefragten Standortvorteilen der »postmaterialistischen«, zukunfts- und friedensfähigen Stadt gehört auch, daß hier Lebenspraxen und Lebensentwürfe lebbar und sichtbar werden, die glaubhaft zukunftsfähig sind. Dazu gehören z.B. auch Formen des Umgangs mit Zeit, des Zeitregimes und der Mußefähigkeit (und darüber nachzudenken wäre für mich z.B. interessanter als das affirmative Wiederholen von Metaphern fetischisierter Beschleunigung). »Wissenschaft und Technik sollten uns also Zeit schenken und nicht Geld«[17]. Aber dazu bedarf es auch entwickelter sozialkultureller Techniken, mit (freier) Zeit so umzugehen, daß eine dauerhafte stabile Lebensform möglich ist. Bisher gibt es dazu in erster Linie Zugänge in Holzhammer-Technik: Freizeitpädagogisch und beschäftigungstherapeutisch legitimierte Kulturpolitik. Angesagt sind statt dessen überzeugende Formen der Kultur der Muße oder neuer »Tätigkeiten«.

17 Fornallez, Pierre: Die ökologische Wirtschaft, S. 124, in: Faulstich/Lorber, Ganzheitlicher Umweltschutz, Stuttgart 1990, S. 117-127, im Orig. kursiv.

Sie würden in der Lage sein, konsumtive Konsumtion von Zeit und Mitteln genießen zu lassen (und damit auch den Ausstieg aus ressourcenverschlingenden Prozessen des Wachstums, die ohne Zuwächse an Wohlbefinden bleiben, ermöglichen). Die Entkoppelung von Wachstum und Wohlbefinden ist angesagt, nicht nur diejenige von Wachstum und Umweltzerstörung.

Zu berücksichtigen ist, daß Standortfaktorqualitäten dieser Art nur begrenzt »machbar« und planbar ist. Üblicherweise entsteht erst eine als dynamisch und interessant empfundene intellektuelle bzw. kulturelle Szene, und dann entwickelt sich daraus die Attraktivität des Standortes. Eine an Kultur*prozessen* statt an Repräsentativität orientierte Kulturpolitik braucht keine Angst zu haben vor dem Vorwurf der »Provinzialität« oder Provinzialisierung. Denn auch Urbanität und Internationalität sind nicht »planbar«, und umgekehrt können sogar Stadtteilkultur und soziale Kulturarbeit ein internationales Renommee entwickeln (zumal in der Kulturgeschichte immer wieder Innovation aus der Vermischung unterschiedlicher Sphären resultiert, nicht aus der Inzucht von »Avantgarden«).

Ferner bleibt Kultur wichtig wegen der Rolle der Persönlichkeit. Kulturelle Prozesse, vor allem solche mit personaler Vermittlung, gehören zu den entscheidenden Faktoren der Persönlichkeitsentwicklung; kreative und selbständige Persönlichkeiten aber sind für wirtschaftliche, soziale und politische Prozesse heute das wertvollste Kapital. Personen, die gewohnt sind, in der »tätigen Aneignung« von Impulsen und Strukturen ihrer Umwelt produktiv zu werden, können sich am ehesten unter gewandelten Bedingungen zurechtfinden und sind am ehesten zum Engagement bei der gemeinschaftlichen Gestaltung von Lebensverhältnissen in Stadt und Region bereit.

»Kulturelle Öffentlichkeiten« der verschiedensten Art sind das Medium, in dem die Menschen sich über die Normen und Werte ihres Handelns verständigen. Menschen vergesellschaften sich auch kulturell, und wenn es in der heutigen »Begrenzungskrise« darauf ankommt, neue Standards für eine »dauerhafte Entwicklung« zu finden, dann geht dies nicht ohne kulturelle Öffentlichkeiten. Daß diese Standards auch hinreichend Raum für Neugierverhalten und expressive Verausgabungen enthalten können, wird am ehesten im Kulturellen erkennbar und umsetzbar – ohne solche Potentiale wäre Entwicklung nicht mehr möglich und wären heftige Konflikte zwischen den Generationen und Kulturen vorprogrammiert.

7. Neuartige Ansprüche an die Lebensqualität

Jener Wohlstand und Luxus, den sich die Angehörigen der prosperierenden Lebensstilgruppen in unserer Gesellschaft heute leisten können, wird nicht

nur von den Apologeten der Marktgesellschaft, sondern auch von manchen ihrer Kritiker als besondere Chance der Wohlstandsgesellschaft empfunden. Wenn Zeit und Kraft jenseits der Lebensnotwendigkeit frei werden, und wenn zu zählen beginnt, was nicht gekauft werden kann, dann liegen darin positive Möglichkeiten[18].

Natürlich, wir wissen, daß die globalen Probleme erst aus dieser auf exzessiven Konsum angewiesenen Lebensweise resultieren und daß die bloße Fortsetzung dieser Lebensweise die Probleme nur verschärft. Aber in einer prosperierenden Gesellschaft, deren Menschen nicht voll in Anspruch genommen sind durch die Zwänge des Alltags, sind auch Mittel vorhanden, um einen ökologischen Umbau in die Wege zu leiten. Und nur wenn die Menschen entsprechende Schritte *nicht* als Verzicht empfinden müssen, dann sind sie bereit, dazu beizutragen. Es gilt, diesen Wohlstand, diese Lebensweise so zu organisieren, daß sie mit dem Prinzip von »dauerhafter Entwicklung« in Einklang steht (und nicht durch die Favorisierung des Verbrauchs von »positionellen Gütern« die Umweltprobleme noch verschärft).

Interessant ist in diesem Kontext das Umpolen von Lebenszeit und Kaufkraft auf »konsumtiven Konsum«, auf die Umsetzung von Zeit, Arbeitskraft und Geld in entsprechende Lebensqualitäten *ohne* zusätzliche Umweltbelastung. Aber neuartige, tendenziell mit »dauerhafter Entwicklung« vereinbare Ansprüche an Lebensqualität und Lebensweise werden auch in anderen Bereichen gestellt.

Die Reichweite solcher Veränderungen ist gewiß nur begrenzt. Es ist damit zu rechnen, daß selbst massenhaft nachvollzogene Verhaltensänderungen bei uns (über)kompensiert werden durch Wachstum: Wenn *unsere* Autos weniger verbrauchen, sauberer werden und seltener benutzt sind, so steigt gleichzeitig die Zahl der Autos weltweit so stark, daß von dem Spareffekt nichts mehr bleibt. Aus diesem Dilemma wird schwer herauszukommen sein – am wenigsten aber auch wieder, wenn nicht einmal bei uns neue Standards leb- und denkbar werden.

Aber wie wäre es, wenn sich bei uns die Standards, an denen Reichtum und Armut gemessen werden, ändern würden? Was würde geschehen, wenn »Leben in seiner Fülle« plötzlich massiv eingefordert würde von einer jungen Generation, die erfährt, daß sie mittels materiellen Reichtums nicht nur um eine Zukunft in anständiger Umwelt, sondern auch um ein anständiges Leben selbst betrogen worden ist?

---

18 Vgl. Schmid, Thomas: Staatsbegräbnis. Von ziviler Gesellschaft, Berlin 1990.

Überlegungen dieser Art mögen naiv erscheinen. Aber wie sonst (außer über große historische Katastrophen) sollen Veränderungen möglich, neue Strategien akzeptanz- und politikfähig werden? Die Trends, soll Igor Bestuschew-Lada gesagt haben, sind ohnehin alle negativ, wir können uns getrost den wenigen verbleibenden Alternativen widmen. Das scheint mir interessanter, als sich den Sachzwängen der Wachstumsgesellschaft auszuliefern und über sie zu lamentieren, als seien sie ein ausweggloser Käfig. Man wird ja einmal darüber nachdenken können – auch und gerade, wenn der Trümmerhaufen enttäuschter Hoffnungen zum Aussichtsturm wird.

Die Autoren

Manfred Bobke-von Camen, geb. 1952, Dr. jur., Studium der Rechtswissenschaften in Bremen, war bis Juni 1990 wissenschaftlicher Referent für Arbeitsrecht im Wirtschafts-und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB (WSI) und ist seitdem Mitarbeiter in der Vorstandsverwaltung der IG Metall.

Hansgeorg Conert, geb. 1933, Dipl.-Sozialwirt, Dr. rer. pol., Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bremen, Hauptarbeitsgebiet der vergangenen zehn Jahre: Ökonomie und Gesellschaft sozialistischer Systeme, vorwiegend Jugoslawien und UdSSR. Während des Studiums in der 50er Jahren Mitglied des SDS, von 1970 – 1980 Mitglied im Sozialistischen Büro und im Redaktionskollegium von »Links«.

Dieter Fricke, geb. 1927, Professor für Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1960 – 1990). Forschungs- und Publikationsschwerpunkte: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der bürgerlichen Parteien.

Georg Fülberth, geb. 1939, ist DKP-Stadtverordneter in Marburg.

Jörg Goldberg, geb. 1943, Diplomvolkswirt, Dr. rer. pol., Mitarbeiter des Progress-Instituts für Wirtschaftsforschung (PIW) Bremen. Veröffentlichungen u. a.: Eugen Varga, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, Vierteljahresberichte 1922 – 1939, hrsg. v. Jörg Goldberg, 5 Bde., West-Berlin 1977.

Peter Hess, geb. 1926, Prof. Dr. rer. oec. habil., Ost-Berlin.

Heinz-Gerd Hofschen, geb. 1949, Studium der Geschichte, Politik und Germanistik an den Universitäten Bonn und Marburg. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften der Universität Bremen. Lehrbeauftragter an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Bremen. Honorary Lecturer am University College of Swansea, University of Wales. Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen zur Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung, zur Geschichte der Bundesrepublik und zur Regionalgeschichte Bremens.

Heinz Jung, geb. 1935, Dr. rer. oec. habil., Weilrod, Ts., Redakteur der »Zeitschrift Marxistische Erneuerung« (»Z«), Mitglied im Institut für Marxistische Studien und Forschung e. V. (IMSF) in Frankfurt/M.

Robert Katzenstein, geb. 1928, Dr. rer. oec. habil., nacheinander wissenschaftlicher Arbeitsleiter an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und am Deutschen Wirtschaftsinstitut Berlin, Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin, freiberufliche wissenschaftliche Tätigkeit. Diverse Veröffentlichungen zu Problemen des technischen Fortschritts, der Investitionen u. a.

Otto König, geb. 1945, Fernmeldemonteur, 1971 – 1980 Lehrer am IG Metall Bildungszentrum Sprockhövel, seit 1980 1. Bevollmächtigter der IG Metall Verwaltungsstelle Hattingen.

Dieter Kramer, geb. 1940, Univ. Doz. Dr., Kulturwissenschaftler. Privatdozent an der Universität Wien (Ethnologia Europaea/Volkskunde), Oberkustos am Museum für Völkerkunde Frankfurt am Main. Von 1977 – 1989 wiss. Mitarbeiter des Frankfurter Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann. Veröff. zu Kulturpolitik, -theorie, -geschichte, Museologie, Freizeit und Tourismus, Arbeiterkultur.

Jürgen Kuczynski, geb. 1904, Prof. Dr., Historiker und Wirtschaftswissenschaftler, Berlin.

André Leisewitz, geb. 1947, Dr., Dipl. Biologe, arbeitet als Rechercheur im Verlag der Ökologischen Briefe.

Kaspar Maase, geb. 1946, Kulturwissenschaftler, Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung.

Gert Meyer, geb. 1943, wohnt in Marburg.

Klaus Pickshaus, geb. 1949, Politikwissenschaftler, arbeitet als Redakteur des Fachinformationsdienstes *Arbeit & Ökologie-Briefe* im Verlag der Ökologischen Briefe.

Rainer Rilling, geb. 1945, Dr. rer. pol. habil., ist Privatdozent für Soziologie in Marburg und Geschäftsführer des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Karl Heinz Roth, geb. 1942, Arzt und Historiker, Redakteur von »1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts«, Mitarbeiter der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte.

Josef Schleifstein, geb. 1915, von 1968 – 1981 Leiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Frankfurt/M. Veröffentlichungen u. a.: Die »Sozialfaschismus«-These. Zu ihrem geschichtlichen Hintergrund, Frankfurt/M. 1975, Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker, Frankfurt/M. 1979 (zusammen mit Heinz Jung).

Horst Schmitthenner, geb. 1941, Maschinenschlosser, Studium der Soziologie in Frankfurt/M. und Marburg, ist seit 1989 Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall.

Johannes Steffen, Dr. rer. pol., geb. 1953, Referent für Sozialpolitik bei der Arbeiterkammer Bremen und Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Veröffentlichungen u. a.: *Adamy, W./Steffen, J.*, Handbuch der Arbeitsbeziehungen, Opladen 1985; *dies.*, Finanzierungsprobleme des Sozialstaats in der Beschäftigungskrise. Sozialpolitik zwischen Solidarischer Sicherung und marktkonformer Funktionalität, Regensburg 1990; *Bäcker, G./Steffen, J.*, Alterssicherung in der Zukunft, Hamburg 1988; *Gelhausen, U./Steffen, J.*, Das Rentenpaket '92. Auswirkungen auf Beitragszahler und Rentner, Hamburg 1989.

Jörg Wollenberg, geb. 1937, Professor für Weiterbildung der Universität Bremen seit 1978, Leiter des Bildungszentrums der Stadt Nürnberg seit 1985. Veröffentlichungen u. a.: Qualifizieren statt Entlassen, Hrsg. mit Hans Preiss u. a., Hamburg 1986. Wie wir leben wollen. Krise der Arbeitsgesellschaft. Widerstand, Reform und Perspektiven, Hrsg. mit P. Lobodda und P. Alheit, Hamburg 1986. Von der Hoffnung aller Deutschen. Wie die BRD entstand. 1945 bis 1949, Köln 1991.

Linke, die einst Hoffnungen auf den Aufschwung der sozialen Bewegungen ab 1968 setzten und für die der Systemkonflikt ein kaum noch verrückbarer Rahmen ihres Handelns war, haben seit der Mitte der siebziger Jahre, vor allem aber nach 1989, allen Grund, an sich zu zweifeln: an den theoretischen Voraussetzungen, die für sie bislang nahezu selbstverständlich waren, und an ihrer Fähigkeit zu politischer Praxis. Dieser Band versammelt Berichte und erste Resultate von Versuchen, einen Umbruch zu erklären und in einer schwierigen Zukunft Fuß zu fassen. Es handelt sich um individuelle Bilanzen. Die Autoren sprechen in der Regel nicht von sich, sondern von ihrer Arbeit, die durch die Niederlage in Frage gestellt wurde und die zugleich ein Mittel ist, sie zu verstehen und – falls überhaupt möglich – zu überwinden. Dies alles wird hier mitgeteilt in der Hoffnung, daß die Vereinzelung, die zuweilen notwendig sein mag, um einen Schock zu überwinden, kein endgültiger Zustand ist.

va&g
Verlag
Arbeit & Gesellschaft GmbH